Zeitenwende:
- Strategisch denken!
- Strategisch handeln!

Clausewitz-Gesellschaft

Jahrbuch 2024/2025

Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Jahrbuch 2024/2025

Eine Zusammenfassung von Beiträgen
aus der Arbeit der Gesellschaft 2024/2025

Strategisches Denken und Handeln

Das Jahrbuch ist eine eigene Publikation der Clausewitz-Gesellschaft. Die Beiträge befassen sich im Abschnitt I (Schlaglichter, Debatten, Brennpunkte) mit aktuellen Aspekten der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der Abschnitt II (Grundlagen, Strukturen, Forschung) gliedert differenziert vertiefende Abhandlungen mit politischer und militärischer Relevanz in thematische Kapitel.

Das Jahrbuch bündelt eine außergewöhnliche sicherheits- und verteidigungspolitische Expertise und verknüpft die langjährige militärische und strategische Erfahrung und Kompetenz der Mitglieder und relevanter externer Autoren auch aus Nachbarländern.

Es trägt angesichts der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Dynamiken zur aktuellen öffentlichen Debatte bei und gibt fachlich fundierte Antworten und Impulse für die politische, militärische und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit strategischen Fragestellungen und Herausforderungen unserer Sicherheit.

Die Jahrbücher der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Band 19
Jahrbuch 2024/2025

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Herausgeber und Copyright 2025 Clausewitz-Gesellschaft e.V., Hamburg
Manteuffelstraße 20, D-22587 Hamburg
Internet: www.clausewitz-gesellschaft.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenze des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. bzw. der Autoren unzulässig.

Redaktion und Lektorat:	Dietrich Achim Kluge, Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Layout und Satz:	Marcel Baganz, Werbeagentur Baganz
Umschlaggestaltung:	Marcel Baganz, Werbeagentur Baganz
Gesamtherstellung:	Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Umschlagabbildung:	Clausewitz-Gesellschaft e.V.

ISBN: 978-3-9816962-9-5

Inhalt **Seite**

SCHLAGLICHTER DEBATTEN BRENNPUNKTE

Schlaglichter – Strategische Perspektiven

Die historische Belastung für das transatlantische Verhältnis
Klaus Naumann 8

Vorwort des Präsidenten der Clausewitz-Gesellschaft
Erhard Bühler 19

Externe Experten & Mitglieder im Diskurs –
Unsere zentralen Tagungen

Handlungsbedarf für Deutsche und Europäische Sicherheitspolitik
Berliner Colloquium 2025
26. - 28. März 2025, Julius-Leber-Kaserne, Berlin
Ergebnissicherung
Martin Konertz 28

Gesamtverteidigung – Umsetzung Operationsplan Deutschland
Berliner Colloquium 2025
Martin Konertz 48

Brennpunkte – Sichtweisen, Meinungen, Impulse

Europa: Keine Sicherheit ohne die USA – USA: Weltmacht nur mit Europa
Klaus Naumann 54

Dem „Epochenbruch“ gerecht werden: Aktuelle Bestandsaufnahme und Erfordernisse
Klaus Wittmann 77

Die Unterstützung der Selbstverteidigung der Ukraine – Risikovermeidung als Strategie
Höhepunkte einer Entwicklung
Klaus Olshausen 121

Putins Maßlosigkeit und Israels Selbstverteidigung – Juni 2025
Klaus Olshausen 138

GRUNDLAGEN STRUKTUREN FORSCHUNG

Editorial 142

Kapitel I
ARMIS ET LITTERIS Zur Theorie ‚neuer' Kriege unserer Zeit

Wie geht Strategie?
Sunzi und das Ausgezeichnete am Denken Carl von Clausewitz'
Manuela Christina Pietraß 148

Präventive Selbstverteidigung? Zur Relevanz des Völkerrechts
«Israels Angriff gegen Iran kann kaum als Selbstverteidigung gelten»
NZZ-Interview mit Prof. Dr. Heike Krieger 163

Frieden als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln:
Anmerkungen zu Grundlagen nichtkinetischer Kriegführung
in Russland und China
Oliver Corff 168

„Mission impossible": Demokratien im aussichtslosen Kampf
gegen die Zeit in ‚neuen' asymmetrischen Kriegen
Roland Lochte 184

Von der Wahrheit und deren Schutz im Kriege
Ein Plädoyer für mehr Geheimhaltung und bessere Strategische
Kommunikation
Laurent Joachim 200

Die Suche nach dem "Schwerpunkt":
Von Clausewitz bis zur HDv 100/100 von 1973
Mauro Mantovani 235

Die Fehleinschätzung ist die treueste Begleiterin der Strategie
STRATOS 2023
Matthias Kuster 249

Der Djihadist – Das terroristische Gegenüber
Der 7. Oktober 2023 als Brandbeschleuniger einer neuen Gewalt
Berndt Georg Thamm 257

Kapitel II
GEOPOLITIK UND STRATEGISCHES HANDELN – Neuer Blickwinkel der Politik?

Europaarmee:
Vision – Illusion – eine „fausse idée claire“ oder nur ein Traum?
Eine Philippika für Europa
Ulrich C. Kleyser 288

Die Operationsplanung der Niederlande in Norddeutschland während des Kalten Krieges
Rahmenbedingungen – Grundlagen – Planungen
Friedrich K. Jeschonnek 305

Geopolitik und Schwarzes Meer
Eine maritime Herausforderung
Klaus Olshausen
Viktor Toyka 355

Der größte Fehler der deutschen Außenpolitik
Drei neue Bücher über Russlandblindheit, Ostpolitik und den Krieg in der Ukraine
Gerhard Gnauck 377

Künstliche Intelligenz und autonome Systeme:
Konsequenzen und Herausforderungen für Sicherheitspolitik und Strategie
Kurt Herrmann 394

Staatliche Resilienz und umfassende Landesverteidigung
Das Beispiel Österreichs
Lukas Bachmann 425

Gedanken zum Bedarf der Schweizer Armee an militärischer Zusammenarbeit und zur Interoperabilität
Claude Meier 433

Kapitel III
MILITÄR UND GESELLSCHAFT – Demensionen des Soldatischen

Zeitenwende in der deutschen Veteranenkultur
Erster deutscher Veteranentag
Marcel Bohnert 456

‚Modernisierung des Wehrdienstes' – jetzt!
Ein innovativer Gesetzesentwurf aus dem Verteidigungsministerium - August 2025
Dietrich Achim Kluge 474

Paulus van Husen
Ein deutscher Jurist und Reserveoffizier im Widerstand gegen den Nationalsozialismus
Michael Vollert 494

Rezension zu: Blotz, Josef D., Denkmäler für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Topographie einer deutschen Erinnerungslandschaft am Beispiel des 20. Juli 1944
Michael P. Vollert 509

Kapitel IV

LITERATUR ZU CLAUSEWITZ

Editionsprojekt: Clausewitz-Gesamtausgabe. Die überlieferten Schriften von Carl und Marie von Clausewitz in historisch-kritischer Edition
Christian Th. Müller 514

Carl von Clausewitz und der kleine Krieg des Korps Wallmoden im Herbstfeldzug 1813
Lucas Lebrenz 523

Clausewitz, Jomini, Erzherzog Karl und der Krieg im Gebirge
Alois Camenzind 551

Rezension zu: Souchon, Lennart, Die Renaissance des Carl von Clausewitz – Strategie für Entscheidungsträger im 21. Jahrhundert
Matthias Kuster 570

Danksagung 578

Autorenverzeichnis 580

Bildnachweis 581

SCHLAGLICHTER
DEBATTEN
BRENNPUNKTE

Schlaglichter – Strategische Perspektiven

Die historische Belastung für das transatlantische Verhältnis

Rede des Ehrenpräsidenten der Clausewitz-Gesellschaft, General a.D. Dr. Klaus Naumann, am 27. März 2025 anlässlich des festlichen Abendessens im Rahmen des 25. Berliner Colloquiums der Clausewitz-Gesellschaft

Unser Präsident hat mich gebeten, an diesem Abend zu Ihnen zu sprechen. Ich hätte nie gedacht, einmal vor der Clausewitz Gesellschaft in einer so dramatischen Situation unseres Landes zu sprechen, vermutlich der gefährlichsten seit Ende des Zweiten Weltkriegs.

Nun spreche ich zu Ihnen als ein Deutscher, der ein Leben lang Dankbarkeit gegenüber unseren amerikanischen Freunden und Verbündeten empfunden hat, weil er weiß, dass wir ohne sie nicht da stünden, wo wir heute stehen.

Ich beginne also rückblickend mit dem Dank, bevor ich nach vorne sehe. Ich tue das besonders gern in Berlin, dem Geburtsort der deutsch-amerikanischen Freundschaft, denn hier wurden durch die Luftbrücke aus Besatzern Freunde.

Die Entwicklung unseres Landes zu einer trotz aller Schwächen vorbildlichen rechtsstaatlichen Demokratie, in der die Freiheit des Einzelnen durch die Macht des Rechts sogar vor der Macht des eigenen Staates geschützt ist, hätten wir ohne unsere amerikanischen Freunde nicht geschafft. Das ist der Kern unseres westlichen Systems. Doch nun muss ich ohnmächtig ansehen, wie das Leitbild und der Kern unserer westlichen Staatengemeinschaft, „the shining city on thehill", die Vereinigten Staaten von Amerika, nach einer ohne Zweifel freien, demokratischen Wahl systematisch auf dem Weg sind, eine Autokratie zu werden. Sie ahnen vielleicht, wie sehr es schmerzt, das vor Ihnen sagen zu müssen, aber warum soll ich gegen Ende meines Lebens von dem Prinzip abweichen, das ich in 41 Berufsjahren und auch danach stets angewandt habe: Ehrlich und offen meine Meinung zu sagen, auch wenn es unbequem war.

Mein Leben mit den USA begann im zerbombten München des Jahres 1945, noch vor meinem sechsten Geburtstag. Ich lebte damals mit meiner Mutter und meinem Bruder bei unseren Großeltern in einem der wenigen noch intakten Häuser in der Münchner Hohenzollernstraße. Für uns Kinder waren die Ruinen der zerbombten Häuser, auch des Hauses genau gegenüber, dessen

Zerstörung ich mit schrecklichen, aber dadurch unauslöschlichen Eindrücken auf der Straße erlebt hatte, keine 20 Meter vom Einschlag der Bomben entfernt. Nun, im Mai 1945, war die Ruine ein unglaublich spannender Spielplatz.

Dort fand meine erste Begegnung mit Amerikanern, ja, mein erstes Erleben eines nicht weißen Menschen statt. Es war ein Jeep mit drei amerikanischen Soldaten, die uns aufforderten, die Ruine zu verlassen. Einer von ihnen, wie man heute korrekt sagen muss, ein „man of colour", gab mir einen Riegel „Hershey's Chocolate", braun mit silberner Schrift. Ich bin damit zu meiner Mutter gerannt und habe sie gefragt, ob das was zu essen ist, Hunger hatten wir in diesen Tagen ja immer. Sie sagte, ja, das ist Schokolade, du kannst es essen. Doof und hungrig, wie ich war, habe ich in den Riegel gebissen, ohne ihn auszupacken. An den Geschmack und das Knirschen von Stanniol auf meinen Zähnen erinnere ich mich wie heute, aber auch an den Genuss nach dem Auspacken. Jahrzehnte später entdeckte ich auf der Fifth Avenue einen großen Laden von Hershey's, kaufte mir so einen Riegel und konnte – nach Auspacken – aber nicht nachempfinden, warum das 1945 ein Genuss gewesen sein soll. Doch an dieses Erlebnis erinnere ich mich wie heute. Es ist die emotionale Wurzel meiner Dankbarkeit gegenüber den USA, gegenüber den Amerikanern.

Der Ehrenpräsident der Clausewitz-Gesellschaft, General a.D. Dr. Klaus Naumann, beim Festvortrag des Berliner Colloquiums 2025

Ich bin Amerikanern dann erst wieder als Leutnant im Panzerartillerielehrbataillon 51 auf dem Übungsplatz Baumholder begegnet, damit sind viele gute, aber auch manche schlechte Erinnerungen verbunden. In meinem weiteren Berufsleben bin ich immer wieder, wie vermutlich viele hier im Saal, die im kalten Krieg Soldaten waren, Amerikanern in zahllosen Übungen begegnet. Sie haben uns geschützt, als die junge Bundesrepublik erst unbewaffnet und dann ab 1955 mit einer aufwachsenden Bundeswehr in der Zeit der Ost-West-Konfrontation lebte. Es waren auch amerikanische Wehrpflichtige, die uns verteidigten und für uns gekämpft hätten. Amerikanische Väter haben manches Opfer für den Schutz des jungen deutschen Staates bringen müssen, so auch mein ver-

storbener Freund Colin Powell, dessen wehrpflichtiger Sohn bei einer Grenzpatrouille entlang des Eisernen Vorhangs lebensgefährlich verletzt wurde. Sie waren gute Kameraden, treue, zuverlässige und verlässliche Verbündete. Ohne sie, ohne die kluge Entscheidung Konrad Adenauers, Deutschlands Platz im Westen zu suchen, ohne seinen Mut und seine Weitsicht, Wiederbewaffnung und Mitgliedschaft in der NATO gegen heftigen Widerstand durchzusetzen, wäre der unglaubliche Aufstieg Deutschlands nicht gelungen. Ohne die USA, ohne die NATO hätte Europa den Kalten Krieg nicht gewinnen und damit die Spaltung Europas überwinden können. Ohne die USA hätte Deutschland auch die Wiedervereinigung nicht erreicht. Viele Deutsche wissen noch immer nicht, dass der wahre Vater der Deutschen Einheit Präsident Bush war. Ich saß in der Reihe hinter Bundeskanzler Kohl als er 1989 seinen Zehn Punkte-Plan beim NATO-Gipfel vorstellte. Nur Spanien und die Türkei stimmten zu, dann aber am Ende der Tour de Table, die USA als Präsident Bush die teils sehr unschön vorgetragenen Bedenken von Verbündeten beiseite wischte. Damit war der Weg frei, es folgte die Einheit mit Unterstützung aller NATO-Verbündeten, mit Zustimmung der Kriegsgegner und aller Nachbarn in Europa. Sicher hatte Gorbatschow seinen großen Anteil, aber er brauchte Deutschlands Geld, um die Sowjetunion, nicht Russland, zu retten. Entscheidend waren die USA, die Vision Präsident Bushs von einem ganzen und freien Europa und der Mut und die Entschlossenheit Helmut Kohls, das sehr schmale Fenster der Gelegenheit zu nutzen. Ihnen verdankt Deutschland seine glücklichste Stunde in dem Jahrhundert der Kriege von 1914 bis 1989.

In den Jahren bis zur Jahrtausendwende als wir dann hofften, Krieg aus Europa für immer verbannt zu haben, waren es wieder die Amerikaner, die Europa vor Schlimmerem bewahrten, als sie sich entschieden, in den jugoslawischen Zerfallskriegen zu handeln als Europa außer Worten nichts zu bieten hatte. Sie erinnern vielleicht den großmäuligen Ausspruch eines luxemburgischen Außenministers: „Das ist die Stunde Europas“. Die USA waren dann noch einmal zur Stelle, als die heimatlos gewordenen Staaten des früheren Warschauer Paktes Versicherung im Westen suchten. Trotz mancher Bedenken öffneten vor allem die Amerikaner ihnen schließlich 1998 die Tür zur NATO, haben aber gleichzeitig Russland mit der NATO-Russland-Grundakte die Versicherung der Zusammenarbeit angeboten.

Die Hoffnung auf ein ganzes und freies Europa, eingebettet in die in Paris 1990 vereinbarte Zone gemeinsamer Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok zerbrach aber schon im Kosovo-Krieg und konnte danach niemals richtig

wiederhergestellt werden, vor allem konnte das Erwachen des neuen russischen Nationalismus und Imperialismus nicht verhindert werden. Die Hoffnung auf ein Europa ohne gewaltsame Veränderung von Grenzen zerstörte Russland schon 2007 mit seiner Landnahme in Georgien, von Deutschland achselzuckend hingenommen, sie wurde mit der rechtswidrigen Annexion der Krim 2014, wiederum fast folgenlos, fortgesetzt und führte schließlich 2022 zum Krieg in Europa in der Ukraine und nun, in dessen vierten Jahr, zur Abwendung Amerikas von Europa.

Deren Beginn erlebten wir schon in den beiden ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts mit der Hinwendung der USA nach Asien, durch den vor allem hier immer stärker werdenden Anti-Amerikanismus nahezu begrüßt. Dass wir damit den Nährboden für Putins hybriden Krieg gegen die NATO seit 2014 geschaffen haben, wollen viele Deutsche noch immer nicht wahrhaben. Es war eine schleichende Entfremdung, die auch der vermutlich letzte Transatlantiker im Weißen Haus, Joe Biden, nicht mehr auffangen konnte.

Nun aber, am 20. Januar dieses Jahres, begann mit der Amtseinführung Präsident Trumps eine neue Zeit. Wir stehen vor der Zeitenwende 2.0.

Dankbarkeit, die Erinnerung der Herzen, spielte in der Politik noch nie eine Rolle, so manch einer von uns hat das auch persönlich erlebt. Dankbarkeit darf man zwar nie vergessen, aber sie darf uns nun nicht leiten, wenn wir nun ein neues Verhältnis zu einem Amerika suchen müssen, in dem nicht mehr die Macht des Rechts, sondern das Recht des Stärkeren gilt, in dem es unserem unersetzlichen Verbündeten, den USA, der einzigen wirklich globalen Macht dieser Welt, wieder um seine Interessenzone und um die Durchsetzung amerikanischer Interessen geht.

Die Wertegemeinschaft ist nun vorbei, nur die nationalen Interessen der USA bestimmen amerikanische Politik.

Genau das wurde mit einem lauten Trompetenstoß am 14. Februar 2025 vom amerikanischen Vizepräsidenten J.D. Vance vor der Münchner Sicherheitskonferenz angekündigt. Das war nicht das Ende der NATO, wohl aber das der Wertegemeinschaft, die wir so oft beschworen haben, wenn wir merkten, dass es Interessensunterschiede zwischen der globalen Weltmacht und ihren europäischen, eher regional denkenden Verbündeten gibt, ja sogar, wenn wir vertuschen wollten, dass es Verbündete gibt, die es mit Rechtsstaatlichkeit nicht

so genau nehmen. Die Wertegemeinschaft ist nun vorbei, nur die nationalen Interessen der USA bestimmen amerikanische Politik.

Europa muss in dieser Welt seinen Platz finden, muss aber wissen: Europa ist und bleibt für seine Sicherheit bis auf weiteres von den USA abhängig. Europa ist frühestens gegen Ende des Jahrzehnts in der Lage, sich selbst zu schützen, vorausgesetzt, es handelt jetzt schnell und entschlossen, um kriegsfähig zu werden. Zumindest bis dahin braucht Europa die Rückendeckung der USA, vor allem die nukleare.

Europa muss in dieser Welt seinen Platz finden, muss aber wissen: Europa ist und bleibt für seine Sicherheit bis auf weiteres von den USA abhängig.

Deshalb müssen die Europäer und die USA nun gemeinsam beurteilen, was auf dem Spiel steht und bewerten, ob es noch immer gemeinsame Interessen gibt.

Der erste Blick gilt dem Gegner, Russland. Ein vollständiger Erfolg in der Ukraine, im Klartext, deren Kapitulation, würde Putin in seinem imperialen Wahn bestärken. Seine Ziele, das Rad der Geschichte auf 1997 zurückzudrehen, hat er im Dezember 2021 klar genannt, und davon weicht er nicht ab. Putin will die NATO zerstören, die Europäische Union spalten und die Amerikaner und ihre Nuklearwaffen aus Europa zu verdrängen. Solange diese Ziele bestehen, kann es keine Sicherheit mit, sondern nur Sicherheit vor Russland geben.

Europa muss deshalb so schnell wie möglich konventionelle Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung herstellen. Das heißt vor allem, die nukleare Rückendeckung der USA zu sichern, die es Putin verwehrt, mit Atomwaffen zu drohen. Die europäischen Atomwaffen reichen dafür nicht aus. Sie können vermutlich Krieg durch unermesslichen Schaden für Russland verhindern, nicht aber nukleare Erpressung schon vor einem zunächst begrenzten Krieg. Die nukleare Teilhabe an der Abschreckungsmacht der USA bleibt deshalb für Europa und ganz besonders für Deutschland bis auf weiteres unersetzlich, ja sie ist sogar Voraussetzung der französischen Atomstrategie.

Putin will die NATO zerstören, die Europäische Union spalten und die Amerikaner und ihre Nuklearwaffen aus Europa verdrängen. Solange diese Ziele bestehen, kann es keine Sicherheit mit, sondern nur Sicherheit vor Russland geben.

Gibt es beiderseitige sicherheitspolitischen Interessen, die solchen Schutz rechtfertigen und gebieten?

Europa braucht die Beherrschung des Atlantiks und der Ausgänge aus dem Arktischen Ozean von Grönland bis zu den Azoren, weil nur so Europa auch gegen das größte Land der Welt, Russland, strategisch auch konventionell zu verteidigen ist. Das ist nur zu erreichen, wenn die USA und Kanada an der Seite Europas stehen. Aber ist das ein strategisches Interesse der USA?

Dafür gilt noch immer Henry Kissinger: Nationen kennen keine Freundschaften, nur Interessen, aber diese amerikanischen Interessen gibt es.

Als erstes ist da die Geostrategie zu nennen. Europa ist eine der beiden Gegenküsten der USA und Kanadas. Die USA sind die einzige globale Seemacht, und als solche müssen sie beide Gegenküsten, also die atlantische wie die pazifische, kontrollieren können. Das Bündnis mit Europa sichert die atlantische und hält so den USA den Rücken frei, sollte China in einem Konflikt mit den USA versuchen, ein Bündnis mit Russland zu schmieden, um den Amerikanern ihre europäische Gegenküste wegzunehmen. Dann wären die USA verwundbar. Zudem würde der Verlust Europas den USA die Basis für die noch immer unersetzliche Machtprojektion in den Raum des erweiterten Nahen Ostens, also dem Zu- und Ausgang zum/aus dem Indischen Ozean, aber auch nach Afrika nehmen. Das wäre das Ende globaler amerikanischer Vormacht, der einzigen Macht dieser Welt, die geschützt von zwei Weltmeeren in allen fünf Dimensionen moderner Kriegsführung global kämpfen kann, also zu Land, in der Luft, auf See, im Cyberspace und im Weltraum.

Somit gilt für Europa: „Keine Sicherheit ohne die USA", und für die USA: „Weltmacht nur mit Europa". Europa ist somit amerikanisches Interessengebiet, zu seinem Schutz beizutragen, ist ein strategischer Imperativ für die USA.

Als zweites strategisches Interesse ist das Gewicht Europas als Handelspartner und als Empfänger wie Geber gewaltiger Investitionen in Billionenhöhe zu nennen. Beide Seiten mögen sich über Zölle streiten, aber beide Seiten können es sich nicht leisten, sich als Wirtschaftspartner zu verlieren. Europas Wirtschaftskraft ist zehnmal so groß wie die russische und dahinter steht die Innovationsfähigkeit von über 400 Millionen freier Menschen. Auch das zu behalten, ist amerikanisches Interesse.

Schließlich, drittens, Europa hat durchaus einige militärische Fähigkeiten, die die USA nicht unbedingt im Lager ihrer Gegner wissen wollen und über deren technische Entwicklung sie unverändert Bescheid wissen wollen. Das gelingt am einfachsten durch das NATO-Bündnis, das den USA zwar Beistand abverlangt, aber auch Kontrolle ermöglicht.

Es gibt also beiderseitige Sicherheitsinteressen; sie sprechen für die Beibehaltung und Festigung des atlantischen Bündnisses. Sollten beide Seiten bereit sein, ihre Fähigkeiten für den Partner einzusetzen, wenn beiderseitige Interessen dies gebieten, dann gibt es für beide Seiten keine bessere Lösung. Das dürfte auch die Administration Trump erkennen.

Somit gilt für Europa: „Keine Sicherheit ohne die USA", und für die USA: „Weltmacht nur mit Europa". Europa ist somit amerikanisches Interessengebiet, zu seinem Schutz beizutragen, ist ein strategischer Imperativ für die USA.

Darüber wird Europa in Washington zu sprechen haben, nicht als Bittsteller, sondern auf Augenhöhe, gestützt auf europäische Wirtschaftskraft und wachsende europäische konventionelle Verteidigungsfähigkeit.

Für Deutschland wie Europa sind somit zwei Schritte geboten:

Schritt 1: Stärkung der europäischen und deutschen Verteidigungsfähigkeit, und das heißt auch, weitere Unterstützung der Ukraine.

Schritt 2: Aufbau einer Abschreckungsfähigkeit gegenüber Russland, die deutlich macht, dass jeder Angriff auf NATO-Gebiet für Russland unermesslichen Schaden in Russland bedeutet und es damit nichts, und einen Krieg gegen die NATO ohnehin nicht gewinnen kann.

Das bedeutet umfassende Luftverteidigung, auch gegen Hyperschallwaffen, die Möglichkeit zur weitreichenden konventionellen Waffenwirkung gegenüber Russlands Kernland, die Fähigkeit zum Kampf mit und gegen Drohnen und zu umfassendem elektronischen Schutz bis hin zur Lähmung des Gegners. Die NATO könnte so operativ mit allen Mitteln der Disruption versuchen, Krieg zu verhindern und, wenn angegriffen, zu gewinnen. Die noch umstrittene Entscheidung, amerikanische Flugkörper mittlerer Reichweite in Deutschland zu stationieren und zusätzlich so schnell wie möglich gemeinsam mit europäischen Partnern ein entsprechendes europäisches System zu entwickeln, ist dafür wesentlich und notwendig.

Würden dann im politischen Handeln die unverändert gültigen Grundsätze des Krisenmanagements beachtet, also initiativ statt reaktiv zu handeln, risikobereit zu sein, über Eskalationsdominanz zu verfügen und das Staatsgebiet des Angreifers niemals als Sanktuarium zu sehen, dann hat Europa die Chance, Krieg erfolgreich zu verhindern.

Zusätzlich sollten die neuen Dimensionen der Kriegführung genutzt werden. Hybride Operationen und Cyberoperationen verlangen lange vor einem herkömmlichen Krieg präventiv, vielleicht sogar prä-emptiv zu handeln. Des Weiteren ist die, wegen des neuen Seeraumes ‚eisfreier Arktischer Ozean' und der Präsenz im Indo-Pazifik, zwingend gebotene Verstärkung der Marine zu bedenken.

Die neue Regierung will die finanziellen Grundlagen schaffen, sie sollte aber im Personellen auch über eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen nachdenken.

„Whatever it Takes" ist ein guter Grundsatz, um Autokraten abzuschrecken. Dem dient das Ziel: Die Bundeswehr muss in allen fünf Dimensionen nachhaltig kämpfen können: Land, Luft, See, Weltraum und Cyberspace. Doch verlangt sind nicht nur die Mittel, sondern vor allem die Entschlossenheit und der Willen, sie auch zu nutzen. Dazu ist schnell zu handeln, es ist das zu nehmen, was der Truppe höchstmögliche Leistungsfähigkeit so schnell wie möglich gibt. „Whatever it Takes" ist also zu ergänzen durch „Wherever it comes from". So könnte ein Europa entstehen, das in der Lage wäre, die USA an Bord zu halten und mit ihnen auf Augenhöhe zu sprechen, das von China ernst genommen würde und das Russland abschrecken kann.

Wir müssen uns Sicherheit zum Schutz unserer Freiheit erarbeiten. Opfer dafür sind unvermeidlich, aber sie lohnen sich.

Sicherheit bedeutet aber nicht nur durchhaltefähiges Militär, sondern eine leistungsfähige europäische Rüstungsindustrie, einen ausreichenden Zivilschutz und eine digitalisierte Gesellschaft, damit man auf das Unerwartete blitzschnell reagieren kann und so maximalen Schutz für die verwundbare Kritische Infrastruktur, vor allem aber für die Menschen erreichen kann. Deutschland fängt hier nicht von null an, aber es ist vieles zu koordinieren, und es sind zahlreiche Hürden zu beseitigen. Alles in allem, es ist eine Herkules-Aufgabe, die sich der neuen Regierung, Europa, aber vor allem seinen Menschen stellt.

Die neue Regierung muss vor allem die Menschen aufrütteln, denn auf sie kommt es an. Unsere Menschen müssen begreifen und annehmen, dass Schutz vor äußerer Gefahr eine Aufgabe eines jeden Staatsbürgers ist und dass er das wollen muss. Es gilt erneut das alte Rom: „si vis pacem para bellum“, wenn du den Frieden willst, musst du den Krieg vorbereiten. Die Menschen müssen begreifen, dass Europa nicht aufrüstet, um Krieg zu führen, sondern um Krieg zu verhindern. Das gelingt aber nur, wenn alle Europäer so bereit sind zu kämpfen, wie wir Älteren es im kalten Krieg waren. Das sind derzeit aber wohl nur die Finnen, die Schweden und die Polen. Ich habe mich in meinem ganzen Berufsleben immer von Winston Churchills Motto leiten lassen: „I shall never surrender“, das war nicht immer einfach. Sich niemals zu ergeben, niemals aufzugeben, das möchte nun das Motto von uns Deutschen sein. Deutschland hat besonders viel nachzuholen, und es muss zusätzlich bereit sein, im Inneren durchgreifende und schmerzhafte Reformen zur schultern. Der Staat muss der Innovation Vorrang vor dem Konsum geben, denn nur so wird er für die Jungen attraktiv, und die sind unsere gemeinsame Zukunft.

Entscheidend wird sein, die Menschen mitzunehmen bei dieser zweiten Zeitenwende. Das ist Aufgabe der Politiker, aber jeder von Ihnen kann und muss mitwirken.

Es ist eine riesige Aufgabe, vor der die Deutschen stehen, aber es ist eine machbare Aufgabe.

Deswegen steht am Ende nicht der Berg der Probleme, sondern die Zuversicht, ja, die Gewissheit, dass wir es schaffen können. Wir können es schaffen, diesmal aber nicht wie 2015 als hohle Phrase der Hilflosigkeit gesagt, sondern als Signal eiserner Entschlossenheit zum Schutz des besten Staates unserer Geschichte und durch den unbeugsamen Willen zu Reform.

Entscheidend wird sein, die Menschen mitzunehmen bei dieser zweiten Zeitenwende. Das ist Aufgabe der Politiker, aber jeder von Ihnen kann und muss mitwirken.

Wir müssen unseren Mitbürgern sagen, wie groß die Gefahr ist, aber dass sie zu bewältigen ist. Das ist die entscheidende Voraussetzung für Zeitenwende 2.0. Wir alle müssen sie wollen, wir müssen erneut begreifen, dass Freiheit zu erhalten und zu schützen ist, dass sie uns aber nicht geschenkt wird.

Wir müssen uns Sicherheit zum Schutz unserer Freiheit erarbeiten. Opfer dafür sind unvermeidlich, aber sie lohnen sich.

Dafür kann man Mehrheiten gewinnen, wenn man ihnen endlich die Wahrheit sagt, wie groß die Gefahr ist, aber auch dass Deutschland sie meistern kann. Dann werden sie zustimmen, dass Sicherheit zwar nicht alles ist, aber ohne Sicherheit alles nichts ist.

Vorwort des Präsidenten der Clausewitz-Gesellschaft

Liebe Angehörige der Clausewitz-Gesellschaft, Freunde und Förderer,
liebe Leser unseres Jahrbuchs 2024/25,

es ist mir eine große Freude, das 19. Jahrbuch der Clausewitz-Gesellschaft und das erste in meiner noch kurzen Amtszeit von knapp einem Jahr als Präsident im Namen der Gesellschaft herauszugeben.

Es ist wohl das umfangreichste Jahrbuch, das die Clausewitz-Gesellschaft in ihrer nunmehr 64-jährigen Geschichte und seit dem ersten Jahrbuch im Jahre 2005 herausgegeben hat.

Dies ist nicht zuletzt der sicherheitspolitischen Lage in letzten Jahren geschuldet, die wir als Zeitzeugen miterleben müssen. Es zeigt aber auch trotz der in den letzten Jahren zurückgehenden Mitgliederzahlen, dass ein ungebrochenes Interesse an der Mitarbeit in der Clausewitz-Gesellschaft besteht.

Danksagung

Ich bedanke mich deshalb bei allen Autoren dieses Jahrbuchs, stellvertretend für alle namentlich bei unserem Ehrenpräsidenten General a.D. Dr. Klaus Naumann und den Past-Präsidenten und Vorgängern im Amt, den Generalen Dr. Klaus Olshausen und Kurt Herrmann.

Nachdem in Vergangenheit die Jahrbücher durch die Herren Oberst a.D. Baach, Oberst a.D. Fett und Oberstleutnant a.D. Gemballa verantwortet und gestaltet wurden, wird jetzt zum ersten Mal die Zusammenstellung des Jahrbuchs von unserem Vorstandsmitglied Oberst der Reserve Dietrich Achim Kluge und seinem Team von Lektoren verantwortet.

Oberst a.D. Baach hatte diese Aufgabe über lange Jahre ausgeübt und sich als Ideengeber und zugleich als Chronist der Arbeit der Clausewitz-Gesellschaft große Anerkennung aller Mitglieder erworben. Ich konnte dies als Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft über die vergangenen Jahre miterleben. Oberst Baach beendete seine Arbeit nicht, sondern brachte sich in der ganzen Zeit nach wie vor gewinnbringend ein, auch bei der Erarbeitung dieses Jahrbuchs mit dem neuen Verantwortlichen, Oberst Kluge. Beide sorgten damit durch ihre enge Zusammenarbeit für einen reibungslosen und bruchfreien Übergang zum 19.

Jahrbuch. Beiden gebührt für die zeitaufwändige ehrenamtliche Tätigkeit im Dienste der Clausewitz-Gesellschaft unser aller Dank, Respekt und Anerkennung.

Schwerpunkte der Vorstandsarbeit 2024/2025

Die Mitgliederversammlung 2024 hat eine umfangreiche Satzungsänderung zu beschlossen. Die neue Satzung bestätigt die grundlegenden Zielsetzungen der Clausewitz-Gesellschaft und erweitert sie.

Daraus ergeben sich die folgenden Schwerpunktsetzungen für die Vorstandsarbeit 2025/26:

- Jüngeren Interessenten insbesondere aus dem Bereich der Admiralstabs- und Generalsstabslehrgänge soll der Zugang zur Gesellschaft erleichtert werden.
- Die Clausewitz-Gesellschaft öffnet sich – wie auch vom Generalinspekteur der Bundeswehr angeregt - dem öffentlichen Diskurs zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen.
- Die Clausewitz-Gesellschaft unterstützt die Führungsakademie durch Übernahme durch Mentoren-Tätigkeit ihrer Mitglieder für die angehenden Admiralstabs- und Generalstabslehrgänge, z.B. bei Projekt- und Masterarbeiten.

Darüber hinaus stehen folgende operative Aufgaben im Mittelpunkt der Vorstandsarbeit:

- **Festigung der bestehenden und Eingehen neuer Kooperationen**
  - » Erste Priorität haben dabei die Kooperationen mit der Führungsakademie der Bundeswehr und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik.
  - » Eine Kooperationsvereinbarung mit der Gesellschaft für Sicherheitspolitik konnte bereits abgeschlossen werden. Andere sind in Arbeit, wie zum Beispiel mit der Cranz-Gesellschaft, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, mit denen wir lokal schon vielfältig zusammenarbeiten.

  Zweck der Kooperationen ist die gegenseitige Unterstützung bei gemeinsamen Projekten und Veranstaltungen. Während unsere Gesellschaft, die im Wesentlichen durch Mitgliederbeiträge und zu einem geringeren Umfang

durch Spenden von Mitgliedern finanziert ist, bei gemeinsamen Veranstaltungen meist inhaltliche Expertise anbieten können, können andere, die im Wesentlichen über Steuermittel und andere Drittmittel finanziert sind, die vielfältigen Fähigkeiten ihrer Organisationen einbringen.

- **Durchführung der zentralen Veranstaltungen der Clausewitz-Gesellschaft**

Die satzungsgemäß vorgesehenen zentralen Veranstaltungen wurden 2024/2025 unter großem Zuspruch von Besuchern fortgesetzt:

» Das Berliner Colloquium 26.-28.03.2025 in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin mit dem Thema „Handlungserfordernisse für die Deutsche und Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, in Zusammenwirken mit dem Präsidenten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik.
» Das 20. Clausewitz-Strategie-Gespräch am 26.11.2024 mit dem Thema „Der Ukrainekrieg – ein globaler Konflikt – strategische Überlegungen der Akteure“ mit dem die 15-jährige Kooperation mit der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Berlin und der Deutschen Atlantischen Gesellschaft fortgesetzt und auch für künftige Veranstaltungen bestätigt wurde.
» Das 21. Clausewitz-Strategiegespräch am 19.05.2025 mit dem Thema „Gesamtverteidigung – Umsetzung des Operationsplans Deutschland“ ebenfalls in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Berlin.
» Die Sicherheitspolitische Jahrestagung der Gesellschaft 27.-29.08.2025 steht bei Herausgabe des Jahrbuches unmittelbar bevor. Sie wird unter dem Thema „Kriegsbilder der Zukunft“ stehen.
» Das 22.Strategie-Gespräch wird am 06.10.2025 zum Thema „Die neue Militärstrategie und ihre Auswirkung auf die Personalstruktur der Bundeswehr“ stattfinden. Wegen Umbaus der Landesvertretung Sachsen-Anhalt müssen wir ausnahmsweise ins Presse- und Informationsamt der Bundesregierung ausweichen.

Die zentralen Veranstaltungen wurden durch Brigadegeneral Martin Konertz inhaltlich und den kommissarischen Geschäftsführer Oberstleutnant d.R. Ralph Huber und das Team der Geschäftsstelle organisatorisch vorbereitet.

Unterstützung der Regionalkreise Nord, West, Berlin/Ost, Süd, Südwest

Die Regionalkreise in Deutschland sind traditionell sehr unterschiedlich gewachsen und haben sehr unterschiedliche Bedingungen hinsichtlich Mitgliederzahl, Fläche der Regionalkreise, Unterstützung durch Dienststellen der Bundeswehr. Man kann deshalb die Arbeit der Regionalkreise nicht vergleichen, sondern muss die Unterschiede in den Rahmenbedingungen und damit auch das unterschiedliche Veranstaltungsangebot in den Regionalkreisen akzeptieren und zu unterschiedlichen Formen der Unterstützung durch den Vorstand kommen.

Der Vorstand hat vor, den Regionalkreis Berlin/Ost und Süd als Piloten für eine Ausfächerung des Angebots in die Fläche zu machen. In Bayern ist daran gedacht, regionale Untergliederungen zu entwickeln, insbesondere in den Regionen Würzburg/Unterfanken, den Großraum Nürnberg/Mittelfranken und den Großraum München/Oberbayern.

Im Regionalkreis Berlin/Ost könnte die Untergliederungen nach Bundesländern und Kooperationen mit Dritten organisiert werden: Berlin, Leipzig/ Erfurt/ Dresden/ Sachsen/ Thüringen, Rostock/ Mecklenburg-Vorpommern, Potsdam/ Brandenburg, Burg/ Magdeburg/ Sachsen-Anhalt.

Das Angebot muss nicht überall gleich sein. Nicht überall müssen zunächst große Veranstaltungen nach dem Vorbild des RK Nord, West und Südwest stattfinden. Gesprächskreise, Stammtische, Arbeitskreise sind insbesondere für den Anfang in der Fläche ein Format, das leichter zu etablieren ist und Interessenten besser bindet.

Der Vorstand führt in diese Richtung Gespräche mit engagierten und geeigneten Personen und wird in naher Zukunft ein Konzept zur Regionalisierung/Ausfächerung vorschlagen.

Allen möglichen Lösungen ist allerdings eines gemeinsam. Die Clausewitz-Gesellschaft braucht als Mitglieder-finanzierter Verein ohne Zuschüsse aus öffentlichen Kassen Rückhalt und die Unterstützung der Bundeswehr in der Fläche. Dafür müssen in der heutigen Zeit rechtsichere und tragfähige Lösungen mit dem Bundesministerium der Verteidigung gefunden werden.

- **Vorträge/Vorlesungen/Diskussionsveranstaltungen (International/National)**

  In 2024/2025 Jahr wurden und werden vermehrt Vorträge von Mitgliedern der Clausewitz-Gesellschaft zur sicherheitspolitischen Lage bei unterschiedlichen Veranstaltern gehalten (Universitäten, Akademien, Serviceclubs, Vereinen, Wirtschaftsverbänden etc.). Ich begrüße das sehr, weil dies neben den zentralen und regionalen Veranstaltungen der Clausewitz-Gesellschaft ein wichtiger Baustein ist, unsere Gesellschaft als Akteur im sicherheitspolitischen Diskurs noch bekannter zu machen. Teilweise haben wir schon heute mehr Anfragen auch zu internationalen Tagungen und Seminaren als wir personell leisten können.

  Der Vorstand wird deshalb nach der Mitgliederversammlung eine Abfrage bei den Mitgliedern der Gesellschaft starten, wer bereit ist, sich im Namen der Gesellschaft aktiv an solchen sicherheitspolitischen Veranstaltungen zu beteiligen.

- **Neuordnung des Geschäftsbetriebes und Modernisierung des Internetauftritts**

- **Neuordnung der Gremien**

  Dazu war zunächst der wissenschaftliche Beirat neu zu besetzen. Folgende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Militär konnten für den neuen Beirat gewonnen werden:

Frau Professor Dr. Manuela Pietraß	Universität der Bundeswehr, Sprecherin des Beirats
Dr. Hans-Peter Bartels	Vizepräsident und CEO der Münchner Sicherheitskonferenz
Dr. Benedikt Franke	Vizepräsident und CEO der Münchner Sicherheitskonferenz

Generalleutnant a.D. Rainer Glatz	ehem. Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr, Mitglied im Beirat der Bundesregierung für zivile Krisenprävention und Friedensförderung
Sven-Felix Kellerhoff	Historiker und Journalist, Leitender Redakteur für Zeit- und Kulturgeschichte der WELT
Professor Dr. Joachim Krause	Prof. em. für Politikwissenschaft an der Universität zu Kiel, Herausgeber von „SIRIUS – Zeitschrift für strategische Analysen“
Professor Dr. Holger H. May	Honorarprofessor für Außenpolitik an der Universität zu Köln; ehem. Vice President Advanced Concepts, AIRBUS Defence and Space
Divisionär a.D. Claude Meier	ehem. Chef des Armeestabs der Schweizer Armee, Präsident des Centre d’Histoire et de Prospecives Militaire in Lausanne
Lieutenant General (ret.) Sir George Norton	Kommandeur des britischen Royal College for Defence Studies, ehem. UK Military Representative to NATO, Absolvent der Führungsakademie der Bundeswehr
Generalmajor Wolf-Jürgen Stahl	Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Generalmajor a.D. Erich Staudacher	ehem. Chef des Stabes des Kommandos der Luftwaffe, General Manager AFCEA Europe
Peter Tamm	Hamburger Reeder, Schiffsmakler und Verleger sowie Vorstand des Internationalen Maritimen Museums in Hamburg
Dr. Martina Bramswig-Timmermann	Politikwissenschaftlerin, Geschäftsführende Gesellschafterin der MBT SHARE GMBH
Professor Dr. Johannes Varwick	Inhaber des Lehrstuhls für internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle/Wittenberg. Präses des „Wissenschaftlichen Forums Internationale Sicherheit“ (WIFIS)
Bridadegeneral a.D. Dr. Klaus Wittmann	Historiker, Lehrbeauftragter für Zeitgeschichte an der Universität Potsdam

Der Vorstand wurde durch Kooptierungen von Generaloberstabsarzt a.D. Dr. Ulrich Baumgärtner, dem ehemaligen Inspekteur des Sanitätswesens der Bundeswehr, und von Brigadegeneral a.D. Martin Konertz, ehemals Direktor bei der European Defence Agency, ergänzt. Nach der Bestätigung der Kooptierungen und den Neuwahlen des Vorstandes in der Mitgliederversammlung beabsichtigen wir, folgende Arbeitsgliederung einzunehmen, die im nächsten Jahr durch eine Satzungsanpassung formalisiert werden soll:

Präsident:	General a.D. Erhard Bühler
Vizepräsident:	Generalleutnant Kai Rohrschneider
Vizepräsident:	Generaloberstabsarzt a.D. Dr. Ulrich Baumgärtner

Geschäftsführer Strategische Themen, Forschung und Lehre:
Brigadegeneral a.D. Martin Konertz
Geschäftsführer Vereinsbetrieb und Finanzen:
Oberstleutnant der Reserve Ralf Huber
Verantwortlicher für die Presse- und Informationsarbeit:
Oberst d.R. Dietrich Achim Kluge
Beauftragter Admiralstabs-/Generalstabslehrgänge:
Oberstleutnant Kemper, LT LGAN 2025
Beauftragter für Offiziere in Internationalen Verwendungen:
Kapitän z.S. Oliver Pfennig
Beauftragter Rüstung und Innovationen:
Jens Heilig.

Mitgliederentwicklung:

Die Mitgliederzahl der Clausewitz-Gesellschaft ist seit mindestens 2019 stetig gesunken. Von ca. 950 auf 802 im Jahr 2024. Wir können in diesem Jahr einen Anstieg auf bisher 858 Mitglieder verzeichnen, das ist ein Anstieg um 7%. Besonders erfolgreich war unsere Sektion Schweiz unter Ihrem Präsidenten Oberst i.Gst. Matthias Kuster. Die Sektion Schweiz lag mit einer Steigerungsquote von 18% deutlich über dem Durchschnittswert der Clausewitz-Gesellschaft insgesamt.

Beim Frauenanteil haben wir eine leichte, aber unterdurchschnittliche Steigerung von 2%. Aber immerhin sind wir stolz, mit Frau Generaloberstabsarzt Dr. med. Nicole Schilling und Frau Dr. sc.nat. Germaine Seewer zwei Persönlichkeiten in Spitzenstellungen der Bundeswehr und der Schweizer Armee in unseren Reihen zu haben.

Die Steigerung von insgesamt 7% darf uns aber nicht zufrieden stellen. Ziel des Vorstandes ist weiterhin, die Mitgliederzahl auf das Vor-Corona Niveau zu bringen. Dabei können alle Mitglieder der Gesellschaft durch persönliche Ansprache helfen. Die bisher ergriffenen Maßnahmen der Satzungsänderung machen sich jetzt schon leicht bemerkbar, ungefähr die Hälfte der neuen Mitglieder stammt aus dem jungen Altersband. Viel verspreche ich mir auch durch die Berufung eines Lehrgangsteilnehmers des LGAN in den Vorstand. Dies wirkt sich heute schon durch die Teilnahme von künftigen LGAN-Teilnehmern während ihrer Sprachausbildung in Hürth, die die Veranstaltungen des RK West in ansehnlicher Zahl besuchen.

Mittelfristig denke ich, kann man noch mehr tun, um die Eintrittsschwelle für die LGAN-Teilnehmer zu senken. Diese Männer und Frauen haben einen nicht einfachen Auswahlprozess für den LGAN durchlaufen und stellen eine Elite des Offizierskorps der Bundeswehr dar. Warum sollten Sie sich nicht automatisch mit Ihrer Qualifikation für den LGAN auch für die Clausewitz-Gesellschaft qualifiziert haben?

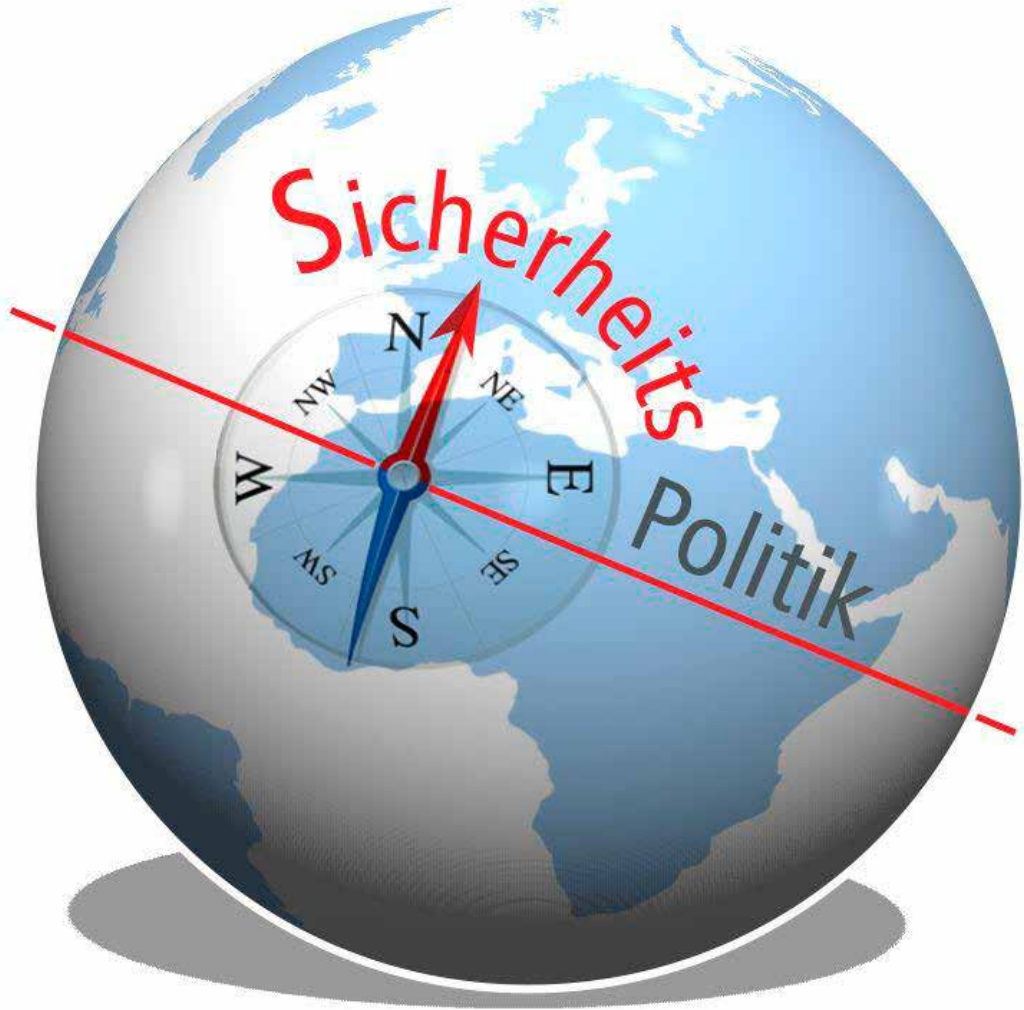
Mit diesem Gedanken will ich schließen. In der kommenden Mitgliederversammlung will ich dazu mehr sagen.

Allen Lesern des Jahrbuches, allen Mitgliedern, Beiräten, Freunden und Förderern der Clausewitz-Gesellschaft danke ich sehr für das Interesse an der Arbeit der Gesellschaft und ihren Mitgliedern und wünsche eine informative und erkenntnisreiche Lektüre unseres Jahrbuchs 2024/2025.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Erhard Bühler
General a.D.
Präsident der Clausewitz-Gesellschaft

Externe Experten & Mitglieder im Diskurs –

Unsere zentralen Tagungen


Sicherheits
Politik
N
NE
E
SE
S
SW
W
NW

Externe Experten & Mitglieder im Diskurs – Unsere zentralen Tagungen

Handlungsbedarf für Deutsche und Europäische Sicherheitspolitik Berliner Colloquium 2025

26 - 28. März 2025, Julius-Leber-Kaserne, Berlin
Ergebnissicherung

Martin Konertz

Einleitung

Das diesjährige Berliner Colloquium der Clausewitz-Gesellschaft fand vom 26. bis 28. März 2025 im Tagungszentrum der Julius-Leber-Kaserne statt. Von der anhaltenden globalen sicherheitspolitischen Dynamik ist Deutschland auch deshalb besonders betroffen, weil es angesichts der Bedrohung durch Russland auch direkt um die eigene Sicherheit geht, die Bedeutung der NATO und der Bündnisverteidigung zugenommen haben und zunehmend auch die EU gefragt ist, komplementär zur NATO die Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten voranzubringen, aber auch weil das Wissen um strategische Risiken und Zusammenhänge in europäischen Zivilgesellschaften kein Allgemeingut mehr sind. Daher stand die Veranstaltung unter dem Leitthema: „Handlungsbedarf für Deutsche und Europäische Sicherheitspolitik“ und verfolgte zwei Ziele:

1. den sicherheitspolitischen Handlungsbedarf auf nationaler und europäischer Ebene zu identifizieren und
2. Wege aufzuzeigen, wie sicherheitspolitische Erfordernisse stärker in die öffentliche und politische Debatte eingebracht werden können.

In sieben Modulen wurden zentrale Aspekte des Leitthemas durch Fachvorträge von Experten und anschließende intensive Diskussionen mit den Teilnehmern analysiert und inhaltliche Zusammenhänge aufgezeigt. Die Veranstaltung fand unter Chatham House Rules statt. Der nachfolgende Überblick fasst die wesentlichen Erkenntnisse und Ergebnisse der Debatte zusammen.

1. Geostrategische Lagebewertung

Die sicherheitspolitische Lageentwicklung zeigt multiple, sich überlagernde globale Krisen, die auf eine zunehmend multipolare Weltordnung treffen, in der nicht mehr eindeutig ist, wie sich die Macht verteilt und der Verlust von Macht sichtbar wird bzw. sich schleichend vollzieht. Es stellt sich derzeit das Bild, dass sich die Europäische Union (EU) auf dem Rückzug aus Afrika befindet und die Vereinten Nationen (VN) zunehmend handlungsunfähig werden. Russland (RUS) scheint seinen außenpolitischen Kurs unverändert aggressiv fortzusetzen. Das Ziel der Schwächung des Westens wird derzeit unterhalb der Schwelle der direkten Anwendung militärischer Gewalt gegen NATO-Nationen mit hybriden Mitteln verfolgt. Für die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) haben andere Regionen der Welt Vorrang vor Europa. Als unstrittig stellte sich die Erkenntnis heraus, dass die europäischen NATO-Mitglieder und die EU von der strategischen Entwicklung überholt worden sind. Das bisher Unvorstellbare (Angriff RUS auf die Ukraine, die Dauer dieses Krieges, die Instabilitäten und Unsicherheiten im westlichen Bündnis, Rückkehr der Machtpolitik) ist in sehr kurzer Zeit Realität geworden.

Das bedeutet auch, dass es nicht nur heute viele Unbekannte in der neuen Gleichung von Sicherheit gibt, sondern auch künftig. In den westlichen Bevölkerungen ist die Erkenntnis kein Allgemeingut mehr, dass der Preis des Friedens die Anstrengung für den Krieg ist. Um der doppelten Zeitenwende, dem aggressiven Vorgehen RUS und den Veränderungen im transatlantischen Verhältnis, zu begegnen und Sicherheit und Stabilität auch künftig zu gewährleisten, wurden folgende Optionen thesenartig erörtert:

- Das Verhältnis zu einem aggressiven RUS mit imperialen Ansprüchen gegenüber Europa sollte neben der militärischen Abschreckung auch andere Elemente enthalten. Substanzielle Verhandlungen mit RUS dürfen nur auf der Grundlage gemeinsamer europäischer Prinzipien (insbesondere Charta von Paris) geführt werden.
- Die multipolare Weltordnung befindet sich in der Entwicklung, kann aber angesichts des politischen Charakters und der Ambitionen einiger dieser Pole nicht das anzustrebende Ziel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sein. Vielmehr müssen wir uns dafür einsetzen, dass NATO und EU als relevante Faktoren von der Außenwelt anerkannt und nicht als unbedeutend wahrgenommen und in der politischen Landschaft beliebig verschoben werden.

- Militärische Stärke ist in diesem Zusammenhang relevant. Insbesondere Deutschland muss daher die Rolle des Militärischen in der praktischen Außenpolitik neu lernen.
- Deutschland darf Europa nicht mit der EU verwechseln und muss andere sicherheitspolitisch wichtige Partner und Konstellationen verteidigungspolitisch neu bewerten (u.a. Group of Five).
- Aufgrund seines wirtschaftlichen Gewichts und seiner im Aufbau befindlichen militärischen Stärke muss Deutschland in Europa eine Führungsrolle übernehmen („Der Große für die Kleinen").
- Für das Erreichen eines angemessenen militärischen Handlungsvermögens und der vom Grundgesetz geforderten Verteidigungsfähigkeit bedarf es einer Reaktivierung der Einberufungspraxis zur Wehrpflicht.

2. Nationale Strategien und Konzepte

Auf der Grundlage der aktuellen geostrategischen Lagebewertung wurden in diesem Modul die Relevanz und die Perspektiven der Weiterentwicklung der Nationalen Sicherheitsstrategie vom Juni 2023 und der Verteidigungspolitischen Richtlinien vom November 2023 (VPR 2023) vertieft.

Beide Dokumente tragen vorrangig der durch den Angriff Russlands auf die Ukraine veränderten Weltlage Rechnung. Die Nationale Sicherheitsstrategie ist dabei das sicherheitspolitische Dachdokument der Bundesregierung, das für alle Ressort gleichermaßen gültig ist. Für die Erstellung ist das Auswärtige Amt in der Federführung, Konkretisierung und Umsetzung erfolgt jedoch durch jedes Ressort im jeweiligen Verantwortungsbereich. Die Nationale Sicherheitsstrategie richtet sich darüber hinaus an die deutsche Öffentlichkeit sowie an Verbündeten und Partner Deutschlands.

Das BMVg hat mit den VPR 2023 rasch reagiert und stellt einen klaren Bezug zur Nationalen Sicherheitsstrategie und deren Umsetzung im Bereich Verteidigung her. Die VPR 2023 verstehen sich auch als Übersetzung politischer und strategischer Überlegungen in militärisches Wirken im Kern auf zwei Säulen bezogen. Zum einen auf das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr und zum anderen auf den operativen Zweck und die Ziele in den geostrategischen Räumen beim Einsatz der Streitkräfte. Dieser Zweck und die Ziele werden in der künftigen Militärstrategie der Bundeswehr beschrieben, darüber hinaus ergänzt mit Maßnahmen, welche die militärische strategische Kultur in die öffentliche Debatte zur Sicherheit einbringen.

Unstrittig war, dass die Lage seit der Herausgabe von Nationaler Sicherheitsstrategie und VPR 2023 noch unübersichtlicher geworden ist und sich nach dem Wechsel der US-Administration erneut verändert hat. Ebenso bestand Einigkeit, dass die nationalen Strategien und Konzepte die entscheidenden Impulse für die weiteren Planung geben und hierzu vorrangig potenzielle „worst case" Szenarien beschreiben und strategische Vorgehensweisen skizzieren müssen ohne andere Szenarien und Entwicklungen auszuklammern.

Um Aktualität, praktische Relevanz und Wirkmächtigkeit der nationalen Strategien und Konzepte zu verbessern, wurden folgende Ansatzpunkte für deren Weiterentwicklung bzw. Neufassung erörtert:

- Angesichts der Dauerhaftigkeit der strategischen Disposition Russlands mit Blick auf die Ukraine aber auch auf die europäische Sicherheitsarchitektur sollte noch deutlicher herausgestellt werden, dass sich die Europäer insgesamt aber eben auch Deutschland deutlich stärker aufstellen und mehr für ihre Verteidigung unternehmen müssen.
- Die Signalwirkung dieses strategischen Ansatzes sollte berücksichtigen, dass das Bündnis mit den USA weiterhin zentral für die europäische und deutsche Sicherheit bleibt und die Partnerschaft mit den USA vertieft werden muss. Möglicherweise wäre hierzu auch herauszustellen, welche Bedeutung Europa/Deutschland für die USA in einer multipolaren Weltordnung haben wird und in welchen Bereichen Kompensationen für das strategische Engagement der USA sinnvoll wären.
- Auch wenn strategische Dokumente prinzipiell keine „To Do" Liste darstellen, sollten Neufassungen oder Weiterentwicklungen über einen analytisch-beschreibenden Charakter hinaus vorrangig die tatsächlichen Prioritäten benennen, die noch klarer zwischen Oberzielen und konkreten Handlungen unterscheiden und deren beabsichtigte Wirkungen im Blick haben. Das könnte dadurch erreicht werden, dass
  - » konkrete Ressortverantwortlichkeiten und -ziele benannt und von der Ebene der Institutionellen Verantwortlichkeiten und Ziele unterschieden werden,
  - » reale Bedrohungen mit eigenen Vorgehensweisen und Ressorts direkt verknüpft werden,
  - » das Zusammenwirken von militärischen und zivilen Ressorts, Bundesbehörden und nachgeordneten Behörden und Einrichtungen praxisorientierter zu beschreiben,
  - » das Erstellen von zivilen Äquivalenten zu den VPR in den anderen sicherheits- und verteidigungsrelevanten Ressorts angewiesen wird.

- Nationale Strategische Dokumente erleichtern die Koordinierung der Ressorts miteinander. Mit einem angekündigten neu zu schaffenden Nationalen Sicherheitsrat gilt es auch Weiterentwicklung bzw. Neufassung einer nationalen Sicherheitsstrategie mit Blick auf die institutionelle Einbettung, ihre Ausrichtung und Umsetzung entsprechend zu justieren.

3. Handlungsbedarf für die Deutsche und Europäische Sicherheitspolitik

Dieses Modul griff die in vorangehenden Themenblöcken identifizierte doppelte Zeitenwende auf und analysierte aus nationaler Sicht die deutschen politischen Aktivitäten, Prinzipien und Konzepte vor allem seit 2014 und ihre Wirkungen in der Realität. Ebenso betrachtet wurden die seither gewonnen Erkenntnisse über die deutschen Streitkräfte selbst.

Die Phase nach der Finanz- und Wirtschaftskrise und die anschließende Neuausrichtung der Bundeswehr mit Prozessorientierung und Abschied von der Vollausstattung waren geprägt von knappen finanziellen Mitteln. In der Folge war auch materiell von allem zu wenig da. Der Verteidigungshaushalt (Einzelplan 14) wurde zwar gesteigert, blieb aber stets deutlich unterhalb der Schwelle von 1,5% vom Bruttoinlandprodukt (BIP). Die ab 2015 eingeleiteten Trendwenden Personal, Material und Finanzen konnten vor diesem Hintergrund keine überzeugende Wirkung für Landes- und Bündnisverteidigung entfalten und fanden keinen Niederschlag in der Kampfkraft der Bundeswehr. Es entstand im Gegenteil der Eindruck, die Streitkräfte seien sehr absorptionsfähig für zusätzliches Geld.

Die „Zeitenwende-Rede“ vom Februar 2022 im Bundestag als solche war ein Erfolg und setzte die richtigen Signale. Allerdings wurde die Umsetzung recht rasch zu einem finanziellen Spezialproblem der Bundeswehr umgewidmet. Obwohl durch den Russland-Angriffskrieg die wesentlichen Grundlagen des Koalitionsvertrages der Ampel-Koalition überholt waren, wurde am vereinbarten „Normalbetrieb“ festgehalten. Auch die aktuelle Nationale Sicherheitsstrategie spiegelt wider, dass es trotz der durch Russland herbeigeführten fundamentalen Lageänderung in Deutschland keine neue politische Prioritätensetzung gab.

Aktuell scheinen für den Verteidigungssektor und auch für den verwandten und für die Sicherheit relevanten Bereich der Infrastruktur durch die Modifizierung der Schuldenbremse die finanziellen Barrieren aus dem Weg geräumt zu sein. Verteidigung scheint das zentrale Thema der neuen Bundesregierung zu sein, für das sie größtmögliche finanzielle Bewegungsfreiheit hat.

Daraus wurden folgende Parameter und Optionen für den Handlungsbedarf für die deutsche und europäische Sicherheitspolitik abgeleitet und diskutiert:

- Der Umfang der Streitkräfte war bisher kein Thema in der sicherheitspolitischen Debatte, obwohl völlig unstrittig ist, dass die Bundeswehr für den Auftrag Landes- und Bündnisverteidigung substanziell größer werden muss. Das wird ohne die Wiedereinführung der Einberufungspraxis zur Wehrpflicht nicht leistbar sein. Die Wehrpflicht ist daher eine militärische Notwendigkeit zum Erreichen der erforderlichen Umfangszahlen für die Präsenzarmee und deren Aufwuchsfähigkeit (Reserven). Sie hat in der Vergangenheit ihren Zweck auch qualitativ sehr gut erfüllt.
- Die Umsetzung dieses Ansatzes würde nicht unverzüglich zur sprunghaften Steigerung der Umfangszahlen führen. Allerdings wurde eine Zielgröße von 250.000 bis zu Ende der Legislaturperiode als ambitioniert aber durchaus leistbar bewertet. Diese Zahl ist in den darauffolgenden Jahren noch weiter steigerbar, zumal sich noch zahlreiche ungenutzte ehemalige Kasernen weiter im Besitz des Bundes befinden und als strategische Liegenschaftsreserve reaktiviert werden könnten.
- Die Wehrpflicht muss zwar nicht neu erfunden oder juristisch neu begründet werden, aber sie muss in einer Gesellschaft, der das eigene Militär immer fremder geworden ist, durch die Politik neu verankert werden. Das ist leistbar, zumal die Bereitschaft gerade bei den gesellschaftlichen Gruppen, die der Wehrpflicht unterliegen, durchaus ausgeprägt ist für Deutschland etwas zu tun.
- Mit Blick auf die modernen und aktuell besonders wirksamen Waffensysteme (weitreichende Artillerie und Raketen, bewaffnete Drohnen) hat sich Deutschland in den vergangenen Jahren eine langanhaltende politische Debatte geleistet, die die Modernisierung der Ausstattung der Bundeswehr erheblich verzögert und inhaltlich keinen Zugewinn an Sicherheit ergeben hat. Eine ähnliche Debatte mit verzögernder Wirkung muss beim nun aktuell anstehenden Thema „autonome Systeme“ vermieden werden.
- Eine wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung dieses Ansatzes zur Steigerung des Umfangs und der raschen Bewaffnung mit modernen Waffensystemen und Kampfmitteln ist ein politisches Bewusstsein für die Dringlichkeit und das Überwinden der aktuellen Mentalität erforderlich, auch den leistbaren Herausforderungen vorrangig mit Argumenten der „Nicht-Machbarkeit“ zu begegnen.

4. Multinationale Erfordernisse und Erwartungen

Zur Ergänzung zu den nationalen Perspektiven wurden in diesem Themenkomplex die Sichtweisen aus NATO und EU zur Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit der europäischen Alliierten und EU-Mitgliedstaaten dargestellt und in der Diskussion erschlossen. Dabei waren die aktuellen Prioritätensetzungen von NATO und EU von besonderem Interesse und welche Konsequenzen sich daraus für Deutschland ergeben.

Angesichts der transatlantischen Epochenwende haben sich auch die aktuellen politisch-strategischen Prioritäten der NATO verändert. Vorrang haben derzeit die Unterstützung der Ukraine, auch im Lichte der von den USA mit Russland bzw. der Ukraine geführten Verhandlungen. Eine zweite Priorität liegt auf der Vorbereitung des NATO-Gipfels im Juni in Den Haag, insbesondere mit Blick auf die Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Zahlreiche Nationen stellen sich auf eine Größenordnung von 3 – 3,5% vom BIP ein. Es wird gleichzeitig immer deutlicher, dass die USA an dem vom US-Präsidenten nunmehr geforderten Richtwert von 5% vom BIP festhalten werden. Aus Sicht der USA soll damit dem Ansatz des „burden-shifting" von den USA in Richtung ihrer europäischen Alliierten besser Rechnung getragen werden. Die fachlichen Aspekte der militärischen Fähigkeitsentwicklung und die neuen, deutlich umfangreicheren nationalen Fähigkeitsziele, die im Rahmen des NATO Defence Planning Process (NDPP) ermittelt werden, werden bereits durch die Verteidigungsminister im Juni 2025 gebilligt werden. Die USA versichern dabei gegenüber ihren Verbündeten, dass sie zu ihrer Beistandspflicht stehen. Weitere wichtige Handlungsstränge sind der Ausbau der Partnerschaften der NATO mit den südlichen Nachbarn und die Verbesserung der Beziehungen zur EU.

Nach den EU-Wahlen im Herbst 2024 hat sich seit Dezember 2024 sowohl im EU-Parlament als auch in der EU-Kommission ein neues Team formiert, das in allen Bereichen eine neue Dynamik entfaltet. Von besonderer Bedeutung ist das im März veröffentlichte „Whitepaper", das gemeinsam vom erstmalig eingesetzten EU-Kommissar für Verteidigung und der EU-Außenbeauftragten entwickelt worden ist. Alle EU-Mitgliedstaaten haben dazu beigetragen. Es berücksichtigt nicht nur die Folgen des Krieges in der Ukraine und das Richtungspapier der EU-Kommissionspräsidentin („Rearm Europe" vom 4. März 2025), sondern auch die transatlantische Epochenwende. Das Whitepaper befürwortet mit Blick auf militärische Fähigkeiten der EU-Mitgliedstaaten, die auch NATO-Mitglieder sind, die Umsetzung der NATO-Fähigkeitsziele. Das

wurde nicht nur als neue Tonlage in der EU, sondern als revolutionärer Ansatz eingestuft, mit dem die komplementäre Ergänzung von NATO und EU eine neue Qualität erhält. Das eröffnet für die 23 EU-Mitgliedstaaten, die auch NATO-Mitglied sind, neue Perspektiven in der Nutzung der von der Präsidentin der EU-Kommission in Aussicht gestellten EU-Kredite und gelockerte Schuldenregeln (Ausnahmeklausel vom Stabilitäts- und Wachstumspakt).

Übereinstimmung bestand darin, dass weder NATO noch EU oder ihre Mitgliedstaaten Kriegspartei im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sind. Sie sind aber sehr wohl bereits heute Gegenstand zahlreicher russischer hybrider Angriffe. Russland führt einen Krieg mit seinen Verbündeten (China, Iran, Nord-Korea) gegen die Ukraine. Unstrittig war auch die Erkenntnis, dass Verteidigungsausgaben in Höhe von 2% vom BIP das notwendige Minimum für den Erhalt militärischer Fähigkeiten beschreiben, aber nicht den Umfang von Aufwendungen für einen substanziellen militärischen Fähigkeitsaufbau beinhalten.

Bei der Ableitung des Handlungsbedarfs für die deutsche und europäische Sicherheitspolitik wurden die nachstehenden Prinzipien und Vorschläge erörtert:

- NATO und EU verfügen über keine eigenen militärischen Fähigkeiten[1]. Sie beziehen ihre militärische Stärke aus den Fähigkeiten und Streitkräften ihrer Mitglieder, die jeweils nur über ein „single set of forces" verfügen. Daher gehen Überlegungen in ein eigenes EU-Oberkommando in die falsche Richtung. Vielmehr sollte im Rahmen der Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO u.a. das Berlin Plus Abkommen (Nutzung der NATO-Kommandostruktur durch europäische Alliierte) in eine neue Qualität geführt werden.
- Es muss sich sowohl in der politischen als auch in der gesellschaftlichen Debatte die Erkenntnis durchsetzen, dass es bei der Erhöhung der Verteidigungsausgaben um bessere und mehr militärische Fähigkeiten geht, um aktuellen und künftigen Bedrohungen effektiv zu begegnen, allen voran Russland. Es ist zu erwarten, dass die neuen NATO-Forderungen enorme Anstrengungen von Deutschland nach sich ziehen werden. Für Deutschland bedeutet das die Wiedererlangung der Verteidigungs- und damit auch der glaubwürdigen Beistandsfähigkeit gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrags.
- Die Entwicklung Deutschlands, auch innenpolitisch wird von Verbündeten in NATO und EU sehr genau beobachtet. Es wird durchaus anerkannt, wie weit DEU bereits gegangen ist. Allerdings ist die Bewertung von außen

nicht frei von Sorgen und auch nicht durchgängig positiv. Hoffnungen und Erwartungen in NATO und EU werden zunehmend größer, dass Deutschland angesichts seines enormen Potenzials, wirtschaftlichen Gewichts und Leistungsvermögens mit mehr Entschlossenheit und Tempo vorgeht und seine Zögerlichkeiten und Bedenken nicht länger in den Vordergrund stellt.

- Es bleibt Aufgabe der Politik aber auch der fachlichen Wissensträger, die Tragweite des sicherheitspolitischen Handlungsbedarfs zu vermitteln, die bislang nicht Teil des gesellschaftlichen Allgemeinwissens zu sein scheint.

5. Innovationen

Das Modul erweiterte die bisherige Debatte zum politischen Handlungsbedarf um die technisch-strukturelle Perspektive.

Übereinstimmung bestand darin, dass Verfügbarkeit und Nutzung überlegener Technologien in bewaffneten Konflikten enorme Bedeutung haben, zumal sie Fehler eines Gegners exponentiell hart bestrafen und durchaus kriegsverändernd wirken können. Technologische Schwäche ist eine Provokation und Einladung an einen Gegner. Aber gerade in langanhaltenden Auseinandersetzungen sind sie allein nicht entscheidend, weil angesichts heutiger kurzer technologischer Innovationszyklen die Überlegenheit von heute oftmals der Standard von morgen ist.

Technologische Überlegenheit ist daher in der Regel nur temporär und sie muss auch in Innovationen umgesetzt werden, sei es taktisch organisatorisch oder prozedural. Darum müssen von der politischen Ebene die Rahmenbedingungen für kontinuierliche Innovationen geschaffen werden, die über die Modernisierung von Ausrüstung hinausgehen und die technologische Überlegenheit der Streitkräfte langfristig sichern.

Folgende Ansatzpunkte wurden diskutiert, um das Innovationsvermögen im Verteidigungssektor zu verbessern:

- Eine wesentliche Rahmenbedingung für Innovation ist das Fördern und Aufrechterhalten von Risikobereitschaft. Gerade das im Bereich von Forschung und Technologie eingesetzte investive Kapital ist Risikokapital, zumal das Scheitern von Experimenten elementarer Bestandteil des Innovationszyklus bleiben wird. Neu gefasste politische Vorgaben zu den Haftungsbedingungen, zum Datenschutz und zu Urheberrechtsfragen können

Risikobereitschaft stimulieren. Das schließt das Zulassen von neuen, agilen Unternehmen (Start-Ups) auf dem Markt als Mitbewerber zu etablierten Unternehmen der Verteidigungswirtschaft ein.

- Das heutige technologische Innovationstempo ist rasant und trifft in Planung, Entwicklung und Beschaffung auf eine prozessorientierte zivile und militärische Organisation, die oftmals als wenig innovationsfreundlich erscheint und die Priorität im seriellen Abarbeiten gemäß gültigem Prozessmodell unter Nutzung aller verfügbaren Instrumente sieht. Eine solche Vorgehensweise sichert zwar gegen Risiken ab und minimiert Fehler. Sie lähmt aber jede Agilität und unterdrückt im Kern rasche Innovation. Hier gilt es mit Augenmaß zu differenzieren. Denn nicht jede Innovation und nicht jedes Projekt betreffen ein komplexes Waffensystem. Innovationen resultieren häufig aus weniger umfangreiche Projekten. Ein inkrementeller Ansatz und paralleles Vorgehen sowie Akzeptanz unterschiedlicher Geschwindigkeiten könnten dagegen Abhilfe schaffen. Die Einrichtung des Forschungs- und Innovationshub im BMVg trägt diesem Ansatz Rechnung. Gleiches für den im März 2017 eingerichteten Cyber- und Innovationhub der Bundeswehr (CIHBw), der sich als „Change Agent" der Streitkräfte versteht, Brücken zwischen der Bundeswehr und der Startup-Welt schlägt und dadurch den erforderlichen Wandel beschleunigt hin zu einer modernen Innovationskultur. Die ersten Erfolge des CIHBw sind sehr vielversprechend und bestätigen den eingeschlagenen Weg.
- Zur Überwindung der unvermeidlichen „Prozessträgheit" wurde ein agiles Mindset als Schlüsselfaktor genannt, um aus der länglichen prozessorientierten Diskussion ins „Machen" zu kommen. Dazu gehören auch folgende Elemente:
  - Für die Beschleunigung von Beschaffung und Innovation muss sich vor allem im Bewusstsein niederschlagen, dass Zeit der wesentliche Faktor ist. Am aktuellen Antwort-Zeit-Verhalten gegenüber innovativen Verbesserungsvorschlägen wird sichtbar, dass die relevanten Prozesse immer noch auf einen anderen Zweck als auf rasche Wirkung in der Praxis optimiert sind.
  - Zur Beschleunigung der Innovation ist eine direkte Kopplung mit den Anwendern/Operateuren erforderlich.
  - Bei innovativen Technologien wie künstlicher Intelligenz (KI) sollte darauf geachtet werden, dass sich der Markt entwickelt, bevor er reguliert wird. Derzeit werden die Regeln definiert. Dies darf nicht dazu führen, dass sich der Markt nicht entwickeln kann. Die Regeln müssen hinreichend abstrakt bleiben und lediglich einen Rahmen setzen.

» Das Prinzip „Führen mit Auftrag“ sollte auch in der Umsetzung und Anwendung der ministeriellen Prozesse wieder Vorrang erhalten. Das muss sich u.a. auch in der Ausbildung des in diesen Bereichen tätigen Personals niederschlagen. In der Forschung und Entwicklung sollte die Zivilklausel als lähmender Faktor entfallen.

6. Umsetzung

In diesem Modul wurden Stand und Perspektiven der militärischen Umsetzung erörtert und Verknüpfungen mit den sicherheits- und verteidigungspolitischen Aspekten der vorgegangenen Module diskutiert. Im Fokus standen die Aufgaben des mit dem Osnabrücker Erlass vom 1. Mai 2024 neu aufgestellten Operativen Führungskommandos der Bundeswehr (OpFüKdoBw) und des Unterstützungskommandos der Bundeswehr (UstgKdoBw). Sie sind wesentliche Elemente der neuen Spitzengliederung der Bundeswehr und der Umsetzung des Leitgedankens der Nationalen Sicherheitsstrategie und der Verteidigungspolitischen Richtlinien aus dem Jahr 2023, die Landes- und Bündnisverteidigung ins Zentrum der Sicherheitsvorsorge rücken.

Wie auf der politischen und planerischen Ebene so stehen auch auf der operativen und obersten taktischen Ebene die konkreten Bedrohungen für Deutschland im Zentrum der Überlegungen und die Orientierung am „worst case“. Beide Kommandos sind in diesem Zusammenhang dafür verantwortlich, in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich die bereits vorhandenen Kräfte, Mittel und Fähigkeiten der Bundeswehr zu führen und im konkreten Einzelfall im gesamten Aufgabenspektrum nach Prioritäten zuzuweisen (das OpFüKdoBw priorisiert und weist für konkrete Einsätze Kräfte zu, das UstgKdoBw führt Kräfte im Grundbetrieb truppendienstlich und in sanitätsdienstlich dominierten Einsätzen taktisch).

Das OpFüKdoBw führt die Verantwortlichkeit für die Planung und Führung von Kräften im Einsatz und für territoriale Aufgaben zusammen und stellt ein deutsches „Joint Forces Command“ dar, das den Operationsplan Deutschland mit den Regionalplänen der NATO verknüpft. Neben der Verteidigung Deutschlands und des Bündnisgebietes zählt auch die Sicherstellung von Operationen im Rahmen der Regional Plans der NATO zu seinen Aufgaben. Zur Erfüllung der Rolle als „Drehscheibe Deutschland“ (truppenstellende und entsendende Nation, Stationierungsraum, Verbindungszone zum Einsatzraum, Sicherstellung militärischer Mobilität, logistische Versorgung) kann das Op-

FüKdoBw nunmehr aus einer Hand führen, knappe Ressourcen optimal zuweisen und das Reaktionsvermögen deutlich verbessern (Anspruch und Maßstab: „Fight Tonight“).

Vor diesem Hintergrund versteht sich das OpFüKdoBw als „Warfighting Headquarters“. Die Operationszentrale des OpFüKdoBw in Schwielowsee erhebt den Anspruch, kontinuierlich ein aktuelles gesamtstaatliches operatives Lagebild zu erstellen. Diese Fähigkeit wird kontinuierlich benötigt, um den bereits heute stattfindenden Bedrohungen im hybriden Bereich unterhalb der Schwelle einer Artikel 5 – Operation der NATO wirkungsvoll begegnen zu können.

Das UstgKdoBw fasst Kräfte und Mittel der bisherigen Streitkräftebasis und des Zentralen Sanitätsdienstes sowie weiterer Dienststellen (u.a. PlgABw, KdoZMWBw) zusammen und ist mit Blick auf seinen personellen Umfang der zweitgrößte Organisationsbereich der Bundeswehr. Der Unterstützungsbereich bündelt knappe Kräfte, Mittel und Fähigkeiten, die von allen Bereichen der Streitkräfte benötigt werden, um die Durchhalte- und Überlebensfähigkeit zu gewährleisten. Vor allem die begrenzte strukturelle und materielle Quantität erfordert eine enge Verflechtung des militärischen Unterstützungsbereichs mit zivilen Leistungserbringern. Am Beispiel der derzeit in der Aufstellung befindlichen „Litauen-Brigade“ wurde die Dimension des logistische Unterstützungsbedarfs kampfkräftiger Großverbände außerhalb Deutschlands hervorgehoben. Damit wurde auch die besondere Bedeutung einer angemessenen, verlässlichen und gesicherten Unterstützung für glaubwürdige Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit deutlich.

Absehbare Perspektiven für den Unterstützungsbereich angesichts einer anhaltend angespannten sicherheitspolitischen Lage sind die jederzeitige Einsatzfähigkeit aus bestehenden Strukturen und mit vorhandener Ausstattung. Es ist außerdem davon auszugehen, dass sich Reaktionszeiten weiter verkürzen und die Anforderungen an die Einsatzfähigkeit ebenso steigen wie die Vielfalt der Bedrohungen und damit der Aufgaben an den Unterstützungsbereich.

Bei der Ableitung des Handlungsbedarfs für die deutsche und europäische Sicherheitspolitik wurden die nachstehenden Aspekte zur Weiterentwicklung von Verfahren auf multinationaler Ebene und dem funktionalen Zusammenwirken mit anderen Ressorts sowie Behörden und Einrichtungen auf Landes- und kommunaler Ebene erörtert:

- Mit Blick auf die Kommando- und Unterstützungsbeziehungen im Einsatzfall unter den neuen Rahmenbedingungen, mit neuen nationalen Führungsstrukturen und in Umsetzung der Regionalpläne der NATO befinden wir uns in einer Übergangs- und Lernphase. Das erfordert auch die Neujustierung der Führungs- und Arbeitsbeziehungen mit den NATO – Joint Forces Commands sowie das Üben der Führung von Operationen in Artikel 5 Szenarien.
- Die Dimension des Unterstützungsbedarfs für eigene Truppe und Verbündete, der sich aus der Aufgabe „Drehscheibe Deutschland“ und in Umsetzung der Regionalpläne der NATO ergibt, ist derzeit noch nicht abschließend erfasst. Mit Vorliegen der neuen NATO-Planungsziele, die in das Fähigkeitsprofil Bundeswehr einfließen werden, wird auch der Unterstützungsbedarf im Zuge der Anpassung des Operationsplans Deutschland weiter konkretisiert:
  - In Zeiten des Kalten Krieges verfügte die damalige Bundeswehr für die Umsetzung des Host Nation Support (HNS) über ca. 90.000 Dienstposten, die heute für die Umsetzung eines neuen HNS-Konzepts der NATO allerdings nicht mehr zur Verfügung stehen. Strukturelle Verbesserungen des Unterstützungsbereichs der Bundeswehr sind ohne eine Form der Wehrpflicht kaum vorstellbar.
  - Es ist in zivilen Behörden auf der Landes- und kommunalen Ebene noch wenig Verständnis dafür vorhanden, dass verlässliche zivile Leistungserbringungen unter Kriegsbedingungen in deutlich größerem Umfang erforderlich sein werden als zu Zeiten des Kalten Krieges. Das Leistungssicherstellungsgesetz und seine Auswirkungen und Erfordernisse sind keine vertrauten Handlungsfelder mehr. Die verantwortlichen Behörden verfügen nicht mehr über kenntnisreiches Personal, dass mit dem Leistungsvermögen der Bundeswehr oder mit Szenarien vertraut ist, die erhebliche Verdrängungseffekte im zivilen Sektor und Einschränkungen für die Bevölkerung hervorrufen könnten.
- Es zeichnet sich bereits jetzt sehr deutlich ab, dass es auch in anderen zentralen Bereichen eines Bewusstseinswandels bzw. einer Bewusstseinsentwicklung bedarf:
  - Die vertrauten Begriffe Frieden-Krise-Krieg, und die bisherigen Mechanismen für den Spannungs- und Verteidigungsfall werden überlagert von neuen Bedrohungen und Konfliktszenarien. Das geht einher mit neuen Begriffen wie „hybride Bedrohungen“. Dafür sind derzeit aber weder ein gemeinsames Verständnis noch allgemeingültige Beschreibungen noch juristische Ableitungen verfügbar. Das lähmt die Bereitschaft, aus dem Diskutieren ins Handeln zu kommen.

» Die Anerkennung der Notwendigkeit eines gesamtstaatlichen Lagebildes ist noch kein Allgemeingut.

7. Ressourcen

Aus den vorrangehenden Themenblöcken wurden insbesondere der Zeitdruck sowie die Tragweite des Handlungsbedarfs deutlich. Das Modul Ressourcen stellte den Schlussstein für das Berliner Colloquium dar und vermittelte Perspektiven, wie aus den in Aussicht gestellten finanziellen Mitteln für den „input for defence" angesichts noch bestehender Handlungszwänge und Begrenzungen möglichst rasch der bestmögliche „output for defence" erzeugt werden kann.

Mit Blick auf die Entwicklung des Finanzbedarfs der Streitkräfte auf der Zeitachse lassen sich folgende Kernaussagen festhalten:

- Die Anfangsinvestitionen zur Umsetzung der Zeitenwende und unter Nutzung des 2022 beschlossenen Sondervermögens Bundeswehr haben sich noch an den NATO-Planungszielen aus dem Sommer 2021 (CT 21) orientiert. Diese beinhalteten naturgemäß noch nicht die tatsächlichen militärischen Bedarfe und Erfordernisse der Zeitenwende, die sich aus dem russischen-Angriffskrieg und den im Jahr 2023 beschlossenen Regionalplänen der NATO ergeben haben. Die daraus abgeleiteten neuen NATO-Planungsziele (CT 25) werden erst im Juni 2025 beschlossen und bilden für die Fortschreibung des Fähigkeitsprofils der Bundeswehr die wesentliche Eingangsgröße. In folgenden Bereichen zeichnet sich ein signifikanter Aufwuchs ab: Kampftruppen, Kampfunterstützung, Einsatzunterstützung, Großverbände (insbesondere Korpsebene) Luftverteidigung und Wirken in der Tiefe (beispielsweise: Deep Precision Strike).

- In diesem Zusammenhang wurde als wesentlich hervorgehoben, dass Landes- und Bündnisverteidigung, auch vor dem Hintergrund der NATO-Strategie aus dem Jahr 2022, aus nationaler Sicht mit der Nationalen Sicherheitsstrategie und den Verteidigungspolitischen Richtlinien aus dem Jahr 2023 wieder als Kernauftrag der Bundeswehr bestätigt wurde und somit auch ein erheblicher Mehrbedarf an militärischen Fähigkeiten formal begründet werden kann.

- Derzeit ergibt sich unter Berücksichtigung der absehbaren neuen NATO-Planungsziele und nationalen Prioritäten mittelfristig ein wahrscheinlicher

Finanzbedarf der Bundeswehr von zumindest 3,5% vom Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die dauerhafte angemessene Finanzierung der Bundeswehr in dieser Größenordnung ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der Umsetzung der Zeitenwende. Eine weitere Kernherausforderung ist die Ressource Personal, um den notwendigen künftigen Personalumfang der Streitkräfte sicherzustellen.

- Mit Blick auf die künftigen Verteidigungshaushalte und die Ressourcenplanung bedeutet die Modifizierung der Schuldenbremse (Artikel 109 und 115 GG) eine entscheidende Weichenstellung, welche die Handlungsfreiheit auf ministerieller Ebene und im nachgeordneten Bereich erweitert und Entscheidungen beschleunigen bzw. erleichtern kann. Sie ist aber kein Selbstläufer oder Automatismus und reicht allein aus mehreren Gründen nicht aus, um die Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr in vollem Umfang wieder herzustellen:

- Finanzbedarfsanalyse und Ressourcenplan bleiben eng mit der eigentlichen Haushaltsaufstellung verknüpft. Ohne die Begründung und Konkretisierung des erhöhten militärischen Bedarfs nützen daher auch mehr verfügbare Haushaltsmittel nicht. Dieser erhöhte Bedarf ergibt sich vorrangig aus umfangreicheren Strukturen der Bundeswehr und die Notwendigkeit ihrer personellen und materiellen Befüllung. Die politischen Entscheidungen hierzu sind noch nicht vollständig getroffen. Die Haushalte 2025 und 2026 sind noch nicht fertig erstellt bzw. gebilligt. Die nur vorläufige Haushaltsführung engt den Handlungsspielraum für die nächsten Monate ein.

- Auch wenn Beschaffungsentscheidungen in größerem Umfang getroffen wurden und die erhöhten Haushaltsmittel grundsätzlich verfügbar sind, können diese Mittel in der Regel erst bei Lieferung abfließen. Lange Lieferzeiten unter anderem aufgrund zu geringer Produktionskapazitäten der Industrie verzögern die notwendige Ausstattung der Streitkräfte.

- Landes- und Bündnisverteidigung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Sie betrifft in zahlreichen Faktoren zivile Bereiche und damit auch zivile Ressourcen, die jenseits des Einzelplan 14 bereitzustellen sind. Die im Einzelplan 14 selbst erfassten finanziellen Ressourcen beziehen sich auf den militärischen Anteil von Landes- und Bündnisverteidigung. Sie werden benötigt, um die militärischen Fähigkeiten in der beabsichtigten Qualität,

Quantität und zeitgerecht für die nur von Streitkräften zu bewältigenden Aufgaben bereitzustellen.

- Das Herstellen der Verteidigungsbereitschaft erfordert darüber hinaus die Aktivierung der „Ressource Verteidigungsindustrie". Nachdem die juristischen Hemmnisse für den Zugang zu Finanzmitteln auf nationaler und europäischer Ebene abgebaut und die finanziellen Rahmenbedingungen insgesamt deutlich verbessert wurden, muss nun die Frage beantwortet werden, wie Rüstungsbeschleunigung gelingen kann. Sowohl die Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie vom Dezember 2024 als auch das neue Whitepaper der EU-Kommission vom März 2025 enthalten hierzu viele richtige Ansätze, um die von stark eingeschränkten Finanzmitteln geprägten Strukturen und Verfahren zu überwinden. Als wesentlich für ein Gelingen von Rüstungsbeschleunigung und Rüstungskontinuität wurden insbesondere die nachstehenden Faktoren identifiziert:

- Die Gewährleistung einer langfristigen/mehrjährigen Finanzierungs- und Auftragsplanbarkeit für die Industrie, die nicht nur den kurzfristigen Erstbedarf der Streitkräfte im Blick hat, sondern den Gesamtbedarf. Dieser Gesamtbedarf an Neubeschaffung und Instandhaltung von Ausrüstung muss so rasch wie möglich formuliert und zeitlich eingeordnet werden (was, wieviel und wann). Dann können die Produktionskapazitäten der Verteidigungsindustrie dauerhaft ausgebaut, Stückkosten gesenkt und Lieferzeiten verringert werden.

- Entsperrung der lähmenden Regulatorik für die Industrie. Dazu zählen u.a. die Abschaffung des ausgeuferten Berichtswesens und der Transparenzauflagen sowie das Aussetzen der Umweltverträglichkeitsprüfungen.

- Gesetzliche Regelung zur Sicherung von Lieferketten.

- Einführung eines europäischen Bedarfspooling, das den erwartbaren zeitgleichen Ansturm der EU-Mitgliedsstaaten auf die begrenzten europäischen Rüstungskapazitäten zusammenfasst und die Belastung durch Sprunginvestitionen abmildert bzw. kanalisiert.

- Vor diesem Hintergrund wurden folgende Aspekte als wesentlich für den Handlungsbedarf deutscher und europäischer Sicherheitspolitik erörtert:

- Die Modifizierung der Schuldenbremse für den Bereich der Verteidigung ermöglicht grundsätzlich die Entwicklung, Beschaffung und Bereitstellung der nunmehr in deutlich größeren Umfang erforderlichen materiellen militärischen Fähigkeiten. Aber das ist nur eine Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung der Zeitenwende. Zur Bereitstellung der personellen Ressource bedarf es einer verpflichtenden Wehrform, um die notwendigen Umfangszahlen und Truppenstärken zu erreichen und den deutlichen Zuwachs an Waffensystemen auch nutzen und bedienen zu können.

- Darüber hinaus muss Verteidigung als gesamtstaatlicher Ansatz angelegt werden. Die notwendigen Entscheidungen hierzu und auch zur künftigen Wehrform müssen sehr rasch getroffen werden. Mit veralteten bzw. untauglichen Planungsparametern lässt sich weder die Zukunft gewinnen noch die erforderliche Verteidigungsbereitschaft innerhalb der kommenden vier Jahre herstellen.
- Zu diesem gesamtstaatlichen Ansatz gehört auch, dass das Unverständnis und die Kenntnislosigkeit bezüglich Verteidigung und Verteidigungswirtschaft bei Entscheidungsträgern, Beratungseliten und auch in der Öffentlichkeit überwunden werden. Deutschland befindet sich drei Jahre nach der Zeitenwende-Rede industriell und militärisch immer noch in einer dramatischen Lage, weil Unverständnis und Kenntnislosigkeit in der Zivilgesellschaft den Fortschritt lähmen und wichtige politische Entscheidungen verzögern.
- Es zeichnet sich ab, dass die Forderung der neuen US-Administration nach Verteidigungsausgaben der NATO-Alliierten in Höhe von 5% vom BIP auch darin begründet ist, dass die Fähigkeiten der US-Streitkräfte nicht mehr ausreichen, um den militärischen Bedarf zum Schutz der atlantischen und pazifischen Gegenküste zeitgleich zu decken. In welchem Umfang sich aus einer beabsichtigten Verlagerung der Lasten (burden shifting) eine zusätzliche Dynamik und weiterer Druck auf die nationalen Verteidigungshaushalte der europäischen Alliierten ergibt, lässt sich derzeit nicht hinreichend abzuschätzen.

Fazit

Das Berliner Colloquium 2025 betrachtete in einer Folge von aufeinander aufbauenden Modulen den Handlungsbedarf für die deutsche und europäische Sicherheitspolitik. Dabei wurden unterschiedliche Perspektiven gegenübergestellt und in einem intensiven Dialog zwischen Verantwortlichen und Entschei-

dern auf ministerieller und Truppenebene einerseits sowie Experten, Wissensträgern und Fachpublikum andererseits erörtert.

Gemeinsame Erkenntnis war, dass die öffentliche sicherheitspolitische Debatte wieder kenntnisreich, mit Substanz und Klarheit geführt werden muss. Sicherheit geht alle Bürger an, ist eine gesamtstaatliche Aufgabe und darf nicht als Spezialproblem der Streitkräfte verstanden werden. Der grundgesetzliche Auftrag der Bundeswehr zur Landesverteidigung bleibt eine Daueraufgabe, die nicht ausgehöhlt werden darf. In diesem Zusammenhang ist der künftige Umfang der deutschen Verteidigungsausgaben (3,5% „plus“ vom nationalen Bruttoinlandsprodukt) nicht getrieben von der Erfüllung einer externen administrativen Zielgröße. Er ist vielmehr Ausdruck von politischer Führungsverantwortung, strategischer Ernsthaftigkeit, nationalem Selbstbehauptungswillen und glaubwürdiger militärischer Verteidigungsfähigkeit. Für dieses Verständnis hat das Berliner Colloquium einen wichtigen Impuls vermittelt.

Anmerkungen

1 Gemeint sind eigene Streitkräfte im klassischen Sinn. Die NATO verfügt jedoch über einige wichtige militärische Fähigkeiten wie u.a. die NATO-Kommandostruktur und die NATO-Frühwarnflotte (AWACS = Airborne Early Warning and Control System sowie AGS = Alliance Ground Surveillance). Diese militärischen Fähigkeiten werden als „NATO owned and operated“ bezeichnet

Gesamtverteidigung – Umsetzung Operationsplan Deutschland Berliner Colloquium 2025

21. Strategiegespräch I / 2025
19. Mai 2025, 18:30 Uhr Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund Berlin
Ergebnissicherung

Martin Konertz

Vorbemerkung

Die Clausewitz-Strategiegespräche werden durch die Deutsche Atlantische Gesellschaft e.V., die Clausewitz-Gesellschaft e.V. und die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund seit 2010 in Berlin durchgeführt. Das erste Clausewitz-Strategiegespräch in diesem Jahr hat die Frage erörtert, wie der Stand der Umsetzung des Operationsplan Deutschland (OPLAN DEU) ist, in welchem Maße sich die betroffenen Behörden und Dienste auf die damit einhergehenden Herausforderungen eingestellt haben und welche Erfahrungen aus der bisherigen Umsetzung das künftige Vorgehen beeinflussen werden.

Der OPLAN DEU ist eine Reaktion auf die veränderte sicherheitspolitische Lage in Europa. Er führt die zentralen militärischen Anteile der Landes- und Bündnisverteidigung in Deutschland mit den dafür erforderlichen zivilen Unterstützungsleistungen in einem operativ ausführbaren Plan zusammen. Er trifft damit die planerische Vorsorge dafür, dass im Krisen- und Konfliktfall nach erfolgter politischer Entscheidung zielgerichtet und im verfassungsrechtlichen Rahmen gehandelt werden kann. In ihm werden Verfahren, Abläufe und Zuständigkeiten festgelegt, um gemeinsam mit anderen staatlichen und zivilen Akteuren Deutschland, dessen territoriale Integrität und seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen und zu verteidigen sowie den Aufmarsch der alliierten Streitkräfte über und durch Deutschland an die NATO-Ostflanke sicherzustellen. Das Ziel ist die schnelle und koordinierte Handlungsfähigkeit über alle Ressort- und Ländergrenzen hinweg.

Die Ergebnissicherung fasst die wesentlichen Ergebnisse der Impulsvorträge und der Diskussion im Rahmen des ersten Clausewitz-Strategiegesprächs 2025 zusammen.

1. Lagebewertung

Es bestand Übereinstimmung, dass sich die Bedrohungslage nicht grundsätzlich verändert hat und dass Russland sein Potenzial für einen großmaßstäblichen Krieg gegen die NATO und ihre Mitgliedstaaten weiter ausbaut. Hybride Bedrohungen haben in Qualität und Quantität zugenommen. Sie zielen vorrangig auf die deutsche kritische Infrastruktur und auf unseren Abwehrwillen. Allerdings ist die Urheberschaft der Aktivitäten schwer zuzuordnen.

2. Stand der Umsetzung

Der OPLAN DEU, militärischer Anteil der Gesamtstaatlichen Verteidigung, ist ein lebendes Dokument, das fortlaufend und lageorientiert angepasst wird. Die 2. Iteration wurde zu Ostern 2025 abgeschlossen, Anpassungen und eine stetige Weiterentwicklung werden mit Hochdruck fortgeführt. Von großer Bedeutung ist und bleibt die Verortung und eindeutige Regelung von Zuständigkeiten (Wer? Tut was? Wann, Wie? Wozu?), um eine erfolgreiche Umsetzung insbesondere mit anderen staatlichen und zivilen Akteuren sicherzustellen. (Anmerkung: der OPLAN DEU ist weitgehend als Verschlusssache eingestuft).

In den weiteren Iterationen des OPLAN DEU wird es darauf ankommen, Alternativplanungen zu erarbeiten. Dabei werden unter Einbindung der Länder vorrangig die Kommunen die Ansprechpartner für die militärischen Planer sein, wenn es darum geht, die kritische bzw. verteidigungswichtige Infrastruktur vor Ort zu identifizieren und ein Sicherungskonzept zu entwickeln, aber auch wenn es darum geht, zivil-hoheitliche mit zivil-gewerblichen Unterstützungsleistungen festzulegen und verlässlich zu koordinieren. In allen planerischen Überlegungen wird davon ausgegangen, dass aktive Truppe für Sicherungs- und sonstige Aufgaben im Rahmen der OPLAN DEU kaum oder nur in einem geringen Umfang zur Verfügung steht.

Derzeit ist ein großes Interesse von Industrie und Wirtschaft hinsichtlich der Aktivitäten im Rahmen des OPLAN DEU erkennbar. Dabei geht es vorrangig um zwei Kernfragen: (1) Wie und in welchem Umfang kann trotz kriegerischer Handlungen Normalität für die Bevölkerung aufrechterhalten werden? (2) Wer schützt mit welchen Mitteln die kritische Infrastruktur, die nicht als verteidigungswichtig klassifiziert worden ist?

Der OPLAN DEU ist mittlerweile als bedarfsbegründende Unterlage anerkannt und wirkt sich auch auf die inhaltliche Gestaltung im Infrastrukturpaket der Bundesregierung aus. Das trifft insbesondere auf die Priorisierung der Modernisierungsvorhaben zu.

3. Prinzipien und Erkenntnisse

Gute Vorbereitung und Planung sind das „A&O", um krisenhaften Entwicklungen entgegentreten und katastrophale Ereignisse bewältigen zu können. Resilienz und die damit verbundenen Konsequenzen für den Vorbereitungsaufwand und Abläufe müssen auf allen Ebenen verstanden werden. Das „just-in-time"-Prinzip, das die Optimierung von Produktionsprozessen in Industrie und Wirtschaft dominiert, kann im Bereich der Sicherheitsvorsorge nicht erfolgversprechend angewendet werden.

Übereinstimmend wurde festgestellt, dass Deutschland hinsichtlich seiner Resilienz nicht angemessen aufgestellt ist. Das trifft den Bereich Personal zur Krisenbewältigung, der in den vergangenen Jahren erheblich reduziert worden ist, ebenso wie den Bereich Material, in dem Wartungsintervalle verlängert wurden und breitflächige Modernisierung ausgeblieben ist.

Nicht nur der Katastrophenschutz auch die zivile Verteidigung ist im Lauf der Jahre abgerüstet worden und bedarf des Wiederaufbaus in allen Bereichen (Inneres, Verkehr, Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze). Zivile Alarmpläne liegen zwar im Grundsatz vor, müssen aber ausgeplant und der Lage angepasst strukturiert werden.

Verbesserungspotenzial liegt nicht nur in der Anpassung der Planung, der materiellen Modernisierung und der personellen Aufstockung. Sicherheitsbewusstsein und Sicherheitsverständnis sind auf allen Ebenen zu schärfen. Die Tatsache, dass derzeit in Deutschland 60% der IT und Telekommunikationsnetze von einem Nicht-EU bzw. Nicht-NATO Land betrieben werden zeigt, dass hier noch ein weiter Weg zu gehen ist. Im Bereich politischer und fachlicher Führung muss die Verantwortungsdiffusion beendet werden und es bedarf mehr Mut zur Entscheidung. Mitzeichnungsverfahren können keine krisenhaften Ereignisse bewältigen. Als gute Beispiele können in dieser Hinsicht die Vorgehensweisen von Italien und Finnland dienen.

4. Handlungsbedarf

Der OPLAN DEU ist der militärische Teil der Gesamtstaatlichen Verteidigung. In diesem Kontext werden u.a. auch hybride Bedrohungen im Zusammenhang mit militärischen Aktivitäten berücksichtigt. Darüber hinaus gibt es aber wesentlich mehr nicht-militärische Risiken, die noch auf ihre Erfassung und Beschreibung warten. Das betrifft auch aus dem Klimawandel entstehende Risiken und krisenhafte Entwicklungen. Der Handlungsbedarf erstreckt sich daher auf das Herstellen einer allgemeinen Resilienz, die auch die in Deutschland ansässigen Unternehmen einbezieht. Zudem ist eine kritische Prüfung erforderlich, ob Innere und Äußere Sicherheit noch trennscharf betrachtet werden können und ob die juristischen Rahmenbedingungen des Friedens in der aktuellen hybriden Bedrohungslage noch tragfähig sind.

Die Großschadenslagen der Vergangenheit (u.a. Hochwasserkatastrophen) konnten mit dem deutschen lokalen Ansatz grundsätzlich bewältigt werden. Die absehbaren Herausforderungen machen jedoch eine größere Leistungsfähigkeit – auch über Landesgrenzen hinweg – und eine effizientere Koordinierung erforderlich. Die vielfältigen Vorteile des deutschen föderalen Systems können bei diesen überörtlichen Großschadenslagen durch die „Versäulung" der Fachbereiche auf politischer und exekutiver Ebene sogar zum Hemmnis werden, insbesondere wenn rasch entschieden, zentral und übergreifend gesteuert und abgestimmt gehandelt werden muss. Ein Beispiel für eine akute Regelungslücke ist das Fehlen von Sicherstellungsgesetzen für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung (Krankenhäuser). Derzeit mangelt es vor allem an einem ad-hoc verfügbaren, übergeordneten Instrumentarium zur Lagefeststellung, Schwerpunktsetzung und zentralen Steuerung, welches die vorhandenen örtlichen Strukturen komplementär ergänzt.

Grundsätzlicher Handlungsbedarf wurde vor diesem Hintergrund auf drei Ebenen identifiziert:

Politisch-konzeptionell

Sicherheitsvorsorge sollte nicht nur die klassische Gesamtverteidigung gegen einen Angriff von außen, sondern künftig auch überregionale Großschadensereignisse erfassen, die nicht militärischen Ursprungs sind. Dieser Ansatz erfordert eine Erweiterung der nationalen Sicherheitsstrategie, die Festlegung von entsprechenden Befugnissen eines nationalen Sicherheitsrats und eines er-

gänzenden Führungssystems zum Top-Down Handeln im föderalen System. Möglicherweise sollte auch die Einrichtung eines neuen Bundestagsausschusses für diese ganzheitliche Sicherheit ins Auge gefasst werden.

Praktisch-operationell

Zeitgleich zu den politisch-konzeptionellen Veränderungen muss auf der praktisch operationellen Ebene gehandelt werden, ohne auf den Abschluss politischer Vorgaben zu warten. Vordringlich muss eine Priorisierung erfolgen auf welche Krisen und Szenarien wir uns konkret vorbereiten müssen. Ähnlich dem OPLAN DEU können dann Bedarfsforderungen (Personal, Material, Infrastruktur, Organisation) zur Bewältigung dieser Krisen ermittelt und haushaltsbegründend geltend gemacht werden. Das beinhaltet in einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz – ähnlich wie im OPLAN Deutschland - die eindeutige Regelung der Zuständigkeiten (Wer? Tut was? Wann, Wie? Wozu?).

Kommunikation mit der Bevölkerung

Die Bevölkerung muss besser, klarer und umfassender informiert werden über die Risiken, die aus hybriden Bedrohungen und überörtlichen Großschadensereignissen erwachsen. Die umfassende Information schließt eine offene Unterrichtung über die Kosten einer wirksamen Krisenvorsorge mit ein. Nur durch eine entsprechende Aufklärung werden die mit der Vorsorge verbundenen Lasten und Erfordernisse einsichtig und nur so können erforderliche Einschnitte im Sozialstaat und eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes nachvollziehbar begründet und Verständnis und Akzeptanz bei den Betroffenen erzeugt werden. Damit kann auch die Einsicht wachsen, dass Katastrophenschutz nicht vor der Katastrophe schützt, sondern in der Katastrophe und dass Eigenvorsorge der Bevölkerung daher eine tragende Säule der Krisenvorsorge bleiben wird, zumal der Staat sich auch künftig nicht um jeden Einzelnen kümmern kann.

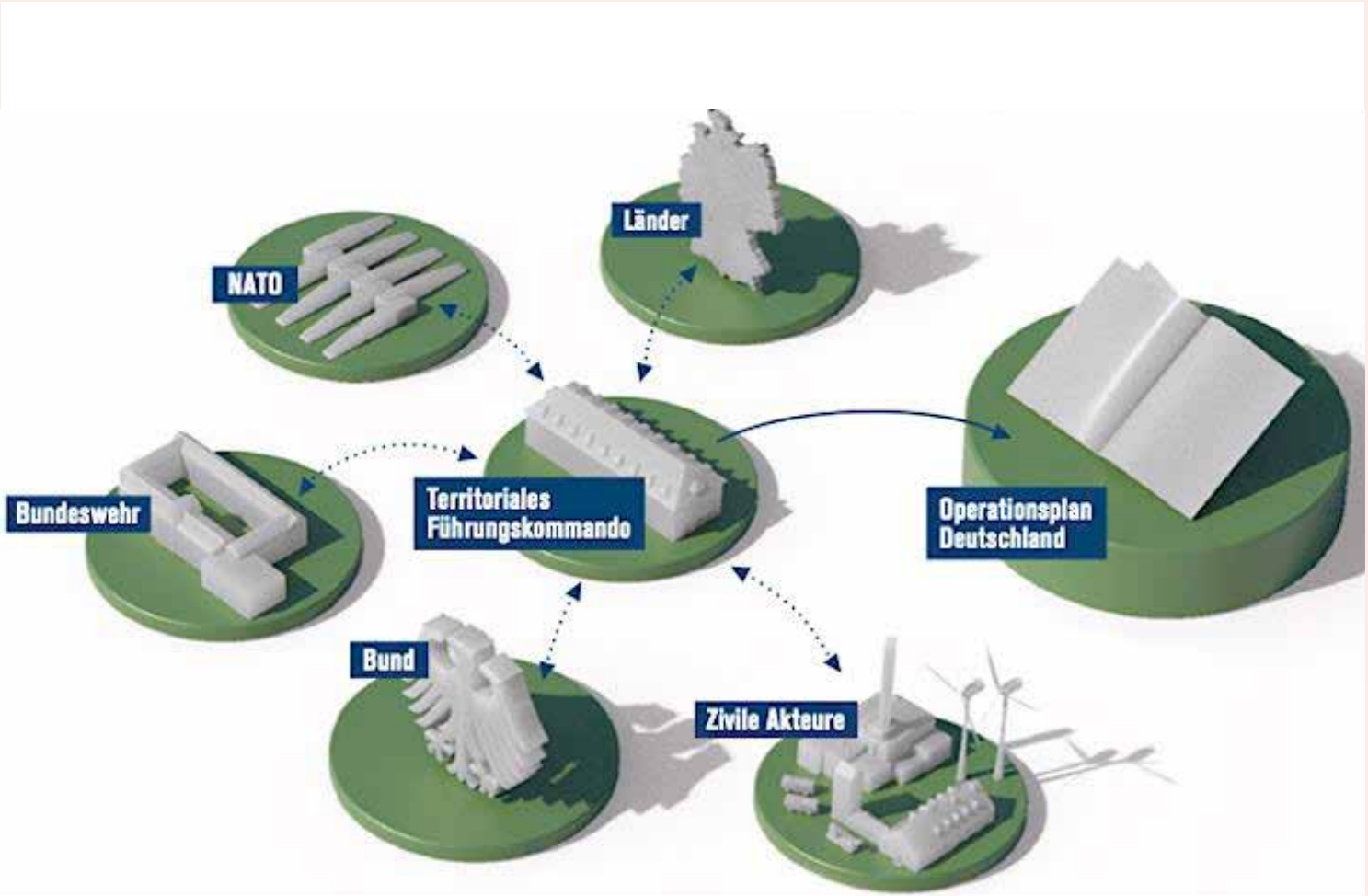
Fazit

Das Clausewitz-Strategie Gespräch I / 2025 hat das Thema „Gesamtverteidigung - Umsetzung Operationsplan Deutschland“ aus militärischer und zivil-hoheitlicher Perspektive betrachtet und einen Einblick in den Stand der Aktivitäten, den identifizierten Handlungsbedarf und das weitere Vorgehen vermittelt. Übergreifende Erkenntnis war, dass professionelle Krisenvorsorge

Vertrauen in die Institutionen des Staates und ihre Lösungskompetenz schafft und damit auch in die demokratische Verfassung unseres Staatwesens.

Als Thema für das zweite Clausewitz-Strategiegespräch, das am 06. Oktober 2025 wiederum in Berlin stattfinden wird, wurde angekündigt: „Die neue Militärstrategie Deutschlands und Folgerungen für die Personalstruktur der Bundeswehr".

Zum Autor: Brigadegeneral a.D. Martin Konertz hat zahlreiche Verwendungen im operativen Bereich, in der Militärpolitik (Ministerium und International) als auch in der Planung und Fähigkeitsentwicklung (Ministerium, NATO und EU) durchlaufen. In seiner letzten Aufgabe war er bis zum März 2022 Abteilungsleiter Planung, Fähigkeitsentwicklung und Bewaffnung der Europäischen Verteidigungsagentur.


NATO
Länder
Bundeswehr
Territoriales Führungskommando
Operationsplan Deutschland
Bund
Zivile Akteure

Brennpunkte – Sichtweisen, Meinungen, Impulse

Europa: Keine Sicherheit ohne die USA – USA: Weltmacht nur mit Europa

Klaus Naumann

Einleitung

Am 24. Februar 2022 sprach Bundeskanzler Scholz in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag von einer Zeitenwende, ausgelöst durch Putins rechtswidrigen und verbrecherischen Angriff auf die Ukraine am 22. Februar 2022.

In der Tat, es war eine Zeitenwende, denn die bis dahin geltende Sicherheitsarchitektur für Europa, gegründet auf zahlreiche Verträge mit Russland, wurde durch diesen Angriff in Stücke gerissen. Es begann eine neue Zeitrechnung, wir erleben die Geburtswehen einer neuen Weltordnung, doch die Umsetzung der Zeitenwende erfolgt bislang bestenfalls zögerlich.

Es begann eine neue Zeitrechnung, wir erleben die Geburtswehen einer neuen Weltordnung, doch die Umsetzung der Zeitenwende erfolgt bislang bestenfalls zögerlich

Im Bewusstsein der Mehrheit der Deutschen hat sie selbst bis zur Mitte dieses Jahres kaum stattgefunden, anders kann man sich das Wahlergebnis der letzten Bundestagswahl kaum erklären und schon gar nicht das Manifest einiger SPD-Politiker, die weltfremd und verantwortungslos Lösungen der 80 er Jahre als Weg in die Zukunft vorschlagen.

Ein stattlicher Teil der Deutschen will wohl noch immer das bequeme „Weiter so“, das Verharren in der Merkel‘schen Scheinwelt des ewigen Friedens, eines verschwenderischen Wohlfahrtsstaates und des Wohlstands ohne Entbehrung und Opfer. Gutgläubig hoffen viele, ja viel zu viele auf Verhandlungslösungen mit einem Russland, dass zur Durchsetzung seiner imperialistischen Ziele Kriegsverbrechen auf Kriegsverbrechen in der Ukraine begeht. Sie setzen auf einen Präsidenten Putin, der keines seiner imperialistischen Ziele aufgegeben hat und eine russische Herrschaftszone von Wladiwostok bis Lissabon anstrebt.

Zeitenwende 2.0

Doch all das ist beinahe schon gestern, wir sind in der Zeitenwende 2.0.

Sie begann mit der Rede des Vizepräsidenten Vance im Februar 2025 in München. Es folgten der inszenierte Eklat mit dem ukrainischen Präsidenten in Washington am 28. Februar, die nachgiebigen Telefonate mit Putin, Trumps wirtschaftliche Kriegserklärung an die ganze Welt am „Liberation Day" mit seiner rational kaum erklärbaren Zollpolitik. Die daraus entstandenen Konflikte sind keineswegs ausgestanden, aber sie könnten das transatlantische Band sprengen. Dessen Festigkeit wurde beim NATO-Gipfel in Den Haag zwar vorerst bestätigt, erkauft mit einer stattlichen Erhöhung der Verteidigungsausgaben der NATO-Staaten und mit der Aufgabe gegebener Versprechen gegenüber der Ukraine.

Die daraus entstandenen Konflikte sind keineswegs ausgestanden, aber sie könnten das transatlantische Band sprengen.

Dann folgte der Nahostkrieg, der vor Europas Toren dramatische Veränderungen auch für Europa erzeugte. Und, nun zur Jahresmitte, billigt der US-Congress das Haushaltskonzept Trumps mit dem Big Beautiful Bill. Auch das wirkt auf die Verbündeten der USA. Ein Land, das mehr für Zinsen zahlen muss als es für Verteidigung ausgibt, wird zunehmend nach innen sehen, erwarten, dass seine Verbündeten sich weitgehend selbst verteidigen, aber dennoch seine Weltmachtstellung durch globale Machtprojektion zu wahren suchen.

Das ist nun der Kern der Zeitenwende 2.0., die Hinwendung zu einer Welt, in der nur das Recht des Stärkeren gilt und nicht mehr die Macht des Rechts. Seit der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar müsste das jedermann klar geworden sein. Wir leben in einer neuen Zeit, in einer Zeit, in der es keine regelbasierte Weltordnung, sondern erneut nur Interessenzonen gibt, also in einer Welt, in der das Gesetz des Dschungels gilt. Es ist eine Welt, in der Präsident Trump keineswegs isolationistisch zu handeln scheint, sondern in der er die Weltmachtrolle der USA durch Konzentration auf den einzigen wahren Konkurrenten, China, sichern will. Es ist eine kalte Welt, in der das Völkerrecht kaum noch gilt, in der Autokraten sich wohl fühlen und in der sich Demokraten warm anziehen müssen, um sich zu schützen. Es ist aber auch eine Welt, in der Europa zum Hort von Freiheit und rechtsstaatlicher Demokratie werden und daraus anziehende Kraft gewinnen könnte.

Die Lage

Hilflos musste Europa erleben, dass der amerikanische Präsident erst einmal alle amerikanischen Waffenlieferungen an die Ukraine einstellte, dann doch wieder aufnahm und nun wieder einstellt. Bestürzt, ja beschämt vom ruchlosen Verhalten eines amerikanischen Präsidenten, empört über die Täter-Opfer Umkehr durch Trump bis hin zu seinen von Nachgiebigkeit geprägten Kontakten mit Putin, erlebte die Welt, dass souveräne Rechte der Ukraine leichtfertig und vermutlich wegen amerikanischer Wirtschaftsinteressen preisgegeben werden. In dem für Europa unverändert unersetzlichen NATO-Bündnis wachsen die Sorgen seitdem Tag für Tag. Viele Europäer wissen, dass ein für Putin siegreiches Ende seines verbrecherischen Krieges in der Ukraine nicht das Ende des Krieges, sondern vermutlich der Anfang neuer Kriege in Europa sein könnte.

Auf Verlangen der amerikanischen Führung ist der ukrainische Präsident inzwischen zu Friedensverhandlungen mit Russland und zu einem Abkommen mit den USA bereit, mit dem die USA in der Ukraine wertvolle Rohstoffe gewinnen können, ohne dafür Sicherheitsgarantien zu geben. Russland dagegen führt seinen brutalen Angriffskrieg fort, zermürbt zunehmend die Zivilbevölkerung, beginnt systematisch die Landwirtschaft der Ukraine zu zerstören und zahlt dafür mit dem Verlust von möglicherweise nun 1 Million Menschen in Russland. Eine Friedenstruppe zur Überwachung eines Waffenstillstands lehnt der Kreml kategorisch ab, den amerikanischen Vorschlag eines Waffenstillstandes wird Putin voraussichtlich auch weiterhin ablehnen, Trump scheint das nun endlich auch einzusehen, aber sein Tändeln mit einem Autokraten hat zu viele Menschen das Leben gekostet. Ohne Gegenleistung aber hat die amerikanische Führung bereits politische Forderungen Moskaus übernommen wie die Ablehnung einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, die Abtretung eines Teils ihres Territoriums an Russland und dann, der Gipfel der Treulosigkeit, die Annahme einer von den USA eingebrachten Pro-Moskau-Resolution im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die noch nicht einmal Russlands als Aggressor nennt. Ein Novum dann die Abstimmung mit den Stimmen Russlands und Nordkoreas gegen Amerikas NATO-Verbündete und die Meinung der Mehrheit der Nationen in der Generalversammlung.

Und dennoch, keine der bisherigen Aussagen der USA hat die Sicherheitspartnerschaft mit Europa eindeutig infrage gestellt, wohl aber die Wertegemeinschaft der regelbasierten Ordnung.

Und dennoch, keine der bisherigen Aussagen der USA hat die Sicherheitspartnerschaft mit Europa eindeutig infrage gestellt, wohl aber die Wertegemeinschaft der regelbasierten Ordnung. Deren Kernelement ist das Prinzip, dass keine Grenze mit Gewalt verändert werden darf. Das zu beachten hätte verlangt, die Ukraine vor der Macht des Stärkeren zu schützen, was allerdings auch Europa, vor allem die abgewählte Bundesregierung, die Angst vor Putins Worthülsen als Besonnenheit verkaufte, allenfalls halbherzig getan hat.

Das NATO-Bündnis, das auf Berechenbarkeit und dem Vertrauen auf gegenseitigen Beistand beruht, lebt seitdem in Ungewissheit. Auch wenn ein Austritt der USA aus der NATO unwahrscheinlich ist, da die Zwei- Drittel Mehrheit im Senat nicht zu erreichen ist, Zweifel an der amerikanischen Beistandsverpflichtung nach Art. 5 des NATO- Vertrags bleiben, auch nach dem NATO-Gipfel von Den Haag. Zweifel bleiben auch, ob man in Washington erkannt hat, dass Putin die Kapitulation der Ukraine will. Die würde die Türen zu einem neuen Krieg in Europa weit öffnen. Europa bleibt deshalb keine Zeit, es muss rasch aus eigener Kraft verteidigungsfähig werden. Das heißt nun aber nicht, von unserer Seite das Ende der NATO herbeizureden oder rein europäische Rüstungsanstrengungen zu fordern, zu denen Europa derzeit technisch und industriell kaum in der Lage ist. Wer das tut, hilft Putin, dessen Ziel es immer war und vermutlich bleibt, die NATO zu beseitigen und damit die USA aus Europa zu verdrängen.

Allerdings, in Trumps Welt gelten wie bei anderen Autokraten das Recht des Stärkeren und nicht die Macht des Rechts. In dieser Welt ist Europa ein Konkurrent, den man nach dem alten römischen Prinzip „divide et impera“, teile und herrsche, schwächen muss, um ihn gefügig zu halten. Ein starkes Europa ist nicht im Interesse Trumps, wenngleich er verstärkte Rüstung Europas fordert, vielleicht auch nur, weil er Käufe bei der leistungsstarken und oftmals überlegenen amerikanischen Rüstungsindustrie erhofft. Damit will er zugleich erreichen, dass Europa nicht durch eigene Innovation in Spitzentechnologie als wirtschaftlicher Konkurrent stärker und in Sicherheitsfragen unabhängiger wird.

Gleichzeitig aber ist Europa eben auch ein letztlich doch unersetzbarer Bündnispartner. Das Bündnis bietet den USA vielfache Möglichkeiten, die Entwicklungen in Europa zu beeinflussen und zu kontrollieren.

Gleichzeitig aber ist Europa eben auch ein letztlich doch unersetzbarer Bündnispartner. Das Bündnis bietet den USA vielfache Möglichkeiten, die Entwick-

lungen in Europa zu beeinflussen und zu kontrollieren. Das aufzugeben wäre gegenüber dem Konkurrenten Europa sehr unklug.

Aber wichtiger ist ein weiterer Punkt: Die NATO, das Bündnis der USA mit Europa und Kanada ist das globale Musterbeispiel einer erfolgreichen Allianz. Würde Amerika es aufkündigen oder schwächen, dann würde es in seinem Bündnisgeflecht im asiatisch-pazifischen Raum einen destabilisierenden Schock auslösen und sich so gegenüber seinem einzigen echten Konkurrenten auf dieser Welt, China, schwächen. Die USA dürften deshalb zwar formal an ihrer Beistandsverpflichtung festhalten, zugleich aber die Ungewissheit über Ausmaß und Zeitpunkt des Einlösens ihrer Schutzgarantie für Europa, vor allem der nuklearen, aufrechterhalten. Damit zwingen sie Europa, endlich die seit mehr als 20 Jahren geforderten Anstrengungen zur eigenen Verteidigung wahr zu machen und signalisieren zugleich Russland, dass Europa keineswegs die nächste Beute Russlands sein kann. Diese friedenserhaltende Ungewissheit ist der Hintergrund des vermutlichen Deals mit Russland, dem für eine Waffenruhe in der Ukraine gewisse territoriale Zugeständnisse zu Lasten der Ukraine gemacht werden sollen und von dem im Gegenzug amerikanischer Zugang zu russischen Rohstoffen, einschließlich Gas und Öl, gefordert werden. Letzteres braucht Trump als ein Instrument, um die Zinsen weltweit niedrig zu halten, denn nur so kann er seine Achilles-Ferse schützen, die enormen Schulden der USA. Steigende Zinsen sind Gift für seine innenpolitischen Versprechungen. Dafür lässt er die Ukraine im Stich, an deren Seite er in seiner ersten Amtszeit stand, ganz im Gegensatz zu Obama, der damals auf die Annexion der Krim 2014 so gut wie nicht reagierte.

Putin hat Ziele, die weit über den Tag hinaus reichen und er kennt Trumps Achillesferse, seine Gier nach Rohstoffen und seine Hast den Konflikt in der Ukraine schnell zu beenden. Er wird deshalb keinem Waffenstillstand zustimmen, sondern auf Zeit spielen und sie nutzen, um einen zermürbenden Vernichtungskrieg gegen die Ukraine zu führen.

Trifft diese Einschätzung zu, dann heißt das allerdings für uns, also Deutschland ebenso wie Europa, dass auf diese USA nicht mehr uneingeschränkt Verlass ist, denn die einzige Berechenbarkeit Trumps ist seine Unberechenbarkeit. Die zeigte Trump im Übrigen auch mit seiner Entscheidung, das iranische Atomprogramm zu bombardieren. Auch da gab es das übliche hin und her: Heute Hüh, morgen Hott. Geschickte Verhandlungstaktik ist das wohl kaum, aber für Partner in Lebensgefahr kann das tödlich sein. Andererseits könnten

Putin ebenso wie Xi aus Iran schließen, dass Trump eventuell auch gegen sie Gewalt zum Schutz von Verbündeten anwenden könnte. Möglicherweise hat so Trumps Handeln im Iran für Europa wie für Taiwan Abschreckung verstärkt.

Es ist nun nüchtern zu entscheiden, ob und was zu tun ist, um weiteren Schaden in den transatlantischen Beziehungen zu verhindern. Falsch ist es, das für Europa wie die USA gleichermaßen unersetzliche NATO-Bündnis tot zu reden. Europa steht vor der Zeitenwende 2.0, nicht aber vor einem Bruch, dennoch vor einer Situation, in der beide Seiten beschädigtes Vertrauen wiederherstellen müssen.

Europas Ausgangspunkt bei der nun beginnenden Gestaltung einer neuen Weltordnung ist unverändert: Europa ist und bleibt für seine Sicherheit bis auf weiteres von den USA abhängig.

Ein Schritt dazu sollte die erneute Bekräftigung zweier Kernelemente europäischer Sicherheit durch alle NATO-Verbündeten sein: Erstens, keine Grenze darf mit Gewalt verändert werden und zweitens, jeder Staat ist frei zu entscheiden, zu welchem Bündnis er gehören will. Diese beiden Punkte dürfen für keinen noch so lukrativen Rohstoffdeal verhandelbar sein.

Europas Ausgangspunkt bei der nun beginnenden Gestaltung einer neuen Weltordnung ist unverändert: Europa ist und bleibt für seine Sicherheit bis auf weiteres von den USA abhängig. Europa ist frühestens gegen Ende des Jahrzehnts in der Lage sich selbst zu schützen, vorausgesetzt, es handelt jetzt schnell und entschlossen, um kriegsfähig zu werden. Nicht nur bis dahin braucht Europa die Rückendeckung der USA, vor allem die unersetzliche nukleare.

Was steht auf dem Spiel?

Gemeinsam müssen die Europäer und die USA beurteilen, was auf dem Spiel steht.

Eine solche Beurteilung beginnt mit dem Blick auf den gemeinsamen Gegner, Russland. Gemeinsam, weil Putin das freie Europa beherrschen will und weil ein Verlust Europas für Amerika den Verlust seiner Gegenküste bedeuten würde. Der Sieg in der Ukraine, im Klartext, deren Kapitulation, würde Putin in seinem imperialen Wahn bestärken. Seine Ziele, das Rad der Geschichte auf 1997 zurückzudrehen, hat er im Dezember 2021 klar genannt, davon weicht er nicht ab. Putin will die NATO zerstören, die Europäische Union spalten und

die Amerikaner und ihre Nuklearwaffen aus Europa zu verdrängen. Solange diese Ziele bestehen, kann es keine Sicherheit mit, sondern nur Sicherheit vor, also gegen Russland geben. Putin hat auf Kriegswirtschaft umgestellt und rüstet für einen Krieg in Europa. Seine Zukunft liegt im Krieg, er braucht einen äußeren Feind, eine angebliche Bedrohung, um alle Regungen in Richtung Demokratie zu unterdrücken. Nichts fürchtet Putin mehr als von Freiheit infizierte Russen.

Diese Lage verlangt so schnell wie möglich konventionelle Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung herzustellen. Das heißt vor allem die nukleare Rückendeckung der USA zu sichern, die es Putin verwehrt, mit Atomwaffen zu drohen. Die vorhandenen europäischen Atomwaffen reichen dafür nicht aus. Sie könnten vermutlich Krieg durch unermesslichen Schaden für Russland verhindern, nicht aber nukleare Erpressung schon vor einem zunächst begrenzten Krieg. Die nukleare Teilhabe an der Abschreckungsmacht der USA bleibt deshalb bis auf weiteres unersetzlich, ja sie ist sogar Voraussetzung der französischen Atomstrategie.

Die nun zahlreichen Rufe nach konventioneller europäischer Verteidigungsfähigkeit, nach einer, ohne vorangehenden politischen Einigung allerdings illusionären, Europa-Armee oder gar eigenständiger europäischer nuklearer Abschreckung sind zwar grundsätzlich richtig, ausgenommen die zum Teil lachhaften nuklearen Gedankenspiele einiger Deutscher, aber sie sind, wenn überhaupt, frühestens im nächsten Jahrzehnt erreichbar. Ob in nuklearen Bereich das Dictum des Generall de Gaulle: „ Le nucleaire se ne partage pas“ jemals überwunden werden kann, ist mehr als zweifelhaft. Bis auf weiteres gilt daher: Europa bleibt sogar in seiner konventionellen Verteidigungsfähigkeit abhängig von den USA. Wer daran zweifelt, betrachte nur einmal, wer über Datenflüsse und Informationen aus dem Weltraum verfügt.

Was ist zu tun?

Die Bedrohung durch Russland steht vor der Tür, dennoch lauschen noch immer viel zu viele Deutsche entrückt der Bordkapelle auf dem Deck der Titanic. Sie träumen vom Verhandlungsfrieden mit jemanden, der nicht verhandeln, sondern herrschen will.

Europa, Deutschland vor allem, haben keine Wahl. Es müssen schnell Wege gefunden werden, auch mit Trump, wie man Sicherheit für Europa gestalten

kann, auch, weil Niemand derzeit sagen kann, ob ein Nachfolger Trumps anders denken und handeln wird.

Es gibt nur einen Weg: Europa muss nun endlich die seit fast zwei Jahrzehnten fehlende Entschlossenheit, auf eigenen Beinen zu stehen, aufbringen und durchhalten. Sie ist die Voraussetzung, um eine neue transatlantische Klammer zu schmieden.

Ausgangspunkt dafür muss ein Blick auf die beiderseitigen sicherheitspolitischen Interessen sein. Daraus kann man ableiten, welche Gemeinsamkeiten bestehen und was zu tun ist, um diese zu erhalten und zu festigen.

Europa braucht, erstens und vor allem, jetzt und bis auf weiteres den Schutzschirm der amerikanischen Nuklearmacht, um vor Russlands Nuklearmacht sicher zu sein und nukleare Erpressung verhindern zu können.

Europa braucht, zweitens, die Beherrschung des Atlantiks und der Ausgänge aus dem Arktischen Ozean von Grönland bis zu den Azoren, weil nur so Europa auch gegen das größte Land der Welt, Russland, strategisch auch konventionell zu verteidigen ist. Die strategisch entscheidende Dimension europäischer Sicherheit liegt im Atlantik. Sie ist nur zu erreichen, wenn die USA und Kanada an der Seite Europas stehen.

Es gibt nur einen Weg: Europa muss nun endlich die seit fast zwei Jahrzehnten fehlende Entschlossenheit, auf eigenen Beinen zu stehen, aufbringen und durchhalten.

Europa braucht also die USA, kann damit aber nur rechnen, wenn es ein strategisches Interesse der USA an Europa gibt. Auch für Trumps USA gilt noch immer Henry Kissinger: Nationen kennen keine Freundschaften, nur Interessen, aber amerikanisches Interesse an und für Europa gibt es.

Als Erstes ist die Geostrategie zu nennen. Europa ist eine der beiden Gegenküsten der USA und Kanadas. Die USA sind die einzige globale Seemacht. Dies zu bleiben, setzt voraus, beide Gegenküsten, also die atlantische wie die pazifische, kontrollieren können. Das Bündnis mit Europa sichert die atlantische und hält so den USA den Rücken frei, sollte China in einem Konflikt mit den USA versuchen, ein Bündnis mit Russland zu schmieden, um den Amerikanern ihre europäische Gegenküste wegzunehmen. Der Verlust Europas würde die USA verwundbar machen. Zudem würde der Verlust des Zugangs zu Europa den

USA die Basis für die noch immer unersetzliche Machtprojektion in den Raum des erweiterten Nahen Ostens, also dem Zu- und Ausgang zum/aus dem Indischen Ozean, aber auch nach Afrika nehmen. Das wäre das Ende globaler amerikanischer Vormacht, der einzigen Macht dieser Welt, die geschützt von zwei Weltmeeren in allen fünf Dimensionen moderner Kriegsführung global kämpfen kann, also zu Land, in der Luft, auf See, im Cyberspace und im Weltraum.

Als zweites strategisches Interesse ist das Gewicht Europas als Handelspartner und als Empfänger wie Geber gewaltiger Investitionen in Billionenhöhe zu nennen. Beide Seiten mögen sich über Zölle streiten, aber beide Seiten können es sich nicht leisten, sich als Wirtschaftspartner zu verlieren. Europas Wirtschaftskraft ist zehnmal so groß wie die russische und dahinter steht die Innovationsfähigkeit von über 400 Millionen freier Menschen. Auch das zu behalten, ist amerikanisches Interesse.

Schließlich, drittens, Europa hat durchaus einige militärische Fähigkeiten, die die USA nicht unbedingt im Lager ihrer Gegner wissen wollen und über deren technische Entwicklung sie unverändert Bescheid wissen wollen. Das gelingt am einfachsten durch das NATO-Bündnis, das den USA zwar Beistand abverlangt, aber auch Kontrolle ermöglicht. In Zeiten rasanter technischer Entwicklungen, allen voran künstliche Intelligenz, die es auch für David möglich machen könnten, präventive strategische Lähmung Goliaths zu erreichen, kann dieser Aspekt Kontrolle sogar strategisches Gewicht erlangen.

Es gibt also eine Ausgewogenheit beiderseitiger Sicherheitsinteressen Sie spricht für die Beibehaltung und Festigung des atlantischen Bündnisses. Sollten zusätzlich beide Seiten bereit sein, ihre Fähigkeiten für den Partner einzusetzen, wenn beiderseitige Interessen dies gebieten, dann gibt es für beide Seiten keine bessere Lösung als die NATO.

Somit gilt für Europa: Keine Sicherheit ohne die USA, und für die USA: Einzige Weltmacht nur mit Europa.

Darüber wird Europa in Washington zu sprechen haben, nicht unterwürfig wie der NATO-Generalsekretär versuchte, den Eklat beim Gipfel zu vermeiden, nicht als Bittsteller, sondern auf Augenhöhe, gestützt auf europäische Wirtschaftskraft und wachsende europäische konventionelle Verteidigungsfähigkeit.

Exkurs

Doch die Weltmacht USA muss über Europa hinausdenken. Ihr Schwerpunkt wird bis auf weiteres Asien sein, denn dort sitzt der einzige echte Gegenspieler, China. Aber auch Europa muss lernen, nicht nur global zu denken, das schuldet es seiner globalen Wirtschaftsmacht, es muss zum Schutz seiner Interessen auch global handeln können. Bis auf weiteres ist das nur mit dem Verbündeten USA möglich. Deshalb ein Exkurs zu den beiden Konfliktherden, die Europa wie die USA gegenwärtig berühren: Nahost und Taiwan.

Nahost

Die Region des erweiterten Nahen Ostens vom östlichen Mittelmeer einschließlich der Ausgänge aus dem Schwarzen Meer und dem Zugang zum Suezkanal bis zu den Zugängen zum indischen Ozean ist für Europa wie für die USA eine Schlüsselzone. Sie ist eine Schlüsselzone für die Energieversorgung der Welt mit Gas und Öl und sie ist die strategische Drehscheibe für Machtprojektion nach Russland, nach Asien und nach Afrika. Nach den seit dem Überfall der Hamas auf Israel im Oktober 2024 und den seither geführten Kriegen, vor allem dem gegen den Iran im Frühjahr 2025 ist der lokale und unangefochtene Hegemon nun Israel, vermutlich die einzige Atommacht in der Region.

Israel hat zunächst die Handlanger des Iran, die Hisbollah im Libanon, die Hamas in Gaza Streifen und auch die Hoody im Jemen weitgehend und vermutlich nachhaltig ausgeschaltet, dann im Oktober 2024 die Luftverteidigung des Iran weitgehend gelähmt und schließlich nun im Frühjahr 2025 den Iran entscheidend geschwächt. Es war eine sorgfältig und von langer Hand geplante Angriffsoperation in vielen Dimensionen, durchgeführt in unbestrittener Luftüberlegenheit. Den möglicherweise entscheidenden Schlag gegen das iranische Atomwaffenprogramm führten die USA mit einem in ihrer Dimension bisher noch nie erlebten Angriff durch strategische Bomber direkt aus den USA und durch aus U-Booten abgefeuerten Marschflugkörpern. Dieser Angriff wirft vielfältige völkerrechtliche Fragen auf und ist rechtlich noch nicht eindeutig zu bewerten. Im Falle Israels kann man vermutlich das Selbstverteidigungsrecht heranziehen, im Falle der USA erscheint dies schwieriger.

Die Ausweitung des Krieges durch Eingreifen anderer arabischer Staaten ist derzeit nicht erwarten. Dieses Risiko für Israel bestünde, wenn es Regime Change im Iran zum Ziel erklären würde. Die Staaten der Region, vor allem

aber Russland wie China würden das nicht dulden. Der Sturz eines autoritären Regimes von außen ist für sie wegen denkbarer Rückwirkungen auf die Lage in ihren Ländern unannehmbar. Würde dagegen das iranische Volk sich gegen die Ajatollahs erheben, dann dürften Einige zwar versuchen dem Regime zumindest verbal zu helfen, sich aber nicht offen gegen einen Wechsel stellen. Auch mit der oft angedrohten nachhaltigen Sperrung der Straße von Hormuz ist kaum zu rechnen. Die USA würden dann eingreifen, es ginge ihnen nicht nur um die Freiheit der Hohen See, sie würden auch nicht zulassen, dass ihre 2nd Fleet in Bahrain eingekesselt würde. Auch China würde das nicht dulden, es kann auf das Öl vom Golf in seiner ohnehin angespannten wirtschaftlichen Lage nicht verzichten.

Anhaltende Unterstützung Israels durch die USA vorausgesetzt ist Israel im Raum des Nahen Osten die unanfechtbare militärische Vormacht. Sein Ziel, die Hamas zu vernichten, hat Israel bislang nicht vollständig erreicht. Es bleibt eine offene Frage, ob man eine Terrorbewegung wie die Hamas militärisch völlig vernichten kann. Sie ist nachhaltig geschwächt, auch weil die Geldgeber Iran und Qatar weitgehend ausfallen, aber die Hamas hat einen wirksamen Recruiting Sergeant, den Hass, der mit jedem getöteten Hamas-Kämpfer neu angefacht wird. Wirkunglosigkeit der Hamas könnte Israel nur erreichen, wenn es gelänge, die Hamas zur Aufgabe ihrer Gründungsidee zu bewegen, die Vernichtung Israels zum Ziel zu haben. Die aber ist ihre Existenzquelle und sie ist zugleich der kaum abweisbare Grund für Israel eine Zweistaatenlösung abzulehnen. Der Hamas ist es gelungen durch die Macht der Bilder und durch geschickte, oft mehr als einseitige Nutzung der Bilder die Weltmeinung in erheblichem Umfang gegen Israel einzunehmen und in den Hintergrund zu drängen, wer den Krieg durch seine nicht entschuldbaren Verbrechen begonnen hat. Zudem hat Israel durch sein hartes, nur aus den Bedingungen der Region zu verstehendes Vorgehen weltweit die Frage aufgebracht, ob sein berechtigtes Vorgehen nach dem verbrecherischen Angriff der Hamas noch dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gerecht wird. In erheblichen Teilen der Welt hat die Hamas die Schuldfrage zu Lasten Israels umgedreht. Das aber wird nichts an den politischen Bedingungen für die Zeit nach Ende der Kampfhandlungen ändern. Die Hamas hat eine Zweistaatenlösung für lange Zeit unerreichbar gemacht und wird dafür außer verbalen Versicherungen auch keine nachhaltige Unterstützung der arabischen Staaten gewin-

Anhaltende Unterstützung Israels durch die USA vorausgesetzt ist Israel im Raum des Nahen Osten die unanfechtbare militärische Vormacht.

nen. Sie dürften nach dem Ausschalten der Machtansprüche des Iran den Weg eines Ausgleichs mit Israel suchen, weil sie die Zusammenarbeit mit dem technologisch überlegen Israel für die Zeit nach Öl- und Gasreichtum brauchen. Eine Lösung mit einem erweiterten Autonomiestatus der Palästinenser in einem Staat Israel und mit einer gesichtswahrenden Lösung für die Heiligen Stätten der drei monotheistischen Religionen dürften für sie hinnehmbar sein. Die USA werden sich nicht gegen eine solche Formel stellen. Die Europäer sind sicher gut beraten, wegen ihrer Interessen in der Region des Nahen Ostens, und die Deutschen wegen der besonderen Verpflichtung gegenüber Israel nicht starr auf dem derzeit Unerreichbaren, wie der Zweistaatenlösung, zu beharren. Es könnte also einen Nahen Osten auf der Grundlage der Abraham Accords geben.

Die offene Frage bleibt damit, wohin sich der Iran wenden wird. Der Krieg wird Teheran gelehrt haben, dass weder Russland noch China sich auf der Seite des Iran gegen die USA stellen werden. Sie dürften auch von dort kaum Unterstützung für eine Belebung des vermutlich doch deutlich zurückgeworfenen Atomwaffenprogramms warten können. Iran wird deshalb eine Verhandlungslösung mit den USA, und unter dessen Mantel Israel, und in Abstimmung mit den arabischen Staaten suchen müssen. Die bittere Pille für den Iran wird es sein, die Existenz Israels anzuerkennen, der Zucker, der hilft, dass das zu schlucken, dürfte die so bitter notwendige Aufhebung der Sanktionen und wirtschaftliche Hilfe sein. Deren Voraussetzung wird allerdings der kontrollierte Verzicht auf ein Atomwaffenprogramm und auf eine über unmittelbare Landesverteidigung hinausreichende Raketen- und Drohnenrüstung sein. Europa sollte sich an der Suche nach derartigen Lösungen beteiligen und auch bereit sein, Iran beim Wiederaufbau zu helfen.

Der Ausblick auf die Region zur Jahresmitte 2025 lässt es somit möglich erscheinen, dort zumindest für einen längeren Zeitraum neue Kriege zu verhindern.

China / Taiwan

Der entscheidende Faktor der Zukunftsgestaltung für die USA wie für Europa heißt China.

Für die USA geht es um ihre Rolle als einzige global uneingeschränkt handlungsfähige Weltmacht, für Europa geht es um die Existenzsicherung als re-

gionale Macht, die verbündet mit den USA bleibt, aber nicht bereit ist, seine freiheitliche, rechtstaatliche und demokratische Staatsordnung aufzugeben.

Die USA haben eine Vielzahl von Handlungsmöglichkeiten, denn sie sind dank ihrer Insellage zwischen zwei Weltmeeren nahezu unangreifbar, sie verfügen über eine noch wachsende und jünger werdende Bevölkerung, sie sind eine globale Wirtschaftsmacht, sie sind die technologisch noch immer führende Macht dieser Welt und sie verfügen als einzige über global einsetzbares Militär, das in allen fünf Dimension moderner Kriegsführung handeln kann, Land, Luft, See, Weltraum und Cyberspace.

Der entscheidende Faktor der Zukunftsgestaltung für die USA wie für Europa heißt China.

Europa dagegen hängt wirtschaftlich in erheblichem Maße von China ab, Europa braucht freien Welthandel und den Zugang zu den Weltmeeren, Europa ist in vielen Bereichen technologisch/wissenschaftlich nicht auf dem Stand der USA und auch nicht mehr Chinas und Europa hat, ebenso wie Russland China, das demographische Problem einer abnehmenden und älter werdenden Bevölkerung.

Im Falle eines Konflikts zwischen den USA und China wäre das europäische und damit auch das deutsche Dilemma, einerseits mit dem Bündnispartner USA solidarisch sein zu müssen, um amerikanische Solidarität im Falle eines russischen Angriffs nicht zu gefährden und dennoch zu bedenken, dass die wirtschaftliche Abhängigkeit von China den Handlungsspielraum erheblich einschränkt.

China hat seinerseits deutlich weniger Spielraum als die USA. Es hat derzeit mit gewaltigen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen, es steht vor einer demographischen Katastrophe gegen Ende des Jahrhunderts, wenn die Bevölkerung von derzeit über 1 Milliarde Menschen auf etwa 600 Millionen schrumpfen dürfte und das in einer Gesellschaft, in der es so gut wie keine soziale Sicherheit gibt. Hinzukommt die immense Gefahr, dass anhaltender Klimawandel die Quellflüsse der großen Ströme in China und zum Teil auch in Indien, die fast alle in Tibet liegen, versiegen lassen könnte. Die Folge könnte Trinkwassermangel für hunderte von Millionen Menschen sein. Konfrontiert mit solchen Problemen dürfte China eher nach innen blicken und außenpolitische Abenteuer im Stil Putin'scher Angriffskriege vermeiden wollen. Dennoch wird das politische Ziel bleiben, Taiwan bis zum 100. Geburtstag der Volksrepublik 2049 einzugliedern.

Taiwan könnte der Auslöser eines chinesischen-amerikanischen Krieges werden. Es geht dabei nicht nur um das Einhalten der Vereinbarung zwischen Taiwan und den USA, was in ganz Asien Als Gradmesser amerikanischer Verlässlichkeit gesehen wird, sondern es geht vor allem um die strategische Bedeutung der Inselkette Japan- Taiwan-Philippinen. Deren Behauptung ist für die USA der Schlüssel ihrer Sicherheit im pazifischen Raum. Nur mit ihr kann chinesische maritime Projektion Richtung Guam, Hawaii und amerikanische Westküste verhindert und der Zugriff Chinas auf die Straße von Malakka ausgeschlossen werden. Hinzukommt dass die Folgen eines solchen militärischen Konflikt um Taiwan für die Weltwirtschaft dramatisch wären. Durch die Straße von Taiwan geht ein großer Teil aller Containertransporte, durch die dann ebenfalls betroffene Straße von Malakka 44 % des Welthandels. Zudem ist Taiwan qualitativ der wichtigste Chip-Produzent der Welt. Kein anderes Land kann derzeit Chips von 1 nm herstellen, ohne sie aber bleibt künstliche Intelligenz oder Autonomes Fahren ein ferner Traum. Auch China braucht Taiwans Chip-Industrie, könnte sie in einem Krieg aber niemals unversehrt in die Hand bekommen.

Hier beginnt der entscheidende Unterschied zur Politik Chinas unter Präsident Xi.

Es wird oft behauptet, China können wie Putin 2022 in der Ukraine gegenüber Taiwan handeln. Dazu muss man einen Blick auf das unterschiedliche strategische Denken in beiden Staaten werfen.

Russland unter Putin ist eine imperialistische Macht, die sich an keinerlei Regeln gebunden fühlt und Gewalt zu geopolitischer Gestaltung einsetzt. Dazu nutzt Russlands hybride Kriegsführung, Desinformation, politische Morde, den Bruch völkerrechtlich bindender Vereinbarungen und letztlich Krieg zur Durchsetzung von unbegründeten Gebietsansprüchen. Eine derartige Politik verlangt die Umstellung auf Kriegswirtschaft und duldet keine Abhängigkeit von internationalen wirtschaftlichen Beziehungen.

Hier beginnt der entscheidende Unterschied zur Politik Chinas unter Präsident Xi.

China hängt von der Bindung an internationale Wirtschaftsvereinbarungen ab, ohne die es seine auf Export ausgerichtete Wirtschaftspolitik nicht durchhalten könnte. Das aber muss China tun, weil es nur so die zur Stützung seines autoritären Systems unersetzliche innenpolitische Balance wahren und die angesichts

der dramatischen demographischen Entwicklung bestehende Gefahr innerer Unruhen beherrschen kann. China wird deswegen versuchen, seine Gebietsansprüche, also auch die auf Taiwan, ohne Gewalt durchzusetzen, weil Gewalt Chinas Stellung als globaler Exporteur ruinieren würde und seine Optionen als durch Wirtschaftskraft dominanter internationaler Akteur beschädigen könnte. In einer solchen Strategie bleibt Gewaltanwendung ein Instrument der Drohung und im Falle einer zum Gesichtsverlust führenden Provokation die Ultima Ratio. Das erklärt die Weisung Präsident Xis bis 2027 die militärischen Optionen für die Eingliederung Taiwans vorzubereiten. Diese Weisung zeigt aber zugleich, dass Chinas Führung die bestehenden Fähigkeiten als derzeit noch nicht ausreichend bewertet.

Hinzukommt ein gewichtiger politischer Unterschied: Eine Unterstützung Chinas für gewaltsames Vorgehen Russlands bedeutet mit großer Wahrscheinlichkeit weitgehende Unterstützung durch den globalen Süden, eine Unterstützung Russlands dagegen für ein gewaltsames Vorgehens China gegen Taiwan hätte kaum vergleichbares politisches Gewicht. China dürfte deshalb weiterhin versuchen, Russland in Abhängigkeit zu halten, ohne ihm Einfluss auf chinesisches Handeln zu geben.

Amerikanischen Berichte über zunehmende Spannungen in der Taiwanstraße beruhen auf dem Verhalten des amtierenden Präsidenten Lai, der für seine auf Unabhängigkeit Taiwans zielende Politik bekannt ist. Seine jüngsten Entscheidungen wie beispielsweise Einschränkung des Tourismus aus China nach Taiwan sind in dieses Konzept einzuordnen. Vermutlich wird er auch mit der Karte Unabhängigkeit versuchen, bei einem denkbaren Kampf um die Wiederwahl zu punkten. Es ist aber zweifelhaft, ob er damit seine ohnehin knappe Mehrheit ausbauen und behaupten könnte.

Ungewiss ist, ob die USA eine solche Politik unterstützen würden. Die Berichte über wachsende Spannungen in der Taiwanstraße könnten deshalb darauf zielen, die offensichtlich noch nicht entschiedene Politik Präsident Trumps gegenüber China zu beeinflussen. Es ist anzunehmen, dass Trump sich alle Optionen hinsichtlich Taiwans für seine Verhandlungen mit China offenhalten wird. Er wird aber Taiwan nicht fallen lassen, weil dies einer entscheidenden strategischen Schwächung der geostrategischen Position der USA in der Beherrschung des Pazifiks gegenüber Chinas gleichkäme und zudem das amerikanische Bündnisgeflecht im gesamten pazifischen Raum zum Einsturz bringen könnte. China weiß das und dürfte daher seinerseits Provokationen der USA zu

vermeiden suchen. China wird deshalb seine Strategie, Taiwan weiterhin durch militärische Einschüchterung zunehmend zu zermürben beibehalten, auch weil es die militärischen Fähigkeiten zu einer Eroberung Taiwans derzeit noch nicht hat. Eroberung Taiwans würde eine Operation über 160 km offene See gegen ein vermutlich überwiegend zum Kampf bereites 20 Millionen Volk in einem zum Teil schwierigen bergigen Gelände verlangen. Trotz aller Anstrengungen dürfte China dazu bis auf weiteres nicht in der Lage sein. Die Strategie der Zermürbung ist in dieser Lage die bessere Lösung. Sie verspricht mit begrenztem Aufwand möglicherweise langfristigen Erfolg, vor allem aber vermeidet sie einen direkten Konflikt mit den USA, zum gegenwärtigen Zeitpunkt und zu mindestens bis zur Wahl des nächsten Politbüros.

Soweit die Lage zur Jahresmitte 2025 und damit zur Frage: Was erwartet man von der Bundesregierung, die in Europa führen will und was ist zu tun?

Die Erwartungen

Welche Erwartungen hat vor diesem strategischen Hintergrund ein parteiungebundener Deutscher an die Sicherheitspolitik der neuen Bundesregierung?

Hierzu zwei Punkte vorab: Erstens, es muss nun sehr schnell ernst gemacht werden mit der Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr und unseres Landes, - und das ist weit mehr als nur Rüstung für die Bundeswehr -, und,

zweitens, die Ukraine muss weiterhin unterstützt werden, denn ihr Kampf schwächt Russland, gewinnt Zeit für uns und schützt so auch unsere Freiheit.

Es wäre somit töricht, nur noch europäisches Rüstungsmaterial zu kaufen, es muss beschafft werden, was auf dem Markt das Beste ist und es muss gleichzeitig eine konsolidierte europäische Rüstungsindustrie aufgebaut werden.

Wo steht Deutschland?

Nach einem im Verteidigungsministerium verlorenen ersten Jahr der Ampel hat ein energischer neuer Minister gegen zahlreiche Widerstände aus seiner Partei den Wiederaufbau der seit dem Anfang des Jahrtausends vernachlässigten und schwer beschädigten Bundeswehr eingeleitet. Mit Zustimmung der größten Oppositionspartei wurde ein Sondervermögen beschlossen und zahlreiche Beschaffungsvorhaben deutlich beschleunigt. Dennoch blieben viele Mängel: Die

Bundeswehr ist kopflastig, es fehlt Personal und rotz mancher Verbesserungen dauern Beschaffungen noch immer viel zu lange. Deshalb Stand heute: Die NATO kann weder Deutschland noch Europa ohne den Beistand der USA gegen ein imperiales Russland verteidigt werden. Andererseits muss Putin wissen, gegen eine geschlossene NATO kann Russland nicht gewinnen.

Das von der Ampel-Regierung in der erstmals beschlossenen Nationalen Sicherheitsstrategie gesetzte Ziel Verteidigungsfähigkeit ist unverändert gültig. Die Umsetzung aber blieb mangelhaft. Man ist zögernd, behindert von Russlandverstehern in der abgewählten größten Regierungspartei und stets reaktiv vorgegangen. Der erhobene Führungsanspruch in Europa war so nicht zu verwirklichen, nicht zuletzt, weil die entscheidende deutsch-französische Verbindung vernachlässigt wurde. Angebliche moralische Überlegenheit konnte die Diskrepanzen zwischen Worten und Taten nicht verschleiern, durch ständiges Zögern und durch erkennbare Angst vor eigener Entschlossenheit wurden das einst hohe Ansehen Deutschlands und sein stattlicher Einfluss im Bündnis, auch in der bislang verteidigungspolitisch allerdings bedeutungslosen EU, weitgehend verspielt. Für ein Land, das in den entscheidenden Komponenten seiner Sicherheit von den USA abhängig ist und bleibt, ist das fatal.

Das von der Ampel-Regierung in der erstmals beschlossenen Nationalen Sicherheitsstrategie gesetzte Ziel Verteidigungsfähigkeit ist unverändert gültig. Die Umsetzung aber blieb mangelhaft.

Das ist nun nachhaltig und umgehend zu korrigieren. Die ersten Entscheidungen und Aussagen der neuen Bundesregierung zeigen, dass sie das tun will. Auch die Kontakte des Bundeskanzlers mit Frankreich zeigen an, dass man gemeinsam Großbritannien an Bord holen will, um dann mit Polen, vielleicht auch mit Italien und anderen Willigen wie den Skandinaviern und den Balten, vielleicht doch den Weg eines „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ zu gehen. Das wäre ein Europa, in dem die Mehrheit entscheidet, also schnell, während der Rest des Geleitzugs bei der Einstimmigkeit der EU bleibt und so Gefahr läuft, den Zug zu verpassen.

Das wäre ein Europa, in dem die Mehrheit entscheidet, also schnell, während der Rest des Geleitzugs bei der Einstimmigkeit der EU bleibt und so Gefahr läuft, den Zug zu verpassen.

Eine Entscheidung dieser Art ist überfällig, weil Eile geboten ist, um, erstens, einen Sieg Russlands in der Ukraine zu verhindern und, zweitens, nicht durch den Zwang zur Einstimmigkeit Zeit zu verlieren. Die hat Europa nicht, denn die übereinstimmende Beurteilung aller Nachrichtendienste ist, dass Russland nach einem Sieg, vielleicht nur einer Waffenruhe in der Ukraine die Entschlossenheit des Westens schon bald, spätestens aber am Ende des Jahrzehnts testen könnte. Würden Europa und Deutschland nun aber rasch handeln, dann würde Europa für die USA wieder ein ernst zu nehmender Partner, vor allem aber ein Gegner, den auch ein imperiales Russland besser nicht testen sollte. Putin muss die Gewissheit vermittelt werden, dass auch nur ein Schritt eines russischen Soldaten auf NATO- Gebiet unermesslichen Schaden für Russland auf russischem Gebiet nach sich ziehen könnte.

Zwei Schritte sind also geboten:

Schritt 1, Stärkung der europäischen und deutschen Verteidigungsfähigkeit und weitere Unterstützung der Ukraine.

Schritt 2, Aufbau einer Abschreckungsfähigkeit gegenüber Russland, die deutlich macht, dass jeder Angriff auf NATO-Gebiet für Russland der Schritt in den Abgrund ist und es damit nichts, und einen Krieg gegen die NATO ohnehin nicht gewinnen kann.

Das bedeutet umfassende Luftverteidigung, auch gegen Hyperschallwaffen, weitreichende konventionelle Waffenwirkung gegenüber Russlands Kernland und die Fähigkeit zu umfassendem, elektronischem Schutz bis hin zur Lähmung des Gegners. Die NATO bliebe damit ein Bündnis zur strategischen Verteidigung, das allerdings operativ mit allen Mitteln der Disruption versuchen wird, Krieg zu verhindern und, wenn angegriffen, zu gewinnen. Das Festhalten am Konzept der nuklearen Teilhabe ist dazu ebenso notwendig wie die allerdings noch umstrittene, nun vielleicht bei Trump offene Entscheidung, amerikanische Flugkörper mittlerer Reichweite in Deutschland zu stationieren und zusätzlich so schnell wie möglich gemeinsam mit europäischen Partnern ein entsprechendes europäisches System zu entwickeln.

Das bedeutet im politischen Entscheidungsprozess aber auch, die unverändert gültigen Grundsätze des Krisenmanagements zu beachten, also initiativ statt reaktiv zu handeln, risikobereit zu sein, über Eskalationsdominanz zu verfügen und das Staatsgebiet des Angreifers niemals als Sanktuarium zu sehen. Zusätz-

lich müssen alle Möglichkeiten einer Erweiterung der nuklearen Abschreckung durch die europäischen Atommächte geprüft werden, wie beispielsweise die Ausstattung der deutschen Träger im künftigen europäischen Luftwaffen-Systems FCAS mit französischen Atomwaffen, auch wenn über deren Einsatz unverändert nur der französische Präsident entscheidet. In Russlands Risikobeurteilung wäre das ein zusätzliches friedenserhaltendes Element der Ungewissheit.

Außerdem sind die neuen Dimensionen der Kriegführung zu nutzen. Hybride Operationen und Cyberoperationen verlangen lange vor einem herkömmlichen Krieg gegebenenfalls präventiv, vielleicht sogar prä-emptiv zu handeln.

Schließlich, Deutschlands Sicherheits- und Außenpolitik war bislang regional. Aber wer Führungsnation Europas sein will, muss global denken und handeln. Sich auf Europa und militärische Verteidigung zu beschränken, greift zu kurz. Frankreich und Großbritannien handeln seit langem global, wenn Deutschland Partner auf Augenhöhe sein will, dann muss es das auch tun.

Des Weiteren sind die erkennbaren Lücken im Kampf mit und gegen Drohnen, in Cyber Operations und bei der Nutzung künstlicher Intelligenz zu schließen. Zusätzlich ist die wegen des neuen Seeraumes eisfreier Arktischer Ozean und der Präsenz im Indo-Pazifik, gemeinsam mit europäischen Partnern, die zwingend gebotene Verstärkung der Marine zu bedenken.

Die neue Regierung will die finanziellen Grundlagen schaffen, sie muss aber auch das Personal für die in Den Haag übernommenen zusätzlichen NATO-Verpflichtungen bereitstellen. Über eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen wird man bald nachdenken müssen.

„Whatever It Takes" ist ein guter Grundsatz, um Autokraten abzuschrecken. Dem dient das Ziel: Die Bundeswehr muss in allen fünf Dimensionen nachhaltig kämpfen können: Land, Luft, See, Weltraum und Cyberspace. Sie muss zusammen mit den Verbündeten in der Lage sein, Russland durch die Androhung unermesslichen Schadens von allen Angriffen auf das NATO-Gebiet abzuschrecken, Europa weitgehend selbstständig zu verteidigen und sie muss Beiträge da leisten, dort wo der unersetzliche amerikanische Verbündete die Hilfe der Europäer braucht. Das verlangt nicht nur die Mittel, sondern vor allem die Entschlossenheit und den Willen, sie auch zu nutzen. Dazu ist schnell zu handeln, nicht auf langwierige bürokratische Entwicklungsprojekte zu setzen, sondern das zu nehmen, was der Truppe höchstmögliche Leistungsfähigkeit

so schnell wie möglich gibt. „Whatever It Takes" ist also zu ergänzen durch „Wherever it comes from".

So könnte ein Europa entstehen, das in der Lage wäre, die USA an Bord zu halten und das sich auch der Aufgabe stellen könnte, die Ukraine nach Abschluss einer Friedensvereinbarung vor erneuten Übergriffen zu schützen. Ihre Sicherheit ist europäisches Kerninteresse.

Trump will vermutlich die NATO als Kontrollinstrument Europas erhalten. Damit will er seine Ostküste schützen und gleichzeitig seinen Verbündeten in Asien zeigen, dass er Bündnisse beibehält, sie sich also weiter auf ihn verlassen können. Deren Abhängigkeit für deren Schutz vor China braucht er, um auch in Asien Deals erzwingen zu können. China wie Indien dürften dieses Spiel durchschauen, werden aber voraussichtlich erst einmal abwarten. Bis zu den Midterms wird auch Indien abwarten und erst dann entscheiden, wo es in der nun beschleunigten Formung einer neuen Weltordnung seinen Platz suchen wird, angelehnt an ein global handlungsfähiges Europa oder an die USA, an Russland vermutlich eher nicht.

„Whatever It Takes" ist also zu ergänzen durch „Wherever it comes from".

Die Gestaltung dieser neuen Weltordnung wird vor allem von Europa abhängen. Es muss nun endlich die Kraft aufbringen, geschlossen zu handeln und seine volle Handlungsfähigkeit herzustellen, auch in einer Welt, in der bis auf weiteres nur das Recht des Stärkeren gilt. Nur so kann es auf Augenhöhe mit den USA sprechen, wird von China ernst genommen und kann Russland abschrecken.

Es kommt auf jeden Einzelnen an.

Sicherheit bedeutet nicht nur durchhaltefähiges Militär, sondern eine leistungsfähige europäische Rüstungsindustrie, einen ausreichenden Zivilschutz und eine digitalisierte Gesellschaft, damit man auf das Unerwartete blitzschnell reagieren kann und so maximalen Schutz für die verwundbare Kritische Infrastruktur, vor allem aber für die Menschen erreichen kann. Alles in allem, es ist eine Herkules Aufgabe, die sich der neuen Regierung, Europa, aber vor allem seinen Menschen stellt. Auf sie kommt es an. Die Menschen müssen begreifen und annehmen, dass Schutz vor äußerer Gefahr eine Aufgabe eines jeden Staatsbürgers ist und dass er das wollen muss. Es gilt erneut das alte Rom: „si

vis pacem para bellum“, wenn du den Frieden willst, musst du den Krieg vorbereiten. Die Menschen müssen begreifen, dass Europa nicht aufrüstet, um Krieg zu führen, sondern um Krieg zu verhindern. Das gelingt aber nur wenn alle Europäer so bereit sind zu kämpfen wie derzeit nur Balten, Finnen und Polen. Auch hier hat Deutschland viel nachzuholen und zusätzlich müssen die Deutschen bereit sein, durchgreifende und schmerzhafte Reformen zur schultern. Der Staat muss der Innovation Vorrang vor dem Konsum geben, nur so wird er für die Jungen attraktiv, und die sind unsere gemeinsame Zukunft.

Die Menschen müssen begreifen, dass Europa nicht aufrüstet, um Krieg zu führen, sondern um Krieg zu verhindern.

Es ist eine riesige Aufgabe, vor der die Deutschen stehen, aber es ist eine machbare Aufgabe. Deswegen muss am Ende der Botschaft nicht der Berg der Probleme stehen, sondern die Zuversicht, ja, die Gewissheit, dass wir es schaffen können. Das können wir, diesmal aber nicht als hohle Phrase der Hilflosigkeit gesagt, sondern als Signal unbeugsamer Entschlossenheit zum Schutz des besten Staats unserer Geschichte und durch den eisernen Willen zu Reform.

Entscheidend wird vor allem sein, die Menschen mitzunehmen bei dieser zweiten Zeitenwende. Das ist Aufgabe der uns führenden Politiker, auf den Kanzler kommt es jetzt an, er muss die Deutschen aufrütteln und sie überzeugen, dass die nun un unvermeidlichen Opfer sich lohnen. Aber auch jeder von uns in der Clausewitz Gesellschaft kann und muss mitwirken. Wir müssen unseren Mitbürgern sagen, wie groß die Gefahr ist, aber dass sie zu bewältigen ist. Das ist die entscheidende Voraussetzung für die Umsetzung der so dringend geboten Zeitenwende. Wir alle müssen sie wollen, wir müssen erneut begreifen, dass Freiheit zu erhalten und zu schützen ist, dass uns das aber nichts geschenkt wird. Wir müssen uns Sicherheit zum Schutz unserer Freiheit erarbeiten. Opfer dafür sind unvermeidlich, aber sie lohnen sich. Dafür kann man Mehrheiten gewinnen, wenn man ihnen endlich in großer Klarheit sagt, wie groß die Gefahr ist, aber Deutschland sie meistern kann.

Wir müssen unseren Mitbürgern sagen, wie groß die Gefahr ist, aber dass sie zu bewältigen ist. Das ist die entscheidende Voraussetzung für die Umsetzung der so dringend geboten Zeitenwende.

Dann werden sie zustimmen, dass Sicherheit zwar nicht Alles ist, aber ohne Sicherheit alles nichts ist.

Dem „Epochenbruch" gerecht werden: Aktuelle Bestandsaufnahme und Erfordernisse[1]

Klaus Wittmann

Der Schock

Viele „Weckrufe" gab es im Lauf der Jahre, aber die am 27. Februar 2022, drei Tage nach dem russischen Überfall auf die Ukraine, durch Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufene „Zeitenwende" wurde nur halbherzig umgesetzt. So bedurfte es Donald Trumps zweiter Präsidentschaft, seiner russlandfreundlichen Haltung zum Ukraine-Krieg und seiner Relativierung der NATO-Beistandsverpflichtung, um diesseits des Atlantiks zu erkennen, dass ein veritabler „Epochenbruch" vorliegt.

Man konnte es kommen sehen: Präsident Wladimir Putins Wut-Rede vor der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2007, sein Krieg gegen Georgien 2008, Defense Secretary Robert Gates' vorwurfsvolle Brüsseler Abschiedsrede 2011 über die einseitige Verteidigungsbürde im Bündnis, Präsident Barack Obamas „Pivot to Asia" im selben Jahr, die russische Annexion der Krim und der Krieg im Donbass 2014, Bundeskanzlerin Angela Merkels Feststellung 2017, es seien „die Zeiten vorbei, „in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten", und schon in seiner ersten Amtszeit Trumps Verunsicherung der NATO-Alliierten mit seiner ruppigen Art, eine fairere Lastenteilung im Verteidigungsbereich zu erzwingen.

Aber offenbar war ein dramatischerer „Weckruf" nötig – gewissermaßen in Form eines „Elektroschocks" (Wolfgang Ischinger) im Februar 2025: Verteidigungsminister Pete Hegseth schloss im NATO-Hauptquartier schon vorauseilend territoriale Integrität und NATO-Mitgliedschaft der Ukraine aus, Vizepräsident Vance monierte angeblich in Deutschland fehlende Meinungsfreiheit und Verrat an den gemeinsamen Werten, wobei er die AfD als Vorbild empfahl, und deutete lakonisch an, Europa sei sicherheitspolitisch künftig auf sich gestellt. Als Höhepunkt folgte im Oval Office die inszenierte Herabwürdigung des ukrainischen Präsidenten Volodymyr Selenskyj durch seinen US-Kollegen und dessen Vize mit anschließendem Rauswurf aus dem Weißen Haus.

Selenskyj ist indes das Gesicht der Freiheit, während der Aggressor Putin die „Torheit der Tyrannen" verkörpert (frei nach dem Buchtitel von Barbara Tuch-

man). Und Präsident Donald Trump? Dass der Führer der freien Welt Putins Propagandalügen und -parolen, auch über die Gründe für seinen Krieg gegen die Ukraine, fast wörtlich übernimmt, sich zu ihrem Sprachrohr macht, seine Loyalität vom Opfer zum Angreifer wechselt, die Ukraine statt Russland unter Druck setzt und wichtige Positionen aufgibt, bevor überhaupt Verhandlungen begonnen haben – all das ist unfassbar, aber neue Realität.

Die Gemeinheit von Selenskyjs Demütigung, nicht etwa sein Widerspruch, hat den Respekt für das Oval Office beschädigt, wo Trump die Churchill-Büste wieder aufgestellt hat, während er der Chamberlain des 21. Jahrhunderts zu werden riskiert.

Der Krieg

Selenskyj will keinen Frieden, wie Trump behauptet, der ihm ja fast die Schuld am Krieg zugewiesen hat? Natürlich will er das, genauso wie sein ganzes Volk, aber nicht Kapitulation, Diktatfrieden, Besatzung und am Ende totale Zerstörung des ukrainischen Staates mit der Einsetzung eines kremlgesteuerten Regimes.

Und wir im freien und demokratischen Westen sollten uns gleichfalls dagegen wehren, aus Prinzip, aber auch in unserem eigenen vitalen Interesse. Denn nach einem Erfolg in der Ukraine wird Putin dort nicht Halt machen. Das muss unser weiteres Handeln leiten, eingedenk bestimmter Einsichten, die gerne vergessen oder verdrängt werden, weil auch wir genug haben von diesem Krieg:

Jede und jeder Tote dieses Krieges geht auf Putins Konto. Die Gleichsetzung von Aggressor und Angriffsopfer ist nicht akzeptabel. Wenn Russland aufhört zu schießen, ist der Krieg zu Ende, wenn die Ukraine aufhört zu kämpfen, ist es mit ihr zu Ende.

Erstens geht es nicht um „zwei Kriegsparteien", sondern um die brutale Unterwerfungsoffensive gegen ein friedliches Nachbarland, mit verbrecherischen Motiven und Methoden. Das muss viel deutlicher angeprangert werden. Gewiss, das Sterben muss ein Ende haben, wie man jetzt allenthalben hört, aber jede und jeder Tote dieses Krieges geht auf Putins Konto. Die Gleichsetzung von Aggressor und Angriffsopfer ist nicht akzeptabel. Wenn Russland aufhört zu schießen, ist der Krieg zu Ende, wenn die Ukraine aufhört zu kämpfen, ist es mit ihr zu Ende.

Zweitens: Präsident Putin hat die elementare europäische Sicherheitsordnung zertrümmert, die 1975 in Helsinki vereinbart und 1990 in Paris bekräftigt wurde: Souveränität der europäischen Staaten, territoriale Integrität, Unverletzlichkeit der Grenzen, friedliche Streitbeilegung, freie Bündniswahl. Und dieses Zerstörungswerk ist nur ein Schritt auf dem Weg zur Umgestaltung der Weltordnung, die er erklärtermaßen anstrebt: geopolitisch die Wiederherstellung zumindest des russischen Imperiums, politisch und ideologisch die Zerstörung der angeblich „westlich oktroyierten" Ordnung der Vereinten Nationen zugunsten eines „multipolaren" Systems, in Verbindung mit China und dem Iran.

Drittens sind Russlands Sicherheits-„Interessen" gegenüber einer (wie Putin selbst weiß) völlig defensiven NATO eher politisch-psychologische „Befindlichkeiten": Demütigungskomplex als Verlierer des Kalten Krieges, imperialer Phantomschmerz, der Putin zu der Klage veranlasste, der Zerfall der Sowjetunion sei die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts", sowie Frustration darüber, dass er mit seiner obstruktiven Politik von den USA (bisher) nicht als ebenbürtig anerkannt wird.. Neben kolonialem Neo-Imperialismus und Revisionismus ist Revanche die Wurzel seines Handelns[2] – und die tiefe Angst, sein Volk mit dem demokratischen „Virus" infiziert zu sehen.

Putins Ziele

Gegenüber der Ukraine verfolgt Putin unbeirrt und auf der Grundlage einer willkürlichen Geschichtspolitik folgende Ziele, die man sogleich dekodieren muss: „Entnazifizierung" (also Einsetzung eines Marionettenregimes), Entmilitarisierung (d.h. Wehrlosigkeit), Neutralisierung (eine Grauzone im absoluten Einflussbereich Moskaus). Die im Gang befindliche Zerstückelung des Landes ist nur eine Vorstufe. Subtext dieser programmatischen, offen als Rechtfertigung der „militärischen Spezialoperation" proklamierten Ziele sind deshalb – vor dem Hintergrund der Sorge, eine demokratische westlich orientierte Ukraine könnte das russische Volk auf falsche Gedanken bringen, die Zerstörung des Landes und die Vernichtung seiner Identität. Eigene Staatlichkeit für die Ukraine ist in Putins Augen ausgeschlossen. Konkret will er zunächst neben der schon 2014 annektierten Krim die vier großenteils, aber noch nicht vollständig, eroberten Oblaste Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson Russland einverleiben (was auf dem Papier der russischen Verfassung bereits vollzogen wurde) und möglichst auch noch den übrigen Teil des Novorossija (Neurussland) genannten Territoriums entlang der Schwarzmeerküste, einschließlich Odessa, besetzen.

Und im Westen ist noch lange nicht das Phänomen überwunden, das der eminente Osteuropa- und Russlandhistoriker Karl Schlögel so beschrieb: „Wir müssen alle wieder in die Schule gehen, denn wir alle haben uns angewöhnt, die Ukraine nur mit russischen Augen zu sehen."

Trump und seinesgleichen zeigen einen extremen Mangel an Empathie gegenüber einem existenziell bedrohten Volk, das ums Überleben kämpft, und schockierende Blindheit gegenüber Putins Zielen. Für Europa hat er diese ja in seinen Briefen an die US-Regierung und die NATO vom Dezember 2021 enthüllt, in denen er die Aufhebung der Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa seit 1997 fordert. Das käme einer Wiederbelebung der Breschnew-Doktrin eingeschränkter Souveränität von Vasallenstaaten gleich.

In Europa, wie in Kanada und anderen gleichgesinnten Partnerländern, hofft man zwar das Beste, muss sich aber auf das Schlimmste gefasst machen: eine Allianz autoritärer Führer, d.h. Trump, Putin und Xi, mit dem Ehrgeiz, die nicht einmal „multipolare", sondern dann „tripolare" Welt aufzuteilen, Europa Russland als „Einflusssphäre" zu Dominanz und Unterwerfung zu überlassen und, wenn nicht den Untergang, so doch eine Aushöhlung der NATO und ein schleichendes Ende des transatlantischen Westens herbeizuführen. Europa ist gefragt.

Die Lage

Putin hat sich indes bei seinem Überfall auf die Ukraine verrechnet und sein strategisches Ziel längst verfehlt: Verkalkuliert hat er sich hinsichtlich nationaler Einigkeit und Widerstand der Ukraine, hinsichtlich der weitgehenden Geschlossenheit von NATO und EU und vor allem hinsichtlich der Befähigung und Leistungen seiner eigenen Streitkräfte. Und neben der Tatsache, dass die Ukraine überhaupt seit mehr als drei Jahren standhält, hat sie viele konkrete Erfolge zu verzeichnen: gegen russische Marine, Flugabwehr und Luftstreitkräfte, gegen Ziele auf der Krim, gegen die russische Ölindustrie und bezüglich der immensen russischen Verluste an Personal und Material. Außerdem hat ihre Kursk-Offensive – mit Russlands hilfloser Reaktion auf die erste mili-

Putin hat sich bei seinem Überfall auf die Ukraine verrechnet und sein strategisches Ziel längst verfehlt: Verkalkuliert hat er sich hinsichtlich nationaler Einigkeit und Widerstand der Ukraine, hinsichtlich der weitgehenden Geschlossenheit von NATO und EU und vor allem hinsichtlich der Befähigung und Leistungen seiner eigenen Streitkräfte.

tärische Besetzung russischen Bodens seit dem Zweiten Weltkrieg! – den Nimbus seiner Unbesiegbarkeit zerstört. Darüber hinaus werden seine ernsten wirtschaftlichen und demographischen Probleme leicht übersehen.[3]

Natürlich ist für die Ukraine die Lage an der Landfront prekär. Russland hat die Initiative, unter horrenden Verlusten rücken seine Kräfte stückchenweise vor, die ukrainische Verteidigung ist ständig in Gefahr, in ein Verzögerungsgefecht in Richtung offeneren, weniger befestigten Geländes überzugehen, die Luftbedrohung ist allgegenwärtig. Sollte die Halbherzigkeit der westlichen Waffenlieferungen anhalten, wird sich „Masse statt Klasse" durchsetzen, und die ukrainischen Truppen werden, auch angesichts schwindender personeller Durchhaltefähigkeit, weiter zurückweichen müssen, zumal die eigenen Menschenverluste Putin kaltlassen. Er mag glauben, dass er den längeren Atem hat, und in einem sehr ausgedehnten Abnutzungskrieg, wie es beschönigend heißt, würde die Ukraine wohl ausbluten. Umso mehr kommt es auf ihre Unterstützer an. Aber während die russischen Probleme immer größer werden, erscheint Donald Trump, entlastet Putin davon und bietet die Lösung in Form eines Friedens-„Deals" an, bei dem die Forderungen nicht an Russland, sondern an das Opfer gestellt werden. Und weitgehend über dessen Kopf hinweg wurde zunächst verhandelt – von einem total ahnungslosen Geschäftspartner Trumps, der mit den drei wichtigsten Dossiers der US-Außenpolitik hantiert, dessen Inkompetenz nicht zu überbieten ist und der sich von dem erfahrenen KGB-Mann Putin total hat einwickeln lassen.

Da die russischen Kräfte nur sehr langsame Fortschritte machen, Putin aber für den Zeitpunkt eines Waffenstillstands möglichst weit vorankommen möchte, wird zur Demoralisierung der Bevölkerung in jüngerer Zeit der Terrorkrieg aus der Luft weiter intensiviert und die unzureichende ukrainische Luftabwehr so weit wie möglich überlastet. Abscheuliche Höhepunkte waren die Bombardierung von Krywyj Rih am 4. April 2025 mit u.a. neun auf einem Spielplatz getöteten Kindern und wenig später am Palmsonntag die beiden ballistischen Raketen auf die grenznahe Stadt Sumy: 34 tote Zivilisten, hauptsächlich Heimkehrer vom Gottesdienst.

Letzteres war ein Lehrstück: Russland berief sich auf eine angebliche Versammlung von Soldaten der 117. Ukrainischen Brigade, obwohl nur Zivilisten getötet wurden. Präsident Trump quittierte das in seiner Air Force One mit dem Gestammel, da sei „ein Fehler passiert", und das sei furchtbar. Aber selbst ein renommierter deutscher Experte vertrat die verständnisvolle Linie, indem er

sagte, man könne nicht nachweisen, dass absichtlich Zivilisten die Ziele waren, auf die militärische Veranstaltung verwies, die Pflicht zur Vorsicht und Verhältnismäßigkeit erwähnte und die Möglichkeit, dass „unzuverlässige Aufklärung" ein Grund gewesen sein könne.[4] Natürlich liege eine Verletzung des Völkerrechts vor, „auch wenn es keine Absicht war". Völlig übersehen wird hier das Verbrecherische des ganzen Krieges, bei dem es per definitionem keine „legitimen" Ziele gibt. Schon beim Abschuss des MH14 Passagierflugzeugs über der Ostukraine im Juli 2014 war es eigentlich gleichgültig, ob (wie Jahre später bewiesen) russische Kräfte das BUK-System bedient hatten oder ob ein Fehler vorlag: Putin hatte ja überhaupt erst die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass so etwas passieren konnte.

Die Versäumnisse

Versäumnisse dürfen nicht ausgeblendet werden – in jüngerer Zeit, aber auch davor, angesichts der Mark Twain zugeschriebenen Pointe: „Geschichte widerholt sich nicht, aber manchmal reimt sie sich."

Nachdem schon manche Politiker es bei Putin mit Beschwichtigungspolitik versucht haben, obwohl er doch nur die Sprache der Stärke versteht, schien Trump diese zum Höhepunkt zu führen: Appeasement, als dessen Inkarnation das Münchener Abkommen vom 30. September 1938 über die Abtretung des Sudetenlandes an das Dritte Reich gilt – nach Verhandlungen zwischen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien, ohne Beteiligung der Tschechoslowakei. Premierminister Neville Chamberlain verkündete in London „Peace for our time" und hätte beinahe den Friedensnobelpreis erhalten. Aber innerhalb eines Jahres folgten die „Zerschlagung der Resttschechei" und der Angriff auf Polen.

Diese Analogie war den Teilnehmern der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2025 äußerst präsent – und ebenso die Konferenz von Jalta vor 80 Jahren: „Frieden" in Europa durch territoriale Aufteilung des Kontinents in östliche und westliche Einflusssphären. Für die Völker hinter dem Eisernen Vorhang war es ein Diktatfriede.

In der deutschen Russlandpolitik der letzten Jahrzehnte[5] war zunehmende Realitätsverweigerung zu konstatieren. Man ließ sich einlullen von Präsident Putins Auftritt 2001 vor dem Deutschen Bundestag, nahm aber seine Wut-Rede im Februar 2007 bei der Münchener Sicherheitskonferenz nicht ernst, in der er

die Großmachtgelüste und Verletzungen öffentlich machte, die ihn bis heute antreiben. Man berief sich auf Willy Brandts Ost- und Entspannungspolitik ohne Berücksichtigung der Tatsache, dass diese auf dem Fundament militärischer Stärke stand. Auch wurde nicht erkannt, dass im Gegensatz zum Kalten Krieg jetzt die Status quo-Position die unsere ist, während Russland zunehmend revisionistisch agiert. Und die Baltischen Staaten bekamen oftmals von uns zu hören „Werdet mal nicht hysterisch wegen Russland!" Trotzdem war es richtig, in den Jahren nach dem Fall der Mauer auf kooperative Sicherheit mit der Sowjetunion und dann mit Russland zu setzen.[6]

Fortgesetzt wurde aber eine illusionäre Politik auch nach der völkerrechtswidrigen Krim-Annexion und dem Beginn des Krieges im Donbass, sogar mit noch zunehmender energiewirtschaftlicher Abhängigkeit von Russland beispielsweise durch die Nord Stream 2-Pipeline-Vereinbarung 2015. Beim NATO-Gipfel in Wales (September 2014) wurde durch die Bundesregierung die Reaktion des Bündnisses mitgestaltet, die zwar einiges zu seiner Stärkung und Ertüchtigung an der Ostflanke bewirkt hat einschließlich deutschen Engagements, beispielsweise beim Baltic Air Policing oder mit der von Deutschland geführten multinationalen Battle Group in Litauen. Aber zugleich, obwohl auf höchster Ebene mitbeschlossen, weigerten sich die Merkel- wie auch die Scholz-Regierung, das Zweiprozentziel der NATO (für den Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP) zu erfüllen.

Kritisch ist schließlich auch zu sehen, wie die am 27. Februar 2022 durch Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufene „Zeitenwende" hinsichtlich militärischer Unterstützung der überfallenen Ukraine umgesetzt wurde. Bis zur Invasion war Derartiges ja ein Tabu gewesen, das Robert Habeck nach einem Donbass-Besuch vergeblich zu überwinden versuchte.[7]

Gründe waren die deutsche Geschichte, nämlich das Wüten von Wehrmacht und SS in der Ukraine (woraus man eher den umgekehrten Schluss hätte ziehen sollen, nämlich tatkräftige Unterstützung der Ukraine, als ihr ein ähnliches Schicksal drohte) und die Rüstungsexportrichtlinien, die Waffenlieferungen in Spannungsgebiete ausschlossen – als wäre die überfallene Ukraine ein beliebiges „Spannungsgebiet". Die „Zeitenwende"-Rede brachte hier eine Kehre um 180 Grad mit der Aufgabe dieser grundsätzlichen Vorbehalte. Der Beginn war allerdings sehr schleppend und die Fortsetzung stets zögerlich, außer auf dem Gebiet der Flugabwehr. Über die Jahre war dann zwar die deutsche Militärhilfe in absoluten Zahlen eindrucksvoll: an erster Stelle in Europa, womit sich Bun-

deskanzler Scholz ständig brüstete. Doch gemessen an der Wirtschaftskraft stand sie höchstens auf dem zwölften Platz.[8] Aber nicht „Ranking" nach Platzziffern ist gefragt, das Kriterium muss sein: Was braucht es, um die Invasoren in der Ukraine zu stoppen und zum Abzug zu veranlassen? Und da kann das generelle Urteil nur lauten: Es war fast immer „too little too late". Und oft galt die Volksweisheit „Wenn man etwas will, findet man Wege, will man es nicht, findet man Gründe."[9]

Ein sehr prägnantes Beispiel für die „angezogene Handbremse" waren gepanzerte Gefechtsfahrzeuge: Zwei Monate nach Invasionsbeginn, am 28. April 2022, forderte der Bundestag mit breiter Mehrheit die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine. Anstatt sich an die Spitze europäischer Unterstützung zu setzen, behauptete Scholz im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, die Lieferung bereits von Schützenpanzern Marder an die Ukraine werde „eine furchtbare Eskalation" bewirken. Lieber hätte er die vorgeschlagene „Panzerkoalition" anführen sollen, die von den – entsprechend einer Studie des European Council on Foreign Relations – bei 14 europäischen Nationen (davon 9 in der NATO) vorhandenen 2000 Leopard 2-Panzern der Ukraine 15 Prozent hätte geben können.[10] Das hätte der Zahl von 300 Panzern entsprochen, welche diese als erforderlich ansah.

Stattdessen dauerte es bis zur positiven Leopard- und Marder-Entscheidung des Kanzlers ein Dreivierteljahr (dann auch nur in sehr geringer Zahl), und die russischen Truppen hatten sich derweil ungestört zu tiefgestaffelter „Verteidigung" (= Festkrallen an geraubtem Land) einschließlich nie gesehener Verminung des Geländes eingerichtet. Da war es wohlfeil, die Erfolglosigkeit der ukrainischen Gegenoffensive zu kritisieren. Es war mit unsere Schuld.[11]

Die Ukraine stärken

Weiter wird vieles gebraucht: mehr Panzer, Schützenpanzer, Artillerie, Munition, Ersatzteile, Instandsetzungskapazität, besonders dringend weitere Flugabwehrwaffen, wo Deutschland bereits viel geleistet hat. Aber noch so viele Luftverteidigungssysteme werden nicht ausreichen, alle Städte, Regionen, Infrastruktur und die Truppen an der Front zu schützen. Deshalb müssen möglichst viele Abschüsse schon auf russischem Gebiet unterbunden werden.

Nicht zuletzt daraus ergeben sich zwei schon seit langem notwendige Kernentscheidungen, die nicht viel zusätzliches Geld kosten, aber Courage: erstens

die Lieferung weitreichender Waffen und zweitens die Aufhebung des Verbots, sie gegen Ziele auf russischem Boden einzusetzen. Vor über zwei Jahren begann die Debatte um den Marschflugkörper Taurus, von dem die deutsche Luftwaffe ca. 600 Stück besitzt. Diese Luft-Boden-Abstandswaffe mit 500 km Reichweite kann aus sicherer Entfernung hinter der Frontlinie bzw. der ukrainisch-russischen Grenze stationäre Hochwertziele treffen. Das wäre ein wichtiger Beitrag dazu, die Lage der Invasoren zunehmend unhaltbar zu machen, die ukrainische Front zu entlasten und möglicherweise den Krieg zu verkürzen

Dazu müsste man sich allerdings zum Ziel eines ukrainischen Siegs über die Invasoren bekennen – dies ist der Geist des im Februar 2024 besiegelten deutsch-ukrainischen Sicherheitsabkommens, wobei „Sieg" ja nicht heißt, Russland zu erobern (ein ehemaliger Bundeswehrgeneral: „Mit Taurus kann man den Kreml zerstören!"), sondern lediglich seinen Abzug zu erzwingen. Die Einsatzbeschränkungen für weitreichende Waffen, vor allem durch den auch übervorsichtigen Präsidenten Biden und in seinem Gefolge den eskalationsverängstigten Kanzler Scholz, waren nicht, wie letzterer behauptete, „einvernehmliche Regelungen, die funktionieren", sondern oktroyierte Auflagen. Und „funktionieren" taten sie nur für Moskau. Denn damit einher ging die fortwährende Kommunikation uns selbst gezogener „roter Linien", anstatt dass man Putin energisch die Grenzen aufgezeigt hätte.

Entgegen vielfacher Experten- und Politikerforderung hat Bundeskanzler Olaf Scholz diesen Beschluss verweigert und im Volk Ängste geschürt, auf die er sich dann zur Rechtfertigung seiner „Besonnenheit" berief. Die wachsende Zahl seiner Argumente gegen die Taurus-Lieferung machte diese nicht glaubwürdiger.[12] Er ging als „Friedenskanzler" in die Landtags- und Bundestagswahlkämpfe mit der Behauptung, dass eine Taurus-Lieferung uns in den Krieg hineinziehen würde und beschimpfte die Befürworter beherzterer Waffenunterstützung der Ukraine als „Heißsporne" (während er „die Nerven behielt"), sie hätten „Schaum vorm Mund" und spielten „mit der deutschen Sicherheit Russisches Roulette". (So viel zum Thema „Respekt"!) Aber die ostdeutschen Wähler haben sich dann doch lieber gleich für das Original Sahra Wagenknecht entschieden.[13]

Noch als Kanzlerkandidat hatte Friedrich Merz seine Bereitschaft zur Lieferung von Taurus an die Ukraine erklärt, um dieser dazu zu verhelfen, die rein defensive Position zu überwinden. Er sollte umgehend den Entschluss fassen, mit den Vorbereitungen (vor allem der Ausbildung ukrainischen Personals) zu

beginnen, damit zu gegebener Zeit ohne Verzug die Option „gezogen" werden kann – und sei es als Druckmittel in denkbaren Verhandlungen. Die sofortige russische Reaktion mit erneuten Eskalationsdrohungen zeigt, wie unangenehm den russischen Streitkräften der Einsatz dieses Systems wäre. Allzu viel öffentliche Diskussion solcher Fragen ist nicht sehr nützlich, aber von den Spekulationen einer Frau Wagenknecht mit ihrem Referenz-General Kujat, auf diese Weise würde Merz Deutschland in den Krieg führen, sollte man sich nicht beeindrucken lassen. Putin betrachtet die NATO-Mitgliedstaaten ohnehin längst als Kriegsteilnehmer – verteidigt er doch sein Land auf ukrainischem Boden gegen den aggressiven Westen.

Nur mit Bitterkeit stellt man sich vor, um wieviel besser die Ukraine dastünde, wenn sie im Herbst 2022 die Panzer, Schützenpanzer und Munition gehabt hätte, die ihr ein Ausweiten der phänomenalen Gegenangriffserfolge um Charkiv und Cherson erlaubt hätten – oder spätestens im Herbst 2023 die Taurus-Marschflugkörper und die Erlaubnis, sie gegen militärische Ziele in Russland einzusetzen – nicht „tief in Russland" oder gar gegen den Kreml.

Physische Rückeroberung aller besetzten Gebiete durch die Ukraine ist unwahrscheinlich. Aber durch das Bekämpfen, etwa in einem 200 km-Streifen hinter der ukrainisch-russischen Grenze, von Führungs- und Logistikeinrichtungen, Truppenbereitstellungen, Transportwegen sowie Militärflugplätzen und Abschussbasen konnte man – und kann man auch heute noch – die russischen Möglichkeiten stark einschränken, den Nachschub großenteils abschneiden und die russische Kriegführung entscheidend beeinträchtigen.

All das hat der Westen, voran Biden und Scholz, verhindert. Es bedarf jetzt, mit Merz, Macron, Tusk und Starmer an der Spitze, aber auch gemeinsam mit anderen wie den tapferen und entschlossenen Nordischen und Baltischen Staaten, den „NB 8", einer riesigen Anstrengung. Und der Schulterschluss mit den USA sollte soweit wie möglich bewahrt werden. Es ist aber nicht wahr, dass ohne diese gar nichts möglich ist.[14] Notfalls müsste Trump überzeugt werden, zumindest Waffenkäufe zu erlauben. Im Rahmen des kürzlich unterzeichneten Rohstoffabkommens USA-Ukraine scheint das denkbar. Und man muss sich natürlich darum bemühen, dass dem unberechenbaren US-Präsidenten weiter die Augen geöffnet werden über Putins Ziele, die er sich mitsamt den zugehörigen Narrativen zu Eigen gemacht hat. Putin spielt zynisch, aber gekonnt, auf Zeit.

Er hat es wohl seit der Invasion als ermutigend empfunden, dass die Welt es hinnimmt, wie eine Großmacht ein Nachbarland überfällt, dass man sich in seinem Land ihm nicht entgegenstellt, und dass Sanktionen nicht die erhoffte Wirkung haben bzw. sich vielfach umgehen lassen. Außerdem gibt es für ihn eine „komfortable Asymmetrie", nämlich kein Zerstörungsrisiko für Russland wegen der Eskalationsfurcht von Kiews wichtigsten Unterstützern („Selbstabschreckung"), die Moskau die Eskalationsdominanz überlassen. Und zu alledem kam die unvermutete Hoffnung auf ein Zerbrechen des westlichen Bündnisses durch Trumps Seitenwechsel.[15] Sollte es bei dem jüngst angekündigten amerikanischen Lieferstopps vor allem für Flugabwehrwaffen und -munition bleiben (wegen israelischem und eigenem Bedarf), so wäre dies für die Ukraine eine Hiobsbotschaft.

Der Krieg ist für die Ukraine aber keineswegs verloren, so sehr diejenigen, die das „immer vorausgesagt" haben, jetzt rechthaberisch auftreten. In Wirklichkeit haben manche von ihnen durch ihren Defätismus, ihr Wettern gegen „militärische Logik", ihre Verkennung von Putins Zielen und ihr Einknicken vor seinen Drohungen zu einer self-fulfilling prophecy beigetragen.[16] Die mantrahaft wiederholte Beteuerung der Unterstützung „so lange wie nötig", hätte längst der konsequenten Ergänzung bedurft um „mit allem Erforderlichen" und v.a. "zeitgerecht". Es zählt nur, was an der Front verfügbar ist. Die Aussagen im Koalitionsvertrag sollten so interpretiert werden. So kommt es jetzt darauf an, der Ukraine kraftvoll mit allem Verfügbaren zu helfen, evtl. ausfallende US-Hilfe möglichst weitgehend zu substituieren und trotzdem die Amerikaner bei der Stange zu halten, soweit es geht. Und in die ukrainische Rüstungsindustrie, die schon Beeindruckendes zustande gebracht hat, muss verstärkt investiert werden

Verhandlungen?

Bekanntlich hat Donald Trump bereits vor seiner Wahl angekündigt, den Ukraine-Krieg binnen 24 Stunden zu beenden, der unter seiner Präsidentschaft angeblich nie ausgebrochen wäre. Das Schicksal der Ukraine und ihrer Menschen scheint dem amerikanischen Präsidenten dabei ziemlich gleichgültig zu sein, auch wenn er ein Ende des Blutvergießens fordert – ohne aber jemals anzuerkennen, dass Putin der Aggressor ist, der den Krieg mit einem Befehl beenden könnte.

Die Normalisierung der Beziehungen zu Putin ist ihm offenbar vorrangig. Im Kreml muss man es recht begeistert zur Kenntnis nehmen, dass der KGB-erfahrene Präsident Putin seinen US-Kollegen offenbar erfolgreich umgarnt hat und, erneut hoffähig, plötzlich wieder auf Augenhöhe mit dem Führer der freien Welt kommuniziert – über die Köpfe aller Hauptbeteiligten hinweg. Er nutzt erfolgreich Donald Trumps Hang zur bilateralen Kumpanei mit vermeintlich starken globalen Anführern. Er genießt den Triumph der Erlösung aus der Isolation, und zynisch bemerkte sein Außenminister Lawrow, in der US-Administration sei der gesunde Menschenverstand eingekehrt.

Das dürfte für Trump auch das Geschäft mit Rohstoffen umfassen. Präsident Selenskyj hatte ja 2024 in seinem Friedens- und Siegesplan selbst darauf hingewiesen, dass die Ukraine auch etwas zu bieten habe: kriegserfahrene Truppen und Rohstoffe einschließlich seltener Erden. Und die Abneigung des US-Präsidenten ihm gegenüber hat offenbar auch damit zu tun, dass er einem total ausbeuterischen Knebel-Vertrag nicht zustimmte. Mittlerweile wurde ein Abkommen unterzeichnet, das ukrainische Interessen besser wahrt, aber doch mit dem Hautgout behaftet ist, dass Putin und Trump offenbar an eine gemeinsame Ausbeutung der ukrainischen Bodenschätze denken, die großenteils in den besetzten Gebieten vermutet werden.

Die Hauptperson, die Trump – am Außenminister vorbei – zu Verhandlungen mit Putin persönlich einsetzt, ist sein in außenpolitischen Fragen äußerst inkompetenter Geschäftspartner Steve Witkoff, der sich von Putin regelrecht blenden lässt, ein in Russland gefertigtes Trump-Gemälde in Empfang nimmt und es diesem überbringt mitsamt der rührenden Information, nach dem Attentat im Wahlkampf habe Putin für Trump gebetet. Und Resultat seiner jüngsten stundenlangen Unterredung war angeblich der Eindruck, Putin wolle ernsthaft Frieden mit der Ukraine. Krywyj Rih und Sumy sprachen eine andere Sprache, wie auch sein kategorisches Festhalten an den schon erwähnten Zielen und Bedingungen.

Deshalb mag es einen „Deal“ zwischen Trump und Putin geben, der nicht halten wird; „Einfrieren“ des Konflikts“ würde ähnliche Umstände hervorbringen wie das Minsk II-Abkommen (14.000 Tote während der „Waffenruhe“) und der russischen Seite Zeit zur Vorbereitung der nächsten Kriegsphase gewähren. Über die Absicherung eines Waffenstillstands gibt es derzeit viele Überlegungen,[17] aber zumindest ihre öffentliche Diskussion scheint verfrüht, solange über die Bedingungen einer Waffen-ruhe nichts bekannt ist – außer

den riesigen Dimensionen von Gelände und Frontlinie (und der Erinnerung, dass die KFOR-Truppe im Kosovo anfangs eine Truppenstärke von 42.500 hatte und die SFOR in Bosnien nach dem Dayton-Abkommen ca. 30.000). Denn die Absicherung kann nicht allein zur See und aus der Luft erfolgen. Und sollte jemals der von der Ukraine und im Westen als unabdingbar betrachtete „gerechte und dauerhafte Friede" zustande kommen, muss es gegenüber dem notorisch vertragsbrüchigen russischen Präsidenten eisenharte Sicherheitsgarantien geben und wird die Ukraine wirkliche Sicherheit nur als NATO-Mitglied finden.

Putin spielt eindeutig auf Zeit, um indessen die Bedingungen auf dem Schlachtfeld zu verbessern, die ukrainische Bevölkerung weiter zu demoralisieren, die ukrainische Infrastruktur, aber auch Kulturbauten, weiter zu zerstören. Er macht Trumps Friedensbemühungen zum Gespött.

Putin spielt eindeutig auf Zeit, um indessen die Bedingungen auf dem Schlachtfeld zu verbessern, die ukrainische Bevölkerung weiter zu demoralisieren, die ukrainische Infrastruktur, aber auch Kulturbauten, weiter zu zerstören. Er macht Trumps Friedensbemühungen zum Gespött. Bedingungen schon für die Aufnahme von Verhandlungen und erst recht für einen Waffenstillstand wurden jüngst durch Lawrow und andere bekräftigt: komplette Provinzen abgeben, Ukraine abrüsten, westliche Militärhilfe beenden. (Abbestellung der Lieferungen aus Nordkorea, Iran und China würde aber wohl nicht dazugehören.) Das alles ist für die Ukraine und ihre Verbündeten inakzeptabel. Die Ukraine wird sich keinem Diktatfrieden beugen und notfalls jahrzehntelang im Untergrund weiterkämpfen.

Trumps sogenannter „Friedensplan" stellt eine Pervertierung des Begriffs „Frieden" dar. Sollte das – so schön inszenierte – Foto von ihm und Selenskyj im Petersdom, kontrastierend zu dem im Oval Office zwei Monate zuvor, mit den anschließenden Ansagen an Putin, ein Erweckungserlebnis dokumentieren, erfüllt sich vielleicht die vom Autor schon lange gehegte Hoffnung, Putins Intransigenz möge Trumps Geduld so strapazieren, dass dieser umschwenkt und die Ukraine viel stärker aufrüstet. Ungeduldig ist er wohl geworden, das scheint aber eher zur Abwendung von dem ganzen Problem zu führen. Das ist natürlich nicht erwünscht.

„Land gegen Frieden" ist jedenfalls eine trügerische Hoffnung: Jedes derartige Zugeständnis an Putin wird nur temporäre Wirkung haben und zu weiteren Forderungen oder Kriegshandlungen führen. Es wird kein Friede. Putin be-

streitet ja der Ukraine prinzipiell das Recht auf eigene Staatlichkeit. Er will den Anspruch der Ukrainer als eigenständige Nation ein für alle Mal auslöschen, und wenn er von der Notwendigkeit spricht, an die Wurzeln („root causes") des Konflikts heranzugehen, so ist damit wohl nicht allein die „Provokation" durch den Wunsch nach NATO-Zugehörigkeit gemeint, sondern vor allem die schiere Existenz der Ukraine als eigenständige Nation.

Außerdem sind „abzutretende Gebiete" keine abstrakten Landstriche, sondern die Heimat von Millionen ukrainischer Menschen, die massiver Unterdrückung und teilweise Folter ausgesetzt sind, einschließlich der Verschleppung von Zehntausenden Kindern. Und „de facto"-Aufgabe von Territorium bei späterer Regelung ist eine Illusion, fast ein schlechter Witz, wenn man die Brutalität der dortigen Russifizierung sieht. Da würden sich weitere Millionen Ukrainer gen Westen in Bewegung setzen.

Jüngste Wendung bei den „Friedens"-Bemühungen

Mitte Mai 2025 wurde das Thema „Verhandlungen" konkret, aber in fast chaotischer Form: Auf die von Präsident Putin ausgerufene (aber nicht eingehaltene) Waffenruhe über Ostern und seine Forderung nach einem dreitägigen Waffenstillstand um den 9. Mai (im Interesse einer ungestörten Sieges-Truppenparade) folgte in zunehmend drängendem Ton seitens der Ukrainer und Präsident Trumps der Appell, eine dreißigtägige unkonditionierte Waffenruhe solle die Voraussetzung für den Beginn von Friedensverhandlungen bilden.

Dies wurde am 10. Mai in Kiew von Präsident Macron, Premierminister Starmer, Ministerpräsident Tusk und Bundeskanzler Merz geradezu ultimativ an Präsident Putins Adresse wiederholt, und die Szene, wie sich die vier Staats- bzw. Regierungschefs telefonisch beim US-Präsidenten Rückhalt einholten, war ein äußerst starkes Signal westlicher Einigkeit. Putin indes ließ die Waffenruhe-Forderung ins Leere laufen und schlug in einem Ausweichmanöver für den 15. Mai direkte Verhandlungen in Istanbul vor. Dem schloss sich Trump gegenüber Selenskyj fast im Befehlston an, ohne auf der Waffenstillstandsforderung weiter zu beharren, und desavouierte damit in gewisser Weise die vier europäischen Staatsmänner. Der ukrainische Präsident erklärte – schon im Bestreben, Trump nicht weiter zu verärgern – seine Bereitschaft, wurde aber durch Putin hingehalten und schließlich mit einer drittrangigen russischen Delegation abgespeist, weshalb er dann auch nur eine Delegation, aber immerhin mit Außen- und Verteidigungsminister, entsandte. Zu persönlicher Teilnahme

wäre er bereit gewesen, während Putin die eigene bis zum letzten Moment offenließ und derweil seinen Unterlingen erlaubte, den ukrainischen Präsidenten als gewissermaßen nicht satisfaktionsfähigen, zum Präsidenten unlegitimierten „Clown" zu verhöhnen.

Der ukrainischen Delegation wurden in der kurzen Verhandlung (die nur die Einigung auf einen erneuten Gefangenenaustausch erbrachte) die altbekannten russischen Maximalbedingungen präsentiert: Hergabe von vier kompletten Provinzen, Reduzierung der ukrainischen Streitkräfte auf ein Zehntel, Beendigung westlicher Waffenhilfe – völlig inakzeptabel und Beweis dafür, dass Putin an einer Kriegsbeendigung keinerlei Interesse hat.

Von manchen Seiten, auch in Deutschland, hört man nun, was Trump selbst dröhnend verkündet: Nur ein Treffen zwischen ihm und Putin wird ein Kriegsende zustandebringen Da wird er wieder seinen „Peace Deal" auf Kosten der Ukraine verfolgen, sofern ihm nicht endgültig klar wird, welches Spiel Putin verfolgt, dass er Verhandlungsbereitschaft nur simuliert und dass dies auch auf Amerikas Kosten geht.

Präsident Putin erklärte, Russland habe die Ressourcen, die „Spezialoperation" zum Abschluss zu bringen „mit dem Ergebnis, das Russland benötigt". Im Bild: Zerstörungen in Kiew durch russischen Raketenangriff

Gewissermaßen als Auftakt zu dem Telefongespräch mit Trump erklärte Präsident Putin, Russland habe die Ressourcen, die „Spezialoperation" zum Abschluss zu bringen „mit dem Ergebnis, das Russland benötigt", und unterließ nicht den Hinweis auf den russisch-schwedischen Krieg um die Vorherrschaft im Ostseeraum zu Beginn des 19. Jahrhunderts, der über 20 Jahre gedauert hatte.

Ein weiterer „Auftakt" war der schwerste Drohnen-Überfall auf die Ukraine seit Invasionsbeginn. Derartiges setzt sich fort, und nun hat er seinen Streitkräften noch „die Aufgabe gestellt", angrenzend an die drei russischen Oblaste Briansk, Kursk und Belgorod „Pufferzonen" freizumachen – natürlich auf ukrainischer Seite. Da diese die Tiefe etwa von Artillerieschussweiten haben müssten, erscheint das militärisch ziemlich ausgeschlossen, spricht aber ebenfalls nicht für Friedenswillen und ist vielleicht zugleich ein Ablenkungsmanöver zur Bindung ukrainischer Truppen am falschen Ort.

Das (zweistündige) Telefonat am 19. Mai, aus Trumps Sicht „exzellent", war in Wirklichkeit enttäuschend: keinerlei Zugeständnisse seitens Putins, von Trump keine Forderung nach dem Waffenstillstand und keinerlei Androhung von Sanktionen. Weiterhin „eine riesige Lücke zwischen dem, was Putin in direkten Gesprächen mit Trump durchsetzen möchte, und dem, was der ukrainische Präsident ...maximal akzeptieren kann".[18] Dagegen akzeptierte Trump offenbar Putins „Vorschlag", er werde ein „Memorandum" über den Weg zum Frieden ausarbeiten lassen, über das man russischerseits zu Verhandlungen mit der Ukraine bereit sein würde. Ein vergiftetes Angebot mit der Möglichkeit zu endlosem Zeitschinden, währenddessen Putin sich weitere Fortschritte auf dem Gefechtsfeld erhofft. Das Memorandum wurde bei einer weiteren Verhandlungsrunde in Istanbul überreicht, und ein Vieraugengespräch beim NATO-Gipfel in Den Haag Ende Juni zwischen dem amerikanischen und dem ukrainischen Präsidenten erbrachte augenscheinlich nur atmosphärische Entspannung.

Deshalb erheben sich jetzt erneut folgende Fragen und Schlussfolgerungen – vor allem: „Wie wird Europa sich zu dem stellen, was die beiden egomanen Machtmenschen Trump und Putin aushandeln?"[19] Wie kann man Trump zu einer nachhaltigen Positionsänderung zugunsten des Aggressionsopfers bringen? Zur Erkenntnis, dass er bereits in Putins Falle gelaufen ist? Dass er nicht die Ukraine sozusagen als „Störfaktor" einer amerikanisch-russischen „Normalisierung" opfern darf? Dass diese bislang zwar mithilfe von Zugeständnissen, aber ohne irgendeine russische Gegenleistung erfolgt?

Gelingt all das nicht angesichts seiner freundschaftlichen Gefühle gegenüber dem russischen Autokraten und seiner absurden Feststellung, dessen großes „Zugeständnis" bestehe schon darin, auf die Eroberung der Gesamtukraine zu „verzichten", so müssen die Europäer (ohne weitere Rücksicht auf einen solchen Deal über die Köpfe aller anderen hinweg) an der 30-Tage-Forderung festhalten, das nächste (17.) Sanktionspaket verwirklichen, eine möglichst weitgehende Kompensation ausfallender amerikanischer Waffenlieferungen anstreben, weiter versuchen, die USA in leidlicher Weise an Bord zu halten und möglicherweise doch zu eigenen Sanktionen zu veranlassen. Ein extrem scharfes Sanktionspaket ist im Kongress offenbar bereits in Vorbereitung. Aber auch in der EU muss man sich dazu durchringen, „extraterritoriale" (bzw. „sekundäre") Sanktionen zu beschließen, schärfer gegen den Energie- und Bankensektor vorzugehen und endlich die 300 Milliarden Euro eingefrorenes russisches Staatsvermögen zu konfiszieren. Solches könnte als Katalysator für die Ent-

scheidungsfindung im Kongress wirken. Der einflussreiche US-Senator Lindsey Graham, Initiator des Pakets, hat umgekehrt die Erwartung geäußert, dass die EU sich „auch inhaltlich an seinem Katalog orientiert".[20]

Viel wird davon abhängen, welche Erfahrungen Russland in der nahen Zukunft mit Europa macht. Es muss den Druck erhöhen, und neben den Sanktionen müssen vor allem die Waffenlieferungen an die Ukraine drastisch verstärkt und endlich Deep Strike-Fähigkeiten ohne geographische Beschränkung verfügbar gemacht werden. Da gibt es gewaltige Erwartungen an die neue deutsche Regierung, worauf zurückzukommen sein wird.

Überwunden werden muss der Defätismus. Ein kürzlich erschienener Gastbeitrag hieß „Der sich abzeichnende Frieden bedeutet auch das Ende eines Selbstbetrugs."[21] Allen drei Elementen dieser Überschrift ist zu widersprechen: Keinerlei Friede zeichnet sich derzeit ab außer Kapitulation und Unterwerfung, der von Trump und Putin in Aussicht genommene „Friede" verdient diese Bezeichnung nicht, und mit „Selbstbetrug" meint der Autor die angebliche Illusion, die Ukraine hätte jemals die Chance gehabt, sich gegen das „unbesiegbare" Russland zu behaupten und den status quo ante wiederherzustellen. Das aber hing – und hängt weiterhin – von ihren Unterstützern ab.

Die Bedrohung Europas

Wie Bundeskanzler Scholz bei der Münchener Sicherheitskonferenz MSC 2024 voraussagte, würden auch für uns in jeder Hinsicht die Kosten steigen, sollte Putins Krieg Erfolg haben und somit Aggression belohnt werden. Und ganz bestimmt steigt die Bedrohung Europas, denn der Selbstbehauptungskampf der Ukrainer gegen den Imperialismus einer Autokratie ist nicht lediglich ein regionaler Krieg.[22]

Ein prägnantes Beispiel für die Verharmlosung der Bedrohung erschien jüngst in der Zeitschrift „Cicero" und stammt ebenfalls vom oben zitierten Autor, der jahrzehntelang als Beamter im NATO-Hauptquartier und durch viele sachkundige Veröffentlichungen Ansehen erworben hat. Jetzt wettert er aber unter persönlichem Bezug auf einige prominente Autoren gegen die „Kassandras", die „Panikmache" und „Kriegshysterie" betrieben.[23]

Dass die Möglichkeit der US-Absage an die NATO-Verpflichtungen und einer „Abtretung" Europas an den russischen Einflussbereich besteht, dass viele euro-

päische NATO-Mitgliedstaaten aus den Jahrzehnten der Friedenshoffnungen und strukturbestimmenden Auslandseinsätzen gravierende militärische Defizite und Mängel mitschleppen, dass Putin derzeit seine Streitkräfte personell und materiell dramatisch vergrößert, seine über die Ukraine weit hinausgehenden Ziele längst verkündet hat und vermeintliche Schwäche gnadenlos ausnutzt – all das scheint dem Autor entgangen zu sein. Seine Verharmlosungen und die Relativierung der Besorgnisse und Warnungen von Experten, die er gelegentlich als „Kommentariat" veralbert, beruhen in viel stärkerem Maße auf Behauptungen und Wunschdenken als deren Postulate und Empfehlungen. Verharmlost wird hier auch der aktuelle hybride Krieg gegen westliche Staaten, besonders gegen Deutschland.

Nein, strategische Voraussicht (strategic foresight) ist das Gebot der Stunde (übrigens auch hindsight zur Vermeidung der Wiederholung von Fehlern). Diese arbeitet mit Szenarien, die zum Ausdruck bringen, wie Entwicklungen ablaufen könnten, die sich oft an worst case-Aussichten orientieren, und die aufrütteln und natürlich zu Konsequenzen herausfordern sollen. Unlängst wurden in zwei Büchern derartige Eventualfälle vorgestellt: vom Politikwissenschaftler Carlo Masala die Eroberung der estnischen Grenzstadt Narwa, deren überwiegend russischstämmige Bevölkerung den russischen Präsidenten „um Schutz gebeten" hatte.[24] Und der Journalist Christoph von Marschall schildert einen konzentrischen russischen Angriff – aus einem Großmanöver heraus – auf Litauen mit Einnahme des Suwalki-Korridors und somit der Herstellung einer Landbrücke zur Enklave Kaliningrad.[25] Und beide Fälle spielen sich 2028 ab – ein Jahr früher als in einer NATO-Studie von 2024 nach Ablauf von fünf Jahren die Fähigkeit Russlands prognostiziert wird, militärisch wieder so gestärkt zu sein, dass es die NATO militärisch „testen" könnte.

Natürlich muss der Autor einer solchen Skizze viele Randbedingungen und Ereignisse erfinden. Aber die Fälle sind nicht reiner Phantasie entsprungen, sondern beruhen auf tatsächlich im NATO-Rahmen oder von Mitgliedstaaten durchgeführten War Games. Und folgendes wird auch dem interessierten Staatsbürger klar sein: Entscheidend ist, ob Russland in der Ukraine Erfolg hat (wozu auch ein windiger „Deal" zählen würde). Putin würde als nächstes Georgien und Moldova unterwerfen und nach wenigen Jahren – je nachdem, als wie uneinig und geschwächt er sie dann einschätzen würde – die NATO im exponierten Baltikum und möglicherweise in den Schwarzmeeranrainerstaaten Rumänien und Bulgarien auf die Probe stellen. Das tendenzielle Disengagement der USA von Europa macht solche Szenarien wahrscheinlicher, Europa

wird in zunehmendem Maße auf sich selbst gestellt sein. In von Marschalls Buch wird das noch dramatischer dadurch, dass Russland für seine Aggression einen Zeitpunkt um die amerikanische Präsidentenwahl wählt und mit China dessen gleichzeitige militärische Aktion gegen Taiwan abgesprochen hat.

Hinzu kommt etwas, das auch auf der Hand liegt: Russland würde durch hybride Methoden, durch Ausnutzung eines Überraschungsmoments oder durch Begrenztheit der Aktion unter den Alliierten den Zweifel schüren, ob es sich um einen eindeutigen Artikel-5 (Beistands-) Fall handelt oder ob die russische Eroberung so „maßvoll" ist, dass man keinen Konsens für die Einleitung von Verstärkung und Rückeroberung findet. Und eine simple Einsicht ist zu betonen: Eine konkrete Bedrohung setzt sich zusammen aus militärischen Fähigkeiten und Absichten. Die Fähigkeiten, die Russland sich schafft, lassen sich beobachten. Absichten hat Putin vielfältig zum Ausdruck gebracht. Über die lässt sich spekulieren (die Vermutung „unwahrscheinlich" hat schon öfters getrogen!), aber sie lassen sich durch eigene Stärke und Vorbereitungen beeinflussen. Das nennt man „Abschreckung"

Es stellen sich also Fragen nach militärischem Potential und Handlungsfähigkeit sowie nach der Befähigung Europas, in weitaus stärkerem Maße für die eigene Sicherheit zu sorgen. Zunächst zur NATO.

Zukunft der NATO

Einerseits ist die NATO nicht zuletzt aufgrund der russischen Aggression gegen die Ukraine stärker denn je: Ihr ursprünglicher Daseinszweck ist wieder prägnant hervorgetreten, kollektive Verteidigung bzw. Verteidigungsbereitschaft und Abschreckung sind erneute unbestrittene Priorität, die Verteidigungsausgaben steigen ständig, Defizite sind erkannt, und es gibt wieder konkrete Verteidigungspläne sowie intensive Übungstätigkeit. Außerdem ist sie vom Beitritt der so lange bündnisfreien Neumitglieder Finnland und Schweden nachhaltig gestärkt worden durch deren eindrucksvolles militärisches Potential und die damit gegebene Dominanz der NATO in der Ostsee, was auch für die Verteidigung und Verstärkung Polens und der baltischen Staaten strategische Tiefe schafft.

Die NATO ist nicht zuletzt aufgrund der russischen Aggression gegen die Ukraine stärker denn je: Ihr ursprünglicher Daseinszweck ist wieder prägnant hervorgetreten.

Andererseits gibt es durch Äußerungen des US-Präsidenten vor und nach seiner Wahl sowie seines Vize und des Verteidigungsministers, nicht zuletzt auch zum Ukraine-Krieg, große Verunsicherung hinsichtlich der Schutzzusage der USA für Europa, ihrer Verstärkungswilligkeit im Falle akuter Bedrohung europäischer Staaten, und des nuklearen „Schirms" über Europa – also insgesamt der Extended Deterrence. Da beruhigten nur bedingt die beschwichtigenden Aussagen von Außenminister Rubio beim NATO-Außenministertreffen Anfang April 2025, die USA stünden zur NATO.

Denn in Trumps erratischem Politikstil kann so etwas jederzeit wieder aufgehoben werden. Und als sein Emissär Witkoff nach seinem letzten Treffen mit Präsident Putin schwadronierte, es sei über viel mehr als die Ukraine gesprochen worden, nämlich u.a. über „NATO, Artikel 5 und Sicherheitsprotokolle", mussten in den NATO-Hauptstädten und im Hauptquartier alle Alarmglocken schrillen und die Erinnerung an die oben erwähnten russischen Schreiben vom Dezember 2021 wachrufen mit Putins weitreichenden Plänen für Europa (nämlich russische Vorherrschaft). Im Zusammenhang mit der Ukraine erinnert das außerdem daran, wie Trump die russische Version über die „root causes" des Konflikts nachbetete. Er hatte sich ja schon 2007 als „Putin-Fan" bekannt. Aber weder er noch Rubio, geschweige denn Witkoff, sind Putin und Lawrow gewachsen.

Aus alledem erwuchsen für das NATO-Gipfeltreffen in Den Haag, der Heimatstadt des neuen Generalsekretärs Marc Rutte, am 24./25 Juni 2025 große und nicht unbegründete Besorgnisse: Austritt der USA, Aushöhlen oder Paralysieren des Bündnisses, Infragestellen der Beistandszusage? Von vielen ist der Transatlantizismus schon aufgegeben – Europe „home alone"?[26] Immerhin hatte Donald Trump im Februar 2024 getönt, Russland könne mit einem NATO-Land, das seinen Anteil nicht bezahlt habe, „zum Teufel machen, was es will". Etwas subtiler ist das Urteil François Heisbourgs:[27] „Dieser Vorstoß Trumps war kein Frontalangriff auf Artikel 5, der ungenannt blieb, aber er verlagerte das Engagement der USA von einer vertraglichen Verpflichtung auf ein finanzielles Geschäft, wenn nicht gar auf eine regelrechte Schutzgelderpressung. Zusätzlich zu Amerikas konzeptioneller Umorientierung könnte die Unfähigkeit des Westens, ein zufriedenstellendes Ergebnis in der Ukraine zu erzielen, Russlands eigene Einschätzung dessen ändern, was Artikel 5 nun wirklich bedeutet."

Ja, Präsident Trump scheint bezüglich der Ukraine die Seiten gewechselt und westliche Interessen an Putin verkauft zu haben, unter ihm scheint die internationale Politik zu einer Reality-Show zu verkommen, und er scheint ein amerikanisch-russisches Tauwetter höher zu bewerten als das bewährte Bündnis mit Kanada und Europa. So gibt er dem russischen Außenminister Lawrow die Gelegenheit, zu der oben erwähnten Bemerkung zynisch zu sagen, dass in Washington jetzt der gesunde Menschenverstand regiert.

Aber man sollte die Nerven behalten, meinten viele Beobachter: Wenn sich das Bündnis aufgrund geänderter Prioritäten der USA, unseres zu langen Verweilens in der Komfortzone oder der Obstruktion durch Donald Trump drastisch verändert, sollte doch für den Haager Gipfel Ende Juni Schadensbegrenzung möglich sein und sozusagen eine „weiche Landung" angestrebt werden durch einen konzertierten Prozess in Richtung des überfälligen, leistungsfähigeren und verantwortungsvolleren, europäischen Pfeilers: Die NATO bleibt transatlantisch, aber mit (graduell) abnehmendem US-Engagement.

Eigentlich ist es beschämend, dass die turnusmäßige Sitzung des NATO-Rats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs das einzige Ziel zu haben schien, Trump bei Laune zu halten. Und das in einer sicherheitspolitisch besonders gefährlichen Phase des Weltgeschehens, in der epochale Weichenstellungen anstehen zur Wiederherstellung beziehungsweise zum Erhalt von Sicherheit und Frieden in Europa sowie darüber hinaus. Gründe für Sorgen waren greifbar.

Wladimir Putins Russland wird mittlerweile als die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit in Europa betrachtet, aber der US-Präsident will ohne Rücksicht darauf mit dem autoritären Herrscher wieder normale Beziehungen herstellen und zu „Deals" kommen.

Wladimir Putins Russland wird mittlerweile als die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit in Europa betrachtet, aber der US-Präsident will ohne Rücksicht darauf mit dem autoritären Herrscher wieder normale Beziehungen herstellen und zu „Deals" kommen. Die Ukraine droht diesem Streben zum Opfer zu fallen, und Russlands Krieg gegen sie wird von ihm eher dem Opfer zur Last gelegt als dem Aggressor. Ein bedeutender US-Truppenabzug aus Europa steht bevor, und die Beistandsverpflichtung der USA wird durch Trump in Frage gestellt, der in seinem transaktionalen Denken die NATO als Sicherheitsagentur betrachtet, die nur den schützt, der dafür satt bezahlt. Die Bedrohungs-wahrnehmung gegenüber Russland wird in manchen Mitgliedstaaten bestritten – wozu auch in Deutschland zahlreiche Verharmloser beitragen. Und natürlich

fürchtete man bei dem erratischen US-Präsidenten Meinungsumschwünge, Zornausbrüche gegen die europäischen „Trittbrettfahrer“ oder Interesseverlust. Der Atlantik als Trennung statt als Verbindung stand drohend vor Augen.

Es kam jedoch anders: Weitgehend „unfallfrei“ ist das NATO-Gipfeltreffen verlaufen. Donald Trump ist erschienen, nicht vorzeitig abgereist (wie beim vorherigen G7-Gipfeltreffen, war zufrieden mit der kurzen Dauer und einverstanden mit dem kargen Kommuniqué.

Durch die Regie des Generalsekretärs, der schon seine Wahl teilweise dem Ruf eines erfolgreichen „Trump-Flüsterers“ verdankte, blieb jeglicher Eklat aus. Natürlich kann man eine „Infantilisierung“ der Politik beklagen, wenn ein sonst zweitägiges Treffen aus Anpassung an Trumps „Aufmerksamkeitsspanne“ auf eine zweistündige Arbeitssitzung gekürzt und auf das ihm einzig wichtige Thema der Verteidigungsausgaben konzentriert wird und wenn die Schmeichelei dem Präsidenten gegenüber (beispielsweise durch Rutte) an Selbstverleugnung grenzt. Und die abschließende Gipfelerklärung erinnerte nicht an die Vorläuferdokumente, die zwischen 50 und 100 Absätze hatten, alle Themen von einiger Relevanz (oder Wichtigkeit für einzelne Mitglieder) abdeckten und im Hauptquartier als „laundry list“ (Wäscheliste) verulkt wurden.

Dieses Mal passt sie auf eine Seite und weist nur vier Absätze (plus einen für den Dank an das Gastgeberland) auf.[28] Jegliches heikle Thema wurde weggelassen oder verwässert. Vor allem unterblieb eine strategische Diskussion über den Umgang mit dem aggressiven Russland. Aber selbst mit diesem Ergebnis können die Europäer leben. Denn vor allem wurde das Auseinanderdriften des Bündnisses verhindert, indem Paragraph 1 feststellt : „Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur NATO ... und zur transatlantischen Verbindung ... und zur kollektiven Verteidigung, wie sie in Artikel 5 des Washingtoner Vertrages verankert ist – dass ein Angriff auf einen ein Angriff auf alle ist.“ Im folgenden Absatz zeigen sich die Staats- und Regierungschefs „vereint angesichts tiefgreifender Sicherheitsbedrohungen und -herausforderungen, insbesondere der langfristigen Bedrohung der euro-atlantischen Sicherheit durch Russland ...“. Deswegen verpflichten sich die Verbündeten bis zum Jahr 2025 zur Investition von 5 % ihres Bruttoinlandprodukts für Verteidigungserfordernisse zur Erfüllung der kollektiven und nationalen Verpflichtungen – eine Steigerung der Verteidigungsausgaben, die auch den so transaktional denkenden US-Präsidenten überzeugt.

Die Fünfprozentverpflichtung (genauer: 3,5 Prozent als Zielmarke für die reinen Verteidigungshaushalte kombiniert mit 1,5 Prozent für „verteidigungsrelevante Infrastruktur“) wurde nicht Präsident Trump zu Gefallen eingegangen, sondern im ureigenen Interesse der Europäer, die nicht nur mit der russischen Bedrohung konfrontiert sind, sondern auch mit der zunehmenden Priorisierung des indopazifischen Raums seit Präsident Obama. Sie war auch nicht einfach aus der Luft gegriffen, sondern lässt sich aus den vereinbarten Fähigkeitsforderungen an die Mitgliedstaaten ableiten, welche diese auf der Grundlage der neuen Verteidigungsplanung beschlossen (und akzeptiert) haben.

Natürlich war das Einvernehmen auf dem Gipfel in Den Haag in gewisser Weise eine Fassade. Aber zugleich ist hinter dieser „Fassade“ und ungeachtet Trumps genereller Meinung über die NATO … die Zusammenarbeit auf der gehobenen Arbeitsebene und im militärischen Bereich weitgehend unbeeinträchtigt – im Bild von links: Mark Rutte, Generalsekretär der NATO, Bundeskanzler Friedrich Merz und US-Präsident Donald Trump am 25.06.2025 beim NATO-Gipfel in Den Haag

Und sogar die Ukraine, deren Präsident im Gegensatz zu den vorangegangenen Gipfeln in Vilnius und Washington in Den Haag völlig marginalisiert war (dann aber doch ein fast einstündiges individuelles Treffen mit Präsident Trump hatte), wird zumindest in diesem Zusammenhang erwähnt: „In Anbetracht des strategischen Umfelds und der aktualisierten Fähigkeitsziele bekräftigen die Bündnispartner ihre fortdauernde ständige souveräne Verpflichtung, der Ukraine, deren Sicherheit zu unserer Sicherheit beiträgt, Unterstützung zu gewähren.“ Mehr war nicht zu haben angesichts der Trump-Putin-Annäherung, aber in diesem Fall wie in anderen, wo diese Erklärung stark verkürzt erscheint, kann man sich damit trösten, dass sie ausführlichere Aussagen beispielsweise der Schlusserklärung vom Jubiläumsgipfel in Washington 2024 – nicht zuletzt über den unumkehrbaren Weg der Ukraine in die NATO – im Haag nicht aufgehoben hat, die somit weiter gültig bleiben.

Natürlich war das Einvernehmen in gewisser Weise eine Fassade. Aber zugleich ist hinter dieser „Fassade“ und ungeachtet Trumps genereller Meinung über

die NATO und die oft durchscheinende Verachtung gegenüber den Europäern die Zusammenarbeit auf der gehobenen Arbeitsebene und im militärischen Bereich weitgehend unbeeinträchtigt: Es gibt keinerlei überstürzte Entscheidung für amerikanische Truppenabzüge aus Europa, reibungslos wurden ein neuer US-Botschafter beim NATO-Rat ernannt und vor allem – entgegen umlaufenden Gerüchten – auch ein neuer amerikanischer SACEUR, das BALTOPS-Manöver in der Ostsee wurde zum 54. Mal unter US-Führung absolviert, und sowohl von Präsident Trump als auch von Defense Secretary Hegseth wurden deutsche Entscheidungen zu den Verteidigungsausgaben positiv hervorgehoben.

Zentral ist die Übernahme größerer Verantwortung der Europäer für die Sicherheit des eigenen Kontinents und seiner Peripherie. Dieser Prozess würde idealerweise von den USA und den europäischen Alliierten gemeinsam gestaltet – nicht zuletzt, da die nicht nur kostenintensive, sondern auch zeitraubende Beschaffung von kritischen Fähigkeiten (Enablers) erforderlich ist, die bislang nur bei den USA vorhanden sind. In das für den Herbst anstehende Global Posture Review wird sich das Pentagon wohl nicht hineinreden lassen, aber ein Prozess ist denkbar, bei dem die Reduzierung des US-Engagements in Europa und das Aufwachsen europäischer Fähigkeiten sich gleichsam wie in kommunizierenden Röhren und in einer gemeinsamen zu erarbeitenden Roadmap festgelegt wird. Ohnehin haben sich die Alliierten in der Gipfelerklärung dazu verpflichtet, „jährliche Pläne vorzulegen, die einen glaubwürdigen, schrittweisen Weg zur Erreichung dieses Ziels aufzeigen“, für 2029 ist ein Review vorgesehen, und der NATO-Streitkräfte-Planungsprozess tut dann sein Übriges.

Zentral ist die Übernahme größerer Verantwortung der Europäer für die Sicherheit des eigenen Kontinents und seiner Peripherie.

Eine der Stärken der NATO war immer ihre Anpassungsfähigkeit an neue Umstände. Aber zugegebenermaßen: So aufregend wie derzeit war es wohl noch nie.

Die gemeinsame Arbeit an einer Roadmap könnte sehr konstruktiv sein. Für ein neues Strategisches Konzept wäre es zu früh,[29] das wurde ja gerade erst 2022 in neuer Fassung beschlossen und veröffentlicht. Es sei aber erinnert an die „Comprehensive Political Guidance” (2006 beim Gipfel in Riga, als sich die Einsicht noch nicht durchgesetzt hatte, dass das Strategische Konzept von 1999 überholt war). Es gibt andererseits die Think Tank-Idee eines „Transatlantic Compact“.[30] Und auch der Bericht „NATO 2030“, den eine vom NATO-Generalsekretär

eingesetzte „Reflexionsgruppe“ unter Leitung von Thomas de Maizière und Wess Mitchell erarbeitete, nachdem Präsident Macron die NATO als „hirntot“ gescholten hatte,[31] und der den Anstoß zur Erarbeitung eines neuen Strategischen Konzepts enthielt, könnte Anregungen geben.[32]

Bei solchen Anstößen ist zu bedenken, dass in der Vergangenheit oft fast genauso wichtig wie das endgültige Dokument der Weg dorthin war – eine strukturierte Debatte, in der, im Sinne von „mind-clearing“, Konzepte, Prioritäten und Klarheit über notwendige Fähigkeiten entstanden. Dies könnte zu einer ausgehandelten Arbeitsteilung mit den USA führen – nicht nur zur Lastenteilung, sondern zur Lastenverschiebung, Verantwortungsteilung und – schrittweise –- Verantwortungsübernahme durch die Europäer in der NATO.

Die Geschichte der NATO war 75 Jahre lang geprägt durch viele interne Konflikte und auch von wiederholten Identitätskrisen hinsichtlich ihres Zwecks. Eine davon hatte Anfang der 90er Jahre einen positiven Grund. Denn mit dem Fall der Berliner Mauer waren viele in der Öffentlichkeit der Meinung, die NATO solle einfach melden „Auftrag erfüllt“ und abtreten. Zum Glück blieb sie relevant, und es entstand eine „Strategie ohne Gegner“ mit vielen Kooperationsangeboten an Moskau.[33] Eine der Stärken der NATO war immer ihre Anpassungsfähigkeit an neue Umstände. Aber zugegebenermaßen: So aufregend wie derzeit war es wohl noch nie.

Die Europäer

Nachdem aus den eingangs erwähnten „Weckrufen“ lange keine ausreichend konsequenten Schlüsse gezogen wurden, sind wir nun endlich aufgewacht, hoffentlich dauerhaft. Und so wie Putin die NATO durch die Aufnahme zweier neuer potenter Mitglieder gestärkt hat, könnte Trump den Anstoß für die Europäer gegeben haben, sich endgültig der eigenen Verantwortung zu stellen.

Die Europäer sind großenteils selbst schuld an der entstandenen Situation im transatlantischen Verhältnis. Die amerikanische Forderung nach fairerer transatlantischer Lastenteilung in der Sicherheitspolitik wurde nicht von Donald Trump erfunden. Sie besteht seit Jahrzehnten, Trump in seinem transaktionalen Denken und Politikstil hat lediglich andere, ruppigere, Methoden der Durchsetzung. Schon im Juni 2011 hatte der amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates in seiner Brüsseler Abschiedsrede die NATO vor einer

„trostlosen Zukunft“ gewarnt, sollten 75 Prozent der Verteidigungslasten weiter von den USA erwartet werden.

Nach Russlands Krim-Annexion wurde in vielen NATO-Regierungen die Einlösung der in Wales im September 2014 auf höchster Ebene beschlossenen Verpflichtung auf Verteidigungsausgaben in Höhe von zwei Prozent des BIP nicht ernstgenommen. Während der ersten Trump-Präsidentschaft, die beim Brüsseler Gipfeltreffen 2018 schon fast den “Austritt“ aus der NATO brachte, gab es vermehrte Anstrengungen, aber bald machten es sich viele wieder in der „Komfortzone“ amerikanisch garantierter Sicherheit bequem. Wenn bei der letzten MSC „Schockwellen“ empfunden wurden und „Weckruf“ zum Schlagwort der Konferenz wurde, kann man nur wiederholen: „Weckrufe“ gab es auch in dieser Hinsicht viele.

Und es konnte nicht davon ausgegangen werden, dass Präsident Bidens Wahlerfolg und seine Ansage „America is back“ rückgängig machen würde, was sein Vorgänger Obama schon 2011 als „Pivot to Asia“ (Wendung nach Asien) verkündet hatte: Asien sei fortan Vorrang-Region, und die Vereinigten Staaten würden ihren militärischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Schwerpunkt fortan auf den indopazifischen Raum legen. Es reicht ja auch ein Blick auf die Karte, um zu erkennen, dass die USA nicht nur eine atlantische Macht sind, sondern auch eine pazifische, besonders wenn sie mit einem zunehmend aggressiven (Wieder-) Aufstieg Chinas konfrontiert sind. Dass die USA trotzdem im eigenen Interesse auch europäische Macht bleiben sollten, hat kürzlich General Klaus Naumann beim Colloquium der Clausewitz-Gesellschaft eindrucksvoll begründet.[34]

Die Europäische Union ist mit ihren Bemühungen um eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik – entstanden nach dem Ohnmachtserlebnis in den Balkankriegen ungeachtet des pathetischen Ausrufs des luxemburgischen Außenministers Jaques Poos 1991, dies sei „die Stunde Europas“ – nicht sehr weit gekommen, trotz vieler Pläne, Dokumente, Strukturen, und kleinerer mehrdimensionaler Operationen. Das Problem bleibt das „G“ für „gemeinsam“, besonders wenn es in der EU Putin-Freunde gibt wie die Ministerpräsidenten Ungarns und der Slowakei. Auch sind aus nachvollziehbaren Gründen Bedrohungsperzeptionen der Alliierten im Osten und der im Süden recht unterschiedlich. Und schon gar nicht sind Europäische Verteidigungsunion oder Europäische Armee in absehbarer Zeit greifbare Ziele.[35] Außerdem müssten einem Übergang zu Mehrheitsentscheidungen zunächst auch die zustimmen, die bisher den Konsens verhindern.

Deshalb ist es richtig, dass die Hohe Repräsentantin für die Außen- und Sicherheitspolitik Kaja Kallas keine „Außenministerin“ ist und erst recht nicht der neue Kommissar Andrius Kubelius ein EU-Verteidigungsminister, sondern sich auf das dringende Problem konzentriert, europäische Aufrüstung anzukurbeln, deren Finanzierung zu erleichtern, Rüstungsproduktion zu koordinieren, für effizientere Verwendung der verfügbaren Gelder zu sorgen – nicht zuletzt durch Reduzierung der vielen miteinander konkurrierenden Waffensysteme. Sein Weißbuch zur Zukunft der europäischen Verteidigung macht dazu viele valide Aussagen und identifiziert vor allem dieselben Fähigkeitslücken wie die NATO in ihrer Verteidigungsplanung.[36] Die “Entschließung“ des Europäischen Parlaments zu diesem Dokument[37] (mit seitenlangem “in der Erwägung, dass“, „unter Hinweis auf“ und „stellt fest“, „betont“, fordert auf“, „begrüßt“ usw.) lässt allerdings befürchten, dass unter vielen Worten und Kommentaren Erich Kästners Mahnung „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ untergeht.

All dies spricht dafür, die Stärkung der Verteidigung Europas eher im Rahmen der NATO und unter Nutzung ihrer eingespielten Strukturen und Verfahren zu verfolgen, zur Stärkung ihres „europäischen Pfeilers“.

Sicherheits- und insbesondere Verteidigungspolitik bleibt also weitgehend Sache der Mitgliedsstaaten, und angesichts von Blockaden sogar schon in jeder Einzelheit der Ukraine-Unterstützung muss auch bei der EU das von der NATO bekannte Format „Koalitionen der Willigen“ Eingang finden. Das erinnert an frühere Ideen wie „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ oder „Kerneuropa“.

In der Verteidigung Europas wird somit die Europäische Union weiterhin nicht die führende Rolle spielen, sondern eher die europäischen NATO-Mitglieder, vermutlich plus Kanada. Und „strategische Autonomie“ oder „Emanzipation von den USA“ sind programmatische Formeln, mit denen vorsichtig umzugehen ist – sollte doch möglichst vermieden werden, dass sich durch Aktionen und Ansagen unsererseits die transatlantische Kluft noch weiter verbreitert bzw. Präsident Trump zusätzliche Argumente dafür geliefert bekommt. All dies spricht dafür, die Stärkung der Verteidigung Europas eher im Rahmen der NATO und unter Nutzung ihrer eingespielten Strukturen und Verfahren zu verfolgen, zur Stärkung ihres „europäischen Pfeilers“. Dies soll natürlich in enger komplementärer Kooperation mit der Europäischen Union geschehen. Und von Deutschland wird in beiden Organisationen unter ihrer neuen Regierung entschlossene Führung erwartet.

Deutschland

Eine entsprechende Hoffnung brachte schon 2011 der polnische Außenminister Radoslav Sikorski zum Ausdruck, als er in Berlin die aufsehenerregende Aussage machte, er habe weniger Angst vor deutscher Macht, als er anfange, sich vor deutscher Inaktivität zu fürchten. Das gilt erst recht mit dem Abtreten der von Rolf Mützenich in ihrer Sicherheitspolitik bestimmten Regierung und dem Amtsantritt der neuen Koalition.[38] Die Erwartungen an die neue deutsche Regierung sind kolossal.[39]

Zu Ende sein sollten die Jahrzehnte, in denen Deutschland sich im Pazifismus der „postheroischen Gesellschaft" gefiel und die „Kultur militärischer Zurückhaltung" zu Tode geritten wurde – nicht zuletzt durch Außenminister Guido Westerwelle, der sie durch ständigem Wiederholung entwertete und den Alliierten als Ausflucht erscheinen ließ. Bundespräsident Gauck nahm mit einer stark beachteten Rede vor der Münchener Sicherheitskonferenz 2014, kurz vor Russlands Krim-Annexion, den Anlauf, die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik zu „früherem, entschiedenerem und substantiellerem" Eingreifen in internationale Krisen zu bewegen[40] – mit einem gewissen Erfolg, der aber im Bundestagswahlkampf 2017 wieder versandete, in dem der SPD-Kandidat Siegmar Gabriel die in der NATO beschlossenen Verteidigungsausgaben ins Lächerliche zog mit der Bemerkung, er wisse gar nicht, wo man die vielen Flugzeugträger stationieren könne, die man anschaffen müsste, wenn man zwei Prozent des BIP für die „Aufrüstung" ausgegeben würde.[41]

„Wir werden sämtliche Voraussetzungen schaffen, damit die Bundeswehr die Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung uneingeschränkt erfüllen kann. Unser Ziel ist es, dass die Bundeswehr einen zentralen Beitrag zur Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der NATO leistet und zu einem Vorbild im Kreis unserer Verbündeten wird."

Der heute allenthalben beklagte Zustand der Bundeswehr ergab sich aus dem jahrzehntelangen emsigen Einsammeln der „Friedensdividende", dem Bewusstsein, man sei nur noch von Freunden umgeben, einem Desinteresse der Merkel-Regierungen am militärischen Element der Außenpolitik,[42] der „strukturbestimmenden" Funktion der Auslandseinsätze mit der Weggabe riesiger Mengen schweren Geräts wie Panzer und Artillerie, und einer Aushöhlung der nach der Reduzierung verbliebenen Truppenteile. Dabei wurde der Mangelzustand als „dynamisches Verfügbarkeitsmanagement" schöngeredet. Hinzu kam die Abschaffung (euphemistisch „Aussetzung") der Wehrpflicht als „Relikt des

Kalten Krieges“, während doch das Land in der Mitte Europas mit besonderer Verantwortung für die „Grundstabilität“ des Kontinents auch in Friedenszeiten personeller Aufwuchsfähigkeit als flexiblem Mittel der Krisenbewältigung bedarf.[43]

Nachdem im Gefolge der Krim-Annexion und des Kriegsbeginns im Donbass Landes- und Bündnisverteidigung wieder zum Schwerpunkt der NATO-Streitkräfte wurde und im Rahmen des „Readiness Action Plan“ viel zum Schutz des NATO-Territoriums getan wurde, ging es in der Bundeswehr sehr schwerfällig voran, beispielsweise mit den durch Verteidigungsministerin von der Leyen initiierten „Trendwenden“ für Personal, Material und Finanzen. Die von Bundeskanzler Scholz 2022 ausgerufene ´“Zeitenwende“ brachte trotz des “Sondervermögens“ von 100 Mrd. Euro besonders in der Amtszeit der Ministerin Lambrecht nur langsame Erfolge.

Minister Boris Pistorius ist energisch ans Werk gegangen und hat eine Reihe von Fortschritten vorzuweisen, sowohl hinsichtlich Planung und Beschaffung als auch in der Ukraine-Unterstützung sowie mit der Aufstellung der Litauen-Brigade als substantiellem deutschem Beitrag zur Verteidigung bzw. Abschreckung an der östlichen NATO-Flanke. Er wurde aber von Bundeskanzler Scholz und vom Fraktionsvorsitzendem Mützenich mehrfach „ausgebremst“, in Budgetfragen, oder wenn Scholz die gravierende Personallage der Bundeswehr nonchalant als „überschaubare Aufgabe“ verharmloste.

Nun gab es nach dem Scheitern der Ampel-Koalition und noch vor dem Regierungswechsel die Grundgesetzänderung mit der Herausnahme der Verteidigungskosten aus der Schuldenbremse und damit wohl ausreichend Geld für die Erfordernisse der Landes- und Bündnisverteidigung. Und der Koalitionsvertrag sagt:[44] „Wir werden sämtliche Voraussetzungen schaffen, damit die Bundeswehr die Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung uneingeschränkt erfüllen kann. Unser Ziel ist es, dass die Bundeswehr einen zentralen Beitrag zur Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der NATO leistet und zu einem Vorbild im Kreis unserer Verbündeten wird.“ Im Bundestag sprach der Bundeskanzler gar von der künftigen Bundeswehr als „stärkster konventioneller Armee in Europa“ (ein Anspruch, den übrigens auch sein Vorgänger verbal schon erhoben hatte).

Die konkreten Erfordernisse sind enorm, und die verfügbaren Finanzmittel sind nur eine wichtige Voraussetzung. Erfüllung der beim Gipfeltreffen im

Juni 2025 beschlossenen NATO-Streitkräfteziele, welche – auf der Grundlage des neuen „NATO Force Model“ und der Verteidigungspläne - wohl seitens der Bundeswehr die zusätzliche Aufstellung von fünf bis sechs Kampfbrigaden erfordern wird, Ausbau der Rüstungsindustrie, Beschleunigung von Beschaffungsverfahren, Koordination in NATO und EU - all dies muss gleichzeitig geschehen. Ein wichtiges Element ist der in der Konkretisierung begriffene „Operationsplan Deutschland“, mit dem Deutschlands Rolle als „Drehscheibe“ sowie Gast- und Transitland für Verstärkungen ausgestaltet, die Kooperation mit mannigfachen zivilen Stellen vorbereitet und für die erforderliche Infrastruktur Vorsorge getroffen wird.

Hinzu kommt die Notwendigkeit personeller Verstärkung und des Aufbaus einer ausreichenden Reserve. Dass dies mit dem nunmehr vorgesehenen Freiwilligkeitsprinzip (ähnlich dem schwedischen Modell) zu schaffen ist, bezweifeln viele Fachleute – zumindest ist das im Koalitionsvertrag hinzugefügte „Zunächst“ sehr groß zu schreiben. Die NATO-Planungen bedingen, so der Generalinspekteur, eine Personalstärke von 460.000, was 200.000 aktive Reservisten erfordert und im Ernstfall die Aktivierung weiterer früherer Zeit- und Berufssoldaten sowie Wehrpflichtiger.[45] Beträchtliche Reserven werden gebraucht: „Kriege werden von Reserven gewonnen, aber auch von Reserven abgeschreckt“, stellte der Militärhistoriker Franz-Stefan Gady vom Londoner International Institute for Strategic Studies fest.[46]

Da diese Planungen die Gewinnung von mindestens weiteren 60.000 Freiwilligen erfordern, die keinesfalls garantiert ist, betrachtet General Breuer die Reaktivierung der Wehrpflicht (natürlich in weniger umfassender Form als früher) als eine „Rückfallposition“, und Minister Pistorius will in das Wehrdienstgesetz Bestimmungen einbauen, die bei Nichterreichen der Rekrutierungsziele die Einrichtung von Pflichtelementen ermöglicht. Die Aussage des SPD-Fraktionsvorsitzenden „nicht in dieser Legislaturperiode“ verkennt die Bedeutung des oben zitierten „Zunächst“. Und bei der Forderung nach mehr „Attraktivität“ des Wehrdienstes halte man sich vor Augen, welche Riesenbeträge die amerikanischen Freiwilligenstreitkräfte ausgeben für Rekrutierung (vielfach auch verbunden mit sozialem Aufstieg), Weiterverpflichtung, Familienfürsorge und Zurverfügungstellung von Wohnraum. Da waren bisherige Attraktivitätsprogramme der Bundeswehr Tropfen auf dem heißen Stein.

Bedenkenswert ist bei alledem die Einsicht des Potsdamer Militärhistorikers Sönke Neitzel, dass erfahrungsgemäß umfassende Bundeswehrreformen zwei

Jahrzehnte in Anspruch nähmen.[47] Diese Zeit hat Deutschland nicht, auch wenn der Verteidigungsminister recht hat mit der Aussage: „Ich kann den Rückstand nach über zehn Jahren ohne Wehrpflicht und nach 35 Jahren Friedensdividende nicht in drei Jahren aufholen. Das gilt übrigens auch mit Blick auf die Produktionskapazität der Rüstungs-industrie."[48]

„Mindset"

Dass die Rückkehr zur Verteidigung als strukturbestimmend und bewusstseinsprägend innerhalb der Bundeswehr Erklärung, Umdenken und Anstrengungen erfordert, liegt auf der Hand. Politische Bildung, Truppenausbildung und Übungen müssen die entsprechenden strukturellen Maßnahmen begleiten. Aber nicht nur in den Streitkräften, sondern auch in der politischen Klasse und in der gesamten Gesellschaft müssen die potentielle Bedrohung und die daraus erwachsenden Erfordernisse verstanden werden: Vorsorge, Resilienz, Gesamtverteidigung und Zivilschutz.[49]

In Schweden gibt es eine jedermann verfügbare 32seitige Broschüre mit dem Titel „Im Krisen- oder Kriegsfall", die unter dem Motto „Sollte Schweden angegriffen werden, würde es sich nie ergeben" praktische Hinweise darauf enthält, was in jeder denkbaren Situation zu tun ist. Der Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik hat das jüngst in einem substantiellen Essay über „Gesamtverteidigung" vorgestellt, in dem er appelliert „Keine Angst vor dem Verteidigungsthema".[50]

Nicht nur in den Streitkräften, sondern auch in der politischen Klasse und in der gesamten Gesellschaft müssen die potentielle Bedrohung und die daraus erwachsenden Erfordernisse verstanden werden: Vorsorge, Resilienz, Gesamtverteidigung und Zivilschutz.

So ein Pamphlet würde vielleicht die Deutschen derzeit überfordern. Aber die Überlegungen inspirieren doch zu einem möglicherweise praktikablen Vorschlag: Denkbar und empfehlenswert wären zwei Postwurfsendungen, im Abstand von zwei Monaten „an alle Haushalte" versandt: die erste, 4 Seiten DIN A5 mit einer plastischen Darstellung von Bedrohung, Konsequenzen und Erfordernissen – nicht als Panikmache, aber zum „Wachrütteln und zugleich Mutmachen".[51]

In diesem Faltblatt könnte angekündigt werden, dass acht Wochen später eine Broschüre folgen wird, in der die konkreten Erfordernisse und Regelungen hinsichtlich Infrastruktur, Zivilschutz, persönlicher Vorbereitung und dergleichen

enthalten sind. Beide Broschüren würden natürlich Links zu weiteren Informationen und Dokumenten enthalten. Und sie müssten begleitet werden von weiteren Aufklärungsaktionen. Solche gibt es schon in manchen Bundesländern und Kommunen, aber sie erreichen immer nur Einzelgruppen. Deshalb hier der Vorschlag der „Unterfütterung" zunächst mit einer „Initialzündung" für alle Bürgerinnen und Bürger.

Breitflächige Aufklärung erscheint auch deshalb geraten, weil den von allen Geheimdiensten gemeldeten und von den Regierungen geteilten Bedrohungsvorstellungen in zunehmendem Maße entgegengewirkt wird von den obenerwähnten Verharmlosern.[52] Denen hat sich jüngst eine Gruppe von Politikern, Professoren, ehemaligen Offizieren, angeführt von Professor Johannes Varwick, Universität Halle, hinzugesellt,[53] die in einem öffentlichen Aufruf behaupten, einige sicherheitspolitische Experten redeten „sich geradezu in einen Rausch" mit ihrem „Alarmismus". Dort wird auch verlangt, was Varwick seit 2022 fordert: „den Krieg in der Ukraine mit Hilfe kluger politischer Kompromisse über Verhandlungen zu beenden." Worin zwischen Vernichtungsabsicht und Überlebenswille ein "Kompromiss" überhaupt nur denkbar wäre, hat er indes drei Jahre lang nicht beantworten können. Obwohl streitbarer Diskurs nicht verhindert werden kann und soll: Die Gefahren endlos zu zerrreden, wäre gefährlich.

Ein „Friedensmanifest"

Während gerade in der Bevölkerung die Einsicht in Charakter und weitergehende Ziele der russischen Aggression wächst und das Verständnis steigt für das Erfordernis von Verteidigungsbereitschaft zum Zweck von Abschreckung, wird dem aus den Reihen der Regierungspartei SPD entgegengewirkt mit einem Mitte Juni 2025 veröffentlichten „Manifest Friedenssicherung in Europa durch Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und Verständigung".[54] Etwa 100 SPD-Mitglieder, vorwiegend ehemalige Mandatsträger, aber auch fünf Bundestagsabgeordnete, haben es unterzeichnet, an der Spitze Rolf Mützenich und Ralf Stegner. In der öffentlichen Diskussion wurde es, gerade rechtzeitig zum SPD-Parteitag, als ein frontaler Angriff auf den SPD-Vorsitzendenden Lars Klingbeil und auf Verteidigungsminister Boris Pistorius betrachtet.

Diese haben aber – bis auf die Kennzeichnung des Papiers als „Realitätsverweigerung" durch den Minister – abgewiegelt nach dem Motto „Diskussion muss möglich sein, Meinungsvielfalt ist normal." Fraglich war, ob das reichte, und berechtigt war die Frage eines Kommentators: „Fragt sich bloß, ob die sich jetzt

melden, weil sie merken, dass sie Oberwasser haben, oder weil sie fürchten, dass ihnen die Felle davonschwimmen." Die AfD und das Wagenknecht-Bündnis haben ihnen jedenfalls großen Beifall gespendet. Denn das Papier konterkariert in fundamentaler Weise die Außen- und Sicherheitspolitik der neuen Regierung und plädiert für eine erneute Kehrtwende in der Russland-Politik – hinsichtlich welcher die Fehler der letzten Jahrzehnte doch eigentlich erst noch vollständig aufzuarbeiten sind.

Schon wieder eine Wende rückwärts? Man muss auch hier eine erschütternde Blindheit gegenüber Wladimir Putins Zielen konstatieren. Bewusstsein und Propagierung vom oben beschriebenen Charakter der russischen Aggressionspolitik und von Putins Zielen ist nicht Konfrontation oder Sicherheit gegen Russland, wie im Interview der Mitunterzeichner und frühere SPD-Parteichef Norbert-Walter Borjans seinem Nachfolger Lars Klingbeil als Absicht unterstellt. Natürlich wäre gemeinsame Sicherheit mit einem friedensbereiten Russland erwünscht. Aber dass zunächst wieder Sicherheit vor Russland im Vordergrund steht, hat Putin zu verantworten, so wie beim Appell, in der Ukraine müsse „das Sterben aufhören", klar benannt werden muss, dass jede und jeder Tote auf Putins Konto geht. Kein westlicher, gar deutscher, Politiker will Krieg führen, aber einem Aggressor wie Präsident Putin jede Lust zum Angriff auf NATO-Gebiet nehmen.

Durch das ganze „Manifest" zieht sich eine latente Relativierung, obwohl doch so augenfällig ist wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg, wer der Aggressor ist: „Einseitige Schuldzuweisungen" werden verworfen; die „militärische Konfrontationsstrategie" wird „Kräften" zugeschrieben, die sich „in Deutschland und in den meisten europäischen Staaten durchgesetzt" hätten; der Pflichtübung, en passant den „völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine" zu erwähnen, steht eine ausführliche Passage über angebliche „Untergrabung" der Helsinki-Friedensordnung durch „den Westen" gegenüber, bei welcher der Schlussvorwurf „völlig unzureichende Umsetzung des Minsker Abkommens nach 2014" horrende Unkenntnis verrät.

Natürlich hört diplomatisches Bemühen nie auf. Mit Zugeständnissen ist aber bei Putin nichts zu erreichen. Wie blauäugig kann man sein? Alle in dem Manifest genannten „kleinen Schritte" hin zu Vertrauensbildenden Maßnahmen erscheinen aussichtslos, solange Putin Tag und Nacht sein Vernichtungswerk fortsetzt, sich wahrscheinlich über naive westliche Politiker amüsiert und weiter mit deutschen Ängsten spielt.

„Wechselseitige Bedrohungswahrnehmung zwischen NATO und Russland“ ignoriert, dass Putin genau weiß: Die NATO ist für Russland keine Bedrohung. Mitunterzeichner werden in Interviews deutlicher hinsichtlich der Relativierung bzw. Gleichsetzung und geben der NATO eine Mitschuld an dem brutalen Angriffskrieg (Borjans: Die Helsinki-Basis sei „erodiert“, und es sei „aufzuarbeiten“, „wer zu welchem Zeitpunkt die eigenen Interessen über diese gemeinsame Basis gestellt hat – bis es zu diesem Punkt kam, an dem Putin sich zu seinem menschenverachtenden Angriff entschlossen hat“.) Wenn Putin postuliert (was der amerikanische Präsident übernimmt), man müsse an die Wurzeln des Konflikts gehen, so meint er den Wunsch freier Staaten, der NATO beizutreten – und im Grunde schon allein die Existenz der Ukraine. Und man gebe sich nicht der Illusion hin, den baltischen Staaten würde er ein größeres Recht auf eigene Staatlichkeit zugestehen.

Man hätte gehofft, dass mit dem Amtsantritt der neuen Koalition die sicherheitspolitische Bremser-funktion des vorherigen Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich beendet wäre und dass der Abgeordnete Ralf Stegner durch die Kritik an seinen Baku-Gesprächen mit russischen Funktionsträgern vorsichtiger geworden wäre. Doch sieht man die beiden nun an der Spitze einer Initiative, die Kanzler und Vizekanzler, SPD-Führung und Verteidigungsminister vor dem SPD-Parteitag frontal herausforderte. Und der neue Fraktionsvorsitzende Matthias Miersch antwortete schon auf eine Andeutung bezüglich Taurus fast alarmautomatisch „nicht mit der Sozialdemokratie“. Es ist zu hoffen, dass er nicht die unheilvoll hemmende Rolle seines Vorgängers in der deutschen Sicherheitspolitik und der Ukraine-Unterstützung fortführen wird.[55] Oder ist für ihn wie für Mützenich alles „brandgefährlich“, das den russischen Invasoren schadet?

Auch die beim NATO-Gipfel gemeinsam beschlossenen Verpflichtungen für die künftigen Verteidigungsausgaben dürfen nicht sofort wieder zerredet, dramatisiert oder in Gegensatz zu den Sozialausgaben gesetzt werden.

Auch die beim NATO-Gipfel gemeinsam beschlossenen Verpflichtungen für die künftigen Verteidigungsausgaben dürfen nicht sofort wieder zerredet, dramatisiert oder in Gegensatz zu den Sozialausgaben gesetzt werden. Vergessen wir nicht: Zu Bundeskanzler Willy Brandts Zeit betrug der reine Verteidigungshaushalt über 3 Prozent des BIP, und nach dem Ende des Kalten wurde die Bundeswehr personell um drei Fünftel verringert, wurden ca. 130 Kasernen geschlossen, über 3500 Kampfpanzer weggegeben oder verschrottet, 80 Artilleriebataillone und viele andere Truppenteile aufgelöst – ganz zu schweigen von Infrastruktur und Zivilschutz. Von wegen „gigantische Aufrüstung“!

Minister Pistorius hat die Unterzeichner des „Manifests“ zu Recht der Realitätsverweigerung bezichtigt. Und der Vorsitzende Lars Klingbeil hat in seiner Parteitags-Antrittsrede zunächst ein deutliches Bekenntnis zur Unabdingbarkeit der Ukraine-Unterstützung abgelegt, hat aber dann sein schlechtes Wahlergebnis teilweise auf dieses zurückgeführt. Es ist zu hoffen, dass er bei seiner eindeutigen Position bleibt und dass eine möglichst geeinte SPD die richtigen Signale in die Gesellschaft sendet.

Bundeskanzler Friedrich Merz hatte angesichts der internationalen Erwartungen an deutsche Führung (im Sinne von Initiative und gutem Beispiel) einen sehr guten Start hinsichtlich der Ukraine-Unterstützung, der Ertüchtigung der Bundeswehr und auch beim NATO-Gipfeltreffen. Dieser Bonus könnte schnell in Gefahr geraten, sollten sich beim Koalitionspartner erneut die Russland-Harmoniesehnsucht und die Abneigung gegen „militärische Logik“ durchsetzen. Für weitere Verzögerungen fehlt die Zeit.

Christoph von Marschall stellt sein Buch unter die Maxime, „Der Faktor Zeit ist zu einer Schicksalsfrage für Deutschland geworden.“[56] Das gilt sowohl für den Aufbau einer wirksamen Verteidigungsbereitschaft, die abschreckt, weil sie glaubwürdig ist, als auch für die Unterstützung der Ukraine, auf die nun noch einmal zurückzukommen ist.

Bundeskanzler Merz und die Ukraine

Friedrich Merz hat als Oppositionsführer die Ampelregierung und besonders Bundeskanzler Scholz für Zögerlichkeit in der militärischen Unterstützung der Ukraine scharf kritisiert und nicht zuletzt kategorisch die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern verlangt. In der Koalitionsvereinbarung setzte er folgende Formulierung durch: „Wir werden deshalb unsere militärische, zivile und politische Unterstützung der Ukraine gemeinsam mit Partnern substanziell stärken und zuverlässig fortsetzen.“ Und bereits in seiner ersten Woche als Regierungschef hat er den starken Auftritt der vier Staats- und Regierungschefs in Kiew maßgeblich mit zustande gebracht, der in der ultimativen Forderung an den russischen Präsidenten nach einer dreißigtägigen Waffenruhe gipfelte, widrigenfalls mit stärkerem Druck gedroht wurde. Auch wenn sich das wegen Putins Schachzug mit der (ergebnislosen) Verhandlung in Istanbul und Präsident Trumps Wankelmut verzögerte, sind doch die führenden Europäer im Wort mit ihren Drohungen. Allerdings: Ultimaten ohne darauffolgende Aktionen sind gehaltlos. Und es kommen erste Zweifel daran auf, wie fest Bundeskanzler Merz steht.[57] Er hat jüngst die Weisung ausgegeben, dass über Waffenlieferungen an

die Ukraine nicht mehr öffentlich informiert und diskutiert werden soll. Einerseits ist das richtig im Sinne „strategischer Ambiguität“, so dass Russland uns nicht „ausrechnen“ kann und auch nicht länger „rote Linien“ kommuniziert bekommt, die wir uns selbst setzen. Diesbezüglich kontroverse Diskussionen innerhalb der Koalition sollten ebenfalls nicht öffentlich ausgetragen werden.

Andererseits regt sich bereits der Argwohn, stärkere Geheimhaltung solle weitere – nun schwarz-rote – Zögerlichkeit kaschieren. Insbesondere bezüglich der von ihm als Oppositionsführer vehement geforderten Taurus-Marschflugkörper äußert Merz sich als Kanzler zurückhaltender und mit recht unscharfen Aussagen. Nicht einmal eingegangen wird auf die schon mehrfach geäußerte Forderung, jetzt Vorbereitungen zum Beispiel durch Ausbildung ukrainischen Personals zu beschließen, so dass die Taurus-Option in absehbarer Zeit jederzeit gezogen werden kann. Und man hört schon wieder „Ringtausch“-Ideen: Abgabe von Taurus an Großbritannien, das dafür der Ukraine mehr Storm Shadow-Systeme liefern würde. Das ist Deutschlands ebenso unwürdig wie seinerzeit die Abgabe von Schützenpanzern Marder an Griechenland, das dafür der Ukraine minderwertigere BMP-Schützenpanzer aus NVA-Beständen gab.

Unserer Öffentlichkeit müssen wir klarmachen, dass die Hilfe für die Ukraine keine Wohltätigkeit ist, sondern dass sie einen Krieg führt, der uns vielleicht davor bewahrt, ihn führen zu müssen – vorläufig.

Beim letzten Besuch des ukrainischen Präsidenten in Berlin wurde vereinbart, dass Deutschland die Produktion weitreichender Waffen in ukrainischen Rüstungsbetrieben finanzieren wird. Das ist sicher nützlich, aber es kann bezweifelt werden, ob damit die Taurus-Debatte verschwindet, denn hier sollte es eigentlich kein Entweder-Oder geben. Der Bundeskanzler antwortete jüngst, eine Lieferung sei weiterhin „im Bereich des Möglichen“. Vom Minister und dem Generalinspekteur sind jedoch weiterhin ablehnende Töne zu hören und der Verweis auf „strategische“ Gründe gegen eine Lieferung, die aber geheim seien. Eigentlich kann es sich nur um das sattsam wiederholte Argument angeblich erforderlicher deutscher Bediener vor Ort handeln (Wie kommt Südkorea, das seit 2013 deutsche Taurus hat, ohne deutsche Soldaten zurecht?) oder um die gerade wiederholte russische Drohung, eine solche Lieferung mache Deutschland zur Kriegspartei. Jedenfalls bräuchte Verteidigungsminister Pistorius nun nicht länger als loyaler Parteisoldat einen Bundeskanzler Scholz stützen (der umgekehrt ihm hinsichtlich des Verteidigungshaushalts und der heiklen Personalgewinnung keineswegs überzeugend beigestanden hat).

Aber: „Auch in anderen Punkten verschleiert die Strategie der Ambiguität vielleicht eher Untätigkeit als Entschlossenheit“, schrieb ein Beobachter – es entstehe „der Eindruck, Merz wolle den Weg, auf den er in der Opposition den Kanzler drängen wollte, nun selber als Kanzler doch nicht gehen“.[58] Dies zeige sich auch in zögerlicher Behandlung der Forderung, endlich die eingefrorenen russischen Staatsgelder zu konfiszieren, und zumindest in der Tonlage von Äußerungen zu „Friedenstruppe“-Überlegungen. Natürlich gibt es hier noch keinerlei Rahmendaten, aber jede Mahnung, nichts zu übereilen, sollte von der Erklärung begleitet sein, dass Deutschland sich bei keiner schließlich beschlossenen Lösung der Mitwirkung verweigern würde. Jeder Anklang an frühere, hoffentlich überwundene, deutsche „Ausschließeritis“ sollte vermieden werden.

Der Westen muss erkennen, dass Putin mit „Diplomatie“ nicht den Weg zum Frieden beschreitet, und die Europäer brauchen eine gemeinsame Strategie, möglichst im Einklang mit den USA, um Russland in die Knie zu zwingen und den Nimbus seiner Unbesiegbarkeit endgültig zu entzaubern.

Der Westen muss erkennen, dass Putin mit „Diplomatie“ nicht den Weg zum Frieden beschreitet, und die Europäer brauchen eine gemeinsame Strategie, möglichst im Einklang mit den USA, um Russland in die Knie zu zwingen und den Nimbus seiner Unbesiegbarkeit endgültig zu entzaubern. Da sollte der deutsche Bundeskanzler weiterhin beherzte Führung zeigen – „Führung“ nicht im Sinne von Bestimmen-Wollen, sondern im Sinne von Initiative und gutem Vorbild, zur Festigung von Ent- und Geschlossenheit der Europäer in der NATO.

Unserer Öffentlichkeit müssen wir klarmachen, dass die Hilfe für die Ukraine keine Wohltätigkeit ist, sondern dass sie einen Krieg führt, der uns vielleicht davor bewahrt, ihn führen zu müssen – vorläufig. Die Europäer haben ihr Schicksal in der Hand, auch wenn viel Zeit vertan wurde. Der polnische Außenminister Sikorski sagte mit Recht, es sei doch merkwürdig, dass 450 Millionen Europäer 340 Millionen US-Amerikaner anflehten, sie vor 145 Millionen Russen zu schützen – ganz abgesehen von der Wirtschaftskraft.

Und für unser Land sind gesellschaftliche Aufklärung, Herstellung von Kriegstüchtigkeit/Verteidigungsbereitschaft, materieller und personeller Aufwuchs der Bundeswehr sowie Gewährleistung aller Voraussetzungen für die „Drehscheibe Deutschland“ – und das alles unter großem Zeitdruck – von entscheidender Bedeutung, wollen wir dauerhaft Frieden und Freiheit bewahren

Zusatz: Der Nahe Osten

Während der Schlussredaktion dieses Beitrags hat sich die Situation im Nahen Osten dramatisch zugespitzt durch den Angriff Israels am 12. Juni auf die iranischen Nuklearanlagen und 10 Tage später die US-Unterstützung mit bunkerbrechenden Bomben gegen die tief im Gestein verbunkerten Zentrifugenanlagen für die Anreicherung von Uran bis hin zur Waffenfähigkeit. Seit vielen Jahren war es klar, dass die Weltgemeinschaft eine iranische Atombombe nicht hinnehmen wollte – in der Hand einer über viele Raketen verfügenden terroristischen Macht, wegen der ständigen Vernichtungsdrohung gegenüber Israel, aber auch wegen der Gefahr eines darauf folgenden nuklearen Wettrüstens im Nahen Osten. Das Nuklearabkommen von 2015 (JCPoA) hat Iran niemals vertragstreu eingehalten und die Kontrollen der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA ständig ausmanövriert. Der Ausstieg der USA aus dem Vertrag unter Trump I war falsch, aber Iran wäre weiterhin an seine Verpflichtungen gebunden gewesen. Warnungen und Gelegenheit bewogen Israel dann zum Militärschlag.

Die Entwicklung hat gezeigt, wie marginalisiert Europa in den nahöstlichen Problemlagen ist und dass der Ruf nach diplomatischen Lösungen ein kooperatives Gegenüber erfordert. Für eine einvernehmliche Lösung müsste Iran das Existenzrecht Israels anerkennen, seine Atomwaffenambition zu- und aufgeben, die Produktion ballistischer Raketen auf vernünftige Defensivzwecke beschränken und von regionalem Terrorismus mittels Proxy-Milizen absehen. All das ist unter dem gegenwärtigen Regime nicht zu erwarten, auch wenn es mit dem Rücken zur Wand steht, die Huthi, Hamas, Hizbollah und IS geschwächt sind und der verbündete syrische Diktator gestürzt.

Allerdings: Auch mit seinen Machtworten kann Präsident Trump keine dauerhaften Lösungen schaffen, und Europa sollte sich bemühen, für eine denkbare Neuordnung der Region mit den USA und den gemäßigten arabischen Staaten zusammenzuarbeiten. Zu den offenen Fragen und den Implikationen gehören jedenfalls die folgenden:

Völkerrechtlich ist der Militäreinsatz umstritten, aber es stehen sich Legalität und Legitimität gegenüber. Ist ein Präventiv- bzw. Präemptiv-Einsatz militärischer Gewalt nur bei zeitlich unmittelbar bevorstehendem Angriff erlaubt, oder müssen auch Gesichtspunkte wie Größe der Gefahr oder Wahrscheinlichkeit

des Eintretens eine Rolle spielen? Hier darf man sich als Außenstehender das Urteil nicht zu leicht machen.

Erfolg der Militäraktion: Hier bedarf es genauerer Informationen zur Beurteilung, für wie lange das iranische Atomwaffenprogramm zurückgeworfen ist.

Stabilität des Mullah-Regimes trotz der Ausschaltung wichtiger Führungskräfte: Nützt seine partielle (natürlich nicht zugegebene) Niederlage der Opposition, oder ist das Gegenteil der Fall (Ablehnung eines regime change von außen, Verstärkung der Repression, Gefahr einer Militärdiktatur)? Und sollte es angesichts der Erfahrungen der letzten Jahrzehnte nicht jedermann bewusst sein, dass Regimesturz noch lange nicht Regimewechsel ist?

Aussichten auf stärkere Isolierung des Regimes in der arabischen Welt im Sinne einer Stabilisierung der Region und Neuordnung der Machtverhältnisse ist eine weitere offene Frage und Thema für Interaktion der diversen Akteure.

Und schließlich die Frage, ob bei aller Solidarität mit Israel angesichts der barbarischen Massaker vom 7. Oktober 2023 nicht unbedingt gesteigerte humanitäre Anstrengungen für die leidende Bevölkerung im Gazah-Streifen erforderlich sind. Auch durch offene Ansagen seiner Freunde und internen Kritiker muss der israelische Ministerpräsident eines Tages einsehen, dass Israel seine Sicherheit nicht auf alle Zeiten mit militärischer Übermacht bewahren kann

Dies sind einige Aspekte eines nun vollends aktiv ausgebrochenen Krisenherds, die hier nur angedeutet werden können. Sie sind wichtig auch für die in diesem Aufsatz behandelten Fragen. Denn das Geschehen in der Region lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit von Russlands Krieg gegen die Ukraine ab.

Wie sehr deren Sicherheit auch unsere ist und wie sehr der Ausgang dieses Krieges uns betrifft, hat dieser Beitrag hoffentlich verdeutlicht.

Zum Autor: Brigadegeneral a.D. Dr. Klaus Wittmann lehrt Zeitgeschichte an der Universität Potsdam. W. ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen

1 Dies ist keine strikt wissenschaftliche Ausarbeitung. Deshalb werden nicht alle Zitate, soweit sie in der öffentlichen Diskussion dauernd gebraucht werden (z.B. Merkel, Scholz, Sikorski, Schlögel, Merz) nachgewiesen. Vielmehr geht es in den Anmerkungen großenteils um Hinweise auf Literatur und auf einzelne frühere Publikationen des Verf. Das Manuskript wurde am 7. Juli 2025 abgeschlossen.

2 Vgl. Michael Thumann, Revanche. Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat. München: C.H. Beck 2023.

3 Vgl. Alfred Hackensberger, Wir sehen eine Streitmacht, die vor unseren Augen zerfällt. In: Die Welt-Online vom 28.4.2025.

4 Oberst a.D. Wolfgang Richter im WELT TV, 144.2025: https://www.welt.de/politik/ausland/video255937634/Krieg-in-der-Ukraine-Gehe-davon-aus-dass-Putins-Kriegsziel-ist-die-vier-annektierten-Gebiete-zu-kontrollieren.html

5 Vgl. Bastian Matteo Scianna, Sonderzug nach Moskau. Geschichte der deutschen Russlandpolitik seit 1990. München: C.H. Beck 2024.

6 Verf. war im NATO-Hauptquartier intensiv beteiligt an der Schaffung der neuen NATO-Strategie nach 1991 und an der Konzipierung kooperativer Sicherheitspolitik mit der Sowjetunion und dann mit Russland. Er hat diesbezüglich häufig Ideen „für bessere Zeiten" publiziert, siehe z.B. Klaus Wittmann, Russland und der Westen – Gedanken für bessere Zeiten. In: Evangelische Verantwortung. Magazin des EAK, Ausgabe 9 + 10/2015, S. 3-9.

7 Dazu ders., Waffen können deeskalierend wirken. Leserbrief. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.5.2021.

8 Auch ist die gerade von Minister Boris Pistorius erneut genannte Summe von 38 Mrd. Euro für „militärische Unterstützung" unzutreffend, diese beträgt ca. 13 Mrd. Euro. Der größere Betrag ist schwer nachvollziehbar, beinhaltet aber jedenfalls alle Unterstützung einschließlich, beispielsweise, des Bürgergelds für ukrainische Flüchtlinge. Siehe „Putin will noch keinen Frieden". Verteidigungsminister Boris Pistorius möchte, dass die Bundeswehr bald 460.000 Soldaten zur Verfügung hat – und er schließt nicht aus, dass einige von ihnen in der Ukraine dienen werden. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 25.5.2025. Vgl. die jüngste Ausgabe des „Ukraine Support Tracker" vom Kieler Institute for the World Economy.

9 Vgl. Klaus Wittmann, Sehr deutsche Ausreden. Leitartikel. In: Die Welt vom 17.10.2022.

10 European Council on Foreign Relations, Send in the Leopards: Why Western allies should deliver tanks to Ukraine, January 2023.

11 Siehe Daniel Brössler. Ein deutscher Kanzler. Olaf Scholz, der Krieg und die Angst. Berlin: Propyläen 2024.

12 Klaus Wittmann, Im dritten Jahr nach der russischen Invasion: Die Ukraine und wir. Berlin: Aspen Institute (Spot On): März 2024 (mit einer „Dekonstruktion" aller Argumente gegen eine Taurus-Lieferung an die Ukraine).

13 Ders., Die Anmaßung des „Friedenskanzlers" Olaf Scholz. Gastkommentar. In: Die Welt vom 26.11.2024.

14 Siehe vom Kieler Institute for the World Economy: Ukraine Aid. How Europe Can Replace US Support. Kiel Policy Brief 186, März 2025.

15 Vgl. Peter Graf von Kielmannsegg; Putins Sieg? Den eigentümlichen deutschen Pazifismen zum Trotz und den Ukrainern zum Dank: Noch ist Europa nicht verloren. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.4.2025.

16 In einem Streitgespräch des Verf. mit dem Europa-Abgeordneten von der Schulenburg verstieg sich dieser zu der Aussage, mit der Ermutigung der Ukrainer zum Durchhalten in einem „verlorenen Krieg" leiste diese „Beihilfe zum Mord" – verweigerte sich aber der Nachfrage, wen er dann als den Mörder ansah. Siehe „Es geht um Interessen, nicht um Moral." Der frühere General Klaus Wittmann und der frühere UN-Diplomat Michael von der Schulenburg streiten über die Zukunft der Ukraine und die Frage: Sind deutsche Waffenlieferungen Beihilfe zum Mord? In: Berliner Zeitung 24./25.5.2025, S. 58f.

17 Vgl. Claudia Major/Aldo Kleemann, Modelle zur Absicherung eines möglichen Waffenstillstandes in der Ukraine. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. Arbeitspapier Nr. 2, Januar 2025.

18 Christoph von Marschall, Skepsis ist angebracht: Kein Hinweis, dass Putin auch nur einen signifikanten Abstrich zugestanden hätte. In: Der Tagesspiegel 21.05.2025.

19 Kielmannsegg (siehe Anm. 15).

20 Vgl. Gregor Schwung, „Ich hoffe, Europa macht mit" – Trumps Mann für neue Russland-Sanktionen stellt Europa die Gretchenfrage. In: Die Welt-Online vom 22.5.2025

21 Michael Rühle, Der sich abzeichnende Frieden bedeutet auch das Ende eines Selbstbetrugs. Gastkommentar. In: Die Welt vom 29.4.2025.

22 So Kielmannsegg (Anm. 15) mit dem Zusatz „Noch kann sich Europa zwischen ihn [Putin] und einen Sieg stellen."

23 Michael Rühle, Warnungen vor einem russischen Angriff auf die Nato sind Panikmache. In: Cicero vom 16.4.2025.

24 Carlo Masala, Wenn Russland gewinnt. Ein Szenario. München: C.H. Beck 2025.

25 Christoph von Marschall, Der schwarze Dienstag. Warum ein Krieg mit Russland droht und wie die Bundesregierung ihn verhindern kann. Berlin: edition FotoTAPETA 2025.

26 Vgl. Marco Overhaus, Big Brother Gone – Europa und das Ende der Pax Americana. Frankfurt a.M.: Frankfurter Allgemeine Buch 2025.

27 François Heisbourg, War or Peace in Ukraine: US Moves and European Choices. In: Survival (IISS), Vol. 67 No. 1, February-March 2025, p. 7-21; p. 14. Das Zitat im Original: "In February 2024 he stated that Russia 'could do whatever the hell they want' to a NATO country that hadn't paid its fair share. This Trumpian sally wasn't a frontal assault on Article 5, which remained unnamed, but it shifted the US commitment from treaty obligation to financial deal, if not outright protection racket. Coming on top of America's conceptual revision, the West's inability to secure a satisfactory outcome in Ukraine could change Russia's own assessment of what Article 5 now really means."

28 The Hague Summit Declaration issued by the NATO Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in The Hague 25 June 2025: https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_236705.htm

29 Diesen Vorschlag macht Helmut W. Ganser in: Mit Trump wächst die Einsicht. Europa muss sicherheitspolitisch eigenständig werden. Doch wie realistisch ist ein Neustart für die NATO? In: IPG - Außen- und Sicherheitspolitik 04.03.2025, Wenngleich das verfrüht erscheint (das jüngste Strategische Konzept ist erst zwei Jahre alt), ist doch die Überlegung richtig, dass die „veränderte Gewichtsverlagerung innerhalb des Bündnisses konkretisiert" werden muss.

30 Die sog. Alphen Group aus zahlreichen Experten hat am 28.4.2024 in einem Brief an die NATO-Botschafter einen „Transatlantic Compact to Meet the Converging Challenges of Russian Aggression and Alliance Imbalances" vorgeschlagen.

31 Dazu Klaus Wittmann, Schluss mit der Sprachlosigkeit! Die Nato braucht eine neue Strategie – und eine Debattenkultur. Gastbeitrag. In: Der Tagesspiegel vom 14.2.2020.

32 NATO 2030: United for a New Era. Analysis and Recommendations of the Reflection Group Appointed by the NATO Secretary General. Brussels, 25 November 2020.

33 Vgl. Klaus Wittmann, The Road to NATO's New Strategic Concept. In: Gustav Schmidt (Ed.), A History of NATO – The First 50 Years. Basingstoke, New York 2001. Bd. 3, S. 219-237.

34 Klaus Naumann, Die historische Belastung für das transatlantische Verhältnis. Dinner Speech beim 25. Berliner Colloquium der Clausewitz-Gesellschaft am 27.5.2025: https://www.clausewitz-gesellschaft.de/dinner-speech-des-ehrenpraesidenten-beim-berliner-colloquium-2025/

35 Vgl. Klaus Wittmann, Europäische Verantwortung und „Europäische Armee". In: Fabian Forster, Sascha Vugrin, Leonard Wessendorf /Hrsg.), Das Zeitalter der Einsatzarmee. Herausforderungen für Recht und Ethik. (Wissenschaft und Sicherheit. Bd. 8). Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag 2014. S. 194-209.

36 White Paper for European Defence- Readiness 2030. Brüssel 21.3.2025.
37 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2025 zu dem Weißbuch zur Zukunft der europäischen Verteidigung
38 Peter Carstens/Mona Jaeger, Ohne ihn ist Scholz weg. Selbst die politische Opposition hält Rolf Mützenich für nett. Da fällt kaum auf, wie mächtig der Pazifist geworden ist. Setzt sich der SPD-Fraktionschef auch in der Russlandpolitik wieder durch? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.11. 2024
39 Vgl. in der März-/April-Ausgabe 2025 der „Internationalen Politik" die „Briefe an die nächste Bundesregierung" aus Paris, Warschau, Kyiv, Brüssel und Washington. (S. 45-63).
40 Vgl. Klaus Wittmann, Was bedeutet Gaucks Münchener Rede konkret? In: Welttrends Nr. 97 (Juli/August 2014), S. 101-107.
41 Ders.; Man kann nicht von „Aufrüstung" sprechen. Leserbrief. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.7.2077.
42 Siehe das Kapitel „Das ungeliebte Militär" in: Judy Dempsey, Das Phänomen Merkel. Deutschlands Macht und Möglichkeiten. Hamburg: edition Körber Stiftung 2013, S. 106-124. Vgl. Sönke Neitzel, Die Bundeswehr. Von der Wiederbewaffnung zur Zeitenwende. München: C.H. Beck 2025, S. 103, wo es bezüglich der Russlandpolitik heißt, „dass es gewiss kein Fehler war, immer wieder den diplomatischen Ausgleich mit Putin zu suchen. Der Fehler lag darin, sich nie wirklich auf das Scheitern vorbereitet zu haben."
43 Klaus Wittmann, Die neue Wehrpflicht-Debatte. In: Uwe Hartmann / Reinhold Janke / Claus von Rosen (Hrsg.), Jahrbuch Innere Führung 2023/24. Der Krieg in der Ukraine. Folgerungen für die Sicherheits- und Militärpolitik Deutschlands sowie für die Bundeswehr. Berlin: Carola Hartmann Miles-Verlag 2024, S. 91-106.
44 Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 21. Legislaturperiode, Ziff .5.1.
45 Deutschlandfunk, Interview der Woche vom 25.5.2025.
46 So in der Caren Miosga-Talkshow, ARD 4.5.2025.
47 Siehe Neitzel (Anm.42), S. 122f.
48 Siehe das Interview mit dem Minister „Putin will noch keinen Frieden" (Anm. 8).
49 Vgl. Klaus Wittmann, Die NATO und das „Mindset" in Bundeswehr und deutscher Öffentlichkeit. In: Uwe Hartmann / Reinhold Janke / Claus von Rosen (Hrsg.), Jahrbuch Innere Führung 2021/22: Ein neues Mindset Landes- und Bündnisverteidigung? Berlin: Carola Hartmann Miles-Verlag 2022, S. 49-80.
50 Hans-Peter Bartels, Gesamtverteidigung: Annäherung an den Ernstfall. Zum Wiederaufleben der militärischen und der zivilen Verteidigung in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme. Berlin: DGAP Essay Nr.2, Februar 2025
51 So das von Marschalls Buch vorangestellte Motto (Anm. 25), S. 9.

52 Siehe den in Anm. 23 erwähnten „Cicero“-Beitrag.
53 „Rationale Sicherheitspolitik statt Alarmismus“. Stellungnahme vom 30.3.2025.
54 https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/spd-manifest-100.html
55 Vgl. auch: Strategische Stille. Als Oppositionsführer forderte Friedrich Merz vehement die Lieferung von „Taurus“-Lenkwaffen an die Ukraine. Als Bundeskanzler zögert er. Was steckt dahinter? In: Süddeutsche Zeitung vom 15.5.2025. Und siehe nochmals Peter Carstens (Anm. 30).
56 Siehe Anm. 25, S. 12.
57 Vgl. Konrad Schuller, Ein Kanzler im Tarnanzug. In der Außenpolitik bleibt Friedrich Merz bewusst vage. Er will nicht sagen, welche Waffen er der Ukraine liefert. Woher weiß man dann, ob er seine Versprechen hält? In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 18.5.2025.
58 Schuller (Anm.57).

Die Unterstützung der Selbstverteidigung der Ukraine – Risikovermeidung als Strategie

Höhepunkte einer Entwicklung

Klaus Olshausen

1. Mit Sanktionen gegen militärischen Massenmord? Verantwortungsethik als Alibi der Angst – März 2022

Zusammenfassung

Die harten Sanktionen gegen Putins Russland haben (noch) keine deeskalierende Wirkung auf die brutale Kriegführung Putins in der Ukraine. Die NATO als Organisation kann und will nicht eingreifen, da die Ukraine nicht Mitglied des Bündnisses ist. Alle westlichen Staaten nutzen auch den Artikel 51 der VN Charta nicht, um kollektiv tätig zu werden, weil sie für den Kampf der Ukraine nicht „Kriegspartei“ werden wollen. Deshalb muss die Ukraine allein mit ihren eigenen Streitkräften und ihrer Bevölkerung die brutal angreifenden Russen bekämpfen. Die Waffenlieferungen helfen ihr, aber sie können allein das Blatt nicht wenden, um Russland militärisch zu besiegen und so das eigene Volk zu retten.

Alle westlichen Staaten nutzen auch den Artikel 51 der VN Charta nicht, um kollektiv tätig zu werden, weil sie für den Kampf der Ukraine nicht „Kriegspartei“ werden wollen.

Analyse

Mit der verantwortungsethisch begründeten Politik, einem größeren, direkten Konflikt mit Russland zur Rettung der Ukraine aus dem Wege zu gehen, wird der Westen zum Begleiter der Katastrophe.

Die Frage stellt sich, wann die von Russland betriebene massive, absehbar vollständige Zerstörung der Ukraine und die Massakrierung ihrer Bevölkerung, die Staaten von EU und NATO doch noch veranlasst, ja zwingt, die Schutzverantwortung, die „responsibility to protect“ für das ukrainische Volk aktiv wahrzunehmen. Wenn das nicht geschieht, wird sich ein Volk für die Freiheit dieser Staaten geopfert haben.

Mit der verantwortungsethisch begründeten Politik, einem größeren, direkten Konflikt mit Russland zur Rettung der Ukraine aus dem Wege zu gehen, wird der Westen zum Begleiter der Katastrophe.

Alle wirtschaftlichen und politischen Sanktionen, Maßnahmen und Aktivitäten demokratischer Staaten in Europa, Amerika und weltweit erfolgen in der Erwartung einer hoffentlich erfolgreichen Wirkung auf Putin in Richtung einer Beendigung dieses Krieges. Aber seit über drei Wochen verstärken die russischen Streitkräfte nur ihre brutalen Angriffe auf Städte und Menschen mit vielen Toten und unermesslichen Zerstörungen. Dort wo sie keine Bodentruppen haben, führen sie einen mehr und mehr terroristischen Luft- und Raketenkrieg. Seit dem 13. März auch in der Nähe der polnischen Grenze.

Die Ukrainer sehen und hören, dass die NATO-Staaten alles Erdenkliche veranlassen, um den Schutz des NATO-Gebiets gegen russische Übergriffe zu gewährleisten. Sie hören das Bekenntnis vom EU-Gipfel, dass die Ukraine wichtiger Teil der europäischen Familie ist und bleibt, aber keine Möglichkeit eines EU-Beitritts artikuliert wird.

Dies führt zu zwei Feststellungen:

- Die starken Sanktionen haben seit über 26 Tagen keine Wirkung auf eine Minderung der Brutalisierung des russischen Krieges gegen das Bruderland Ukraine.
- Die umfangreiche, aber nach Art der Ausrüstung und Waffensysteme begrenzte militärische Unterstützung europäischer Staaten und Amerikas ist nützlich. Aber bei absoluter Luftüberlegenheit Russlands kann damit trotz aller Aufopferung der Ukrainer die militärische Übermacht nicht gebrochen werden.

Die westlichen Staaten wiederholen seit Monaten für die Begrenzung ihres Handelns, dass für die Ukraine die Beistandsklausel des Washingtoner Vertrags nicht wirksam werden kann. Und die Einschränkung ihres Handelns unter Anerkennung des Rechts der Ukraine auf Selbstverteidigung begründen sie damit, dass sie nicht „Kriegspartei“ werden wollen. Beide Verhaltensweisen berufen sich auf die Verantwortungsethik. Eine von der NATO oder einzelnen Staaten in Kauf genommene militärische Auseinandersetzung mit Russland müsse vermieden werden, da dann die eigenen Länder auch so leiden könnten wie die Ukraine.

Auch bei der Beurteilung der Sanktionen v.a. einem Importstopp der Gaslieferungen, steht nicht das Ziel im Zentrum, die Finanzierung des russischen Krieges zu untergraben, sondern ob die eigenen Gesellschaften die gewiss schmerz-

lichen Konsequenzen aushalten könnten. Im Ergebnis führt dieses Verhalten dazu, dass die Zerstörung der Ukraine durch Russland fortschreitet, es sei denn der Opfermut der Ukrainer selbst kann dies begrenzen oder die Ukrainer müssen ihre Identität und Staatlichkeit erst durch den Krieg nach dem Krieg, d.h. im unaufhörlichen Aufstand gegen den Eroberer erstreiten.

Als Fazit bei vielen Talkrunden mit Regierungs- und Oppositionspolitikern in den Fernsehanstalten bleibt als Ergebnis, dass die Sanktionen nicht das Ende des Krieges herbeiführen, sondern bestenfalls eine Bestrafung für diesen Angriffskrieg darstellen, der ungehindert weitergeführt wird. Und die Unterstützung mit Waffen und Gerät wird solange keinen durchgreifenden Erfolg haben, sondern weiter viele gefallene Soldaten und getötete Zivilpersonen beklagen lassen, solange die Überlegenheit Russlands im ukrainischen Luftraum bestehen bleibt.

Die bisherigen Feststellungen zeigen, dass NATO- und EU-Staaten, die „in der Sache der Ukraine auftreten, diese nie so ernst nehmen wie ihre eigene" (Clausewitz, Vom Kriege, S. 680). Und die „eigene Sache" besagt eben, dass der Nuklearstaat Russland so wirksam abschreckt, dass keiner für einen „Drittstaat" eine militärische Auseinandersetzung mit dieser Macht riskieren will. Gegenabschreckung wird schon gar nicht mehr erwähnt. (Selenskyj: „Putin ist ein Mörder, aber kein Selbstmörder").

Natürlich wird das Recht des Art 51 der VN Charta zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung für die Ukraine bestätigt. Aber die eigene Unterstützung beschränkt sich auf bestimmte Waffenlieferungen, Hilfslieferungen und Geld. Wenn es keine direkte militärische Unterstützung gibt, dann fällt der Blick auf die schon unmittelbar nach Angriffsbeginn gegen Russland beschlossenen und angewendeten Sanktionen. Nach den ersten 26 Tagen ist sichtbar, dass dadurch das aggressive Handeln Russlands in der Ukraine (noch) nicht beeinflusst wird. Vielmehr scheinen die bisherigen Sanktionen Putins militärische Eskalation, also die Zerstörungen in der Ukraine, die Belagerung und die Besetzung von Schlüsselstädten, eher anzutreiben, zumal den Luftraum fast ungefährdet die russischen Streitkräfte beherrschen.

Am 14. März setzte die EU ihr viertes Sanktionspaket in Kraft. Es verringert den wirtschaftlichen Manövrierraum Russlands und trifft weitere russische Persönlichkeiten. Aber die beiden Stränge: militärischer Kampf in und um die Ukraine durch die ukrainische Bevölkerung und die Sanktionen der westli-

chen Staaten können in ihrer Wirkung nicht so synchronisiert werden, dass Putin das Morden jetzt stoppt.

Diese Entwicklung wirft schon jetzt die Frage auf, wie lange diesem mörderischen Treiben noch zugesehen wird, ohne dass NATO, EU, ja die Weltgemeinschaft bei so massiven Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit die Kraft und den Willen aufbringen, ihre völkerrechtlich mögliche Schutzverantwortung (responsibility to protect) für die Menschen der Ukraine praktisch mit eigenen, auch militärischen Mitteln auszuführen.

Wenn alle Maßnahmen dieser Art mit dem Hinweis, dass jede direkte Konfrontation mit dem Aggressor die Gefahr eines „Weltkrieges" bedeute, mit großem Bedauern abgelehnt wird, dann entpuppt sich die so häufig apostrophierte Verantwortungsethik als Alibi, den Ukrainern nicht wirklich zu helfen. Erneut klingt es: bitter, aber unvermeidlich.

2. Ein langer Krieg bleibt Aggressionskrieg – März 2023

Zusammenfassung

WENN Putin nach dem Scheitern seines Blitzkrieges kein Interesse hat, seine Aggression zu beenden, DANN ist es an der Ukraine und seinen Unterstützern, den Krieg möglichst rasch zu einem erfolgreichen Ende für die Ukraine und die regelbasierte Ordnung zu bringen. Das erfordert neben massiver Unterstützung auf dem Gefechtsfeld endlich wirksame Maßnahmen gegen Abschussrampen und Flugplätze sowie die logistischen Verbindungen der russischen Streitkräfte. Um diese Aktion zu starten, muss der Westen seine Selbstabschreckung vor Eskalation überwinden und stattdessen mit wirksamer Abschreckung über die gesamte Breite den Aggressor Putin von weiterer Eskalation abhalten. Nur Aktion statt Reaktion kann den Krieg abkürzen, die Ukraine befreien und den Startpunkt setzen, Russland in seinen anerkannten Grenzen wieder in die regelbasierte Ordnung aufzunehmen.

Nur Aktion statt Reaktion kann den Krieg abkürzen, die Ukraine befreien und den Startpunkt setzen, Russland in seinen anerkannten Grenzen wieder in die regelbasierte Ordnung aufzunehmen.

Analyse

„Russland unter Putin hat kein Interesse, seine Aggression zu beenden“. Das ist Ergebnis einer kürzlichen Konferenz des German Marshall Funds in Estland. Die Ukraine und alle, die das Land unterstützen, müssen dagegen wollen, dass der Krieg möglichst rasch zu einem erfolgreichen Ende kommen kann – für die Ukraine und für die regelbasierte internationale Ordnung.

Drei wichtige Gründe liegen in folgenden Gegebenheiten:

- nach dem Scheitern des russischen Blitzkrieges mit einer Übernahme der Ukraine setzt Putin darauf, dass er mit seinen Ressourcen gegenüber der Ukraine eher durchhalten kann – trotz hoher Verluste;
- eine frühe Beendigung des Krieges mit der Herstellung der territorialen Integrität verringert die Verluste der Ukraine durch Russlands Angriffe, insbesondere auf die kritische Infrastruktur und
- jede Verlängerung des Krieges erhöht das Risiko, dass die militärische, finanzielle und humanitäre Unterstützung der westlichen Staaten und an vorderster Front der USA wegen anderer wichtiger Interessen oder auftretender Krisen und Konflikte reduziert wird. Und die Aufmerksamkeit der Menschen für das Kämpfen und Leiden der Ukrainer kann deutlich sinken. Beides stärkt die Position des Aggressors.

Putin hat gerade angeordnet, ab April weitere 400.000 Soldaten „einzustellen“, um sie an die Front zu werfen. Gleichzeitig erörtern mehrere Institute und Nachrichtendienste, dass Russland den Kulminationspunkt seiner derzeitigen Angriffe im Donbass bald erreichen wird. Es kommt also darauf an, die Ukraine jetzt schneller mit so viel militärischer Ausrüstung auszustatten, dass es den Streitkräften gelingt, die logistischen Linien der Russen im Osten und über die Krim nachhaltig zu unterbrechen und dann Gegenoffensiven zu beginnen. Dabei ist es besonders wichtig, dass die Streitkräfte erfolgreich über Melitopol zum Asowschen Meer vorstoßen. Ebenso wichtig ist es, der Ukraine mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, ihren Luftraum wirksamer gegen die Raketen- und Drohnenangriffe aller Art zu schützen. Da Russland annehmen kann, bei einem längeren Krieg letztlich im Vorteil zu sein, muss der Westen nach über einem Jahr „tröpfelnder“ Waffen- und Munitionsunterstützung seine Mittel für den politischen Zweck einer integren Ukraine dringend erhöhen.

Worum geht es dabei? In den vergangenen Monaten haben viele Stimmen der westlichen Regierungen ein übers andere Mal betont, man werde die Ukraine unterstützen, „as long as it takes". Präsident Biden unterstrich dies am 24. Februar 2023 in Warschau mit den Worten: „We will not tire!" Das ist eine starke Verpflichtung. Sie kann bedeuten, dass man sich auf eine längere militärische Auseinandersetzung einstellt. Dies eröffnet aber Putin die Möglichkeit, seine Durchhaltefähigkeit der politisch durchaus fragilen politischen Festigkeit im Westen entgegenzustellen. Die Art und Menge der westlichen militärischen Unterstützung und die bisherigen zeitlichen Abläufe bedeuten, dass eine durchgreifende Umkehr der Initiative auf dem Schlachtfeld und ein geschützter Himmel über der Ukraine absehbar nicht erreicht werden.

Daraus kann und muss der „Westen" bestimmte Folgerungen ziehen. Wenn es im Interesse der Ukraine UND des Westens ist, den Krieg möglichst schnell zu günstigen Bedingungen für die Ukraine zu beenden, dann muss Klarheit geschaffen werden, was diesen schnellen Erfolg möglich machen kann. Die Hauptaussage dafür ist nicht „as long as it takes", sondern muss künftig lauten „whatever it takes". Neben der deutlichen Beschleunigung und Erhöhung der Zahl aller landgestützten Systeme für das Gefecht und für den geschützten Himmel über der Ukraine müssen Entscheidungen getroffen werden, wie mit Luftstreitkräften und weitreichenden Raketen und Marschflugkörpern die russischen Streitkräfte zu Land, zur See und in der Luft rückwärts der Front getroffen werden können. Aus Sicht der überfallenen Ukraine und jedes zielgerichtet militär-politisch Handelnden ist es ziemlich widersinnig, ihr aufzuerlegen, die Waffensysteme und Basen, von denen ihre kritische Infrastruktur ständig angegriffen wird, nicht unmittelbar bekämpfen und ausschalten zu können. Der Westen muss neu nachdenken und entscheiden. Solange er die Einschränkungen für die Ukraine aufrecht erhält mit der Begründung, er wolle eine Eskalation des Krieges vermeiden, „arbeitet" er für eine ausgedehnte Verlängerung des Krieges und damit des Leidens aller Menschen in der Ukraine oder nimmt beides zumindest in Kauf. Um diese ungewollte Wirkung zu vermeiden, besteht die Möglichkeit, die Wirkungsweite ukrainischer Streitkräfte in einem wesentlichen Teil zu verbessern und zu erweitern. Mit Waffen wie der ATACMS der USA, Kampfflugzeugen mit Luft-Luft-Raketen und weitreichenden Waffen gegen See-Ziele im Schwarzen Meer werden Potenziale der russischen Streitkräfte v.a. auf der Krim erreichbar. Mit der Krim würde völkerrechtlich ukrainisches Gebiet erreicht. Und russische Schiffe sind Kriegsmittel, aber kein russisches Territorium.

Ein Waffenstillstand auf dem jetzigen Status quo lässt Putin die Kontrolle über 18% des ukrainischen Territoriums zusätzlich zur seit neun Jahren illegal annektierten Krim. Bisher hat keiner derjenigen, die für diesen Waffenstillstand eintreten, einen plausiblen Plan, wie sie den Rückzug Russlands aus der Ukraine erreichen wollen und können. Mit der unverzüglichen Unterstützung der Ukraine mit allen Waffen, Munition und Logistik für das Gefecht und weitreichenden Raketen und entsprechenden Luftkriegsmitteln gegen Ziele in der Tiefe innerhalb der Ukraine, aber v.a. auch gegen See-Ziele, kann die Ukraine mit Gegenangriffen mehr Gebiete befreien. Solche Unterstützung verlangt, sich nach über einem Jahr von der Selbstabschreckung vor Eskalation zu verabschieden und stattdessen mit wirksamer Abschreckung über die gesamte Breite den brutalen Aggressor von jeder weiteren Eskalation abzuhalten. Nur der Weg zur Aktion anstelle permanenter Reaktion kann den Krieg abkürzen, die Ukraine befreien und die regelbasierte internationale Ordnung mit einem Russland in seinen anerkannten Grenzen wieder aufbauen.

3. Können und Wollen im Westen außer Tritt – März 2024

Zusammenfassung

Die getrennten Auftritte am 26. Februar von Bundeskanzler Scholz in Berlin und Präsident Macron am Abend in Paris lassen erneut aufblitzen, woran es hapert, den kolonialen Angriff Russlands jetzt zu stoppen. Einige Unterstützer wollen nicht, was sie können, andere können nicht erreichen, was sie wollen. Das muss beendet werden, wenn Putin klar gemacht werden soll, dass er kolonial und imperial gestoppt werden wird und die Kosten für ihn in unermessliche Höhen getrieben werden. Wer den „worst case“ westlicher Bodentruppen in der Ukraine vermeiden will, der muss jetzt alles hineinwerfen, was der Ukraine hilft, entscheidend voranzukommen, an der Frontlinie und im Luftraum sowie wenigstens in der gesamten Tiefe der besetzten Gebiete. Ein fairer Frieden mit Russland ist erst möglich, wenn es kolonial gestoppt ist.

Einige Unterstützer wollen nicht, was sie können, andere können nicht erreichen, was sie wollen. Das muss beendet werden, wenn Putin klar gemacht werden soll, dass er kolonial und imperial gestoppt werden wird

Zwei Auftritte vor Vertretern der Presse haben am 26. Februar die Wirksamkeit ideeller, politischer, materieller und finanzieller Unterstützung der Ukraine beschädigt. Und zwar einmal, weil ein Regierungschef die Lieferung einer weitreichenden Waffe an die Ukraine mit sehr eigenen Begründungen abgelehnt hat. Und zum anderen, weil ein anderer Regierungschef nach Abschluss eines Treffens zu stärkerer Unterstützung der Ukraine, eine Ansage für "intra war deterrence" öffentlich vortrug, ohne vorherige Zustimmung erhalten zu haben. Einige Unterstützer wollen nicht, was Sie können, andere können nicht (erreichen), was Sie wollen.

Am 22. Februar hatten die Regierungsfraktionen einen ausführlichen Antrag zur stärkeren Unterstützung der Ukraine, auch mit weitreichenden Waffen, beschlossen. Das beinhaltete für FDP und Grüne die Lieferung des TAURUS. An diesem Tag war der Bundeskanzler nicht anwesend. Weiß der Himmel warum. Denn es gab noch einen Antrag der Opposition zur Zeitenwende in der Außen- und Sicherheitspolitik, der explizit die Lieferung des TAURUS MFK forderte.

Hier wäre für den Bundeskanzler der parlamentarisch richtige Ort gewesen, sein Nein zur Lieferung des TAURUS vorzutragen und zu begründen. Dass er diese Aussagen dann am Montag danach bei einem informellen Gespräch mit Chefredakteuren vortrug, kann man durchaus als Missachtung des Parlaments oder als „Feigheit vor der eigenen Courage" einordnen. Denn im Parlament wäre die offizielle Gegenrede erfolgt und auch die klare Uneinigkeit der Regierungsfraktionen aufgetreten. Dass es am Montag erfolgte, bevor er zum Unterstützungstreffen Macrons nach Paris reiste, bedeutete, schon vorher klarzustellen, dass er bei der zu schaffenden Koalition für weitreichende Waffen, Raketen und Bomben, nicht dabei sein würde.

Die vom Kanzler genannten Gründe wurden von Fachleuten und Politikern rasch zerlegt. Dass er auch noch Angaben zu britischem Verhalten nutzte, was London anschließend richtigstellte, war eher peinlich. Übrig bleiben drei Punkte: seine Selbstabschreckung vor einer Eskalation Russlands (die ja jeden Tag stattfindet und Putin in seiner Rede zur Lage der Nation am 29. Februar noch einmal zu verstärken suchte), sein offensichtliches Misstrauen gegen die ukrainische Regierung und das Militär, aber vor allem innenpolitisch der Widerstand in der eigenen Fraktion und Partei und mit Blick auf das Bild in der Öffentlichkeit eines besonnen verantwortlich Handelnden in Kriegszei-

ten – dies allerdings erkennbar zulasten der Soldaten und Menschen in der Ukraine.

Der Kanzler fügte dann noch zwei Punkte hinzu. Mit dem ersten schießt er ein Eigentor. Nach seiner Aussage ist die Munition ja viel wichtiger als der TAURUS MFK. Ja; WENN diese Munition vor Ort wäre, könnte man das vielleicht sagen. So aber kann und muss der TAURUS, wenigstens solange die Munition nicht ankommt, die NACHSCHUBWEGE VON UND ÜBER die KRIM unterbrechen und Hauptquartiere ausschalten können.

Der zweite hat einen populistisch, ja infamen Beigeschmack. Denn er unterstellt denjenigen, die mit guten Gründen für die Lieferung des TAURUS MFK eintreten, dass sie kein Risikoabwägen über Eskalation getroffen hätten und sie diese Frage „gar nicht bewegt", „(sie) nicht einmal darüber nachdenken". Aussagen eines Menschen, der schon sehr von der Ausschließlichkeit seiner Beurteilung überzeugt ist.

Am Abend dieses Montags machte Macron vor der Presse deutlich, wie die Lageentwicklung in der Ukraine für ihn eine gewaltige Kursänderung bewirkt hat. Waren seine Worte im Juni 2022, „man dürfe Russland nicht demütigen" und sah er Frankreich als den best geeigneten Vermittler, so waren seine Worte jetzt: „Nous ferons tout ce qu'il faut pour que la Russie ne puisse pas gagner cette guerre".

Nachdem er vier gemeinsame Ergebnisse des Treffens vorgetragen hatte, fügte er einen Punkt an, für den es keinen Konsens gab. Weil dieser Krieg sich dynamisch ggf. zugunsten Russlands entwickeln könne, so Macron, dürfe es keine roten Linien geben, die einen möglichen, ja notwendigen Einsatz westlicher Truppen auf dem Gebiet der Ukraine ausschließen. Es war so zu verstehen, dass dies dann in Betracht komme, wenn nur so der imperiale Erfolg Russlands vereitelt werden könne.

Leider bestimmt seither die meist kategorische Ablehnung solcher Überlegungen die Diskussion, anstatt – um diese Entwicklung zu vermeiden – die eigenen Anstrengungen zur Unterstützung der Ukraine – die weiter unzureichend sind – schneller und umfassender in die Tat umzusetzen. Die Ukraine muss so stark werden – nicht erst in Jahren der Sicherheitsvereinbarungen, sondern heute und morgen, dass ein „Nachher" überhaupt möglich wird.

Solange weder Munition noch F-16 verfügbar sind, ist es zwingend, dass der deutsche Marschflugkörper Taurus dazu beiträgt, Nachschublinien und Hauptquartiere so zu zerstören, dass die jetzigen Versorgungsvorteile Russlands drastisch abgesenkt werden. Es muss aufhören, dass in der „lebendigen Reaktion" zwischen Angreifer und Verteidiger vor lauter Sorge, wie der Gegner reagiert, der eigene politische Zweck und die dafür notwendigen Mittel nicht vorrangiger Richtpunkt sind.

Das von Macron nicht ausgeschlossene „worst case" Szenario sollte also nicht verteufelt werden. Sondern es sollte gemeinsamen Aufbruch herausfordern, endlich überzeugende und Russland nicht nur auf dem Schlachtfeld in die Defensive zwingende militärische, politische, wirtschaftliche, finanzielle Maßnahmen in die Tat umzusetzen. Außerdem gilt es, zahlreiche diplomatische Vorstöße bei G20 und im Globalen Süden zur Unterstützung der ukrainischen Friedensformel zu verstärken.

Es kommt darauf an, durch all diese Maßnahmen zu erreichen, dass Russlands Potenzial massiv geschwächt wird und die Unwahrscheinlichkeit und der zu hohe Preis seines kolonialen Kriegszieles das Motiv Russlands zum (fairen) Frieden bilden kann und wird.

Ein Eurasien Russlands ist zu verhindern – März 2025

Zusammenfassung

Seit dem 28. Februar ist klar, dass Trump um jeden Preis einen Deal mit Putin will, und dafür die meisten Forderungen Putins gegen die Ukraine und das freie Europa erfüllen will. Das ist seine Abwendung von transatlantischer Verantwortung. Diese hochgefährliche „Sandwichlage" zwischen dem Diktator in Moskau und dem Autokraten in Washington hat eine längere Vorgeschichte. Erstens, seit über 20 Jahren ist sowohl die Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO noch bei den EU-Staaten so vorangekommen, um heute wirkungsvoll aufzutreten. Zweitens, der Anspruch der EU-Kommission von 2019, die „Sprache der Macht zu lernen und weltpolitikfähig zu werden, bleibt in dieser Krise wenig wirksam. Drittens, die Streitkräfte der Ukrai-

Seit dem 28. Februar ist klar, dass Trump um jeden Preis einen Deal mit Putin will, und dafür die meisten Forderungen Putins gegen die Ukraine und das freie Europa erfüllen will. Das ist seine Abwendung von transatlantischer Verantwortung.

ne wurden zwischen 2014 und 2022 zwar beraten, aber vom Westen nicht abschreckungsfähig aufgebaut. Seit Februar 2022 waren Solidaritätserklärungen und Beschwörungen der Integrität laut, aber die militärische Unterstützung zu langsam, zu wenig, um Russland zurückzuweisen.

Wenn Trump einen Deal gegen die Ukraine und das freie Europa mit Putin aushandeln will, darf Europa sich nicht beklagen, was ohne die USA nicht möglich ist oder sich gar erpressen lassen. Großbritannien, das Land Churchills, kann darauf drängen, politische und militärische Entscheidungen zu treffen, die Putin klar machen, dass er keinen Sieg gegen das freie Europa und keine Unterdrückung der unabhängigen Ukraine erreichen kann. Europa hat die Kraft und die Mittel und braucht nun den Willen, zu handeln. Das mag auch den Dealmaker beeindrucken. Aber allen in Europa muss klar sein, dass das Stoppen des imperialen Russland Anforderungen, Zumutungen und Verzicht von Regierungen und allen Menschen abfordern wird. Das gemeinsame Ziel der Freiheit muss Vorrang haben vor jeder vorgebrachten Risikovermeidung. Denn ein unfreies Europa ist das größte Risiko, der GAU für uns alle.

Analyse

Der 28. Februar 2025 wird sich einreihen in die Bedeutung der letzten Februartage des Jahres 2022. Hatte der 24. Februar 2022 Europa mit Russlands massivem Angriffskrieg gegen die Ukraine, das zweitgrößte Land Europas, nicht nur den konventionellen Krieg nach Europa zurückgebracht, sondern die europäische Sicherheitsstruktur der Charta von Paris in ihren Grundfesten erschüttert, hatte der 27. Februar 2022 mit der Zeitenwende-Rede von Bundeskanzler Scholz uns allen klar machen sollen, dass die Zeit danach nicht mehr so sein wird wie die Zeit davor, so hat der 28. Februar 2025 gezeigt, dass die USA unter Trump mit der Abkanzelung von Präsident Selenskyj und seiner Putin nahen Politik zum Ukrainekrieg dieser „anderen Zeit“ in dramatischer Weise eine (Ab)Wendung aus einer gemeinsamen transatlantischen Verantwortung hinzufügen.

Trump ist nichts wichtiger, als Putin für einen Deal zu gewinnen. den er „Frieden“ nennt, aber „ceasefire“ meint. Dabei ist er bereit, Putin jede Art von Zugeständnis zu gewähren und zugleich die Ukraine und Europa unter Druck zu setzen, ja zu zwingen, die Besetzungen in der Ukraine und weitere politische und militärische Einschränkungen der Selbständigkeit zu akzeptieren.

Bevor der Blick nach vorne geht, um Handlungswege zu finden aus dieser „Sandwich-Lage" zwischen einem brutalen Diktator in Moskau und einem Autokraten, ja egomanischen Narzissten in Washington, sind einige Ereignisse und unterlassenes Handeln – spätestens seit 2014 – zu skizzieren.

- Die Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO und die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, die seit über 20 Jahren analysiert, erörtert und stückchenweise begonnen wurden, haben keine tragfähigen Ergebnisse gebracht, um jetzt wirkungsvoll und geschlossen aufzutreten;
- 2019, fünf Jahre nach der russischen Annexion der Krim, den Kämpfen im Donbass und der Erkenntnis, dass man es in China mit einem Systemrivalen zu tun haben werde, trat die neugewählte EU-Kommission unter von der Leyen mit dem Anspruch an: Die EU muss die „Sprache der Macht lernen" und „weltpolitikfähig" werden. Ich überlasse es dem Urteil des Lesers, was er davon in den vergangenen sechs Jahren erkannt zu haben glaubt;
- zwischen 2014 und 2022 waren alle westlichen Staaten nicht bereit, die schwachen Streitkräfte der Ukraine nicht nur zu beraten, sondern ihre Streitkräfte so aufzubauen und auszurüsten, dass die Ukraine eine einigermaßen glaubwürdige Abschreckung gegen Putins Destabilisierungsaktionen- und Angriffsabsichten herstellen konnte;
- seit Beginn der russischen Großinvasion im Februar 2022 waren die Solidaritätsbekundungen und Sätze wie – die Ukraine muss gewinnen, Russland muss verlieren lernen, Unterstützung „so lange wie nötig" auf Dauerton gestellt. Verbal betonte man, dass die Ukraine auch die Freiheit Europas verteidige, aber Entschlossenheit, so viel eigene politische, finanzielle und vor allem militärische Unterstützung zu leisten, dass die Ukraine gegen Putins Russland ihre Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit erfolgreich wiederherstellen konnte, unterblieb – oft wegen der Selbstabschreckung oder anderer innenpolitischer Gründe und Interessen – bis heute.

Und jetzt stehen NATO-, EU-Europa und all ihre Partner vor der Lage, dass Trump offensichtlich entschlossen ist, an der Seite Russlands einen Deal gegen die Ukraine und das freie Europa auszuhandeln, weil ihm entweder ein eurasisches Russland unter Putins Dominanz egal ist oder er die europäische Flanke „opfert", um Russlands Bindung an China wieder zu lockern.

Bei dieser Sachlage kommt es jetzt für die europäischen Staaten und ihre Partner nicht darauf an zu beklagen, was ohne die USA – gerade auch militärisch – nicht möglich ist, oder sich durch Trump gar in eine „friss oder stirb" Erpres-

sung drängen zu lassen. Es ist kennzeichnend, dass die Regierung Großbritanniens, das Land Churchills, am 2. März europäische Staatmänner und -frauen in London versammelt, um politische, finanzielle und militärische Entscheidungen auf den Weg zu bringen, besser noch zu beschließen, die klar machen, dass Russland keinen Sieg gegen das freie Europa und keine Unterdrückung der unabhängigen Ukraine erreichen kann. Das verlangt Einigkeit und Geschlossenheit. Und wo Parteigänger Putins in Europa dagegen stimmen, kann eine „große Koalition der Willigen" Entscheidendes bewirken. Ganz nach dem Satz, den einmal Donald Rumsfeld in einem eher unpassenden Zusammenhang gesagt hat: „The mission defines the coalition, not the coalition the mission".

Ein Europa mit einer Bevölkerung von über 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern, der drittgrößte Wirtschaftsraum der Welt und mit 1,2 Millionen Soldaten kann und wird nicht vor einem Diktator einer unterdrückten Bevölkerung von (abnehmenden) 140 Millionen seine politischen, finanziellen – und militärischen Waffen strecken. Wenn diese klare Botschaft mit allen sofort machbaren Maßnahmen in London zustande kommt, wird das auch seinen Eindruck auf den Dealmaker Trump nicht verfehlen.

Wenn nicht er selbst – bei der überzogenen Einschätzung seiner eigenen Beurteilungsfähigkeit – so werden eine Reihe seiner Berater, Senatoren und Repräsentanten sich erinnern und wissen, dass es in der Auseinandersetzung mit der imperialen Sowjetunion entscheidend war, zu erkennen, dass ein Aufhalten des Vormarsches – so wie heute eines imperial fixierten Russland Putins – nur erfolgreich sein kann und damals war, wenn Amerika möglichst viele verbündete Staaten an der Gegenküste an seiner Seite hat.

Staaten, Regierungen und allen Menschen in Europa, insbesondere im westlichen Teil, wird diese (allerdings schon länger absehbar) notwendige Abwehr und das Stoppen des imperialen Russlands Anforderungen, ja Zumutungen abfordern, die sie glaubten, nie mehr gewärtigen zu müssen. Dass dieses politische Ziel eines freien Europas und einer unabhängigen Ukraine erreichbar ist, wenn endlich alle an einem Strang ziehen, kann man daran erkennen, dass die Menschen in der Ukraine seit drei Jahren die Besetzung ihres Landes verhindern, obwohl sie mit begrenzter Hilfe zurechtkommen müssen.

Das gemeinsame politische Ziel der Freiheit hat und muss Vorrang haben, vor jeder vorgebrachten Risikovermeidung. Denn ein unfreies Europa ist das größte Risiko, der GAU für uns alle.

Unterstützung der Ukraine – „andere für Europas Freiheit kämpfen lassen“ – Juli 2025

Zusammenfassung

In der Haushaltsdebatte hat Vizekanzler Lars Klingbeil die Unterstützung gegen Russland für unsere Freiheit als notwendig herausgestellt. Dann ist die Frage berechtigt, warum diese so abgestuft und langsam erfolgte, dass Putins Aggression schon weit über drei Jahre anhält. Gruppen von Bürgern, Politikern und Regierungen mit unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Auffassungen über eine erfolgreiche Politik der Aggression, geben dafür Hinweise. Eine Gruppe folgt in Teilen Putins Narrativ und sieht eine verkleinerte Ukraine, neutral und unter russischem Einfluss. Eine zweite Gruppe bejaht jede Unterstützung der Ukraine, bremst sich selbst aber durch Eskalationsfurcht und Risikovermeidung. So kann sie Putin nicht zurückweisen und wird am Ende der Ukraine schmerzliche Zugeständnisse abfordern. Eine dritte Gruppe mit begrenztem politischem Einfluss hält das frühe Zurückweisen Putins für zwingend und fordert deshalb massive Unterstützung, da nur so eine fortgesetzte Gefahr für das freie Europa einzudämmen, ja zu verhindern ist. Ein Jeder mag entscheiden, wo er seine eigene Perspektive verortet.

Analyse

Bei der Einbringung des Haushalts 2025 hat Vizekanzler Lars Klingbeil zur äußeren Sicherheit auch den brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine angesprochen. Er stellte heraus, dass zusätzlich zur Landes- und Bündnisverteidigung als Gesamtverteidigung in der NATO auch die Unterstützung der Ukraine gegen Russland „für unsere eigene Freiheit“ notwendig ist und bleibt.

Bei der Einbringung des Haushalts 2025 hat Vizekanzler Lars Klingbeil zur äußeren Sicherheit auch den brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine angesprochen. Er stellte heraus, dass zusätzlich zur Landes- und Bündnisverteidigung als Gesamtverteidigung in der NATO auch die Unterstützung der Ukraine gegen Russland „für unsere eigene Freiheit“ notwendig ist und bleibt.

Seit über drei Jahren führt Russland einen zerstörerischen Luftkrieg gegen die gesamte Ukraine. Gerade in den vergangenen drei Monaten erfolgt dies mit besonderer Brutalität. Das verlangt schon eine Analyse, warum der „Westen“, der so häufig die territoriale Integrität, Souveränität und Freiheit der Ukraine und seine unerschütterliche Solidarität hervorhebt,

keine Mittel einsetzt bzw. der Ukraine übergibt, mit der die Lufthoheit über dem zweitgrößten Land Europas wieder hergestellt werden könnte. Bei einer über dreijährigen Kriegszeit wird jetzt immer noch von gerade zwei weiteren Patriot-Systemen gesprochen, wenn doch klar ist, dass etwa 25 weitere für einen einigermaßen abschreckenden Schutz des Landes erforderlich wären. Was hätte man in drei Jahren nicht alles dafür auf den Weg bringen können. Und jetzt reden wir auch über „weitreichende Waffensystem" zur Zerstörung von Basen, aus denen Russland seine Angriffe startet. Auch dafür wären mehr als 36 Monate Zeit gewesen, das aus Sicht jeder staatlichen Verteidigung Notwendige auf den Weg zu bringen.

Wie ist diese zähe, holprige und meist zu langsame und zu geringe Lieferung an die um ihre Existenz und damit auch unsere Freiheit kämpfende Ukraine zu erklären?

In Deutschland, aber auch anderen Ländern Europas gibt es unterschiedliche, ja gegensätzliche Auffassungen, welche Politik EU- und NATO-Staaten gegen den russischen Angriffskrieg in Europa verfolgen sollten.

Eine erste Gruppe gibt dem „Westen" mehr oder weniger große Mitverantwortung für die aggressive Politik Putins aufgrund der Öffnung von EU und NATO für osteuropäische Staaten des WP und die seit 1990 unabhängigen baltischen Staaten. Die so perzipierte Bedrohungsvorstellung im Kreml habe Anteil an Putins Aggression. Diese Vertreter lehnen deshalb meist Waffenlieferungen an die Ukraine ab und sehen, dass eine Einflusszone Russlands gegenüber Nachbarn und nun insbesondere der Ukraine für eine künftige Sicherheitsarchitektur in Europa nicht zu vermeiden ist, ja akzeptiert werden muss. Sie sind auch der Meinung, dass Sanktionen aufzuheben seien wegen geringer Wirksamkeit und eigener Nachteile. Das bedeutet, Russen-Interessen, die mit Krieg vorangebracht werden, werden vor Integrität, Souveränität und Freiheit der Ukraine gesetzt.

Eine zweite Gruppe verurteilt die völkerrechtswidrige Aggression Russlands als massiven Anschlag auf die Friedensordnung der Charta von Paris. Sie bejaht politische, finanzielle, wirtschaftliche, aber auch militärische Unterstützung der Ukraine. Sie will aber auf jeden Fall zwei Dinge vermeiden: erstens eine Ausweitung des Krieges und weitere Eskalation, zweitens „Kriegspartei zu werden". Das gibt jeder Risikovermeidung Vorrang vor dem Ziel einer freien, integren und souveränen Ukraine. Und so dümpelt die zahlenmäßig und

finanziell durchaus ansehnliche Unterstützung über die Jahre dahin, und führt nur zu einem mühsamen Halten an der Front und unzureichender Lufthoheit gegen feindliche Drohnen, Marschflugkörper und Raketen. Mit dieser Art der Unterstützung wird die Ukraine nicht in die „starke Position" für künftige Verhandlungen gebracht werden, die diese Gruppe immer wieder als notwendig bezeichnet.

Eine dritte Gruppe, die weniger in Regierungen zu finden ist, nimmt das von allen drei Gruppen geforderte Ziel nach einem (schnellen) Ende des (kinetischen) Krieges ernst. Aber sie macht klar, dass einem Waffenstillstand auf dem bestehenden Frontverlauf kein fairer Friede folgen kann. Denn die Berichte sind zahlreich, wie die Russifizierung in allen besetzten Gebieten, einschließlich der Krim massiv vorangetrieben wird. Deshalb wird eine massive Verstärkung militärischer Unterstützung aller Art gefordert. Und ebenso wichtig geht es um die Ausweitung und strikte Anwendung der Sanktionen gegen Russland und alle Staaten/Organisationen, die dagegen verstoßen.

Im Ergebnis führen Sicht- und Handlungsweisen dazu, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer auch nach fast dreieinhalb Jahren weiterhin kämpfen, leiden und versuchen müssen, ihren Staat zu erhalten. Einen Staat, der Beitrittskandidat der EU ist und dem die NATO noch im Dezember 2024 in Washington den „unumkehrbaren Weg zur Mitgliedschaft" zugesichert hatte.

Die erste Gruppe sieht als Ergebnis eine territorial verkleinerte Ukraine, die als „neutrales Land" im Einflussbereich Russland bleiben wird. Weiterreichende imperiale Ziele Putins will sie nicht erkennen. Und so ist die Auffassung verbreitet, mit diesem Russland eine neue Art von Koexistenz erreichen zu können.

Da die zweite Gruppe durch Risikovermeidung immer wieder gehindert wird, ihrem grundsätzlichen Ziele einer freien, integren, souveränen Ukraine näher zu kommen, ist das Ergebnis nach dreieinhalb Jahren Krieg ohne Perspektive, den Aggressor tatsächlich zurückzuweisen. Diese Gruppe wird am Ziel von EU und NATO festhalten, aber für Waffenstillstand und (prekären) Frieden der Ukraine auch schmerzliche Zugeständnisse abfordern. Mit den Worten von Bundeskanzlerin Merkel 2015 nach Minsk II wieder: „Bitter, aber unvermeidlich".

Die dritte Gruppe, deren politischer Einfluss derzeit begrenzt ist, erkennt die weiterreichenden imperialen Ziele Putins. Sie ist deshalb überzeugt, dass (nur)

das erfolgreiche Zurückweisen von Putins Aggression in der Ukraine, am ehesten eine fortgesetzte Bedrohung und Gefahr für das freie Europa eindämmen, ja verhindern kann.

Jeder mag entscheiden, wo er seine eigene Perspektive verortet.

Zum Autor: Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Anmerkung:

Die Beiträge geben die persönliche Auffassung des Autors wieder; einige erschienen erstmalig: Behörden Spiegel Newsletter Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik, Nr. 346, 21. März 2022; Behörden Spiegel Newsletter Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik, Nr. 395, 20. März 2023; Behörden Spiegel Newsletter Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik, Nr. 443, 5. März 2024.

Putins Maßlosigkeit und Israels Selbstverteidigung – Juni 2025

Klaus Olshausen

Zusammenfassung

Seit dem 13. Juni hat die israelische Regierung die offensive Verteidigung gegen Iran in die eigenen Hände genommen, auch weil sie die von der internationalen Gemeinschaft erwartete Unterstützung nicht erhalten hat. In derselben Woche hat Putin in St. Petersburg seine maßlosen imperialen Ziele gegen die Ukraine und das westliche Europa bestätigt.

Während die israelische Regierung – und das ganze Land – eine existenzielle Gefahr reduzieren und möglichst ausschalten wollen, hat Putin entschieden, mit einem brutalen Angriffskrieg zu Lande und in der Luft gegen das ukrainische Volk seinen politischen Zweck durchzusetzen, dass „Russland und die Ukraine ein Land sind".

Putins Behauptung, er habe präventiv handeln müssen, fällt in sich zusammen, da es keine „Unterdrückung der Russen in der Ukraine" gab und ein befürchteter Angriff westliche Staaten eine Fiktion war – und ist.

Israel erkennt, dass der Iran die Urananreicherung forciert, bereits über weitreichende Raketen verfügt und ggf. an atomar zu bestückenden Sprengköpfen arbeitet. Bei dieser Ausgangslage und der erreichten Schwächung der Proxys entschloss sich die israelische Regierung zur „offensiven Selbstverteidigung", die seit Samstag, 21. Juni, von den USA mit gezielten militärischen Einsätzen unterstützt wird.

Analyse

Seit dem 13. Juni hat die israelische Regierung die offensive Verteidigung in die eigenen Hände genommen. Denn weder bei der glaubwürdigen Verhinderung einer iranischen Atomwaffe, einschließlich der hoch entwickelten Raketen größerer Reichweite, noch beim Kampf gegen die vielfältig vom Iran unterstützten Milizen (Proxys), hat Israel die von der internationalen Gemeinschaft erwartete Unterstützung erhalten.

In derselben Woche hat Putin wiederholt seine imperialen Ziele gegenüber der Ukraine und dem westlichen Europa bestätigt. Zuletzt beim Wirtschaftsforum in St. Petersburg. Russland und die Ukraine seien eins und wo der „Stiefel eines russischen Soldaten" den Boden berühre, sei Russland. Putin will sein Land territorial vergrößern und über Staaten im östlichen und westlichen Europa sein Netz aus politischem, militärischem und ökonomischem Einfluss ausspannen.

Israel will erreichen, dass die Islamische Republik Iran ihr Ziel aufgeben muss, Israel als eigenständigen Staat auszulöschen. Gegen die vom Iran bewaffneten und ausgerüsteten Terrorgruppen der Hamas und der Hisbollah sind Israel wichtige Erfolge gelungen. Aber es ist klar, dass ihre fortdauernde Unterstützung durch den Iran keine dauerhafte Ausschaltung dieser Gruppen ermöglicht.

Denn die grenzenlose Leidenschaft des Hasses gegen Israel kann nicht ohne die zur Staatsräson verdichtete feindliche Absicht der Vernichtung gedacht werden. Das wirft für Israel die Frage auf, ob und wie seine Selbstverteidigung auf den Urheber der Angriffe von Hamas, Hisbollah und Huthi ausgedehnt werden muss. Dies ist umso drängender, als die massive Anreicherung von Uran und verfügbare weitreichende Raketen das Potenzial haben, Atomwaffen herzustellen. Sollte diese Massenvernichtungswaffe für die erklärte feindliche Absicht zur Verfügung stehen, könnte Israel zerstört oder aber zur politischen Unterwerfung gezwungen werden.

Während die israelische Regierung – und das ganze Land – eine existenzielle Gefahr reduzieren und möglichst ausschalten wollen, hat Putin entschieden, mit einem brutalen Angriffskrieg zu Lande und in der Luft gegen das ukrainische Volk seinen politischen Zweck durchzusetzen, dass „Russland und die Ukraine ein Land sind".

Bei Putin also ein maßloser imperialer Anspruch gegen das zweitgrößte Land Europas und bei Israel seine offensive Selbstverteidigung, um eine zerstörerische Absicht des Iran nicht Wirklichkeit werden zu lassen. Russland verbrämte seine Aggression mit dem Vorwurf, Russen seien in der Ukraine unterdrückt und in Gefahr, was nie glaubwürdig belegt wurde.

Israel steht nach dem Zurückdrängen der Hisbollah, dem fortgesetzten Kampf gegen die Hamas und der Abwehr der Luftangriffe der Huthi vor dem Problem, dass der eigentliche Feind, der hinter diesen Gruppen steht, seine Maßnah-

men zur Herstellung von Atomwaffen offenkundig fortsetzt. Israel vertritt die durchaus nachvollziehbare Beurteilung, dass der Iran sich mit seinen Proxys seit mindestens zwei Jahren schon im Krieg mit Israel befindet. Das hat der Iran selbst mit seinen massiven Luftangriffen auf Israel im Mai 2024 ja auch in eklatanter Weise klar gemacht.

Als Russland ab Herbst 2021 seinen militärischen Aufmarsch gegen die Ukraine im Norden, Osten und Süden des Landes mit zuletzt über 130.000 zum Angriff bereiten Soldaten durchführte und Putin schon im Sommer 2021 explizit die Ziele seines später „militärische Spezialoperation" genannten Angriffskrieges öffentlich dargelegt hatte, gab es für die Ukraine allein keine politischen und militärischen Möglichkeiten, dem sich anbahnenden Unheil mit „offensiver Selbstverteidigung" zu begegnen.

Regierungen westlicher Staaten wollten zum Teil nicht glauben, dass Putin die Invasion tatsächlich durchführen würde. Und andere drohten für den Fall eines Angriffs „hohe Kosten" an, aber nur in Form von Sanktionen, die sich seit über drei Jahren als überschaubar und auch mit einem 18. Paket nicht als durchschlagend erweisen. So bleibt die Resilienz der Ukraine bis an ihre Grenzen gefordert, zumal die westliche Unterstützung wichtig, aber für eine Wende des kriegerischen Geschehens unzureichend bleibt. So kann Putin in dieser Woche erneut selbstbewusst seine maßlosen Ziele der anwesenden Welt als erreichbar verkünden.

Diese Erkenntnis hat in einer Lage, in der der Iran an mehreren Fronten der „Achse des Widerstands" geschwächt ist, letztlich auch die Trump Administration zur Entscheidung geführt, Israel mit eigenen Luft- und Seestreitkräften beizustehen, nachdem seit über 20 Jahren durch Verhandlungen Irans Verzicht auf nukleare Bewaffnung nicht zweifelsfrei gelöst worden ist.

Israel kann den Kampf gegen die „Achse des Widerstands" auf Dauer nicht nur gegen die diversen Milizen und Terroristen führen. Israel kann es nicht darauf ankommen lassen, dass der Hauptfeind Iran ggf. in kurzer Zeit das hoch angereicherte Uran, die vorhandenen Raketen und möglicherweise bereits in der Entwicklung befindliche Sprengköpfe für Atomwaffen zusammenfügt und dann das Drohpotenzial und ggf. die Atomwaffe selbst gegen Israel zum Einsatz bringen kann.

Die heftige politische Diskussion, ob Israels Angriffe engen Kriterien für eine präemptive oder präventive Selbstverteidigung entsprechen, übersieht, dass Israel oder jedes andere Land, dem der Gegner permanent mit Zerstörung droht mit Blick auf einen möglichen Einsatz von Massenvernichtungswaffen seine

Schritte der Selbstverteidigung nicht an der Immanenz eines konventionellen Angriffs orientieren kann und darf, wenn es dem Risiko seiner Vernichtung begegnen will. Diese Erkenntnis hat in einer Lage, in der der Iran an mehreren Fronten der „Achse des Widerstands" geschwächt ist, letztlich auch die Trump Administration zur Entscheidung geführt, Israel mit eigenen Luft- und Seestreitkräften beizustehen, nachdem seit über 20 Jahren durch Verhandlungen Irans Verzicht auf nukleare Bewaffnung nicht zweifelsfrei gelöst worden ist.

Putins Behauptung, sein Angriff habe einer weiteren Unterdrückung von Russen begegnen und einem absehbaren Angriff westlicher Staaten zuvorkommen müssen, fällt in sich zusammen, wenn man die sehr begrenzte Abwehrfähigkeit der Ukraine im Winter 2022 vor Augen hat und die wiederholten Erklärungen der westlichen Staaten vor Putins Angriffsbefehl, dass man einem russischen Angriff auf die Ukraine nicht mit eigenen Truppen entgegentreten werde. Im Fall Putins, war eine angebliche Unterdrückung von Russen sowie ein befürchteter, bevorstehende Angriff westlicher Staaten eine bewusst gewählte Fiktion.

Israel musste seit Jahren einen kräftezehrenden Kampf gegen „die Achse des Widerstands" – mit Iran als Kraft-Zentrum – führen und sieht, dass das iranische Regime seine Vorbereitungen für waffenfähiges Uran, die Entwicklung seiner weitreichenden Raketen, die mit konventioneller Bewaffnung schon jetzt Ziele in Israel erreichen, vorantreibt. Und es besteht Unklarheit über eine Entwicklung von Sprengköpfen für atomare Waffen. Bei dieser Ausgangslage und der erreichten Schwächung der Proxys des Iran, entschied sich die israelische Regierung für eine offensive Selbstverteidigung, um auch das kleinste Risiko atomarer Vernichtung frühzeitig zu beseitigen. Es muss sich zeigen, ob die militärische Unterstützung der US-Administration bei der Zerstörung der nuklearen Anlagen des Iran Möglichkeiten eröffnet, den „nuklearen Verzicht" des Iran für die Zukunft durch Abkommen zu bestätigen.

Es muss sich zeigen, ob die militärische Unterstützung der US-Administration bei der Zerstörung der nuklearen Anlagen des Iran Möglichkeiten eröffnet, den „nuklearen Verzicht" des Iran für die Zukunft durch Abkommen zu bestätigen.

Anmerkung: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Zum Autor: Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

GRUNDLAGEN
STRUKTUREN
FORSCHUNG

NIKE - DER SIEG

EDITORIAL

Ein besonderes Jahr: 2025 – das Ende des ersten Vierteljahrhunderts, das unsere Welt nach der Jahrtausendwende fundamental verändert zeigt. Vor siebzig Jahren, am 12. November 1955, die Geburtsstunde der Bundeswehr. Hinzu tritt das Jahr 1945 – vor achtzig Jahren als Synonym des Endes des Zweiten Weltkrieges, der außerhalb Deutschlands oft in strukturellem Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg seit 1914, einem fast Dreißigjährigen Krieg also, betrachtet wird: umso mehr der wieder entstandene Wunsch „Zum Ewigen Frieden"(Immanuel Kant, 1795).

Stehen wir in einer historischen „Sattelzeit" (Reinhart Koselleck), an dem Wende- oder modischer Kipp-Punkt, der vieles, was eben noch zum Frieden und vom Kriege gedacht und gesagt wurde, ändert oder bereits verändert hat: ‚Clausewitz reloaded'?

Wortgewaltige Deklaratorik der Neuanfänge und Zeitenwenden, einer Kriegs- oder jüngst „Friedenstüchtigkeit" (Angela Merkel), kann höchst unzureichend darüber hinwegtäuschen, dass die Ursachen der jetzt als dystopisch empfundenen Krise in jahrzehntelangen Zeitlinien gewachsen sind - unter Verkennung der Grundlagen von Strategie, der Notwendigkeit zu geopolitischem Denken, strategischem Handeln der Politik, aber auch des Militärs. Wurde denn niemals vor Illusionen gewarnt?

Mit der Neuauflage des Jahrbuchs der Clausewitz Gesellschaft werden im weiten Bogen der politischen, militärischen, rechtlichen und philosophischen Grundlagen in fundierten Abhandlungen und Essays aktuelle Entwicklungen akzentuiert beleuchtet – aus weltweiten Perspektiven, wie auch besonders am Beispiel des Ukrainekrieges.

Weithin wenig erkennbare differenzierte Konfliktlösungsansätze in einer manichäisch oftmals schwarz-weiß grundierten öffentlichen Debatte weisen auf ein Kernproblem: Wird unsere Zukunft eine eher moralethisch fundierte, eine regelbasierte oder eine Ordnung der normativen Kraft des Faktischen bestimmen, deren Rahmen das medial und auch militärisch wie technologisch immer innovativere Mögliche bildet?

Die hier versammelten Beiträge bieten vielschichtige Grundlagen für diesen Diskurs.

Dietrich Achim Kluge

ARMA

KAPITEL

ARMIS ET LITTERIS Zur Theorie ‚neuer' Kriege unserer Zeit

Wie geht Strategie?
Sunzi und das Ausgezeichnete am Denken Carl von Clausewitz'

Manuela Christina Pietraß

Abstract

In folgendem Beitrag wird die These vertreten, dass das Herausragende der beiden weltberühmten Militärtheoretiker Sunzi und Carl von Clausewitz auch an der Art ihres Denkens liegt. Wie kommt es dazu, dass der von ihnen betrachtete Gegenstand, der Krieg, in einem so anderen und hellen Licht erscheint, dass sie weltbekannt wurden? Wie sie denken, und worin sich Clausewitz' Denken gegenüber jenem Sunzis unterscheidet und es weiter übergreift, ist Gegenstand der vorliegenden Untersuchung. Sie zeigt auf, worin sich die Strategiebegriffe unterscheiden und erklärt das Herausragende am Ansatz Clausewitz'.

Wie kommt es dazu, dass der von ihnen betrachtete Gegenstand, der Krieg, in einem so anderen und hellen Licht erscheint, dass sie weltbekannt wurden?

1. Einleitung

Die Unterscheidung von Strategie und Taktik ist der große theoretische Beitrag Sunzis und von Clausewitz'. Zu ihrem jeweiligen Strategiebegriff können sie kommen, weil sie eine besondere Betrachtung von Taktik vornehmen, die es ihnen ermöglicht, das Strategische an der Taktik auszudifferenzieren. Mit dem Begriff der Reflexion, der die sich zurückbeugende Perspektive auf ein vorangehendes Ereignis ausdrückt, wie die historisch-rückblickende Erfassung von Gefechtsverläufen, ist ein solcher Denkprozess nur teilweise erfassbar. Denn die im lateinischen Verb „reflectere" enthaltene Bedeutung „zurückbeugen" oder auch „widerspiegeln" sagt nichts darüber aus, wie das Reflektierte in den Blick genommen wird. Beim Reflektieren spielt gemäß gängigem Verständnis ganz einfach schon die Distanz eine Rolle, die zwischen dem Reflektierten und dessen Reflexion liegt. Diese Distanz weitet die Perspektive und setzt dadurch das Geschehene in einen anderen Maßstab. Damit aber ist das Denken Sunzis und von Clausewitz' nicht vollständig erfassbar: Sie entdecken, wie folgend gezeigt wird, etwas dadurch, dass sie auf eine besondere Weise denken.

2. Sunzi und Clausewitz im Vergleich

Die Besonderheit des Denkens von Sunzi und Clausewitz wird folgend unter Anwendung eines systemtheoretischen Konzeptes, jenem der Beobachtung (der Umwelt) nach Niklas Luhmann erklärt. Dazu wird (1) das Referenzsystem untersucht, welches Sunzi und Clausewitz jeweils verwenden, um zu ihrem Verständnis von Strategie zu gelangen und (2), was Clausewitz' Referenzsystem gegenüber jenem Sunzis auszeichnet. Dazu wird Luhmanns Theorie der „Beobachtung erster und zweiter Ordnung" angewendet. Dieses bei Luhmann zentrale Konzept zur Erklärung des Verstehens von Welt unterscheidet Erklärungen, die mittelbar, unter Einbezug der mit Hilfe von Medien niedergelegten Erklärungen von Welt wahrgenommen werden von jenen, die direkt wahrgenommen („beobachtet") werden. Im dritten Abschnitt dieses Punktes werden beide Ansätze miteinander verglichen.

2.1 Strategie in Sunzis „Die Kunst des Krieges"

Die Schrift „Die Kunst des Krieges" (Sunzi) wird je nach Quelle um 500 vor Christus datiert, die erste Niederschrift, die erhalten ist, auf ca. 2. Jahrhundert vor Christus (Corff 2020, S. 215). Zur einfacheren Weiterbearbeitung durch daran Interessierte wird folgend die im Internet als pdf erhältliche Version verwendet.

Grundsätzlich ist Strategie nach Sunzi eine Regel, die auf Erfahrung basiert: „So sucht im Krieg der siegreiche Stratege nur dann den Kampf, wenn der Sieg bereits errungen ist, wogegen einer, der zum Untergang verurteilt ist, zuerst kämpft und danach den Sieg sucht." (S. 16) Nur der Verzweifelte, der keine andere Wahl mehr hat, kämpft. Denn er muss kämpfen und kann nur noch hoffen, im Kampf der Überlegene zu sein. Diese Einsicht Sunzis basiert auf dem Wissen über Über- und Unterlegenheit in einem Kampf, über Stärke und Schwäche. Wem es gelingt, diese Situation von vornherein zu vermeiden, hat mehr Chance überlegen zu sein, weil er das Verlieren vermeidet, während jener, der aufgrund seiner Schwäche kämpfen muss, versuchen muss, dem Unterlegensein zu entgehen. Der Stratege hat mehr Gewinnchancen.

An der darauffolgenden Stelle zur Strategie wird nochmals deutlich, was bereits vorangehend auffiel: „Es gibt Straßen, denen du nicht folgen, und Städte, die du nicht belagern darfst. [….] Diese ausgezeichnete Strategie…" (S. 28). Hier wird wieder ein auf Erfahrungen basiertes Wissen zu einer Regel geformt. Die

Erfahrungen sind von geringerem Allgemeinheitsgrad als die vorangehenden, weil in ihnen ein Ausschluss enthalten ist: Nicht alles erobern, was sich in den Weg stellt, sondern nur das, was eroberbar ist; d. h. also der ersten Regel folgend, dass der siegreiche Stratege nur dann den Kampf sucht, wenn von vornherein sicher ist, dass er ihn gewinnt.

Strategie ist in beiden Beispielen die Fähigkeit, durch die Anwendung von Erfahrungswissen bereits im Vorhinein einen Kampf oder dem Sieg abträgliche Bedingungen zu vermeiden. Im dritten Zitat wird noch etwas Weiteres an der Strategie erkennbar: „Alle Menschen können die einzelnen Taktiken sehen […] doch fast niemand kann die Strategie sehen" (S. 22).

Zunächst zur Sichtbarkeit von Taktik: Taktik wird am realen Kampfbeispiel erkennbar. Sie erscheint als Kampfhandlung, als ein situatives Geschehen, in welchem sie entsteht und in welchem sich Handlung und Handlungsfolgen entäußern: „Wer seine Taktik auf seinen Feind abstimmt und deshalb den Sieg erringt, kann ein vom Himmel geleiteter Anführer genannt werden." (S. 22) So besitzt die Taktik wohl eine gewisse Planmäßigkeit, aber entscheidend ist die Abstimmung auf die Situation: „Die shuairan ist eine Schlange, die in den Chang Bergen gefunden wird. Schlage ihr auf den Kopf, und der Schwanz wird dich angreifen; schlage ihr auf den Schwanz, und der Kopf wird dich angreifen; schlage sie in der Mitte, und Kopf und Schwanz werden dich angreifen." (Sunzi, S. 48) Taktik ist die Art und Weise des Kämpfens, sie werde wie die Musik aus fünf Noten aus nur wenigen Grundelementen immer wieder neu zusammengesetzt (Sunzi, S. 17). Taktik ist die Fülle der Empirie, die aber dadurch strukturiert werden kann, dass man sie im Sinne typischer Weisen einsetzt, also Taktiken, wie man einen Kampf führt, z. B. die Überraschung und die Täuschung (Sunzi, S. 15). Sunzi beobachtet, dass ein Kampf offenbar einem Ablauf folgt, dass er sich nicht zufällig so ereignet, wie es geschieht, sondern man kann bestimmte Besonderheiten erkennen, wie z. B. Straßen, die grundsätzlich ungünstig sind für einen siegreichen Kampfverlauf.

Diese Regelmäßigkeiten sind aus dem unmittelbaren Kampfgeschehen ableitbar, sie sind Kampf-Praktiken, die man anwendet, wobei für den Sieg aber entscheidender ist, die Taktik an die Situation anzupassen. Der Taktiker muss also über Geschmeidigkeit verfügen, er darf nicht starr an einer Taktik festhalten, sondern kann und muss sie dem Vorgehen des Feindes anpassen. Insofern sind Taktiken unendlich in ihrer Zahl: Sie sind letztendlich nichts als das Herausanalysieren typischer Elemente von Kampfhandlungen und erst eine

Vielzahl solcher Analysen lässt sowohl die Elemente erkennbar werden als auch typische Kombinationen aus ihnen. Sunzis Werk ist von hoher Bedeutung, weil er solche Regelmäßigkeiten erkennt und niederschreibt. Sunzi ist sich dessen bewusst (S. 50) und zählt einige Taktiken auf: „Die verschiedenen Maßnahmen, die den neun Geländearten entsprechen; die Anwendung aggressiver oder defensiver Taktiken; und die grundlegenden Gesetze der menschlichen Natur: Dies sind die Dinge, die gewissenhaft studiert werden müssen" (S. 50), wie er im Hauptkapitel über Taktik schreibt.

Sind solche Besonderheiten erkannt, können sie als ungünstig oder günstig bestimmt werden. Dass sie genauso genutzt oder gemieden werden, ist für Sunzi ein Hinweis darauf, dass dies nicht zufällig geschieht, sondern einer Absicht folgt und diese Absicht ist das, was „unsichtbar" ist: Sie wird sichtbar an der auffällig werdenden Nutzung und Erzeugung bestimmter Voraussetzungen, die offenbar immer wieder geeignet sind, das Kampfgeschehen günstig zu beeinflussen. Die Taktik kann man sehen, die Strategie muss man aus dem im Ereignis sichtbar Werdenden erschließen.

Dies liegt einerseits an der Langfristigkeit des Beobachteten, denn es sind viele einzelne Gefechte, es könnten aber auch bewusst vermiedene oder noch nicht stattgehabte Gefechte sein, die die Strategie realisieren. Doch auch hier ist es so, dass nicht das nicht-Stattfinden, sondern erst die Einbettung des nicht-Stattgehabten in einen größeren Zeitverlauf die Strategie sichtbar werden lassen kann.

Der, der das Handeln beobachtet, also Sunzi, und darin Regelmäßigkeiten, Zielsetzungen erkennt oder zu erkennen glaubt, betrachtet, wie etwas zustande kam und schreibt dies dem Handelnden zu. Erst durch diese Zuschreibung kann darauf geschlossen werden, dass es hinter den einzelnen Handlungen eine Absicht gibt, die ihnen ihre Zufälligkeit des sich-Ereignens nimmt und sie in einem übergeordneten Sinngefüge verflicht. Ob die Deutung richtig oder falsch ist, bleibt verborgen. Der Handelnde ist eine *black box*. Dass Sunzi trotz dieser Unsichtbarkeit der Handlungsabsicht eine solche aus den Gefechtsverläufen rekonstruiert und sie benennt, ist seine große Entdeckung und damit ist er seiner Zeit weit voraus. Luhmann bezeichnet eine solche Entdeckungsfähigkeit, wie sie Sunzi besitzt, als „Latenz": „die Möglichkeit, zu beobachten und zu beschreiben, was andere nicht beobachten können" (1992, S. 89). Erst mit dem Buchdruck wurde die Voraussetzung für die Fähigkeit, etwas „zu beobachten, was andere nicht (und zwar: konstitutiv nicht) beobachten können" (ebd.) geschaffen. Denn mit dem Lesen gewinne der Leser, Luhmann bezieht

sich auf die Belletristik, „die Einblicke in die Motivstruktur der Helden, die diesen selbst verschlossen sind“ (ebd.). Sunzi wird sich auch auf mündliche Überlieferungen bezogen haben, weil es zu seiner Zeit noch kaum Möglichkeiten des Aufschreibens und einem Studium zuhandene Schriftstücke gab (die ältesten chinesischen Schriftfunde sind 1200 Jahre vor Christus datiert, Papier wurde ab ca. 100 v. Chr. verwendet). Insofern waren die Voraussetzungen, den von ihm vollzogenen Beobachtungsprozess vorzunehmen, sehr viel schwieriger zu leisten als zur Zeit eines bereits etablierten Buchdruckes – was die Außergewöhnlichkeit seiner geistigen Fähigkeiten zeigt. Sunzi konnte kraft seiner Denkfähigkeit seine Beobachtungen vornehmen und, indem er sie niederschrieb, auch anderen zugänglich werden lassen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei der oralen Kultur „die Varietät der Wiederholung untergeordnet ist“ (Esposito 2002, S. 104), d. h. aus der Varietät der Einzelfälle Generalisierungen vorgenommen werden müssen und dies ohne die Möglichkeit eines schriftlichen Festhaltens von Einzelfällen zu ihrem Vergleich.

Das Aufschreiben ermöglicht die Herstellung der Differenz zwischen dem Beschreibenden und dem Beschriebenen (vgl. Luhmann 1997, S. 98). Strategie ist die Unterscheidung, die eingeführt wird, um den Regelmäßigkeiten der Gefechte, also den Taktiken, eine Metaebene zu verleihen. Sunzi markiert so mit seinem Vorgehen einen epistemischen Evolutionsschritt: Er unterscheidet unmittelbares Handeln von geplantem Handeln. Dem strategischen Handeln können damit Handlungsintentionen als dem real stattfindenden Handeln übergeordnete Ebene zugeschrieben werden. Sunzi entdeckt so einen wesentlichen Sachverhalt: Hinter dem Handeln, das man sieht, kann etwas liegen, das man nicht sieht und das das Handeln mitbestimmt. Damit nimmt er gemäß der systemtheoretischen Erkenntnistheorie Luhmanns eine Beobachterposition ein (1997, S. 103). Der Beobachter ist in diesem Fall Sunzi oder jede Person, die sein Buch liest und nun durch das Buch darauf hingewiesen wird, dass hinter dem Handeln eine Art unsichtbarer Plan stecken könnte. Das setzt die „Diskriminierkapazität“ voraus, zwischen dem Handeln und einem absichtsvollen Plan, der dahinter liegen könnte zu unterscheiden (Luhmann 1997, 100). Über eine solche verfügt nicht allein der Mensch, doch er hat mit dem Aufschreiben eine bessere Kapazität dazu gewonnen.

Sunzis Werk entsteht zu einer Zeit, als das Aufschreiben zwar noch eine wenig verbreitete Technik ist und somit wenig Schriften vorliegen, doch die Kapazität des Beobachtens wird durch die mit dem Aufschreiben gegebene Reflexivierbarkeit des Beobachtens erhöht. Damit ist eine Distanzierungsmöglichkeit von

dem, was beobachtet wird, gegeben: Das sind Gefechte, die im mündlichen und schriftlichen Gedächtnis der damaligen Gesellschaft aufgehoben sind. Sunzi stellt an diese Gefechte eine „Wie"-Frage: Er konzentriert sich nicht auf das „Was", also die Gefechte, sondern auf die Art und Weise deren Durchführung (vgl. Luhmann 1997, S. 103). Dabei geht Sunzi noch einen Schritt weiter: Er beschreibt nicht nur, wie er Gefechte auf deren „Wie" hin beobachtet, sondern er benennt das „Wie" und nennt es „Strategie". Damit wird eine Unterscheidung getroffen: die andere, unsichtbare Seite der Taktik wird betrachtet und den Unterschied, den er dadurch markiert, bezeichnet Sunzi als Strategie (vgl. Luhmann 1997, S. 102). Vom Gefecht zur Strategie zu kommen, ohne in Gefechtsverläufen Taktiken zu erkennen, wäre nicht möglich: Die erste Beobachtung ist das Erkennen eines Wie in den Gefechten, das sind die Taktiken, die angewendet werden auf eine bestimmte Weise, was auf eine Strategie hindeutet.

Indem Sunzi seine Beobachtungen aufschreibt, verschafft er seiner Leserschaft einen Vorteil: Auf Ebene des Gefechtes bleibt dem Soldaten nichts, als sich auf das zu konzentrieren, was er unmittelbar erlebt. Auf der Beobachtungsebene des „Wie" hingegen wird das erkennbar, was unwahrscheinlich ist, also außerhalb der Taktik liegt. Damit rückt die Kenntnis der Strategie den Kriegsverlauf in ein Reich des Möglichen, das durch eine Strategie eingehegt und zum Wahrscheinlichen gemacht wird (Luhmann 1997, S. 103). Sunzis Werk lässt Taktiken sichtbar werden an Beispielen und ermöglicht es mit der damit gegebenen Abstraktion von etwas, das nach einem bestimmten Ablauf geschieht, nämlich einer Taktik, den Begriff der Strategie als weitere Abstraktion abzuheben. Damit treten individuelles Wissen und der subjektiv memorierte Einzelfall in eine Generalisierung und Typifizierung ein. Die Strategie tritt als ihre Unsichtbarkeit plötzlich als etwas möglicherweise Vorhandenes auf und verliert damit seine Unsichtbarkeit als solche. Sie bleibt aber im konkreten Einzelfall solange unsichtbar, solange die handelnde Person nicht offenlegt, dass sie eine bestimmte Strategie verfolgt. Dieser Punkt wird nun selbst zu einem Punkt der Strategie und der Taktik mit der Frage, wann man wem wie seine Strategie kommuniziert oder es eben so lange unterlässt, bis der Gegner die Strategie erkennt, wozu ihm wieder die Kenntnis vom Vorhandensein von Strategie hilft.

Die Strategie tritt als ihre Unsichtbarkeit plötzlich als etwas möglicherweise Vorhandenes auf und verliert damit seine Unsichtbarkeit als solche.

2.2. Strategie in Clausewitz „Vom Kriege“

Carl von Clausewitz‘ Beitrag zur Strategie entsteht zu einer Zeit, als der Buchdruck in Europa bereits ca. 360 Jahre alt ist und die Wissenschaft sich als eigene Wissensform und mit einem eigenen literarischen Format, der wissenschaftlichen Publikation, zunehmend ausdifferenziert (Giesecke 1991; insb. Kap. 6, S. 499 ff.). Clausewitz kann bereits auf einen Literaturkorpus zurückgreifen und macht davon auch umfassend Gebrauch, was an seinen Verweisen auf von ihm rezipierte Schriften deutlich wird. So kritisiert er im ersten Buch seines Werkes die Defizite vorhandener Theorien und Sichtweisen und hebt seine eigenen Intentionen und Leistung in ihrem Unterschied dazu hervor.

Die herausragende Leistung Carl von Clausewitz‘ kann aus geisteswissenschaftlicher Perspektive darin gesehen werden, dass sein Werk „Vom Kriege“ eine Fülle an Gesetzmäßigkeiten beschreibt, die er aus dem Studium der Literatur und einer großen Fähigkeit, Elemente zu abstrahieren und Zusammenhänge zwischen beschriebenen Ereignissen zu erkennen und diese zu benennen, gewinnt. Aufgrund der in Gesetzmäßigkeiten verdichteten Beobachtungen besitzt sein Werk ein hohes Abstraktionsniveau. Um eine Theorie auszuformulieren, muss man sich der Sprache mit ihren grammatischen Möglichkeiten bedienen. Sie ist das grundlegende Werkzeug für die schwierige Aufgabe, etwas zu beschreiben, das nicht als empirische Faktizität vorliegt, sondern weitgehend von Menschenhand gesteuert ist und sich zugleich als reales Ereignis in Einzigartigkeit und Unvorhersehbarkeit vollzieht. Die damit gegebene Komplexität des Gegenstandes Krieg, der in seinen realen Bedingungen erfasst werden muss, ohne als realer je erfassbar zu sein – Clausewitz hat hierfür den Begriff der „Friktion“ geprägt – ist der Grund für seine teilweise wenig einfach zugängliche Sprache. Doch zugleich erfasst deren Komplexität die Komplexität des von ihm Erkannten. Clausewitz‘ erreicht gegenüber Sunzi eine größere analytische Tiefe und damit einen, für eine immer mehr Komplexität entwickelnde Gesellschaft wie die heutige, besser geeigneten Anwendungswert seines theoretischen Instrumentariums. Er entwickelt dies auf der erwähnten Basis eines bereits vorhandenen militärtheoretischen und -historischen Literaturkorpus. Clausewitz besitzt damit den Vorteil, für seine Überlegungen schriftliche Quellen nutzen zu können, deren Wissen „festgestellt“, also immer wieder als gleiches lesbar ist in Form von Texten. Sie weisen zur Zeit Clausewitz‘ bereits eine bestimmte Standardisierung des schriftlich Dargestellten als sachlich-wissenschaftliche Texte auf (vgl. Giesecke 1991). Dies erleichtert es, die Begriffe Taktik und Strategie als in dem durch Clausewitz beschriebenen Referenzverhältnis zu entdecken und

zu definieren. Der Leser muss sich nicht mehr wie bei Sunzi im ersten Buch dessen Werkes eine Definition erschließen. Sondern, auch dies ist ein Charakteristikum eines wissenschaftlichen Werkes, er findet sie bereits formuliert vor. Der analytischen Bedeutung einer solchen Begriffsdefinition ist Clausewitz sich durchaus bewusst, denn nur so, schreibt er, könne die Verschiedenheit beider Tätigkeiten, also Taktik und Strategie, deutlich gemacht werden (S. 55).

Die Kriegführung ist „die Anordnung und Führung des Kampfes", der wiederum aus einzelnen „Akten", den Gefechten, besteht. Bis hierhin gleichen sich beide Begriffe von Strategie, auch wenn Clausewitz bereits abstrakter und regelhafter formuliert: „…diese Gefechte in sich anzuordnen und zu führen und sie unter sich zum Zweck des Krieges zu verbinden" ist im ersteren Fall die „Taktik", im letzten Fall die „Strategie" (S. 50). Carl von Clausewitz' Unterscheidung von Strategie und Taktik ist dann so knapp wie klarsichtig. Bekanntlich definiert er Taktik als „die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht" und Strategie als „die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zweck des Krieges" (Clausewitz 1832, S. 50). Mit dem Begriff der Lehre kommt ein, der Wissensentwicklung seiner Zeit entsprechendes, wissenschaftlich-disziplinäres Verständnis hinzu. Denn durch den Lehrbegriff wird ein für Praxisanwendungen erforderlicher Allgemeinheitsgrad festgelegt in Form von analytischem Wissen auf Ebene der Zusammenhänge, Kausalitäten, Gesetzmäßigkeiten. Deutlich wird dies beispielhaft in folgendem Zitat: „Die Strategie hat es eigentlich nur mit dem Gefecht zu tun, aber ihre Theorie muß den Träger dieser eigentlichen Tätigkeit, die Streitkraft, an sich und in ihren Hauptbeziehungen mit betrachten, denn das Gefecht wird durch sie gegeben und äußert seine Wirkungen wieder zunächst auf sie." (ebd., S. 95) Zugleich zeigen solche hochabstrakt anmutenden Sätze, wenn man sich in sie hineindenkt, Clausewitz' ausgezeichnete Fähigkeit geisteswissenschaftlichen Herangehens: Die Ableitung von Abstraktionen aus einer Vielzahl von Einzelfällen und dies so in Worte zu fassen, dass ein ganzes Feld von sinnhaften Beziehungen zwischen menschlichem Handeln und dessen Wirkungen und Handlungsabsichten mit ihrer Wirkungskraft auf das Geschehen und vom Geschehen auf sie, systematisch erschlossen wird.

Die Weiterentwicklung Clausewitz' Ansatz gegenüber jenem Sunzis wird wesentlich durch die Unterscheidung von Zweck und Mittel erfasst: Zweck als das, was man mit einem Krieg erreichen will und Ziel als das, was man im Kriegsprozess erreichen will.

Die Weiterentwicklung Clausewitz' Ansatz gegenüber jenem Sunzis wird wesentlich durch die Unterscheidung von Zweck und Mittel erfasst: Zweck als das, was man mit einem Krieg erreichen will und Ziel als das, was man im Kriegsprozess erreichen will (S. 445). Durch diese Unterscheidung ist der Ansatz Clausewitz' in seiner Besonderheit bekanntlich ausgezeichnet: Ein Zweck verlangt immer ein Mittel, Zweck und Mittel sind bei Clausewitz auf der taktischen und der strategischen Ebene nicht dieselben, anders als bei Sunzi. Bei Clausewitz ist bei der Taktik Zweck des Gefechtes der Sieg, sein Mittel sind die Streitkräfte. Doch auf Ebene der Strategie ist der Krieg ein „politisches Instrument" (S. 15), ein Zweck – zum Ziel des Friedens (S. 18). Sein Mittel ist der Gebrauch der Gefechte: „Die Strategie ist der Gebrauch des Gefechts zum Zweck des Krieges" (S. 95). Damit ist das Gefecht auf Ebene der Taktik Zweck und auf Ebene der Strategie Mittel. Voraussetzung für diese gegeneinander verschobene Einordnung des Gefechtes auf Ebene der Taktik und der Strategie ist, dass Clausewitz den politischen Zweck des Krieges „außer seinem Gebiete" liegend ansiedelt (S. 18). Hier liegt Clausewitz' wesentliche Entdeckung. Denn damit hat die Strategie andere Ziele als die Taktik, das Gefecht wird auf beiden Ebenen je unterschiedlich referenziert. Clausewitz legt dies an dem Sachverhalt fest, dass „der Krieg in der Wirklichkeit sich von seinem ursprünglichen Begriff oft sehr weit" entferne, was dann der Fall sei, wenn das Kräfteverhältnis sehr unausgewogen sei. Der ursprüngliche Begriff von Krieg setze voraus, dass es eine „wahre Polarität" zwischen Wirklichkeit und Begriff gebe: „Das Prinzip der Polarität ist nur gültig, wenn diese an ein und demselben Gegenstand gedacht wird, wo die positive Größe und ihr Gegensatz, die negative, sich genau vernichten." (S. 11) Denn der Zweck, „das Wehrlosmachen des Gegners" sei nicht immer das Ziel des Krieges. Frieden könne zu einem früheren Zeitpunkt erreicht werden oder „wenn der Gegner bedeutend mächtiger" sei (ebd., S. 19).

Taktik und Strategie besitzen mit ihren unterschiedlichen Zielsetzungen unterschiedliche Referenzsysteme. Um diesen Unterschied zu verstehen, ist die Differenzierung zwischen Politik und Krieg bei Clausewitz zu betrachten. Die Politik ist mit ihrer strategischen Relation zum Krieg von anderer Natur als das, was den Krieg ausmacht, das Gefecht, zu dem nicht die Politik, sondern der Gebrauch der Streitkräfte, also das Militär, in zweckhafter Relation steht: „Die Strategie […] muß also dem ganzen kriegerischen Akt ein Ziel setzen, welches dem Zweck desselben entspricht, d. h. sie entwirft den Kriegsplan, und an dieses Ziel knüpft sie die Reihe der Handlungen an, welche zu demselben führen sollen, d. h. sie macht die Entwürfe zu den einzelnen Feldzügen und ordnet in diesen die einzelnen Gefechte an." (ebd., S. 95) Die Taktik hingegen hat den

Sieg zum Zweck, ihr Ziel ist die Unterstützung der Gesamtstrategie, ihr Mittel sind die Streitkräfte. In der Strategie gibt es keinen Sieg, dieser gehört zur taktischen Ebene. Der strategische Erfolg zeigt sich in der geglückten Vorbereitung des Gefechtes und dessen Erfolg und im Gesamterfolg der Reihe der Gefechte (ebd., S. 252). Dem entspricht, dass die Strategie der Erhaltung der Truppen dient, die Taktik dem Gefecht. Dass bei der Taktik der Zweck Sieg oder auch die Vernichtung des Gegners ist und bei der Strategie der Zweck Frieden, begründet die bei Clausewitz scheinbar bestehende Aporie, dass Krieg ein Mittel für den Frieden ist. Erst wenn man die Unterscheidung zwischen Strategie und Taktik mitberücksichtigt, löst sich diese scheinbare Aporie auf: Die Strategie als ein Gesamtplan des Krieges soll zum Frieden führen, das Mittel ist das Gefecht. Ist also das Gefecht mit der Taktik auf den Sieg gerichtet als Ziel, so wird auf der Ebene der Strategie der Sieg zum Mittel für den Zweck des Friedens. Damit führt Clausewitz eine weitere Referenzebene ein, durch die Strategie als nicht-direkt beobachtbarer Handlungshintergrund sozusagen geschlossen und ein neues Referenzsystem eingezogen wird: Dass hinter dem Handeln eine Strategie stehen kann und welche es sein könnte, ist nicht der Gegenstand, sondern vielmehr das Verständnis von Strategie als ein dem Gefecht übergeordneter Handlungsplan, der einen eigenen Zweck verfolgt. Das mit ihm gegebene, weitere Referenzsystem kommt durch die Unterscheidung von Mittel und Zweck zustande – oder noch korrekter: durch die Unterscheidung von Zweck und Mittel auf der Ebene des Krieges als eines gesamtgesellschaftlichen Ereignisses. Insofern ist für Clausewitz' Strategiebegriff die Betrachtung von Krieg im Zusammenhang mit Politik genauso wichtig wie die Unterscheidung von Zweck und Mittel. Letztere ist auch bei Sunzi schon angelegt dadurch, dass er ebenfalls die Bedingungen betrachtet, die bei der Taktik eine Rolle spielen und deren Nutzung auf etwaige strategische Überlegungen schließen lassen bzw. solche erfolgreich nutzen lassen kann. Bei Clausewitz aber werden Strategie und Taktik jeweils als eigene theoretisch-systematische Ebenen verstanden, die in einer Relation zueinanderstehen. Zu ihrem Verstehen ist es aufschlussreich, die Elemente dieser beiden Ebenen näher zu betrachten. Beide gebrauchen unterschiedliche Mittel: So sind es bei der Taktik „Gegenstände, welche in einer Beziehung dem Kampfe selbst noch angehören," wie Märsche, Lager, Quartiere (S. 51), und bei der Strategie die „den Gebrauch des Gefechts bedingenden Ursachen", „die moralischen, die physischen, die mathematischen, die geographischen und die statistischen Elemente" (ebd., S. 101). Auf Seiten der Strategie findet man also abstrakte Elemente wie auch Werte, Klassen, Bedingungen. Zugleich gibt es Elemente, die Taktik und Strategie zugleich zuordbar sind, was sich aus dem Kontext ergibt. So kann ein Marsch der Verlegung

in ein bestimmtes günstigeres Gebiet dienen und zur Strategie gehören, doch während des Marsches kann der Übergang in ein notwendiges Gefecht vorgenommen werden, so dass er taktisches Instrument wird (ebd., S. 51f.). Dabei ist ein Marsch anderer Natur als die vorfindbaren Gegebenheiten. Er ist eine kämpferische Handlung und einer solchen wohnt inne, dass sie immer in ihrer Unmittelbarkeit taktisch sein kann, aber zugleich auch strategisch bedeutsam, sofern eine Strategie vorliegt oder ein Handlungsergebnis strategisch genutzt werden soll. Durch die Unterscheidung von Zweck und Mittel erreicht Clausewitz die Möglichkeit, die das Gefecht bedingenden Elemente der Strategie und der Taktik als verschiedenen Kategorien zuzuordnen. Er weist beiden jeweils unterschiedliche Referenzsysteme zu, auf die ihre Elemente und Handlungsabsichten und -wirkungen zu beziehen sind.

2.3 Vergleich beider Ansätze

Taktik ist der Einsatz der Mittel, ihr „Was", Strategie ist die Kunst ihres Einsatzes, das „Wie". Diese Unterscheidung gilt nach Luhmann auch für den Unterschied des direkten Beobachtens von Ereignissen und der Beobachtung von jenen, die diese Ereignisse beobachten. Diese Unterscheidung wird erst durch das Aufschreiben von Beobachtungen erkennbar und sie wird durch Schreib- und Drucktechnik entwickelt. Literatur ist die Niederlegung von Beobachtungen, dies können Ereignisse sein, z. B. eine Reportage zu einem Thema A, oder es sind Beobachtungen von Beobachtungen, z. B. eine Zusammenschau von verschiedenen Reportagen zum Thema A, die unter einer Fragestellung X? betrachtet werden. Durch seine Niederschrift ist das Wissen zugänglicher, weil es stillgestellt ist im Unterschied zur mündlichen Überlieferung, und damit ist es wiederum in größerem Umfang beobachtbar: Ein Beobachter hat nun die Möglichkeit, viele „stillgestellte" Beobachtungen zu beobachten und aufeinander zu beziehen. Damit können seine Beobachtungen ein anderes analytisches Niveau erreichen. Die Niederschrift ermöglicht es ihrerseits, zu den eigenen Gedanken in Distanz und mit dem Niedergeschriebenen, das nun gestellt und nicht mehr flüchtig ist, in einen Dialog zu treten. Grundsätzlich ist es dabei so, dass Autoren wie Sunzi und Clausewitz beobachten, wie andere beobachten. Um beobachten zu können, treffen sie eine Unterscheidung. Die Unterscheidung Sunzis ist die Beobachtung dessen, was in einem Handelnden vor sich geht und entdeckt dabei die Unbeobachtbarkeit dieses Vorganges als wesentlich. Er erkennt, dass die Handlungen selbst Rückschlüsse auf das zulassen, was nicht beobachtbar ist, und das nennt er Strategie. Indem er verschiedene historische Beispiele betrachtet, gelingt es ihm darüber hinaus, Taktiken aus

dem Handeln herauszukristallisieren und durch deren Anwendung festzustellen, dass sie offenbar strategisch und nicht aus dem Kampfgeschehen heraus eingesetzt wurden. Seine Referenzebene sind empirische Fälle, aus denen er Regeln extrahiert. Clausewitz hingegen kann aufgrund des Vorliegens bereits umfangreicher militärhistorischer und -theoretischer Schriften auf einer breiter und tiefer fundierten Reflexionsebene ansetzen. Sie führt dazu, dass nicht die Strategie seine Entdeckung ist, sondern vielmehr das Verhältnis zwischen Strategie und Taktik. Damit kann er die Strategie vom Handelnden lösen und als eigenes Handlungssystem jenseits des Kampfes betrachten. Die Strategie nutzt die Streitkräfte und weitere Ressourcen aus taktischen Gründen, ist aber nicht das, was die Streitkräfte vornehmen – das Kämpfen.

Sunzi bezieht sich auf Beschreibungen von Ereignissen, die zu seiner Zeit wahrscheinlich in erster Linie mündlich zugänglich waren. Er ist damit noch stark auf das „Was geschieht?" bezogen. Man kann dies auch daran sehen, dass er auf 55 Seiten Text den Begriff Taktik 28 Male, die Begriffe Strategie und Stratege drei Male erwähnt. Die große Entdeckung Sunzis ist es damit, zu einer so frühen Zeit erkannt zu haben, dass die Strategie eine Form von intentionalem Sinn im Handeln als ein Plan ist, der den Ereignissen jenen unsichtbaren Zusammenhang verleiht, die der Handelnde ihm – vermeintlich – gab, und den der den Handelnden Beobachtenden dem Handelnden zuschreiben kann. Seine Entdeckung nimmt Sunzi trotz einer noch kaum entwickelten Schriftenbasis vor, so dass sie ihm viel Distanzierungsfähigkeit vom Unmittelbaren abverlangt. Das Unmittelbare liegt nicht fein geordnet zur Analyse vor, man muss es aus der Erinnerung rekonstruieren. Das nicht-aufgeschriebene Rekonstruierte ist nichts Festes, es ist wandelbar und der Wandel schwer feststellbar. So wird erklärbar, dass und warum Sunzi zu den größten Geistern der Menschheit gehört.

Die Betrachtung von Ereignissen, die andere aufschreiben und beobachtbar werden lassen, ist zur Zeit Clausewitz', zu der bereits gedruckte Bücher und eine Ausdifferenzierung sachlicher und belletristischer Literatur entstanden sind, sehr viel weiter entwickelt. Clausewitz hat es deswegen leichter, vom Beobachten des „Was geschieht?" zum „Wie kam es mit Beteiligung des Handelnden dazu, dass es so geschah?" (vgl. Luhmann S. 62/63) zu gelangen.

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Werkes Carl von Clausewitz' existiert der Buchdruck mit den beweglichen Lettern durch Johannes von Gutenberg bereits über 380 Jahre. Damit hat sich die Möglichkeit, Beobachtungen niederzuschreiben und Wissen im Sinne der Beschreibung von Was und Wie zu

verbreiten und damit die Entwicklung der Wissenschaften, technisch sprunghaft entwickelt. Carl von Clausewitz kann im Unterschied zu Sunzi also schon einen umfangreichen Literaturkorpus nutzen. So kann er eine höhere Reflexionsstufe erreichen, was, wie betont sein soll, nicht als Qualität einer besseren Denkfähigkeit zu verstehen ist: Vielmehr ist es so, dass Clausewitz ein weit umfangreicherer Datenkorpus aufgrund vorhandener Schriften zur Verfügung steht. Was Clausewitz zu diesem Zeitpunkt also auszeichnet, ist die Fähigkeit diesen Corpus zu nutzen und dies auf die beschriebene Weise.

Auch Sunzi unterscheidet zwischen Strategie und Taktik. Er aber bezieht beide auf den Handelnden und die Sichtbarwerdung eines unsichtbaren Handlungsplanes in der Taktik, was ihn diesen Handlungsplan als Strategie entdecken lässt. Strategie ist bei beiden Autoren das nicht (notwendig) Offengelegte, aber im Handeln Erschließbare. Bei Sunzi unterscheiden sich Strategie und Taktik durch eine Metaebene, auf der Strategie gegenüber der Taktik angesiedelt ist, aber das Bezugssystem ändert sich nicht. Taktik und Strategie beziehen sich auf dieselben Bedingungen und Güter, doch ist die Strategie der Taktik als ein Plan der Unmittelbarkeit der Taktik und der Nutzung der Bedingungen im Referenzsystem übergeordnet. Clausewitz hingegen führt für Taktik und Strategie jeweils unterschiedliche Referenzsysteme ein. Damit liegt die Strategie nicht wie bei Sunzi auf einer Metaebene über der Taktik mit einem weiteren zeitlichen und örtlichen Gültigkeitsbereich, sondern Strategie und Taktik nutzen jeweils unterschiedliche Elemente im Kriegsgeschehen oder sie nutzen dieselben unterschiedlich. Die herausragende und bis heute weltweit rezipierte Denkleistung von Clausewitz ist also die, dass er eine weitere Unterscheidung, ergänzend zur Unterscheidung von Strategie und Taktik, einführt, und das ist die zwischen Sieg und Frieden.

3. Das „Ausgezeichnete“ am Denken Clausewitz‘

Sunzi erkannte, dass Strategie etwas Unsichtbares ist und er erkannte das Unsichtbare, indem er zwischen Ereignis und einem hinter dem Ereignis liegenden Plan unterschied. Auf genau diesem Unterschied begründet Luhmann seine Theorie der Beobachtung erster Ordnung – des „Was“– und zweiter Ordnung des „Wie“ des Beobachtens vom „Was“. Diesen epistemischen Schritt vollzog Sunzi zu einer Zeit, als das Niederschreiben als Mittel, um vom Was zum Wie zu gelangen, noch kaum praktiziert werden konnte. Mit seiner demgegenüber privilegierten Möglichkeit, auf die Anfänge militärtheoretischen Denkens und dessen Niederschrift zurückzugreifen sowie der intensiven Nutzung dieser

Publikationen gelingt es Clausewitz, einen Strategiebegriff zu finden, der, so bekannt er ist, oft doch nur teilweise verstanden wird. Er ist dadurch ausgezeichnet, dass Clausewitz nicht allein Strategie von Taktik unterscheidet, sondern beiden je unterschiedliche Referenzsysteme zuweist: Die Taktik besitzt mit dem Gefecht eine operativ-ereignishafte Referenz, die Strategie mit dem Ziel des Friedens eine politische. Im Unterschied zur Taktik, die „fast ein geschlossenes System der Gegenstände" habe, öffneten die zum Frieden führenden Zwecke „in ein unbestimmtes Gebiet von Möglichkeiten" (ebd., S. 68). Dieser Aspekt ist sehr wichtig für das Potenzial, das in der politischen Referenz von Strategie steckt.

Wie Sunzi strategisch denken heißt also, militärstrategisch denken, wie Clausewitz strategisch denken heißt, das Militärische in eine politische Dimension einzubetten.

Wie Sunzi strategisch denken heißt also, militärstrategisch denken, wie Clausewitz strategisch denken heißt, das Militärische in eine politische Dimension einzubetten. Inwieweit diese Unterscheidung Kriege hinsichtlich einer vorhandenen und sofern vorhanden, welcher strategisch-politischen Dimension auszeichnet, drängt sich damit bis heute als Frage auf. Erst mit ihrer Beantwortung ist es möglich, den Krieg vom militärischen Zweck, der „Vernichtung der feindlichen Streitkraft" (Clausewitz, S. 18) wegzuführen und zu einem Friedenspotenzial des Politischen hinzuführen.

Zur Autorin: Prof. Dr. phil. habil. Manuela Christina Pietraß ist Inhaberin des Lehrstuhls für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Medienbildung an der Universität der Bundeswehr München. Sie ist Sprecherin des Beirats der Clausewitz-Gesellschaft.

Literatur:

Clausewitz, Carl von (1832). Vom Kriege. Zur Veröffentlichung bearbeitete Fassung von Oliver Corff 2010. http://www.hs-augsburg.de/%7Eharsch/augustana.html

Corff, Oliver (2021). Anmerkungen zur Clausewitz-Rezeption in China. In: Clausewitz-Gesellschaft (2021). Jahrbuch 2020; Hamburg, S. 210-228.

Esposito Elena (2002). Soziales Vergessen. Formen und Medien des Gedächtnisses der Gesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp.

Giesecke, Michael (1991). Der Buchdruck in der frühen Neuzeit. Eine historische Fallstudie über die Durchsetzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien. Frankfurt: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas (1992). Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas (1997). Die Kunst der Gesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp.

Sunzi (o. J.) Die Kunst des Krieges. Scanned by Joe Barr. https://archive.org/details/Sunzi

Präventive Selbstverteidigung? Zur Relevanz des Völkerrechts

«Israels Angriff gegen Iran kann kaum als Selbstverteidigung gelten»

NZZ-Interview mit Prof. Dr. Heike Krieger

Obwohl Israel einer existenziellen Gefahr ausgesetzt war, sehen Experten den Militärschlag gegen Irans Atomprogramm als völkerrechtswidrig an. Die Professorin Heike Krieger erklärt, warum das so ist und wie die Doppelmoral des Westens dem Völkerrecht schadet.

Meret Baumann: Frau Krieger, die israelische Regierung nannte ihren Angriff gegen Iran vor zwei Wochen einen Präventivschlag. Sie beruft sich gleichzeitig auf das Selbstverteidigungsrecht. War das Vorgehen völkerrechtlich zulässig?

Heike Krieger: Daran bestehen grosse Zweifel. Zunächst gab es zu jenem Zeitpunkt keinen gegenwärtigen Angriff Irans, was die israelische Regierung ja selbst einräumte. Das ist die Grundvoraussetzung für das Selbstverteidigungsrecht. Unter welchen Voraussetzungen auch ein präventives Selbstverteidigungsrecht zulässig ist, ist umstritten. Sie werden aber jedenfalls bislang eng definiert und verlangen einen unmittelbar bevorstehenden Angriff. Darauf deuten die bisher bekannten Informationen nicht hin. Das Uran Irans etwa hatte die Waffenfähigkeit noch nicht erreicht.

Iran droht Israel aber seit Jahren mit Vernichtung und stellte rund 400 Kilogramm hochangereichertes Uran her, wofür es keine zivile Nutzung gibt. Das ist ein Verstoss gegen den Atomwaffensperrvertrag. Hätte Israel zuwarten müssen, obwohl seine Existenz bedroht ist?

Manche Stimmen wollen das Selbstverteidigungsrecht noch weiter vorverlagern und auf ein «Fenster der letzten Möglichkeit» abstellen. Sie argumentieren, dass gerade bei Massenvernichtungswaffen ein Abwarten nicht zumutbar sei, weil sonst die Abwehr des Angriffs schon fast nicht mehr möglich erscheint. Das ist aber rechtlich noch nicht verfestigt. Der einzige andere relevante Anwendungsfall war 2003 der Angriff gegen den Irak, dem die USA den Besitz von Massenvernichtungswaffen vorwarfen. Das hat sich als Missbrauch erwiesen, weshalb die Staatenwelt der Theorie skeptisch gegenübersteht. Aber selbst wenn man diese Sichtweise zulässt, ist umstritten, ob die Voraussetzungen vorliegen. Amerikanische Geheimdienste gingen bisher davon aus, Iran baue noch keine Atomwaffe.

Wie hätte Israel seine Sicherheitsinteressen wahren und dennoch völkerrechtskonform reagieren können?

Man darf nicht vorschnell auf diplomatische Bemühungen verzichten. Es waren ja Verhandlungen im Gang – unter Beteiligung der USA. Die hätten noch entschiedener betrieben werden müssen. Zudem können Staaten dazu auffordern, Verständigungen über neue rechtliche Standards etwa für Präventivschläge herbeizuführen. Aber das passiert eben nicht. So bleibt die Rechtslage notgedrungen unklar.

Im April und im Oktober 2024 feuerte Iran Raketen auf Ziele in Israel ab. Kann man argumentieren, Israels Militärschläge seien kein Angriff, sondern Teil eines bereits bestehenden bewaffneten Konflikts?

Iran hat in der Vergangenheit in verschiedener Hinsicht Völkerrecht verletzt – unter anderem mit diesen Vergeltungsakten nach der israelischen Militäroperation gegen das iranische Konsulat in Damaskus sowie der Tötung des Hizbullah-Chefs Hassan Nasrallah in Beirut. Aber die Schläge können nicht als bewaffneter Angriff gelten, der noch andauern würde und damit zur Selbstverteidigung berechtigt.

Israel hat zweifellos ein Selbstverteidigungsrecht gegen die Hamas wegen des Massakers vom 7. Oktober 2023. Die Terrororganisation wird von Iran unterstützt und gilt als dessen Stellvertreter in der Achse des Widerstands. Begründet auch das kein Recht zur Selbstverteidigung?

Drei Argumente sprechen dagegen. Erstens bestehen Zweifel, ob die Macht Irans über Akteure wie die Hamas oder den Hizbullah nach rechtlichen Massstäben ausreichend ist. Die Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) verlangt eine wirksame und intensive Kontrolle für eine Anrechnung von Taten solcher Organisationen. Zweitens ist auch in diesem Fall fraglich, ob der Angriff noch andauert. Diese Gewaltakteure sind ja mittlerweile fast alle ausgeschaltet. Und drittens zielte die israelische Militäroperation gar nicht auf eine Unterbrechung der Unterstützung dieser Stellvertreter, sondern auf die Zerstörung nuklearer Anlagen. Das ist vermutlich nicht verhältnismässig im Rahmen eines Selbstverteidigungsrechts gegen die Hamas.

Israel und die USA haben mit ihrem Vorgehen ein diktatorisches Regime in seinem illegalen Streben nach Nuklearwaffen zurückgeworfen. Das macht die Welt sicherer. Ist der Angriff damit nicht legitim, selbst wenn er widerrechtlich ist?

Legalität ist ein rechtlicher Begriff, Legitimität ein politischer. Rechtsnormen sind eigentlich schon das Ergebnis einer Abwägung von Legitimität durch die Politik. Die internationale Gemeinschaft hat sich in der Uno-Charta darauf geeinigt, dass für das Selbstverteidigungsrecht hohe Voraussetzungen gelten. Dafür gibt es ja auch Gründe der Legitimität: etwa die Missbrauchsgefahr oder die Eskalationsgefahr. Die Legitimität kann zudem nur einen Einzelfall betreffen. Das Völkerrecht muss aber Standards setzen, die allgemein gelten. Es unterscheidet nicht zwischen Demokratien und illegitimen Regimen.

Dennoch gibt es von westlichen Politikern wenig Kritik an Israels Vorgehen gegen Iran. Ähnlich war die Situation 2003 beim Angriff auf den Irak, bei dem die USA wichtige Unterstützer hatten. Werden die Regeln nicht auch vom Westen so interpretiert, wie es gerade passt?

Diese selektive Anwendung des Rechts ist neben den geopolitischen Verwerfungen ein zentraler Punkt, der die Legitimität des Völkerrechts untergräbt. Der sogenannte globale Süden wirft dem Westen aus diesem Grund Doppelmoral vor – etwa im Gaza-Krieg. Diese Bedenken sollten westliche Politiker ernst nehmen. Das Völkerrecht macht politisches Verhalten vorhersehbar und versucht, ein stabiles Umfeld zu schaffen. Es liegt deshalb im Interesse gerade der europäischen Länder, auf die Einhaltung des Rechts zu drängen, um Grossmächten wie den USA, Russland oder China etwas entgegenhalten zu können.

Konsequenzen hatten bisher aber weder der völkerrechtswidrige Irak-Krieg noch Putins Überfall auf die Ukraine, und vermutlich wird es auch für Israel keine geben. Erweist sich das Völkerrecht damit nicht als so zahnlos, dass man es gleich ignorieren kann?

Diejenigen, die in einer Position der Schwäche sind – die Ukraine, aber auch die Palästinenser –, setzen auf das Völkerrecht, um überhaupt Gehör zu finden. Kiew hat sich intensiv bemüht vor verschiedenen internationalen Gerichten, und Südafrika hat mit seinem Verfahren wegen des Genozidvorwurfs vor dem IGH viel öffentliche Aufmerksamkeit generiert. Überhaupt hat der IGH mit seiner Rechtsprechung eine ganze Reihe von Fällen angestossen, in denen Interessen des Gemeinwohls gerichtlich geltend gemacht werden. Das setzt einen wichtigen Kontrapunkt zum Vorgehen der Grossmächte.

Auch Russland berief sich unter anderem auf ein Selbstverteidigungsrecht in der Ukraine. Wie sind die beiden Fälle vergleichbar? Wiegt der Völkerrechtsbruch Moskaus schwerer?

In den beiden Fällen wird unterschiedlich argumentiert, sie sind also nur beschränkt vergleichbar. Fragen der Schwere können etwa im internationalen Strafrecht für die Beurteilung individueller Schuld eine Rolle spielen. Es kann auch für die Reaktion von Drittstaaten durchaus eine Rolle spielen, ob ein Völkerrechtsbruch wirklich offenkundig ist wie im Fall Russlands oder ob man valide Gegenargumente hört. Aber für die erodierende Wirkung auf das Gewaltverbot und auf die internationale Rechtsordnung sind beide Fälle gravierend. Der Überfall auf die Ukraine, weil er eben ein so eklatanter Verstoss ist. Bei Israel gibt es komplexere juristische Argumentationen. Aber die Erosionsgefahr ist auch in diesem Fall gross, weil sich die USA als westliche Grossmacht herausnehmen, Recht zu brechen, um nationale Interessen zu verwirklichen. Das destabilisiert die internationale Ordnung.

Könnte sich aus diesem Fall auch die Staatenpraxis ändern und das Recht auf einen Präventivschlag erweitert werden?

Das ist eine Möglichkeit. Ich könnte mir aber vorstellen, dass sich wie in der Vergangenheit vor allem Grossmächte dafür aussprechen, wir aber aus dem globalen Süden viel Widerspruch hören werden. Dann ist fraglich, ob sich ein neuer Standard etabliert. Die USA alleine können kein Völkerrecht setzen.

Ist die derzeitige Relativierung eine Folge der Schwächung des Westens – oder ist das Völkerrecht grundsätzlich zu schwach und nur tauglich für geopolitische Schönwetterperioden?

Es hat sicher mit dem Erstarken anderer Akteure zu tun. China zum Beispiel bemüht sich, seine Interpretation von Menschenrechten voranzubringen oder neue Begrifflichkeiten in Resolutionen zu bringen. Das ist eine Herausforderung der westlichen Lesart des Völkerrechts. Auf der anderen Seite haben wir innerstaatliche Probleme im Westen mit dem Erstarken von Populismus und autokratischen Tendenzen. Besonders in den USA sehen wir, dass unter Trump das Recht oft für eigene Interessen instrumentalisiert oder negiert wird. Das ist verbunden mit einem Zurückdrängen gewisser Wertvorstellungen, die in den letzten Jahrzehnten in Menschenrechte gegossen worden waren. Aber das Völkerrecht ist nicht nur schönwettertauglich. Es verschafft weiterhin die Möglichkeit, überhaupt Widerspruch zu formulieren gegenüber der Weltordnung, die sich die Grossmächte vorstellen.

Das nützt aber beispielsweise der Ukraine derzeit wenig.

Selbst wenn Russland einen Teil der Ukraine besetzt hält, schafft doch das Recht eine Vorstellung dafür, dass es eigentlich anders sein müsste – und gibt Kiew damit einen politischen Hebel. Hätten wir das Völkerrecht nicht, würde ein wichtiges Instrument eben auch für die Schwächeren fehlen. Aber ja: Es muss immer wieder behauptet und auch erkämpft werden.

Heike Krieger ist Universitätsprofessorin für Öffentliches Recht und Völkerrecht an der Freien Universität Berlin. Sie ist zudem Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht und Chefredaktorin des Yearbook of International Humanitarian Law.

Frieden als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln: Anmerkungen zu Grundlagen nichtkinetischer Kriegführung in Russland und China

Oliver Corff

> *„Russland begreift Krieg nicht so wie wir, so dass wir sagen, es ist Frieden, Krise, Krieg, sondern sieht es in einem Kontinuum." – Interview mit Generalinspekteur Carsten Breuer am 26. 03. 2025 in der ARD*[1]

Einleitung

Hybride Kriegführung und Gray Zone Operations sind nur zwei Begriffe zur Beschreibung aktueller konfrontativer Vorgehensweisen, deren gemeinsames oberstes Ziel es ist, die Interessen eines Staates durchzusetzen, ohne dass es zu einem direkten militärischen Schlagabtausch mit dem Widersacher kommt. Diese Methoden der Interessendurchsetzung sind weiterhin dadurch gekennzeichnet, dass klare Trennungen zwischen Frieden und Krieg aufgehoben werden – im zitierten Interview spricht Generalinspekteur Carsten Breuer von einem „Kontinuum", das die etablierten Kategorien von Frieden und Krieg letzten Endes verneint. In diesem Artikel wird der Versuch unternommen, die Präferenz für Methoden hybrider Kriegführung aus einer negativen Friedensdefinition herzuleiten, die ihren Ursprung im Marxismus-Leninismus hat und in einigen Staaten bis heute im Kern unverändert zu gelten scheint.

1. Gray Zone Operations und Hybrider Krieg

Nach einer US-amerikanischen Definition versteht man unter „Gray Zone Operations" kompetitive Interaktionen staatlicher wie auch nichtstaatlicher Akteure, die außerhalb der traditionellen Dualität von Krieg und Frieden fallen. Sie sind durch die mehrdeutige Natur des Konflikts, verschleierte Identität der beteiligten Parteien wie auch Unsicherheit hinsichtlich der geltenden politischen und rechtlichen Regeln gekennzeichnet.[2] Eine einfachere Definition lautet: „coercive activities beyond normal diplomacy and trade but below the use of kinetic military force".[3] Im gleichen Kontext wird im deutschen Sprachraum der Begriff der hybriden Kriegführung verwendet.[4] Die Akteure, die sich dieser Methoden bedienen, agieren deutlich aggressiver, als dies im Rahmen üblicher außenpolitischer Interessenwahrung angemessen wäre, vermeiden dabei meistens jedoch, Schwellen der Eskalation zu überschreiten, die als direkte Kriegshandlung interpretiert werden und entsprechend beantwortet werden können.

Damit sind solchermaßen agierende Akteure in der Lage, auch gegen militärisch überlegene Gegner zu agieren, weil die politischen Rahmenbedingungen eine unmittelbare militärische Antwort nicht zulassen. Darüber hinaus richten sich einzelne Aktionen solcher Akteure häufig gegen eigene Staatsbürger, die sich im Ausland aufhalten. Hier werden dann mehrere Wirkungen erzielt: Die Zielperson wird neutralisiert, und zugleich handelt es sich um eine Machtdemonstration gegenüber dem Staat, auf dessen Territorium die Aktion stattfindet; [5] dem betroffenen Staat stehen nur wenige unmittelbare Antwortmöglichkeiten zur Verfügung. Typische Antworten wie Sanktionen, Einreisesperren, Ausweisungen von Diplomaten etc., werden vom Akteur in Kauf genommen und sind damit bereits „eingepreist", d.h. sie entfalten keine sanktionierende oder a priori hemmende Wirkung auf die auslösende Aktion.

2. China

Ziele chinesischer Gray Zone Operations sind traditionell Taiwan, Japan, Südkorea, Australien, Vietnam, die Philippinen und, in geringerem Umfang, die USA.[6] China verfolgt hierbei mehrere Ziele. Mit systematischer militärischer Einschüchterung soll Taiwan von der Ausrufung der Unabhängigkeit abgehalten und mit dem „Mutterland vereinigt" werden .

Großübung Chinas (31.03./01.04.2025), die nach Ansicht von Beobachtern eine neue Qualität hat: Sie soll nicht mehr Taiwan nur einschüchtern, sie könnte als Übungslauf für eine Invasion, gesehen werden. Im Bild: Chinesische Flugzeuge während der Übung im Luftraum um Taiwan

Gegen Südkorea richteten sich in der Vergangenheit indirekte Aktionen der chinesischen Regierung, mit denen im Jahr 2016 eine Stationierung des US-Raketenabwehrsystems THAAD auf südkoreanischem Territorium verhindert werden sollte, was zumindest eingeschränkt und vorübergehend gelang. Das System, eigentlich zur Abwehr nordkoreanischer ballistischer Raketen gedacht, wurde von China als Bedrohung der eigenen nuklearen Sicherheit erklärt. Um seine Ansprüche auf nahezu die gesamte Fläche des Südchinesischen Meeres durchzusetzen, greift China insbesondere Schiffe der Philippinen und Vietnams unter Verzicht auf den Einsatz klassischer Kriegswaffen an, z.B. durch Beschießen mit Wasserkanonen, Abdrängen etc. Im niedrigschwelligen Konflikt mit Japan geht es hauptsächlich um die Gebietsstreitigkeiten um die (jap.) Senkaku- bzw. (chin.) Diaoyutai-Inseln, die außerdem auch von Taiwan beansprucht werden. Es ist ein gemeinsames Merkmal all dieser Gray Zone Operations im

Pazifik, dass ihre Intensität gelegentlich so sehr zunimmt, dass sie kurzfristig auch in den Fokus der westlichen Medienöffentlichkeit gelangen, dann aber wieder über lange Zeit nur von diplomatischen und militärischen Beobachtern in der Region verfolgt werden. Chinas hybride Operationen werden häufig im Vorfeld durch entsprechende Ankündigungen politisch legitimiert. So hat die Volksbefreiungsarmee ausdrücklich den Auftrag, Taiwan durch Androhung von Waffengewalt einzuschüchtern,[7] und China betont seit Jahrzehnten immer wieder, dass es in der Taiwan-Frage keinerlei Konzessionen hinsichtlich eines Verzichts auf Waffengewalt eingehen wird. In der Vergangenheit kam es, z.B. beim Hainan-Zwischenfall 2001, auch schon zu Kollisionen zwischen chinesischen und US-amerikanischen Einheiten. Häufig geschehen diese Aktionen in zeitlicher Nähe zum Antritt einer neuen US-Regierung, hier seien als Beispiel chinesische Versuche im März 2009 genannt, den Kurs der USNS Impeccable zu stören und ihr Schleppsonar zu beschädigen.

Während die genannten Aktionsfelder teilweise bereits seit Jahrzehnten bekannt sind und der völkerrechtliche Status quo im Großen und Ganzen unverändert bleibt, hat die mutmaßliche Beteiligung chinesischer Schiffe an der Zerstörung von Pipelines und Kabeln in der Ostsee (Oktober 2023: Newnew Polar Bear, Balticconnector-Pipeline; November 2024: Yi Peng 3, BCS-East-West-Interlink) eine neue Qualität chinesischer hybrider Operationen erreicht. Nichtmilitärische chinesische Einheiten operieren zum ersten Mal mit Schadenswirkung „out of area“[8] und damit in einer Region, in der China in der Vergangenheit keine eigenen Interessen erklärt hat. Vielmehr reflektieren diese Aktionen ein Interesse Russlands, das sich spätestens seit seiner Vollinvasion der Ukraine im Krieg mit dem „kollektiven Westen“ sieht. China hat wenige Wochen vor der Vollinvasion der Ukraine in einer Gemeinsamen Erklärung mit der Russischen Föderation die Unterstützung russischer Interessen bekräftigt.[9]

Mit der mutmaßlichen Beteiligung chinesischer Schiffe an der Zerstörung von Pipelines und Kabeln in der Ostsee haben Chinas hybride Operationen eine neue Qualität erreicht

2.1 Chinas „Three Warfares“ oder „Drei Kriege“ sowie „Unrestricted Warfare“

Der chinesische Begriff sanzhan „Drei Kriege“ ist eigentlich eine Abkürzung für san zhong zhanfa, „Drei Arten der Kriegführung“, wie dies auch die häufig verwendete englische Bezeichnung „Three Warfares“ nahelegt. Im folgenden Abschnitt wird der Kürze halber der Begriff „Drei Kriege“ verwendet. Das

Konzept der „Drei Arten der Kriegführung“ ist zwar schon seit über 20 Jahren bekannt, verdient hier aber dennoch eine Darstellung, weil es eines der wenigen Beispiele einer staatlicherseits offengelegten und in den Streitkräften doktrinär verankerten Vorgehensweise ist. Dies gilt insbesondere im Gegensatz zu den zahlreichen Arten der Kriegführung, die 1999 im Buch „Unrestricted Warfare“[10] der beiden Obersten Qiao Liang und Wang Xiangsui aufgeführt werden.

Nachdem spätestens seit Dezember 2003 die Idee der „Drei Kriege“ im zentralen politischen Leitdokument „Richtlinien zur politischen Arbeit der Volksbefreiungsarmee“ nachgewiesen werden kann, wird bereits im Folgejahr die chinesische Öffentlichkeit umfassend über das Konzept der „Drei Kriege“ informiert. Stellvertretend seien der Aufsatz „Die Volksbefreiungsarmee nimmt Erforschung und Übung der ‚Drei Kriege‘ auf“[11] (anonym, 2004) und Fan Gaoyue’s Aufsatz „Die drei großen Arten der Kriegführung, nämlich Meinungskrieg, Psychologischer Krieg und Juristischer Krieg, beschleunigen den militärischen Sieg“[12] (8. März 2005) auf der chinesischen Nachrichtenseite sina.com genannt. Fan Gaoyue war zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Leiter der Referats I der Abteilung für Internationale Militärangelegenheiten der Chinesischen Akademie für Militärwissenschaften. Sein Artikel bereitet öffentlichkeitswirksam den Boden für das nur wenige Tage später, am 14. März 2005, verabschiedete Anti-Sezessionsgesetz der VR China.[13] Außerdem gibt es in der chinesischen Online-Enzyklopädie Baidu[14] einen Stichworteintrag zum Thema, der allerdings nicht datiert ist.

Die „Drei Kriege“ umfassen yulunzhan „Meinungskrieg“, xinlizhan „Psychologischen Krieg“ und falüzhan „Juristischen Krieg“. Der „Meinungskrieg“, präziser, der Krieg um die öffentliche Meinung, richtet sich primär an die inländische Öffentlichkeit. Sein Auftrag ist es, durch eine erfolgreiche Kontrolle der Medien die Unterstützung der eigenen Bevölkerung für ein eventuelles militärisches Handeln der Regierung zu intensivieren. Im Kontrast dazu steht der „Psychologische Krieg“, der sich gezielt gegen feindliche Kräfte richtet. Mit verschiedenen Mitteln ist der Widerstandswillen des Feindes zu zerstören. Der „juristische Krieg“ oder „Rechtskrieg“ (vgl. Englisch „lawfare“) schließlich soll eine rechtliche Grundlage für die Kriegführung schaffen. Im Falle Taiwans schafft das bereits genannte Anti-Sezessionsgesetz nach innen einen rechtspositivistischen Handlungszwang: „Die chinesische Regierung [wird] auf den Einsatz ‚nichtfriedlicher Mittel‘ verpflichtet, falls (nicht konkreter definierte) Sezessionstendenzen auftreten oder Verhandlungen definitiv scheitern.“[15]

Gleichzeitig stellt Fan Gaoyue die Verbindung zu einem zentralen politischen Dokument der Volksbefreiungsarmee, nämlich den „Richtlinien der politischen Arbeit der Volksbefreiungsarmee Chinas“ her. Ohne nähere Angabe der genauen Fundstelle wird aus diesen in Teilen eingestuften „Richtlinien zur politischen Arbeit“ paraphrasiert, es werden folgende Aufträge im Kriegsfall genannt: „Führen von Meinungskrieg, psychologischer Kriegführung und Rechtskrieg, Durchführung von Maßnahmen zur Zersetzung feindlicher Truppen, Abwehr psychologischer Kriegsführung und feindlicher Überläuferstrategien.“[16]

Nach Ansicht des Autors Fan Gaoyue stellt das Konzept der „Drei Kriege“ eine „innovative Weiterentwicklung der Militärtheorie chinesischer Prägung dar, hervorgegangen aus dem tiefgehenden Verständnis für die Veränderungen und Gesetzmäßigkeiten moderner Kriegführung.“ Damit ist das Konzept wiederum fest im dialektisch-materialistisch determinierten Weltbild der politischen Führung Chinas verankert, deren Dogmatik von der Allgemeingültigkeit und Instrumentalisierbarkeit historischer und gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeit ausgeht, womit wiederum der Führungsanspruch der KPCh begründet wird.

Insbesondere der „Meinungskrieg“ und der „psychologische Krieg“ fallen in die Informationsdomäne moderner Kriegführung. Damit wird außerhalb des unmittelbaren Kontextes der chinesischen Weißbücher der Begriff der „Informatisierung“ [*xinxihua*] der Kriegführung kontextualisiert. Informatisierung als rein technisches Fähigkeitsbündel zu verstehen, lag angesichts des technischen Rückstands der VBA gegenüber westlichen Streitkräften in den 1990er und frühen 2000er Jahren nahe, war aber schon damals ein irreführender Trugschluss; es ging schon immer auch um den Informationsraum.[17]

Nach Ansicht des Autors Fan Gaoyue hat der „juristische Krieg“ eine ganze Reihe von Aufgaben. Zunächst soll er im Inland wie auch im internationalen Völkerrecht, insbesondere dem Kriegsrecht, den nötigen Rechtsrahmen für die eigenen Handlungen schaffen. Außerdem soll er Rechtsverstöße des Gegners aufdecken, einen psychologischen Vorteil erringen sowie ein internationales politisches und ethisches Umfeld schaffen, das die eigenen Kräfte begünstigt und dem Gegner schadet. Damit, so Fan Gaoyue, „sind die ‚drei Kriege‘ Aktionen nichtkinetischer Kriegführung, nämlich politisch-psychologische Methoden zwecks Neutralisierung des Ziels ohne physische Zerstörung“.[18] Der Autor führt weiter aus, dass die „Drei Kriege“ weitgehend deckungsgleich mit den PsyOps des angloamerikanischen Militärs seien, betont aber, dass die Theorie

der „Drei Kriege“ eine autochthon chinesische Schöpfung sei, ungeachtet der Tatsache, dass ihre Methoden schon lange angewandt würden.

Fan Gaoyue beobachtet vier Besonderheiten der „Drei Kriege“. Erstens handele es sich dabei um Maßnahmen, die das gesamte zeitliche und räumliche Umfeld kriegerischer Handlungen weit überspannen. Sie beginnen vor dem [eigentlichen – lies: kinetischen] Krieg, begleiten die ganze Kriegshandlung, und laufen noch lange nach Ende des Krieges weiter. Zweitens stützen sie sich massiv auf neue Technologien und schnelle Informationsverbreitung. Drittens sind sie *Force Multiplier*, und viertens werden sie zentral auf strategischer Ebene geplant und sollen entscheidend zur Durchsetzungskraft TSK-übergreifender integrierter Kriegführung (engl. „jointness“) beitragen.

Abschließend kann zu den „Drei Kriegen“ festgestellt werden, dass das Konzept primär mit der Volksbefreiungsarmee als Adressat wohl für zwei konkrete Ziele entwickelt worden ist: Taiwan und das Südchinesische Meer. Das Konzept der „Drei Kriege“ wird in anderen strategischen programmatischen amtlichen Texten, z. B. Weißbüchern, auch Verteidigungsweißbüchern, nicht erwähnt.

China verfolgt sein Ziel des Abbaus der internationalen Unterstützung Taiwans mit großer Beharrlichkeit. International unterhalten nur noch 11 Länder mit Taiwan diplomatische Beziehungen, während rund drei Viertel der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen die Position unterstützen, dass Taiwan Teil Chinas sei. Nur ca. 40 Staaten, also rund ein Fünftel der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, verfolgen eine Ein-China-Politik ohne ausdrückliche Anerkenntnis der Ansprüche Chinas über Taiwan.[19] China betreibt hier Lawfare ganz im Sinne der „Drei Kriege“.

China verfolgt sein Ziel des Abbaus der internationalen Unterstützung Taiwans mit großer Beharrlichkeit.

Die Ideen des eingangs dieses Abschnitts erwähnten Buchtitels „Unrestricted Warfare“ sind zwar nicht verbatim in staatliche Strategiepapiere übersetzt worden, können aber im Kontext des Konzeptes Umfassender Nationaler Sicherheit[20] interpretiert werden: Die in China seit 2014 vorangetriebene Fusion zahlreicher konventioneller Sicherheitsfelder (z.B. Politik, Territorium, Wirtschaft, Technologie etc.) zu einem Konzept Umfassender Nationaler Sicherheit führt zur Aufweichung der Unterscheidung nichtmilitärischer und militärischer Mittel.[21]

2.2 Einflussoperationen und Desinformation

Das Beispiel des Lawfare rund um Taiwan leitet unmittelbar zu einem anderen Aktivitätsfeld der VR China im Ausland über, nämlich verschiedenen Formen von Einflussoperationen.[22] Seit Jahren bekannt sind die aggressiv betriebenen Operationen Chinas in Australien,[23] aber auch in Deutschland sind Aktivitäten chinesischer Akteure zu beobachten.[24] Chinesische Akteure schrecken auch nicht davor zurück, direkt auf deutsche politische Mandatsträger einzuwirken, wie die damalige Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bayerischen Landtag, Margarete Bause, über Vorstöße des chinesischen Generalkonsuls in München im Herbst 2006 plastisch beschreibt.[25] Das Ereignis liegt fast 20 Jahre zurück und fand lange Zeit vor Beginn der „Wolfskriegerdiplomatie" Chinas statt, ist aber ganz und gar kein Einzelfall.

Es gibt einen weiteren Bereich systematischer Desinformation, der in seiner Wirkmacht nicht unterschätzt werden darf, obwohl er ausgesprochen harmlos erscheint. Wenn deutsche Spitzenpolitiker in ihren Reden, Aufsätzen und Büchern kritiklos chinesische Narrative wie z.B. das einer „fünftausendjährigen staatlichen Kontinuität Chinas"[26] als politisches Argument benutzen, dann muss man fragen, woher sie solche Sprechpunkte haben und ob es in ihrem Umfeld denn keinerlei historische oder regionalwissenschaftliche Expertise gibt, die auf dem langen Weg zwischen erster Diskussion im kleinsten Kreis und förmlicher externer Kommunikation solche Textbausteine als politische Narrative entschlüsselt, die die eigene psychologische und politische Position gefährlich schwächen.

3. Russland

Russland hat ebenfalls eine lange Geschichte von Desinformation und Einflussoperationen, deren Anfänge bis in die frühe UdSSR zurückreichen.[27] In der Gegenwart werden diese Operationen fortgesetzt, wobei die jeweils neuesten Massenkommunikationsmittel schnell und professionell zur Anwendung kommen. Kurz nach dem Ende des Kalten Krieges verbreitete sich das WWW als Teildienst des Internet, und heute sind die Sozialen Medien einer der zentralen Schauplätze russischer Einflussoperationen. Nicht erst seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine, sondern schon deutlich länger gehören Gray Zone Operations zum „regulären" Repertoire russischer Außenpolitik. Russland agiert deutlich aggressiver als China und geht mit der Bereitschaft zu direkter militärischer Eskalation auch regelmäßig ein höheres Risiko als China ein, das

bei aller Provokation im Einzelfall in Summe verhältnismäßig risikoavers agiert und auf die für Russland typischen Grenzüberschreitungen der Gewaltanwendung (Giftmorde, Erschießungen etc.) verzichtet. Die russische Doktrin hybrider Kriegführung, die spätestens seit der Annektion der Krim und der Besetzung des Donbas durch nicht gekennzeichnete russische Soldaten („grüne Männchen“[28]) zur Anwendung kommt, ist unter verschiedenen Namen bekannt. Der russische Terminus ist *Война нового поколения* (voyna novogo pokoleniya; «New Generation Warfare»), er wurde zeitweise dem Chef des Generalstabs der Streitkräfte Russland, General V. V. Gerasimov, zugeschrieben.[29] Insbesondere seit dem Beginn der Vollinvasion der Ukraine durch Russland im Februar 2022 fällt die dramatische Zunahme der hybriden Operationen Russlands auf. So betrug sie im Jahr 2022 weniger als 10, 2023 waren es 13 Ereignisse, und für das Jahr 2024 werden 44 Ereignisse gezählt, also eine Verdreifachung im Vergleich zum Vorjahr.[30]

Nicht erst seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine, sondern schon deutlich länger gehören Gray Zone Operations zum „regulären“ Repertoire russischer Außenpolitik. Russland agiert deutlich aggressiver als China und geht mit der Bereitschaft zu direkter militärischer Eskalation auch regelmäßig ein höheres Risiko als China ein

Neben den genannten hybriden Operationen sind Russlands Einflussoperationen mit dem Ziel, die Unterstützung für die Ukraine zu unterhöhlen, leider als ausgesprochen erfolgreich zu bezeichnen. Hier stechen besonders die mit großer Regelmäßigkeit und Aggressivität wiederholten nuklearen Drohungen gegen die Hauptstädte Westeuropas hervor, die seit Jahren den offiziellen politischen Diskurs und die politischen Talkshows des russischen Fernsehens dominieren; sie haben mit hoher Wahrscheinlichkeit wirkungsvoll zu den ständigen Verzögerungen westlicher militärischer Hilfe für die Ukraine beigetragen.[31] Auch die in Summe breite und stabile Unterstützerschaft russischer Positionen in Teilen der deutschen Politik muss dazugerechnet werden. Allzu offensichtlich und vermutlich wenig wirkungsvoll sind russische Diskreditierungsversuche wie z.B. die Einstufung der DGAP als „unerwünschte Organisation“ durch die russische Staatsanwaltschaft.[32]

4. Krieg und Frieden

An der Taiwan-Frage kann das grundlegende Spannungsfeld von Krieg und Frieden exemplarisch studiert werden. Es handelt sich hierbei um einen eingefrorenen Konflikt, der auf den Bürgerkrieg zwischen der Republik China und

der Kommunistischen Partei Chinas zurückgeht. Dieser Krieg ist in den Augen der KPCh nie beendet worden. Das führt einerseits dazu, dass die Volksbefreiungsarmee (die Armee der KPCh [!] und *nicht* der Volksrepublik China) den Auftrag hat, die Vereinigung mit Taiwan als heutigem Sitz der Republik China mit Waffengewalt herbeizuführen, und andererseits dazu, dass die VR China immer wieder betont, dass sie keinerlei Zugeständnisse hinsichtlich des Verzichts auf den Einsatz bewaffneter Mittel zu machen bereit ist. Der bewaffnete Kampf ist also nicht beendet, sondern nur auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Analog dazu sieht sich Russland im Recht, die Souveränität der Ukraine mit Waffengewalt auslöschen zu dürfen, und spricht hierbei bis heute nicht von „Krieg", sondern von „militärischer Spezialoperation".

In der marxistisch-leninistischen Ideologie des sozialistischen Lagers war Frieden primär negativ definiert, nämlich als „Zustand in den Beziehungen zwischen Völkern, Nationen und Staaten, der den Krieg ausschließt. […] Der Marxismus-Leninismus begründet, dass die Fragen von Krieg und Frieden vom Klassenkampf abgeleitet sind und Kriege letztlich ihre Wurzel im Privateigentum an Produktionsmitteln und im Klassenantagonismus der Ausbeutergesellschaft haben."[33] Im Stichwort „Frieden" des „Wörterbuchs der marxistisch-leninistischen Philosophie"[34] wird ausgeführt: „Die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden ökonomischen Grundlagen des Friedens bedingen, dass er zeitweiligen Charakter besitzt und mehr oder weniger instabiler Übergangszustand zwischen den Kriegen ist." Im „Kleinen Politischen Wörterbuch"[35] werden Friedensvorstellungen, denen kooperative Konzepte zugrunde liegen, nämlich „allerhöchstes Gemeininteresse" und „'wertvollstes Gut' der Menschheit" als „humanistisch" und als Merkmal der Klassengesellschaft bezeichnet, also dem gegnerischen Lager zugeschrieben. Auch heißt es an anderer Stelle zum Begriff der „Friedlichen Koexistenz": „Friedliche Koexistenz bedeutet weder die Aufrechterhaltung des sozialökonomischen Status quo noch eine ideologische Koexistenz".[36]

Mag zwar das sozialistische Lager des Kalten Krieges weitestgehend zerfallen sein, so gibt es dennoch mehrere Staaten, die sich bis heute auf negative Friedensdefinitionen berufen. Entweder definieren sie sich unmittelbar über die Ideologie des Sozialismus (im Falle Chinas), oder sie sehen sich in grundsätzlichem Antagonismus zum „kollektiven Westen" (im Falle Russlands und immer mehr auch China). Damit ist nicht mehr zwingend die marxistisch-leninistische Begrifflichkeit des Klassenkampfes und des Imperialismus gemeint. Stattdessen lebt die grundlegende Weltsicht auf den „kollektiven Westen" fort,

der in offener Aufzählung konkret die USA, das Vereinigte Königreich, die Europäische Union, das Gros ihrer Mitglieder sowie Zusammenschlüsse wie G7 und Verteidigungsbündnisse wie die NATO einschließt. Nicht nur durch die Mitgliedschaft bei den G7 gehört auch Japan zum gemeinsamen Feindbild des „kollektiven Westens". Der Begriff wurde in Russland geprägt (*„kollektivnyj zapad"*[37]).

Da es weder in China noch in Russland jemals einen Bruch mit dem Instrumentarium der Vergangenheit gegeben hat, ist das negative Verständnis von Frieden als Zwischenphase zwischen Kriegen hinreichend für die fallweise Aktivierung des ganzen Bündels der Methoden von Einflussoperationen, Desinformation, Gray Zone Operations und Methoden hybrider Kriegführung. Eine ideologische Begründung, auf die im Marxismus so großer Wert gelegt wurde, wird zwar in China noch theoretisch hinterlegt, dürfte aber in Russland keine bedeutende Rolle mehr spielen. Um ein berühmtes Diktum Clausewitz' leicht abzuwandeln, folgt aus den soeben gemachten Überlegungen, dass der Frieden die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ist.

5. Schlussfolgerungen

Mit Blick auf den Überfall Russlands auf die Ukraine hat es in der politischen Öffentlichkeit Deutschlands leider viel zu lange gedauert, bis eine zentrale Erkenntnis Clausewitz' verstanden wurde: Im Krieg geht es darum, dem Gegner seinen Willen aufzuzwingen; das funktioniert, weil der Krieg, unabhängig von der Wahl der konkreten nichtkinetischen und kinetischen Mittel, nur *eine* der verschiedenen Formen menschlicher Kommunikation ist, oder in Clausewitz' Worten: Als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" ist der Krieg ein „Akt menschlichen Verkehrs". Diese bittere Tatsache wurde in Deutschland nach dem Ende des Kalten Krieges leider viel zu lange ausgeblendet. Somit hatte Russland leichtes Spiel, die deutsche Bedrohungsperzeption einer nuklearen Eskalation zu seinen Gunsten zu manipulieren. Und auch hier gilt, was bei der allzu kritiklosen Übernahme chinesischer historischer oder russischer imperialer Narrative festzuhalten ist: Eine Einflussoperation ist dann als erfolgreich zu bewerten, wenn die manipulierte Zielperson die eingeflößten Sprechpunkte für ihre eigenen hält. Im Rückblick muss außerdem konstatiert

Mit Blick auf den Überfall Russlands auf die Ukraine hat es in der politischen Öffentlichkeit Deutschlands leider viel zu lange gedauert, bis eine zentrale Erkenntnis Clausewitz' verstanden wurde: Im Krieg geht es darum, dem Gegner seinen Willen aufzuzwingen.

werden, dass die Abschreckung des Westens gegenüber Russland bereits in den 2000er Jahren versagt hat, denn weder der Kaukasuskrieg 2008 noch die Annexion der Krim 2014 hatten für Russland ernsthafte negative Folgen; im Gegenteil fühlte Russland sich 2022 zur Invasion der Ukraine ermutigt.

Für Deutschland folgt daraus, dass im Hinblick auf die aktuellen fundamentalen Umbrüche unserer Welt (die „Zeitenwende" ist längst Geschichte und vom „Epochenbruch" abgelöst) ein besseres Verständnis für das Wesen und die Erfolgsaussichten der Operationen des ganzen Spektrums hybrider Kriegführung vermittelt werden muss. Staaten, die nicht an einem kooperativen und friedlichen Verhältnis mit dem Westen interessiert sind, werden zwangsläufig und fortgesetzt zu Methoden hybrider Kriegführung greifen, um ihre Interessen durchzusetzen; insofern ist ein Ende hybrider Operationen nicht zu erwarten und die Perzeption des eingangs zitierten Kontinuums auch rational begründbar. Nur wenn es gelingt, mittels glaubwürdiger Abschreckung den Willen hinter solchen Operationen zu brechen, werden wir unsere Sicherheitsinteressen erfolgreich vertreten können.

Nur wenn es gelingt, mittels glaubwürdiger Abschreckung den Willen hinter Operationen hybrider Kriegführung zu brechen, werden wir unsere Sicherheitsinteressen erfolgreich vertreten können.

Zum Autor: Dr. Oliver Corff ist Sinologe und seit vielen Jahren im Bereich der Wirtschafts- und Politikberatung sowie als Dolmetscher auf hochrangiger Ebene tätig. Er ist langjähriges Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft. 2015 wurde er mit dem Clausewitz-Preis der Stadt Burg ausgezeichnet.

Anmerkungen:

1 Carsten Breuer, Generalinspekteur der Bundeswehr, zur aktuellen Bedrohungslage. BR24-Interview, 26. 03. 2025. https://tinyurl.com/rrmvt6a5. Video verfügbar bis 26. 03. 2027, zuletzt besucht am 31. 03. 2025.

2 Vgl. Kapusta, Philip: „The Gray Zone". In: Special Warfare, October – December 2015, S. 18–25.

3 Lin, Bonny, et al.: Competition in the Gray Zone. Countering China's Coercion Against U.S. Allies and Partners in the Indo-Pacific. RAND Research Summary RRA 594-1, 2022. https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RRA500/RRA594-1/RAND_RRA594-1.summary.pdf, zuletzt besucht am 24. 02. 2025.

4 „Hybride Bedrohungen". Bundesministerium der Verteidigung. 2025. https://

www.bmvg.de/de/themen/sicherheitspolitik/hybride-bedrohungen, zuletzt besucht am 24. 02. 2025.

5 Beispiele sind der von Nordkorea organisierte Mordanschlag auf Kim Jong-nam, den ältesten Sohn Kim Jong-Ils, am 13. Februar 2017 in Sepang, Malaysia, die versuchte Ermordung von Sergei Wiktorowitsch Skripal und seiner Tochter Julija am 4. März 2018 in Salisbury oder die als „Tiergartenmord" bekanntgewordene Ermordung Selimchan Changoschwilis am 23. August 2019 in Berlin, jeweils durch Vertreter russischer Dienste.

6 Für eine systematische Darstellung siehe Lin, Bonny, et al.: Competion in the Gray Zone. Countering China's Coercion Against U.S. Allies and Partners in the Indo-Pacific. RAND Research Report RRA 594-1, 2022. https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RRA500/RRA594-1/RAND_RRA594-1.pdf, zuletzt besucht am 24. 02. 2025.

7 „By sailing ships and flying aircraft around Taiwan, the armed forces send a stern warning to the ‚Taiwan independence' separatist forces." State Council Information Office of the People's Republic of China: „China's National Defense in the New Era", III. July 24, 2019. http://english.scio.gov.cn/2019-07/24/content_75026800_4.htm, zuletzt besucht am 26. 03. 2025.

8 Davon abzugrenzen sind z.B. die Teilnahme eines chinesischen Flottenverbandes am Seemanöver „Joint Sea 2017" in der Ostsee im Juli 2017 (Fabarius, Wolfhart: „Chinesischer Flottenverband mit Kurs Ostsee". THB. 21. Juni 2017. https://www.thb.info/rubriken/maritime-sicherheit/detail/news/chinesischer-flottenverband-mit-kurs-ostsee.html, zuletzt besucht am 3. 3. 2025) oder die Durchfahrt einer chinesischen Einsatzgruppe durch die Ostsee am 20. Juli 2024, bestehend aus dem Zerstörer JIAOZUO und dem Kampfgruppenversorger HONGSHU zwecks Teilnahme an den Feierlichkeiten zum Geburtstag der russischen Marine in St. Petersburg. Siehe „Chinesische Einsatzgruppe in der Ostsee", Marineforum, 26. Juli 2024. https://marineforum.online/chinesische-einsatzgruppe-in-der-ostsee/, zuletzt besucht am 3. 3. 2025.

9 Zhonghua Renmin Gongheguo he Eluosi Lianbang guanyu xinshidai guoji guanxi he quanqiu kechixu fazhan de lianhe shengming [Gemeinsame Erklärung der Volksrepublik China und der Russischen Föderation zu internationalen Beziehungen und nachhaltiger globaler Entwicklung in einer neuen Ära]. 04. Februar 2022. https://www.mfa.gov.cn/web/ziliao_674904/1179_674909/202202/t20220204_10638953.shtml, zuletzt besucht am 29. 03. 2025.

10 Qiao Liang und Wang Xiangsui: Chaoxian Zhan [Unrestricted Warfare]. Beijing: Jiefangjun wenyi chubanshe [PLA Literature and Arts Publishing House], 1999, S. 156–157.

11 „Zhongguo Renmin Jiefangjun kaishi ‚sanzhan' de yanjiu he xunlian" [Die Volks-

befreiungsarmee Chinas beginnt mit Forschung und Übung der ‚Drei Kriege'], https://mil.news.sina.com.cn/2004-07-16/1738210714.html, zuletzt aufgerufen am 3. 3. 2025.

12 Fan Gaoyue: „Yulunzhan, xinlizhan, falüzhan san da zhanfa jiasu zhanzheng shengli" [Die drei großen Arten der Kriegführung, nämlich Meinungskrieg, Psychologischer Krieg und Juristischer Krieg, beschleunigen den militärischen Sieg], archivierter Artikel, ursprünglich erschienen auf www.sina.com am 8. 3. 2005. https://baikeshot.cdn.bcebos.com/reference/3891956/8c6289dfaecfdc6eab698b0b90e0caa0.png@!reference, zuletzt besucht am 3. 3. 2025.

13 „Fan fenlie guojia fa" [Anti-Sezessions-Gesetz]. https://www.mfa.gov.cn/web/ziliao_674904/zt_674979/dnzt_674981/qtzt/twwt/stflgf/202206/t20220606_10699015.html, zuletzt besucht am 3. 3. 2025.

14 „Sanzhan" [Drei Arten der Kriegführung], o. D., https://baike.baidu.com/item/%E4%B8%89%E6%88%98/3891956, zuletzt besucht am 3. 3. 2025.

15 Möller, Kay: „Spaltet China Taiwan? Nach der Verabschiedung des ‚Anti-Sezessionsgesetzes'". SWP-Aktuell 16, April 2005, S. 3. https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/aktuell2005_16_mll_ks.pdf, zuletzt besucht am 3. 3. 2025.

16 „Jinxing yulunzhan, xinlizhan, falüzhan, kaizhan wajie dijun gongzuo, kaizhan fanxinzhan, fancefan gongzuo, kaizhan junshi sifa he falü gongzuo." Zhengzhi gongzuo tiaoli, di er zhang, di shisi tiao, 18 [Abschnitt 2, Artikel 14, Nr. 18 der „Richtlinien zur politischen Arbeit"] in der Fassung vom 5. 12. 2003 (!), zitiert nach Stichwort Zhongguo Renmin Jiefangjun zhengzhi gongzuo tiaoli [Richtlinien zur Politischen Arbeit der Volksbefreiungsarmee Chinas], https://tinyurl.com/yb89dchw, zuletzt besucht am 3. 3. 2025.

17 Das Weißbuch „2002 nian Zhongguode guofang" [Chinas Verteidigung 2002] bezeichnet erstmals die Realisierung der Informatisierung als „historische Mission" (lishi shiming). http://www.scio.gov.cn/zfbps/ndhf/2002n/202207/t20220704_129878.html, zuletzt besucht am 3. 3. 2025. Im Weißbuch „2004 nian Zhongguo de guofang" [Chinas Verteidigung 2004] wird erstmals mit der Informatisierung ein konkretes Fähigkeitsziel benannt: „Die Volksbefreiungsarmee erwirbt die Fähigkeit, einen lokalen Krieg unter den Bedingungen der Informatisierung siegreich führen zu können" (renmin jiefangjun lizu daying xinxihua tiaojian xia de jubu zhanzheng). http://www.scio.gov.cn/zfbps/ndhf/2004n/202207/t20220704_129873.html, zuletzt besucht am 3. 3. 2025.

18 Der Autor verwendet für „Neutralisierung […]" eine Lehnübersetzung aus dem Englischen: ruan shashang, „soft kill".

19 Siehe dazu ausführlich: Benjamin Herscovitch: „Five One-Chinas: The contest to define Taiwan". Lowy Institute, January 2025. https://lowy-institute.github.

io/publications/2025/HERSCOVITCH-Five-One-Chinas-Contest-to-define-Taiwan.pdf, zuletzt besucht am 3. 3. 2025.

20 Siehe dazu Oliver Corff: „Reiches Land, starke Armee" – Chinas Umfassende Nationale Sicherheit. Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr. 17/2018, Bundesakademie für Sicherheitspolitik. https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2018_17_0.pdf, zuletzt besucht am 26. 03. 2025.

21 Vgl. NIDS China Security Report 2021, „China's Military Strategy in the New Era", S. 21 ff. National Institute for Defense Studies, Japan. https://www.nids.mod.go.jp/publication/chinareport/pdf/china_report_EN_web_2021_A01.pdf, zuletzt besucht am 31. 03. 2025.

22 Für eine systematische Darstellung siehe Yamaguchi Shinji, Yatsuzuka Masaaki und Momma Rira: China's Quest for Control of the Cognitive Domain and Gray Zone Situations. NIDS China Security Report 2023. National Institute for Defense Studies, Japan.https://www.nids.mod.go.jp/publication/chinareport/pdf/china_report_EN_web_2023_A01_revised.pdf, zuletzt besucht am 26. 03. 2025.

23 Siehe Kapitel „Chinese Influence Operations", S. 13 ff., in: Cyrus Newlin et al.: Countering Russian and Chinese Influence Activities: Examining Democratic Vulnerabilities and Building Resiliency. CSIS 2020. https://www.csis.org/analysis/countering-russian-chinese-influence-activities, zuletzt besucht am 3. 3. 2025. Außerdem: Parliament of Australia: Senate Select Committee on Foreign Interference through Social Media, August 2023. 186 S. https://parlinfo.aph.gov.au/parlInfo/download/committees/reportsen/RB000062/toc_pdf/SenateSelectCommitteeonForeignInterferencethroughSocialMedia.pdf, zuletzt besucht am 3. 3. 2025.

24 Grundsätzliche Bemerkungen zum Aktivitätsfeld Einflussnahme und Desinformation siehe S. 322 ff, BfV: „Verfassungsschutzbericht 2023", 18. Juni 2024, https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2024-06-18-verfassungsschutzbericht-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=17, zuletzt besucht am 3. 3. 2025.

25 Margarete Bause: „Wir müssen reden". In: Annette Schavan et al. (hrsg.): 50 Stimmen. 50 Statements zu 50 Jahren diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und China. Drachenhaus Verlag, 2023. ISBN: 978-3-943314-71-7. S. 83–86. https://old.eab-berlin.eu/system/files/2023-07/50-Stimmen_Kern_RZ.pdf, zuletzt besucht am 3. 3. 2025.

26 Stellvertretend für viele: Joschka Fischer: „Eine neue Weltordnung". Auszug aus seinem neuen Buch Die Kriege der Gegenwart und der Beginn einer neuen Weltordnung, Tagesspiegel, 6. März 2025, S. 13, sowie Die Kriege der Gegenwart und der Beginn einer neuen Weltordnung, Kiepenheuer & Witsch 2025, S. 24.

27 Siehe hierzu als Übersicht: Council of the European Union, General Secretariat:

Soviet and Russian Disinformation. Reading References, Council Library 2020. https://www.consilium.europa.eu/en/documents-publications/library/library-blog/posts/soviet-and-russian-disinformation-reading-references/, zuletzt besucht am 3. 3. 2025.

28 Geiger, Tim: „Vor zehn Jahren: Russland annektiert die Krim". In: Militärgeschichte, Heft 1/2024, S. 20–21. https://zms.bundeswehr.de/resource/blob/5725598/e995e7cb883ae4fbc45757270e3307c3/zmg-2024-heft-1-pdf-data.pdf, zuletzt besucht am 3. 3. 2025.

29 Mark Galeotti: „I'm Sorry for Creating the 'Gerasimov Doctrine'. I was the first to write about Russia's infamous high-tech military strategy. One small problem: it doesn't exist." In: Foreign Policy. 5. März 2018 (englisch, https://foreignpolicy.com/2018/03/05/im-sorry-for-creating-the-gerasimov-doctrine/, zuletzt besucht am 3. 3. 2025). Ausführlich werden Genese und Inhalte der „Gerasimov-Doktrin" hier diskutiert: Christoph Bilban und Hanna Grininger (Hrsg.): Mythos „Gerasimov-Doktrin" Ansichten des russischen Militärs oder Grundlage hybrider Kriegsführung? Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 2/2019. https://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/buch_bilban_grininger_mythos_gerasimov_doktrin_web.pdf, zuletzt besucht am 3.3. 2025.

30 Van Rensbergen, Arno: „Hybrid threats: Russia's shadow war escalates across Europe". The Parliament, 21. Jan. 2025. https://www.theparliamentmagazine.eu/news/article/hybrid-threats-russias-shadow-war-escalates-across-europe, zuletzt besucht am 3. 3. 2025. Siehe auch: Minna Ålander & Patrik Oksanen (eds).: „Tracking the Russian Hybrid Warfare". Frivärld / Stockholm Free World Forum. [o. D., ca. 2024.] https://frivarld.se/wp-content/uploads/2024/05/Hybrid-Tracker-SFWF.pdf, zuletzt besucht am 3. 3. 2025. Siehe auch: Sean S. Costigan and Dr. Michael A. Hennessy: „Hybrid Threats and Hybrid Warfare. Reference Curriculum". George Marshall Center, NATO. [o. D., ca. 2022]. 344 S. ISBN: 978-3-903121-57-7. https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2024/7/pdf/241007-hybrid-threats-and-hybrid-warfare.pdf, zuletzt besucht am 3. 3. 2025.

31 Vgl. Claire Mills: Russia's use of nuclear threats during the Ukraine conflict. House of Commons Library, 20 December 2024. No. 9825. https://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/CBP-9825/CBP-9825.pdf, zuletzt besucht am 3. 3. 2025.

32 DGAP: Stellungnahme der DGAP zur Einstufung als „unerwünschte Organisation" durch die russische Staatsanwaltschaft. Berlin, 20. März 2025. https://dgap.org/de/presse/news/stellungnahme-der-dgap-zur-einstufung-als-unerwuenschte-organisation-durch-die , zuletzt besucht am 26. 03. 2025.

33 Stichwort „Frieden", Kleines Politisches Wörterbuch, Dietz Verlag Berlin, 1986.

Sechste Auflage, S. 273.

34 Kosing, Alfred: Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie, Dietz Verlag Berlin, 1989. Vierte Auflage, S. 187.

35 Stichwort „Frieden“, Kleines Politisches Wörterbuch, Dietz Verlag Berlin, 1986. Sechste Auflage, S. 273.

36 Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR: Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechts, S. 202. Dietz Verlag Berlin 1980.

37 https://ru.wiktionary.org/wiki/коллективный_Запад , dort lautet die tautologische Definition: „Коллективный Запад откровенно признает: главная цель — низвержение России.“ [Der Kollektive Westen gibt offen zu: Das Hauptziel ist der Sturz Russlands.]

„Mission impossible": Demokratien im aussichtslosen Kampf gegen die Zeit in ‚neuen' asymmetrischen Kriegen

Roland Lochte

In den internationalen Beziehungen existiert ein **empirisch gut zu beobachtendes Rätsel:** Militärisch hochgerüstete und mächtige Staaten verlieren überraschend häufig gegen militärisch schwächere Gegner. Eklatante Beispiele sind der Algerienkrieg (1954–1962), der Vietnamkrieg (1965–1975), der Krieg der Sowjetunion in Afghanistan (1979–1989) sowie der Krieg des Westens in Afghanistan (2001–2021). In all diesen Fällen von asymmetrischen Kriegen handelte es sich um einen Kampf zwischen David und Goliath, bei dem in jedem Fall die „Davids" den Sieg davontrugen.

Der Afghanistankrieg, der 2021 zu Ende gegangen ist, reiht sich in diesen Trend ein. Eine kleine Gruppe an Taliban Kämpfern hat mit einfachen und veralteten Waffen die Weltmacht USA mitsamt ihren Verbündeten in die Knie gezwungen. Nach 20 Jahren zivil-militärischen Engagements, dem Aufbringen eines sehr hohen Blutzolls und Milliarden an Steuergeldern, kamen die Taliban letztlich in Kabul wieder an die Macht. Die Bilder der amerikanischen Hubschrauber über der US-Botschaft, bei Ihrem Evakuierungseinsatz im August 2021, erinnern stark an die Bilder in Saigon von 1975, die ein Symbol der Niederlage für die Vereinigten Staaten von Amerika waren.

Nach dem verlorenen Krieg in Afghanistan begann in Deutschland eine Phase der Reflexion. Es stellt sich die Frage, welche Lehren aus dem Scheitern für zukünftige zivil-militärische Auslandseinsätze gezogen werden können. Bei der Beantwortung dieser Frage lassen sich zwei gegensätzliche Grundpositionen ausmachen. Vertreter der **ersten Position** argumentieren, dass solche Auslandseinsätze mit der richtigen Strategie erfolgreich durchgeführt werden können. Ein Beispiel dafür ist die Enquete-Kommission, die der Bundestag im Sommer 2022 einberufen hat, um „Lehren aus Afghanistan für das zukünftige vernetzte Engagement Deutschlands" zu ziehen.[1] Die Kommission spricht Empfehlungen aus, wie zukünftige Auslandseinsätze verbessert werden könnten, um höhere Erfolgschancen zu haben: So lasse sich aus dem gescheiterten Afghanistaneinsatz beispielsweise lernen, dass künftig mehr personelle Ressourcen erforderlich seien, mit einem langfristigen Zeithorizont geplant werden müsse, eine intensivere Auseinandersetzung mit der Kultur, Geschichte und den Traditionen des Einsatzlandes notwendig sei und eine bessere strategische Abstim-

mung zwischen den Ministerien in Deutschland und vor Ort erfolgen müsse.[2] Kurz gesagt: Aus dieser Perspektive könnte ein Auslandseinsatz erfolgreich sein, wenn es gelingt, eine effektive und vielversprechende Strategie zu entwickeln und umzusetzen.

Im Gegensatz dazu argumentieren Vertreter der **zweiten Position**, dass Auslandseinsätze, die in fernen Ländern in einer fremden Kultur durchgeführt werden, fast zwangsläufig zum Scheitern verurteilt sind. Daran lässt sich auch mit Anpassungen an der „Strategie" nichts ändern. Demnach sollten Auslandseinsätze, die nicht klar der Landes- oder Bündnisverteidigung dienen, grundsätzlich vermieden werden. Denn warum sollte man sich an einem Krieg beteiligen, der nicht gewonnen werden kann?

„Wollen" setzt zwangsläufig das „Können" voraus. Auch wenn eine zivil-militärische Intervention moralisch geboten erscheinen mag, sollte sie unbedingt vermieden werden, wenn sie von vornherein nur geringe Aussicht auf Erfolg hat. Ein Auslandseinsatz muss immer vom Ende her gedacht werden. Die moralische Dimension rückt damit in den Hintergrund. In den Worten von Carl Philipp Gottlieb von Clausewitz: „Man fängt keinen Krieg an, oder man sollte vernünftigerweise keinen anfangen, ohne sich zu sagen, was man mit und was man in demselben erreichen will, das erstere ist der Zweck, das andere das Ziel."[3] Hinzuzufügen ist: Man muss sich auch fragen, ob der angestrebte Zweck und das Ziel realistisch erreichbar sind.

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, werden im Folgenden in einem ersten Schritt die konträren Positionen moderner Politikwissenschaftler skizziert. Ergänzend wird auf die politische Ideengeschichte zurückgegriffen, insbesondere auf zentrale Gedanken von Immanuel Kant und Carl von Clausewitz, die wertvolle Perspektiven in diesem Kontext bieten. Im Anschluss liegt der Fokus auf dem oft unterschätzten Faktor Zeit, dessen Einfluss auf den Ausgang asymmetrischer Kriege – besonders im Kontext der „Neuen Kriege" – häufig vernachlässigt wird, was zu verzerrten Schlussfolgerungen führt. Abschließend wird ein Fazit zu den aufgeworfenen Fragen gezogen und es werden strategische Empfehlungen für die deutsche Außenpolitik abgeleitet.

In der Politikwissenschaft wurde intensiv zur militärischen Leistungsfähigkeit mächtiger demokratischer und nicht-demokratischer Staaten im Kontext asymmetrischer Kriege geforscht. Der wissenschaftliche Diskurs dazu ist äußerst kontrovers. Im Zentrum stehen zwei wesentliche **Fragestellungen:** Warum scheitern mächtige Staaten trotz ihrer militärischen Überlegenheit häufig an militärisch schwächeren Gegnern? Und lässt sich dieses Muster durch strategische Anpassungen überwinden?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, werden im Folgenden in einem ersten Schritt die konträren Positionen **moderner Politikwissenschaftler** skizziert. Ergänzend wird auf die politische Ideengeschichte zurückgegriffen, insbesondere auf zentrale Gedanken von **Immanuel Kant** und **Carl von Clausewitz**, die wertvolle Perspektiven in diesem Kontext bieten. Im Anschluss liegt der Fokus auf dem oft unterschätzten Faktor **Zeit**, dessen Einfluss auf den Ausgang asymmetrischer Kriege – besonders im Kontext der **„Neuen Kriege"** – häufig vernachlässigt wird, was zu verzerrten Schlussfolgerungen führt. Abschließend wird ein **Fazit** zu den aufgeworfenen Fragen gezogen und es werden strategische Empfehlungen für die deutsche Außenpolitik abgeleitet.

Die Forschungsliteratur zu asymmetrischen Kriegen lässt sich grundsätzlich in zwei Großtheorien einteilen: die (neo-)realistische und die (neo-)liberale Theorie. Der amerikanische Politikwissenschaftler **Ivan Arreguín-Toft**, dessen „Theory of Asymmetric Conflict"[4] breite Beachtung findet, wird der **(neo-)realistischen Großtheorie** zugeordnet. Zu seinen Mentoren zählen die renommierten Politikwissenschaftler John Mearsheimer und Stephen Walt.

In der (Neo-)realistischen Großtheorie gilt **„Macht"** als der entscheidende Faktor in den internationalen Beziehungen. Es wäre daher zu erwarten, dass ein Staat - mit erheblichem Machtpotential einen asymmetrischen Krieg gegen einen militärisch schwächeren Akteur gewinnen würde. Arreguín-Toft formuliert dies folgendermaßen: „If power implies victory, then an overwhelming power advantage implies an overwhelming - and rapid- victory."[5] Diese Annahme macht das Streben von Staaten nach der Akkumulation von Macht nachvollziehbar. Der internationale Wettbewerb um Macht würde aber in Frage gestellt, wenn ein kleiner, schwacher Akteur ebenso gute – wenn nicht sogar größere – Chancen hätte, einen Krieg gegen einen mächtigeren Gegner zu überstehen oder gar siegreich zu beenden.

Wenn Macht nicht in tatsächliche militärische Erfolge oder das Erreichen politischer Ziele umgewandelt werden kann, gerät das gesamte (neo-)realistische Theoriegebäude ins Wanken. Das empirisch beobachtbare Phänomen, dass in asymmetrischen Kriegen der schwächere Akteur zunehmend gegen den stärkeren gewinnt, stellt die (neo-)realistische Theorie vor ein bedeutendes Rätsel. Dieses Ungleichgewicht zwischen militärischer Überlegenheit und Kriegserfolg zwingt dazu, die traditionellen Annahmen über Macht und deren Wirkung in asymmetrischen Konflikten zu hinterfragen.

Wie löst Arreguín-Toft dieses Rätsel nun auf? Seine Antwort lautet: Es liegt an der **Strategie**. Die starken Akteure haben ihre Kriege so häufig verloren, weil sie die falsche Strategie verfolgt haben. Wenden sie jedoch die richtige Strategie an, könnten sie ihr überragendes Machtpotenzial effektiv ausnutzen und somit die Wahrscheinlichkeit, den Krieg zu gewinnen, erheblich steigern. Diese Sichtweise steht im Einklang mit der oben erwähnten Enquete-Kommission zu Afghanistan, die ebenfalls die Notwendigkeit einer verbesserten strategischen Ausrichtung betont, um den Erfolg in solchen Konflikten zu maximieren.

Ganz anders stellt sich der Sachverhalt aus der Perspektive der **(Neo-)liberalen Großtheorie** dar. Hier sind nicht die Faktoren „Macht und Strategie" entscheidend für den Ausgang eines asymmetrischen Krieges, sondern vielmehr die **innerstaatlichen Gesellschaften** in den Demokratien. Das militärische Machtpotenzial eines Staates wird in dieser Sichtweise irrelevant. In einer idealtypischen Demokratie ist es nicht die politische Elite, die über Krieg und Frieden entscheidet, sondern der Demos. Als einer der Vordenker der liberalen Denkschule formuliert **Immanuel Kant** in seinem berühmten Werk „Zum ewigen Frieden" von 1795 an zentraler Stelle:

Ganz anders stellt sich der Sachverhalt aus der Perspektive der (Neo-)liberalen Großtheorie dar. Hier sind nicht die Faktoren „Macht und Strategie" entscheidend für den Ausgang eines asymmetrischen Krieges, sondern vielmehr die innerstaatlichen Gesellschaften in den Demokratien. Das militärische Machtpotenzial eines Staates wird in dieser Sichtweise irrelevant. In einer idealtypischen Demokratie ist es nicht die politische Elite, die über Krieg und Frieden entscheidet, sondern der Demos. Als einer der Vordenker der liberalen Denkschule formuliert Immanuel Kant in seinem berühmten Werk „Zum ewigen Frieden" von 1795 an zentraler Stelle:

„Wenn (wie es in dieser Verfassung nicht anders sein kann) die Beistimmung der Staatsbürger dazu erfordert wird, um zu beschließen, »ob Krieg sein solle, oder nicht«, so ist nichts natürlicher, als daß, da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müßten (als da sind: selbst zu fechten; die Kosten des Krieges aus ihrer eigenen Habe herzugeben; die Verwüstung, die er hinter sich läßt, kümmerlich zu verbessern; zum Übermaße des Übels endlich noch eine, den Frieden selbst verbitternde, nie (wegen naher immer neuer Kriege) zu tilgende Schuldenlast selbst zu übernehmen), sie sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen: Da hingegen in einer Verfassung, wo der Untertan nicht Staatsbürger, die also nicht republikanisch ist, es die unbedenklichste Sache von der Welt ist, weil das Oberhaupt nicht Staatsgenosse, sondern Staatseigentümer ist, an seinen Tafeln, Jagden, Lustschlössern, Hoffesten u. d. gl. durch den Krieg

nicht das mindeste einbüßt, diesen also wie eine Art von Lustpartie aus unbedeutenden Ursachen beschließen, und der Anständigkeit wegen dem dazu allezeit fertigen diplomatischen Korps die Rechtfertigung desselben gleichgültig überlassen kann."[6]

Bemerkenswerterweise argumentiert Kant hier nicht mit Moral oder Altruismus, sondern er baut das Fundament zum „ewigen Frieden" auf dem Egoismus der Menschen auf. Er geht davon aus, dass die Bürger in einer Gesellschaft kein Interesse daran haben, ihr Leben und Eigentum in einem Krieg zu riskieren. In einer echten Demokratie würde dieses egoistische, kriegsaverse Verhalten der Bürger auf die Außenpolitik Einfluss nehmen. Von Demokratien wäre demnach trotz ihrer potenziellen militärischen Macht keine starke militärische Leistungsfähigkeit zu erwarten.

Als kleiner **Exkurs** sei hier angemerkt, dass nicht nur Demokratien große Schwierigkeiten haben, asymmetrische Kriege zu gewinnen. Dies beweist beispielsweise der Krieg der mächtigen, autokratischen Sowjetunion in Afghanistan 1979-1989, der mit einer desaströsen Niederlage für die Sowjetunion endete. Auch der heutige Krieg Russlands gegen die Ukraine kann nach gängiger politikwissenschaftlicher Definition (siehe unten) als asymmetrischer Krieg betrachtet werden, wobei der Ausgang des Krieges trotz der weit überlegenen militärischen Macht Russlands keineswegs sicher ist.[7] Es ist auch wichtig zu betonen, dass Demokratien und Autokratien keine feststehenden, statischen Gebilde sind. Herrschaftsformen können sich im Laufe der Zeit verändern, insbesondere unter den extremen Bedingungen eines Krieges. Demokratisch verfasste Staaten können in Kriegszeiten autokratische Züge annehmen, während autokratische Staaten unter bestimmten Umständen demokratische Elemente entwickeln können.

Kant unterscheidet in seinem „Ewigen Frieden" zwischen Angriffskriegen und Verteidigungskriegen. Wird ein Staat angegriffen, befürwortet Kant, dass die Bürger ihre Waffen ergreifen, um ihre Nation zu verteidigen. Asymmetrische Kriege jedoch sind per Definition keine Verteidigungskriege. Darauf wies der britische Politikwissenschaftler Andrew Mack hin. Unter dem Eindruck des Vietnamkrieges prägte Mack 1975 den politikwissenschaftlichen Diskurs zu asymmetrischen Kriegen mit seinem Artikel „Why Big Nations Lose Small Wars"[8]. Mack`s **Definition eines asymmetrischen Krieges** lautet wie folgt: In einem asymmetrischen Konflikt kann der starke Akteur den schwächeren Akteur auf dessen Territorium angreifen, während der schwächere Akteur den

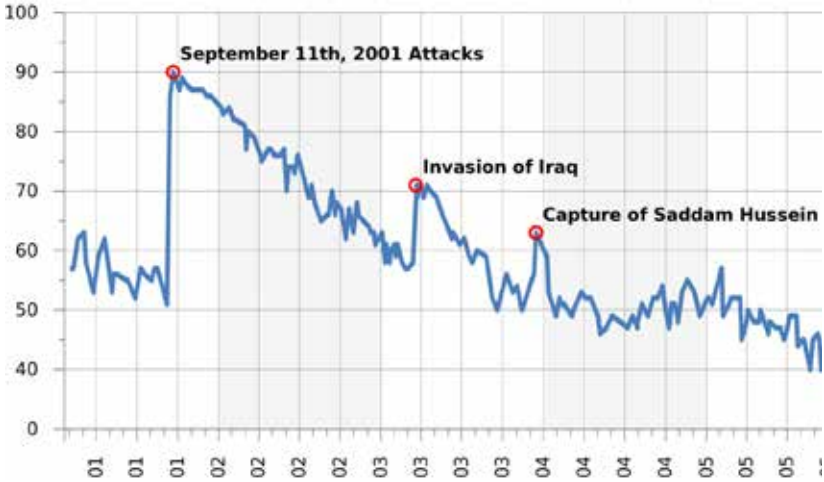
stärkeren kaum auf dessen eigenem Territorium angreifen kann, da ihm dazu die nötigen militärischen und technischen Mittel fehlen. Der schwache Akteur führt einen existenziellen Verteidigungskrieg um sein Überleben – wenn er aufhört zu kämpfen, wird seine Existenz ausgelöscht. Der starke Akteur hingegen führt einen begrenzten Krieg, bei dem es nicht um das Überleben der Nation geht. Er kann den Krieg jederzeit beenden, ohne seine Existenz zu gefährden.

Da asymmetrische Kriege aus Sicht der intervenierenden Demokratien also keine existenziellen Verteidigungskriege sind, ist zu erwarten, wenn man Kants Argumentation von den egoistischen, kriegsaversen, Staatsbürgern folgt, dass Demokratien - trotz ihrer militärischen Übermacht - keine hohen Chancen haben asymmetrische Kriege zu gewinnen.

Diese liberale Erklärung greift jedoch zu kurz, da Kant und auch die modernen liberalen Theorien zu asymmetrischen Kriegen den entscheidenden Faktor Zeit nicht ausreichend berücksichtigen. Ein asymmetrischer Krieg lässt sich im Zeitverlauf idealtypisch in **drei Phasen** einteilen. In der **ersten Phase**, zu Beginn eines asymmetrischen Krieges, ist es keineswegs so, dass sich die Staatsbürger bei der Entscheidung „ob Krieg sein solle oder nicht", wie von Kant erwartet, gegen den Krieg entscheiden. Öffentlichkeiten können eine Zeit lang leicht manipuliert werden. Inszenierte Vorfälle und Propaganda schüren nationale Ressentiments und führen zum sogenannten „Rally round the flag"-Effekt, bei dem sich das Volk in sicherheitspolitischen Krisen kurzfristig voll hinter das Kriegsvorhaben der Regierung stellt.

So verzeichnete beispielsweise der amerikanische Präsident George W. Bush nach den Anschlägen vom 11. September 2001 einen historisch außergewöhnlichen Anstieg seiner Beliebtheit. Einer Gallup-Poll-Bewertung zufolge kam Bush nach „9/11" auf eine Zustimmungsrate von 90 Prozent – die höchste, die je einem amerikanischen Präsidenten zuteil wurde. Der „Rally round the flag"-Effekt lässt sich in der folgenden Abbildung veranschaulichen:

So verzeichnete beispielsweise der amerikanische Präsident George W. Bush nach den Anschlägen vom 11. September 2001 einen historisch außergewöhnlichen Anstieg seiner Beliebtheit. Einer Gallup-Poll-Bewertung zufolge kam Bush nach „9/11" auf eine Zustimmungsrate von 90 Prozent – die höchste, die je einem amerikanischen Präsidenten zuteil wurde. Der „Rally round the flag"-Effekt lässt sich in der folgenden Abbildung veranschaulichen:



Quelle: https://en.wikipedia.org/wiki/Rally_%27round_the_flag_effect#/media/File:George_W_Bush_approval_ratings_with_events.svg; https://www.pollingreport.com/BushJob.htm

Kant hat offenbar die bellizistische Haltung der Bürger zu Beginn eines Krieges unterschätzt. Kants Thesen sind damit jedoch nicht komplett obsolet. Sie gewinnen vielmehr im Zeitverlauf eines langwierigen Krieges zunehmend an Bedeutung. Wie auf der Abbildung zu erkennen ist, nimmt der „Rally round the flag"-Effekt im Laufe der Zeit ab. Nach mehreren verlustreichen Jahren asymmetrischer Kriege in Afghanistan und im Irak stand das amerikanische Volk nicht mehr hinter ihrem Präsidenten und seinen Kriegen.

Kant spricht davon, dass sich die „Staatsbürger […] sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen." Statt „anzufangen" wäre jedoch „fortzuführen" wohl der bessere Ausdruck gewesen.

Im Verlauf eines lang andauernden asymmetrischen Krieges dauert die erste Phase, in der das Volk die Kriegsführung der Regierung voll unterstützt, nur relativ kurz an. Es folgt eine **zweite**, die längste **Phase**, in der sich die Staatsbürger zunehmend von den Kriegen ihrer Regierung distanzieren. Der Grund dafür liegt in den wachsenden Kosten und Lasten des Krieges, für die die Bürger aufkommen müssen. Je länger der Krieg andauert, desto mehr steigen die Zahl der Gefallenen und Verwundeten an und die finanziellen Belastungen akkumulieren sich. So kommt es in einer Demokratie früher oder später fast zwangsläufig zu öffentlichen Diskussionen, in denen der Blutzoll und die Opportunitätskosten des nicht-existenziellen Krieges als zu hoch erachtet werden.

Es wird dann argumentiert, dass die Steuergelder, die für den Krieg im Ausland ausgegeben werden, im Inland dringender benötigt werden. In der zweiten Phase des Krieges wird für die Bürger „Butter" wichtiger als „Kanonen". [9]

Im Zeitverlauf eines lang andauernden asymmetrischen Krieges ist also irgendwann unweigerlich der Kulminationspunkt erreicht, an dem die öffentliche Meinung kippt. Der Druck der sogenannten „Heimatfront" nimmt mit der Zeit immer weiter zu. Gemäß des Politikwissenschaftlers Gil Merom kommt es dann zu einer normativen Lücke, zwischen dem was auf der einen Seite die Regierung an opferbereiten Soldaten, Steuergeldern und dem Einsatz von roher Gewalt für eine zielführende, effektive Strategie braucht und dem, was auf der anderen Seite die Bürger bereit sind zu tolerieren. Die eingesetzten Mittel reichen dann nicht hin, um den Krieg gewinnen zu können.[10]

Es reicht daher für die militärisch Schwachen aus, nicht zu verlieren, den Krieg in die Länge zu ziehen und so die Kosten für die militärisch überlegene Kriegspartei stetig zu steigern. Henry Kissinger hat das im Kontext des Vietnamkriegs folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „Die Guerilla gewinnt, wenn sie nicht verliert. Die konventionelle Armee verliert, wenn sie nicht gewinnt." Die Vietnamesen und die Taliban haben mit dieser Strategie der zeitlichen Zermürbung bekanntlich erfolgreich ihre Gegner zum Rückzug gezwungen.

Nach der vergleichsweise langen Phase zwei folgt schließlich die dritte und letzte Phase des Krieges. In dieser erkennt die kriegsführende Regierung, dass ein Sieg ohne die Unterstützung der eigenen Bevölkerung nicht möglich ist. Angesichts des schwindenden Rückhalts bleibt ihr keine andere Wahl, als den Krieg abzubrechen und eine bittere Niederlage hinzunehmen.

Nach der vergleichsweise langen Phase zwei folgt schließlich die **dritte** und letzte **Phase** des Krieges. In dieser erkennt die kriegsführende Regierung, dass ein Sieg ohne die Unterstützung der eigenen Bevölkerung nicht möglich ist. Angesichts des schwindenden Rückhalts bleibt ihr keine andere Wahl, als den Krieg abzubrechen und eine bittere Niederlage hinzunehmen.

Der Afghanistankrieg von 2001 bis 2021 belegt diese These. Die Regierungen westlicher Demokratien sahen sich mit einer zunehmend opfersensiblen, kriegsmüden Öffentlichkeit konfrontiert, die den Einsatz mehrheitlich ablehnte – eine Ablehnung, die mit der Dauer des Krieges immer weiter zunahm. Wahlen ließen sich mit dem Thema Afghanistankrieg nicht gewinnen, weshalb

westliche Regierungen eine Strategie verfolgten, die primär darauf abzielte, eigene Verluste zu minimieren und den Krieg durch geschicktes Agenda-Setting aus dem öffentlichen Bewusstsein zu verdrängen. Ein markantes Beispiel hierfür war in Deutschland die Vermeidung des Begriffs „Krieg" und die Umformulierung des Einsatzes als „Friedensmission" oder „Stabilisierungseinsatz". Das vorrangige Ziel der Regierung war nicht der Sieg in Afghanistan, sondern die Sicherung ihrer Wiederwahl.

Diese halbherzige, opfersensible Strategie verschaffte den Regierungen zwar Zeit an der Heimatfront, sodass es trotz der kriegsaversen Öffentlichkeit gelang, den Einsatz zwei Jahrzehnte lang aufrechtzuerhalten – länger als jeder andere Krieg in der Geschichte der USA und Deutschlands. Doch letztlich erwiesen sich die Taliban als die Kriegspartei mit dem längeren Atem und gewannen nach 20 Jahren den entscheidenden Kampf um die Zeit.

Hätte es dennoch eine Möglichkeit gegeben, den Afghanistankrieg zu gewinnen? Folgt man der realistischen Theorie von Arreguín-Toft, wäre dies durchaus denkbar gewesen. In seiner Argumentation spielt der Faktor Zeit eine zentrale Rolle. Ihm zufolge ist der Faktor „Zeit" eine abhängige Variable von den Faktoren „Macht" und „Strategie". Mit der richtigen Strategie müsse es möglich sein, als mächtiger Staat den Faktor „Zeit" stark genug beeinflussen zu können, um seine Chancen signifikant zu erhöhen, siegreich aus asymmetrischen Kriegen hervorzugehen.

Wie bereits erwähnt öffnet sich in der ersten Phase zu Beginn eines Krieges ein einmaliges Zeitfenster, in dem die Bürger mehrheitlich hinter dem Kriegsvorhaben der Regierung steht. Dieses Zeitfenster könnte strategisch genutzt werden, um massive militärische Ressourcen zu mobilisieren. Insbesondere eine sofortige und umfangreiche Entsendung von Bodentruppen könnte dazu beitragen, den Krieg schnell und entschieden zu beenden – noch bevor sich eine innenpolitische Kriegsopposition formiert. Eine solche Strategie würde die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass der Konflikt nicht in die langwierige zweite Phase übergeht, in der die Unterstützung der Öffentlichkeit schwindet und die asymmetrisch kämpfende Gegenseite Zeit gewinnt.

Diese Argumentation ist keineswegs neu und wurde bereits während des Vietnamkriegs häufig vertreten. So wurde argumentiert, dass der amerikanische Präsident Lyndon B. Johnson 1965 eine andere Strategie hätte wählen können: Hätte er von Beginn an deutlich mehr Ressourcen und Bodentruppen mobili-

siert, hätte der Krieg möglicherweise so schnell gewonnen werden können, dass sich in den USA gar keine bedeutende innenpolitische Kriegsopposition hätte formieren können.

Diese Überlegung stützt sich auf die Annahme, dass ein entschlossener, massiver Militäreinsatz den Gegner so früh und hart getroffen hätte, dass ein langwieriger Abnutzungskrieg – und damit der schwindende Rückhalt in der Bevölkerung – vermieden worden wäre. Letztlich blieb es jedoch bei einer schrittweisen Eskalation, die den Krieg in die Länge zog und die amerikanische Öffentlichkeit zunehmend gegen den Konflikt aufbrachte.

Eine ähnliche Kritik wurde auch an der Strategie von US-Präsident George W. Bush und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in den Jahren 2001 und 2002 im Afghanistankrieg geäußert. Kritiker bemängelten, dass die USA anfangs zu zögerlich vorgingen und nicht sofort 50.000, 100.000 oder sogar 150.000 Soldaten nach Afghanistan entsandten. Theoretisch hätte ein solcher massiver Truppeneinsatz den Krieg möglicherweise schnell genug beendet, bevor die öffentliche Meinung in den westlichen Staaten kippte und einen Abbruch des Krieges erzwang.

Anhand dieser Beispiele wird deutlich, dass der Faktor Zeit eine alles entscheidende Rolle für den Ausgang eines Krieges spielt. Dies mag zwar auf den ersten Blick offensichtlich erscheinen, doch weder in den „liberalen" noch in den „realistischen" Theorien zu asymmetrischen Kriegen wird er systematisch eingeordnet und ausreichend thematisiert. Trotz der erheblichen Auswirkungen, die der Zeitverlauf auf die öffentliche Meinung und die strategische Anpassung hat, bleibt dieser Aspekt in vielen theoretischen Ansätzen unterbelichtet.

Diese Kritik basiert auf der Annahme, dass eine schnelle und entschlossene Offensive den Widerstand der Taliban frühzeitig hätte brechen können, sodass sich kein langwieriger Abnutzungskrieg entwickelte – eine Strategie, die jedoch nicht verfolgt wurde. Stattdessen setzten die USA zunächst auf eine vergleichsweise begrenzte militärische Intervention, die den Konflikt in die Länge zog und es den Taliban ermöglichte, sich langfristig neu zu formieren.

Anhand dieser Beispiele wird deutlich, dass der Faktor Zeit eine alles entscheidende Rolle für den Ausgang eines Krieges spielt. Dies mag zwar auf den ersten Blick offensichtlich erscheinen, doch weder in den „liberalen" noch in den „realistischen" Theorien zu asymmetrischen Kriegen wird er systematisch eingeordnet und ausreichend thematisiert. Trotz der erheblichen Auswirkungen, die

der Zeitverlauf auf die öffentliche Meinung und die strategische Anpassung hat, bleibt dieser Aspekt in vielen theoretischen Ansätzen unterbelichtet.

Herfried Münkler bringt den Zusammenhang von Zeit und Krieg treffend auf den Punkt:

„Wer die Rhythmen der Zeit beeinflussen und verändern kann, erhöht dadurch nicht nur die Chance, seinen politischen Willen durchzusetzen, sondern erlangt auch die Möglichkeiten, kurzfristige Macht in dauerhafte Herrschaft zu transformieren – jedenfalls dann, wenn die Verfügung über die Zeit nicht bloß die Folge eines zufälligen Zusammentreffens verschiedener Faktoren ist, sondern aus der Beherrschung von Faktoren erwächst, auf die er jederzeit und dauerhaft Zugriff nehmen kann. Dabei wird unter der Kontrolle von Zeitrhythmen zumeist eine Fähigkeit zur Beschleunigung verstanden, über welche andere nicht verfügen."[11]

Münklers Analyse verdeutlicht, dass die zeitliche Dimension eines Konflikts keine bloße Nebenvariable ist, sondern oft den entscheidenden Faktor für Sieg oder Niederlage darstellt. Gelingt es der Regierung einer mächtigen Demokratie, das einmalige Zeitfenster des „Rally round the flag"-Effekts zu nutzen und ihre militärischen Ressourcen unmittelbar und umfassend zu mobilisieren, könnte sie ihren asymmetrischen Krieg zügig und damit siegreich beenden.

Genau hier setzt die Argumentation von Arreguín-Toft an. Er weist auf eine Forschungslücke in den liberalen Theorien hin: Diese erklären nicht, warum einige asymmetrische Kriege in die Länge gezogen werden, während andere schnell entschieden werden. Die Frage, ob „Macht und Strategie" oder „innerstaatliche Gesellschaften" letztlich den Ausgang eines asymmetrischen Krieges bestimmen, beantwortet Arreguín-Toft aus realistischer Perspektive klar: Die entscheidenden Faktoren sind „Macht und Strategie", die den Kampf um die Zeit für sich entscheiden können.

Doch auch diese Erklärung greift nicht weit genug. Es ist zweifelhaft, ob „Macht und Strategie" allein das komplexe Zusammenspiel von Beschleunigung und Verzögerung in asymmetrischen Kriegen hinreichend erfassen können. Ein Phänomen des 21. Jahrhunderts bietet womöglich einen noch präziseren Ansatz zur Prognose des Faktors Zeit in asymmetrischen Kriegen: die Theorie der **„Neuen Kriege"**.

Die „Neuen Kriege“ sind im 21. Jahrhundert relativ weit verbreitet. Dennoch geht Arreguín-Toft mit keinem Wort auf sie ein. Es deutet aber vieles darauf hin, dass sich diese spezifische Art der Kriege quer zu seinen Thesen stellt. Auch die liberalen Theorien, die den Ausgang asymmetrischer Kriege prognostizieren wollen, vernachlässigen die „Neuen Kriege“. Umgekehrt ignorieren Politikwissenschaftler, die sich mit den „Neuen Kriegen“ befassen, weitgehend die Theorien zu asymmetrischen Kriegen.[12] Diese Forschungslücke lässt sich schließen, indem beide Theoriekomplexe über den Faktor Zeit miteinander verknüpft werden.

Im Folgenden soll nur kurz auf das umfangreiche und kontrovers diskutierte Theorem der „Neuen Kriege“ eingegangen werden.[13] Im politikwissenschaftlichen Diskurs wird der Wandel des Krieges nicht nur als graduelle Veränderung, sondern als tiefgreifender struktureller Umbruch verstanden. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts 1990 setzte ein fundamentaler Wandel des Kriegsgeschehens ein, für den sich der Begriff „Neue Kriege“ etabliert hat. Der zentrale Unterschied zu früheren Kriegen liegt in der ökonomischen Basis nichtstaatlicher Akteure: Vor 1990 war ihr Zugang zu Ressourcen stark begrenzt. Heute haben sie durch eine global vernetzte Schattenwirtschaft nahezu uneingeschränkten Zugang zu den internationalen Märkten. Menschen-, Waffen-, Drogen- und Ressourcenhandel sind für sie lukrative Einnahmequellen. Wie schon im Dreißigjährigen Krieg „ernährt der Krieg den Krieg“ und wird zur Lebensform. Überspitzt formuliert, könnte man in Anlehnung an Clausewitz sagen: Der Krieg ist die Fortsetzung der Ökonomie mit anderen Mitteln.

Die nichtstaatlichen Akteure haben in den „Neuen Kriegen“ nicht nur den Willen, sondern auch die ökonomischen Ressourcen, um den Krieg extrem lange führen zu können. Beispielsweise In Afghanistan verfügten die Taliban nicht nur über den Willen den Krieg gegen die intervenierenden Staaten „ewig“ zu führen, sondern sie hatten auch die Mittel dazu. Afghanistan ist bzw. war der größte Opium-Produzent der Welt. Die Opium Produktion hat nach dem Ende des Krieges 2021 stark abgenommen, da die Taliban jetzt, wo sie an der Macht sind, gegen den Opium Anbau vorgehen. Aber während des Krieges von 2001-2021 bescherte der globale Drogenkonsum den Taliban einen nicht versiegenden Finanzzufluss, der jahrzehntelang gesichert war. Hätte US-Präsident Joe Biden den Krieg nicht nach 20 Jahren abgebrochen, spricht viel dafür, dass die Taliban den „Neuen Krieg“ nicht nur 20 sondern auch 30, 40, 50 Jahre oder noch länger durchgehalten hätten. Ein Sprichwort der Taliban im Kontext des Afghanistankrieges besagte: „Ihr habt die Uhren, wir haben die Zeit.“

Neben den wirtschaftlichen Faktoren verstärken weitere Merkmale der „Neuen Kriege“ deren Persistenz: Staatszerfall und Gewaltakteure, Gewaltmotive, Gewaltstrategien, Gewaltmittel und Gewaltfolgen. Insbesondere die Wechselwirkungen dieser Faktoren erschweren es den intervenierenden (militärisch überlegenen) Staaten, diese Konflikte schnell und dauerhaft zu befrieden. Das Hauptmerkmal der Neuen Kriege ist, dass sie extrem lange dauern. Sie ähneln dem Dreißigjährigen Krieg und sind in Jahrzehnten und nicht in Jahren zu denken. Diesen langen Atem haben die Gesellschaften in den kriegsführenden Demokratien nicht. Für Sie ist Zeit Geld und kostet Menschenleben.

Vom Ende her gedacht, muss man sich bei asymmetrischen Kriegen von Anfang an für ein „Ganz oder gar nicht“ entscheiden – der Mittelweg ist nicht zielführend. Da die kriegsaversen, postheroischen Gesellschaften in demokratisch verfassten Staaten langfristig jedoch nicht einfach bei der Strategieentwicklung ignoriert werden können, ist „ganz“ keine realistische Option. Daher wäre es konsequenter, sich von vornherein für ein „gar nicht“ zu entscheiden. Dies gilt umso mehr, wenn die Konflikte Merkmale der „Neuen Kriege“ aufweisen. Der Westen ist in Afghanistan in den „Neuen Kriegen“ gescheitert, und es spricht vieles dafür, dass das Scheitern auch bei zukünftigen Interventionen in ähnlichen Konflikten nahezu zwangsläufig vorprogrammiert wäre.

Arreguín-Toft berücksichtigt das Phänomen der „Neuen Kriege“ nicht, doch es spricht vieles dafür, dass dieses Phänomen seiner Theorie widerspricht. Selbst mit einer ressourcenintensiven und erfolgsversprechenden Strategie, die von Anfang an angewendet wird, lässt sich die äußerst komplexe Gemengelage in den „Neuen Kriegen“ nicht zügig genug befrieden, bevor die öffentliche Meinung in den intervenierenden Staaten kippt.

Bereits im Kontext des Vietnamkrieges gibt es Zweifel, ob Arreguín-Toft`s Überlegungen wirklich plausibel sind und ob der Krieg mit der richtigen Strategie gewonnen werden konnte. Dennoch steht Arreguín-Toft mit diesen Überlegungen keineswegs allein da und sie lassen sich nicht komplett negieren. Allerdings hat sich seit dem Vietnamkrieg die Natur der Kriege fundamental gewandelt. Der Vietnamkrieg gehörte noch zu den „alten“ asymmetrischen Kriegen, und während es für Demokratien vielleicht nicht unmöglich, aber sicherlich schwierig gewesen wäre, diese zu gewinnen, so ist es in den „neuen“ asymmetrischen Kriegen nahezu unmöglich.

Vom Ende her gedacht, muss man sich bei asymmetrischen Kriegen von Anfang an für ein „Ganz oder gar nicht“ entscheiden – der Mittelweg ist nicht zielführend. Da die kriegsaversen, postheroischen Gesellschaften in demokratisch

verfassten Staaten langfristig jedoch nicht einfach bei der Strategieentwicklung ignoriert werden können, ist „ganz" keine realistische Option. Daher wäre es konsequenter, sich von vornherein für ein „gar nicht" zu entscheiden. Dies gilt umso mehr, wenn die Konflikte Merkmale der „Neuen Kriege" aufweisen. Der Westen ist in Afghanistan in den „Neuen Kriegen" gescheitert, und es spricht vieles dafür, dass das Scheitern auch bei zukünftigen Interventionen in ähnlichen Konflikten nahezu zwangsläufig vorprogrammiert wäre.

Bei der Entscheidung, ob ein Auslandseinsatz geführt werden soll oder nicht, ergibt es also Sinn zu prüfen, inwiefern sich die Konflikte den Merkmalen der „Neuen Kriege" annähern. Darüber hinaus bietet die sogenannte **Weinberger-Doktrin**, benannt nach dem amerikanischen Verteidigungsminister Caspar Weinberger, ein nützliches Analyseinstrument, um vor einem Einsatz zu überdenken, ob dieser Aussicht auf Erfolg haben kann. Die sechs Prüfkriterien, die Weinberger formuliert hat, lauten wie folgt:

„**First**, the United States should not commit forces to combat overseas unless the particular engagement or occasion is deemed vital to our national interest or that of our allies. […]

Second, if we decide it is necessary to put combat troops into a given situation, we should do so wholeheartedly, and with the clear intention of winning. If we are unwilling to commit the forces or resources necessary to achieve our objectives, we should not commit them at all. […]

Third, if we do decide to commit forces to combat overseas, we should have clearly defined political and military objectives. And we should know precisely how our forces can accomplish those clearly defined objectives. And we should have and send the forces needed to do just that. As Clausewitz wrote, 'No one starts a war—or rather, no one in his senses ought to do so—without first being clear in his mind what he intends to achieve by that war and how he intends to conduct it.' War may be different today than in Clausewitz's time, but the need for well-defined objectives and a consistent strategy is still essential. If we determine that a combat mission has become necessary for our vital national interests, then we must send forces capable to do the job—and not assign a combat mission to a force configured for peacekeeping.

Fourth, […] we must continuously keep as a beacon light before us the basic questions: 'Is this conflict in our national interest?' 'Does our national interest

require us to fight, to use force of arms?' If the answers are 'yes,' then we must win. If the answers are 'no,' then we should not be in combat.

Fifth, before the US commits combat forces abroad, there must be some reasonable assurance we will have the support of the American people and their elected representatives in Congress. […] We cannot fight a battle with the Congress at home while asking our troops to win a war overseas or, as in the case of Vietnam, in effect asking our troops not to win but just to be there.

Finally, the commitment of US forces to combat should be a last resort."[14]

Die Weinberger-Doktrin hebt mit Punkt fünf die entscheidende Bedeutung der öffentlichen Meinung hervor. Nur wenn es wahrscheinlich ist, dass das Volk einen Krieg unterstützt, sollten Truppen ins Ausland entsendet werden. Bei lang andauernden asymmetrischen Kriegen ist diese Unterstützung jedoch eher unwahrscheinlich. Daher sollten solche Einsätze grundsätzlich vermieden werden.

Die Weinberger-Doktrin, die lange Zeit als Richtschnur der amerikanischen Sicherheitspolitik galt, wurde entwickelt, um die USA vor einem weiteren desaströsen asymmetrischen Krieg wie dem Vietnamkrieg zu bewahren. Sie basiert auf den universellen Grundsätzen von Clausewitz, der in der Doktrin explizit genannt wird, und ist daher auch für die deutsche Sicherheitspolitik von Bedeutung.

In Kombination mit dem Konzept der „Neuen Kriege" bietet die Weinberger-Doktrin einen geeigneten Analyserahmen, um strategisch fundierte Entscheidungen in Deutschland zu treffen, wenn es um Auslandseinsätze geht. So könnte Deutschland vor einem weiteren „Afghanistan" bewahrt werden.

Zum Autor: Dr. Roland Lochte leistete Wehrdienst im Panzergrenadierbataillon in Wesendorf und studierte Politikwissenschaft, internationales Recht und VWL in Göttingen und Madrid. Er ist Gründer und Geschäftsführer der Personalberatung Kimberlite Consulting in Frankfurt am Main. Er promovierte zum Thema asymmetrische Kriege an der Universität der Bundeswehr München.

Dieser Text ist eine Zusammenfassung von folgender Forschungsarbeit: Lochte, Roland: Gegen die Zeit. Demokratische Staaten in neuen asymmetrischen Kriegen. Das Beispiel Afghanistan. Verlag Velbrück Wissenschaft, Weilerswist Metternich 2025, 443 Seiten, ISBN 978-3-95832-388-9.

Anmerkungen

1 Der Zwischenbericht und der Abschlussbericht der Enquete-Kommission finden sich hier: https://www.bundestag.de/ausschuesse/weitere_gremien/enquete_afghanistan/Berichte

2 Vgl. Zwischenbericht der Enquete-Kommission Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands. Drucksache 20/10400, S. 2 f.

3 Carl von Clausewitz, Vom Kriege, Sonderausg., ungekürzter Text (München: Cormoran, 2000), S. 651.

4 Arreguín-Toft, Ivan. How the Weak Win Wars: A Theory of Asymmetric Conflict. Cambridge, England: Cambridge University Press, 2005.

5 Arreguín-Toft (2005), S. 35.

6 Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden: Ein philosophischer Entwurf. Herausgegeben von Rudolf Malter. Stuttgart: Reclam, 2008, S. 12 f.

7 Siehe ausführlicher dazu: Roland Lochte, Vorteil David, Velbrück Magazin 26.02.2025: https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/vorteil-david-7459/

8 Mack, Andrew, „Why Big Nations Lose Small Wars: The Politics of Asymmetric Conflict". World Politics 27, Nr. 2 (1975): 175–200.

9 Vgl. Mack (1975), S. 185 ff.

10 Vgl. Merom, Gil, How Democracies Lose Small Wars: State, Society, and the Failures of France in Algeria, Israel in Lebanon, and the United States in Vietnam. Cambridge: Cambridge University Press, 2003.

11 Herfried Münkler, Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie. Studienausgabe. Weilerswist: Velbrück Wiss., 2010, S. 169.

12 Ein prominenter Vertreter des Theorems der „Neuen Kriege", namentlich Herfried Münkler, hat es unterlassen, die Theorien von Arreguín-Toft, Mack und Merom in eine systematische Verbindung zu den „Neuen Kriegen" zu setzen. Obwohl Münkler sein Buch „Der Wandel des Krieges" den Untertitel „Von der Symmetrie zur Asymmetrie" trägt, tauchen Mack und Arreguín-Toft lediglich in einem Nebensatz auf und Merom wird in dem Buch gar nicht erst erwähnt.

13 Eine hervorragende Literaturübersicht findet sich bei Anna Geis, Hrsg., Den Krieg überdenken: Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse, 1. Aufl, Schriftenreihe der Sektion Politische Theorien und Ideengeschichte in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Bd. 6 (Baden-Baden: Nomos, 2006), S. 9 ff.

14 airforcemag.com, „Weinberger's Six Tests - Air Force Magazine", 1. Januar 2004, https://www.airforcemag.com/article/0104keeperfile/.

Von der Wahrheit und deren Schutz im Kriege

Ein Plädoyer für mehr Geheimhaltung und
bessere Strategische Kommunikation

Laurent Joachim

Fleisch und Blut als Schutzschild des Geheimnisses

Es ist irgendwann kurz vor dem 14. November 1940. Der britische Premier Winston Churchill und seine Berater haben eine der schwerwiegendsten Entscheidungen des Krieges sorgfältig abgewogen und getroffen.

Sie sind bereit durch unterlassene Hilfeleistung, eigentlich eine Straftat, enorme moralische Schuld auf sich zu laden, in der Hoffnung die Informationsüberlegenheit zu behalten, um in Zukunft vielleicht noch Schlimmeres abwenden zu können. Denn – so das Abwägungskriterium – ist Information nicht nur eine taktische, sondern auch manchmal eine strategische ja gar kriegsentscheidende Ressource, wofür in der Gesamtabwägung schmerzhafte Opfer gebracht werden müssen. Es ist die Entscheidung, der Spatz in der Hand losfliegen zu lassen, um die Hand frei zu haben, in der gewagten Hoffnung die Taube später fangen zu können.

Folglich werden um 19:20 Uhr 13 mit X-Gerät Funk-Leitstrahl-System ausgerüsteten Heinkel He 111 Bomber der Deutschen Kampfgruppe 100 Leuchtzielmarker über die Industrie-Stadt Coventry mit damals etwa 320.000 Einwohner (-innen) abwerfen und somit das Unternehmen „Mondscheinsonate“[1] initiieren. Das Inferno bahnt sich an. Kurze Zeit später kommen knapp 500 Bomber der Deutschen Luftflotte 3 und werfen 50 Luftminen, 500 Tonnen Sprengbomben sowie 36.000 Brandbomben über die Stadt ab.

Von Churchill bewusst ohne Verstärkung oder sonstige Hilfeleistung sich selbst überlassen, kann die Flugabwehr der Stadt mit nur 36 Flugabwehrkanonen ausgerüstet, nichts anrichten. In den etwa zehn Stunden des Angriffes werden insgesamt nur 6.700 Flak-Schuss abgegeben; Ein einziges deutsches Flugzeug wird abgeschossen.

Bis zum Ende des Luftangriffes um 6:15 Uhr am 15. November 1940 werden geschätzt 568 Menschen ums Leben gekommen sein; Über 860 Menschen wer-

den schwer, knapp 400 leicht verletzt; Über 4.000 Wohnungen werden zerstört, insgesamt werden 60.000 Gebäude getroffen. Bis zu einem Drittel der Industrie-Anlagen der Stadt werden getroffen. Die zerstörte Kathedrale von Coventry avanciert zum Symbol des Martyriums und zum heutigen Wahrzeichen der Stadt. Die Nazi-Propaganda sprach in Folge von „Coventrieren[2]“ und verstand darunter eine „Spezialbombardierung“. Die Stadt wurde im Zweiten Weltkrieg mehrmals bombardiert, doch das Unternehmen „Mondscheinsonate“ war bei Weitem der schwerwiegendste Angriff.

Dieser Preis aus Fleisch und Blut müsse bezahlt werden, um ein übergeordnetes, wenngleich immaterielles, Gut zu schützen: Das Wissen über die Absichten des Gegners. So Churchills Abwägung. Im Krieg kann es keine Unschuld geben – im Gegensatz zu dem, was postheroische Gesellschaften gerne glauben möchten.

Zur Schutzwürdigkeit des Geheimnisses

Dank bahnbrechender technischer Vorarbeiten aus Polen und Spionageerfolgen Frankreichs bzw. aufgrund von Verrat auf deutscher Seite waren die Briten schon ab Januar 1940 im Rahmen der Operation „Ultra“ in der Lage die per Enigma-Verfahren verschlüsselten Funksprüche der deutschen Streitkräfte – in einem zunächst begrenzten Umfang – zu entziffern. Somit konnten die Absichten des Gegners in einigen, zunächst wenigen, Fällen im Voraus gedeutet werden. Die Entzifferungsarbeiten im britischen Bletchley Park, dem Entzifferungszentrum, werden mit dem Fortschreiten des Krieges jedoch rasch ausgeweitet und zunehmend erfolgreicher sein. Am Höhepunkt wird Bletchley Park bis zu 9.000 Personen beschäftigen. Insbesondere als das von den Deutschen parallel zu Enigma benutzte Lorenz-Verfahren[3] ab 1941 auch geknackt werden konnte, hatten die Alliierten eine nicht mehr zu kompensierende Informations- und somit Gestaltungsüberlegenheit.

All diese Erfolge waren jedoch stets eine wackelige Angelegenheit, denn sobald die Deutschen nur im Geringsten ahnen würden, dass die als sicher geltenden Enigma- und Lorenz-Verfahren möglicherweise entschlüsselt sein könnten, würden sie die Verschlüsselungsmaschinen nachbessern und die kryptografischen Schlüssel verkomplizieren. So würde sich das Zeitfenster der Informations- und somit Gestaltungsüberlegenheit wieder schließen und ein undurchsichtiger Vorhang würde vor den Absichten des Gegners wieder fallen.

Churchill darf also keinesfalls beim Gegner den Eindruck entstehen lassen, dass er „mitlesen" kann. Wenn er nennenswerte Ressourcen zum Schutz von Coventry aus nicht ersichtlichen Gründen eingesetzt hätte, hätten die Deutschen ahnen können, dass ihre Absichten bekannt wurden, und dass das Enigma-Verschlüsselungsverfahren möglicherweise kompromittiert wurde. Dann hätten die Deutschen Gegenmaßnahmen ergriffen. In der Gesamtabwägung der Briten war es also wichtiger den weiteren Zugang zu Informationen, als die Menschen und die Stadt zu schützen.

Irreführende Erzählung, richtige Prüffragen

Zumindest ist das die Darstellung, die in dem Buch „The Ultra Secret" (1974) propagiert wurde. Dieses Erinnerungsbuch vom Oberst der Luftwaffe (RAF Group Captain) Frederick William Winterbotham[4], welcher im Zweiten Weltkrieg die Verteilung von „Ultra"-Nachrichten zu verantworten hatte, lüftete tatsächlich erstmalig den Schleier über die Arbeiten in Bletchley Park für die Öffentlichkeit.

Diese oft wiederholte „Coventry-Legende" ist historisch jedoch inakkurat und wurde von anderen Mitbeteiligten sowie Historikern mittlerweile widerlegt. In Wahrheit hat Churchill Coventry also nicht zum Schutze von „Ultra" brennen lassen.[5] Vielmehr wurde im Nebel des Krieges London anstatt Coventry für das wahrscheinlichste Ziel der Luftwaffe angenommen. Eine Fehleinschätzung der erhaltenen Informationen führte also zum Desaster.

„In wartime, truth is so precious that she should always be attended by a bodyguard of lies"

Außerdem hätte es keine Notwendigkeit dafür gegeben, Coventry tatenlos brennen zu lassen. Das Geheimnis hätte anderweitig geschützt und die Stadt trotzdem verteidigt werden können. Zum Beispiel indem eine Alarmrotte „zufälligerweise" auf den vermuteten Weg der deutschen Bomber geschickt worden wäre und als Vorwand für die Auslösung von weiteren Maßnahmen gedient hätte.

Das psychologische Gedankenspiel des Weichenstellerfalls (auch: „Trolley-Problem") nach Enginsch/Wentzel/Foot[6] musste sich Churchill im Fall von Coventry also nicht stellen. Er musste nicht überlegen, ob er durch das Umstellen einer Weiche eine große Zahl dem Tod geweihten Personen rettet und im Tausch dafür einer kleineren Zahl unbeteiligten Personen das Leben nimmt. Ein klassisches Dilemma in der Kriegführung.

Die „Legende von Coventry“ macht trotzdem sehr anschaulich welche Bedeutung die Geheimhaltung im Krieg haben kann – oder besser gesagt, haben muss.

Deshalb, so die überlieferten Worte von Winston Churchill auf der Konferenz von Teheran im November 1943 sei „die Wahrheit in Kriegszeiten so kostbar, dass sie immer von Leibwächtern aus Lügen begleitet werden solle“ („In wartime, truth is so precious that she should always be attended by a bodyguard of lies“)[7], denn Informationsüberlegenheit führt zu Führungsüberlegenheit, führt zu Wirkungsüberlegenheit, wenn man Churchills Gedanken mit der neuesten Doktrin der Bundeswehr zu vermengen wagt.

Wirken im Dreiklang von Informationsüberlegenheit, Fähigkeitsüberlegenheit und Wille

Der in militärischen Angelegenheiten erfolgversprechende Dreiklang von Informationsüberlegenheit, Fähigkeitsüberlegenheit und Wille ist nicht neu. Ganz im Gegenteil, er ist vermutlich so alt wie der Krieg selbst. Zur Veranschaulichung dieses Dreiklangs können zwei Beispiele genannt werden, die den US-Amerikanern zum Sieg gegen die Japaner im Pazifik während des Zweiten Weltkriegs verholfen haben.

Im Jahr 1942 konnte die US-amerikanische Funkaufklärung die Inselgruppe Midway im Pazifik als mögliches nächstes Ziel der Japaner ausmachen, was später durch eine Kriegslist bestätigt werden konnte. Dieser Informationsvorsprung erlaubte Admiral Chester W. Nimitz sein Kräftedispositiv vorteilhaft zu positionieren und das Manöver der Japaner weitestgehend zu antizipieren. Das Kriegsglück sowie Fehlentscheidungen der Japaner spielten zugegebener Weise den Amerikanern auch in die Karten. Doch entscheidend für den Ausgang der Schlacht zu Gunsten der USA im Juni 1942 war die anfängliche Informationsüberlegenheit der Amerikaner. Dieser Sieg war von überaus großer strategischer Bedeutung, denn nach dem Verlust von vier Flugzeugträgern – gegenüber einem einzigen auf amerikanischer Seite – konnten die Japaner nur noch Rückzugsgefechte bis zum Ende des Krieges durchführen.

Auf die Schlacht um Midway folgte im April 1943 die Operation „Vengeance“ zur gezielten Tötung des japanischen Admirals Isoroku Yamamoto, welcher als Stratege des Angriffes gegen Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 galt.[8] Auch die Operation „Vengeance“ war zunächst durch Informationsüberlegenheit mög-

lich, denn die Amerikaner waren wieder in der Lage Funksprüche der Japaner zu entschlüsseln und somit zu erfahren, dass Admiral Yamamoto an einem bestimmten Tag bzw. um eine bestimmte Uhrzeit in einem bestimmten Flugzeug an einem bestimmten Ort sich befinden würde. Gleichzeitig konnte davon ausgegangen werden, dass die Japaner ihn nicht sonderlich schützen würden, denn die Fähigkeit der Amerikaner mit den neuen, mit Abwurftanks ausgerüsteten Lockheed P-38 Lightning eine extremlange Flugstrecke zurückzulegen, war ihnen bis dato verborgen geblieben. So hielten die Japaner das Gebiet für feindfrei und verhielten sich entsprechend.

Letztlich prüften die Amerikaner, ob es vorteilhafter wäre, Yamamoto (ein Gegner, den man kennt) unbehelligt zu lassen, bzw. ob das Risiko mit einem unbekannten und somit schwer berechenbaren Nachfolger Vorlieb nehmen zu müssen, die etwaige Eliminierung Yamamotos rechtfertigen würde. Nach dem Entschluss der übergeordneten Führung konnte die Operation dank oben genannter Informationsüberlegenheit einerseits und vom Gegner nicht bekannten Fähigkeiten anderseits erfolgreich durchgeführt werden.

Diese Beispiele zeigen stellvertretend für viele, dass eine Informations- und Fähigkeitsüberlegenheit, womit der Gegner nicht gerechnet hat, die Entscheidung regelmäßig herbeiführen kann.

Ein zweischneidiges Schwert

Die Amerikaner waren sich – vielleicht aufgrund der eigenen Erfolge – dessen sehr bewusst, dass das Abhören ihres eigenen Funkverkehrs den Japanern zum Erlangen von entscheidenden Vorteilen verhelfen konnte, wenn diese die Verschlüsselungssysteme knacken würden. Ab 1942 unternahmen Sie deshalb erhebliche Anstrengungen, um ihre Verschlüsselungs- und Verschleierungssysteme zu verbessern. Unter anderem wurde der sogenannten „Navajo-Code“[9] eingeführt - mit Erfolg, denn dieser konnte bis Ende des Krieges von den Japanern nicht entziffert werden.

Es mag weniger bekannt sein aber auch in der proaktiven Defensive spielt Geheimhaltung eine herausragende Rolle.

Zunächst geht es regelmäßig darum, die eigene Informationsüberlegenheit zu verschleiern. Die ersten Ergebnisse von „Ultra“ wurden beispielsweise so verschleiert, dass die Briten, die entzifferten Informationen einem fiktiven Agen-

tenführer im Deutschen Reich (Boniface) zuschrieben. Somit sollte der deutschen Abwehr suggeriert werden, dass etwaige Sicherheitsbrüche auf eigene Verräter zurückzuführen seien und nicht auf die Entschlüsselung des Enigma-Verfahrens.

Die Täuschung von Stärke – also die Geheimhaltung von Schwäche – kann aber auch von strategischer bzw. überlebenswichtiger Bedeutung sein.

Die Finnen genießen bis heute internationale Hochachtung für ihre unstrittige Courage (Finnisch: „Sisu") und ihre bemerkenswerten Erfolge bei der Verteidigung des Landes im Winterkrieg[10] vom 30. November 1939 bis zum 13. März 1940 gegen die Sowjetunion. Auch wenn die Verluste der Roten Armee unter Historikern umstritten sind, steht fest, dass sie ein Vielfaches der finnischen Verluste (ca. 26.000 Tote und 44.000 Verletzte) betrugen – bis hin zum Fünffachen. Diese unerwartet hohen Verluste in so kurzer Zeit waren für die Rote Armee dermaßen destabilisierend, dass Josef Stalin sich gezwungen sah seine Ziele neu zu bewerten und das Gespräch mit Finnland zu suchen.

Doch spätestens als Norwegen und Schweden angekündigt hatten, ausländische Unterstützungstruppen nicht durch ihre Hoheitsgebiete zu lassen, konnte der Ausgang des Krieges angesichts der Übermacht der Sowjetunion nur noch die vollständige Niederlage Finnlands in wenigen Wochen sein, zumal Finnland im Winterkrieg nur kurzzeitig davon profitieren konnte, dass die sowjetischen Soldaten völlig unvorbereitet auf den harschen Winter waren. Ein Vorteil, der durch den Einbruch des Sommers sich nicht aufrechterhalten lassen und der Sowjetunion den Weg zum Sieg eröffnen würde.

So herrschte sowohl in der finnischen Regierung als auch in der Armee-Führung unter Marschall Carl Gustaf Mannerheim Anfang 1940 keinerlei Illusion darüber, dass man von der Gunst der Stunde profitieren musste, um einen Friedensvertrag schnellstmöglich auszuhandeln, notfalls zu schlechten Konditionen.

De Facto besteht die vielleicht allergrößte Leistung der finnischen Armee-Führung im Winterkrieg deshalb darin, die eigene Ressourcenschwäche (insbesondere an Munitionen und Großgerät, aber auch an Soldaten) im ersten Quartal 1940 erfolgreich dem Gegner verschleiert zu haben. Wenn Stalin von dieser Schwäche gewusst hätte, hätte er womöglich wenig Vorteile darin gesehen, sich auf Friedensverhandlungen einzulassen. Vielmehr hätte er, der Logik nach, die

erforderlichen, recht überschaubaren Zusatzressourcen in die Waagschale noch geworfen, um einen vollständigen Sieg davon zu tragen.

Insbesondere das finnische Beispiel zeigt, dass in Kriegszeiten besonders die Wahrheit über eigene Schwäche und Fähigkeitslücken, nicht zuletzt auf dem diplomatischen Parkett, so kostbar ist, dass sie immer von Leibwächtern aus Lügen begleitet werden soll – um Churchill zu paraphrasieren. Diese Lehre sollten wir uns an der Stelle gut merken. Sie wird noch wichtig.

Dem Gegner alles offenbaren – sich blamieren

Die oben beschriebenen Grundsätze des Umgangs mit der Wahrheit im Krieg – oder einfach in verteidigungspolitischen Angelegenheiten – haben wir, berauscht von trügerischer Bequemlichkeit, irgendwann Ende des 20. Jahrhunderts zu unserem Leidwesen verlernt. Übrigens nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und nicht minder in den USA.

Noch im Jahr 2017 (also drei Jahre nach der Invasion der ukrainischen Krim durch Russland und einem gravierenden Paradigmenwechsel der Sicherheitspolitik) hat die Bundeswehr jährlich praktisch all ihre Materialbestände bzw. Materialmissstände in einem (damals noch weitgehend nicht eingestuften) Rüstungsbericht zusammengefasst und Freund und Gegner mit Amtsstempel zur Verfügung gestellt.

Noch im Jahr 2017 hat die Bundeswehr jährlich praktisch all ihre Materialbestände bzw. Materialmissstände in einem (damals noch weitgehend nicht eingestuften) Rüstungsbericht zusammengefasst und Freund und Gegner mit Amtsstempel zur Verfügung gestellt.

Die allerschlimmsten Missstände, die man halbherzig versucht hat, der Öffentlichkeit zu verbergen, wurden von Journalisten recherchiert und publiziert oder gar aus dem Apparat an die Presse unter der Hand weitergegeben. Man erinnert sich beispielsweise daran, dass von den sechs U-Booten der Marine im Jahr 2018 kein einziges in See stechen konnte. Damit war eine ganze Waffengattung ausgefallen. Der Spiegel sprach gar von „Geisterflotte“[11]. Wenig rühmlich. Doch nicht nur die Marine hatte solche Probleme, die anderen Teilstreitkräfte waren ähnlich betroffen: Das Transportflugzeug Airbus A400M, der Transporthubschrauber NH90, der Kampfhubschrauber Tiger oder der Schützenpanzer Puma waren Dauergäste von peinlichen Schlagzeilen in der Presse.

Die Bundeswehr-Führung oder die Verteidigungspolitiker haben sich womöglich eine bessere Finanzierung erhofft, wenn diese negativen Zustände die Öffentlichkeit erreichen – trotzdem war die Öffentlichkeit, in dieser Granularität, das falsche Forum für die richtige Debatte.

Und da reden wir noch nicht davon, dass die angeordnete Lösung es sein sollte, Panzer in der Wartung oder wegen Ersatzteilmangel bzw. flugunfähige Abfangjäger als „grundsätzlich verfügbar" zu deklarieren, um die Sparvorgaben der „Guttenberg-Jahre" auf Biegen und Brechen zu erreichen, ohne Geld in die Hand nehmen zu müssen. Das sogenannte „dynamische Verfügbarkeitsmanagement", das ab 2015 überdies implementiert werden musste, war nichts anderes als politisch angeordnete Mangelverwaltung, mit welcher eine einzige Ressource mehrfach allokiert wurde.

Das sogenannte „dynamische Verfügbarkeitsmanagement", das ab 2015 überdies implementiert werden musste, war nichts anderes als politisch angeordnete Mangelverwaltung, mit welcher eine einzige Ressource mehrfach allokiert wurde.

Das Problem hinter dem Problem war allerdings, dass der mehrfach allokierte Panzer nicht gleichzeitig von mehreren Truppenteilen an verschiedenen Orten eingesetzt werden kann. Der „nur-auf-dem-Papier-einsatzfähige" Panzer, der in Wahrheit sich in seine Einzelteile zerlegt in der Wartung befindet, steht einfach nicht auf dem Hof, kann nicht betankt und aufmunitioniert und nicht von der Leine losgelassen werden – wenn es darauf ankommt. Diesen Panzer gibt es zur Erfüllung vom verfassungsmäßigen Auftrag, der aus dem Artikel 87a des Grundgesetzes entspringt („Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf"), also einfach nicht – egal, wie sehr man sich die Lage, aus politischer Opportunität und Wunschdenken, schönreden will, ganz nach Pippi Langstrumpfs Motto, „Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt".

In diesen Zeiten und für noch lange Zeit danach sind wir von unseren Alliierten – gelinde gesagt – kritisch beäugt worden und mehr als einmal als „wenig zuverlässige Amateure" wahrgenommen worden.

In diesen Zeiten und für noch lange Zeit danach sind wir von unseren Alliierten – gelinde gesagt – kritisch beäugt worden und mehr als einmal als „wenig zuverlässige Amateure" wahrgenommen worden. Sie haben uns das selbstverständlich nicht so ins Gesicht gesagt aber um es zu erfahren, musste man nur auf ausländischen Veranstaltungen sein, wo Deutsche nicht zugegen waren und zuhören oder sich Fachpublikationen, zum Beispiel auf Französisch, zu Gemü-

te führen. Diese bittere Wahrheit muss man sich eingestehen – auch wenn es weh tut.

Was schlimmer war, war allerdings die Rückmeldung, die Deutschland – und Europa – in diesen Jahren nicht bekommen hat, zumindest nicht sofort und nicht schön säuberlich in einem Bericht abgedruckt: die verteidigungspolitische Bewertung aus Moskau. Dafür wird diese Rückmeldung umso erbarmungslos sein und uns unvorbereitet treffen.

Dem Gegner alles offenbaren – sich ausliefern

Schon im Jahr 2014 hatten die Europäer und die Amerikaner den verdeckten Operationen („Maskirovka"; Russisch: маскировка[12]) der Russen im ukrainischen Donbass und auf der noch ukrainischen Krim nichts entgegenzusetzen – weder intellektuell, noch konzeptuell, noch materiell.

Die Russen haben im Vorfeld ihrer Operationen selbstverständlich geprüft, ob die Ukrainer eine nennenswerte Abwehr leisten können und würden, und wenn nicht, ob der Westen das eventuell tun würde.

Dass der Westen der Ukraine nicht zur Hilfe eilen würde, war für die russischen Planner nicht schwer zu erkennen, und viele Zweifel dürften auch nicht übriggeblieben sein: Wir Deutschen hatten unsere Fähigkeitsdefizite, wie schon erläutert, schön akribisch schwarz auf weiß öffentlich gemacht. Das sogenannte „German tank problem"[13], eine statistisch-mathematische Formel zur Schätzung der militärischen Produktionskapazitäten des Gegners in einem Krieg durch Analyse von auf dem Schlachtfeld verlorenem Material, hatten wir für die russischen Auswertungsdienste schon selbst gelöst – noch lange bevor der erste Panzer aus deutschen Beständen in der Ukraine in Flammen aufgegangen war und verwertbar wurde. Anders gesagt hatten wir unsere völlige Handlungsunfähigkeit auf dem verteidigungspolitischen Parkett öffentlich dokumentiert. Zugespitzt gesagt, hatten wir dokumentiert, dass wir nicht in der Lage sein würden, das politische Geschäft notfalls mit militärischen Argumenten bzw. Mitteln fortzusetzen.

Anders gesagt hatten wir unsere völlige Handlungsunfähigkeit auf dem verteidigungspolitischen Parkett öffentlich dokumentiert.

Im Sommer 2021 – also wenige Monate vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine – hatte der NATO-Hegemon überdies für die Weltgemeinschaft mo-

numental dokumentiert, dass er sich von einem, unter erstmaliger Anwendung von Artikel 5 der NATO-Charta, mit seinen Alliierten gemeinsam geführtes Unternehmen in Afghanistan, nach 20 Jahren zurückziehen könnte, ohne diese Weggefährten nur im Geringsten vorab zu konsultieren. Eine Blamage für die Allianz – die in diesen Tagen tatsächlich führungslos, wenn nicht kurzzeitig „hirntot", war – und ein verheerendes Signal nach außen. Diese Botschaft ist in Russland – und China – sicherlich entsprechend rezipiert worden: als Zeichen von Dissens und Schwäche – und diese Information ist in die strategische Planung dieser Länder unweigerlich eingeflossen.

Was wir uns ernsthaft fragen müssen

Seit dem 24. Februar 2022 und dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine gilt: Unser unzulänglicher Umgang mit der Geheimhaltung im Regierungs- und Verteidigungsgeschäft auf dem sicherheitspolitischen Parkett und unser wenig ausgeprägter Sinn für den notwendigen Geheimschutz im Krieg sind zum fatalen Erfolgshindernis geworden. Dieser Mangel führt dazu, dass Pläne nicht umgesetzt werden können, dass Waffensysteme nicht oder nur kampfwertvermindert eingesetzt werden können, dass ukrainischer Raum verloren geht oder gar, dass Menschen sterben. Ein Armutszeugnis.

Unser unzulänglicher Umgang mit der Geheimhaltung im Regierungs- und Verteidigungsgeschäft auf dem sicherheitspolitischen Parkett und unser wenig ausgeprägter Sinn für den notwendigen Geheimschutz im Krieg sind zum fatalen Erfolgshindernis geworden.

In den acht Jahren zwischen 2014 und 2022 haben sich die 2014 sehr leistungsschwachen ukrainischen Streitkräfte sowie der ukrainische Geheimdienst – mit westlicher Hilfe – fast vollständig reformiert und ihre Leistungsfähigkeit enorm verbessert. Dies hat maßgeblich zum erfolgreichen Widerstand in den ersten Tagen der russischen Invasion beigetragen.

Wir im Westen sind im gleichen Zeitraum kognitiv dagegen kaum weitergekommen. Wir haben keinen Anpassungsdruck gespürt oder sehen wollen und daher keine Anpassungsbemühungen unternommen. Wir waren ab 2014 schon in einem von Russland einseitig erklärten „wohltemperierten Krieg" und haben das nicht einmal gemerkt. Das Aufwachen kam erst acht Jahre später, als die „Gas-Falle" zuschnappte und unsere Handlungsfähigkeit enorm eingrenzte.

Dieses Missstandes müssen wir uns nun proaktiv und disruptiv annehmen, wenn wir das Leistungsniveau erreichen wollen, das wir uns seit dem 24. Februar 2022 nunmehr in die Bücher geschrieben haben. Dafür ist eine ehrliche Bestandsaufnahme von Nöten. Aber es müssen vor allem auch Taten folgen. Und Geld allein wird nicht reichen. So ehrlich müssen wir mit uns selber sein, denn in ein überbürokratisiertes, verantwortungsdiffusierendes und somit teils völlig dysfunktionales System nach dem Gießkannenprinzip zu investieren, wird nicht die erhofften Ergebnisse erbringen. Was gebraucht wird, ist deshalb – und vor allem – eine Einstellungswende in den Köpfen. Weg von „Auf Passierschein 38a[14] steht, dass dies und das nicht möglich ist, außerdem bin ich nicht dafür zuständig", hin zu „Es mag eine Herausforderung sein, aber im übergeordneten Interesse des Allgemeinwohls, wofür ich diene und besoldet werde, werde ich dies oder das persönlich möglich machen – und dafür habe ich die generelle Deckung des Dienstherrn nach dem Prinzip des Führens mit Auftrag".

Dieses Missstandes müssen wir uns nun proaktiv und disruptiv annehmen, wenn wir das Leistungsniveau erreichen wollen, das wir uns seit dem 24. Februar 2022 nunmehr in die Bücher geschrieben haben. Dafür ist eine ehrliche Bestandsaufnahme von Nöten. Aber es müssen vor allem auch Taten folgen.

Im Winter 2021/2022, als die Situation an den ukrainischen Grenzen zu Russland und Belarus richtig brenzlich wurde, haben wir im Westen noch auf Deeskalation gesetzt und das auch offensiv kommuniziert – anstatt gemeinsam (EU, USA, NATO) die Zähne zu zeigen und Russland den Weg zur Deeskalation aufzuzwingen, obwohl wir (EU, USA, NATO) gemeinsam wirtschaftlich und militärisch wesentlich stärker als Russland sind. Trotz der Energie-Problematik für die EU, trotz den zugegebener Weise begrenzten Möglichkeiten der EU-Armeen hat sich der Westen – zumindest zeitweise – als handlungsunfähiger herauskristallisiert, als es angesichts seines Weltrangs zu erwarten gewesen wäre. Dies geschah, weil wir in Wunschvorstellungen verfangen waren, anstatt die Lage so wahrzunehmen, wie sie nun mal von unzähligen Satellitenbildern, Kurzvideos von Bürgern und Funkaufklärung dokumentiert wurde. Wer sich der „Ist-Lage" verweigert, kann die „Soll-Antwort" leider aber auch nicht finden und noch weniger umsetzen.

Nach drei Jahren des Krieges in der Ukraine sollten wir uns deshalb zunächst die Tage vor und nach dem Schicksalstag des 24. Februar 2022 kurz vor Augen führen.

Als die von Russland sogenannte „Militärische Spezialoperation“ (Russisch: специальная военная операция / spezialnaja wojennaja operazija), also der Angriffskrieg auf die Ukraine am 24. Februar 2022 vom Zaun gebrochen wurde, wurde der Westen in Schockstarre versetzt.

Einerseits war dies nicht ganz unnachvollziehbar, weil Putin sich in den Vortagen schon diplomatisch weitgehend durchgesetzt hatte (keine NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine, die Krimproblematik wird zum Vorteil Russlands ins Ungewisse vertagt, die lohnenden Gasgeschäfte mit dem Westen gehen weiter, usw…), so dass für Russland die Vorteile eines Einmarsches objektiv gesehen eher nicht überwogen. Das Risiko eines Einmarsches war, nüchtern betrachtet, angesichts des vorhandenen russischen Kräftedispositivs und der einhergehenden Drohkulisse unverändert extrem hoch, aber die Wahrscheinlichkeit eines Einmarsches war, aufgrund der diplomatischen „Erfolge“ Moskaus, niedriger geworden. Diese Kategorien sind jedoch nur subjektive Wahrnehmungen aus der Ferne.

Fakten hätten geholfen. Doch anscheinend konnten die westlichen Geheimdienste den abgehörten Funkverkehr der Russen nicht richtig deuten und wohl auch nicht feststellen, ob die russischen Streitkräfte Blutkonserven in großer Menge mitführten (aufgrund der Verderblichkeit werden Blutkonserven niemals in nennenswerten Mengen auf Übungen mitgeführt) – oder sie konnten diese Aufklärungsleistungen erbringen und wurden in den westlichen Hauptstädten nicht gehört, weil diese Hiobsbotschaft des bevorstehenden Einmarsches nicht der politisch herrschenden Wunschvorstellung entsprach. Welche Warn-, Bewertungs- und Entscheidungssysteme im Hintergrund versagt haben, darf hier dahingestellt bleiben, denn Fakt ist, dass Verteidigungspolitik immer nach dem Prinzip „Hope for the Best and Plan for the Rest“ (Hoffe auf das Beste und plane für den Rest) gestaltet werden muss, nicht nach dem Prinzip „Hope for the Best and Pray for the Rest“ (Hoffe auf das Beste und bette für den Rest), wie der Westen es im Winter 2021/2022 gemacht hat.

Bemerkenswert für diese Planlosigkeit, die die gesamte Weltöffentlichkeit auf jedem Fernseher und Mobiltelefon verfolgen konnte, war die erste Handlung des US-Präsidenten (2021-2025) Joe Biden nach Beginn der Kampfhandlungen: Er bot an, den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj außer Lande zu bringen, worauf Selenskyj sich geweigert habe und geantwortet haben soll „I don’t need a ride, I need ammo”[15] (Ich brauche keine Evakuierung, ich brauche Munition). Zum Glück, hat Selenskyj in diesen entscheidenden Tagen

eine heroische Postur eingenommen, denn fast hätten die Amerikaner durch ihre Fehleinschätzung der Lage den Enthauptungsschlag selbst durchgeführt, der den russischen Spezialkräften wenige Tage davor nicht gelungen war. Wäre Selenskyj außer Landes gebracht worden, wäre der politische Verteidigungswille der Ukraine höchstwahrscheinlich unumkehrbar kollabiert.

Nur ist das so, dass nicht nur die Amerikaner von der Situation überfordert gewesen sind. Deutschland, von den Gaslieferungen aus Russland extrem abhängig, wie andere EU-Länder auch, war objektiv gesehen in einer noch prekäreren Situation, weil die Sicherung einer gewissen Energieversorgung in einer adversen Situation und somit die Sicherung des inneren Friedens zu Recht von höchster Bedeutung für die Regierung war. Trotzdem sollte man die öffentliche Kommunikationspolitik der Bundesrepublik in diesen Tagen kritisch hinterfragen.

Die Bundesverteidigungsministerin stellte am 26. Januar 2022 die baldige Lieferung von 5.000 Helmen an die Ukraine als „ganz deutliches Signal [der zweckmäßigen Unterstützung]“ dar – wobei diese Helme wegen Lieferschwierigkeiten (sic!) übrigens erst nach dem russischen Überfall ankamen.[16] Der Inspekteur des Heeres stellte am Tag des russischen Angriffskrieges – befremdlicher Weise im sozialen Netzwerk „LinkedIn“ – fest: „...die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da.“[17]. Folglich seien die Optionen, die man der Politik anbieten könne extrem limitiert, so der General in aller Weltöffentlichkeit weiter. Zwei Tage nach dem russischen Angriffskrieg versicherte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) zu allem Überfluss noch: „wir werden keine Waffen an die Ukraine liefern“.[18]

Es ist unmöglich, dass Staatvertreter nicht rezipiert werden

Selbst in einer gesunden Demokratie wie Deutschland, in der „die Politik“ im offenen und konstanten Dialog mit den Bürgern stehen muss und so wenig der Geheimniskrämerei wie möglich frönen sollte, wäre an der Stelle weniger Diskurs der übergeordneten Sache vermutlich sehr förderlich gewesen. Mehr Zurückhaltung wäre erforderlich aus mindestens zwei Gründen: Erstens wurden Handlungsoptionen ganz ohne Not vom Tisch genommen; Zweitens wurden dem Gegner unnötigerweise wichtige Informationen über Fähigkeiten (Kräfte, Raum, Zeit) und Willen (Absicht) der Bundesregierung kommuniziert.

Dieser Umstand war unwiderlegbar extrem kontraproduktiv, da Russland sein Handeln danach regelrecht und sehr zuverlässig richten konnte.

Die Ankündigung der 5.000 Helme im Januar 2022, als die Entscheidung zum Angriff von Russland vermutlich noch nicht final getroffen wurde, wurde in Moskau zweifelsohne so verstanden: „Sollte Russland zum Angriff übergehen, wird Deutschland zumindest in den ersten Tagen oder Wochen das russische Kräftedispositiv nicht ins Ungleichgewicht bringen" – anders gesagt, war es quasi eine grüne Karte, die die Russen in dem „ganz deutlichen Signal" der Bundesregierung gesehen haben, wobei es vermutlich nicht ganz sachgerecht wäre nur die damalige Ministerin Christine Lambrecht dafür zu kritisieren.

De facto muss man sich auch fragen, inwiefern der ganze verteidigungspolitische Beratungsapparat zu so einer Möglichkeit des Handelns kommen konnte. Ist es niemandem im BMVg aufgefallen, dass die Ankündigung der 5.000 Helme uns nur noch tiefer in die Krise reiten würde, noch mehr als die Grundendscheidung des Bundeskanzlers, keine Waffen präventiv zu liefern?[19] Fakt ist: Der Kanzler hat eine grundsätzliche Entscheidung im Rahmen seiner Verantwortungshoheit kundgetan. Ob diese Entscheidung richtig oder falsch war, kann dahin gestellt bleiben, weil sie amtslegitim war und nicht geneigt war, eine spätere Neubewertung der Lage zu behindern. Anders verhält es sich bei der Ankündigung der 5.000 Helme durch die Verteidigungsministerin, denn damit wurde für den Gegner (und unsere Alliierten) dokumentiert, dass Deutschland die Lage nicht richtig deuten konnte oder wollte.

War diese missliche Situation das Ergebnis persönlichen oder systemischen Versagens? Oder sind nicht die richtigen Einflüsterer (-innen) von einer notorisch sachunkundigen Leitung gehört worden? Diese Fragen müssen für die Zukunft gestellt und beantwortet werden. Nicht wegen der Polemik und der Kritik an einzelnen Personen, sondern um in Zukunft adäquater reagieren zu können bzw. um den Verfassungsauftrag, der aus den Artikeln 87a und 115a des Grundgesetzes abzuleiten ist, erfolgreich zu erfüllen. Die definitiven Antworte auf diese Fragen können hier erstmal nicht gegeben werden aber eine mindestens sachlagengerechte Ambiguität in Absprache mit unseren Verbündeten, hätte Deutschland und seinen Alliierten in dem oben beschriebenen Augenblick mehr Gestaltungsspielraum in der Zeitachse verliehen und wäre deshalb vorzuziehen gewesen, soviel darf schon festgestellt werden.

Ähnlich kritisch – und zwar aus ähnlichen Gründen – darf die Feststellung des Inspekteurs des Heeres: „Wir sind blank", also konkret gesagt „liebe Weltöffentlichkeit, liebe Russen, militärisch und somit verteidigungspolitisch sind wir Deutschen handlungsunfähig" am Tag des russischen Einmarsches in einer sozialmedialen Publikation gesehen werden. Diese ungefragte öffentliche Wortmeldung hat nicht zur Konsolidierung der politischen Entscheidungsfähigkeit der Bundesregierung beigetragen, sondern ihren ohnehin schon sehr eingeschränkten Spielraum ganz ohne Not weiter spürbar eingeengt.

Hilfen mit Fallstricken

2019 bezeichnete der französische Präsident Emmanuel Macron die NATO in einem Artikel der britischen Zeitung The Economist unnötig provokativ, aber nicht ganz ohne Grund als „hirntot".[20] Einen vorübergehenden „Hirntod" erlebte die NATO tatsächlich im Sommer 2021 bei dem unwürdigen und chaotischen Abzug aus Afghanistan.

Dass die NATO aus dem Reich der Totgeglaubten im Notfall wiederbelebt werden konnte, hat die Allianz ab März 2022 jedoch eindrucksvoll bewiesen. Es war sicherlich eine große Leistung der NATO, aber auch der EU und einzelner Staaten, darunter allen voran Deutschland, sich nach anfänglicher Ratlosigkeit der Herausforderung zu stellen und der Ukraine tatkräftig zu unterstützen. Diese Leistung kann und darf nicht klein geredet werden. Ohne NATO gäbe es schon längst keine unabhängige Ukraine mehr. Ohne die finanzielle und militärische Hilfe Deutschlands[21] wäre die Ukraine in einer wesentlich schlechteren Position.

Ohne NATO gäbe es schon längst keine unabhängige Ukraine mehr. Ohne die finanzielle und militärische Hilfe Deutschlands wäre die Ukraine in einer wesentlich schlechteren Position.

Dennoch zur Wahrheit gehört auch, dass wir – bewusst oder unbewusst – in unseren Hilfeleistungen Fallstricke eingebaut haben, die es der Ukraine de facto unmöglich machen würden, sich durchzusetzen und das eigene Territorium in einem akzeptablen Zeitraum zurückzuerobern.

Das Kriterium Zeit ist dabei überaus wichtig, weil der kleineste Herausforderer sich gegen einen übermächtigen Gegner, nur dann durchsetzen kann, wenn er aggressiv, schnell und wendig ist. Die Ausdehnung der Zeitachse begüns-

tigt dagegen derjenige mit den meisten Ressourcen und die größte strategische Tiefe.

Im Wesentlichen gab es drei Stolperfallen: Erstens haben wir geglaubt oder glauben wollen, dass unsere technische Überlegenheit allein eine „Wunderwirkung" entfalten würde. Das war sträflich überheblich und inkompetent. Zweitens haben wir aus innenpolitischer Opportunität praktisch alle unsere Absichten und Lieferungen vorab angekündigt, so dass kaum eine einzige Entscheidung oder Lieferung eine gleichgewichtverändernde Überraschung für die Russen hätte sein können. Drittens haben wir auf Ausgleich und Gleichgewicht gesetzt bzw. haben uns und der Ukraine unnötig Ketten angelegt, anstatt auf bewährte Grundsätze des taktischen und operativen Kampfes zu rekurrieren. Damit haben wir Opportunitäten für die Ukraine sinnlos verspielt. Bei aller Leistung des Westens sollten wir uns an der Stelle nämlich stets vergegenwärtigen, dass wir uns nur mit nachrichtendienstlichen Erkenntnissen, Geld, Schwarzpulver und Stahl in die Waagschale geworfen haben. Die Ukraine bezahlt die unprovozierte russische Aggression dagegen mit horrenden Zerstörungen des Lebensraums, Blut und Tränen.

Wir erinnern uns alle an die unschönen Bilder von ukrainischen M2 Bradley Schützenpanzern und Leopard 2A6 Kampfpanzern ausgebrannt im Minenfeld bei Saporischschja während der ersten Tage der ukrainischen Sommer-Offensive im Juni 2023. Doch waren diese Bilder wirklich so überraschend, wenn die Russen wissen, welches Material kurz davor geliefert wurde – und sich entsprechend vorbereiten können? Waren diese Bilder wirklich so überraschend, wenn keine Massierung und Schwerpunktbildung mangels Materials und Lufthoheit möglich war? Waren diese Bilder wirklich so überraschend, wenn die Ukrainer sehr gut vorbereitete Positionen ohne entsprechende Artillerie-Vorbereitung angreifen müssen? Waren diese Bilder wirklich so überraschend, wenn überdies die Offensive – im Gegensatz zu jeder NATO-Doktrin – durchgeführt werden muss, ohne zumindest die lokale Luftüberlegenheit erlangt zu haben und ohne die notwendige Erkundung des Gefechtsfeldes veranlasst zu haben? Eher nicht.

In Wahrheit ist der Leopard 2 (wie jeder andere Kampfpanzer auch) nur genauso gut, wie er eingesetzt werden kann, und zwar entsprechend dem Umfeld, das für ihn im Vorfeld des Einsatzes durch die Ausbildung der Truppen, die Aufstellung der Logistik, die Positionierung der Unterstützungselemente sowie die Aufklärung und Artillerie-Vorbereitung des Gefechtsfeldes geschaffen wurde. Und am besten, weiß der Gegner gar nicht, dass ein solches Waffensys-

tem überhaupt geliefert und eingesetzt werden könnte; er kennt auch gar nicht Anzahl und mögliche Position dieser Waffensysteme, denn um einen Erfolg in einer Gefechtshandlung erzielen zu können, werden Überraschung und Momentum gebraucht.

Praktisch alle einsatzrelevanten Informationen haben wir freiwillig, und zwar wider jegliche Vernunft und Weitsicht, an die Russen geliefert – publiziert auf der Internet-Seite des BMVg[22] akribisch und genau – von der Anzahl (zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Beitrages) von Gepard-FLAK-Batterien (57) inklusive derer Munition (282.000 Schuss) bis hin zu jedem Leopard 1A5 (103) oder Leopard 2A6 (18). Ähnliche Zahlen publizieren selbstverständlich andere NATO-Länder allen voran die USA oder Frankreich bis zum heutigen Tag, um ihre Unterstützungsleistung innenpolitisch verträglich und öffentlichkeitswirksam zu dokumentieren.[23] Nicht zuletzt, weil Material mit dem Prädikat „Kampferprobt" („Battle-tested") sich gut verkaufen lässt und die Industrie aller Länder auf die Bekanntmachungen drängt.

Eine solche Vorgehensweise kann jedoch nicht im Einklang mit den unumgänglichen Prinzipien der Kriegführung gebracht werden, in denen Tarnen und Täuschen einer herausragenden Rolle zufällt. Besonders zuträglich für den Erfolg der Ukraine dürfte diese öffentliche Informationsflut daher nicht gewesen sein, zumal die Internet-Seite Oryx[24] die nachgewiesenen Verluste beider Kriegsparteien aus der Flut an öffentlich verfügbaren Bild- und Videoquellen publiziert, so dass die russischen Analysten stets aus eigener Arbeit und dank den Abgleich mit solchen öffentlich zugänglichen Publikationen recht genau eruieren können, wie viele Einheiten eines Waffensystems noch einsatzfähig sein dürften.

Noch abträglicher im oben genannten Sinne dürfte die politisch bedingte Ankündigung der EU im März 2023 eine Million Artilleriegranaten im Kaliber 155mm bis März 2024 zu liefern – wider besseres Wissen der Rüstungsexperten. Erstens wäre eine solche große Lieferung für die Ukraine tatsächlich eine strategische Hilfeleistung, mit dem Potential zumindest taktisch oder operativ das Kriegsglück zu ihrem Vorteil zu wenden. Schon deswegen wäre also komplette Verschwiegenheit angesagt gewesen. Doch am Ende lieferten die Europäer nicht einmal ansatzweise die avisierte Menge – da, wie vorherzusehen war, weder die Verfügbarkeit auf dem Weltmarkt gegeben war, noch die Produktionskapazitäten vorhanden waren. Das Ziel eine Million Granaten zu liefern, wurde erst im November 2024, also mit acht Monaten Verspätung, erreicht.

Die Zielerreichung wurde zwar offiziell als Meilenstein gefeiert, aber anstatt über 83.000 Granaten im Monat zu liefern, wurden nur 50.000 Stück geliefert. Also ganze 40 Prozent weniger als angekündigt.[25]

In der Zwischenzeit mussten die russischen Planner allerdings damit rechnen, dass die russischen Invasionskräfte ins Hintertreffen geraten könnten, wenn die EU ihrer Ankündigung Taten folgen ließe. Deshalb waren die Russen von dem Tag der Ankündigung an, daran kann es keinen Zweifel geben, sicherlich bemüht nachzuziehen – koste, was es wolle. Womöglich deswegen hat Russland entschieden den ab September 2022 laufenden Bezug von nordkoreanischer Munition für teuer Geld drastisch auszuweiten und bis Juni 2024, laut dem Südkoreanischen Geheimdienst, bis zu 4,8 Millionen Granaten bekommen.[26]

Summa summarum entstand ein sehr ungünstiges Versorgungsdelta an großkalibriger Munition zum Nachteil der Ukraine: Die EU lieferte wesentlich weniger als versprochen, die Russen bestellten entsprechend der EU-Ankündigung mehr und konnten den schon vorhandenen Vorsprung noch ausbauen. Ein Versorgungsdelta, das womöglich nicht so entstanden worden wäre, wenn die minimalen Verschwiegenheitsgrundsätze der Strategischen Kommunikation beherzigt worden wären.

Lose Lippen versenken Schiffe

Wie Oberst Markus Reisner des Österreichischen Bundesheeres es in verschiedenen Vorträgen schon mehrmals formuliert hat, wird den Ukrainern seit drei Jahren des Verteidigungskampfes „Zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig“[27] geliefert. Die unausgesprochene Strategie – zumindest der USA – sei demnach eine kontrollierte Pattsituation zu erzeugen, die das Risiko eines Ausuferns der Kriegshandlungen minimiert, aber gleichzeitig das Überleben der Ukraine, wenngleich auf Sparflamme sichert.

Ein Paradebeispiel für diese Unterstützungsstrategie sind die M142 HIMARS (High Mobility Artillery Rocket System), also Mehrfachraketenwerfer-Artilleriesysteme auf Lastkraftwagen. Am Anfang des Krieges hatten die USA die Lieferung von lediglich vier HIMARS-Systemen zugesagt. Mittlerweile sind etwas mehr als 40 Einheiten geliefert worden. Deutschland hat noch im Mai 2024 drei Systeme finanziert. Die HIMARS können unter anderem mit taktischen präzisionsgelenkten Raketen von Typ GMLRS (Guided Multiple Launch Rocket System) mit einer Reichweite von 70 bis 150km sowie Kurzstreckenrake-

ten vom Typ ATACMS (Army TACtical Missile System) mit einer Reichweite von 165 bis 300km bestückt werden.

Der Einsatz der M142 HIMARS ist kurz nach dem Eintreffen der ersten Einheiten Ende Juni 2022 sehr erfolgreich gewesen, weil die russische Armee kaum darauf vorbereitet waren, so dass die ukrainischen Streitkräfte bedeutende lokale Erfolge erzielen konnten. Vor allem konnten operativ wichtige Versorgungslager und Kommandozentralen der Russen zerstört werden. Besonders die Zerstörung von großen Munitionsdepots hatte einen spürbar positiven operativen Effekt zugunsten der Ukrainer.

Dieser Effekt verpuffte jedoch bald durch russische Anpassungen (Dislozierung der Lager und der Kommandostrukturen sowie Aufstellung von Störsendern), so dass er von den Ukrainern nicht als Basis für Rückeroberungsoperationen dienen konnte. Der Westen hatte nämlich von vornherein zwei Limitierungen öffentlich ausgesprochen, die de facto bedeuteten, dass kein signifikanter und dauerhafter Effekt auf dem Gefechtsfeld zu erwarten sein würde: So sei der Einsatz der GMLRS/ATACAMS im russischen Hinterland lange untersagt worden, außerdem wurde von amerikanischer Seite sehr klar kommuniziert, dass die Anzahl aller gelieferten Systeme sehr begrenzt sein würde – trotz der über 1.100km langen Front – in etwa die Entfernung Berlin-Paris.

In dieser Logik lieferten die USA auch nur 31 M1 Abrams Kampfpanzer aus den über 2.600 Einheiten, die sie einsatzfähig im Bestand haben. Dazu kommen 2.000 Einheiten, die eingemottet sind und weitere M1 Abrams hätten sicherlich über Verbündete (allen voran Ägypten mit über 1.000 Einheiten im Bestand) bezogen werden können. Die Anzahl der gelieferten Panzer kann also als rein symbolisch betrachtet werden, weil sie nicht geneigt war, den Ukrainern spürbare Vorteile operativer oder gar strategischer Natur zu verschaffen, und weil eine eigene, sehr aufwendige, Ausbildungs- und Logistikkette nur für dieses eine Waffensystem aufgestellt und aufrechterhalten werden musste.

Diese Zahlen müssen überdies in Perspektive mit der angeforderten Hilfeleistung von General Walerij Saluschnyj, dem bis Februar 2024 Oberkommandierenden der ukrainischen Streitkräfte, gebracht werden. General Saluschnyj forderte im Dezember 2022 weitere 300 Kampfpanzer, 600 bis 700 Schützenpanzer sowie 500 Haubitzen, um eine erfolgversprechende Sommeroffensive 2023 durchführen zu können.[28] Ende Februar 2025 waren von den gelieferten 31 M1 Abrams laut der Internet-Seite Oryx übrigens nur noch maximal 12 üb-

riggeblieben. Australien hat Ende 2024 die Lieferung von 49 M1 Abrams zum Ersatz angekündigt. Diese waren Ende März 2025 allerdings immer noch in Polen blockiert. Grund dafür ist die Reduzierung der Ukraine-Unterstützung durch die neue US-Regierung bzw. die Unklarheit darüber, ob die USA den Re-Export der australischen M1 im Rahmen der amerikanischen ITAR-Bestimmungen (International Traffic in Arms Regulations) in die Ukraine erlauben werden.[29]

Es möge gesamtpolitisch nachvollziehbare Gründe für diese öffentlichen Einsatz- und Reichweitenlimitierungen sowie Mengenbegrenzungen geben. Doch das Problem hinter dem Problem ist, dass jedweder militärische Erfolg häufig auf dem Gegenteil basiert: nämlich auf einem Ungleichgewicht des Informationsstandes (einer Überraschung des Gegners durch List oder Geheimhaltung von Fähigkeiten), einem Ungleichgewicht der Technologie (bessere Panzer, bessere Raketen usw.) und / oder einem Ungleichgewicht der Kräfte (mehr Soldaten, mehr Panzer, mehr Raketen, usw.) um Raum zu gewinnen und / oder den Gegner zu zerschlagen bzw. zu vernichten.

Zusammengefasst hat die medial-politisch und innenpolitisch bedingte Veröffentlichung von sensiblen und durchaus schützenwürdigen Informationen (Typ, Anzahl, Eintreffen, Einsatzkriterien usw.) der gelieferten Waffensysteme eine sehr spürbare negative Auswirkung auf ihren Einsatzwert gehabt.

Daher war es kontraproduktiv, lange im Vorfeld die Lieferungen von Waffensystemen, zum Beispiel von GPS gesteuerten Präzisionsmunition im Kaliber 155mm (M982 Excalibur) öffentlich anzukündigen. Der Gegner konnte sich dadurch nämlich mit Leichtigkeit auf genau dieses eine System einstellen. Infolge dessen konnte Russland dieses Wirksystem nach kurzer Zeit (vielleicht dank der Hilfe befreundeter Staaten, wie China) weitgehend erfolgreich bekämpfen.[30] Die GPS gesteuerte Präzisionsmunition vom Typ M982 Excalibur erzielt Mitte 2024 eine Trefferquote von nur noch sechs Prozent, obwohl die M982 entwickelt wurde, um eine Trefferquote jenseits der 95 Prozent zu erzielen.[31] Diese drastischen Effizienzeinbüße haben gravierende taktische und finanzielle Auswirkungen, denn anstatt ein Ziel mit einem einzigen Schuss „Excalibur“ bekämpfen zu können, werden auf einmal im Durchschnitt knapp zwanzig Schuss nötig.

Zusammengefasst hat die medial-politisch und innenpolitisch bedingte Veröffentlichung von sensiblen und durchaus schützenwürdigen Informationen (Typ, Anzahl, Eintreffen, Einsatzkriterien usw.) der gelieferten Waffensysteme eine sehr spürbare negative Auswirkung auf ihren Einsatzwert gehabt.

Mehr Geheimhaltung wagen, um mehr verteidigungspolitische Selbstbestimmung zu erlangen

In dem Meinungsbeitrag „Vom Nutzen des Geheimnisses“[32] im Spiegel im Jahr 2010 schrieb der Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin und Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft Herfried Münkler: „Die Erfolgsgeschichte des Staates ist ganz entscheidend an die erfolgreiche Monopolisierung des politischen Geheimnisses gebunden. Zu dieser Erfolgsgeschichte gehört schließlich auch die Verwandlung des Machtstaats in den Rechtsstaat, und das heißt nicht zuletzt: die Sicherstellung eines verantwortlichen, rechtlich geregelten und gerichtlich überprüfbaren Umgangs mit Geheimnissen, ihrer Offenlegung wie Bewahrung.“

Geheimhaltung ist also ein zweckmäßiges und berechtigtes Gestaltungsinstrument des Politischen und des Rechtstaats. Deshalb darf man sich wundern, wie der deutsche Rechtstaat manchmal mit diesem Instrument durch wenig sinnhaften Umgang auffällt. Nachstehend zwei Beispiele.

Zunächst sei der Fall eines Soldaten genannt, der für die AfD ab Oktober 2021 in den Deutschen Bundestag gewählt wurde und vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) wegen „fehlender Verfassungstreue“ als Extremist eingestuft wurde. Das heißt, gegen den Soldaten wurde ein Uniformtrageverbot und ein Betretungsverbot von militärischen Anlagen ausgesprochen bzw. ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Dank der ihm mit der Wahl zum Bundestagsabgeordneten verliehenen Privilegien und Immunität, durfte er seine Partei jedoch jahrelang im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages vertreten, wobei er ohne entsprechende Sicherheitsüberprüfung mit geheimhaltungsbedürftigen Informationen umgehen durfte. Ausgerechnet zum Zeitpunkt des Krieges in der Ukraine. Erst im Mai 2024 wurde seine Immunität aufgehoben.

Es ist nicht bekannt, ob es zu einem Informationsabfluss zugunsten Russlands und zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland bzw. der Ukraine in diesem Zusammenhang gekommen ist. Man bedenke aber die generell sehr russlandfreundliche Position der AfD im Allgemeinen und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag im Besonderen[33]; Man bedenke auch die herausragende Bedeutung für Russland, Informationen aus erster Hand aus dem Verteidigungsausschuss zu bekommen; Man bedenke weiterhin die zahlreichen nicht wirklich nachvollziehbar erklärten Geldzuwendungen aus Moskau für die AfD[34] und man bedenke schließlich mehrere nachgewiesene Spionagefälle

zugunsten Russlands in den letzten Monaten, selbst im inneren des Sicherheitsapparats der Bundesrepublik.

Es ist absolut unerklärlich, dass der Rechtsstaat jahrelang nicht in der Lage war, oder sich nicht in der Lage sehen wollte, diesen Politiker – der aufgrund eines MAD-Verfahrens, nicht einmal den Speiseplan einer Kaserne (warum auch immer regelmäßig VS-NfD eingestuft) in die Hand nehmen durfte – von seinem Mandat zu entheben oder zumindest ihm den Weg zu dem regelmäßig geheimtagenden Verteidigungsausschuss zu versperren.

Als zweites Beispiel, sei das sehr erfolgreiche „Framing" (d.h. die Einbettung von Ereignissen und Themen in einem bestimmten Deutungsraster, wie die deutsche Wikipedia es definiert) des deutschen Marschflugkörpers Taurus und dessen etwaige Lieferung an die Ukraine im Rahmen von russischen „Aktiven Maßnahmen"[35] (активные мероприятия, aktivnye meropriyatiya) zu nennen.

Im sogenannten „Taurus-Abhörskandal" konnte der russische oder ein ihm befreundeter Geheimdienst ein Telefonat von Februar 2024 zwischen dem Inspekteur der Luftwaffe und weiteren deutschen Stabsoffizieren abfangen. Diese sprachen in einer vermeintlich sicheren Schaltung über Technik, Einsatzszenarien und Implikationen einer eventuellen Lieferung des Taurus an die Ukraine. Ab März 2024 wurde dieses Gespräch von russischer Seite öffentlich verbreitet mit der offenkundigen Absicht, die Lieferung des Taurus in der deutschen Bevölkerung zu skandalisieren und somit zum Vorteil Russlands zu verzögern oder zu verhindern.

Ungeachtet dessen, dass das Führen eines solchen Ferngespräches mit diesen doch sehr sensiblen Inhalten zumindest von vorneherein als sehr Riskant hätte betrachtet werden müssen und idealerweise nicht hätte stattfinden dürfen, haben die Russen es geschafft den Sachverhalt, so zu deuten („Framing") und so zu instrumentalisieren, dass die in Deutschland darauffolgende gesellschaftliche und politische Polemik dafür sorgte, dass eine etwaige Lieferung dieses eine – wohlgemerkt – taktische Waffensystem zum Synonym für einen direkten Kriegseintritt Deutschlands gegen Russland, zumindest in Teilen der Bevölkerung und der politischen Landschaft, geworden war. So sehr, dass der Taurus es in das Bundestagswahlprogramm 2025 der SPD („Taurus" wird nicht geliefert) und der FDP („Taurus" wird unverzüglich geliefert) geschafft hat.

Gleich nach der Bundestagswahl positionierte sich der designierte Bundeskanzler öffentlich für die Lieferung der „Taurus“ an der Ukraine und landete prompt in einer Zwickmühle.[36]

Auch an dieser Stelle sind Handlungsspielräume durch den unbedachten Umgang mit Informationen unnötig verschenkt worden. Erstens durch den mangelnden Schutz von überaus schützenswürdigen Informationen; Zweitens durch eine suboptimale Krisenreaktion bzw. -kommunikation; Drittens durch das Festlegen von politischen Parteien (inklusive der Kanzler-Partei vor der Wahl) mit einem Wahlversprechen für eine bestimmte Option. Diesen Fehler wiederholte der designierte Kanzler übrigens prompt nach der Wahl, obgleich gerade die politische und militärische Einsatzentscheidung für ein solches Waffensystem eine gewisse Ambiguität und Flexibilität abverlangt, damit ein etwaiger Einsatz bei Bedarf im Rahmen des Prinzips der „Glaubhaften Abstreitbarkeit“ (Englisch: „Plausible deniability“) stattfinden kann.

Jedenfalls konnten die Russen eine vermeintliche Attacke gegen die Kertsch-Brücke mit dem Taurus bisher im Keim ersticken bzw. bis heute verzögern. Und das ist ein Problem, weil der Nachschub, der über diese Brücke geht, eine essentielle Lebensader für die russischen Besatzungskräfte ist, weshalb aus militärischer Sicht die Brücke besser heute als morgen zerstört werden sollte.

In conclusio

Carl von Clausewitz stellte in seinem Werk „Vom Kriege“ fest: „Der Krieg ist das Gebiet der Ungewißheit; drei Vierteile derjenigen Dinge, worauf das Handeln im Kriege gebaut wird, liegen im Nebel einer mehr oder weniger großen Ungewißheit“ (Kapitel Eins, Erstes Buch).

In dieser möglichst vollständigen Ungewissheit müssen wir unsere Gegner belassen.

Das ist schon heute Sinn und Zweck der Geheimhaltung im Sinne von Verschlusssachen und sollte Sinn und Zweck Strategischer Kommunikation in einer Konfliktsituation werden. Weiterhin sollten wir selbst unsere Alliierten in einer „gewissen Ungewissheit“ lassen, weil Staaten keine Freunde haben, sondern nur Verbündete. Verbündete, die es sich irgendwann vielleicht auch anderes überlegen können und dann keine Verbündete mehr sind, oder sein können, weil sie unberechenbar geworden sind. Sicherlich sind es noch keine Gegner,

aber dann auch keine Verbündeten mehr - und vielleicht werden sie doch zu Herausforderern oder irgendwann möglicherweise gar zu Rivalen.

Man bedenke, mit welchen brachialen Methoden die USA ihre Interessen schon vor der „US Administration Trump II“ gegen die Interessen Frankreichs und somit die Interessen der EU im sogenannten „AUKUS-Geschäft“ durchgesetzt haben: Australien stornierte auf Druck Washingtons einen 56 Milliarden-Euro-Vertrag aus dem Jahr 2016 für den Kauf von zwölf französischen U-Booten zugunsten eines Geschäftes mit den USA im Rahmen des Beitritts zum Militärbündnis AUKUS (Australia, United Kingdom, United States) im Jahr 2021.[37]

Carl von Clausewitz stellte in seinem Werk „Vom Kriege“ fest: „Der Krieg ist das Gebiet der Ungewißheit; drei Vierteile derjenigen Dinge, worauf das Handeln im Kriege gebaut wird, liegen im Nebel einer mehr oder weniger großen Ungewißheit“ (Kapitel Eins, Erstes Buch).
In dieser möglichst vollständigen Ungewissheit müssen wir unsere Gegner belassen.

Ganz nah an der Grenze zum Kipppunkt der NATO oder vielleicht – noch nicht unwiderruflich – gar unmittelbar nach dem Kipppunkt sind wir heute angekommen. Unschöne, aber unwiderlegbare Fakten, die wir spätestens mit der Implementierung eines „Wirtschaftskrieges gegen Kanada“, so der Wortlaut von Premier Justin Trudeau, unter der „US-Administration Trump II“ seit Anfang März 2025 wahrnehmen müssen – ungeachtet dessen, dass Trump öffentlich mit dem neoimperialen Gedanken spielt, Kanada mit seinen ca. 40 Millionen Einwohner (-innen) den USA einverleiben zu wollen. Es ist in diesem Zusammenhang zu bemerken, dass Kanada sich gegen einen etwaigen US-Einmarsch militärisch nicht würde wehren können.

Die Außen- und Sicherheitspolitik nach „Planierraupen-Art“ der „US-Administration Trump II“ wird auch nicht geographisch limitiert sein. Der US-Präsident hat (unter anderem) schon jetzt angekündigt Korruptionsgeld in Auslandsgeschäften wieder zulassen zu wollen[38], sich EU-Territorium (Grönland) einverleiben zu wollen – ohne einen militärischen Einsatz explizit ausschließen zu wollen; Er verkündet Besitzansprüche auf den Panama-Kanal; Er bezeichnet den ukrainischen Präsidenten Selenskyj als illegitimer Diktator[39], verlangt vom ihm praktisch Schutzgeldzahlungen in Form von überzogenen Schürfrechten und gedemütigt ihn nach Drehbuch vor laufender Kamera im Oval Office des Weißen Hauses am 28. Februar 2025. Ein Tag, der als Negativeintrag mit besonderem Prädikat in die Geschichtsbücher eingehen wird.

Damit nicht genug. Trumps Vizepräsident, James David Vance, wirft Deutschland auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2025 angebliche Demokratiedefizite vor; Trumps inoffizieller „Zweitvizepräsident", Elon Musk, versucht Einflussnahme auf die Bundestagswahlen 2025 in Deutschland zu nehmen (vermutlich sogar mit Erfolg). All das verheißt für Deutschland bzw. Europa nichts Gutes.

All das verheißt für die USA übrigens auch nichts Gutes. Die „US-Administration Trump II" hat es in weniger als drei Monate geschafft, äußerst treue Alliierten vermutlich dauerhaft zu verprellen, das allgemein positive Ansehen der USA zu ruinieren, sich als zuverlässiger Waffen- und Technologie-Lieferant sowie Geschäftspartner zu disqualifizieren und das Land auf der Weltbühne ins Abseits hineinzumanövrieren.

In allernächster Zukunft werden wir deswegen nicht darum herumkommen, uns ganz unangenehme Fragen zu stellen. Wie schaffen wir es als Bundesrepublik und EU, die Hoheit auf unsere Verteidigung zurückzuerlangen? Wie schaffen wir es als Bundesrepublik und EU die Hoheit auf unsere Waffensysteme, Daten und Informationen zurückzuerlangen? Haben wir eine Lösung, wenn Ersatzteile oder Software-Aktualisierungen etwa für die Lockheed F-35 Lightning II nicht mehr geliefert werden? Man erinnere sich an der Stelle daran, dass die USA die Ersatzteillieferung an Frankreich vollständig einstellten, nachdem das Land 2003 in den Vereinten Nationen angekündigt hatte, das Völkerrecht strikt einhalten zu wollen und sich an der Invasion des Iraks durch US-Truppen nicht beteiligen zu wollen.

Damals kamen 97 Prozent der Waffensysteme Frankreichs aus nationaler Produktion oder der EU, lediglich drei Prozent kamen aus den USA. Davon aber die Katapulte des französischen Flugzeugträgers „Charles de Gaulle", weil eine Eigenentwicklung wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen gewesen wäre. Mit dem Lieferstopp von Verbrauchs- und Ersatzteilen drohte der Flugzeugträger und somit das wichtigste Projektionssystem Frankreichs in kürzester Zeit nicht mehr einsatzfähig zu werden[40]. Frankreich musste daraufhin den USA wohl oder übel entgegenkommen, um die Einsatzfähigkeit der „Charles de Gaulle" sicherzustellen. In der Fachliteratur wird davon ausgegangen, dass die Entsendung von französischen Spezialkräften nach Afghanistan den gordischen Knoten gelockert habe.

Zum Vergleich: Im Mai 2024 hatte der Umfang der Rüstungsverträge Deutschlands mit US-Unternehmen ein Volum von 23 Milliarden Euro verteilt auf 380 Aufträge, darunter viele strategisch wichtige.[41] Es fragt sich: Wie erpressbar sind wir?

Haben wir eine Lösung, wenn Windows, Android, iOS, Google, YouTube, WhatsApp, X (Twitter), Facebook/Instagram von heute auf morgen den Dienst versagen? Haben wir eine Lösung, wenn nachrichtendienstliche Erkenntnisse nicht mehr geteilt werden? Ist das Prinzip der „Nuklearen Teilhabe", die ultimative Souveränitätswaffe, die wir uns vorstellen (wollen) oder ist das Konzept eine Lösung von gestern für die Herausforderungen von morgen – besonders, wenn man bedenkt, dass der unberechenbar gewordene Hegemon jeder Zeit sein Einsatzveto einlegen kann und wird, und dass die Lockheed F-35 Lightning II, das Trägersystem der Atomwaffen, so oder so völlig unkontrolliert allerlei Daten in ein fremdes Land übermittelt – ganz geschweige denn, dass die F-35, welche die Serienreife noch nicht erreicht hat, weiterhin mit enormen technischen Problemen sowie Kostenüberschreitungen geplagt ist, und zu allem Überfluss an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit von der Ferne per „Ausschalter" (Englisch: „Kill Switch") an einem etwaigen für die USA ungenehmen Einsatz verhindert werden kann?

Diese Frageliste könnte noch lange fortgesetzt werden und wir wollen gar nicht die Frage aller Fragen eruieren: Was würden wir noch machen können, wenn in den USA bürgerkriegsähnliche Zustände ausbrechen sollten und das Land als diplomatische sowie militärische Partnernation für eine gewisse Zeit ganz ausfallen würde?

Nun was hat diese Aufzählung mit Geheimhaltung und Strategischer Kommunikation zu tun?

Die Sache ist so gelagert: Kein Staat kann auf der Weltbühne selbstbestimmt handeln bzw. strategisch kommunizieren, wenn er die Ermöglicher (Englisch: „Enabler") seiner Politik – und dazu gehört nun einmal neben Diplomatie und Entwicklungshilfe auch das Militär – nicht vollständig kontrolliert, das heißt bei Bedarf wirkungseffektiv und effektorientiert aktivieren kann.

Selbstverständlich ist Deutschland im Weltmaßstab zu klein, dass es alle Waffensysteme in Eigenregie entwickeln und herstellen könnte. Aber diese Feststellung gilt auch für Frankreich und umso mehr für Polen, Italien, Spanien, usw.

Deshalb wird die EU in diesem Bereich nicht um eine Konsolidierung der Planung, Standardisierung und Produktion der Waffensysteme herumkommen: vermutlich schneller als uns lieb ist, wenn man die neuesten Entwicklungen im russisch-ukrainischen Krieg und in der transatlantischen Beziehung bedenkt.

Es ist sehr befremdlich, wenn ein selbsternannter Verhandlungsführer seine Karten öffentlich auf den Tisch legt, wie Donald Trump es gleich nach Amtsantritt im Januar 2025 gemacht hat, bevor jedwede Verhandlung angefangen hat und die Ukraine bzw. die EU konsultiert wurden. Noch befremdlicher war es, kurz darauf öffentliche Sympathie für die Belange des Aggressors kundzutun und dazu auch noch über den Kopf der Ukraine und der Europäer zu deren Nachteil Fakten schaffen zu wollen.

Zur Strategischen Kommunikation gehört auch, sich nicht von der gegnerischen Seite blenden zu lassen. Viel zu oft ist mit Bezug auf den Krieg in der Ukraine aus Washington (und oft genug in unseren Leitmedien) zu hören, dass die Ukraine praktisch am Boden stünde, und dass einzig und allein Friedensverhandlungen auf Basis der Vorstellungen des Aggressors dank wohlwollender Vermittlung Trumps höchstpersönlich, aber auf Kosten der Europäer, die Lösung sei.

In Wahrheit ist es kontrafaktisch, die Schwächen der Ukraine überzubetonen, wie Trump es immer wieder macht, nicht zuletzt am 28. Februar 2025 in Anwesenheit von Selenskyj, denn der Krieg hat auch Russland nach nun genau drei Jahren (statt der geplanten drei Tage) enorm zugesetzt und in eine desolate Situation hineinmanövriert: Die Kriegskosten belaufen sich auf über 210 Milliarden US-Dollars; Geschätzt 165.000 Soldaten sind tot (vermutlich sogar wesentlich mehr), weitere 675.000 Soldaten sind verletzt; Russland hat wohl über 10.000 Panzer verloren sowie weitere 20.000 gepanzerte Fahrzeuge; Über 700 Flugzeuge und Hubschrauber sind abgeschossen worden; Die Schwarzmeerflotte ist dezimiert und de facto kampfwertlos; Die russische Armee kann nur durch enorme Munitionszukäufe aus dem Ausland versorgt werden; Nur 20 Prozent der Ersatzwaffensysteme ist aus Neuproduktion, der Rest besteht aus eingemotteten und instandgesetzten Sowjetbeständen, zum Beispiel aus Kampfpanzern vom Typ T-62 aber auch T-55 und T-54; Die Ukrainer können bei der sogenannten Kursk-Offensive von August 2024 bis März 2025 Raum in Russland erfolgreich besetzen, weshalb Russland sich erniedrigen musste, Nordkoreaner zur Verteidigung des eigenen Mutterlands einzusetzen; Über 40 Prozent des russischen Etats müssen für den Krieg aus-

gegeben werden, es werden 130 Milliarden Euro im Jahr 2025 sein; Gazprom hat für 2023 einen Verlust von sieben Milliarden US-Dollar melden müssen (der erste Verlustvortrag seit 24 Jahren) und das Jahr 2024 dürfte auch mit einem Milliardenverlust zu Ende gegangen sein;[42] Die Waffenverkäufe an das Ausland, einst eine äußerst wichtige Devisenquelle für Russland, sind auf dem Nullstand; Der souveräne Fond Russlands ist von 117 Milliarden US-Dollar in 2021 auf nur noch 55 Milliarden gesunken; Russland kann neue Rekruten kaum noch bezahlen und muss die Geldleistung für verletzte Soldaten drastisch kürzen[43]; Jedes Jahr schrumpft die Bevölkerung in der Altersgruppe von 20 bis 65 Jahren um rund eine Million Menschen;[44] Über 600.000 gutausgebildete Russinnen und Russen haben seit Ausbruch des Kriegs das Land dauerhaft verlassen;[45] Die Konsumentenkredite haben Raten von über 50 Prozent; Die reale Inflation ist enorm: Basisnahrungsmittel erfuhren eine Verteuerung von bis zu 70 Prozent und der Preis von Wohnraum ist in den Städten teilweise 16 mal höher als vor dem Krieg; Das Ansehen Russlands im globalen Süden ist spätestens nach dem Sturz des syrischen Diktator Assad und dem daraufhin erzwungenen Abzug aus dem Land als Schutzmacht völlig ramponiert – und die Ukraine kontrolliert immer noch über 80 Prozent seines Territoriums.[46]

Russland hat zwar starke Alliierten, allen voran China (Wirtschaftliche Unterstützung, Lieferung von „Dual-Use"-Güter, usw...), Indien (Abnahme von Rohöl – allerdings weit unter Marktpreis) sowie Iran (Lieferung von Waffensystemen) und Nordkorea (Lieferung von Waffensystemen und Entsendung von Soldaten), aber es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass Nordkorea und Iran durch ihre Lieferungen und durch die Entsendung von Soldaten (im Fall Nordkoreas) das Blatt zugunsten Moskaus strategisch wenden können. Im Fall von Indien deutet alles darauf hin, dass das Land sich nur als wirtschaftlicher Profiteur des Krieges sieht und nicht ohne weiteres eingreifen wird. Weitere Länder, die das Embargo[47] zugunsten Russlands brechen, wie Kasachstan[48], können zwar helfen die russische Kriegsmaschinerie zeitweise am Laufen zu halten, aber auch da deutet nichts darauf hin, dass diese Unterstützung auf Dauer kriegsentscheidend sein könnte. Und die Zeit läuft auch gegen Russland, das bis 2026 an das Ende seiner unmittelbar verfügbaren Materialressourcen kommen wird.[49]

Die einzige offene und eventuell kriegsentscheidende Frage ist die zukünftige Absicht Chinas. Könnte China massenhaft Waffen zur Unterstützung Russlands liefern bzw. „Freiwilligenverbände" in die Ukraine entsenden, wie das

Land es im Koreakrieg ab Oktober 1950 gemacht hat, um die UN-Kräfte zurückzudrängen? Es scheint zurzeit zwar im Interesse Chinas, von einem direkten Eingriff ins Geschehen abzusehen, aber die Europäer werden sich die wohlwollende Neutralität Pekings auf Dauer erkaufen müssen – womöglich gegen die Trump-Regierung, die den wirtschaftlichen Konflikt mit China durch ihre erratische und undurchdachte Überzollpolitik zurzeit eskalieren lässt: denn Peking in die wirtschaftliche Enge oder gar Not zu treiben, könnte an der ukrainischen Front äußert kontraproduktive Folgen nach sich ziehen.

Daraus leitet sich eine letzte und folgenreiche Frage ab: Muss die EU (mit 450 Millionen Einwohnern, mit einem nominalen BIP von USD 18.750 Milliarden in 2024 und EUR 326 Milliarden[50] für Verteidigungsausgaben im gleichen Jahr), die Ukraine ihrem Schicksal eines Diktatfriedens zwischen den USA und Russland (mit 150 Millionen Einwohnern), mit einem nominalen BIP von USD 2.000 Milliarden sowie EUR 110 Milliarden für Verteidigungsausgaben in 2024) überlassen? Hätten solch vollendete Tatsachen nicht eine verheerende Wirkung für die EU selbst? Wären unter solchen Vorzeichen die Baltischen Staaten und Finnland in Zukunft noch in der bisher geglaubten Sicherheit des EU-Schutzschirmes zu verorten, wenn der Schutzschirm der NATO ganz eingeklappt werden würde?

Aus all diesen Gründen müssen wir als Bundesrepublik und als EU – idealerweise in der NATO, wenn die Allianz noch zu retten ist – selbstbewusster, emanzipierter und ‚machiavellischer' werden – ohne jedoch das Gebiet der völkerrechts- sowie wertegeleiteten Außen- und Sicherheitspolitik, das erfolgreiche Alleinstellungsmerkmal bzw. Aushängeschild der EU auf der Weltbühne, zu verlassen.

Ein krisen- und konflikttaugliches Gesamtkonzept für Strategische Kommunikation auf nationaler und EU-Ebene muss überdies möglichst partei- und länderübergreifend und für eine möglichst lange Zeitachse definiert und implementiert werden, wenn wir wollen, dass Deutschlands und Europas Stimmen in der Welt gehört werden.

Den bisherigen Umgang mit Geheimschutz müssen wir deshalb, nicht nur als Bundeswehr, sondern auch als Deutscher Staat überdenken und neu definieren, weil wir uns sonst durch die undurchdachte Preisgabe von schutzwürdigen Informationen immer wieder in die Handlungsunfähigkeit hineinmanövrieren werden. Ein krisen- und konflikttaugliches Gesamtkonzept für Strategische Kommunikation auf nationaler und EU-Ebene muss überdies möglichst partei- und länderübergreifend und für eine mög-

lichst lange Zeitachse definiert und implementiert werden, wenn wir wollen, dass Deutschlands und Europas Stimmen in der Welt gehört werden.

Zum Autor: Oberstlt. Dr. Laurent Joachim kam nach einer Promotion der Politikwissenschaft bei Prof. Herfried Münkler zur Bundeswehr. Er diente seitdem in der Redaktion der Bundeswehr, im Zentrum für Operative Kommunikation, im Kommando CIR, im Verteidigungsministerium, im Planungsamt und als Verbindungsoffizier im Deutschen Bundestag.

Anmerkungen

1 Coventry Blitz, Wikipedia, abgerufen am 21. April 2025 unter https://en.wikipedia.org/wiki/Coventry_Blitz ; Luftangriffe auf Coventry, Wikipedia, abgerufen am 21. April 2025 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Luftangriffe_auf_Coventry

2 Coventrieren, Wikipedia, abgerufen am 21. April 2025 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Coventrieren

3 Lorenz cipher, Wikipedia, abgerufen am 21. April 2025 unter https://en.wikipedia.org/wiki/Lorenz_cipher

4 F. W. Winterbotham, Wikipedia, abgerufen am 21. April 2025 unter https://en.wikipedia.org/wiki/F._W._Winterbotham

5 Coventry: What Really Happened, Martin Gilbert, International Churchill Society, 02. Oktober 2012, abgerufen am 21. April 2025 unter https://winstonchurchill.org/resources/myths/coventry-what-really-happened/

6 Trolley-Problem, Wikipedia, abgerufen am 21. April 2025 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Trolley-Problem

7 Correct Attributions or Red Herrings?, International Churchill Society, 23. Mai 2013, abgerufen am 21. April 2025 unter https://winstonchurchill.org/publications/finest-hour/finest-hour-130/correct-attributions-or-red-herrings/

8 Operation Vengeance, Wikipedia, abgerufen am 21. April 2025 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Vengeance ; Operation Vengeance, Wikipedia, abgerufen am 21. April 2025 unter https://en.wikipedia.org/wiki/Operation_Vengeance

9 Navajo-Code, Wikipedia, abgerufen am 21. April 2025 unter https://de.wikipedia.org/wiki/Navajo-Code

10 A Short History Of The ‚Winter War', Imperial War Museum, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.iwm.org.uk/history/a-short-history-of-the-winter-war ; The Winter War (1939-1940): An Analysis of Soviet Adaptation, Major Carl A. Quist, USMC, Command and Staff College Marine Corps University, AY 2019-2020, 60 S., abgerufen am 21. April 2025 unter https://apps.dtic.mil/sti/trecms/pdf/AD1177828.pdf

11 Missmanagement bei der Bundeswehr – Die Geisterflotte, Konstantin von Hammerstein, Der Spiegel, 09. April 2018, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.spiegel.de/spiegel/bundeswehr-die-deutsche-u-boot-flotte-liegt-lahm-a-1201670.html

12 How Russia outfoxes its enemies, Lucy Ash, BBC News, 29. Januar 2015, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.bbc.com/news/magazine-31020283 ; Russian military deception, Wikipedia, abgerufen am 21. April 2025 unter https://en.wikipedia.org/wiki/Russian_military_deception

13 German tank problem, Wikipedia, abgerufen am 21. April 2025 unter https://en.wikipedia.org/wiki/German_tank_problem

14 Der legendäre Passierschein A38 aus „Asterix erobert Rom", Studio Canal Germany, YouTube, 01. November 2024, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.youtube.com/watch?v=7dO9Lm_CXz0

15 Zelensky refuses US offer to evacuate, saying 'I need ammunition, not a ride', Sharon Braithwaite, CNN, 26. Februar 2022, abgerufen am 21. April 2025 unter https://edition.cnn.com/2022/02/26/europe/ukraine-zelensky-evacuation-intl/index.html

16 Deutsche Hilfslieferung: Ukrainisches Militär erhält die 5000 Helme; 26. Februar 2022, n-tv, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.n-tv.de/politik/Ukrainisches-Militaer-erhaelt-die-5000-Helme-article23157896.html

17 „Mehr oder weniger blank", André Wüstner, Deutscher Bundeswehrverband, 25. Februar 2022, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.dbwv.de/aktuelle-themen/verband-aktuell/beitrag/mehr-oder-weniger-blank

18 „Wir werden keine Waffen an die Ukraine liefern", sagt Robert Habeck, Die Welt, 24. Februar 2022, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.welt.de/politik/deutschland/article237124841/Robert-Habeck-Wir-werden-keine-Waffen-an-die-Ukraine-liefern.html

19 Scholz lehnt Waffenlieferungen in Ukraine weiter strikt ab, Die Zeit, 6. Februar 2022, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.zeit.de/news/2022-02/06/scholz-lehnt-waffenlieferungen-in-ukraine-weiter-strikt-ab

20 Emmanuel Macron warns Europe: NATO is becoming brain-dead, 07. November 2019, The Economist, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.economist.com/europe/2019/11/07/emmanuel-macron-warns-europe-nato-is-becoming-brain-dead (Artikel hinter Bezahlschranke)

21 Diese Waffen und militärische Ausrüstung liefert Deutschland an die Ukraine, Bundesregierung, 17. April 2025, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/lieferungen-ukraine-2054514

22 Diese Waffen und militärische Ausrüstung liefert Deutschland an die Ukraine, Bundesregierung, 22. Februar 2025, abgerufen am 22. Februar 2025 unter htt-

ps://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/lieferungen-ukraine-2054514 ;

23 U.S. Security Cooperation with Ukraine, US State Department, 12 März 2025, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.state.gov/bureau-of-political-military-affairs/releases/2025/01/u-s-security-cooperation-with-ukraine

24 Attack On Europe: Documenting Russian Equipment Losses During The Russian Invasion Of Ukraine, Oryx, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.oryxspioenkop.com/2022/02/attack-on-europe-documenting-equipment.html ; Attack On Europe: Documenting Ukrainian Equipment Losses During The Russian Invasion Of Ukraine, Oryx, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.oryxspioenkop.com/2022/02/attack-on-europe-documenting-ukrainian.html

25 EU managed to deliver one million artillery shells to Kyiv, Francesco Bortoletto, EU News, 20. November 2024, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.eunews.it/en/2024/11/20/eu-managed-to-deliver-one-million-artillery-shells-to-kyiv/

26 North Korea Sent Russia Millions of Artillery Shells, South Korea Says, Soo-Hyang Choi / Bloomberg, Time, 14 Juni 2024, abgerufen am 21. April 2025 unter https://time.com/6988568/north-korea-russia-artillery-shell-south-korea-defense-minister/

27 Ukraine-Krieg: „Zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig", Am 175. Tag des Krieges um die Ukraine zieht Oberst Markus Reisner eine Zwischenbilanz, Wien, 17. August 2022, Bundesministerium Landesverteidigung, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=11511

28 Für Sieg über Putin: Armeechef Selenskyjs fordert 500 Geschütze und 1000 Panzer mehr, Richard Schmitt, Express, 16. Dezember 2022, abgerufen am 21. April 2025 unter https://exxpress.at/politik/fuer-sieg-ueber-putin-armeechef-selenskyjs-fordert-500-geschuetze-1000-panzer/

29 Uncertainty over Australian Abrams tanks donated to Ukraine, Andrew Greene, Australian Broadcasting Corporation, 22. März 2025, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.abc.net.au/news/2025-03-23/uncertainty-for-australian-donated-abrams-tanks/105085026

30 Russia's jamming of US-provided rocket systems complicates Ukraine's war effort, Alex Marquardt, Natasha Bertrand & Zachary Cohen, CNN, 06 Mai 2023, abgerufen am 21. April 2025 unter https://edition.cnn.com/2023/05/05/politics/russia-jamming-himars-rockets-ukraine/index.html

31 US-Made HIMARS 'Ineffective' in Ukraine Due to Russian Jamming: Report, Joe Saballa, The Defense Post, 27 Mai 2024, abgerufen am 21. April 2025 unter https://thedefensepost.com/2024/05/27/us-himars-ineffective-ukraine/ ; La précision de l'obus M982 Excalibur américain anéantie par le brouillage russe, Fabrice Wolf, Meta-Defense.fr, 31. Mai 2024, abgerufen am 21. April 2025 unter

https://meta-defense.fr/2024/05/31/obus-m982-excalibur-brouillage-russe/

32 Vom Nutzen des Geheimnisses, Herfried Münkler, Der Spiegel, 05. Dezember 2010, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.spiegel.de/kultur/vom-nutzen-des-geheimnisses-a-1bf6d2e3-0002-0001-0000-000075476953 (Artikel hinter Bezahlschranke)

33 Tino Chrupalla: Keine weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine, AfD, Pressemitteilung, 15. September 2022, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.afd.de/tino-chrupalla-keine-weiteren-waffenlieferungen-an-die-ukraine/

34 Alternative für Russland? Die AfD und der Kreml, ARD (WDR), Monitor, 25. April 2024, 11:55 Min., abgerufen am 21. April 2025 unter https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/alternative-fuer-russland-die-afd-und-der-kreml-100.html ; Groß angelegte Einflussoperation – Wie tief steckt die AfD im Russland-Sumpf?, Maik Baumgärtner, Martin Knobbe, Ann-Katrin Müller, Marcel Rosenbach, Fidelius Schmid und Wolf Wiedmann-Schmidt, Der Spiegel, 29. März 2024, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-spendenaffaere-neue-enthuellungen-ueber-geldfluesse-aus-russland-a-0633977a-c07f-484b-b6f7-b826b52ed8ad (Artikel hinter Bezahlschranke)

35 Active measures, Wikipedia, abgerufen am 21. April 2025 unter https://en.wikipedia.org/wiki/Active_measures

36 Merz erwägt Taurus-Lieferung an Ukraine – EU erfreut, n-tv, 14. April 2025, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.n-tv.de/politik/Ukraine-Krieg-Merz-erwaegt-Taurus-Lieferung-EU-erfreut-article25703418.html ; „Überleg zweimal, Nazi“: Moskau droht Merz wegen Taurus, Jo Angerer, Berliner Morgenpost, 18. April 2025, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.morgenpost.de/politik/article408820624/ueberleg-zweimal-nazi-moskau-droht-merz-wegen-taurus.html ; Taurus für die Ukraine: Umdenken nach Geheimdienst-Briefing? SPD warnt Merz, Jan-Frederik Wendt, 22. April 2025, abgerufen am 22. April 2025 unter https://www.merkur.de/politik/zusage-an-ukraine-spd-schliesst-einknicken-von-merz-nach-geheimdienst-briefing-nicht-aus-taurus-zr-93687077.html

37 AUKUS, Wikipedia, abgerufen am 21. April 2025 unter https://en.wikipedia.org/wiki/AUKUS

38 Trump halts enforcement of US law banning bribery of foreign officials, Léonie Chao-Fong, The Guardian, 11. Februar 2025, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.theguardian.com/us-news/2025/feb/10/trump-order-foreign-bribery-act

39 Trump nennt Selenskyj „Diktator ohne Wahlen“, ARD, Tagesschau, 19. Februar 2025, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.tagesschau.de/ausland/

amerika/usa-trump-selenskyj-diktator-aussage-100.html

40 Souveraineté – Petite histoire de la grandissante emprise des Etats-Unis sur notre armement militaire, Bruno Rieth, Marianne, 31. August 2019, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.marianne.net/politique/petite-histoire-de-la-grandissante-emprise-des-etats-unis-sur-notre-armement-militaire

41 Pistorius trifft Amtskollegen Austin in Washington: HIMARS High Mobility Artillery Rocket System für die Ukraine, Bundesministerium der Verteidigung, Pressemitteilung, 10. Mai 2024, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.bmvg.de/de/aktuelles/pistorius-verkuendet-in-washington-himars-fuer-die-ukraine-5778634

42 Gazprom mulls drastic reduction in staff numbers amid record losses; Novaya Gazeta Europe, 13. Januar 2025, abgerufen am 21. April 2025 unter https://novayagazeta.eu/articles/2025/01/13/gazprom-mulls-drastic-reduction-in-staff-numbers-amid-record-losses-en-news

43 Sparen im Angriffskrieg: Russland kürzt Entschädigung für verletzte Soldaten drastisch, n-tv, 14. November 2024, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.n-tv.de/politik/Russland-kuerzt-Entschaedigung-fuer-verletzte-Soldaten-drastisch-article25360781.html

44 Russlands Wirtschaft am Wendepunkt – Mit dem Ende des russischen Kriegsbooms steigen die wirtschaftlichen Risiken für den Kreml, Janis Kluge, SWP-Aktuell 2024/A 59, 26. November 2024, 4 S., abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.swp-berlin.org/10.18449/2024A59/

45 Exodus in Nachbarstaaten – Mindestens 650.000 Menschen haben Russland laut Medienbericht seit Kriegsbeginn verlassen, Der Spiegel, 17. Juli 2024, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.spiegel.de/ausland/russland-mindestens-650-000-menschen-haben-land-laut-bericht-seit-kriegsbeginn-verlassen-accef8245-41ad-4fc7-ac77-c2beaa4e841a

46 What has Russia‘s invasion of Ukraine cost in blood and money? BFBS Forces News, 26. Februar 2025, YouTube, 4:34 Min., abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.youtube.com/watch?v=vdq6nAwuYeA

47 Russlands Airlines in Kriegszeiten: Wirkt das Embargo? , Aero International, 10. Mai 2024, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.aerointernational.de/aviation-nachrichten/russlands-airlines-in-kriegszeiten-wirkt-das-embargo-ukraine-krieg.html ; Russland baute in drei Jahren nur sieben Flugzeuge, Stefan Eiselin, Aerotelegraph, 12. Dezember 2024, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.aerotelegraph.com/russland-baute-seit-beginn-der-sanktionen-nur-sieben-flugzeuge

48 #SU30Leaks: Kazakhstani specialists maintain Russian Su-30SM aircraft using French equipment from Thales and Safran, InformNapalm, 09. Dezember 2024,

abgerufen am 21. April 2025 unter https://informnapalm.org/en/french-equipment-thales-safran-for-russian-aircraft/

49 Materialschlacht in der Ukraine, „Spätestens Ende 2025 können die Russen nicht mehr weitermachen wie bisher“, Interview mit Markus Reisner, Oberst im Österreichischen Bundesheer, n-tv, 23. Januar 2025, abgerufen am 21. April 2025 unter https://www.n-tv.de/politik/Spaetestens-Ende-2025-koennen-die-Russen-nicht-mehr-weitermachen-wie-bisher-article25504785.html

50 Die Verteidigung der EU in Zahlen, Europäischer Rat, abgerufen am 21. April 2025 unterhttps://www.consilium.europa.eu/de/policies/defence-numbers/

Die Suche nach dem "Schwerpunkt": Von Clausewitz bis zur HDv 100/100 von 1973*

Mauro Mantovani

Einleitung

Das "U.S. Army Field Manual FM 100-5 Operations" von 1986 hat das Konzept des Center of Gravity in die amerikanische Militärdoktrin eingeführt. Zehn Jahre zuvor war die bis heute massgebliche Übersetzung von Clausewitz' Werk "Vom Kriege" ins Englische erschienen; Michael Howard und Peter Paret setzten für den Schwerpunkt konsequent Center of Gravity.[1] Eine noch weitere Verbreitung erlangte das Center of Gravity 1982, als Harry G. Summers Jr. seine bittere Abrechnung mit der amerikanischen Kriegführung in Vietnam vorlegte und argumentierte, die USA hätten das Center of Gravity falsch verstanden.[2] Seither wogt in den USA eine Debatte über das "COG", in welcher immer wieder auf den angeblichen Ursprung des Konzeptes bei Carl von Clausewitz hingewiesen wird.[3]

Dieser Beitrag fokussiert auf die Frage, was Clausewitz eigentlich unter dem Schwerpunkt verstand und wie sein Grundgedanke in deutschen Führungsvorschriften von der Reichswehr bis zur Bundeswehr im Kalten Krieg aufgenommen und weiterentwickelt wurde. Im Zentrum steht hier also die doktrinelle Ebene[4] – und nicht die Anwendung des Konzepts.

Der Schwerpunkt bei Clausewitz

Zu den originellen Leistungen von Clausewitz gehört, dass er den physikalischen Begriff des Schwerpunktes als Metapher in die Militärtheorie einführte, wobei er offenbar einer Mode seiner Zeit folgte.[5] Clausewitz spricht in seinem Werk "Vom Kriege" über fünfzig Mal von Schwerpunkt(en), wobei er einmal das Synonym Centra Gravitatis gebraucht. Allerdings ist die Verwendungsweise mehrheitlich unbestimmt. Einzig in drei vielzitierten Abschnitten in den Büchern 6 und 8 wird Clausewitz konkreter.

Gegen Ende des Buches 6 umreisst Clausewitz erstmals den Schwerpunkt, beginnend mit einer Begründung, weshalb er diese Metapher wählte:

* Ich danke Dr. Dipl.-Päd. Peter Mertens für wertvolle Hinweise zu dieser Arbeit

So wie sich der Schwerpunkt immer da findet, wo die meiste Masse beisammen ist, und wie jeder Stoß gegen den Schwerpunkt der Last am wirksamsten ist, wie ferner der stärkste Stoß mit dem Schwerpunkt der Kraft erhalten wird, so ist es auch im Kriege. Die Streitkräfte jedes Kriegführenden, sei es ein einzelner Staat oder ein Bündnis von Staaten, haben eine gewisse Einheit und durch diese Zusammenhang; wo aber Zusammenhang ist, da treten die Analogien des Schwerpunktes ein. Es gibt also in diesen Streitkräften gewisse Schwerpunkte, deren Bewegung und Richtung über die anderen Punkte entscheidet, und diese Schwerpunkte finden sich da, wo die meisten Streitkräfte beisammen sind. So wie aber in der toten Körperwelt die Wirkung gegen den Schwerpunkt in dem Zusammenhang der Teile ihr Maß und ihre Grenze hat, so ist es auch im Kriege, und es kann hier wie dort ein Stoß leicht größer werden, als der Widerstand verträgt, und damit ein Luftstoß, eine Kraftverschwendung entstehen.

Wie verschieden ist der Zusammenhang des Heeres einer Fahne, welches durch den persönlichen Befehl eines Feldherrn in die Schlacht geführt wird, und der einer verbündeten Kriegsmacht, die auf 50 oder 100 Meilen ausgedehnt oder gar nach ganz verschiedenen Seiten hin basiert ist! Dort ist der Zusammenhang als der stärkste, die Einheit als die nächste zu betrachten; hier ist die Einheit sehr entfernt, oft nur noch in der gemeinschaftlichen politischen Absicht, und da auch nur dürftig und unvollkommen vorhanden und der Zusammenhang der Teile meistens sehr schwach, oft ganz illusorisch.

Gebietet also von der einen Seite die Gewalt, welche wir dem Stoß zu geben wünschen, die größte Vereinigung der Macht, so müssen wir von der anderen jede Übertreibung als einen wirklichen Nachteil fürchten, weil sie eine Kraftverschwendung mit sich führt, und diese wieder den Mangel an Kraft auf anderen Punkten.

Diese Centra gravitatis in der feindlichen Kriegsmacht zu unterscheiden, ihre Wirkungskreise zu erkennen, ist also ein Hauptakt des strategischen Urteils. Man wird sich nämlich jedesmal fragen müssen, welche Wirkungen das Vorgehen und Zurückgehen des einen Teiles der gegenseitigen Streitkräfte auf die übrigen hervorbringen wird.

> Wir glauben hiermit keineswegs ein neues Verfahren erfunden zu haben, sondern wir haben nur dem Verfahren aller Zeiten und Feldherren Vorstellungen zum Grunde gelegt, die den Zusammenhang desselben mit der Natur der Dinge klarer machen sollen. […]
>
> Wir haben in dieser Betrachtung gesehen, was die Verteilung der Streitkräfte überhaupt bedingt. Es sind im Grunde zwei einander entgegentretende Interessen; das eine, der Besitz des Landes, strebt die Streitkräfte zu verteilen; das andere, der Stoß gegen den Schwerpunkt der feindlichen Macht, vereinigt sie wieder bis auf gewisse Grade.
>
> So entstehen die Kriegstheater oder einzelnen Heergebiete. Sie sind nämlich solche Abgrenzungen der Oberfläche des Landes und der auf ihr verteilten Streitkraft, daß jede von der Hauptmacht dieses Gebietes gegebene Entscheidung sich unmittelbar über das Ganze ausdehnt und dieses in ihre Richtung mit fortreißt. Wir sagen unmittelbar, denn einen mehr oder weniger entfernten Einfluß muß natürlich die Entscheidung eines Kriegstheaters auch auf seine benachbarten haben.
>
> Daß wir auch hier wie überall in unseren Definitionen nur die Mittelpunkte gewisser Vorstellungsgebiete treffen, nicht durch scharfe Linien die Grenzen umziehen wollen und können, müssen wir ausdrücklich wieder erinnern, obgleich es schon in der Natur der Sache liegt.
>
> Wir glauben also, daß ein Kriegstheater, wie groß oder klein es nur sein mag, mit seiner Streitkraft, welchen Umfang diese auch habe, eine solche Einheit darstellt, die sich auf einen Schwerpunkt zurückführen läßt. In diesem Schwerpunkt soll die Entscheidung gegeben werden, und hier Sieger zu sein, heißt im weitesten Sinne das Kriegstheater verteidigen.[6]

Für Clausewitz sind die Schwerpunkte der Streitkräfte also zunächst jene Punkte, wo über die "Bewegung" und "Richtung" von deren Teilen entschieden und damit ihre „Einheit" bzw. ihr „Zusammenhang" sichergestellt wird – in moderner Sprache also vielleicht die Befehlszentralen (auf allen Stufen). Im Falle von Bündnissen liegt diese „Einheit" oft nur noch in der gemeinsamen politischen Absicht und Clausewitz lässt offen, worauf gegebenenfalls die eigenen Kräfte zu konzentrieren sind. Überhaupt habe der Feldherr stets aus verschiedenen

möglichen Schwerpunkten auszuwählen, gestützt auf seine Beurteilung der (anzunehmenden) Wirkung seiner Stösse gegen diese „Einheit".

In Buch 8, wohin gemäss Clausewitz der "Gegenstand überhaupt" gehört[7], werden diese Gedanken wiederaufgenommen und weiterentwickelt:

> Es kommt darauf an, die vorherrschenden Verhältnisse beider Staaten im Auge zu haben. Aus ihnen wird sich ein gewisser Schwerpunkt, ein Zentrum der Kraft und Bewegung bilden, von welchem das Ganze abhängt, und auf diesen Schwerpunkt des Gegners muß der gesammelte Stoß aller Kräfte gerichtet sein.
>
> Das Kleine hängt stets vom Großen ab, das Unwichtige von dem Wichtigen, das Zufällige von dem Wesentlichen. Dies muß unseren Blick leiten. Alexander, Gustav Adolf, Karl XII., Friedrich der Große hatten ihren Schwerpunkt in ihrem Heer, wäre dies zertrümmert worden, so würden sie ihre Rolle schlecht ausgespielt haben; bei Staaten, die durch innere Parteiungen zerrissen sind, liegt er meistens in der Hauptstadt; bei kleinen Staaten, die sich an mächtige stützen, liegt er im Heer dieser Bundesgenossen; bei Bündnissen liegt er in der Einheit des Interesses; bei Volksbewaffnung in der Person der Hauptführer und in der öffentlichen Meinung.
>
> Gegen diese Dinge muß der Stoß gerichtet sein. Hat der Gegner dadurch das Gleichgewicht verloren, so muß ihm keine Zeit gelassen werden, es wieder zu gewinnen; der Stoß muß immer in dieser Richtung fortgesetzt werden, oder mit anderen Worten, der Sieger muß ihn immer ganz und das Ganze nicht gegen einen Teil des Gegners richten. Nicht indem man mit gemütlicher Ruhe und Übermacht eine feindliche Provinz erobert und den mehr gesicherten Besitz dieser kleinen Eroberung großen Erfolgen vorzieht, sondern indem man den Kern der feindlichen Macht immer wieder aufsucht, das Ganze daransetzt, um das Ganze zu gewinnen, wird man den Gegner wirklich zu Boden werfen.[8]

Hier sticht der zweite Abschnitt heraus, wo eine Reihe möglicher Schwerpunkte benannt wird. Diese befinden sich allesamt auf einer strategischen Ebene, können jedoch physischer Natur (das Heer, die Hauptstadt oder das Heer eines grösseren Verbündeten), immaterieller Natur (die Einheit des Interesses, die öffentliche Meinung) oder gar menschlicher Natur (die Person der Hauptfüh-

rer) sein. Auch erweitert Clausewitz in diesem Abschnitt sein Verständnis vom Schwerpunkt gegenüber einer zentralen Stelle in Buch 4, wo es lapidar heisst: "allein man muß, weil das Wesen des Krieges Kampf (ist), und die Hauptschlacht der Kampf der Hauptmacht ist, diese immer als den eigentlichen Schwerpunkt des Krieges betrachten."[9]

Deutlicher als im 6. Buch wird hier die Finalität des Vorgehens umrissen: Es liegt darin, den Gegner aus der Balance zu bringen und dieses Ziel hartnäckig bis zur Niederwerfung weiterzuverfolgen.

Die dritte zentrale Passage zum Schwerpunkt aber findet sich weiter unten in Buch 8, wo Clausewitz den Gedanken der Reduktion des Schwerpunktes wiederaufgreift und weiterführt:

> Nachdem wir die verschiedenen Zielpunkte, welche der Krieg haben kann, näher charakterisiert haben, wollen wir die Anordnung des ganzen Krieges für die drei einzelnen Abstufungen durchgehen, welche sich nach jenen Zielpunkten ergeben haben.
>
> Nach allem, was wir bis jetzt über den Gegenstand schon gesagt haben, werden zwei Hauptgrundsätze den ganzen Kriegsplan umfassen und allen übrigen zur Richtung dienen.
>
> Der erste ist: das Gewicht der feindlichen Macht auf so wenig Schwerpunkte als möglich zurückzuführen, wenn es sein kann, auf einen; wiederum den Stoß gegen diese Schwerpunkte auf so wenig Haupthandlungen als möglich zurückzuführen, wenn es sein kann, auf eine; endlich alle untergeordnete Handlungen so untergeordnet als möglich zu halten. Mit einem Wort, der erste Grundsatz ist: so konzentriert als möglich zu handeln.
>
> Der zweite Grundsatz: so schnell als möglich zu handeln, also keinen Aufenthalt und keinen Umweg ohne hinreichenden Grund.
>
> Das Reduzieren der feindlichen Macht auf einen Schwerpunkt hängt ab:
>
> Erstens von dem politischen Zusammenhang derselben. Sind es Heere eines Herrn, so hat es meist keine Schwierigkeit; sind es verbündete Heere, deren das eine als bloßer Bundesgenosse ohne eigenes Interesse

handelt, so ist die Schwierigkeit nicht viel größer; sind es zu gemeinschaftlichen Zwecken Verbündete, so kommt es auf den Grad der Befreundung an; wir haben davon schon geredet.

Zweitens von der Lage des Kriegstheaters, auf welchem die verschiedenen feindlichen Heere erscheinen.

Sind die feindlichen Kräfte auf einem Kriegstheater in einem Heere beisammen, so bilden sie faktisch eine Einheit, und wir brauchen nach dem übrigen nicht zu fragen; sind sie auf einem Kriegstheater in getrennten Heeren, die verschiedenen Mächten angehören, so ist die Einheit nicht mehr absolut, es ist aber doch noch ein hinreichender Zusammenhang der Teile da, um durch einen entschiedenen Stoß gegen einen Teil den anderen mitfortzureißen. Sind die Heere auf benachbarten, durch keine großen Naturgegenstände getrennten Kriegstheatern aufgestellt, so fehlt es auch hier noch nicht an dem entschiedenen Einfluß des einen auf das andere; sind die Kriegstheater sehr weit voneinander entfernt, liegen neutrale Strecken, große Gebirge usw. dazwischen, so ist der Einfluß sehr zweifelhaft, also unwahrscheinlich; liegen sie gar an ganz verschiedenen Seiten des bekriegten Staates, so daß die Wirkungen gegen dieselben in exzentrischen Linien auseinandergehen, so ist fast die Spur jedes Zusammenhanges verschwunden.[10]

Noch einmal ermahnt Clausewitz also den Führer, die Vielzahl der sich anbietenden Schwerpunkte beim Gegner möglichst auf einen zu reduzieren, um gegen diesen Schwerpunkt rasch und entschlossen vorzugehen. Allerdings deutet Clausewitz auch die Schwierigkeiten bei der Identifizierung der Schwerpunkte bei zunehmender Entfernung auf dem Kriegsschauplatz an.

Die Schlüsselstellen zum Schwerpunkt stammen aus unterschiedlichen Phasen der Arbeit an „Vom Kriege". Dabei scheint das erweiterte Verständnis mit der zunehmenden Bewusstwerdung Clausewitz' für die metaphysischen Faktoren des Krieges einherzugehen.[11]

Zur Clausewitz'schen Vorstellung vom Schwerpunkt sind gleichwohl einige kritische Anmerkungen unausweichlich: So etwa, dass dem Feldherrn zwar eine Schlüsselrolle bei der Identifizierung des Schwerpunktes zugewiesen, jedoch keine Anleitung geben wird, wie er dies tun solle; es scheint, als könne sich der Feldherr dabei nur auf sein "strategisches Urteil" verlassen.[12] Zweitens

ruft Clausewitz zu entschlossener Konzentration der eigenen Kräfte auf, ohne genau zu sagen, wie dies zu geschehen habe. Sodann bleibt unklar, ob sich ein einmal identifizierter Schwerpunkt noch ändern kann: Clausewitz' Schwerpunkt wirkt etwas statisch. Und schliesslich erhält das Schwerpunkt-Konzept bei Clausewitz nur im Zusammenhang mit der Offensivkriegführung gewisse Konturen, bleibt aber auch hier abstrakt und auf die strategische Ebene beschränkt.

Der Schwerpunkt im deutschen operativen Denken (1871 bis 1933)

Die Frage nach der Bedeutung des Schwerpunktes für die operative und taktische Stufe blieb bei Clausewitz also unbeantwortet und sollte die deutschen Militärtheoretiker und Operationsplaner noch Generationen später beschäftigen. Helmuth von Moltke, der Clausewitz an der Kriegsakademie noch selbst erlebt hatte, versuchte als Chef des Generalstabes der preussischen Armee dessen Ratschläge während der deutschen Einigungskriege umzusetzen. Moltke stimmte mit Clausewitz überein, dass „alle strategischen Wirkungen auf gewisse Schwerpunkte zurückzuführen seien."[13] In seinem operativen Denken waren die Lagebeurteilung, der Entschluss, der Aufmarsch und das operative Ziel zentral, ebenso wie die Konzentration der Kräfte auf den entscheidenden Punkt, was er "Schwerpunktbildung" nannte. Der Akzent des Schwerpunkt-Konzeptes verlagerte sich somit auf das Agieren der eigenen Seite.[14]

Nach 1871 wurde der Schwerpunkt unter deutschen und österreichischen Militärtheoretikern intensiv diskutiert. Die Mehrheit argumentierte, dass die feindliche Hauptstadt den Schwerpunkt bilde, gegen welchen die eigenen Kräfte zu richten seien. Als neuer Begriff etablierte sich die "Schwerpunktlinie" mit der Bedeutung der kürzesten, direktesten Verbindung zwischen der eigenen Operationsbasis und der gegnerischen Hauptstadt. Um den Sieg zu erringen, wurde von der eigenen Armee erwartet, dass sie entlang dieser Schwerpunktlinie die Entscheidung suche, indem sie ihre operativen Ziele rascher als der Gegner erreicht. Ab den späten 1880er Jahren entwickelte sich der Schwerpunkt weiter und es bildete sich ein Konsens, wonach die Einführung von Waffen mit gesteigertem Zerstörungspotenzial Grossangriffe hinfällig mache und das Deutsche Reich in seinem Bestreben, einen Abnützungskrieg an zwei Fronten zu vermeiden, durch Schwerpunktbildung an beiden Fronten die operative Überlegenheit und den Erfolg an entscheidenden Punkten anstreben solle.[15]

Eine Generation nach Moltke dem Älteren spielte Generalstabschef Alfred von Schlieffen eine Schlüsselrolle bei der Verankerung des Schwerpunktes in einem doppelten Sinne im operativen und taktischen Verständnis der Deutschen Reichswehr. Unter der Prämisse, dass die Frontlinien in Zukunft länger und tiefer sein würden, könne ein Angreifer nur noch auf Erfolg hoffen, wenn er seine Kräfte auf den mutmasslich schwächsten Frontabschnitt des Gegners konzentriert, unter Anwendung von Täuschung und Überraschung. Durch die Schaffung einer lokalen (quantitativen und qualitativen) Überlegenheit, so Schlieffen, sollte ein Durchbruch ermöglicht werden, während gleichzeitig eine gewisse Ausdünnung in anderen Frontabschnitten hinzunehmen sei. Der sogenannte "Schlieffen Plan" enthielt so auch die Schwerpunktbildung, also die sukzessive Konzentration der Kräfte an mutmasslich entscheidenden Punkten.[16]

In den 1920er Jahren erscheint der Schwerpunkt in der Doktrin der Reichswehr im Lichte der taktischen Neuerungen des Ersten Weltkrieges.[17] Eine neue Führungsvorschrift liess eine adaptierte Konzeption erkennen. Zunächst wurde der Schwerpunkt nun in den Schwachstellen der gegnerischen Front gesehen. Zum anderen konnte er, wenn nötig, durch die Reserven verlagert und ausgenutzt werden, um einen Durchbruch zu erzielen. Und schliesslich erforderte der Schwerpunkt Koordination und Synchronisation der involvierten Verbände.[18] Der Zweck blieb allerdings derselbe: Konzentration der Kräfte, um den gegnerischen Widerstand schnellstmöglich zu überwinden.

Der Schwerpunkt in der Doktrin des Heeres (1933-1945)

In der Vorschrift "Truppenführung", die unter Generalstabschef Ludwig Beck entstand und für die Operationsführung der Deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg massgeblich blieb, erscheint die Schwerpunktbildung prominent.[19] Becks Verständnis vom Schwerpunkt drehte sich erneut um die Frage, wie maximale Feuerkraft auf einen "entscheidenden" Punkt konzentriert werden könne. Dabei habe der Führer gelegentlich den Schwerpunkt "ins Ungewisse zu bilden", das heisst, die Entwicklung der taktischen Lage zu antizipieren und einen Führungsvorbehalt (in schweizerischer Terminologie: „vorbehaltene Entschlüsse") zu treffen:

> Die Hauptkraft und die Masse der Munition sind an der entscheidenden Stelle einzusetzen. Sie liegt bei der Umfassung auf dem umfassenden Flügel, im übrigen je nach Absicht, Lage und Gelände gewöhnlich

> dort, wo die Wirkung aller Waffen am besten zur Geltung gebracht und ausgenutzt werden kann. Der Angriff erhält an dieser Stelle seinen Schwerpunkt. Der Schwerpunkt wird gekennzeichnet: beim Ansatz des Angriffs durch schmale Gefechtsstreifen, durch Maßnahmen für die Feuervereinigung aller Waffen, auch aus benachbarten Gefechtsstreifen, und durch Verstärkung des Feuers durch besonders zugewiesene schwere Infanteriewaffen und Artillerie; während der Durchführung des Angriffs durch Steigern des Feuers und Einsetzen von Kampfwagen und Reserven. Die Wahl des Schwerpunktes wird durch die Artillerie, manchmal auch durch die Kampfwagen weitgehend beeinflußt.
>
> Ist die entscheidende Stelle nicht von vornherein zu erkennen, so muß der Schwerpunkt ins Ungewisse gebildet und erforderlichenfalls nachher verlegt werden, oder er wird erst später gebildet. Tritt der Erfolg während des Angriffs an einer anderen Stelle ein wie da, wo er erwartet oder beabsichtigt war, so ist er entschlossen auszunutzen. Soll der Schwerpunkt verlegt oder später gebildet werden, so müssen ausreichende Reserven vorhanden sein, starke Wirkung aller Waffen muß in der neuen Richtung vereinigt werden können.
>
> Die Bildung des Schwerpunktes hat in den Maßnahmen der einzelnen Führer zum Ausdruck zu kommen. Es kann zweckmässig sein, einzelnen Verbänden zu befehlen, wohin sie den Schwerpunkt zu legen haben.[20]

Im letzten Abschnitt wird angedeutet, dass die Identifikation von Schwerpunkten eine Aufgabe der gesamten Befehlskette war. Alle Stufen hatten also ihre Schwerpunkte zu setzen, womit der Schwerpunkt mit dem Führungsprinzip der Auftragstaktik verknüpft und zunehmend dynamisch verstanden wurde: Während die vorgesetzten Stellen im Rahmen ihrer Absicht Schwerpunkte festlegten, waren die untergeordneten Stufen aufgefordert, innerhalb dieses Grundbefehls ihre eigenen Schwerpunkte zu setzen, wobei sie jederzeit mit einer Korrektur durch die vorgesetzten Stellen rechnen mussten. Diese schrittweise Delegation der Verantwortung nach unten äusserte sich in einer fortschreitenden räumlichen Verengung zu Schwerpunkträumen und Schwerpunktabschnitten. Das Schwerpunktkonzept erforderte also Flexibilität des Denkens und Handelns auf allen Stufen, in Übereinstimmung mit dem überragenden Ziel, die Initiative zu erhalten.[21]

Der Schwerpunkt im bundesdeutschen Heer (1955-1973)

In den 1950er Jahren erwachte das taktische Denken wieder in der neu geschaffenen Bundeswehr, deren strategischer Rahmen jedoch völlig neu war: Die Bundesrepublik Deutschland war mit ihren wiederaufzubauenden Streitkräften in die NATO eingebettet, welche wiederum nur limitierte konventionelle Offensivfähigkeiten besass und dies auf einem fortschreitend nuklearisierten Kriegsschauplatz in Europa. Doktrinell behielt die Bundeswehr die Gefechtsform Angriff jedoch bei und der Schwerpunkt spielte erneut eine prominente Rolle als Führungsprinzip. Bemerkenswerterweise wurden als Mittel der Schwerpunktbildung erst jetzt die Panzertruppen gegenüber der Artillerie priorisiert:

> Der Schwerpunkt des Angriffs ist jeweils dort zu bilden wo – nach Absicht, Lage und Gelände – Waffenwirkung und Stoßkraft am nachhaltigsten zur Geltung gebracht und am besten ausgenutzt werden können. Für die Auswahl des Geländes sind daher in erster Linie die Einsatzmöglichkeiten der Panzer entscheidend.[22]

Das Denken über den Schwerpunkt blieb im Kern gleich, erweiterte sich allerdings bezüglich der Gefechtsformen und der Mittel: Ein Schwerpunkt sei in jeder Form des Gefechtes zu bilden und in jeder Gefechtslage, heisst es 1959, auch im Verzögerungs- und im Verteidigungskampf. Ausserdem wird die Palette der einzusetzenden Mittel erweitert:

> Andere Möglichkeiten, um einen Schwerpunkt zu bilden, sind ein verstärkter Einsatz der Luftwaffe, ebenso wie psychologische und Versorgungsmassnahmen.[23]

Die für das traditionelle konventionelle Gefecht gedachte „Truppenführung 59" wurde durch die auf den nuklearen Krieg ausgerichtete Führungsvorschrift „Truppenführung 1960" ersetzt, die wiederum mit der HDv 100/1 „Grundsätze der Truppenführung des Heeres" in der HDv 100/1 „Truppenführung" von 1962 zusammengefasst werden sollte. Darin wurde insgesamt den konventionellen Streitkräften nurmehr eine nachrangige Bedeutung beigemessen.[24] Der zentrale Abschnitt der TF 60 über den Schwerpunkt lautet wie folgt:

> Ein Schwerpunkt ist in jeder Gefechtsart und in jeder Gefechtslage zu bilden: dies gilt auch für die Versorgung.

> Der Schwerpunkt ist dorthin zu legen, wo eine Entscheidung gesucht oder erwartet wird. Häufig muss er ins Ungewisse gebildet werden. Der Verlauf des Gefechtes kann es notwendig machen, ihn zu verlagern. In besonderen Fällen kann es erforderlich sein, unterstellten Führern zu befehlen, wohin sie ihren Schwerpunkt zu legen haben.
>
> Ein Schwerpunkt entsteht vor allem durch Einsatz von Feuerkraft und Stosskraft. Ausserdem kann sich der Schwerpunkt durch Verwendung von Reserven, in der Breite der Gefechtsstreifen und in der Steuerung der Versorgung ausdrücken. Der Einsatz von Luftstreitkräften und psychologische Massnahmen können zur Schwergewichtsbildung beitragen.
>
> Das stärkste Mittel zur Bildung eines Schwerpunktes sind Atomwaffen. Ihr Einsatz erfordert weniger Raum, mitunter auch weniger Zeit als der von Kampftruppen und spart vor allem Blut. Auch durch Feuer allein kann ein Schwerpunkt gebildet werden. Zum Verlegen des Schwerpunktes ist Feuer häufig das schnellste und zugleich wirkungsvollste Mittel.
>
> Schwerpunktbildung durch Stosskraft erfordert starke Panzerkräfte.[25]

Mit dem Einschluss der Versorgung und von Atomwaffen als Mitteln der Schwerpunktbildung war – in durchaus konsequenter Weise – eine „maximale" Erweiterung der Doktrin des Schwerpunktes erreicht worden, die auch beibehalten wurde in der entsprechenden Führungsvorschrift für das deutsche Heer vom September 1973. Die neue Heeresdienstvorschrift 100/100 behandelte sehr ausführlich die Frage, welche Schwerpunkte durch welche Teilstreitkräfte und Truppengattungen und in welchen Operationstypen zu setzen seien und kam erneut zum Schluss, dass Nuklearwaffen das stärkste Mittel zur Schwerpunktbildung seien. Hierzu wäre allerdings zu bemerken, dass diese Führungsvorschrift insgesamt wieder von der Fokussierung auf den Atomkrieg abrückte, welche ihre beiden Vorgängerversionen durchzogen hatte.[26]

Schluss

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die deutsche Doktrin – anders als Clausewitz – ihre Bemühungen wesentlich auf die Ausgestaltung der Schwerpunktbildung verwendete und dabei die militärtechnologische Entwicklung im Blick hatte. Schwerpunkte sollten zunächst von allen Kampftruppen

und auf allen Stufen und schliesslich von allen Truppengattungen und in allen Gefechtsformen gebildet werden – im Rahmen ihrer Verantwortungsbereiche. Das Verständnis vom Schwerpunkt und der Schwerpunktbildung wurde also immer anspruchsvoller und erforderte eine immer grössere Abstimmung der relevanten Akteure.

Der Schwerpunkt in seinem deutschen Verständnis war von Clausewitz bis 1945 ein Konzept einer europäischen Landmacht, die sich in einer Zwei- oder Mehrfrontensituation sah. Es sollte dem Feldherrn bzw. dem militärischen Kommandeur erlauben, ihre Kräfte zu priorisieren, um ihre Operationen zu einem raschen und erfolgreichen Ende zu bringen. Der Schwerpunkt erwies sich als wandelbar, indem er von der strategischen Ebene bei Clausewitz auf die operative und taktische Ebene seit Moltke "verlagert" wurde und sodann eng mit der Entwicklung der Auftragstaktik einherging. Im deutschen Verständnis bezog sich der Schwerpunkt immer auf den zwischenstaatlichen Krieg und es sollte damit versucht werden, Feuer und Bewegung miteinander zu verbinden, und den militärtechnologischen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Dieses bis heute konstante Grundverständnis unterscheidet den Schwerpunkt wesentlich vom amerikanischen Konzept des Center of Gravity – welchem der „main effort" als eigentliches Äquivalent zum deutschen Schwerpunkt gegenübersteht.

Zum Autor: Dr. Mauro Mantovani, Dozent Strategische Studien an der Militärakademie / ETH Zürich 2009 - 2025. Verfasser zahlreicher einschlägiger Publikationen sowie Leitartikel, Mitglied IISS und weiterer Vereinigungen und Foren.

Anmerkungen

1 Headquarters, "FM 100-5 Operations (1986)" (Washington D.C.: Department of the Army) 1986; Michael Howard/Peter Paret, Carl von Clausewitz, On War (Princeton: Princeton University Press), 1976.

2 Harry G. Summers Jr., On Strategy: A Critical Analysis of the Vietnam War (New York: Ballantine Books) 1982.

3 Wichtige Beiträge verfassten etwa Antulio J. Echevarria, "Clausewitz's Center of Gravity: Changing Our Warfighting Doctrine – Again!" (Carlisle Barracks: Strategic Studies Institute, 2002); "Clausewitz's Center of Gravity: It's Not What We Thought", Naval College Review, Vol. 56, No. 1 (2003) und "'Reining in' the Center of Gravity Concept", Air & Space Power Journal, Vol. 17, No. 2 (2003). Vgl. auch Josef L. Strange und Richard Iron, "Center of Gravity: What Clausewitz Really Meant", Joint Forces Quarterly, No. 35 (2004); Dale C. Eikmeier,

"Redefining the Center of Gravity", Joint Forces Quarterly, No. 59 (2010) und "Let's Fix or Kill the Center of Gravity Concept", Joint Forces Quarterly, No. 83 (2016), S. 109-115; Celestino Perez, Jr. (Hg.), Addressing the Fog of COG: Perspectives on the Center of Gravity in US Military Doctrine (Fort Leavenworth: Combat Studies Institute Press, 2012); Eystein L. Meyer, "The centre of gravity concept: contemporary theories, comparison, and implications," Defence Studies, und Miha Šlebir, "Re-examining the center of gravity: Theoretical and structural analysis of the concept", Revista Científica General José María Córdova, Vol. 20, No. 40 (2022), S. 1029f.

4 Neben Clausewitz selber vgl. auch Milan Vego, "Clausewitz' Schwerpunkt. Mistranslated from German – Misunderstood in English", Military Review, January-February (2007) und Lawrence Freedman, Strategy. A History Oxford (University Press, 2013), S. 91f.

5 Vgl. Arthur Kuhle, Die preussische Kriegstheorie um 1800 und ihre Suche nach dynamischen Gleichgewichten (Berlin: Duncker + Humblot 2018), S. 49.

6 Vom Kriege, Buch 6, Kap. 27 "Verteidigung eines Kriegstheaters".

7 Ebenda.

8 Vom Kriege, Buch 8.5 Viertes Kapitel: "Nähere Bestimmungen des kriegerischen Zieles. Niederwerfung des Feindes".

9 Vom Kriege, Buch 4.9 Neuntes Kapitel: „Die Hauptschlacht".

10 Vom Kriege, Buch 8.11 Neuntes Kapitel: „Kriegsplan, wenn Niederwerfung des Feindes das Ziel ist".

11 Vgl. Beatrice Heuser, Clausewitz lesen! Eine Einführung (Beiträge zur Militärgeschichte Bd. 1, Hg. Militärgeschichtliches Forschungsamt) (München: Oldenbourg) 2005, S. 91-95 (Kapitel: Schwerpunkt).

12 Vgl. Vom Kriege, Buch 6, Kap. 27 (Fn. 6, oben). Eine explizite Verknüpfung der Gedanken zum Schwerpunkt mit dem "feinen" bzw. "blossen Taktes des Urteils" findet sich allerdings nicht.

13 Zitiert nach Heuser, Clausewitz lesen!, S. 92.

14 Roland G. Foerster, "Das operative Denken Moltkes des Älteren und die Folgen" in Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Operatives Denken bei Clausewitz, Moltke, Schlieffen und Manstein, Freiburg i.B. (Mittler E.S. + Sohn GmbH) 1989, S. 19-42, besonders 31-35.

15 Vgl. Milan Vego, "Clausewitz' Schwerpunkt", S. 101f. mit weiterführenden Verweisen.

16 Michael Geyer, "German Strategy in the Age of Machine Warfare, 1914-1945", in Peter Paret (ed.), Makers of Modern Strategy: From Machiavelli to the Nuclear Age (2nd ed., New Jersey: Princeton University Press) 1986, S. 532; Gunter E. Rothenberg, "Moltke, Schlieffen, and the Doctrine of Strategic Envelopment",

in Paret (Hg.), Makers of Modern Strategy, S. 297. Vgl. auch Vego, "Clausewitz' Schwerpunkt", S. 102.

17 H.Dv. 487. Führung und Gefecht der verbundenen Waffen (F. u. G.), Neudruck der Ausgabe 1921–1924 in 3 Teilen. Mit einer Einführung von Karl-Volker Neugebauer (Osnabrück: Biblio, 1994). Vgl. auch "Mittel und Wege der Schwerpunktbildung", Militär-Wochenblatt, Nr. 6 (11. August 1931), S. 207.

18 H.Dv. 487, Ziffern 13, 266, 291, 318, 535.

19 H.Dv. 300/1. Truppenführung, I. Teil (Abschnitt I–XIII), Berlin (Mittler&Sohn) 1936.

20 H.Dv. 300/1, S. 123f.

21 Vgl. "Schwerpunkt" in Hermann Franke (Hg.), Handbuch der neuzeitlichen Wehrwissenschaften, Band 2: Das Heer, (Berlin und Leipzig: de Gruyter) 1936, Ziffer 649. Vgl. auch das Fazit von Milan Vego, "Clausewitz' Schwerpunkt", S. 106: "In German theory and practice, […e]ach commander was responsible for getting his forces to the attack area in a timely manner, and then arraying them in depth along a narrow front, so as to afford the maximum concentration of troops at the point of enemy weakness. During deployment, surprise was important, too. Using speed, mobility, terrain, and the cover of night, commanders were expected to maneuver their units into their assault positions without alerting the enemy to the impending attack, thereby precluding the enemy from reinforcing the area targeted for Schwerpunkt and ensuring that the odds remained stacked in the Germans' favor. […] In practice, Schwerpunkt had to be flexible."

22 Truppenführung (TF) 59, Hg. Bundesminister der Verteidigung, Führungsstab des Heeres IV 4, Bonn, 25. August 1959, Ziffer 218, Militärarchiv, Freiburg i.B., BH 1/439.

23 Truppenführung (TF) 59, Ziffer 30, Bundesarchiv BH 1 / 29300.

24 HDv 100/1, Truppenführung (TF) 1962, Hg. Bundesminister der Verteidigung, Führungsstab des Heeres IV 4, Bonn, 25. Oktober 1962.

25 Inspekteur des Heeres, Truppenführung 1960 (TF 60), 22. Dezember 1960, Ziffer 41, Militärarchiv, Freiburg i.B., BH/1/1797.

26 HDv 100/100 VS-NfD. Führung im Gefecht (TF/G), Hg. Bundesminister der Verteidigung, Führungsstab des Heeres, 28. September 1973, Ziffer 1117.

Die Fehleinschätzung ist die treueste Begleiterin der Strategie STRATOS 2023

Matthias Kuster

Einleitung

Der Krieg in der Ukraine liefert eine Reihe von Beispielen für teilweise grobe Fehleinschätzungen. So vertraten diverse Russland-Experten noch kurz vor dem Angriff der Russen am 24. Februar 2022 die Auffassung, eine russische Invasion könne nahezu ausgeschlossen werden, da sie die Risiken eines Angriffs für Putin als extrem hoch beurteilten. Sie nahmen an, dass ein solch drastischer Schritt nicht zu seiner bisherigen Militärstrategie passe, da er bislang nur dort eine offene Intervention gewagt habe, wo ein nahezu verlustfreier Ausgang garantiert war.[1]

Auch der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) erachtete noch am 15. Februar 2022 eine umfassende Grossoffensive Russland zwecks Annexion der Ukraine als das unwahrscheinlichste (20-35%) von drei Szenarien. Der NDB erachtete die dafür bereitgestellten militärischen Kräfte Russlands als ungenügend und die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kosten für Russland als zu hoch.[2]

Als dann der Krieg ausbrachte, meinte Ex-General der Bundeswehr, Erich Vad, anlässlich einer Talkshow: *«Ich denke, Putin wird diesen Krieg gewinnen, weil die russischen Streitkräfte modern sind, gut ausgestattet sind. Militärhilfe jetzt noch zu leisten, bringt nichts mehr. Militärisch gesehen, ist die Sache gelaufen. Meine Bewertung ist, dass es nur um ein paar Tage gehen wird und um nicht mehr.»*[3]

Russland selber ging offenbar davon aus, die Ukraine innert wenigen Tagen niederwerfen und besetzen zu können und unterschätzte die Bereitschaft der Nato und des Westens, die Ukraine in ihrem Abwehrkampf zu unterstützen.

Krieg als äusserst komplexes und dynamisches Phänomen

Kriegführung ist wahrscheinlich die wohl komplexeste und anspruchsvollste menschliche Tätigkeit überhaupt.

Nach Carl von Clausewitz (1780 - 1831) liegt der Grund dafür darin, dass Krieg aus lauter veränderlichen Grössen besteht und sich damit jeder Berechnung entzieht. Clausewitz schreibt dazu in seinem epochalen Werk „Vom Kriege“: „Alle diese Theorieversuche sind nur in ihrem analytischen Teil als Fortschritte in dem Gebiet der Wahrheit zu betrachten, in dem synthetischen Teil aber, in ihren Vorschriften und Regeln, ganz unbrauchbar. Sie [die Theorieversuche; Anm. des Autors] streben nach bestimmten Grössen, während im Kriege alles unbestimmt ist und der Kalkül mit lauter veränderlichen Grössen gemacht werden musste. Sie richten die Betrachtung nur auf materielle Grössen, während der ganze kriegerische Akt von geistigen Kräften und Wirkungen durchzogen ist. Sie betrachten nur die einseitige Tätigkeit, während der Krieg eine beständige Wechselwirkung der gegenseitigen ist.“[4] Wegen diesen Eigenschaften erweist sich laut Clausewitz der Krieg als «wahres Chamäleon», weil er in jedem konkreten Falle seine Natur etwas ändere.[5]

Nach Carl von Clausewitz (1780 - 1831) liegt der Grund dafür darin, dass Krieg aus lauter veränderlichen Grössen besteht und sich damit jeder Berechnung entzieht.

Wegen diesen Eigenschaften erweist sich laut Clausewitz der Krieg als «wahres Chamäleon», weil er in jedem konkreten Falle seine Natur etwas ändere.

Wie bei der Aktienbörse handelt es sich auch beim Krieg um ein komplexes und dynamisches System, in welchem sich eine Vielzahl von Faktoren, deren Grösse sich immer wieder verändert, gegenseitig beeinflussen. Verlässliche Prognosen abzugeben ist daher äusserst schwierig und die Gefahr für Fehleinschätzungen ist erheblich.

Bis heute geht eine Mehrheit der Ökonomen und Militärs fälschlicherweise davon aus, der Mensch fälle stets rationale Entscheide, lasse sich nicht von seinen Emotionen leiten. Aufgrund dieser Fehlannahme versuchen sie, die Entwicklungen mit naturwissenschaftlichen Methoden und unter Ausblendung der menschlichen Schwächen vorherzusagen und zu berechnen. Frederick Lancaster (1868 - 1946), britischer Autopionier, stellte 1916 eine Reihe von Differenzialgleichungen auf, mit denen er den Ausgang von Gefechten berechnen wollte.[6] Bis heute ist es allerdings nicht gelungen, die Dauer eines Krieges verlässlich zu berechnen, und dies dürfte auch in Zukunft nicht gelingen.

Im Reglement «Militärstrategische Führung der Schweizer Armee (MSF 17)» wird auf die Gefahr der Fehleinschätzung explizit hingewiesen.

Im Reglement «Militärstrategische Führung der Schweizer Armee (MSF 17)» wird auf die Gefahr der Fehleinschätzung explizit hingewiesen. Es hält fest, dass Volatilität, Unsicherheit, Komplexität und Vieldeutigkeit[7] des heutigen Kontextes,[8] in welchem Kriege stattfinden, dafür sorgen würden, dass auf der strategischen Stufe stets mit Überraschungen und Fehleinschätzungen des Kontextes zu rechnen ist, die ihrerseits zu nicht erfolgversprechenden strategischen Entscheiden und zu Friktionen im Rahmen der Strategieumsetzung führen.

Gründe für Fehleinschätzungen

Die Gründe für Fehleinschätzungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:[9]

1. **Mangelnde Informationen:** Wenn Menschen nicht genügend Informationen haben, um eine Situation vollständig zu verstehen, können sie falsche Schlüsse ziehen oder falsche Entscheidungen treffen.
2. **Voreingenommenheit:** Voreingenommenheit kann dazu führen, dass Menschen bestimmte Informationen überbewerten oder ignorieren.
3. **Emotionen:** Starke Emotionen können das Urteilsvermögen beeinträchtigen und zu Fehleinschätzungen führen. Zum Beispiel kann Wut dazu führen, dass Menschen impulsiv handeln oder Entscheidungen treffen, die sie später bereuen.
4. **Überheblichkeit:** Überheblichkeit oder Selbstüberschätzung kann dazu führen, dass Menschen ihre Fähigkeiten oder ihr Wissen überschätzen.
5. **Komplexität:** Manchmal sind Situationen oder Probleme so komplex, dass es schwierig ist, sie vollständig zu verstehen oder angemessen zu bewerten. Dies gilt insbesondere für Krieg.
6. **Zeitdruck:** Wenn Menschen unter Zeitdruck stehen, kann das dazu führen, dass sie überstürzte Entscheidungen treffen oder wichtige Informationen übersehen.
7. **Fehlinterpretation von Informationen:** Menschen können Informationen falsch interpretieren oder missverstehen.
8. **Gruppendenken:** Gruppendenken kann dazu führen, dass Menschen ihre eigene Meinung unterdrücken und stattdessen Entscheidungen treffen, die von der Gruppe unterstützt werden.

Besondere Aufmerksamkeit muss der Gefahr des Gruppendenken («Groupthink») bei der militärischen Entscheidfindung gewidmet werden, da

hier die Entscheide von Stäben vorbereitet werden, die regelmässig aus einer grösseren Gruppe von Personen bestehen. Diese neigen dazu, die Auffassungen des Kommandanten zu bestärken statt diese kritisch zu hinterfragen. Die Gefahr ist umso grösser, je dominanter und selbstbezogener der Kommandant ist.

Besondere Aufmerksamkeit muss der Gefahr des Gruppendenken («Groupthink») bei der militärischen Entscheidfindung gewidmet werden, da hier die Entscheide von Stäben vorbereitet werden, die regelmässig aus einer grösseren Gruppe von Personen bestehen.

Der Sozialpsychologe Irving L. Janis (1918 – 1990) publizierte 1972 eine Studie mit dem Titel «Groupthink. Psychological Studies of Policy Decisions and Fiascoes»,[10] in welcher er die Qualität von Entscheidungen, die in einer Gruppe gefällt werden, untersuchte. Im Zentrum stand die Frage, warum selbst hoch qualifizierte Gruppen manchmal krasse Fehlentscheidungen fällen.

Nach Janis sind folgende Randbedingungen Auslöser für Fehlentscheidungen in einer Gruppe:

- hohe Gruppenkohäsion;
- strukturelle Fehler der Organisation (Abschottung nach Aussen, direktive Führung des Gruppenleiters, Fehlen standardisierter Entscheidungsprozeduren, Homogenität des sozialen und ideologischen Hintergrundes der Gruppenmitglieder);
- provokativer Kontext der Situation (hoher, extern bedingter psychischer Stress bei gleichzeitig geringer Hoffnung, eine bessere Lösung als die vom Gruppenchef bevorzugte zu finden, tiefes Selbstbewusstsein, hervorgerufen durch vorangegangene Misserfolge, Exzessive Entscheidschwierigkeiten oder moralisches Dilemma).

Diese Randbedingungen können dazu führen dazu, dass die Gruppe nach Einmütigkeit strebt, das heisst, dem Gruppendenken verfällt. Dieses Gruppendenken kann sich in folgenden drei Typen äussern:

- Typ I: Selbstüberschätzung der Gruppe (Illusion der Unverwundbarkeit, Glaube, hohe moralische Standards zu vertreten).
- Typ II: Engstirnigkeit.
- Typ III: Druck Richtung Uniformität (Selbstzensur, Illusion der Einstimmigkeit, direkter Druck auf Abweichler, selbsternannte Gesinnungswächter).

Die Konsequenzen des Gruppendenken-Syndroms führen zu folgenden Fehlern im Entscheidfindungsprozess:[11]

- Unvollständige Generierung und Prüfung von Alternativen (auf militärstrategischer Stufe spricht man von Optionen);
- Unvollständige Reflexion von Handlungszielen, das heisst, die Ziele sind nicht auf die strategischen Faktoren Mittel und Wege abgestimmt;
- Unterschätzen von Risiken der bevorzugten Alternative;
- Fehlende Neubewertung anfänglicher verworfener Alternativen;
- Fehlerhafte Informationssuche;
- Selektive, auf Selbstbestätigung ausgerichtete Informationsverarbeitung;
- Fehlende Ausarbeitung der Eventualplanung.

Alt Bundesrat Kaspar Villiger schreibt zur Gefahr des Gruppendenkens: „Wir glauben oft, dass sich Trends immer in der gleichen Richtung fortsetzen. Was unsere Vorurteile bestätigt, gewichten wir höher als das, was sie widerlegt.“[12]

Massnahmen gegen Fehleinschätzung

Um die Falle des Gruppendenkens zu vermeiden, müssen folgende Massnahmen getroffen werden:

- Beizug von externen Experten, da diese dem Gruppendruck weniger unterworfen sind;
- Zurückhaltung des Vorgesetzten oder Gruppenleiters in eigenen Stellungnahmen und Ermunterung der Beteiligten zur freien Meinungsäusserung;
- Heterogene Zusammensetzung der Gruppe;
- Offenheit für andere Meinungen;
- Etablierung eines Schutzes für Gruppenmitglieder, welche eine abweichende Meinung vertreten;
- Sorgfältige Begründung des getroffenen Entscheides;
- Bildung von (unabhängig denkenden) Untergruppen;
- Einführung eines «Advocatus Diaboli», bei der eine unabhängige Drittperson mit voller Kraft gegen die beabsichtigte Entscheidung argumentiert.[13] Zur Überprüfung von Sicherheitssystemen, etwa im Cyberbereich, hat sich «Red Teaming» bewährt: eine externe Gruppe erhält den Auftrag, die Sicherheitssysteme eines Unternehmens durch Angriffe auszutesten;
- Klare Aufgabenverteilung.

Das Reglement MSF 17 trägt diesen Erkenntnissen Rechnung, indem es festhält: „Die Analyse des sicherheitsrelevanten strategischen Kontexts erfordert die Zusammenarbeit und den Austausch mit der strategischen und der operativen Stufe, mit anderen nationalen sicherheitspolitischen Instrumenten, aber auch mit wissenschaftlichen Institutionen, die vergleichbare Analysen durchführen, und ausgewählten Partnerstreitkräften. Auf diese Weise soll einer isolierten Sichtweise und Fehleinschätzungen entgegengewirkt werde (Ziff. 129).

Bedeutung der Kriegsgeschichte und der Kriegstheorie

Um in einem Krieg mit Aussicht auf Erfolg bestehen zu können, ist eine umfassende Kenntnis insbesondere der aktuellen Kriegsgeschichte unerlässlich, da diese ein wirksames Mittel gegen Fehleinschätzungen und Fehlentscheide darstellt.

Clausewitz brachte dies wie folgt auf den Punkt: «Historische Beispiele machen alles klar und haben nebenher in Erfahrungswissenschaften die beste Beweiskraft. Mehr als irgendwo ist dies in der Kriegskunst der Fall.»[14]

Antoine-Henri Jomini (1779 – 1869) schreibt in seinem Werk Précis de l'art de la Guerre: «De bonnes théories fondées sur les principes, justifiées par les événements, et jointes à l'histoire militaire raisonnée, seront à mon avis la véritable école des généraux. » («Gute Theorien, gegründet auf Grundsätzen, durch die Ereignisse gerechtfertigt und in die kritische Kriegsgeschichte verflochten, sind meiner Meinung nach die wahre Schule für den Feldherrn».)[15]

Beim Studium der Kriegsgeschichte verdienen vier Aspekte besondere Beachtung: die politischen Verhältnisse, weil sie Erkenntnisse über die Kriegsgründe und die Kriegsziele liefern; die technologische Entwicklung, weil sie Erkenntnisse über die Waffen und deren Wirkung liefert; die operativen und taktischen Verfahren, weil sie Erkenntnisse über Art und Weise der Kriegführung liefern sowie schliesslich das Verhalten der Menschen, weil es Erkenntnisse über Stärken und Schwächen der menschlichen Natur offenbart.

Geschichte ist Offenbarung des menschlichen Geistes. Besondere Aufmerksamkeit verdient daher das Studium der menschlichen Natur. Triebfedern des Griffs zur Waffe zur Durchsetzung politischer Ziele sind die ewig gleichen, tief in der menschlichen Natur verankerten Leidenschaften: Angst, Gier, Hass und Machtstreben sowie die Hoffnung auf einen schnellen Sieg.[16] Der Hang

des Menschen zu irrationalem, das heisst zu emotionalem Verhalten, begünstigt den Krieg. Der eherne Grundsatz, wonach die Natur keine Sprünge macht, den bereits die antiken Philosophen kannten, lehrt, dass sich das menschliche Verhalten nur sehr langsam verändert. In vergleichbaren Situationen verhält sich der Mensch auch heute meistens gleich. Daher liefern auch Kriegsbeispiele aus der Antike wie etwa die Schlacht bei Cannae (216 v. Chr.) oder der Peloponnesische Krieg (431 bis 404 v. Chr.) für die heutige Zeit immer noch gültige Erkenntnisse.[17]

Ausblick

Fehleinschätzungen werden sich trotz laufender Verbesserung der nachrichtendienstlichen Mittel und Möglichkeiten und trotz sorgfältiger und gründlicher Stabsarbeit nie vermeiden lassen. Krieg ist das Spiel der Wahrscheinlichkeiten und der Zufälle, wie Clausewitz festhält.[18] Er ist damit zu komplex, um seinen Verlauf verlässlich einschätzen zu können.

Trotz dieser Erkenntnis können sich Experten der Versuchung, einen Kriegsverlauf vorherzusagen, kaum entziehen. Dies gilt auch für den Ukrainekrieg. Richard Haass, US-amerikanischer Diplomat und seit Juli 2003 Präsident des Council of Foreign Relations, hielt anfangs März 2023 fest, der Ukrainekrieg würde nicht so bald enden, und eine Karte der Ukraine werde sehr wahrscheinlich fast genau so aussehen wie eine Karte von heute.[19]

Emanuel Todd, Historiker und Anthropologe, hielt in einem Interview fest, die Russen würden den Krieg gewinnen.[20]

Wir werden sehen.

Zum Autor:
Matthias Kuster,
Selbständiger Rechtsanwalt in Zürich,
Oberst i Gst, Stab Op S,
Mitglied IISS und der Clausewitz-Gesellschaft Sektion Schweiz,
8001 Zürich.
E-Mail: mkuster@bluewin.ch
Der Autor vertritt seine persönliche Auffassung

Dieser Artikel erschien in der Zeitschrift Stratos digital Nr. 48, 05.04.2023.

Anmerkungen

1 Beispielsweise: Geo 04 2022, S. 79. Interview mit Janis Kluge.
2 Jahresbericht 2022 der Geschäftsprüfungskommissionen und der Geschäftsprüfungsdelegation der eidgenössischen Räte, S. 102, abrufbar unter https://www.parlament.ch/centers/documents/de/Jahresbericht%20GPK%20GPDel%202022%20vom%2023.1.2023%20(definitiv)%20D.pdf.
3 NZZ Online vom 19.03.2023 (https://www.nzz.ch/international/nach-wagenknecht-demo-erich-vad-will-nicht-mehr-auftreten-ld.1730748).
4 Carl von Clausewitz, Vom Kriege, 2/II.
5 Vom Kriege, 1/I.
6 NZZ am Sonntag vom 19. 03.2023, S. 5.
7 Englisch Volatility, Uncertainty, Complexity und Ambiguity, abgekürzt VUCA.
8 Dazu gehören Politik, Militär, Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt, Information, Wissenschaft und Technologie.
9 Siehe dazu ausführlich Ephraim Kam, Surprise Attack: The Victim's Perspective.
10 Boston 1972.
11 Siehe dazu Fabian Frehner, Die Analyse gravierender militärpolitischer Fehlentscheide im Rahmen des Groupthink-Ansatzes von Irving L. Janis, Bachelorstudiengang Berufsoffizier 03.
12 NZZ vom 11.05.2022.
13 Siehe dazu den lesenswerten Artikel „Besser entscheiden ist lernbar" in der NZZ vom 30.01.2023.
14 Vom Kriege, 2/VI.
15 Précis de l'Art de la Guerre, Conlusions.
16 Siehe dazu Thukydides, Der Peloponnesische Krieg, Stuttgart 2002 (Reclam Verlag), S. 61.
17 Matthias Kuster, Militärstrategisches und operatives Denken (6/6): Kriegsgeschichte, in: ASMZ 08/2011, S. 25.
18 Vom Kriege, 2/I, Ziff. 28.
19 NZZ vom 05.03.2023 https://www.nzz.ch/meinung/ukraine-krieg-die-bittere-arithmetik-eines-fatalen-rechenfehlers-ld.1728529?mktcid=smsh&mktcval=E-mail
20 NZZ vom 30.03.2024 https://www.nzz.ch/feuilleton/russen-werden-diesen-krieg-gewinnen-und-im-westen-stellt-man-sich-blind-und-redet-ueber-den-frieden-ld.1853460

Der Djihadist – Das terroristische Gegenüber

Der 7. Oktober 2023 als Brandbeschleuniger einer neuen Gewalt

Berndt Georg Thamm

1. Vorwort

Es ist bald ein Vierteljahrhundert her, da schrieb ich für die Zeitschrift DEUTSCHE POLIZEI über "Gotteskrieger, die den Terror nach Europa tragen". Mein Beitrag wurde als Titelgeschichte Anfang September 2001 veröffentlicht[1] – eine Woche vor dem Terroranschlag des 9/11 der al-Qaida-Djihadisten – dem vorläufigen Höhepunkt djihadistischen Terrors weltweit. Der folgende Beitrag, der auf ein Vortragsmanuskript vom Januar 2025 aufbaut, versucht, nach den Ereignissen des 7. Oktober 2023 in Israel die Entwicklungen und die religiös-fundamentalistischen Kräfte des Djihad darzustellen. Ziel dieser Analyse ist es, dem Leser zu verdeutlichen, welche unveränderte sicherheitspolitische Bedrohung von diesem Djihad global ausgeht.

2. Al Qaida & Co. – Begründer des modernen Djihadterrorismus

Schon vor vielen Jahren wurde der Begründer und langjährige Führer der al-Qaida Osama Bin Laden getötet. Seine von der Muslimbruderschaft inspirierte Bewegung hingegen hatte durch Transformationen viele Gesichter bekommen, deren Vertreter sich bis heute zum Teil erbittert bekämpfen. So ging aus dem irakischen Zweig der al-Qaida (AQI) der Islamische Staat (IS) hervor, dessen Akteure durch ihre Taten zum Synonym für menschenverachtende Grausamkeit wurden. Und aus der syrischen Unterstützerfront des IS (al-Nusra), die sich dann zur al-Qaida bekannte, ging letztlich die islamistische Miliz Hayat Tahrir al-Sham (HTS) hervor, deren Sturmlauf Ende letzten Jahres zum Sturz des Assad-Regimes führte. Mit diesem Sturz konnten die Djihadisten „Siegesnarrative" fortschreiben. Nach ihrer Lesart hatten Glaubenskämpfer erst den Abzug US-amerikanischer „Ungläubiger" aus Afghanistan bewirkt; dann den französischer „Ungläubiger" aus Westafrika und nun den der Glaubensabtrünnigen (Alawiten) aus Syrien. Ein wahrlich großer propa-

Insbesondere nach „Israels 9/11" am 7. Oktober 2023 mobilisiert sich eine neue Gewaltbewegung. Diese geht nicht nur vom IS und anderen islamistischen Organisationen, sondern auch von Einzeltätern aus, die insbesondere den Westen bedrohen.

gandistischer Motivationsschub für die globale Djihadistenszene. Auch wenn diese sich über die Jahre zersplittert hatte, insbesondere durch Fragmentierung der al-Qaida und des IS, blieb doch ihre terroristische Potenz erhalten. Sicherheitsexperten wie Peter Neumann vom King's College, London, sehen gar deutliche Warnzeichen dafür, dass die djihadistische Bedrohung zunimmt. Insbesondere nach „Israels 9/11" am 7. Oktober 2023, so Neumann, mobilisiert sich eine neue Gewaltbewegung.[2] Diese geht nicht nur vom IS und anderen islamistischen Organisationen, sondern auch von Einzeltätern aus, die insbesondere den Westen bedrohen. Islamwissenschaftler wie Guido Steinberg (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) sprechen von einer „Individualisierung des islamistischen Terrorismus".[3] Für Europa und die USA scheint dieser islamistische Einzeltäterterrorismus zu einer wachsenden Gefahr zu werden.

3. Djihad-terroristische Aktionen – Beispiele aus jüngster Zeit

Die Globalität djihadterroristischer Aktionen auch heute noch verdeutlicht die nachstehende Auswahl aus Presseberichten allein aus den letzten drei Jahren:

Belgien, Oktober 2023: Am 16.10. hatte ein 45 jähriger tunesischer Asylant im Brüsseler Stadtzentrum mit einem Sturmgewehr das Feuer auf eine Gruppe von Passanten in einem Taxi eröffnet. Diese befand sich auf dem Weg zum Fußballstadion, wo die Nationalmannschaft Belgiens und Schwedens in einem EM-Qualifikationsspiel gegeneinander spielten. Zwei Schweden erlagen ihren Schussverletzungen. Der Täter wurde gestellt und erschossen. Der IS reklamierte den Anschlag für sich.

Iran, Januar 2024: Am 3.1. hatten zwei Selbstmordattentäter in der Stadt Kerman während der Trauerveranstaltung anlässlich des ersten Todestages des Kommandeurs der al-Quds-Brigade der Revolutionsgarden, General Ghassam Soleimani, ihre Sprengstoffgürtel gezündet und mehr als 90 Menschen in den Tod gerissen. Rund 280 weitere wurden verletzt. Der IS reklamierte diese „Märtyrer-Operation" für sich.

Russland, März 2024: Am 22.3. stürmten vier Djihadisten das am Moskauer Stadtrand in Krasnogorsk gelegene Veranstaltungszentrum „Crocus City Hall". Ein dortiges Konzert war mit mehr als 6000 Plätzen ausverkauft. Mit Sturmgewehren feuerten die Islamisten auf die Besucher, töteten mindestens 144 und verletzten mehr als 550. Zum Anschlag bekannte sich der IS der Gruppe Provinz Khorasan (ISPK).

Deutschland, August 2024: Am 5.9. versuchte ein 18jähriger Österreicher mit bosnischen Wurzeln einen Terroranschlag nahe dem Generalkonsulat Israels in München zu begehen. Der bewaffnete Mann schoss gezielt auf Polizisten und wurde beim folgenden Schusswechsel getötet. Zu diesem Zeitpunkt fand im Konsulat eine Gedenkfeier statt. Auf den Tag genau vor 52 Jahren wurden während der Olympischen Spiele in München im September 1972 elf Mitglieder der israelischen Delegation von palästinensischen Islamisten getötet.

USA, Januar 2025: Am Neujahrsmorgen fuhr ein 42jähriger Mann aus Texas, Ex-Soldat und Islamist, seinen Pick-up-Truck in New Orleans im French Quarter in die Silvester feiernde Menschenmenge, stieg aus und schoss um sich. Er tötete mindestens 15 und verletzte mehr als 35 Menschen. Der sich zum IS bekennende Attentäter, der von der Polizei erschossen wurde, hatte wohl noch selbstgebaute Sprengsätze in dem beliebten Ausgehviertel platziert.

4. Djihadisten – Islamistische Soldaten im globalen Krieg

Ob nun Kämpfer des IS der Provinz Khorasan in Afghanistan, ob Kämpfer der Hamas und Hizbollah in Gaza und dem Libanon, ob Huthi-Kämpfer im Jemen, ob Kämpfer verschiedener Gruppen der al-Qaida-Bewegung im subsaharischen Afrika oder islamistische Einzeltäter in Europa und Nordamerika – sie alle, so Peter Neumann, hatten und haben etwas gemeinsam: „Sie alle verstanden sich als Soldaten in einem globalen Krieg, in dem sie und ihre Religion[4] vom Westen und seinen Verbündeten angegriffen werden. Und es war kein Hindernis für sie, dass sie selbst im Westen lebten und Teil westlicher Gesellschaft waren“.[5] Wer also sind diese Soldaten? Was wollen sie? Wen bekämpfen sie? Wie kämpfen sie? Mit welchen Waffen kämpfen sie? Wofür kämpfen sie? Was sind die Ziele ihres Kampfes? Lange hatte ich nach einer Übersicht, nach einer beschreibenden Zusammenfassung, die diese Fragen umfassend beantworten, gesucht. Inspiriert hatte mich dann „Der Reibert – Das Handbuch für den deutschen Soldaten“ und hier insbesondere die „Taschenkarte für Posten und Streifen (Taschenkarte für den Wachsoldaten).“[6] In der Folge erstellte ich nun für den „Soldaten des Heiligen Krieges (Djihad)“ eine fiktive Taschenkarte, die ich erstmals 2011 veröffentlichte[7] und die ich in der nachfolgenden Ziffer 5 aktualisiert habe.

5. Taschenkarte für Soldaten des „Heiligen Krieges“ (DJIHAD)

Als Djihadist (Glaubenskämpfer) habe ich den Auftrag,

- Das Gebiet zu schützen, in welchem die Offenbarung Gottes an seinen Propheten als endgültige Botschaft unverfälscht verbreitet ist;
- Angriffe auf das Gebiet, in dem der Islam schon herrscht (dar al-Islam) abzuwehren. Insbesondere, wenn die Angriffe von Feinden des Islam aus Gebieten erfolgen, in denen die islamische Herrschaft noch nicht errichtet ist (dar al-harb);
- bis zur letzten Schlacht (Armageddon) gegen den internationalen Unglauben (al-Kufr al-Alami) bis zur Errichtung eines globalen Kalifats zu kämpfen.

I. DER FEIND DES ISLAM

1. Der Feind ist der Feind – ohne Wenn und Aber und unterschiedslos – ob bewaffneter Soldat oder unbewaffneter Zivilist.

2. Zu den Feinden zählen
   a. Ungläubige
   b. Glaubensverfälscher (Falschgläubige)
   c. Glaubensabtrünnige
   d. Kollaborateure

Eine Sonderstellung unter den Ungläubigen haben die Juden.

3. Für Feinde gelten keine Schutzfaktoren, weder
   a. Religion
   b. Ethnizität
   c. Nationalität
   d. Geschlecht
   e. Alter
   f. Gesundheitszustand

4. Den Feinden kann mit einer großen Bandbreite an Tarnlegenden begegnet werden. Die Täuschung/Verkleidung (als Kriegslist) dient der Optimierung von Aktionen, insbesondere Märtyrer-Einsätzen

5. Auch unmündige (Kinder) und psychisch gestört Personen können zum (Märtyrer-) Einsatz kommen.

6. Gegen den (ungläubigen) Feind darf die Lüge als strategisches Mittel eingesetzt werden. Diese Anwendung der T a ki y a, das Verbergen (Verhüllen) der wahren Identität (aus Vorsicht vor Widersachern), ist eine erlaubte Lüge/Täuschung, weil zu Ungläubigen grundsätzlich kein Vertrauensverhältnis besteht.

II. DER HEILIGE KRIEG (DJIHAD)

1. Der Djihad (aus theologischer Sicht) ist die Durchsetzung der göttlichen Ordnung und somit der Gipfel des Glaubens. Damit wird Gewaltanwendung (gegenüber den Unreinen) einschließlich ihrer Tötung zum ultimativen Gottesdienst.

2. Zur Struktur des (defensiven) Djihad gehören
   a. der bewaffnete Kampf
   b. der ideologische Kampf (insbesondere im Internet)
   c. der Wirtschaftskrieg

3. Zur Strategie des Djihad gehören die
   a. Bedrohung (eines Religionskrieges) auf lange Zeit
   b. Globalität der Bedrohung, insbesondere durch Internetnutzung/soziale Medien (zur psychologischen Kriegsführung)

III. METHODEN DER KRIEGSFÜHRUNG

1. Unser Krieg wird asymmetrisch geführt. Zu seinen Methoden, unsere Feinde sprechen von Kriegsverbrechen, gehören
   a. Virtuelle Verbreitung von Angst (durch kalkulierte Grausamkeit)
   b. Geiselnahmen. Folter und Tötung der Geiseln wenn erforderlich
   c. Schändungen, Demütigungen. Unsere Feinde sprechen von sexualisierter Gewalt.
   d. Nutzung lebender Schutzschilder
   e. Nutzung ziviler Einrichtungen (Gebetshäuser, Krankenhäuser, Wohnhäuser, soziale Einrichtungen) für militärische Unterstände, Waffendepots etc.
   f. Nutzung sozialer Medien zur Vorbereitung von Gerüchten, Fehl- und Falschinformationen (fake news).
   g. Nutzung sozialer Medien für Propaganda.
   Unsere Feinde sprechen von digitalen Extremismus.

2. Vollzug der religiösen Reinigung, d.h. die Auslöschung des Feindes und die Zerstörung seiner Besitztümer (Genozid als Taktik). Unsere Feinde sprechen von ethnischer Säuberung mit Vernichtungsabsicht, aus ihrer Sicht ein Tatbestandsmerkmal des Völkermordes.

3. Bedrohungsoptimierung durch (temporäre) Bündnispolitik mit kriminellen Gruppen/Organisationen in verschiedenen Bereichen:
   a. Rauschgift- und Waffenhandel / Waffenschmuggel.
   Unsere Feinde sprechen von Narcoterrorismus
   b. Entführungen / Geiselnahmen
   c. Versklavung und Verkauf von Frauen und Kindern
   d. Menschenschmuggel (Schleusung)
   e. u.a. (Delikt) Bereiche

IV. DER KRIEGER GOTTES (DJIHADIST)

Die Bandbreite der Krieger Gottes / Glaubenskämpfer reicht vom self-made warrior bis hin zum (para-)militärisch ausgebildeten Soldaten. Die Feinde des Islam unterscheiden unsere Krieger je nach Ausbildung, Erfahrung, Einsatzort etc. in

1. Universal islamic soldiers
2. Leaderless resistance groups
3. Home grown terrorists
   a. mit Migrationshintergrund
   b. Konvertiten
4. Lonely wolves (einsame Wölfe)
5. Tik-Tok-Djihadisten

V. DER KRIEGER ALS WAFFE (MÄRTYRER)

Die effektivste Waffe des Kriegers ist er selbst durch sein Märtyrertum. Ist der Krieger die Bombe selbst, unsere Feinde sprechen von Selbstmordattentätern, kann diese mobil im Sinne eines (terroristischen) Produktplacements eingesetzt werden.

1. Sein Einsatz als "Menschen-Bombe`` erfolgt durch
   a. selbstbestimmte Zündung (seines Sprengsatzes)
   b. fremdbestimmte Zündung (seines Sprengsatzes)

2. Sein Einsatz als Einzelkämpfer (im individuellen Djihad) im Feindesland mit
   a. Explosivstoffen, d.h. militärische, gewerbliche oder selbst hergestellte Sprengmittel.
   b. Leicht zugänglichen und als Waffe zu gebrauchenden Alltagsgegenständen aus Küche, Werkstatt, Garage etc., die für niederschwellige Attacken (do-it-yourself-Operationen) genutzt werden können. Beispielsweise kann
      - ein Messer jederzeit gegen jeden in fast allen Alltagssituationen eingesetzt werden,
      - ein Kraftfahrzeug (Motorrad, PKW, LKW, Baufahrzeug etc.) kontrolliert in der Öffentlichkeit (Wartehallen, Bushaltestellen, Fußgängerzonen, Freizeitflächen) mit hohen Personenschäden eingesetzt werden.
   c. Einsatz verschiedener Waffen (Auto, Sprengsätze, Sturmgewehr, Hieb & Stichwaffen) mit dem Ziel, so viele Menschen wie möglich zu töten. Mit einer derartigen effizienten Mission verdient sich der Krieger einen Ehrentitel (Inghimasi). Ob er diesen Einsatz überleben will, entscheidet er selbst.

VI. DAS Kriegsziel

Wir Glaubenskämpfer sind die Hauptakteure des Djihad und stellen dem "Konzept der Globalisierung" (des internationalen Unglaubens) unser "Konzept einer globalisierten islamischen Welt" gegenüber. Dem "Global War on Terrorism" unserer Feinde begegnen wir mit einem „Global War for Caliphate".

VII. AUSSETZUNG DES DJIHAD

Aus taktischen / strategischen Gründen kann der Djihad temporär eingestellt werden. Die Folgezeit ist eine Zeit der scheinbaren Unterwerfung (Ketman). Der Geist des Djihad überlebt, z.B. in einem Ehrenbanditentum (Abrelik). Dessen Anhänger (Abreken) tragen die „Flamme des Kampfes" weiter. Eine lebendige Mahnung, dass der Widerstandsgeist nicht erloschen ist und der kleinste Funke ihn neu entfachen kann.

6. Aspekte der fiktiven Taschenkarte von besonderer Bedeutung

6.1 Zum Auftrag des Djihadisten

formulierte Mitte der 1960er Jahre der Chefideologe der Muslimbruderschaft (MB) Sayyid Qutb (1906 – 1966) ein detailliertes Djihad-Konzept mit dem Titel „Wegmarken" (Ma alim fi t-tariq), das militärisch-politisch geprägt war und – kurz gesagt – aus frommen Muslimen selbstbewusste Djihadsoldaten, die freudig den Krieg gegen die Feinde des Islam zu ihrer Lebensaufgabe machen sollte: „Wer das Wesen dieser Religion ... erkannt hat, der begreift zugleich die Unabänderlichkeit, dass der Aufbruch des Islam zu einer aktiven Bewegung die Form des bewaffneten Djihad annehmen muss …"[8]

6.2 Der Feind ist der Feind

Vor über einem Vierteljahrhundert hob der al-Qaida Führer Osama Bin Laden (1957 – 2011) für den globalen Djihad die Trennung zwischen Militär und Zivilisten auf. Unterschieden werden sollte nur noch zwischen Gläubigen und Ungläubigen. In der von ihm gegründeten „Internationalen Front für den Dji-

had gegen Juden und Kreuzfahrer" hieß es in einer Erklärung vom 23. Februar 1998: "…Folglich und entsprechend dem Befehl Gottes teilen wir allen Muslimen das folgende Urteil mit: Die Amerikaner zu töten, ob Zivilisten oder Soldaten, ist eine Pflicht für jeden Muslim, der es tun kann, in jedem Land, wo er sich befindet… Wir rufen die muslimische Ulema, ihre Anführer, ihre jungen Leute und ihre Soldaten auf, die amerikanischen Soldaten des Satans und ihre Verbündeten, Ausgeburten des Satans, anzugreifen und zu verjagen…'[9]

6.3 Feinde der (sunnitischen) Islamisten und Sonderstellung der Juden

„Ungläubige" sind alle Nichtmuslime. Zu den muslimischen Falschgläubigen zählen z. B. die Yesiden als „Teufelsanbeter". Wer die Glaubensgemeinschaft (des Islam) z. B. als Konvertit verlässt oder mit den Feinden zusammenarbeitet (Kollaborateure) ist des Todes. Gleiches trifft auf Abtrünnige des Glaubens wie Schiiten und deren Splittergruppen, z. B. Alawiten, zu. Sie zählen durch die Bezichtigung des Glaubensabfalls zu den „Takfiristen" (arab. tak-fir: für ungläubig- erklären). Für den Führer der al-Qaida im Irak (AQI) und IS-Vordenker Abu Mussab al-Zarqawi (1966 – 2006) waren Schiiten „Spione und Giftschlangen", eben „eine Sekte des Verrats".[10] Um seinen völkermörderischen Krieg gegen die Schiiten zu rechtfertigen berief er sich auf den Takfir.[11] Die Sonderstellung der Juden unter den Ungläubigen beschrieben über Generationen viele Muslimführer, z. B. der Mufti von Jerusalem Hadsch Amin el-Husseini (1895 – 1974) in einer „Märtyrerrede" an die Araber, die er am 11. November 1942 als Gast der Nazis im Rundfunk der Reichshauptstadt Berlin hielt: „... Die jüdische Raubgier beschränkt sich nicht auf Palästina allein, sondern Israel begehrt die übrigen arabischen Länder ... angelsächsische Mächte haben sich dem jüdischen Willen unterworfen und sich zur Verwirklichung der jüdischen raubgierigen Pläne in der arabischen Welt und überhaupt im Orient in den jüdischen Dienst gestellt ..."[12] Von Himmler zum SS- Gruppenführer ernannt, propagierte el-Husseini die „Endlösung" der Nazis und plante die Bombardierung Jerusalems und Tel Avis durch die deutsche Luftwaffe.[13]

MB-Chefideologe Sayyed Qutb beschrieb in seinem 1950 erstmals veröffentlichten Essay „Unser Kampf mit den Juden" die Juden als ewige Widersacher des Islam und Drahtzieher aller Widersprüche innerhalb der islamischen Nation.[14] Sein Aufsatz zählt bis heute zu den wichtigsten programmatischen Texten des islamistischen Antisemitismus. Und nicht zuletzt schrieb vor über 30 Jahren al-Qaida-Führer Bin Laden seinerzeit aus seinem sudanesischen Exil Ende Dezember 1994 dem damals Obersten Rechtsgelehrten des saudischen Rats

der Ulema, Sheikh Abdul Aziz Ibn Bar, dass es keinen Frieden mit den Juden geben kann: „... Der jüdische Staat, gegen den wir kämpfen, ist kein Feind, der in seinem eigenen Land sitzt und sich verteidigt, bis er einen Friedensvertrag erkämpft hat. Der jüdische Feind ist der Aggressor, der Verderber der Religion und der Welt... so ist es unsere gesetzliche Pflicht, im Namen Gottes Djihad zu führen und unsere Umma zum Djihad aufzurufen, damit Palästina vollständig befreit wird und wieder unter islamischer Souveränität leben kann ...[15]

6.4 Von der Sonderstellung der Juden über die Ungültigkeit von Schutzfaktoren bis zur Grausamkeit als Kalkül

Nun möchte ich einen Bogen schlagen von der Sonderstellung der Juden über die Ungültigkeit von Schutzfaktoren bis zur Grausamkeit als Kalkül. Vor fast zehn Jahren musste sich Israel einer palästinensischen Terrorwelle erwehren, was den IS zu einer Propaganda-Kampagne veranlasste. In einem Videoclip der Informationsabteilung des IS in der Provinz Deir Ez-Zur hieß es Mitte Oktober 2015: „Stecht den Juden mit dem Messer nieder oder überfahrt ihn mit dem Auto, vergiftet ihn, bringt den Sprengstoff wieder her, die Sprenggürtel und Bomben, verbrennt ihre Gesichter und ihre Häuser“. Im weiteren Verlauf des Clips ruft der IS-Aktivist, der sich Abu Muslim Al-Masri nennt, die Palästinenser zum Djihad auf und dazu, den Juden „die Glieder abzuhacken“.[16] Acht Jahre später geschah genau dies. Am 7. Oktober 2023 begann, über zwei Jahre als „großes Projekt“ geplant, die mehrere Tage dauernde Militäroperation „Al-Aqsa-Flut“, in der Kämpfer der Qassam-Brigaden der Hamas, der al-Quds-Brigaden des Islamischen Djihad und weiterer Milizen aus dem Gaza-Streifen in Israel ein Massaker, für den jüdischen Staat das „Simchat-Tora-Massaker“, verübten. Innerhalb von 24 Stunden ermordeten sie mehr als 1200 Menschen auf grausamste Weise mit Messern, Beilen, Sturmgewehren und Handgranaten. Ausgestattet mit Bodycams drehten sie Videos für Tik-Tok und Telegram, so dass ihre Gräueltaten in Endlosschleifen zu sehen waren. Mit ihren Handys streamten sie ihre Taten live und riefen ihre Verwandten in Gaza an. Sie töteten nicht einfach, vielmehr zelebrierten sie ihre Grausamkeit. Die Opfer der Hamas wurden gefoltert, vergewaltigt, enthauptet, verstümmelt und bei lebendigem Leibe verbrannt. Mehr als 4500 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt und mehr als 250 Kinder, Frauen und Männer in den Gazastreifen verschleppt; die jüngste Geisel war ein

„Stecht den Juden mit dem Messer nieder oder überfahrt ihn mit dem Auto, vergiftet ihn, bringt den Sprengstoff wieder her, die Sprenggürtel und Bomben, verbrennt ihre Gesichter und ihre Häuser“

sechs Monate altes Baby, die älteste eine 85-jährige Großmutter. Aus Hamas-Sicht waren sie alle Feinde, jüdische Feinde, die im Hamas-Ranking so weit unterhalb des eigenen Selbstbildes standen, dass sie kein Mitleid mehr auslösten. Für sie alle galten keine Schutzfaktoren. Davon konnten sich Medienvertreter ein Bild machen, als Israels Botschafter Ron Prosor in der Botschaft seines Landes in Berlin Ende Dezember 2023 ein Video (Hamas Massacre – Collected Raw Footage) vorführen ließ. In dem etwa 45 Minuten langen Zusammenschnitt des Überfalls waren 138 grausam umgebrachte Menschen zu sehen. Zwischen den Mordszenen waren abgefangene Telefonate der Hamas-Djihadisten mit ihren Eltern zu hören, einer jubelte: „Mama, ich habe zehn Juden mit meinen eigenen Händen ermordet".[17]

Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 auf Israel: Hamas-Terroristen auf einem erbeuteten israelischen Panzer.

Derart exhibitionistische Grausamkeiten kannte man bis dahin nur von den Djihadterroristen des IS. Nach der Proklamation ihres Kalifats in Syrien und im Irak am 29. Juni 2014 überzogen sie die Welt mit Propagandabildern des Grauens. So fielen ihre Kämpfer schon am 3. August in die Region Sindschar im Nordirak ein. Ihr Vernichtungsfeldzug gegen die dort beheimateten Jesiden kostete Tausende Männer und ältere Frauen das Leben. Etwa 7000 jesidische Mädchen und junge Frauen wurden verschleppt, vergewaltigt und als Sexsklavinnen verkauft. Noch heute werden mehr als 2500 von ihnen vermisst.[18] In der Nähe von Mossul und Falludscha, so Augenzeugen, soll es eine Allee gegeben haben, in denen Reihen von Köpfen auf Pfählen und gekreuzigte „Ungläubige", oft mit verstümmelten Unterkörpern, als warnende Beispiele ausgestellt wurden.[19] Die Schlächter des IS und die Mörder der Hamas handelten nicht nur im archaischen Blutrausch, sondern gingen ganz gezielt vor – kalkulierte Grausamkeit als Strategie des Djihadterrorismus.

Die Schlächter des IS und die Mörder der Hamas handelten nicht nur im archaischen Blutrausch, sondern gingen ganz gezielt vor – kalkulierte Grausamkeit als Strategie des Djihadterrorismus.

Das Konzept zur „Verwaltung der Grausamkeit" hatte der frühere Medien- und Propagandachef der al-Qaida, der Ägypter Abu Bakr Naji (Abu Jihad al-Masri) schon vor zwanzig Jahren entwickelt. 2004 stellte er für die Führung der al-

Qaida einen strategischen Leitfaden (Idarat at-Tawahhush) für den islamistischen Kampf zur Errichtung eines neuen Kalifats ins Internet. Eine englische Fassung (The Management of Savagery) folgte 2006.[20] Al-Qaida und später auch der IS (2014 bis 2021) verwendeten sein Werk sowohl als operatives Konzept als auch als Doktrin. Zu seinem „Handbuch des Djihadismus" hatte den al-Qaida-Chefideologen, wie zuvor auch schon den MB-Chefideologen Qutb, der Gelehrte Ibn Taimiyya (1263 – 1328), Spiritus rector des Islamismus, inspiriert.[21] Das Djihad-Konzept Najis sah vor, den „Alltag der Ungläubigen und den Kollaborateuren durch unzählige Operationen unerträglich zu machen". Er empfahl Kidnapping, Geiselnahme, Verwendung von Frauen und Kindern als lebende Schutzschilder, öffentliche Tötungen, Selbstmordattentate, aber auch Anschläge auf Ölfelder, Häfen, Flugplätze, Touristentreffpunkte. Das Ziel war der Kollaps der Ordnung, die Schaffung von Zonen der Gesetzlosigkeit, des Chaos, der Wildheit. Dort herrschen die idealen Bedingungen, um die Scharia einzuführen.[22] Mit seinem „Manifest zur islamischen Welteroberung" nahm Naji die späteren Gräueltaten und Operationen der Djihadisten im Irak und in Syrien und jüngst in Israel vorweg. Zur Hamas-Strategie gehörte wohl auch, den Gazastreifen nicht zu regieren, sondern einen permanenten Krieg zu führen. Um diesen ausbrechen zu lassen, habe es einer „großen Tat" bedurft. Nach dieser Lesart sollte der 7. Oktober der Auftakt für ein apokalyptisches Spektakel sein – eine Situation, hinter die niemand mehr zurück kann. Ausgelöst werden sollte ein Automatismus gegenseitiger Vernichtung."[23] Abu Bakr Naji, auch „Vater des Krieges" (Abu Jihad al-Masri = der Ägypter) genannt, wurde am 31. Oktober 2008 bei einem US-Luftangriff in Nordwasiristan (Pakistan) getötet. Sein Werk überlebte und ist Inspirationsquelle für Generation von Djihadisten.

6.5 Takiya - uralt und als Waffe unterschätzt

Um „auf dem Weg Allahs" erfolgreich zu sein, gilt auch die Takiya, das „Verhüllen" als strategisches Mittel. Das „Verbergen der wahren Identität aus Vorsicht vor Widersachern" bei drohendem Schaden oder Zwang ist damit erlaubt, auch wenn dies grundsätzlich den Forderungen des Islam widerspricht. Mittel zum Zweck ist insbesondere die Lüge. Nach Auffassung nicht weniger Fundamentalisten ist Takiya gegenüber Ungläubigen keine Lüge oder Täuschung, da zu ihnen grundsätzlich kein Vertrauensverhältnis besteht. Takiya ist jedem Muslim erlaubt, nach einigen Gelehrten sogar Pflicht. Die Überlieferung rät: Allah hat den Gläubigen Bewegungsfreiheit geschenkt durch die Takiya, darum verbirg dich. Und ein Lehrsatz lautet: Die Takiya ist eine Decke für den

Gläubigen; der hat keine Religion, welcher keine Takiya hat. Die Anwendungspraxis im globalen Djihad hatte schon Ibn Arabi (1165 – 1240) auf den Punkt gebracht: „Mündliche Lügen sind im Krieg erlaubt, um die Muslime zu stärken, wenn sie diese im Kampf benötigen“.[24] Das hat sich über viele Jahrhunderte bis heute nicht geändert. Praktizierte Täuschungen, Verstellungen und Lügen werden gegen Ungläubige als Waffen eingesetzt, von diesen aber oft als Waffen gar nicht erkannt. Der (angetäuschten) offenen und ausgestreckten islamistischen Hand will man im Westen in der Regel nicht mit Misstrauen begegnen, sucht vielmehr den Dialog auf Augenhöhe.

Die Bandbreite der Anwendungspraxis der Takiya ist groß. Sie reicht von Verhandlungen mit staatlichen Organen bis hin zu verdeckten und offenen Terrorakten im „Feindesland“. Dazu ein Beispiel: Am 20. Dezember 2024 fuhr ein 50jähriger saudischer Arzt mit einem gemieteten SUV in Magdeburg gezielt auf die Besucher des Weihnachtsmarktes zu, tötete sechs und verletzte rund 300 Menschen zum Teil schwer. Der Psychiater, der 2016 als Flüchtling anerkannt wurde, war zuvor in sozialen Netzwerken als Islamkritiker und AfD-Sympathisant aufgefallen. Laut SPIEGEL hatte er zehn Tage vor der Tat auf Arabisch gepostet, dass der Westen nur „Gemetzel und Gewalt“ verstehe. Die damalige Bundesinnenministerin Nancy Feser sicherte zu, dass zur Aufklärung der Vorgänge „durch die Bundesbehörden jeder Stein umgedreht“ werde. Über einen nicht umgedrehten Stein schrieb mir am selben Tag ein befreundeter Islamwissenschaftler auf WhatsApp: „... Ich bin wieder fassungslos über das dumme Gequatsche nach Magdeburg. Nie und nimmer war der Islamkritiker! Das war taqiya und nur Tarnung. Ich verstehe nicht, wie ein so kompetenter Experte wie Peter R. Neumann apodiktisch sagen kann: Das war kein Islamist ...“ Wie zu erwarten, wurde Anfang 2025 von der Staatsanwaltschaft zur Frage der Schuldfähigkeit des Täters ein Gutachten in Auftrag zur Klärung gegeben, „ob und wie der Mann psychisch erkrankt ist“. Sicher ist, dass die Anwendung der Takiya im Westen völlig unterschätzt wird, was die Bekämpfung des Djihadismus mehr als erschwert.

Die Bandbreite der Anwendungspraxis der Takiya ist groß. Sie reicht von Verhandlungen mit staatlichen Organen bis hin zu verdeckten und offenen Terrorakten im „Feindesland“ wie dem Terrorakt auf dem Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016

6.6 Das Bündnis mit der Kriminalität

Täuschung und Verstellung sind im Sinne der Takiya ein Ausnahmereglement, für nicht wenige Djihadisten aber eine verbindliche Rechtsnorm. Das Ziel des Djihads nie aus den Augen verlierend, können sie nicht nur „normale" Straftaten begehen, sondern sich temporär auch mit „ungläubigen" Kriminellen verbünden. Dem Bündnis von Organisierter Kriminalität (OK) und terroristischen Verbrechen gab die moderne Terrorismusforschung den Namen „symbiotischer Terrorismus". Diese Kombination von krimineller Professionalität mit terroristischer Gewaltbereitschaft ist nicht selten für beide Seiten eine win-win-Situation. Einer wichtigen Begegnungsstätte sollte in diesem Zusammenhang hohe Aufmerksamkeit geschenkt werden: dem Justizvollzug. Hier können nicht nur Mitglieder für die OK und Kämpfer für den Djihad rekrutiert werden, hier können auch die Konversion zum Islam und die Radikalisierung von Muslimen stattfinden. Unzählige Djihadisten haben mittlerweile einen kleinkriminellen Hintergrund.

6.7 Die „Strategie der 1000 Schnitte" - der Wirtschaftskrieg der Djihadisten

Vor 15 Jahren reagierte die auf Überwachung islamistischer Gruppen spezialisierte US-Organisation IntelCenter auf einen bemerkenswerten Vorgang: „Wir haben noch nie erlebt, dass eine Djihadisten-Gruppe in der al-Qaida-Welt jemals eine derart genaue Darstellung ihrer Philosophie, des Einsatzverlaufs ihrer Absichten und der nächsten Schritte veröffentlicht."[25] Zum Vorgang: Ende Oktober 2010 wollten Djihadisten ein Flugzeug über der Ostküste der USA in die Luft sprengen. Vom Jemen aus war der in zwei Druckerpatronen versteckte Sprengstoff Nitropenta (PETN) über Dubai (hier wurde eine der Printerkartuschen abgefangen) nach Deutschland gelangt. Auf dem Flughafen Köln-Bonn wurde die Paketbombe auf eine Frachtmaschine der Firma UPS umgeladen. Doch erst beim Zwischenstopp im britischen Nottingham konnte die Sprengladung entdeckt und entschärft werden. Über die gefährliche Fracht hatten die Saudis das BKA informiert, das die Meldung an die Briten weitergab.[26] Eine Woche später bekannte sich die al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAH) zu den Anschlagsversuchen und rief dazu auf, weitere Paketbomben in „westlichen Passagierflugzeugen, aber auch Frachtflugzeugen" zu deponieren. In der Folge feierte die AQAH ihre fehlgeschlagenen Anschläge als Beispiel für eine neue Strategie. Demnach waren die Sendungen Teil der „Operation Blutsturz" gewesen, die wiederum Teil einer neuen „Strategie der 1000 Schnitte" gewesen sei. „Um Amerika in die Knie zu zwingen, müssen wir nicht groß zuschlagen",

so die AQAH zu ihrer Strategie. „In einem Umfeld der Sicherheitsphobie, die Amerika erfasst, ... soll der Feind ausgeblutet werden". Gemeint damit war die neue „Strategie der wirtschaftlichen Schädigung". Nach eigenen Angaben hatte die AQAH für die beiden Paketbomben nur 4200 Dollar investiert, deren Versendung „Amerika und den Westen zweifellos einige Milliarden Dollar für neue Sicherheitsmaßnahmen kosten ... Das nennt sich Hebelwirkung".[27]

Auf diese Art der Hebelwirkung setzte 14 Jahre später auch ein anderer Feind des Westens, vor dem am 14. Oktober 2024 die Chefs der deutschen Nachrichtendienste in einer öffentlichen Anhörung des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestages warnten. Im Zusammenhang mit der russischen Sabotage nannte BfV-Chef Thomas Haldenwang die Brandsätze, die in mehreren Paketen in Europa gefunden worden waren. Im Juli war am DHL-Drehkreuz in Leipzig, dem wichtigsten Standort im weltweiten Netzwerk des Unternehmens für Expresspakete, ein Paket in Brand geraten, das nach Informationen des Berliner Tagesspiegels „gerade in ein Frachtflugzeug verladen werden sollte. Ursache war ein sich selbst entzündender Brandsatz in der Sendung. Das Feuer griff auf andere Pakete und den ganzen Frachtcontainer über. Wäre die betreffende Maschine pünktlich abgeflogen, hätte sich das Paket während des Fluges entzündet.[28]" Insgesamt wurden vier Sendungen mit Brandsätzen entdeckt. Die Vermutung liegt nahe, dass diese nicht die Empfänger erreichen, sondern sich auf dem Lufttransportweg entzünden sollten. Offenbar wollten die Täter die weltweite Logistikbranche treffen.

Zur djihadterroristischen „Strategie der wirtschaftlichen Schädigung" zählten vielleicht auch die Sprengstoffanschläge auf den Luftverkehr als neuer Modus Operandi. Vorlauf: Am 22. Dezember 2002 hatte ein 28 jähriger Brite, der Kleinkriminelle konvertierte im Gefängnis zum Islam, an Bord eines American-Airline Fluges von Paris nach Miami versucht, einen in seinem Schuh versteckten Sprengsatz zu zünden. Crew und Passagiere hinderten ihn daran. Sieben Jahre später versuchte am 25. Dezember 2009 an Bord eines Delta-Northwest-Airline Fluges von Amsterdam nach Detroit ein 23 jähriger nigerianischer Student der Ingenieurwissenschaft im Auftrag der al-Qaida im Jemen, einen an seinem Bein festgeklebten Sprengsatz zu zünden. Er wurde vor der Tatausführung von einem Passagier überwältigt. Dieser vereitelte Anschlag führte zu erneuten (kostenintensiven) Verschärfungen bei den Passagierkontrollen. In der Folge wurde die Einführung von Ganzkörperscannern („Nacktscannern") sicherheitspolitisch diskutiert.[29]

6.8 Der Krieger als Waffe – das selbstmörderische Märtyrertum

Ein wichtiger Mentor Osama Bin Ladens war der palästinensische Sheikh Abdullah Yusuf Azzam (1941 – 1989). Auch er ließ sich von den Schriften Ibn Tamiyas inspirieren. Azzam stieß in den 1950er Jahren zu den Muslimbrüdern, wurde 1960 MB-Sprecher an der Universität Damaskus. Anfang der 1970 Jahre promovierte er über Islamisches Recht an der Al-Azhar Universität in Kairo. Nach kurzer Zeit in Jordanien ging er an die König-Abdul-Aziz Universität in Dschidda, an der auch Mohammed Qutb, Bruder des hingerichteten Masterideologen, lehrte und Bin Laden deren Vorlesungen besuchte. In denen stand für Azzam der Djihad im Mittelpunkt. Intensiv propagierte er den Märtyrerkult und pries in seinen Schriften stets die „paradiesische Selbstveredelung durch djihadistische Selbstauslöschung" an, die der eigentliche Lebenszweck jedes gläubigen Muslim sei.[30] Seinen Worten ließ er Taten folgen. Als einer der ersten Araber entschied er sich, gegen die gottlosen Invasoren aus der Sowjetunion in Afghanistan zu kämpfen, um hier eine Basis für den späteren Kampf gegen Israel zu schaffen. Als Mitbegründer der Hamas war er davon überzeugt, dass das Palästinaproblem nur durch einen Heiligen Krieg zu lösen war: „Der Djihad und das Gewehr, das ist alles. Keine Verhandlungen, keine Konferenz, kein Dialog."[31] So zog er 1981 ins benachbarte Pakistan, um in der dortigen Internationalen Islamischen Universität in Islamabad „den Djihadismus als eine neue Schule unter den Islamisten" zu lehren.[32] Ein Jahr später ging er nach Peschawar, um hier mit Bin Laden ein „Büro für Mudschaheddin-Dienste", das Makhtab al-Khidmat (MAK) zu gründen. Azzam sah den Krieg am Hindukusch weder als Krieg gegen die Rote Armee noch als Krieg um Afghanistan, sondern vielmehr als eine Art „von Gott gesandten Kriegsschauplatz". Für ihn bedeutete dieser „Gottes eigener Entschluss", dass der „Durst nach Märtyrertum" der Gemeinschaft aller Muslime gelöscht werden konnte und damit eine Bewegung des Islamischen Welt-Djihad geweckt wurde. Als der Djihad-Imam 1989 in Peschwar durch eine Autobombe getötet wurde, trat in der Folge an Bin Ladens Seite als „Doktor des Djihad" ein Ägypter - Aiman al- Zawahiri (1951– 2022). In dessen Buch „Ritter unter dem Banner des Propheten" hieß es u.a.: „Märtyreroperationen bringen dem Feind das größtmögliche Grauen bei relativ geringen Verlusten für die islamische Bewegung. Ich empfehle Aktionen, bei denen viele Zivi-

„Märtyreroperationen bringen dem Feind das größtmögliche Grauen bei relativ geringen Verlusten für die islamische Bewegung. Ich empfehle Aktionen, bei denen viele Zivilisten zu Schaden kommen. Das verbreitet bei den Völkern des Westens den größten Schrecken. Das ist die Sprache, die sie verstehen."

listen zu Schaden kommen. Das verbreitet bei den Völkern des Westens den größten Schrecken. Das ist die Sprache, die sie verstehen."[33]

Mit einer „Märtyrer-Operation" am 11. September 2001 (9/11) in den USA schrieben die Djihadisten der al-Qaida Terrorgeschichte – mit religiöser Fundierung.[34] Dies belegte eine „spirituelle Handlungsanweisung für den Opfertod im Massenmord" des „Märtyrers" Mohammed Attas, in der es u.a. hieß: „...Bete für dich und deine muslimischen Brüder um den Sieg am Ende, und fürchte dich nicht, denn du wirst bald Gott treffen ... Wenn du deine Tat beginnst, schlage hart wie ein Held zu … Du kommst nicht zur Erde zurück und pflanzest die Angst in die Herzen der Ungläubigen ... „[35]

Märtyrer-Operationen sind zu einer eigenen Waffengattung im Djihad geworden. Eingesetzt werden dazu oft in Objekten (z. B. Gebäuden), Fahrzeugen oder am Körper verbrachte Sprengmittel, die mittels Eigen- oder Fremdzündung zur Explosion gebracht werden. Was aber, wenn der Sprengsatz nicht auf der Haut getragen wird? Wenn beispielsweise in Anlehnung an das Erfahrungswissen der Rauschgiftschmuggler der Körper selbst als Versteck benutzt wird? Von der Theorie zur Praxis. Am 27. August 2009 versuchte im saudischen Dschidda ein Selbstmordattentäter Prinz Mohammed bin Nayef, den Vizeinnenminister des Landes, zu töten. Aus dem Jemen kommend hatte der Djihadterrorist mehrere Sicherheitschecks an Flughäfen und auch im Palast quasi unbehelligt passiert, obwohl er eine aus einem halben Kilo Sprengstoff bestehende Bombe bei sich trug. Unter der Vorspiegelung, ein „reuiger" Djihadist zu sein (Anwendung der Takiya), hatte der al- Qaida-Terrorist Kontakt mit dem Prinzen aufgenommen. Bin Nayef war nicht nur Chef der Anti-Terror-Operationen im Königreich, er war auch Leiter des „Integrationsprogramms für reuige Djihadisten". Vor diesem Hintergrund gelangte der Attentäter bis in das Büro des Prinzen, trotz höchster Sicherheitsvorkehrungen in dessen Privatpalast. Hier soll er dem Prinzen angeboten haben, Kontakte zu weiteren „ausstiegswilligen" al-Qaida-Kämpfern über sein Mobiltelefon herzustellen. Nach der Kontaktaufnahme soll er sein Handy an den Prinzen weitergereicht haben, damit dieser den „Reuigen" persönlich Straffreiheit zusi-

Mit einer „Märtyrer-Operation" am 11. September 2001 (9/11) in den USA schrieben die Djihadisten der al-Qaida Terrorgeschichte – mit religiöser Fundierung

chern konnte. Just in diesem Augenblick detonierte die Bombe. Nach Angaben der saudischen Zeitung „Okaz" war das Handy des Djihadisten wohl mit zwei Sim-Karten ausgestattet. Eine diente der Kommunikation mit seinen angeblich reuigen Qaida-Mitkämpfern im Jemen, mit der anderen zündeten eben diese per codierter SMS den Sprengsatz, dessen Zünder sich offenbar im Darm des Mannes befand. Dementsprechend entlud sich die Wucht der Explosion nach unten und zerriss den „Zäpfchen-Bomber" in zwei Teile. Der Sprengsatz detonierte direkt neben dem Politiker, der nur leicht an der Hand verletzt wurde. Während al-Qaida den „Märtyrer" in einem Propagandavideo als Helden feierte, waren Sicherheitskräfte und Öffentlichkeit Saudi-Arabiens geschockt. Der Mensch als schwer bis nicht zu detektierende Bombe, die am Ziel per Fernzündung zur Detonation gebracht wird – ein Albtraum nicht nur für gefährdete Personen, sondern auch für die Sicherheit von Verkehrswegen schlechthin, insbesondere für die des Flugverkehrs. Die „Scannung gefährlicher Menschen" ist bis dato eine sicherheitspolitische Herausforderung.[36]

6.9 Die Waffen des Kriegers – der lange Schatten der Messer-Intifada und die „Israelisierung" Europas

Mit Beginn der „Arabellion" 2010/11 kam der Strategiewechsel: hin zur „Strategie des individuellen Djihad". Mit dieser „Strategie der Zerstörung durch Jedermann" sollte der Westen in eine Art des permanenten Alarmzustandes durch einfachste Terrorattacken geführt werden. Dies praktizierte insbesondere der IS, dessen Sprecher Mitte September 2014 in einer Erklärung weniger zu Anschlägen mit hohem Organisationsgrad, sondern mehr zu „einfachen" Mordtaten aufrief: „Tötet sie, wie ihr wollt. Zertrümmert ihnen den Kopf, schlachtet sie mit dem Messer, überfahrt sie mit dem Auto, werft sie von einem hohen Gebäude, erwürgt oder vergiftet sie."[37] Nur einen Monat später begannen derartige von Palästinensern begangene Do-it-yourself-Anschläge in Israel:

- 22.10.2014: Jerusalem – Auto fährt in Straßenbahnstation
- 05.11.2014: Ostjerusalem – Auto fährt in Wartehalle
- 18.11.2014: Jerusalem – Überfall auf Synagoge mit Axt, Messer und Pistole
- 12.12.2014: Bethlehem – Säureanschlag auf Familie
- 21.01.2015: Tel Aviv – Messerangriff auf Buspassagiere38

Israel wurde zur Blaupause für den Westen. Kleine, nicht selten auch spontane Gewaltakte über einen längeren Zeitraum konnten hier dazu führen, dass sich „das Leben so anfühlt wie in Israel – eben die „Strategie der Israelisierung

Europas“. Im Oktober 2015 startete der IS vor dem Hintergrund einer palästinensischen Terrorwelle eine Hetzkampagne, in der er zum Mord an Juden aufrief. Er nutzte Twitter zur Verbreitung dieser Todesbotschaft, so durch die Verwendung von Hashtags wie „Das Abschlachten von Juden“. Er verbreitete ein Poster mit der Überschrift: „Sechs Wege, die Juden zu quälen: Niederstechen, Verbrennen durch Molotow-Cocktails, Vergiften, Überfahren, Verwenden von Sprengstoffen und Hinunterstoßen aus der Höhe (z. B. von Brücken oder Felsen).[39] Später erschien eine Darstellung mit dem Titel „Empfindliche Stellen, geeignet zum Niederstechen von Juden“, welche die empfindlichen Stellen des menschlichen Körpers zeigte, die sich für Messerattacken eignen sollten. Empfohlen wurde dabei u.a. die Methode, dem Opfer das Messer direkt in die Herzkammer zu stoßen und umzudrehen.[40] Damit begann die sogenannte Messer-Intifada, die bald auch ihren Weg nach Europa fand, auch nach Deutschland. Hier stach Ende Februar 2016 eine dem IS nahestehende 15jährige deutsch-marokkanische Gymnasiastin in Hannovers Hauptbahnhof einen Bundespolizisten bei einer Routinekontrolle mit einem Küchenmesser in den Hals und verletzte ihn schwer. Bis heute Gehören das Messer und das Auto zu den Standardwaffen im individuellen Djihad auch von selbsternannten „Gotteskriegern“.

6.10 Einsame Wölfe – Einzelkämpfer im individuellen Djihad gegen den Westen

Djihad- und Märtyrergeschichte schrieben sowohl die organisierten großen Geiselnahmen tschetschenischer Islamisten in Russland, so in Krankenhäusern (Budjonnosk 1995, Kislar 1996), in Theater (Moskau 2002) oder in einer Schule (Beslan 2004), als auch tödliche Terroroperationen djihadistischer hit-teams in großstädtischen Ballungszentren in Hotels und Bahnhöfen (Mumbai, November 2008), Einkaufszentren (Nairobi, September 2013), Straßencafés und Konzerthäusern (Paris, November 2015) und Flughäfen und öffentlichen Nahverkehr (Brüssel, März 2016). Im Gedächtnis bleiben auch die Terrorwellen von Einzelkämpfern, wie die der drei französischen Djihadisten im Großraum Paris, die im Januar 2015 Mordanschläge im Redaktionsgebäude der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ und in einem im jüdischen Viertel gelegenen koscheren Supermarkt verübten.[41] Für diese Einzelkämpfer, eben für „einsame Wölfe“, hatte schon vor über zwanzig Jahren der aus dem syrischen Aleppo stammende Mustafa Setmariam Nasar, bis zum 11. September 2001 eher ein Mann Bin Ladens, Kampfname Abu Mussab al-Suri, ein Konzept entwickelt. Da aus seiner Sicht mit dem 9/11-Anschlag „Afghanistan verloren“ ging, distanzierte er sich von

der Qaida-Führung und suchte nach neuen, übergreifenden Strategien, nach einem „Djihad von unten, ohne klare Hierarchie wie zuvor unter Osama Bin Laden."[42] Diesen beschrieb er in seinem Werk" Call to Global Islamic Resistance" (CIR) 2004.Darin stellte er insbesondere auf einfache, niederschwellige Kampfstrategien ab. Mit seinen Beschreibungen des „Djihad der Armen" wurde al-Suri zum vielleicht wichtigsten Inspirator für die „ lonely wolves". Zu den zu bekämpfenden Feinden des Islam zählte er „Amerika, Israel, die Freimaurer, die Christen, die Hindus, die Apostaten (einschließlich der etablierten islamischen Politiker, Funktionäre und ihrer Sicherheitsapparate), heuchlerische Gelehrte, Bildungssysteme, Satelliten-TV-Sender, Sport sowie alle Künste und Unterhaltungsstätten."[43] Und natürlich die Juden. Nicht zuletzt wies er auf spektakuläre Aktionen gegen diese hin, mit denen die Sympathien muslimischer Gläubiger zu gewinnen wären.[44] Seine Kampfschrift, quasi eine Blaupause für einen Bürgerkrieg, wendete sich an Sympathisanten in allen Ländern, in denen Muslime als Minderheit leben und unterdrückt werden. Sie rief er auf, sich in ihren Gastländern gegen die Feinde des Islam zu erheben. Über Jahre gab al-Suri ungezählten Einzeltätern, daheimgebliebenen IS-Sympathisanten und Syrien-Heimkehrern „djihadistische Orientierung". Wohl auch den Attentätern von Paris. Sie zählte der französische Soziologe und Arabist Gilles Kepel zur „dritten Generation der Djihadisten" und ihre Anschläge 2015 zur „Geburtsstunde dieser Generation". Und just in jenem Jahr stellte ein anonymer Djihadexperte ein in Englisch verfasstes „Handbuch für Glaubenskämpfer" ins Netz.[45] Im Vorwort dieses Werkes „Mujahid Guide" heißt es, dass das Buch ein Führer für Muslime ist, die in Ländern leben, in denen die Nichtmuslime die Mehrheit stellen. Sie sollen darin unterrichtet werden, in diesen Ländern ein Doppelleben zu führen, quasi wie ein Geheimagent, was ihnen in den kommenden Jahren das Überleben sichern soll. Der Titel dieses Führers hieß dementsprechend „How to survive in the West". Die Einführung richtet sich an den „Geheimagenten", der sowohl ein öffentliches als auch ein geheimes Leben zu führen hat. Zum letzteren macht der Autor Erfahrungsanleihen an Israels Spezialisten für Infiltration feindlicher Territorien, den KATSA (KATAM - Spezialeinheit 10 des AMAM). Durch das Buch sollte gelernt werden, wie man zur Schläferzelle wird, die zur richtigen Zeit aktiviert wird, wenn die Muslimgemeinschaft dies braucht. Die nachstehenden zehn Kapitel dienen der „Vorbereitung für den Djihad": Verschleierung der Muslimidentität in nichtmuslimischen Ländern (Kap.1); Aufkündigung der Loyalität, d.h. der Sicherheitsabkommen, die mit Nichtmuslimen geschlossen wurden, quasi ein „erlaubter" Bruch der Friedenspflicht (Kap.2); Erwerb von Finanzmitteln, z. B. durch IT/Computerkriminalität (Kap.3); Abschirmung der Internet-Privatsphäre

(Kap.4); Körperertüchtigung unter Nutzung westlich-urbaner Gewohnheiten, z. B. Lauftraining im Park, Training in Kampfsportschulen (Kap.5); Umgang mit „einfachen" Waffen, zu denen auch das Sturmgewehr AK-47 gezählt wird (Kap.6); Umgang mit modernen Waffen (Kap.7); Bombenherstellung, vom „Molotov-Cocktail" über die Mikrowelle bis zur Autobombe (Kap.8); Waffentransporte (Kap.9). Das Kapitel 10 beantwortet die Frage „Was geschieht, wenn Du ausgespäht und festgenommen wirst". Mit dem Kapitel 11 „beginnt der Djihad": Hat der „Schüler" alles aus den zehn vorherigen Kapiteln gelernt/umgesetzt, ist er nun ein „special services secret agent", dessen Aufgabe es ist, den Djihad zu unterstützen. Zum Beispiel durch Ein-Mann-Unternehmen (wie der Bruder in Kopenhagen) oder durch Zwei-Mann-Unternehmen (wie die Brüder Kouchi in Paris). Oder durch Mietung von Autos unter falscher Legende, die zur Autobombe umgebaut und eingesetzt werden. Der Instrumentalisierung von Protestbewegungen (Demonstrationen in der Öffentlichkeit) kommt ein hoher Stellenwert zu. Im modernen Djihad sollten symbolische Orte (Ziele) zu symbolischen Zeiten (wie 9/11) getroffen werden, um eine höhere mediale Öffentlichkeit zu gewinnen. Das Kapitel 12 behandelt die Flucht zur eigenen Sicherheit. Letzte Ratschläge und ein Quellenverzeichnis zum Nachlesen schließen diesen „Führer für Muslime", der eigentlich mehr eine Kampfschrift für den Bürgerkrieg ist.

7. Nachwort

Der Djihad stellt eine globale sicherheitspolitische Bedrohung auf lange Zeit dar. Das terroristische Gegenüber und seine Ideologie zu kennen, besser noch zu verinnerlichen, ist zwingend erforderlich. Das betrifft insbesondere die vier Werke islamistischer Djihadstrategen: so von Sayyed Qutb „Meilensteine (Wegmarken)" 1964; von Abu Mussab al-Suri „Call zu Global Islamic Resistance" 2004; von Abu Bakr Naji „Management of Savagery" 2004 (2006) und von einem Anonymus „How to survive in the West" - A Mudjahid Guide" 2015. Hohe Aufmerksamkeit muss dem Symbiotischen Terrorismus, dem temporären Zusammenschluss von (Djihad) Terrorismus und (Organisierter) Kriminalität geschenkt werden. So stellte nach dem 7. Oktober ein arabischer Clanchef in Deutschland auf der Plattform X am 30. Oktober 2023 ein Tik-Tok-Video ein, in welchem er den Ministerpräsidenten Israels, Benjamin Netanjahu, der ein „zionistisches Re-

Der Djihad stellt eine globale sicherheitspolitische Bedrohung auf lange Zeit dar. Das terroristische Gegenüber und seine Ideologie zu kennen, besser noch zu verinnerlichen, ist zwingend erforderlich.

gime“ anführe, mit Adolf Hitler verglich.[46] Noch mehr Aufmerksamkeit verdient die Anwendungspraxis des „Verhüllens“ und der erlaubten Lüge (Takiya) gegenüber „Ungläubigen“, birgt sie doch die Gefahr der Infiltration der Schutzorgane des Westens, eben der Polizei (Strafverfolgungsbehörden), des Militärs (Streitkräfte) und der geheimen (Nachrichten-) Dienste. Nicht zuletzt empfiehlt das „Handbuch des Glaubenskämpfers (Mujahid Guide)“ den Muslimen, in der Welt der Nichtmuslime wie ein „Geheimagent“ zu leben. In selbigem wird angeraten, öffentliche Proteste für die eigenen Zwecke zu beeinflussen. Nach dem 7. Oktober 2023 ist in den Ländern des Westens (in Berlin, London, Paris und Washington) eine islamistische Instrumentalisierung der Palästinenser-Demonstrationen unter dem Deckmantel der Solidarität (from the river to the sea) zu beobachten. Auch in Deutschland wird erstmals laut und öffentlich für das Kalifat als Djihadistenziel geworben, so auf einer Palästina-Demo Anfang November 2023 in Essen, wo Transparente in arabischer Sprache mit islamistischem Inhalt, „unter anderem mit der Forderung nach der Errichtung eines Kalifats”[47] zu sehen waren. Ende April 2024 waren auf einer Islamisten-Demo in Hamburg (St. Georg) Plakate mit dem Slogan „Kalifat ist die Lösung“[48] zu lesen, Bilder, die durch ganz Deutschland gingen. Last not least brachten Unbekannte Ende Mai 2024 in Leipzig gefälschte CDU-Wahlplakate in Umlauf, auf denen „Leipzig. Unsicher. Machen“ und „Mehr Kalifat wagen“[49] standen. Mit deutlichen Worten warnte jüngst in der Jüdischen Rundschau Melanie Phillips vor diesen Entwicklungen: „Die Bereitschaft, davon auszugehen, dass sich Islamisten gebessert haben, geht mit der selbstmörderischen Weigerung des Westens einher, das zu sehen, was so offensichtlich der Fall ist – dass die Islamisten, ob es sich um schiitische oder sunnitische Muslime, die Hisbollah oder die Huthis, Hayat Tahrir al-Sham oder die Muslimbruderschaft handelt, einen Weltkrieg gegen Ungläubige führen, wo immer sie sich befinden.“[50]

Die Bereitschaft, davon auszugehen, dass sich Islamisten gebessert haben, geht mit der selbstmörderischen Weigerung des Westens einher, das zu sehen, was so offensichtlich der Fall ist – dass die Islamisten … einen Weltkrieg gegen Ungläubige führen, wo immer sie sich befinden.

Zum Autor: Berndt Georg Thamm, Berlin, ist Terrorismusexperte und Fachpublizist mit zahlreichen Veröffentlichungen zur Thematik. Der Autor ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Anmerkungen

1 Thamm, Berndt Georg
Gotteskrieger tragen Terror nach Europa
Deutsche Polizei 50. Jg. Nr.9 / Sept. 2001, S.6 – 12

2 Neumann, Peter R.
Die Rückkehr des Terrors – Wie uns der Dschihadismus herausfordert
Rowohlt Berlin Verlag, Oktober 2024

3 Steinberg, Guido
Die Individualisierung des islamistischen Terrorismus
SWP - Aktuell Nr. 56, November 2024

4 Trotz Überschneidungen und temporärer Zusammenarbeit von Sunniten und Schiiten, in der Regel gegen Israel und die jüdische Diaspora, ist der Djihad mit dem finalen Ziel der Kalifatserrichtung ein globaler Krieg der sunnitischen Islamisten.

5 Neumann, Peter R.
Die Rückkehr des Terrors ... a.a.0., S. 7

6 Der Reibert – Das Handbuch für den deutschen Soldaten
Hamburg Berlin / Bonn 2009

7 Thamm, Berndt Georg
Terrorziel Deutschland – Strategien der Angreifer, Szenarien der Abwehr
Rotbuch Verlag, Berlin 1. Aufl. 2011, S. 113-116

8 Qutb, Sayyid
Ma´ alim fi t-tariq (Wegmarken)
Kairo, 10. Aufl. 1983, S. 66 ff

9 Gilles, Kepel / Jean-Pierre Milelli (Hrsg.)
Al-Qaida - Texte des Terrors
Piper Verlag, München 2006, S. 87 – 88

10 „Schiiten sind Spione und Giftschlangen" – Auszüge aus der von der CIA abgefangenen irakischen Botschaft an Osama Bin Laden...
Der Spiegel (Hamburg) Nr. 11 / 8. März 2004, S. 117

11 Napoleoni, Loretta
Die Rückkehr des Kalifats – Der Islamische Staat und die Neuordnung des nahen Ostens
Rotpunktverlag, Zürich 2015, S. 107

12 Höpp, Gerhard (Hrsg.)
Mufti-Papiere - Briefe, Memoranden, Reden und Aufsätze Amin al-Husainis
Klaus Schwarz Verlag, Berlin 2001, S. 103ff

13 Gensicke, Klaus

Der Mufti von Jerusalem und die Nationalsozialisten Eine politische Biographie Amin el-Husseinis
Wissenschaftliche Buchgesellschaft (WBG), Darmstadt 2007, s.a. Mallmann, Klaus-Michael / Martin Cüppers Halbmond und Hakenkreuz – Das Dritte Reich, die Araber und Palästina WBG, Darmstadt 2007

14 Qutb, Sayyed
Unser Kampf mit den Juden (Übersetzung Matthias Küntzel), Jungle World Nr. 49, 27. November 2002, http://jungleworld.com/artikel/2002/48/22785.html (abgerufen am 27.06.2014)

15 Abou-Taam, Marwan / Ruth Bigalke (Hrsg.)
Die Reden des Osama Bin Laden,
Heinrich Hugendubel Verlag, Kreuzlingen / München 2004, S. 36

16 Filesharingsite archive.org, 18. Oktober 2015,
Das Meir Amit Informationszentrum über Geheimdienste und Terrorismus im Israelischen Zentrum für Nachrichtendienst, Kulturerbe und Gedenke 169-15 vom 21. Oktober 2015, S. 3

17 Der Spiegel (Hamburg) Nr.1 / 30. Dezember 2023, S. 13

18 Böhme, Christian
Syriens Machthaber und die Minderheiten – Die Angst vor dem Kalifat
Tagesspiegel (Berlin) Nr. 25842, 14.1.2025, S. 7

19 Weidenfeld, George
Islamischer Staat
„Die Welt" von 141209

20 Management der Wildheit
https://en.wikipedia.org/wiki/Management_of_Savagery
(abgerufen am 10.03.22)

21 Ibn Taimiya
http://de.wikipedia.org./wiki/Ibn Taim % C 4 % ABya
(abgerufen am 26.07.2014)

22 Sorg, Eugen
Kein Ungläubiger soll sich mehr sicher fühlen Frankfurter Allgemeine
18.04.2015 – Aktualisiert: 20.04.2015
https://www.faz-net/-gq9-82c8h

23 Müller, Kai
Der „Horrorfilm" der Hamas Das Grauen und die Ohnmacht
Tagesspiegel (Berlin) Nr. 25430, 16.11.2023, S. 24

24 Christliche Mitte- (Hrsg.)
Muslime erobern Deutschland – Eine Dokumentation
Lippstadt o.J., S. 104 105

25 dpa – Meldung vom 23. November 2010
26 dapd – Meldung vom 14. November 2010
27 AFP/dpa/Reuters – Meldungen vom 6. November 2010
28 von Salzen, Claudia
Leipziger Paketbrand - Gefährlicher als gedacht
Tagesspiegel (Berlin) Nr. 25738, 28.9.2023, S. 9
29 Thamm, Berndt Georg
Sprengstoffanschläge auf den Luftverkehr
Neuer „Modus operandi“ des Djihadterrorismus
Deutsche Polizei 59. Jg. Nr. 2/Febr. 2010, S.18 ff
30 Bodansky, Yossef
Bin Laden. The Man Who Declared War on America
New York 1999, S. 11
31 Hegghammer, Thomas
Einführung: Abdullah Azzam, der Imam des Djihad in
Kepel, Gilles u. Jean-Pierre Milelli (Hrsg.) (2006) a.a.0., S. 145 ff
32 Pohly, Michael u. Khalid Durän
Osama Bin Laden und der internationale Terrorismus
München 2001
33 Gerlach, Julia
Bin Ladens Schriftsteller
Berliner Zeitung, 8.3.2002, S. 11.
34 Kippenberg, Hans / Tilman Seidensticker (Hrsg.)
Terror im Dienste Gottes – Die „Geistliche Anleitung“ der Attentäter des
11.September 2001
Campus Verlag, Frankfurt/New York 2004
35 Aust, Stefan / Cordt Schnibben (Hrsg.)
11. September - Geschichte eines Terrorangriffs
Deutsche Verlags Anstalt, Stuttgart München u. SPIEGEL- Buchverlag Hamburg 2002, S. 278
36 Thamm, Berndt Georg
Sprengstoffanschläge auf den Luftverkehr (2010)
a.a.0., S. 19
37 Neumann, Peter
Schlachtet sie mit dem Messer (FOCUS-Analyse)
Focus Nr. 4 / 17. Januar 2015, S. 33
38 Günther, Inge
Messer-Attacken verbreiten in Israel Panik
Berliner Zeitung Nr. 239, 14.10.2015, S. 6

39 Das Meir Amit Informationszentrum über Geheimdienste und Terrorismus (2015): a.a.0., S. 6 – 8
40 ebd.
41 Todd, Emmanuel
Wer ist Charlie? Die Anschläge von Paris und die Verlogenheit des Westens
Verlag C.H. Beck, München 2016
42 Haufler, Daniel
Hausgemachter Dschihadismus
Berliner Zeitung Nr. 18, 22. Januar 2016, S. 8
43 Hirsi Ali, Ayaan
Wir müssen reformieren
Der Spiegel (Hamburg) Nr. 13, 21. März 2015, S. 132
44 rbp. Frankreich als Zielscheibe
Inspiration für Einzeltäter im Werk des Islamisten Suri
Neue Züricher Zeitung (NZZ) Internationale Ausgabe
Nr. 7, 10. Januar 2015, S. 3
45 Anonymus
How To Survive in the West
A Mujahid Guide (2015)
46 (mag) „Hitler ist besser als Netanjahu“
Tagesspiegel (Berlin) Nr.25414, 31.10.2023, S. B5
47 dpa - Meldung vom 5. November 2023
48 Sturm, Daniel Friedrich u. Alexander Fröhlich (mit dpa):
Islamisten-Demo in Hamburg
Tagesspiegel (Berlin) Nr.25589, 29.4.2024, S. 123
49 dpa Meldung vom 27. Mai 2024
50 Phillips, Melanie
Die Karten im Nahen Osten werden neu gemischt
Jüdische Rundschau No 1 (125) Januar 2025, S. 3

KAPITEL

II

GEOPOLITIK UND STRATEGISCHES HANDELN – Neuer Blickwinkel der Politik?

Europaarmee:
Vision – Illusion – eine „fausse idée claire" oder nur ein Traum? Eine Philippika für Europa

Ulrich C. Kleyser

Vorbemerkung

„Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle". Dieser Satz aus einer Rede Konrad Adenauers im Bundestag am 15. Dezember 1954 (!!!) hat unverändert Gültigkeit und gewann mit dem 24. Februar 2022 und gewinnt mit den ersten Entscheidungen und Drohungen des US-Präsidenten Trump[1] eine erneute Aktualität und Herausforderung. Dennoch wird neben dem militärpolitischen Schwerpunkt in den folgenden Ausführungen die Einheit Europas [Verteidigungsunion] nur am Rande gestreift, obgleich diese als eine der Grundvoraussetzungen für eine wirksame Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungswilligkeit[2] dieses Europas anzusehen ist.

Europaarmee

„Europaarmee" – „europäische Armee" – „echte europäische Armee" – „Armee der Europäer" oder „gemeinsame europäische Streitkräfte", unter solchen deklamatorischen, jedoch inhaltlich unterschiedlichen oder gar nicht gefüllten Begriffen zieht sich eine Diskussion hierüber – nicht erst seit Macron, oder erneut durch Trump[3] – in unterschiedlicher Dichte und Intensität zumindest durch einen Teil der deutschen, aber weniger der europäischen Öffentlichkeit. Diese Diskussion wird zu Recht kritisch wie skeptisch durch eine kleine sicherheitspolitische Expertengruppe begleitet, aber befürwortend, vollmundig und teilweise enthusiastisch durch die ungleich größere politische Klasse geführt; sie hat das Zauberwort „Multinationalität" abgelöst[4]. Welchen Begriff man auch immer verwendet, er klingt europafreundlich, verantwortungsbewusst wie zukunftswirksam und friedensorientiert. Mit der erneuten Aktualität der „Drohungen" des wiedergewählten US-Präsidenten Trump sollte die Diskussion jedoch nicht nur neue Nahrung erhalten, sondern sie wird für eine europäische Verteidigungsfähigkeit virulent und deren Lösung damit für Europa möglicherweise überlebensnotwendig. Der ausgelaufene wie vergessene Brüsseler Verteidigungspakt [WEU] vom 23.10. 1954 könnte hier als eine Art „Blaupause" dienen.

In der allgemeinen Meinung scheint sich eine europäische Armee politisch vermeintlich leicht durch die sogenannte Zusammenlegung von Fähigkeiten und eine unbestimmte Verbreiterung von Verantwortung in die Praxis umsetzen zu lassen. Doch wer eine tatsächlich "echte europäische Armee" will, muss vor allem politisch weiterdenken. Die Herausforderungen hierfür liegen nicht nur im fachlichen Detail, sondern in ihrem strategischen Gesamtzusammenhang, vor allem aber in dem Erkennen der Grundvoraussetzungen für eine solche Armee und in der politischen Realität Europas, die für die Gestaltung einer Europa-Armee nicht gerade günstig war und ist. Die immer wieder gestellte Forderung nach einer militärischen „Autonomie"[5] oder auch „Autarkie"[6] Europas ist hierbei eine Schlüsselfrage. Unterschlagen wird hierbei, dass Autonomie nicht nur eng mit einer politischen „Souveränität" verbunden ist, sondern zu dieser als nachrangig zu betrachten ist. Daher wird die für eine europäische Armee als Grundvoraussetzung notwendige europäische Souveränität in diesem Essay abschließend besonders herausgestellt. Die rechtlich wie inhaltlich vollkommen schwammige Benutzung dieses Begriffs, dessen realpolitische Umsetzung derzeit in weiter Ferne liegt, scheint in seiner wolkigen Unbestimmtheit auf mangelndes politisches Realitätsbewusstsein schließen. Die in einer Art „Basta"-Festlegung des deutschen Bundeskanzlers vom 28. Juni 2024 in Brüssel: „Verteidigung ist [bleibt] eine Sache der Mitgliedstaaten", wenn auch weitgehend bezogen auf Rüstungsprogramme, führt allerdings erst recht nicht weiter, und muss sogar als Rückschritt für die Bildung einer europäischen Sicherheitsstruktur gesehen werden[7]. Und gerade diese soll neu initiiert werden. Insofern bleibt auch die allgemein kritisch gesehene Einführung eines neuen und zusätzlichen „Kommissars für Verteidigung und Raumfahrt" –das heißt für Rüstung – eher Makulatur. Eine neue Behörde ohne politische Macht, ohne zusätzliche Finanzen und ohne strategisch-planende wie umsetzungsfähige Möglichkeiten[8] erscheint in diesem Zusammenhang höchst überflüssig – eher sollten schon bestehende sicherheitspolitische Strukturen gestärkt bzw. besser noch vereinigt werden. Ob das zu erwartende EVP-Positionspapier, erneut mit der „Vision" einer EU-Armee, hierbei hilfreich ist, wird sich erst erweisen müssen.[9] Das EU-Weißbuch zur Verteidigung vom 19. März 2025 zeigt zwar eine gute Analyse, zahlreiche richtige Ansätze für ein „ReARmEU"[10], aber mit dem Satz: *"Die Mitgliedstaaten werden stets die Verantwortung für ihre eigenen Truppen – von der Doktrin bis zu Entsendung – und für die Festlegung der Bedürfnisse behalten"*[11] wird das notwendige Ziel geradezu konterkariert. Diese Aussage muss als ein Rückschritt für eine gemeinsame Verteidigung gesehen werden! Beschlüsse für eine Europäische Verteidigungsunion, wie in zahlreichen Statements zu dem Weißbuch dennoch angeführt, sehen anders aus.

Die vielschichtigen, zum Teil gleichzeitig wirkenden weltweiten Risiken und Bedrohungen der westlichen Gesellschaftsordnungen und der Sicherheit der einzelnen europäischen Staaten und damit Europas insgesamt werden als bekannt vorausgesetzt und bedürfen für diese Abhandlung keiner weiteren Erörterung. Die bedrückende Aktualität der auch auf EU-Europa ausstrahlenden Konflikte, Krisen und Kriege ist täglich greifbar und muss zu einer – auch europäischen – strategischen Bewertung führen. Der „Strategische Kompass" von 2022 mit seinen vier Pfeilern, Krisenmanagement (ACT), Resilienz (SECURE), Fähigkeiten (INVEST) und Partnerschaften PARTNER), ist hierzu ein guter, richtiger und wichtiger Ansatz, muss aber ohne einen notwendigen politischen, d. h. souveränen, Überbau seine Vorstellungen als Leitfaden erst beweisen[12].

Die bedrückende Aktualität der auch auf EU-Europa ausstrahlenden Konflikte, Krisen und Kriege ist täglich greifbar und muss zu einer – auch europäischen – strategischen Bewertung führen.

Die folgenden Ausführungen sollen jedoch nur dazu beitragen, die Herausforderungen für die Aufstellung einer Europaarmee zumindest ansatzweise und als Diskussionsgrundlage darzustellen. Hierbei ergeben sich mehr Fragen als Antworten.

Eine Europaarmee in dem aktuellen Wunsch-Verständnis bedeutet mehr als historische Kontingente der „socii" oder „foederati" des antiken Roms, der Söldnergruppierungen des Mittelalters oder der Renaissance, mehr als spätere Miet- oder Freiwilligenverbände der Neuzeit, mehr als die „Kings German Legion" zur Zeit Napoleons, mehr als die Fremdenlegionen bis hin zu den spanischen „Internationalen Brigaden" oder die Freiwilligendivisionen in der Wehrmacht oder in der britischen Armee im Zweiten Weltkrieg. Auch die heutigen multinationalen Großverbände der NATO stellen nur auf Stabs- also auf der Führungsebene eine Durchmischung dar[13]. Eine zeitweilige oder auch ständige Unterstellung einzelner nationaler Truppenteile unter ein multinationales Hauptquartier oder gar einen ausländischen Truppenteil bedeutet jedenfalls nicht eine gemeinsame Armee. Auch die aktuellen multinationalen Partnerschaften oder die Anlehnungsverträge der "ständigen strukturierten Zusammenarbeit" (PESCO) stellen eben keine gemeinsame Armee dar, auch wenn die deutsch-französische Brigade, bisher allerdings ohne gemeinsamen Einsatz, oder deutlicher noch die deutsch-niederländische Zusammenarbeit erfolgversprechende Ansätze zu zeigen scheinen. Aber auch diese Ansätze sind bislang friedensmäßig, besitzen keinen Automatismus für den Einsatz

und müssen daher dann besonders national wie bi-national verhandelt und gebilligt werden und entbehren damit als bloße politische Verpflichtung einer zuverlässigen Planbarkeit. Dennoch sind Fortschritte durch kleine Einzelerfolge durchaus zu verzeichnen, die mit den Begriffen wie „pooling" und „sharing", Harmonisierung, Integration oder einfach Kooperation etc. umrissen werden können, ebenso wie die augenscheinliche Wiedererweckung des "War Time Host Nation Support" (WHNS) für die strategische „Drehscheibe Deutschland", nun allerdings in einem 360° Umfeld. Diese teilweise alten, aber auch neu ausgefüllten Wege beruhen jedoch zumeist auf dem kleinsten gemeinsamen politischen Nenner und entbehren meist einer einklagbaren Verbindlichkeit.

Die Diskussion über eine Europaarmee ist ja durchaus nicht neu. Nach Churchills Europarede von 1949 hierzu und nach der 1954 gescheiterten EVG[14] mit der diesem Projekt zu Grunde liegenden Vorstellung einer Einbettung Deutschlands tritt diese Diskussion immer wieder und in unterschiedlichen Variationen und Inhalten, wie oben dargestellt, neu auf die sicherheitspolitische wie politische Bühne. Aber auch hier gilt schon Clausewitz` durchaus vorsichtig formulierte Feststellung, *„Das erste Geschäft einer jeden Theorie ist das Aufräumen der durcheinander geworfenen und, man kann wohl sagen, sehr ineinander verfilzten Begriffe und Vorstellungen; und erst, wenn man sich über Namen und Begriffe verständigt hat, darf man hoffen, in der Betrachtung der Dinge mit Klarheit und Leichtigkeit vorzuschreiten…"*[15].

Nach Wilfried von Bredow[16] gibt es drei vordergründig für sich sprechende Gründe für ein Zukunftsmodell gemeinsamer europäischer Streitkräfte, die nichts von ihrer damaligen [2002] Analyse und Berechtigung verloren haben: **Effizienz, Ersparnis und politische Legitimität**.

Auf den ersten Blick sind sie einleuchtend und einfach abzuhandeln. Doch bei näherem Hinsehen zeigt sich deren Komplexität, deren gegenseitige Abhängigkeit und ineinander Wirken mit deren Auswirkungen auf politisches Handeln. Allerdings hatte schon der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Wust, 1976 indirekt auf eine europäische Armee hingedeutet. Sein Vorschlag, seiner Zeit weit voraus, aber nichtsdestoweniger sinnvoll, bedeutete, ob alle EU-NATO-Staaten auch über alle militärischen Mittel (Atom ausgenommen) verfügen müssen.

Allein schon die **Effizienz** bleibt umstritten, hier vor allem aus „kulturpolitischer“ Perspektive betrachtet, auch wenn die Frage nach der gemeinsamen Entwicklung und der Zusammenlegung von Fähigkeiten virulent bleibt. Geht es hier doch weniger um die Frage nach einer mehr oder weniger großen „Kampffreudigkeit“ bei den Mitgliedstaaten, als um die Details unterschiedlich historisch gewachsener und tradierter militärischer Führungskulturen, national unterschiedlicher Mentalitäten und daraus aufbauendem soldatischem Selbstverständnis, verschiedenen inneren Rechtsformen[17] und Verwaltungsstrukturen bis hin zu der allgemein unterschätzten Sprachbarriere. Ein jeder Einsatzerfahrene kann, auch ohne gemeinsame Streitkräfte erlebt zu haben, hierüber sein Lied singen. Es gibt eben weder ein übergreifendes europäisches „Bild vom Soldaten“ noch einen denkbaren Konsens hierüber. Und inwieweit die sogenannte „Todesklausel“ von allen europäischen Soldaten erkannt und akzeptiert werden wird, ist durchaus fraglich[18] . Dafür ist neben einer europäischen „Resilienz“ eine gemeinsame europäische Bereitschaft seiner Bevölkerung zur Verteidigung von Recht, Freiheit und Lebensstil die entscheidende Grundvoraussetzung.

Die positiven Bilder von gemeinsamen Manövern ändern nichts an der Feststellung, dass wir von einer gemeinsamen „strategischen Kultur“ der europäischen Staaten hinsichtlich einer Kultur der Verteidigungsbereitschaft weit entfernt sind. Im Bild: Soldaten des Jägerbataillons 91 auf dem Truppenübungsplatz Pabrade/Litauen im Rahmen der Übung Grand Eagle 2 am 31.08.2024

Hinzu tritt die Notwendigkeit, dann auch eine einheitliche Führerausbildung und nicht nur für die oberen Ränge wie ein mögliches „Militärisches Erasmus-Programm“[19] zu entwickeln, obgleich die NATO hier schon auch für Europa gute Vorarbeit mit ihren Schulen oder dem Marshall-Zentrum (GCMC) geleistet hat. Ergänzend treten die vermeintlich leicht zu beantwortenden Fragen oder Forderungen nach einheitlichen „ROE“ (rules of engagement) oder der Verzicht auf die bisherigen vielfältigen Vorbehalte (caveats) einzelner Staaten vor und oftmals überraschend auch in einem Einsatz hinzu. Letztere berühren zudem den Bereich der Legitimität. Auch die durchaus positiven Bilder des NATO-Manövers „Trident Juncture“ in Norwegen Ende 2018 bis hin zu

der EU-Verfahrensübung „MILEX 23“ oder der NATO-Übungsreihe „Steadfast Defender“ 2024 ändern nichts an diesen Grundfeststellungen . Dennoch, auch von einer gemeinsamen „strategischen Kultur“ der europäischen Staaten hinsichtlich einer Kultur der Verteidigungsbereitschaft sind wir weit entfernt, deren Entwicklung durch unterschiedliche, wenn zuweilen sich auch überschneidende Traditionslinien noch erschwert wird.

Einfacher scheint es mit der **Ersparnis** zu sein. Doch trotz politischer Lippenbekenntnisse und sogar des Aufbaus von internationalen Netzagenturen gibt es immer noch kein übergreifend und verbindlich abgestimmtes europäisches Rüstungsmanagement. Dessen Realisierung liegt trotz einzelner teilgemeinsamer Rüstungsprogramme in weiter Ferne. So könnten wir froh sein, anfangs wenigstens eine nationsübergreifende Kompatibilität im Material oder zumindest eine weitgehende Interoperabilität auf niedriger Ebene zu erreichen. Allerdings lässt neben der „European Sky-Shield Initiative“ der Gesetzentwurf für das neue europäischen Verteidigungsindustrie-Programm – European Defense Industrie Programme – Hoffnung aufkeimen, wenn mindestens 40% der Verteidigungsausrüstung gemeinsam gekauft und mindestens zur Hälfte in der EU ausgegeben werden soll. Ob es auch oder allein hierfür eines EU-Verteidigungskommissars mit einer neuen Behörde bedurfte (s. o.), ist allerdings kritisch zu bewerten[20]. Weitere EU-Initiativen, die allerdings weitgehend auf „soll“ oder „kann“ beruhen, werden nur in der folgenden Fußnote angesprochen[21]. Ob diese Initiativen, die sich ergänzen oder teilweise auch überlappen, im nationalen Interessengewirr bestehen können, wird sich erst zeigen müssen. Der Ukraine-Krieg sowie Trumps Drohungen scheinen jedoch als Beschleuniger zu wirken.

Ohne gemeinsam entwickeltes und produziertes Material gibt es auch keine gemeinsame Logistik, vor allem jedoch keine einheitliche und zumindest angeglichene technische Ausbildung als unbedingte Voraussetzung zum gemeinsamen Umgang mit dem Handwerkszeug des Soldaten – seiner Waffe oder seiner allgemeinen Ausrüstung. Und gerade die Logistik stellt – nicht nur für den Nationalstaat – die entscheidende, aber historisch oftmals vernachlässigte oder unterschätzte Achillesverse dar. Die auf absehbare Zeit vorhandene vielfältig diversifizierte Ausstattung allein an militärischem Großgerät (z. B. 16 unterschiedliche Panzertypen[22]) in Europa spricht für sich. Ein Ausverkauf strategischer Industriezweige, die Verhinderung von innovativen Unternehmensfusionen oder kleinliches Gezänk um Rüstungsprogramme unter vorherrschend nationalen Interessen scheint bis auf weiteres die Gemeinsamkeiten zu überlagern.

Weiterhin tritt die Forderung nach einem einheitlichen, aber auch besonders kostspieligen Führungs-, Aufklärungs- und Informationssystem mit seinen vielfältigen notwendigen Untersystemen hinzu, welches wiederum Material- wie Struktureinheitlichkeit voraussetzt. Über den zukünftig so entscheidenden neuen Komplex von KI, Robotik oder Cyber, hier vereinfacht in der schon bekannten vierten Dimension „Cyberraum" zusammengefasst, ist hierbei noch gar nicht gesprochen. Ebenso muss die ebenfalls alle anderen Dimensionen übergreifende Dimension „Weltraum" zumindest angesprochen werden. Über das Grundthema hinaus ein kurzer Ausflug zu diesem Thema. Die Deckung des auch hierdurch erhöhten Energiebedarfs ist erst ansatzweise auf NATO-Ebene mit dem NATO Energy Security Centre of Excellence (Litauen 2012) berücksichtigt[23]: "Energie ist das Rückgrat der Verteidigung"[24]. Hierbei geht es weniger um Lieferketten oder allgemeine Infrastruktur, sondern um eine sichere, ausreichende und störungsfreie Bereitstellung von Energie für das Gefechtsfeld (Gefechtsstände wie Gerät und Führung) als Grundlage für alle Arten der Gefechts- und Operationsführung, vor allem aus dem Weltall. Allein das sich abzeichnende und sich generell vergrößernde Delta zwischen Energiegewinnung und Energieverbrauch ist ein weiteres Alarmzeichen. Eine NATO- wie vor allem die EU-Zusammenarbeit gewinnt auch und gerade hier eine zukunftsweisende wie überlebenswichtige Bedeutung. In diesem Zusammenhang war auch die häufig gestellte Forderung nach einer europäischen „militärischen Autarkie" anzusprechen (s. o. Fußnote 5).

Doch bei solchen Zukunftsentwicklungen werden erst einmal, übrigens wie bei allen Umstrukturierungen oder Neuerungen, Zusatzkosten entstehen, die den Konsens zur Ersparnis erschweren könnten. Aber auch allgemeine Strukturfragen gehören zur Ersparnis und hier weit über die zweifelhafte Notwendigkeit von bisher 28 Verteidigungsministerien und den diesen nachfolgenden Verwaltungsapparaten und Organisationsbereichen hinaus. Und von wenigen Ausnahmen abgesehen gilt hier weder „Breite noch Tiefe". Doch gemeinsames Material sollte dann auch zu gemeinsamen – zumindest taktischen – Einsatzgrundsätzen führen, auch hier noch ein weiter Weg.

Erst dann kann diese Vereinheitlichung von Material zumindest die Annäherung in der Ausbildung bewirken. Diese bedarf allerdings von Anleihen bei der Herausforderung der Effizienz und wird ohne gemeinsame Ausbildungseinrichtungen nicht erfolgversprechend sein. Wie weit der dann erforderliche Infrastrukturaufwand mit sich anschließender Lehrgangsreisetätigkeit im geographisch ausgedehnten Europa – trotz Digitalisierung – zur Ersparnis

beiträgt, wird gesondert zu prüfen sein. Und schließlich ist der Aspekt der Personalauswahl – europaweit und dann notwendigerweise unter einheitlichen Kriterien[25] – anzusprechen. Ob hier tatsächlich Einsparungen möglich sind, ist fraglich. Der erstmalige Ansatz der Bundesrepublik in ihrem Weißbuch zur Sicherheitspolitik von 2016 zur „Öffnung der Bundeswehr für Bürgerinnen und Bürger der EU“[26] scheint hierin nicht nur voreilig, zudem wenig hilfreich und eher kontraproduktiv zu sein. Diese Überlegungen werden im Januar 2024 mit der Grundsatzfrage über Bundeswehrsoldaten ohne deutschen Pass, Migranten auch außerhalb der EU, sogar noch ergebnisoffen erweitert[27]. Ebenfalls war und ist der besondere deutsche “Attraktivitätsansatz“ zu mehr Diversität auf den vielschichtigen Ebenen des militärischen Personals derzeit sicher kein gemeinsames europäisches Werbemittel[28] . Fragen zu einer dann auch notwendigen gemeinsamen Reservistenkonzeption[29] oder zur jeweiligen „Heimatverteidigung“ sind hierbei noch gar nicht aufgeworfen. Die deutschen (vorläufigen) OP-Leitlinien des Heeres, die Verteidigungspolitischen Richtlinien 2023, die Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung von 2023 bis hin zu den Richtlinien zur Gesamtverteidigung[30] und dem daraus folgenden OP-Plan Deutschland richten sich naturgemäß eher national aus.

Ob allerdings die durchaus sinnvolle und rein rechnerisch so verführerisch klingende Zusammenlegung von Fähigkeiten allein ausreicht, um auch eine Machtprojektion und den Einsatz von Streitkräften glaubhaft nach außen zu vermitteln, ist durchaus zu hinterfragen. Und hierin gehört die Frage nach einer in die Zukunft gerichteten Strategie „Des Wofür“. Für Effizienz und Ersparnis gilt daher, dass ein „Mehr“ nicht automatisch auch ein „Besser“ bedeuten muss, und der erwartete kann mit dem tatsächlichen „synergetischen Effekt“ weit auseinanderklaffen. Dennoch könnte für den dargestellten Komplex der Effektivität die Einrichtung eines europäischen Kommissars für Verteidigung hilfreich sein, wenn er denn tatsächlich politische Macht erhält und nicht einen zusätzlichen Bürokratiemoloch, wie oben befürchtet, begründet. Und hierbei sind wir schon in den Bereichen von Legitimität und Souveränität.

Daher liegt eine besondere Herausforderung in der **Legitimität**, welche in engem Zusammenhang zur politischen Souveränität steht. Eine zwingende Voraussetzung hierfür muss in einer über den kulturellen Ansatz hinausgehenden politischen europäischen Identität und daraus abgeleitet in einem europäischen Patriotismus im Konsens gesehen werden, wenn von dem Bürger Portugals sein militärisches Eintreten für die Grenzsicherheit Estlands ebenso erwartet werden muss, wie von dessen Bürger sein Eintreten für die Sicherheit

transatlantischer Verbindungswege. Dazu gehört dann eben auch neben einer europäischen Solidarität als Grundlage eine europäische Souveränität, die sich für die Mitgliedstaaten weitgehend in dem Verzicht von entscheidenden Souveränitätstiteln bzw. in deren Übertragung auf eine legitimierte Zentralgewalt ausdrückt[31]. Doch dieser Aspekt wird zwar von militärischen Fachleuten angesprochen, von den politischen Führern aber wie vom „Teufel das Weihwasser" in der öffentlichen Diskussion vermieden[32]. Daher deckt auch die „Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion" diese Grundsatzentscheidung nicht ab und bleibt letztlich ein Etikettenschwindel. Dies gilt erst recht, wenn mit dieser auch eine "strategische Autonomie[33]" verbunden sein soll, die im Extremfall alleinverantwortlich die Sicherheit Europas gewährleisten muss, und eben nur durch eine europäische Souveränität denkbar wäre. Hierzu ist zusätzlich noch anzumerken, dass eine solche – dann von den USA unabhängige – Autonomie einen ganzheitlichen Ansatz aus politischem Willen, wissenschaftlicher Forschung, technologischer Wirtschaftsleistung und exorbitantem Finanzaufwand bedürfte, der in einem verträglichen Zeitrahmen kaum vorstellbar ist und zudem ohne Zusammenarbeit mit den USA nicht realisierbar erscheint. Und diese Feststellung stellt eine besondere Herausforderung dar. Die Effizienzdifferenz zwischen den EU-Kräften im Vergleich zu den USA beträgt nach einer, wenn auch älteren, Studie 0,6 zu 1,0; auch dies ist ein Indiz für eine notwendiges – zumindest – tiefergehende europäische Zusammenarbeit.

Dazu gehört dann eben auch neben einer europäischen Solidarität als Grundlage eine europäische Souveränität, die sich für die Mitgliedstaaten weitgehend in dem Verzicht von entscheidenden Souveränitätstiteln bzw. in deren Übertragung auf eine legitimierte Zentralgewalt ausdrückt.

Eine weitere Herausforderung in dieser Frage liegt in den nationalen Interessen. Die derzeitige variable Interessengeometrie unter den Mitgliedstaaten gibt hier wenig Anlass zur Hoffnung, denn Interessenausgleich oder gar der Verzicht auf eigene Interessen ist als erste Stufe eines Souveränitätsverzichts zu sehen. Insofern scheint mit der Idee einer Europaarmee der zweite oder gar dritte Schritt vor dem ersten gedacht zu werden. Denn erst, wenn es eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gibt, die diesen Namen auch verdient, kann an gemeinsame Streitkräfte herangegangen werden. Diese Feststellung gilt unabhängig von der Struktur der zukünftigen EU, ob als Bundestaat oder als föderativer Staatenbund à la Bundesrepublik und auch unabhängig von der Zahl seiner Mitglieder[34]. Aber erst durch ein solches Europa werden europäische Streitkräfte und ihr Einsatz legitimiert. Weiterhin gehören dann nicht nur

eine gemeinsame europäische Rüstungskontrolle, sondern auch gemeinsame Rüstungsexportrichtlinien in diesen Kontext[35].

Die derzeitige sicherheitspolitische Kooperation bleibt eben eine weitgehend auf eine zu erwartende, aber rechtlich nicht unbedingt verpflichtende noch einklagbare[36] und damit eben variable Zusammenarbeit angewiesen.

Und schließlich ist die Einordnung bzw. die Verantwortung für den unverzichtbaren nuklearen Anteil dieser Europaarmee anzusprechen, in einer zentralen oder einer dem Grundgedanken widersprechenden geteilten Verantwortung. Eine Europaarmee in dem dargestellten Kontext bedeutet dann auch „nukleare Teilhabe" aller Mitglieder. Hier sind nicht nur Frankreich und – auch? – noch oder wieder Großbritannien gefragt. In diesem Zusammenhang ist auch ein – eben auch sicherheitspolitisch relevanter – ständiger Sitz der EU im Sicherheitsrat der VN zu sehen. Ein Verzicht Frankreichs oder auch hier ggf. noch Großbritanniens oder ein „Tripelsitz" mit einem EU-Europa ist aus heutiger Sicht nicht vorstellbar. Ergänzend dazu stellt sich die Frage, wie es Europa mit der NATO hält, oder besser, wie die USA es zukünftig mit der NATO und Europa halten – dies unabhängig von dem derzeitigen Präsidenten der USA. Fragen, die nicht nur die Effizienz und die Ersparnis berühren, sondern die Verteidigungswilligkeit wie -fähigkeit des Westens und Europas überhaupt.

Eine Europaarmee in dem dargestellten Kontext bedeutet auch „nukleare Teilhabe" aller Mitglieder.

Dies gilt insbesondere dann, wenn es dem amerikanischen Präsidenten, zusätzlich zu den Versuchen Putins gelänge, die NATO aufzubrechen und die transatlantische Gemeinschaft nachhaltig zu stören oder gar zu zerstören. Dann ist ein einiges wie machtstarkes Europa umso mehr gefragt und zudem überlebenswichtig. Aber auch ein militärisch autonomes Europa bedürfte zumindest mittelfristig einer transatlantischen Zusammenarbeit und damit der NATO.

Diese grundlegenden, wenn auch nicht alle Bereiche umfassenden und erschöpfenden Feststellungen stehen in Abhängigkeit von der politischen Wünschbarkeit der Entwicklung eines europäischen Staatensystems oder seiner Realisierung. Aber wie oben herausgehoben, erst die o.a. Entwicklung zu einem „Bundestaat Europa", durchaus auch unter Erhalt der nationalstaatlichen Eigenheiten und damit verbundener innerer Dezentralisation,[37] kann die

legitimierte Grundlage für eine Europaarmee bieten. Es ist hier nicht das Ziel, die Rechtsform dieses Europas zu diskutieren, aber die derzeitige Gemengelage scheint, und dies nicht nur im Hinblick auf innere Zustände in den östlichen Mitgliedstaaten, nicht auf eine Abgabe von Souveränität hinzusteuern[38]. Im Gegenteil, mit den aktuellen Entwicklungen vom „Brexit" über den islamischen „Bruchbogen" des Mittelmeers, des Nahen Ostens oder die Querelen um die Nordstream-Pipeline 2, im wirtschaftspolitischen Umgang mit China, den unterschiedlichen Lösungsansätzen für Energie-Sicherheit oder Klimaschutz, den Diskrepanzen über die Herausforderung von Migration und Asyl bis zu den inneren Herausforderungen in einigen rechtstaatlichen Ordnungen in Ost-Mitteleuropa scheint alles mehr auf ein Auseinanderdriften denn auf eine engere Zusammenarbeit hinzuweisen[39]. Damit stellt sich auch die Gretchenfrage nach dem politischen Ziel Europas, wobei zwingend die Frage nach dem „Wofür" und nicht nach dem „Wogegen" beantwortet werden muss, um eine notwendige Empathie für eine europäische Einigung zu entwickeln. Erst wenn die Mitgliedstaaten tatsächlich gewillt sind, sich unter Zurückstellung von nationalen Interessen in einem Europa zu vereinigen, welches im „power play" der Weltmächte – wie immer sich diese zukünftig auch entwickeln mögen - einen ihm geziemenden Platz einnimmt, den daraus folgenden verantwortungsbewussten Part annimmt und politisch wie auch militärisch ausfüllt, erhält eine „Europäische Armee" letztlich erst ihre Berechtigung und ihren Sinn. Und nur so wird Europa eine tatsächliche und umfassende Handlungsfähigkeit erreichen. Der Ausspruch des ehemaligen Bundesministers Töpfer, *„wenn sich die europäischen Staaten politisch nicht zusammenschließen, werden sie einzeln – von China – gehäckselt"*[40], muss zu denken geben. Fünf Jahre später fordert der frühere EZB-Präsident Jean-Claude Trichet: *„Für mich ist das ultimative Ziel eindeutig eine originäre politische Föderation… Wenn sie* [die europäischen Länder] *nicht föderal vereint sind, wird jedes einzelne europäische Land am Ende nicht nur hinter China* [sondern auch weitere Länder] *zurückfallen"*[41]. Damit wird es spätestens jetzt an der Zeit, auch wieder geopolitisch zu denken. Seit Jean Bodin und verstärkt durch Carl Schmitt hat Macht eben auch immer mit politischer Souveränität zu tun, ob man dies gerne hört oder nicht. Und Macht gehört augenscheinlich nicht nur unter deutschen Politikern zu den ungeliebten Begriffen. Der Idee von Macht, wenn auch nicht als zentraler Punkt, muss dennoch als mitentscheidender Motivator für einen europäischen „Staat"

Erst die Entwicklung zu einem „Bundestaat Europa", durchaus auch unter Erhalt der nationalstaatlichen Eigenheiten und damit verbundener innerer Dezentralisation, kann die legitimierte Grundlage für eine Europaarmee bieten.

Raum gegeben werden, ohne die so wohlklingenden wie auch wichtigen und erfolgreichen „Wohlstandsversprechen“ oder „Verteilungsgerechtigkeit“ zu vernachlässigen[42]. Aber diese ersetzen jedoch nicht die Fragen nach Macht und Souveränität. Macht in seiner Verbindung von Politik, Kultur, Gesellschaftspolitik, Ökonomie und Militär, gegründet auf Demokratie und Recht, kann eben auch eine Grundlage für Attraktivität in Sicherheit sein. Wer diese gemeinsame Sicherheit haben will, muss auch gemeinsame Politik wollen oder zumindest akzeptieren und sich dieser unterstellen – das eine geht nicht ohne das andere. Im Übrigen erscheint es zwingend notwendig, dass Europa in einer Welt, deren Ordnung sich aufzulösen scheint und Instabilität wie Unberechenbarkeit zunehmen, sich zu einem Hort der Zuverlässigkeit und Gestaltungsfähigkeit zusammenfindet. Nicht ohne Grund bestehen schon vorab ein Vertrauensvorschuss und eine besondere Attraktivität des – westlichen – freiheitlich-demokratischen Lebensstils. Und schließlich muss hinsichtlich der militärischen Macht das schöne geflügelte wie mahnende Wort von Clausewitz beherzigt werden. *„Jeder Staat hat eine Armee - wenn nicht die eigene, dann eine fremde“.*

Insgesamt ist daher nicht die Europaarmee die Herausforderung, sondern der für diese notwendige politische Überbau – die darüber liegende politische Union.

Und zuletzt, unabhängig von den Entscheidungen unserer Nachbarn, für die Bundesrepublik dürften auf diesem Wege mit den notwendigen Änderungen des Grundgesetzes bis hin zum Abschied vom Parlamentsvorbehalt die größten Herausforderungen zukommen. Zuletzt muss noch ein weiteres sehr sensibles Thema angeführt werden: Die zivile Verteidigung, einschließlich der klassischen „Heimatverteidigung“, als Teil der Gesamtverteidigung mit einem – möglichen – Einsatz von Streitkräften im Inneren, stellt eine weitere und komplexe Baustelle dar. Der neue Operationsplan Deutschland, neben Heimatverteidigung mit dem Schwerpunkt einer Art Neuauflage von „WHNS [Wartime Host Nation Support] als europäische „Drehscheibe“ (s. oben) ist national notwendig und verteidigungspolitisch sinnvoll, kann aber nur bedingt eine Europäisierung bewirken.

Doch alle diese Herausforderungen dürfen nicht daran hindern, positiv weiter zu denken und dann – hoffentlich – „für etwas“ auch zu handeln. Hierzu gehören, und nicht nur national begrenzt, gegenseitiges Vertrauen, strategisches Denken und klarer politischer Wille. Alle diese drei Anforderungen müssen augenscheinlich erst noch entwickelt werden. So bleiben auf absehbare Zeit

nur eine engere europäische Kooperation und gleichzeitiger Erhalt wie Stärkung der NATO, auch und gerade bei den Unwägbarkeiten des derzeitigen amerikanischen Präsidenten. Dennoch gehört es zu den Aufgaben jeder strategischen Betrachtung, Alternativen dafür anzudenken, „if NATO fails" oder auch die naturgegebene transatlantische Zusammenarbeit – und aktuell umso mehr.

Alles in allem, mehr Fragen als Antworten und mehr Probleme als Lösungen. Insgesamt ist daher nicht die Europaarmee die Herausforderung, sondern der für diese notwendige politische Überbau – die darüber liegende politische Union. Vielleicht nur eine Fiktion, aber dennoch überlebensnotwendig für die Zukunft aller einzelnen europäischen Staaten. Daher muss heute die Entscheidung darüber fallen, ob Europa, ob wir diese Union morgen überhaupt so wollen – erfolgreich gestalten können wir sie dann sicherlich.

Dennoch – abschließend muss, dem epochemachenden Werk des Tübinger Professors Langewiesche folgend[43], auf eine besondere Herausforderung hingewiesen werden. Wenn denn der Satz historisch stimmt, und es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, dass Kriege am Beginn von Staaten stehen, dass ohne Krieg weder erfolgreiche Revolutionen stattfinden, noch Reiche oder Nationen entstehen, dass der Krieg also als Gestaltungskraft gesehen wird, dann muss sich auch ein vereintes, souveränes Europa dieser Frage stellen. Die Frage der Ethik einer militärischen Verteidigung ist hierbei noch gar nicht angesprochen. Bislang hat das heutige Europa nach dem Verlust europäischer Weltherrschaft als „politisches Laboratorium" dem Krieg – außer im Kosovo – abgeschworen. Intern hat es eine innerstaatliche Konfliktregelung erreicht und nach außen die Gestalt eines sanften informellen Imperiums ohne Macht angenommen.

Ein wünschenswertes und handlungsfähiges Europa liegt in weiter Ferne. Entscheidend wird die Frage, was wir, was Europa überhaupt will.

Bewegt sich jedoch die Europäische Union in Richtung souveräner Staat mit einer eigenen Armee, würde sie auch ungewollt zum Kriegsherrn. Das Experiment der Vereinigten Staaten von Europa mit dem Willen, auf den Krieg als Kraft der Zukunftsgestaltung zu verzichten, wäre eine fundamentale politische Entscheidung gegen die Geschichte. Ein unerprobter Weg voller Originalität, aber auch von Hoffnung. Vielleicht liegen die Vorbehalte gegen eine europäische Macht und Souveränität gerade in dieser unterschwelligen Furcht,

dann eben doch zu einem Kriegsherrn werden zu müssen. Die aktuelle zögerliche, unzureichende und oftmals zu späte wie widersprüchliche und umstrittene Unterstützung des Verteidigungskampfes der Ukraine vor allem aus Gründen einer „Selbstabschreckung", um eben nicht auch selbst Kriegsherr zu werden, lässt für Europa nicht Gutes erwarten.

Also, was bleibt nach den ernüchternden, allerdings nicht erschöpfenden o. a. Feststellungen und Bewertungen zu tun? Ein wie oben wünschenswertes und handlungsfähiges Europa liegt in weiter Ferne. Entscheidend wird die Frage, was wir, was Europa überhaupt will. Der vorliegende Text will hierzu, über Vorstellungen zu einer Europaarmee hinaus, einige Anregungen geben, die sicherlich diskutierbar sind, aber den politischen Ernst und die dringende Notwendigkeit gemeinsamer strategischer Konsequenzen herausstellen sollen.

Zum Autor: Ulrich C. Kleyser M.A., Oberst a.D., ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen

1 Hierzu ist anzumerken, dass mit 2016 diese Drohungen und Entscheidungen weder neu noch unerwartet sind: Die EU hat wieder einmal ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

2 Nicht Strukturen oder Finanzen sind die Schlüsselmomente, sondern die Verteidigungswilligkeit, insbesondere wenn z. B. (aktuell April 2025) in Deutschland über 60% der Bevölkerung ihr Vaterland nicht mit der Waffe in der Hand verteidigen wollen.

3 Z. B. Manfred Weber, Der EU muss endlich erwachsen werden, in FAZ vom 05. 03 2025 oder Hendrik Kafsack/Werner Mussler, Europa versucht Souveränität, FAZ vom 29. 03.2025.

4 Vgl. hierzu u. a. den Leitartikel "Auf dem Boden bleiben" von Nikolaus Busse in der FAZ vom 18. 12. 2018. Siehe auch Martin van Creveld, Gemeinsam sind wir stark, in: Die Welt kompakt vom 19. 11. 2018, 2.

5 U. a. zuletzt in HAZ vom 14. Februar 2024, verbunden sogar mit der Frage der Europaabgeordneten Barley nach einer „europäischen Atombombe". Darüber hinaus gilt europäische „Autonomie" bislang nur und auch nur teilweise nach innen (Soziales oder Recht), und hierin vor allen in Deutschland mit dem juristischen Zustimmungsvorbehalt (BVerf.G.) einer „konkurrierenden Gesetzgebung".

6 Autarkie, im Allgemeinen für wirtschaftlich/technische Selbstversorgung oder Unabhängigkeit verwendet, kann auch für Verteidigung gelten. Unabhängig ob wirtschaftlich in der Globalisierung überhaupt möglich oder gar wünschenswert gilt für die EU, dass diese vor allem in der Energieversorgung, in militärischem

High-Tech., im Zugriff auf wirtschaftlich existenzielle Ressourcen wie auch im Cyber-Bereich von einer Autarkie weit entfernt ist.

7 U. a., Nikolaus Busse, Nationale Aufgabe, in: FAZ vom 29. Juni 2024.

8 Kommentare u. a., Verband der Reservisten, Loyal vom 17. 05. 2024 oder Hubert Wetzel in SZ vom 21. 02. 2024.

9 HAZ vom 29. 09. 2024, Erhält die EU eine eigene Armee?

10 Wie Harmonisierung, gemeinsame und abgestimmte Investition, Behebung von Fähigkeitslücken,

11 Europäische Kommission: „Gemeinsames Weißbuch zur Europäischen Verteidigung-Bereitschaft 2030", vom 19. März dieses Jahres, hier: Abschnitt 3, S.7.- EU-Weißbuch-imfame_11466392 vom 08. 04. 2025. Interessant hierzu auch eine Studie des österreichischen BM für Verteidigung von 2016, welche die ersten Überlegungen zu einem EU-Weißbuch auf 2008 datiert.

12 Siehe hierzu aktuell: Stefan Goertz, Der „Strategische Kompass" der EU – auf dem Weg zu einer neuen GSVP? In ÖMZ 3/24., Wien 2024, 275 – 279.

13 Vgl. Paul Klein, Militärische Multinationalität in der Geschichte, in: Arbeitskreis Militär und Sozialwissenschaften (Hrsg.), Wozu Armeen? – Europas Streitkräfte vor neuen Aufgaben, Baden-Baden 2008.

14 Der sogenannte Pleven-Plan von 1950, eine gemeinsame Verteidigung Europas durch eine europäische Armee" mit einer vollständigen Verschmelzung schon der Mannschaften sah hierbei vor allem eine Kontrolle des deutschen Nachbarn durch Frankreich vor. Nach vierjährigem Verhandeln ist diese Geschichte vor allem die Geschichte eines Scheiterns mit Folgen bis heute. In Frankreich gelangte der Plan nicht einmal in das Parlament. Entscheidender Grund – damals bewusst – die Weigerung – und nicht nur in Frankreich –, nationale Souveränitätsrechte zu delegierten. Siehe hierzu Gregor Schöllgen, Krieg. Hundert Jahre Weltgeschichte, Bonn 2018, 131 ff.

15 Carl von Clausewitz, Vom Kriege, hrsg. von Werner Hahlweg, Bonn 18 1973, 277.

16 Siehe Paul Klein, a. a. O., 102. Hinweis auf Bredow aus dem Jahr 2001.

17 Hierzu zählen u. a. das Wehrrecht allgemein, das Disziplinarrecht, die Vorgesetztenverordnung, die Regelungen für den Schusswaffengebrauch, Vertretungsrechte (Koalitionsrecht) o. ä, von – möglicherweise – leichter zu lösenden Unterschieden in Führungsvorstellungen oder Verwaltungsfragen (Unterkunft, Besoldung, Verpflegung etc.) ganz zu schweigen. Dieser Komplex bedarf einer eigenen Untersuchung.

18 Aus der Philosophie hergeleiteter Begriff, der mit Eintritt in das soldatische Berufsleben ein bewusstes oder auch unbewusstes Einverständnis bedeutet, sein Leben ein zusetzen. Diese Todesklausel gilt auch dann, wenn nach dem II. Weltkrieg nur der geringste Teil der Soldaten diese Klausel tatsächlich „einlösen" mussten.

19 Siehe Sylvain Paile-Calvo, L´Erasmus militaire entre dans sa dixième année: un élan, des relances, Revue Défence Nationale No 806, Januar 2018, 71ff.

20 Hans Uwe Merger, Ein EU-Verteidigungskommissar, in: Europäische Sicherheit & Technik, Februar 2024, 41.

21 Nach GSVP, um nur einige anzuführen, PESCO, EDA, EDAP, EVF, EDIS mit EDIP, EDTIB und EDIRPA. Weitgehend handelt es sich um unterschiedliche Ansätze für die Verteidigungsindustrie.

22 Ulrich Friese, Rüstung auf europäisch, Loyal 4/2017, 27.

23 NATO-Homepage, Energy Security, update vom 11. Jan. 2024.

24 Green military" beginnt bei der Stromerzeugung, in Europäische Sicherheit & Technik, März 2023, 34.

25 Auch diese müssen über die offenen Fragen nach Fn. 5 hinaus erst noch gemeinsam entwickelt werden.

26 Weißbuch zur Sicherheitspolitik und der Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2016, 120.

27 Hierzu u. a Reinhard Müller, Wehrhaft?, in FAZ vom 23. 01. 2024. Die allgemeine Diskussion hebt hierbei besonders das ohne Pass nicht unbedingt zu erwartende besondere Treuverhältnis hervor.

28 Siehe hierzu insbesondere Martin van Crefeld, Wir Weicheier, Graz 2017.

29 „Ein einheitliches Verständnis, was die Reserve ist oder welche Aufgaben sie wahrnehmen soll, fehlt", Patrick Sensburg, Die Reserve in der Europäischen Union, in: Europäische Sicherheit & Technik, August 2024, 69.

30 Die letzten Richtlinien erschienen 1989!!, die jetzigen sind geheim.

31 Erst dann wird die Kritik von Clausewitz´ über Bündnisse überholt: „Niemals wird man sehen, daß ein Staat, der in der Sache eines anderen aufritt, diese so ernsthaft nimmt wie seine eigene". Carl von Clausewitz, Vom Kriege, a. a. O., 987

32 Selbst die 20teilige Reihe der FAZ unter dem Titel „Zerfällt Europa?" des Jahres 2017 hat einen Hinweis auf die Problematik der europäischen Souveränität vermieden.

33 Siehe hierzu Andreas Ross, Fragen des Schicksals in FAZ vom 07. 02. 2019.

34 Hier wird man auf die unabhängig voneinander in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts von Mitterand, Karl Lamers oder Wolfgang Schäuble vorgestellten Konzepte für ein „Kerneuropa", ein „Europa der drei Kreise" oder für ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten zurückkommen müssen. Die Begründungen brauchen hier nicht weiter verfolgt zu werden. Ebenfalls berühren Fragen zum Abstimmungsrecht (einstimmig, qualifizierte Mehrheit, Veto etc.) mit den daraus abgeleiteten rechtverbindlichen Verpflichtungen den Kontext einer EU-Regierung. Fragen, die hier nicht weiter erörtert werden sollen.

35 Siehe hierzu u.a. Jan Grebe, Für eine Europäisierung der Rüstungskontrolle, Arbeitspapier SiPo , Nr. 4/2018, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin 2018e

36 Hier ist auf die politische Begründung der „Nichteinklagbarkeit" der Verpflichtungen des Migrationspaktes vom Dezember 2018 als Beispiel hinzuweisen.

37 Gerade der Begriff der „Brüsseler Zentralisation" ist zu einem Schreckenswort gegen Europa geworden. Aber die föderative Struktur der Bundesrepublik zeigt, dass sich Bundesstaat und Dezentralisation nicht widersprechen müssen.

38 Mittlerweile scheint auch die jeweilige nationale Souveränität Schaden genommen zu haben, wenn man die Ausbreitung von Parallelgesellschaften mit ihren Clan-Strukturen oder mafiös-kriminellen Unterorganisationen betrachtet, die sich der Kontrolle des „Gaststaates" häufig erfolgreich entziehen.

39 In wie weit z. B. auch „Visegrad IV" oder die sogenannte französisch inspirierte europäische Mittelmeerunion der europäischen Einheit wirklich förderlich sind, ist durchaus zu hinterfragen. So gilt das geflügelte Kissingerwort nach der „Telephonnummer Europas" weiterhin – 27, oder bald mehr Telephonnummern sind eindeutig zu viel.

40 Satz gefallen in Töpfers Vortrag "Europa allein als Verteidiger des Multilateralismus" während des Berliner Colloquiums von Clausewitz-Gesellschaft und BAKS am 04. April 2019. Siehe auch Fußnote 20.

41 Jean-Claude Trichet, Interview in der FAZ NR. 250, vom 16.Oktober 2024, 20.

42 Siehe hierzu auch Gabriel Felbermayer, Der Brexit als Chance für Europa, in FAZ Nr. 45, vom 22. Februar 2019, 18. Doch auch Felbermayer vermeidet in seinem Plädoyer für Reformen die Begriffe Macht und politische Souveränität.

43 Dieter Langewiesche, Der gewaltsame Lehrer. Europas Kriege in der Moderne, München 2019. Hier die gedankliche Zusammenfassung des Abschlusses, 411 ff.

Die Operationsplanung der Niederlande in Norddeutschland während des Kalten Krieges

Rahmenbedingungen – Grundlagen – Planungen

Friedrich K. Jeschonnek

Vorbemerkung

Das neue Strategische Konzept der NATO vom Juli 2022 sieht eine Planung zur Abschreckung eines Angriffskrieges und zur Verteidigung des osteuropäischen Bündnisgebietes vor, in der u.a. Einsatzräume von den jeweils zuständigen Joint Forces Commands (JFC) für nationale und multinationale Korps an der Ostflanke festgelegt wurden.[1] *Eine militärische Planung in Bezug auf Raum, Zeit und Kräfte bereits zu Friedenszeiten ist nicht neu: Derartige Verteidigungsplanungen am ehemaligen „Eisernen Vorhang" hatten sich bereits im Kalten Krieg als ein notwendiges Mittel der Sicherheitspolitik zur Abschreckung und damit verbundener Streitkräfteplanungen erwiesen.*

Die aktuellen politischen und militärischen Entwicklungen in Europa zeigen, wie wichtig es ist, aufzuarbeiten, wie die NATO-Bündnisverteidigung zwischen 1949 und 1991 konzipiert war. Am Beispiel der Planungen des I. Niederländischen Korps (im Folgenden: I. (NL) Korps) kann nicht nur der einstige Verteidigungsbeitrag der niederländischen (NL) Landstreitkräfte in der NATO-Zentralregion mit ihren Rahmenbedingungen und damit verbundene Herausforderungen, sondern damit auch die enge Kooperation mit dem I. Deutschen Korps (im Folgenden: I. (GE) Korps) dargestellt werden. Die einstige Kooperation gehört heute zur Geschichte des Deutsch-Niederländischen (D/NL) Korps.[2] Während im deutschsprachigen Raum die Erforschung der Planungen noch in den Anfängen steckt[3], liegen seit längerem in den Niederlanden dazu umfangreiche Studien und Arbeiten[4] vor.

Mit der Überblicksdarstellung soll die Frage beantwortet werden, wie das I. (NL) Korps im Laufe von vier Jahrzehnten die von der NATO zugewiesenen Räume von der niederländischen IJssel bis zur Elbe zu verteidigen beabsichtigte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich der NL-Verantwortungsbereich von den Anfängen bis zum Ende des Kalten Krieges schrittweise nach Osten an die Innerdeutsche Grenze (IDG) verlagerte. Einzubeziehen ist dabei das I. (GE) Korps, das auf die Unterstützung von Aufmarsch und Anfangsoperationen im

NL-Korpsbereich eingestellt war. Es gilt aufzuzeigen, ob und wie operative Herausforderungen gelöst und Defizite kompensiert wurden.

Im ersten Abschnitt werden die sicherheitspolitischen, strategischen und operativen Rahmenbedingungen für die niederländische Operationsplanung beschrieben. Dabei wird auf Raum, Zeit und Kräfte eingegangen. Vor diesem Hintergrund werden im zweiten Teil die wesentlichen konzeptionellen Grundlagen und Charakteristika der Operationsplanung in einem historischen Längsschnitt von 1949 bis 1990 erklärt. Abschließend wird die aus den operativen Erfordernissen entstandene Deutsch-Niederländische Zusammenarbeit zusammengefaßt.

1. Rahmenbedingungen

Bestimmt wurde die niederländische Planung für den Verteidigungsfall sowohl durch sicherheitspolitische Vorgaben und Konzepte, militärische Strategien der NATO als auch durch eigene nationale politische Bindungen, Ausrüstung, operative wie taktische Fähigkeiten der Streitkräfte und deren Weiterentwicklung. Weitere Einflüsse waren die wahrgenommene Bedrohung, Resilienz-Entwicklung in der Bevölkerung, geografische Bedingungen und nationale Finanzierung.

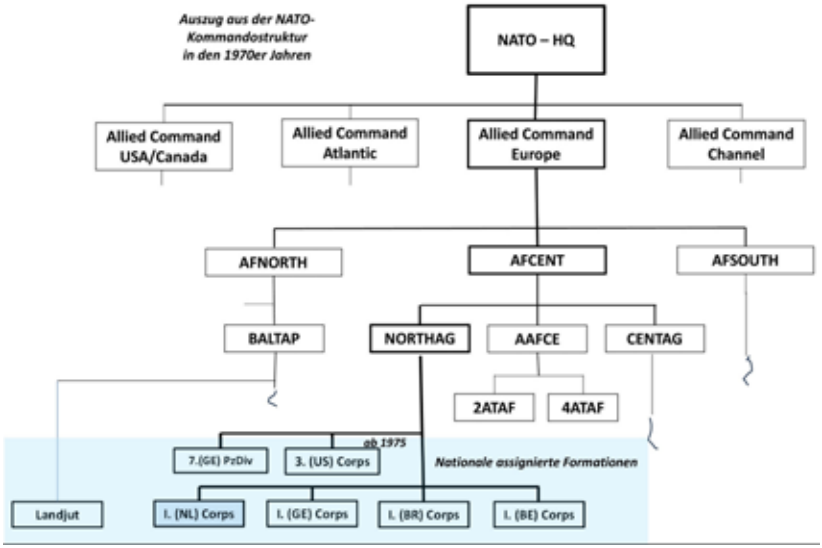
1.1 Sicherheitspolitik und Bündnisverteidigung

Vor dem Hintergrund der negativen Erfahrungen eigener Neutralität zu Beginn des Zweiten Weltkrieges und dem Willen, das niederländische Staatsgebiet im Falle eines sowjetischen Angriffes zu verteidigen, gehörten die Niederlande 1949 zu den Gründungsnationen der NATO und WEU.[5] Mit der Rückkehr eines Großteils der Truppen aus den Kolonialgebieten um 1950 wurde ein Großteil der Landstreitkräfte in einem mobilmachungsabhängigen Korps zusammengefasst und dessen Einsatz in der NATO-Heeresgruppe Nord (NORTHAG) vertraglich geregelt. Damit unterstand das I. (NL) Korps im Frieden sowohl dem niederländischen Verteidigungsministerium als auch dem NORTHAG-Befehlshaber für einsatzbezogene Planungsaufgaben. Die Operationsplanung des I. (NL) Korps wurde von Anfang an bis zum Ende des Kalten Krieges von der NORTHAG in enger Zusammenarbeit mit dem I. (GE) Korps bestimmt.[6]

Hierzu wies die NORTHAG dem I. (NL) Korps den nördlichsten von vier Korps-Gefechtsstreifen zu. Er bildete damit ein Vorfeld für die Verteidigung des NL-Staatsgebietes. Der nördliche Rand des Bereiches des I. (NL) Korps bildete zugleich die Grenze zwischen der NATO-Zentralregion (Allied Forces Central Europe, AFCENT) und der NATO-Nordregion, dem Kommandobereich Allied Forces Northern Europe (AFNORTH), und dort dem Bereich des Deutsch-Dänischen Korps LANDJUT. Im Süden grenzte der NL-Gefechtsstreifen an den des I. (GE) Korps. Noch weiter südlich davon befanden sich die Verteidigungsräume des I. Britischen und I. Belgischen Korps. Die ostwärtigen Grenzen des I. (NL) Korps veränderten sich analog zu den Planungen an der IJssel (1949) bis an die Innerdeutsche Grenze (IDG) (ab 1969). Die westliche Begrenzung verschob sich entsprechend. Die Verteidigungsorganisation in der Zentralregion wurde aufgrund der Raumaufteilung durch die Presse als „Schichttorte" bezeichnet. Die zugewiesenen Korpsgefechtsstreifen nannte man militärisch „Boxen".[7] Es wurde erwartet, dass die jeweiligen Korps, darunter das I. (NL) Korps, in ihren Gefechtsstreifen mit einem beweglichen Gefecht einen gegnerischen Ein- bzw. Durchbruch unter Einsatz ihrer bzw. NATO-Reserven verhindern würden.

Die NATO koordinierte mit ihrer Kommandostruktur (NATO-KS) die Einsatzplanungen. Sie bewertete jährlich die jeweils vorhandenen bzw. zukünftigen Fähigkeiten und den Grad der Einsatzbereitschaft der Truppen ihrer Mitgliedsstaaten, so auch den niederländischen Beitrag.[8] Die NATO nahm dadurch Einfluss auf die truppenstellenden Nationen, um deren Streitkräfteumfänge vereinbarungsgemäß zu realisieren. Dies hat sich auf die Qualität und Einsatzfähigkeit ausgewirkt. In Bezug auf ihre Bündnisverpflichtungen unternahmen die niederländischen Regierungen im Laufe der Jahrzehnte verschiedene Anstrengungen, um die Fähigkeiten des I. (NL) Korps verbessern und auftragsgemäß einsetzen zu können.[9]

Die Operationsplanungen der Korps wurden durch einen fortgeschriebenen NORTHAG-Operationsplan bestimmt, der bis 1969 als Emergency Defence Plan (EDP), Notverteidigungsplan, danach als General Defence Plan (GDP), Allgemeiner Verteidigungsplan, bezeichnet wurde. Für die Ausarbeitung und Vorlage der Operationspläne wurden Zeiträume gewährt, damit die Korps ihre Planungen erstellen und mit der NORTHAG abstimmen konnten. In einer Krise war vorgesehen, dass die Umstellung vom Friedensdienst auf Führungsfähigkeit, Mobilmachung, Aufmarsch und Anfangsoperationen der EDP/GDP durch das NATO-Alarm-System gesteuert würde.[10] Die Inhalte der Operationspläne aller militärischen NATO-Ebenen waren mit militärischen Alarmstufen und -maßnahmen verknüpft. Im Alarmsystem war festgelegt, welche Stellen der NATO und der Bündnisnationen Alarmstufen oder gebündelte Alarm- bzw. Einzelmaßnahmen auslösen durften.[11] Mobilmachung und Aufmarsch waren derart sensible einzelstaatliche und bündnisgemeinsame Entscheidungen, dass ihre Auslösung sowohl national als auch im NATO-Rat abgestimmt und entschieden werden mussten. Dies bedeutete, dass der jeweilige Kommandierende General nicht nach eigenem Ermessen seine Truppen alarmieren und einsetzen konnte, ohne dass dazu bündnisgemeinsame wie auch einzelstaatliche bzw. parlamentarische Entscheidungen vorlagen und über das Alarmsystem übermittelt worden wären.[12]



Entscheidungen über den Einsatz des I. (NL) Korps hätten sich an nachrichtendienstlich bestätigten gegnerischen Handlungen orientiert, die auf die Vorbereitung eines Angriffs hindeuteten. Die NL-Regierung entschied auch über die Durchführung von Großübungen, bei denen Teile des Korps ggf. mit Verbündeten einsatzrelevante Themen in Deutschland übten. Die Entscheidungskompetenz auf Parlamentsebene durch zwei Kammern verdeutlichte den Primat der Politik in den Niederlanden.[13] Die Entschlossenheit der regierungsamtlichen Entscheidungsträger und die Dauer sicherheitspolitischer Entscheidungsprozesse bestimmten nicht nur die Aussichten auf die zeitgerechte Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte, sondern zugleich die Zeit, die für Mobilmachung und Aufmarsch vor einem erwarteten Angriff zur Verfügung standen.

Auf der Basis einer Bedrohungsanalyse aus Sicht der NATO und der einzelnen Mitgliedsstaaten würde der NATO-Rat über die Anwendung des Bündnisfalls gemäß Art. 5 des NATO-Vertrages abstimmen. Konnten in einer derartigen Situation Entscheidungen nicht oder erst verspätet getroffen werden, hätte dies bei einem Überraschungsangriff die Auslösung von Planungen und Operationen gefährden können. Dieses Risiko galt für alle Nationen und die NATO als Bündnis. In den USA und Großbritannien musste darüber hinaus im Kriegsverlauf ggf. über den Einsatz bzw. Freigabe von Nuklearwaffen entschieden werden.[14]

1.2 Bedrohung

Bestimmend war die Befürchtung, dass die Sowjetunion – ähnlich wie 1950 in Korea – einen Angriff nach Westen zur Eroberung eines Teils des europäischen Kontinentes durchführen könnte. Die Nachrichtengewinnung im Bereich der Zentralregion in Europa und in den Niederlanden konzentrierte sich vorrangig auf die Fähigkeiten und Aktivitäten der sowjetischen Streitkräfte in der DDR bzw. CSSR und dabei auf Indikatoren, nach denen mit kurzer Vorbereitungszeit angegriffen werden könnte. Ab 1956 rechnete die NATO mit weiteren Kräften aus der Warschauer Vertragsorganisation (WVO). Für das I. (NL) Korps am linken Flügel der NORTHAG wurde zunächst ein Angriff der 2. sowjetischen Gardepanzerarmee (2. GPA) angenommen. Der 2. GPA würde eine weitere Armee folgen. In den siebziger Jahren wurden darüber hinaus eine polnische Armee und Teile der NVA vor dem I. (NL) Korps vermutet.[15]

Absichten der WVO im Kriegsfalle mit den dargestellten Armeen der Ersten Operativen Staffel der WVO in Norddeutschland anzugreifen. Diese Planung wurde Anfang der 1960er Jahre unter sowjetischer Anleitung erstellt. Das 5. Armeekorps der NVA hatte als erste Aufgabe den Angriff zu sichern.

Wie die heutige polnische historische Forschung zeigt, war von der Sowjetunion bzw. der WVO seit 1964 der Angriff zweier hintereinander gestaffelter Armeen (2. und 4. Armee) der Polnischen Küstenfront auf das I. (NL) Korps mit Angriffszielen Den Haag und Calais vorgesehen. Die Masse der sowjetischen 2. GPA hätte vermutlich auf der Naht zwischen I. (NL) und I. (GE) Korps angegriffen.[16] Die polnischen Angriffsspitzen hätten danach die Elbe zwei Tage nach Kriegsbeginn erreichen und diese zu überwinden. Absicht der polnischen Front war, das I. (NL) Korps und das dänisch-deutsche Nachbarkorps LANDJUT beiderseits der Elbe so wirksam zu zerschlagen, dass beide Staaten, die Niederlande wie Dänemark, ihre Mitwirkung in der NATO-Verteidigung aufgeben würden. Aus dem Jahr 1983 ist eine WVO-Planungsoption bekannt geworden, nach der die um 1980 neu formierte 5. Armee (Militärbezirk V) der NVA noch am Tag des Kriegsbeginns die Elbe zwischen Boizenburg und Schnakenburg überwinden würde und in den niederländischen Sektor angegriffen hätte.[17] Teile der polnischen Front würden ca. 2-3 Tage später folgen oder auch anderweitig eingesetzt.

Auch wenn zu dieser Zeit die WVO-Planungen in der NATO nur rudimentär bekannt waren, so war die generelle Befürchtung der NATO und der betroffenen Staaten – wie sich heute zeigt – berechtigt, von einer überlegenen Bedrohung des NL-NORTHAG-Sektors auszugehen. Durch Auswertungen von WVO-Übungen war erkannt worden, dass ab Ende der 1950er Jahre ein Angriff durch den Einsatz von taktischen Nuklearwaffen (TNW) auf die Bundesrepublik und die Niederlande begleitet worden wäre.[18]

1.3 Strategien

NATO - Strategieentwicklung im Kalten Krieg

Zeitraum	Strategie	Fähigkeiten	
1949 - 1957	„Schild und Schwert"-Strategie	Konventionelle nuklear strategische	MC 14/1
1957 - 1967	Massive Retalliation	konventionelle nuklear taktische nuklear strategische	MC 14/2
1967 - 1991	Flexible Response - Direktverteidigung - Vorbedachte Eskalation - Allgemeiner Krieg	Konventionelle Nuklear taktische Nuklear strategische (global und eurostrategisch)	MC 14/3

Vorgabe für die NL-Operationsplanungen war die jeweils gültige NATO-Militärstrategie. Das erste strategische Konzept MC 14/1 wurde als „Schild und Schwert"-Strategie bezeichnet. Sie sah aufgrund begrenzter konventioneller Fähigkeiten eine Verzögerung durch Westdeutschland und eine Verteidigung der NATO-Zentralregion an IJssel und Rhein vor. Zur Beendigung sowjetischer Angriffe war der Einsatz von US-strategischen Nuklearwaffen gegen Ziele in der Sowjetunion vorgesehen.[19] Dieses Konzept war nur wenige Jahre gültig, bis die UdSSR mit eigenen Nuklearwaffen aufrüstete. Als Antwort wurden in Europa neu entwickelte amerikanische TNW als ein Gegengewicht zur sowjetischen überlegenen Angriffsfähigkeit stationiert.[20] Dafür erforderliche nukleare Trägermittel wurden durch mehrere NATO-Staaten beschafft. Die Niederlande planten den Einsatz von TNW mittels nuklear-waffenfähiger Kampfflugzeuge, Artilleriegeschützen, -raketen, Flugabwehrraketen und Kernladungen ein.[21]

Etwa zeitgleich zu den TNW wurde 1956in der NATO das strategische Konzept der Massiven Vergeltung (Massive Retaliation) gemäß MC 14/2 eingeführt.[22] TNW wurden zeitweilig in den NL wie besonders wirksame konventionelle Waffen dargestellt und eingeplant. Bei quantitativ unterlegenen konventionellen Fähigkeiten sollten überlegene Angriffe der WVO durch taktische Nuklearschläge und nukleare Feuerfelder aufgehalten werden. Ihre Verfügbarkeit und Zielplanung sollten bereits im Frieden kriegsverhindernd und abschreckend wirken. Im Kriegsfalle sollten sie Angriffe der WVO aufhalten

und damit eine Entscheidung herbeiführen. Sowohl die krisenhaften Entwicklungen um Berlin 1961 als auch die Kuba-Krise 1962 führten den USA und anderen NATO-Staaten vor Augen, dass es bei Anwendung der Massiven Vergeltung sehr schnell zu einem Nuklearkrieg mit verheerenden Auswirkungen in den jeweiligen Einsatzgebieten kommen und zum strategischen Nuklearkrieg führen würde. Deshalb wurde ein Strategiewechsel eingeleitet.

Im Dezember 1967 wurde das neue strategische Konzept der Flexible Response (Flexible Antwort) gemäß MC 14/3 (Umsetzung im Dokument MC 48/3) in der NATO beschlossen.[23] Es sah bei Ausbruch von Feindseligkeiten vor, regionalen wie umfassenden Angriffen auf gleichem Fähigkeitsniveau, d.h. vorerst nur mit konventionellen Waffen, zu begegnen. Im Falle eines gegnerischen Nukleareinsatzes oder beim Versagen der konventionellen Verteidigung war eine Eskalation auf die Stufe einer „Vorbedachten Reaktion" und ggf. der Einsatz TNW vorgesehen. Die dritte Stufe bedeutete den uneingeschränkten Nuklearkrieg mit strategischem Nuklearwaffeneinsatz. Die Erfordernisse, sowohl im Frieden abzuschrecken als auch einen Konflikt durch konventionelle Verteidigung zu beenden, standen ebenso im Vordergrund wie die sicherheitspolitische Botschaft, dass sich ein Angriff jedweden Ausmaßes für einen Gegner wegen der Eskalationsrisiken nicht lohnen würde.

Verbunden mit der Einführung der Flexiblen Response war die Realisierung einer schon länger bestehenden deutschen Forderung, die Verteidigung entlang der Innerdeutschen Grenze (IDG) auszuplanen. Damit sollte verhindert werden, dass große Teile der Bundesrepublik Deutschland im Kriegsfalle aufgegeben werden müssten oder zum Schlachtfeld würden. Während bereits im Rahmen der Strategie der Massive Retalliation ein grenznahes Verzögern über rund 100 km bis zur Weser-Lech-Linie bestimmend war, war mit dem Wechsel zur Flexible Response nach kurzer Verzögerung die Verteidigung grenznah aufzunehmen.[24] Die Niederlande wirkten in der NATO an diesen Entwicklungen und Diskussionen um strategische Konzepte aktiv mit und setzten sie auf der Basis der NATO-Beschlüsse und der operativen Vorgaben der NORTHAG u.a. in Aufträgen für das I. (NL) Korps um. Mit diesem strategischen Konzept verschob sich der Einsatzraum des I. (NL) Korps weiter nach Osten.[25]

1.4 Einsatzräume

In frühester Planung war die Verteidigung der NORTHAG am Westufer von IJssel (beiderseits Zwolle) und Rhein (etwa Kalkar) vorgesehen. Als Teil der

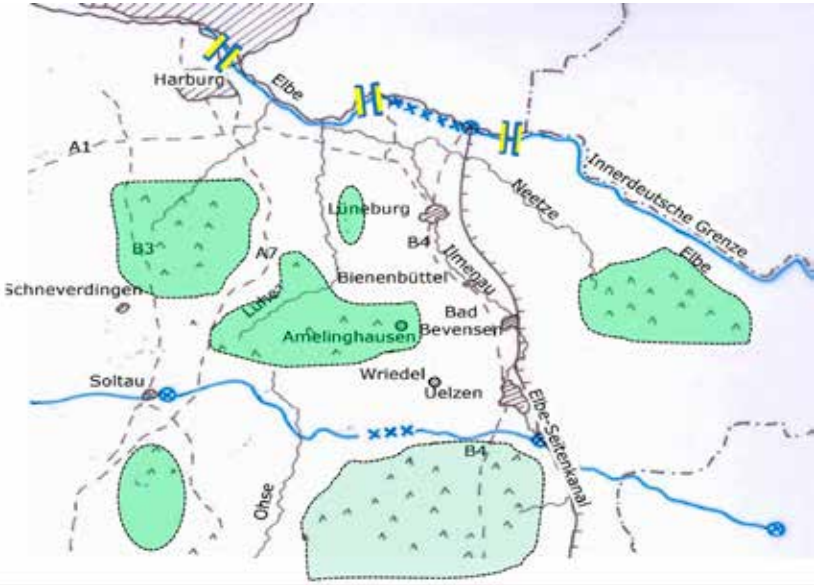
NL-Landesverteidigung wurden entlang der IJssel bautechnische Vorkehrungen getroffen, um durch Überschwemmungen eine schnelle Einnahme der westlichen und südlichen Niederlande zu verhindern.[26] Von operativen Vorteil war, dass die niederländischen Truppen ihre Einsatzräume nach einem kurzen Aufmarsch erreichen konnten oder im zu verteidigenden Raum bereits stationiert waren. Das galt 1955 auch noch, als eine Verzögerung weiter ostwärts vom Dortmund-Ems-Kanal bis an die IJssel vorgesehen wurde.[27]

Darstellung des Gesamtraumes, in dem zwischen 1949 und 1991 Teile des I. (NL) Korps eingesetzt worden wären. Die Zeitlinien weisen darauf hin, zu welchen Zeitpunkten sich die Verteidigung schrittweise analog zur Strategieentwicklung nach Osten verschob. Von 1969 bis 1991 war aufgrund der Vorneverteidigung der ostwärtige Teil zwischen Weser und Elbe die Kampfzone.

Die Verantwortungsbereiche mit ihren Grenzen änderten sich gravierend, als 1959 dem I. (NL) Korps eine Verzögerungszone von 25 km Breite und 120 km Länge von der Elbe bei Dannenberg bis zum Ostufer der Weser beiderseits Bremen zugewiesen wurde. Daran schloss sich entlang des westlichen Weser-Ufers zwischen Bremerhaven und Verden (Aller) ein neuer NL-Verteidigungsraum bis zur Ems an. Ende der 1960er Jahre wurde die Verzögerungszone (ca. 30 km) auf den „Dannenberger Zipfel“ erweitert und der Vordere Rand der Verteidigung (VRV) entlang des im Bau befindlichen Elbe-Seiten-Kanals[28] vorgegeben.

Die nördliche Grenze zum Kommandobereich AFNORTH verlief entlang der Elbe. Die wenigen Brücken entlang der Elbe von Hitzacker bis Hamburg und der Elbtunnel hatten aufgrund ihrer Lage operative Bedeutung. Sie waren in die NL-Planungen einzubeziehen. Mit diesen Veränderungen verschob sich die Rückwärtige Grenze des I. (NL) Korps von der Ems bis an die Autobahnlinie A 1 (Bremen-Ruhrgebiet). Die südliche Grenze zum I. (GE) Korps verlief zunächst vom Südrand Lüneburg-Schneverdingen-Visselhövede-Verden bis Lingen. 1967 wurde die südliche Begrenzung aufgrund neuer Raumordnungen ca. 40 km nach Süden auf die Linie Lüchow – Südrand Uelzen – Munster verschoben. 1974 erfolgte eine weitere Verlegung nach Süden. Damit wurde der NL-Sektor immer größer. Er blieb in dieser Größe bis zum Ende des Kalten Krieges bestehen.[29] Insgesamt kann der endgültige NL-Verantwortungsbereich aufgrund der sich von Ost nach West verändernden geographischen Gestalt in drei Abschnitte, einen ostwärtigen, mittleren und westlichen, aufgeteilt, wie folgt beurteilt werden:

Ein ostwärtiger Abschnitt erstreckte sich in einer Tiefe von 100 km und Breite von 30 – 50 km vom Elbufer zwischen Lauenburg und Schnakenburg bis zur Bundesstraße B 3 (zwischen Buxtehude und Soltau). Bei einer grenznahen Verzögerung und Verteidigung kam es darauf an, das leicht wellige, bewaldete und zersiedelte Gelände zu nutzen, um einem Gegner durch Feuer ggf. ein Überwinden der Elbe zu erschweren, ihn dann aufzusplittern oder zu kanalisieren, zu verlangsamen und innerhalb des Abschnittes möglichst am Elbe-Seiten-Kanal vor dem offenen Raum zwischen Bienenbüttel, Uelzen und Soltau, dem Schlüsselgelände, zum Stehen zu bringen. Hinderniswert hatten quer zur Angriffsrichtung verlaufende Gewässer wie der Elbe-Seiten-Kanal, die Neetze, Ilmenau, Ohse, Aue und Seve. Gemäß Vorneverteidigung war dieser Abschnitt zu halten und hier durch Gefechte einschließlich Gegenangriffen und / oder ggf. verbunden mit nuklearen Wirkmitteln eine operative Entscheidung herbeizuführen.



Ostwärtiger Teil des Korpsgebietes.

Im mittleren Abschnitt von der B 3 bis zum Ostufer der Weser schloss sich nach Westen ein weitgehend offener, teilweise zersiedelter wegereicher und von kleineren Flussläufen durchschnittener ca. 50 km tiefer und breiter Raum an, der zur Bereitstellung von operativen Reserven und als Einsatzraum für Unterstützungskräfte geeignet war. Im Zeitraum von 1955 bis 1969 hätte gemäß den NATO-Planungen in diesem Abschnitt eine nuklear gestützte Entscheidungsschlacht beiderseits der Weser stattgefunden. Später von 1969 an hätte eine Einnahme dieses Abschnittes bedeutet, dass ein Gegner die Vorneverteidigung erfolgreich überwunden hätte. Dies hätte ihm das Eindrehen sowohl weiter nach Westen als auch in den Rücken des I. (NL) und I. (GE) Korps ermöglicht. Die NL-Planung für diesen Abschnitt musste berücksichtigen, dass gegnerische Luftlandetruppen versuchen würden, südlich Bremen Weser- und Allerübergänge in Besitz zu nehmen, um die NATO-Verteidigung zu überwinden.[30] Für den Zusammenhalt der NORTHAG-Verteidigung war dieser mittlere Abschnitt stets von operativer Bedeutung.

Der Raum westlich der Weser bis zur Landesgrenze eignete sich durch seine Offenheit, landwirtschaftliche, teilweise kleinindustrielle Nutzung als Rückwärtiges Gebiet, Verbindungszone sowie für Verfügungsräume von Operati-

ven Reserven, Korps- und Territorial- bzw. alliierten Verstärkungskräften. Für einen Gegner wie die WVO, die in wenigen Tagen raumgreifend bis in die BENELUX-Staaten und Nordfrankreich anzugreifen beabsichtigte, war dieser Abschnitt mit seinem Wege- und Straßennetz ein möglicher Vormarschraum, um zugleich die Flanke weiter südlich vorgehender sowjetischer Armeen abzusichern und den Nachschub aus den deutschen Nordseehäfen abzuschneiden.

1.5 Zeitfaktor

Die Verschiebungen der Verteidigung nach Osten hatten zur Folge, dass sich der Aufmarsch aus den Niederlanden deutlich verlängerte. Ab 1969 bedurfte es eines längeren Anmarsches von ca. 350 km. Bei der angenommenen kurzen Warnzeit von 48 Std. wäre eine Lücke bis zum Eintreffen des I. (NL) Korps entstanden. Das war ein Problem für die NORTHAG, Niederlande und Deutschland.[31] Der räumlich bedingte Zeitverzug für den Aufmarsch das I. (NL) Korps bedeutete, dass die Lücke erst nach ca. 96 Stunden geschlossen werden konnte. Diese Situation war weder für die NATO, die NATO-KS, besonders die NORTHAG, AFCENT und AFNORTH, noch für die Bundesrepublik Deutschland hinnehmbar. Deshalb wurde geprüft, ob eine NL Division dauerhaft im Einsatzraum in Norddeutschland stationiert werden könnte, die von dort den NL Aufmarsch sichern würde.[32]

So verhandelten 1960 bis 1962 das deutsche und niederländische Außen- und Verteidigungs-ministerium über eine ständige Stationierung von niederländischen Truppen in der Bundesrepublik und damit verbundene Kompensationen. Im Ergebnis wurde die Dislozierung einer NL Brigade in Seedorf und Langemannshof vereinbart. Im Gegenzug wurde von den Niederlanden zugestanden, dass in der NL Garnison Budel gleichstarke deutsche Truppen, im Kern ein Luftwaffenausbildungsregiment, stationiert wurden. Damit wurden finanzielle Belastungen annähernd ausgeglichen und die operative Ausgangslage für das I. (NL) Korps gemildert.[33]

Darüber hinaus verpflichtete sich die Bundesrepublik Deutschland, den niederländischen Sektor mit Teilen des I. (GE) Korps für die Dauer des Aufmarsches zu sichern. Es wurde in Kauf genommen, dass unmittelbar vor und nach Kriegsbeginn die 3. (GE) Panzerdivision (3. (GE) PzDiv), bisherige Reserve des I. (GE) Korps, außerhalb des deutschen Verantwortungsgebietes gebunden würde. Eine anderweitige Lösung gab es nicht. Die sich daraus ergebenden Absprachen und Regelungen wurden Teil der Operationsplanung für den Sektor

des I. (NL) Corps.[34] 1977 wurden erneut vergebliche Versuche unternommen, eine weitere niederländische Brigade ständig in die Bundesrepublik zu verlegen.

Nachdem dieser Versuch aus finanziellen Gründen scheiterte, vergrößerten die Niederlande ihren Bestand an Eisenbahnwaggons, um die Kräfte über ein erweitertes Schienennetz schneller ins Einsatzgebiet zu transportieren. Um das Dilemma des Zeitverzugs weiter zu mildern, optimierten die Niederlande die Mobilmachungsvorbereitungen. Deutscherseits wurde unterstützt, dass die aus den Niederlanden anmarschierenden Kräfte auf Schienen und Straßen Vorrang zugesichert bekamen. Der ursprünglich auf 4 – 5 Tage prognostizierte Aufmarsch konnte in den 1980er Jahren für den Kern des I. (NL) Korps auf 48 bis 72 Std reduziert werden. Dazu gehörte, dass der Gefechtsstand des I. (NL) Korps vorab in den Einsatzraum verlegte und die Führung über die dortigen Kräfte vor Kriegsausbruch übernahm.[35] Diese Raum-Zeit-Konstellation bedeutete eine sehr ungünstige Rahmenbedingung für die Einsatzplanung und spiegelte sich in den noch darzustellenden Plänen wider.

1.6 Strukturen und Kräfte

Neben sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen wie Bedrohung, Strategien, Raum und Zeit wurden die Einsatzplanungen durch die jeweils verfügbaren Kräfte bzw. Mittel bestimmt. In den ersten Nachkriegsjahren bis ca. 1952 unterstützen erst die USA, dann Großbritannien den Aufbau der niederländischen Streitkräfte. Diese waren zunächst zur Aufstandsbekämpfung und dem Policing in Indonesien eingesetzt.[36] Mit den Überlegungen zum Aufbau von gemeinsamen Streitkräften in der WEU und NATO wurden Erwartungen laut, dass auch kleinere Staaten wie die Niederlande und Belgien jeweils bis zu sieben Divisionen nach britischen Muster aufstellen sollten. Dem standen 1950 bis 1952 niederländische Vorschläge für fünf Mobilmachungsdivisionen, davon drei bzw. zwei in einem Korps zusammengefasst, gegenüber.[37] Diese Vorschläge wären weder leistbar noch volkswirtschaftlich durchhaltbar gewesen. Sie wurden deshalb nicht realisiert.

Mit amerikanischen und britischen Material wurde zwischen 1951 und 1955 zunächst das I. (NL) Korps mit vier nicht-aktiven Divisionen (1,3,4,5 Division) aufgestellt. Die Divisionen entsprachen dem amerikanischen Standard-Infanterie-Divisionsmodell von 1954, das drei Regimentskampfgruppen, ein Panzerbataillon, einen Artillerie-, Pionier-, Instandsetzungs- und Sanitätsverband sowie eine Aufklärungs-, Nachschub-, Fernmelde-, Militärpolizei- und

Verwaltungseinheit umfasste. Ergänzt wurden die Fähigkeiten auf Korpsebene durch weitere aktive bzw. teilgekaderte Verbände und Einheiten aus Kampf-, Kampfunterstützungs-, Logistik-/Sanitäts- und Führungstruppen. Die Kriegsstruktur wurde 1955 auf drei nicht-aktive Divisionen gekürzt und eine vierte als unabhängige Division vorgesehen.[38]

Eine Territorialstruktur wurde für die Niederlande mit den Bezirken Nord, West, Ost, Südwest und Südost geschaffen, der anfangs einige mobilmachungsabhängige Kampftruppen wie die 44. Regimentskampfgruppe, ortsfeste Objektschutzkompanien und eine bodengebundene Flugabwehr angehörten. 1955 wurde auf der Basis von Erfahrungen bei der großen nationalen Flutkatastrophe von 1953 eine neue territoriale Reservestruktur geschaffen, in der ein „Korps Mobile Colonnen" (KMC) zur Aufnahme älterer Reservistenjahrgänge für Aufgaben des Katastrophenschutzes in der zivilen Landesverteidigung diente.

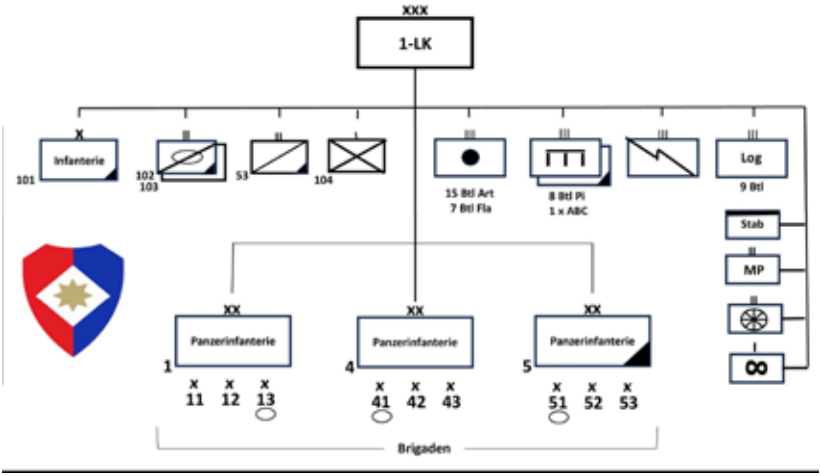
Die Umstellung auf die Strategie der Massive Retaliation in 1956 bedeutete eine erneute Reorganisation innerhalb des I. (NL) Korps. Das inzwischen veränderte Streitkräfteziel mit drei Mobilmachungsdivisionen und zwei weiteren selbständigen Divisionen wurde zugunsten der Ausstattung mit nuklearen Waffenträgern bei der Artillerie und Luftwaffe (Second Strike Capability) aufgegeben. Eine neue Divisionsstruktur „Atoom " mit geringerer personeller Stärke wurde von der NATO empfohlen und in den Niederlanden umgesetzt. Charakteristisch war der Ersatz der Regimenter durch Kampfgruppen. Zugleich wurden Untersuchungen angestellt, zwei Korpsstäbe mit je zwei Divisionen aufzustellen, aber als nicht leistbar wieder verworfen.[39]

1958 wurde entschieden, dem I. (NL) Korps zwei teilaktive Divisionen, die 1. (NL) und 4. (NL) Division, zu unterstellen und die 5. (NL) Division als nichtaktiven Großverband außerhalb des Korps vorzusehen. Die beiden Divisionen des I. (NL) Korps wurden 1960 in eine neue Struktur umgegliedert, die dem deutschen Divisionsmodell (Landcent-Division)[40] entsprach. Die Landcent-Division bestand aus drei Brigaden und weiteren Divisionstruppen. Sie war beweglich, damit geeignet für Verzögerung bzw. Verteidigung und konnte unter nuklearer Bedrohung operieren. In der Krise um Berlin und Kuba zwischen 1960 und 1963 wurde zusätzlich eine 121. leichte Brigade aufgestellt und nach Munster verlegt, um als Verzögerungsverband im Kriegsfalle zusammen mit der 3. (GE) PzDiv den niederländischen Aufmarsch zu decken.[41]

Die ab 1963 unterstützende 3. (GE) PzDiv führte die Panzergrenadierbrigade 7 und die Panzerbrigaden 8 und 9 sowie Divisionstruppen aus Pionieren und Artillerie, Instandsetzungs-, Nachschub- bzw. Sanitätsverband und Führungstruppen. Ihre Fähigkeiten wurden im Rahmen der Heeresstrukturen 3 und 4 kontinuierlich verbessert.[42] Im Vergleich zu den niederländischen Divisionen, die aus zwei Panzerinfanteriebrigaden (Panzergrenadierbrigaden) und einer Panzerbrigade bestanden, war die 3. (GE) PzDiv mit zwei Panzerbrigaden „panzerstark".

Aufgrund erneuter organisatorischer Veränderungen bestand das I. (NL) Korps 1963 aus einem Korpsstab, zwei teilaktiven Divisionen (1. und 4.), zwei selbständigen, mobilmachungsabhängigen Brigaden (101. und 32.) und weitgehend präsenten Korpstruppen in jeweils Regimentsstärke (Artillerieregiment, Pionierregiment, Nachschub-, Instandsetzungs,- Transport- und Sanitätsregiment). Die Panzerbrigade 41 der 4. (NL) Div. wurde zu 100% personell und materiell aufgefüllt und ab 1962 in Seedorf, weniger als 100 km vom Einsatzraum entfernt, stationiert. Die nicht aktive 5. (NL) Div wurde 1963/64 in einen mobilmachungsabhänigigen Großverband mit drei Brigaden und Divisionstruppen für Sicherungsaufgaben in Rückwärtigen Gebieten[43] umgegliedert und erweitert. Diese Organisation hatte bis 1971 Bestand.[44]

Struktur I. (NL) Korps 1982



1971 erfolgten die letzten bedeutenden Strukturanpassungen, die bis zum Ende des Kalten Krieges Bestand hatten. Hierzu gehörte schon 1969 die Unterstellung der 5. (NL) Div unter das I. (NL) Corps. Die Mechanisierung der 5. (NL) Div wurde ab 1979 vollzogen. Die Korpstruppen wurden um weitere Artillerie- und Pionierverbände erweitert. Ein Korpsflugabwehrkommando wurde in den 1980er Jahren aufgestellt. Die Mobilmachungsfähigkeit[45] des I. (NL) Korps und die territoriale Organisation wurden verbessert. Nachschubdepots wurden im Einsatzraum in der Bundesrepublik eingerichtet. Die organisatorischen Konsolidierungen der 1970er Jahre wurden in den 1980ern durch Modernisierungen von Waffensystemen ergänzt.[46]

Die strukturellen Veränderungen im I. (NL) Korps zwischen 1950 und 1971 spiegeln die Anstrengungen und Diskussionen um eine finanziell, materiell und personell erreichbare Struktur bei sich verändernden Bedrohungen und NATO-Forderungen wider. Mit organisatorischen Verbesserungen, materiellen Modernisierungen und Optimierung der Mobilmachungsfähigkeit erreichte um 1980 das I. (NL) Korps endgültig die Fähigkeiten für ein bewegliches und konventionell geführtes Gefecht. Die Strukturen erlaubten Truppeneinteilungen in Gefechtsverbänden bzw. Kampfgruppen und damit ein bewegliches Gefecht. Die jeweils realisierten Fähigkeiten in ihren Kriegsstrukturen bildeten die Basis für die Einsatzplanung.

1.7 Teilfazit: Bewertung der Rahmenbedingungen für die Einsatzplanung

Die weit entfernte, ungünstige Friedensstationierung des I. (NL) Korps erwies sich somit als zentrale Herausforderung. Während andere Korps in der Zentralregion auf deutlich mehr Truppen in Nähe ihrer Einsatzräume bzw. in der Bundesrepublik zurückgreifen konnten, blieb dies für das I. (NL) Korps auf eine Panzerbrigade in Seedorf beschränkt. Der Forderung, innerhalb von 48 Stunden aufzumarschieren, konnte somit nur durch Einsatz der 3.(GE) PzDiv sichergestellt werden. Die Unterstützung durch die 3. (GE) PzDiv wurde aufgrund des sog. Maldeployment[47] als zwingend erforderlich bewertet. Sie blieb auch nach den Modernisierungen des I. (NL) Korps die wohl kritischste Rahmenbedingung für die Eventualfallplanungen, da die NATO grundsätzlich von Angriffen nach kurzer Warn- und Vorbereitungszeit ausging.

Die Darstellung ständig verbesserter Fähigkeiten des Gegners beeinflusste die Einschätzung eigener konventioneller Unterlegenheit und die Bedeutung nuklear-taktischer Wirkmittel für die Verteidigungsoperation. So limitierten

sicherheitspolitische und strategische Rahmenbedingungen Freiräume für eine ideenreiche und schöpferische Eventualfallplanung, solange Modernisierungsvorstellungen sich nicht materialisierten. Obwohl die niederländischen Eventualfallplanungen den Einfluss von unveränderbaren Rahmenbedingungen erkennen lassen, wird – wie nachstehend erklärt – zugleich deutlich, wie die Niederländer unter den gegebenen Umständen konzeptionell und planerisch die Auftragserfüllung im Verlauf der Zeit so effektiv wie möglich zu erfüllen versuchten.

2. Operative Konzeptionen

In der Geschichte der niederländischen Streitkräfte war eine Eventualfallplanung zur Landesverteidigung nichts Neues, galt es doch seit langem, militärisch, finanziell und gesellschaftlich angemessene Vorbereitungen zu treffen, um das Staatsgebiet wirksam zu schützen.[48] Demgegenüber war die nun ins Auge gefasste NL-Bündnisverteidigung in der NATO/WEU für das ehemals neutrale Königreich etwas Neues. Im Weiteren werden die Grundlagen und Charakteristika der Operationsplanung des I. (NL) Korps im Zeitraum 1949 und 1990 erklärt.

2.1 Operative Grundlagen

2.1.1 Doktrin und Kriegsbild

Die NL-Verteidigungspläne begründeten sich aus dem NATO-Vertrag Art. 5, bei einem externen Angriff assignierte Truppen zur Verteidigung einzusetzen.[49] Die darauf aufbauenden Strategien wie Massive Retalliation und Flexible Response waren defensiv ausgelegt. Angriffe waren nur zum Wiedergewinnen verlorenen eigenen Territoriums bis zum Vorderen Rand der Verteidigung vorgesehen. Gegenoffensiven konnten nur mit US-Verstärkungskräften erfolgen.[50] Deshalb war die NL-Verteidigungsplanung wie bei anderen Nationen durch ein defensives Konzept aus Räumen bzw. „Boxen“ geprägt.

Die Aufträge der NORTHAG, die in ihren EDP bzw. später GDP festgelegt waren, bildeten die Grundlage für die Einsatzplanung des I. (NL) Korps. Dabei hatte es ein Eindringen in den Korpsbereich zu verhindern und dort Teile der Ersten Operativen Staffel der WVO ggf. mit Unterstützung der übergeordneten NATO-KS zu zerschlagen. Es galt ab 1967 die Vorgabe gemäß Vorneverteidigung, so lange wie möglich den grenznahen Vorderen Rand der Verteidigung (VRV) zu halten.[51] Dieses Postulat war problematisch, da bei einer wendigen

Gefechtsführung zwangsläufig in den vorderen Brigade- und Divisionsräumen zumindest zeitweise Raum aufgegeben werden musste, um konventionelle oder nukleare Wirkmittel bzw. Reserven für wirksame Gegenschläge zum Ansatz bringen zu können. Es kam darauf an, dass der Zusammenhang der Verteidigung innerhalb des Korps als auch mit den Nachbarnkorps nicht verloren ging. Bei zeitweiliger Preisgabe von Raum war es deshalb erforderlich, den Vorderen Rand der Verteidigung durch Einsatz von Reserven am Ende wiedergewonnen zu haben. Es galt, definierte Schlüsselgelände von operativer Bedeutung in eigener Hand zu behalten und den Gegner davor zum Stehen zu bringen.[52] Drohende Durchbrüche in der eigenen Tiefe bedeuteten Einsatz verfügbarer operativer Reserven der NORTHAG oder Eskalation durch Einsatz von TNW.

In den Niederlanden wurden die konzeptionellen Vorstellungen zur Vorneverteidigung politisch begrüßt und unterstützt, da sie vorsahen, einen Gegner vom eigenen Staatsgebiet fernzuhalten. National ergänzte das niederländische Verteidigungsministerium die NATO-Vorgaben durch zahlreiche Weisungen, Vorschriften und taktische Doktrinen. Dabei war für den Einsatz von konventionellen Kräften und TNW im Korpsrahmen die Vorschrift Gefechtshandleiding VS-1386 (Gefechtsanweisung) in der ersten Fassung von 1960, der zweiten von 1968 und der dritten von 1986 die Richtschnur.[53] Die erste Fassung spiegelte die Strategie der Massive Retaliation wider, die weiteren die der Flexible Response. Kern der Vorschrift VS-1386 war das Gefecht der Verbundenen Waffen im Brigade-Rahmen unter nuklearen Einsatzbedingungen.

Dem gegenüber gab es in der NATO über Jahrzehnte bis in die Mitte der 1980er Jahre keine verbindliche bündnisgemeinsame Vorschrift bzw. Doktrin für Korps- oder Armeeoperationen.[54] Bis in die Mitte der 1980er Jahre wurde nur zwischen strategischer und taktischer Ebene unterschieden. EDP bzw. GDP, Verfahrensbestimmungen (Standing Operating Procedures) und Directives kompensierten diese Lücke. Führung auf Korps- und Heeresgruppen-Ebene galt in der NATO als Kunst.

Für die taktische Ebene der Brigade wurde um 1975 im NATO-Standardisierungsamt (MAS) die Regelung Allied Tactical Publikation, ATP 35, „Land Force Tactical Doctrine“, bündnisgemeinsam erarbeitet. Während einige Nationen wie die USA und Bundesrepublik ihre vergleichbaren nationalen taktischen Vorschriften über die ATP 35 stellten, ratifizierten die Niederlande u.a. das Dokument ohne Einschränkungen als verbindlich.[55] Für die Luftkriegführung galten die ATP 33 für Luftoperationen und die ATP 27 für Offensiven

Lufteinsatz u.a. mit den Grundregelungen für Air Interdiction (AI), dem Abriegeln des Gefechtsfeldes gegen Folgestaffeln in der Tiefe des gegnerischen Kriegsgebietes.[56] Gemäß der Land-Luftkriegs-Konzeption waren vor dem I. (NL) Korps vom zuständigen HQ AFCENT/AIRCENT Luftoperationen wie das Abriegeln aus der Luft weit nach Osten vorgesehen.

Erst mit der verstärkten Konzentration auf die Land-Luft-Kriegführung Ende der 1980er Jahre wurde für die NATO-KS mit dem US Konzept des Follow-on-Forces-Attack, FOFA (Angriff auf Folgestaffeln) eine integrierte Operative Doktrin für den Kampf in Front und Tiefe entwickelt. Diese und weitere operative Leitlinien wurden um 1987 als Operational Guidance[57] für den Bereich der Zentralregion in Kraft gesetzt. Entsprechend spiegelte sich dieses Konzept in den letzten beiden Operationsplänen des I. (NL) Korps wider. Dies wirkte sich auf eine engere Abstimmung und lagebedingte Priorisierung zwischen NORTHAG und TWOATAF aus, um die Operationen der Korps am Vorderen Rand der Verteidigung durch Luftschläge in der Tiefe des Gegners zu entlasten.

2.1.2 Planungs- und Führungsprozesse

Da die NATO im Jahre 1952 mit Blick auf den Korea-Krieg mit einem baldigen sowjetischen Großangriff rechnete, wurde während der NATO-Tagung in Lissabon festgelegt, die im Aufbau befindliche NATO-KS mit der Erstellung von Kriegsplänen (EDP) zu beauftragen[58]. Nach Herausgabe des ersten EDP von 1952 folgten periodische Überarbeitungen bis zum Ende des Kalten Krieges, die sich aus den bereits dargestellten Rahmenbedingungen ergaben. Die operativen Planungen im I. (NL) Korps waren durch Auswertung der regionalen Bedrohung, Beurteilung des Einsatzraumes, Studien, Berechnungen, Planuntersuchungen, Rahmenübungen, Anträge, Abstimmungen mit übergeordneten Ebenen und den Nachbarn, Teilfestlegungen, Kompromissen und Entwicklung von Contingency-Optionen gekennzeichnet. Ein Planungsprozess bis zur Inkraftsetzung eines EDP bzw. GDP dauerte mehrere Monate. Für das I. (NL) Korps war ab 1963 die Abstimmung mit dem I. (GE) Corps und der 3. (GE) PzDiv eine zusätzliche Arbeit, die andere Korps der Zentralregion in dieser Form nicht kannten.

Jede Kommandoebene in der NATO entwickelte ihre Planungen und stimmte sie mit übergeordneten, unterstellten und benachbarten Kommandobehörden ab. Die Planungsprozesse auf Korps-Ebene bestanden aufgrund der Komplexität der zu berücksichtigenden Faktoren wie Kräfte, Raum und Zeit aus mehreren Schleifen und ineinander verzahnten Abstimmungsprozessen, als dies

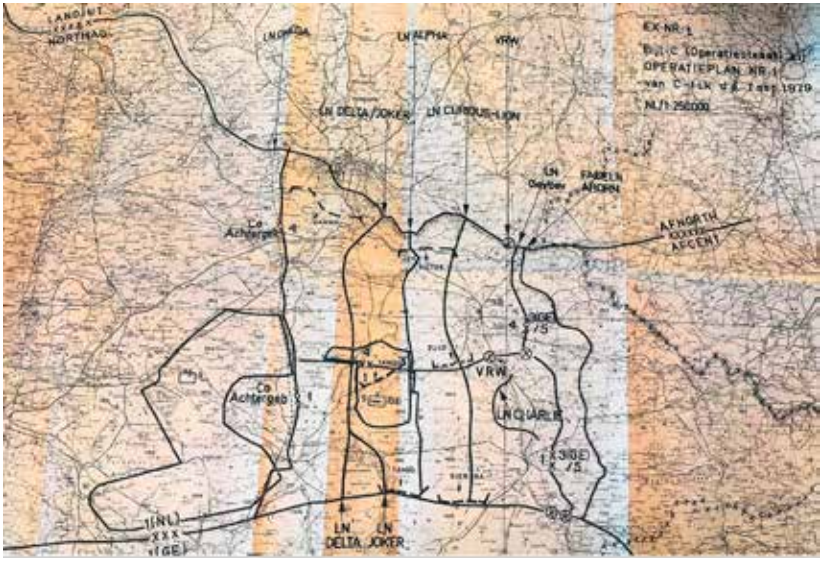
bei einem einfachen Planungszyklus auf taktischer Ebene der Fall war. Die Planungsergebnisse mündeten in ausgearbeitete EDP, später GDP, bzw. Operationspläne, mit umfangreichen Anlagen und Karten. Opläne mussten mit dem parallel entstehenden NATO-Alarmsystem synchronisiert bzw. harmonisiert werden. Nationale Maßnahmen wie Mobilmachungsvorbereitung und Gewährleistung der Durchhaltefähigkeit durch Vorräte und Personalersatz waren ebenso einbezogen wie erforderliche Strukturverbesserungen oder Modernisierungen. Sowohl das HQ NORTHAG als auch das NL-Verteidigungsministerium werteten die Pläne aus, nahmen Einfluss und billigten sie nach Vollendung.

Es wurde in der Planung davon ausgegangen, dass in einer Krise z.B. bei einer Warnzeit von 48 Stunden zunächst keine Zeit gegeben war, um dann erst mit der Planung zu beginnen bzw. Befehle zu erstellen. Die im Frieden erstellten EDP- bzw. GDP- und Alarmunterlagen bezogen sich mit ihren Regelungen und Weisungen von der Erhöhung der Einsatzbereitschaft in den Standorten bis hin zu Anfangsoperationen im Einsatzraum. Es war vorgesehen, dass der Gefechtsstand des I. (NL) Korps noch vor dem Aufmarsch seiner Truppen von Appeldoorn nach Schneverdingen verlegte. Nach Herstellen der Arbeitsbereitschaft übernahm der Kommandierende General die Führung der Truppen im NL Gefechtsstreifen, darunter die der 3. (GE) PzDiv. Dabei war die gemeinsame Verzögerung durch deutsch-niederländische Kräfte bereits zu Friedenszeiten räumlich und zeitlich abgestimmt.

Bereits im Frieden vorerkundet waren auch die Raumordnung für die verteidigende bzw. unterstützende Truppe sowie deren Marschstrassen. Dabei musste der Bedarf von zivil und militärisch genutzter Infrastruktur und örtlicher Unterstützungsbedarf (Host Nation Support, HNS) bei den territorialen Dienststellen in Deutschland angemeldet werden. Gegenangriffe wurden festgelegt, um offen zu haltende, erforderliche Bewegungsstreifen mit der Sperrplanung zu harmonisieren. Weiterhin gehörte zur Einsatzplanung eine vorausschauende Bestimmung von Zielpunkten bzw. Feuerräumen für TNW. Zielplanungen für einen ersten Einsatz von TNW waren vorbereitet, um alle erforderlichen Daten in einer sich möglicherweise schnell kritisch entwickelnden Krisenlage formatiert verfügbar zu haben. Damit sollte die Einleitung eines Freigabeprozesses über den US-Präsidenten so schnell wie möglich veranlasst werden können.[59]

Zunächst handelten die Truppen des Korps nach Feststellung des „Hostile Act" und Auslösung der Alarmmaßnahme „General Alert" (GA) gemäß ihrer EDP- und GDP- Pläne. Diese endeten mit Beziehen des Einsatzraumes bzw. einer

Stellung. Von diesem Zeitpunkt an beurteilte bzw. prognostizierte das I. (NL) Korps die Entwicklung für 72 Std im Voraus (Division 48 Std., Brigade die nächsten 24 Std.) und traf Entscheidungen im Rahmen der Verzögerung bzw. Verteidigung. Die Führung im Gefecht erfolgte durch lagebedingt erstellte Einzelbefehle oder Gesamtbefehle.



Zur Einsatzplanung gehörten derartige Folien (NL: Oleate) mit taktischen und geographischen Eindrucken, die feldmäßig vervielfältigt werden konnten und die Planung, Befehlserstellung und Führung im Gefecht erleichterten. Folie aus der Operationsplanung von 1979.

2.1.3 Planungsformate

Die Operationspläne des I. (NL) Korps wurden seit den 1950er Jahren im NATO-STANAG-Format 2014 erstellt.[60] Ein Operationsplan gemäß NATO-Dokument MC 133 regelte die Anfangsoperationen aller Kräfte einer Kommandobehörde bzw. Formation im jeweils zugewiesenen Einsatzraum. Ein Plan für nur einen Teil der Kräfte mit einem bestimmten Auftrag wurde als Contingency Operations Plan (COP) definiert. Jede Ebene in der NATO-KS und in den nationalen Strukturen darunter setzte die Opläne bzw. COP für ihren Bereich um. Ein Oplan hatte zwei Zwecke: Er war Planung für den Einsatz und diente bei seiner Auslösung als verbindliche Weisung bzw. Befehl. Ein schriftlicher Hauptteil wurde durch Kartenabdrucke/Kartenfolien (NL: Oleate) und Anlagen ergänzt. Der Hauptteil enthielt das angenommene Lagebild

der übergeordneten NATO-KS, den Auftrag von der jeweils übergeordneten Ebene und die Absicht sowie Aufträge an unterstellte Kräfte, Regelungen zur Durchhaltefähigkeit und Führung.[61] Die Pläne waren insgesamt als „streng geheim" eingestuft. Teile konnten als Verschlusssache für den Dienstgebrauch, vertraulich oder geheim eingestuft sein.

Auch das I. (NL) Korps setzte die MC 133 in seinem Verantwortungsbereich um. Der Hauptteil wurde als Oplan 01-1-LK bezeichnet. Er enthielt Details zu Truppeneinteilungen, Aufklärung, Feuerkampf, Sperren, Logistik, Zivil-militärische Zusammenarbeit, Führung und Kommunikation. Eine Anlage war die Vereinbarung über die Unterstützung durch die 3. (GE) PzDiv. Der Oplan 02-1-LK beinhaltete den Aufmarsch. Beide Opläne wurden über Divisionen, Brigaden, Bataillone bis zur Kompanieebene auf der Basis der für sie geltenden Aufträge, Truppeneinteilungen, Aufmarschstrassen und Räume umgesetzt. Die Mobilmachung wurde vom NL Territorialkommando geregelt und organisiert.

Je nach Änderungsbedarf wurden entweder einzelne Blätter ausgetauscht oder vollständige neue Befehle herausgegeben. Die EDP bzw. GDP waren mit dem NATO- und nationalen Alarmsystem verknüpft. Über Alarmmaßnahmen konnten Teile eines GDP oder der gesamte GDP mit oder ohne schriftlichen Zusätzen ausgelöst werden. Die Stärke dieses Systems war, dass bei kurzer Warnzeit in den Stahlschränken fertige Befehle lagen, die unter Zeitdruck überprüft, umgesetzt und ausgeführt wurden. Bei einer sich langsam entwickelnden Krise konnte vor Auslösung des Formalen Alarmsystems bei Erklärung der Vorstufe Military Vigilance (MV) die Zeit für Überprüfungen der Unterlagen, noch ausstehende Abstimmungen, Fortschreibungen und Erkundungen genutzt werden.

2.2 „Operative Blaupause"

Wie in allen NATO-Nationen wurde auch im I. (NL) Korps der Übergang vom Friedenszustand bis in die Verteidigungsoperation in mehreren Schritten oder (bei kurzer Warnzeit) in einem Zuge vollzogen: Erhöhung der Einsatzbereitschaft in den Standorten, Mobilmachung, (Eil-)Aufmarsch, Beziehen der Einsatzräume, Vorbereitung auf das Gefecht und Beginn der Verzögerung Beim I. (NL) Korps kam als Besonderheit die Ablösung der 3. (GE) PzDiv dazu. Die Verzögerung diente dazu, den Verteidigungskräften Zeit zu verschaffen, sich in Stellungen bzw. Räumen auf das Gefecht vorzubereiten. In der Verteidigung

galt es, den gegnerischen Kräften ein weiteres Eindringen über den Vorderen Rand der Verteidigung zu verwehren und im Falle eines Durchbrechens verfügbare Reserven zum Auffangen, Gegenangriffen und Gegenschlägen einzusetzen.[62] Dazu gehörte die Ablösung „erschöpfter" Divisionen, Brigaden oder Bataillone.

TNW waren dazu vorgesehen, schon vor dem Vorderen Rand der Verteidigung oder kurz dahinter, bzw. an den Flanken oder Grenzen zu Nachbarn einen zur Massierung gezwungenen Gegner in Zielpunkten bzw. in nuklearen Feuerfeldern zu vernichten. Anschließend war im Gegenangriff der NORTHAG-Reserven oder des Korps verloren gegangener Raum zurückzugewinnen. Dabei kam den verfügbaren Reserven von I. (NL) Korps und NORTHAG dann eine entscheidende Bedeutung zu, wenn die eigenen Kräfte am Vorderen Rand der Verteidigung abgenutzt waren.[63]

Das I. (NL) Korps war dafür verantwortlich, in seinem Verantwortungsbereich die angreifenden Teile der Ersten Operative Staffel der WVO abzuwehren. Folgekräfte der Zweiten Operativen Staffel und ggf. Teile nachfolgender sowjetischer Fronten sollten durch Battlefield Air Interdiction (BAI) und Air Interdiction (AI) gegen Übergänge oder Bereitstellungsräume aufgehalten und zerschlagen werden. Absicht der mit der NORTHAG zusammenarbeitenden 2nd Allied Tactical Air Force (2. ATAF) war es, durch konventionellen und ggf. Nuklearwaffen-Einsatz zu erreichen, dass die Folgekräfte gar nicht, stark verzögert bzw. bereits abgenutzt den VRV erreichten. Die Land-Luftkriegführung gehörte zum Grundmuster der operativen Aufgabenteilung in der Zentralregion. Sie wurde in den 1980er Jahren im Rahmen des Konzeptes „Follow-on-Forces-Attack" (FOFA) optimiert. Die Wirksamkeit sollte durch neue Sensoren, Waffensysteme und konventionelle Munition schrittweise gesteigert werden.[64]

Die Anordnung der Truppen des I. (NL) Korps im Raum war aufgrund der Ausstattung und des geringen Mechanisierungsgrades in der Anfangszeit linear (Positional Defence), ab den 1980er Jahren durch bewegliche Kampfweise und Tiefenstaffelung von Verbänden im Brigaderaum geprägt. Bei erwarteter konventioneller gegnerischer Überlegenheit wurde vom ursprünglichen Postulat einer relativ starren Vorneverteidigung abgegangen und das erfolgreiche Verteidigen der Brigaderäume in den Vordergrund gestellt. Phasenlinien zwischen Vorderen und Rückwärtigen Rand der Verteidigung der Divisionen ermöglichten eine Koordination der beweglichen Verteidigung innerhalb der jeweiligen Box. Charakteristisch für den Kampf in den 1980er Jahren war das „Manoevre"

von gemischten Kompanien und Bataillonen der Kampftruppen unter Nutzung der Feuerunterstützung der Artillerie und Wirkung von Sperren.[65]

Die Einsatzplanung des I. (NL) Korps hatte über lange Zeit zu berücksichtigen, dass die NORTHAG nur eine bis zwei Divisionen (7. (GE) PzDiv und zeitweise eine britische Div) als operative Reserven einsetzen konnte. Damit konnten diese Reserven nur einmal in einem aller vier Korps oder auf der Naht zur CENTAG eingesetzt werden. Die Verfügbarkeit von operativen Reserven verbesserte sich ab Mitte der 1970er Jahre, als das III. (US) Corps mit drei Divisionen und Korpstruppen als NORTHAG Reserve vorgesehen wurde. Von vorgeplanten COP des US Korps konnte auch das I. (NL) Korps in seinem Sektor profitieren. Ab 1975 wurden Gegenschläge bzw. -angriffe des III. (US) Corps von der NORTHAG in den niederländischen Korpssektor geplant.[66] Ein Problem bis zum Ende des Kalten Krieges blieb, dass das US Korps anfangs 30 Tage, später immer noch 10 Tage zur Verlegung aus den USA und zum Aufmarsch benötigte. Das bedeutete, dass die NORTHAG die entscheidenden ersten zehn Tage ohne III. (US) Corps als Reserve zu verteidigen hatte.

2.3 Operationspläne

Vor dem Hintergrund dieser Grundlagen werden nachstehend die Charakteristika der Einsatzplanung des I. (NL) Korps im Betrachtungszeitraum erklärt. Dabei sind die übergeordnete NORTHAG-, Nuklear-Planung und Unterstützung durch die 3. (GE) PzDiv einbezogen.

2.3.1 Genese

Die Verteidigungsplanung von der Elbe bis in den Raum um Kassel lag 1949 bis 1952 zunächst in der Verantwortung der Britischen Rheinarmee (BAOR). Davon war der ostwärtige Raum von der Elbe bis zum Rhein als Verzögerungszone gedacht, in welcher sich zunächst nur Teile des I. (BR) und I. (BE) Korps zurückkämpften, um an der Maas und IJssel zusammen mit dem im Aufbau befindlichen I. (NL) Korps zur Verteidigung überzugehen.[67] Diese Verzögerungsoperation war von strategischer Bedeutung, da Funknavigationsanlagen im westlichen Deutschland für amerikanische und britische strategische Bomber zu schützen waren. Diese unterstützten Einflüge in die Tiefe des sowjetischen Einflussgebietes, um mit strategischen Nuklearwaffen Schläge auf kriegswichtige Infrastruktur durchführen zu können. In diese Planung mit Bezeichnungen Abigal und Leeuw waren die aufgestellten Teile des I. (NL) Korps in Stärke einer Division in Stellungen entlang der IJssel vorgesehen. Von

der Division wurde erwartet, dass sie die Linie entlang der IJssel verteidigen könnte. Weitere Kräfte würden nach Mobilmachung die Verteidigung an der IJssel verstärken. In dieser Zeit war der Stab des I. (NL) Korps dem HQ British Army of the Rhine (BAOR) unterstellt, da sich das HQ NORTHAG noch im Aufbau befand.[68]

1952 wurde in der NATO das System der EDP-Planungsdokumente eingeführt. Der NORTHAG-EDP 52-1 wurde mit dem Oplan No 1 im I. (NL) Korps umgesetzt und in den nächsten Jahren bis 1958 fortgeschrieben.[69] Während die Truppenteile der NL-Landstreitkräfte sich noch in der Aufstellung befanden, sahen im Jahre 1955 die operativen Planungen das I. (NL) Korps bereits eine Verteidigungsstellung mit drei Divisionen (5., 1., 3. Division) und einem selbständigen Infanterieregiment (IR) 90 vor. Die Stellung zwischen Zwolle und Venray entlang IJssel und Maas auf ca. 120 km Breite stützte sich auf Bunker und Stauanlagen ab, die große Überflutungen entlang der Ostufer der IJssel vorsahen.[70] Vor der Überflutung der Ostufer sollte die verstärkte 4. (NL) Division ein Verzögerungsgefecht zwischen der niederländischen Staatgrenze und der IJssel führen.[71] Südlich davon waren Kräfte des I. (BR) Korps am Rhein zur Verteidigung vorgesehen. Die 1951 eingeführte, territoriale Struktur mit fünf territorialen Befehlsbereichen (TB) Nord, Ost, Südost, Süd-West und West, untergliedert in 42 territoriale Kommandanturen (TC) mit ihren verschiedenen Garnisonen, war auf diese Operationsplanung abgestimmt.[72]

Operationsplanung vor dem deutschen NATO-Beitritt

2.3.2. Während der Strategie der Massiven Vergeltung

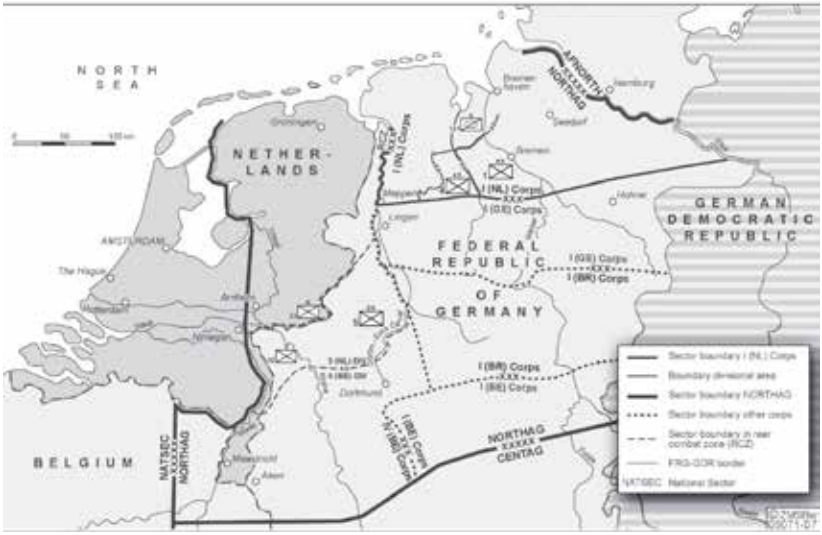
Der Strategiewechsel zur Massiven Vergeltung wurde 1955 in der NATO von neuen Vorgaben zur Operationsplanung begleitet. Auslöser war die Einführung TNW in der NATO. Ein Strukturwandel zu kleineren Großverbänden zwecks Überlebensfähigkeit im Gefecht unter nuklearen Bedingungen war die Folge. Als erste hatten 1954 die USA Atom-Geschütze vom Kaliber 280 mm (Atomic Annie) nach Deutschland verlegt. Das 265. US Feldartilleriebataillon wurde von der NORTHAG ab 1956 zur nuklearen Feuerunterstützung für das I. (NL) Korps vorgesehen. Vorausgegangen war die Ausbildung von niederländischen Offizieren in der nuklearen Kriegführung.[73]

In diese Zeit fällt der Beginn des Aufbaus der Bundeswehr und Integration des I. (GE) Korps in die Verteidigungsplanung in Deutschland. Diese Veränderung bestimmte die Erarbeitung des NORTHAG EDP-56 mit einem Verzögerungsabschnitt für das I. (NL) Korps am Dortmund-Ems-Kanal. Die Planung umfasste 1956 die Verzögerung der verstärkten 4. (NL) Div von der Linie Bremerhaven-Bremen-Rheine bis zur Ems und von dort zum Westufer der IJssel und des Rheins. Hier sollte der Gegner endgültig aufgehalten werden. Die Verteidigungslinie des I. (NL) Korps mit drei Divisionen, (5., 1. , 3. Division) wurde von Zwolle im Norden entlang der IJssel und bis zum Rhein bis Wesel erweitert. Ein Novum war eine nukleare Feuerplanung an der Ems und am IJssel-Rhein-Abschnitt mit Einsatz von US 280 mm Atomgeschützen und britischen Corporal Boden-Boden-Flugkörpern. Auf dieser Basis beabsichtigte die NORTHAG in der Verzögerungszone zwischen Ems/Dortmund Kanal und IJssel/Rhein eine operativ entscheidende Abwehrschlacht von NL, BR und BE Korps unter Nutzung von atomarem Feuer.[74]

Im EDP – 58 der NORTHAG war die Aufnahme des Verzögerungsgefechtes weiter ostwärts vorgesehen. So wurde dem I. (NL) Korps ein neuer Gefechtsstreifen von 25 km Breite an der Elbe entlang der Innerdeutschen Grenze (IDG) zugewiesen. Nach Westen öffnete sich der Raum auf 80 km Breite zur Nordseeküste und erstreckte sich 120 km von Ost nach West bis an die Ems. Zeitgleich erhielt das I. (GE) Korps einen eigenen breiten Gefechtsstreifen südlich davon, der zugleich den bisherigen Verantwortungsbereich von BAOR und 1. (Br) Korps halbierte.[75] Mit neuer Raumordnung wollte die NORTHAG erstmals eine nachhaltige Verzögerung über 80 km und dann eine operative Entscheidung westlich der Weser auf deutschem Boden herbeiführen. Die Planung des I. (NL) Korps sah dazu vor, dass die 121. Leichte Brigade[76] sowie die aktive 1. (NL) Division eine Verzögerungsoperation von der Elbe bis zur

Weser führten. Anschließend war eine beweglich geführte Verteidigung der 1. (NL) Division vorgesehen. Im Rahmen dieser Operationen sollte der Gegner entlang der Gewässer Aue, Ilmenau, Hunte und Weser mit Nuklearschlägen aus 8-Inch- Haubitzen, US 280 mm Atomgeschützen und mit „Honest John" Flugkörpern bekämpft werden.[77]

Operationsplanung 1961



Entlang der Hunte westlich Wildeshausen war ein Verteidigungsraum für die damals nicht-aktive 4. (NL) Division vorgesehen, die nach Mobilmachung in 48 bis 72 Stunden dorthin verlegen konnte. Nach Eintreffen sollte die 4. (NL) Div entweder den Hunte-Abschnitt übernehmen oder die 1. (NL) Division an der Weser ablösen. Für den Fall, dass der Gegner weiter nach Westen angriff, war eine Rücknahme auf die Stellungen an IJssel und Rhein vorbedacht. In dieser Operationsplanung sollten die nuklearen Wirkmittel im Zuge von Gewässern eingesetzt werden, um den Gegner immer wieder zu schwächen. Nach jedem Nuklearschlag sollte ein örtlicher Gegenangriff mit schnellen, gepanzerten Kräften der 1. (NL) bzw. 4.(NL) Div erfolgen. Die 5. (NL) Div war aufgrund Ausstattung und Mobilmachungs-abhängigkeit als Reserve und zum Schutz Rückwärtiger Gebiete entlang der IJssel vorgesehen.[78]

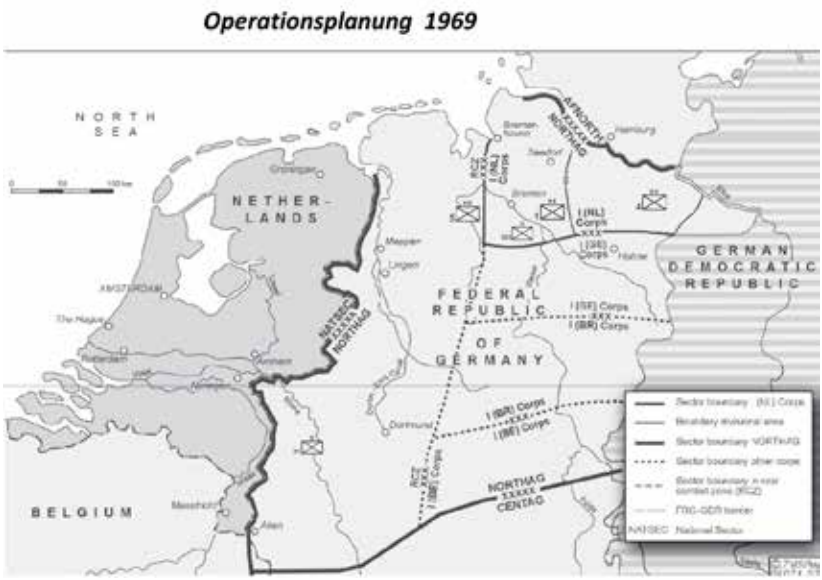
Die Bedrohungslage 1960/61 um Berlin führte zur NL Entscheidung, die 121. Leichte Brigade während der sich anbahnenden Berlin-Krise vorübergehend auf dem Truppenübungsplatz Munster zu stationieren. Wie bereits weiter oben beschrieben, löste die 41. (NL) Brigade die 121. Leichte Brigade ab und wurde dauerhaft in Seedorf stationiert. Der lange Anmarschweg des I. (NL) Korps von rund 350 km und der damit verbundene Zeitbedarf von anfänglich 4, später 2-3 Tagen, hätte im NORTHAG-Sektor zeitweise eine ca. 30 km breite Lücke entlang der Elbe verursacht. So wurde 1963 einvernehmlich zwischen der Bundesrepublik, den Niederlanden und der NATO die 3. (GE) PzDIv – bislang Reserve des I. (GE) Korps – festgelegt, um mit unterstellter 41. (NL) Brigade den Aufmarsch des I. (NL) Korps in dessen Verteidigungsstreifen zu decken. Dabei wurde der Einsatz von TNW vorgesehen.[79]

Die sich daraus ergebende Planung beeinflusste nicht nur die Opläne von NORTHAG und I. (NL) Korps, sondern auch die des I. (GE) Korps. Sie spiegelte sich erstmals im NORTHAG EDP 66-1 und den daraus abgeleiteten Korps-EDPs wider. Die sich daraus ergebenden Abstimmungen begründeten eine enge operative deutsch-niederländische Zusammenarbeit. Sie bedeutete, dass für unterschiedliche Entwicklungen geplant werden musste: Bei kurzer verfügbarer Vorbereitungszeit war vorgesehen, dass die 3. (GE) PzDiv mit unterstellter 41. (NL) Brig den NL Aufmarsch deckte, um danach von Kräften des I. (NL) Korps abgelöst zu werden. Für den Fall einer längeren Vorbereitungszeit plante das I. (NL) Korps die vollständige Übernahme seines Gefechtsstreifens vor Beginn der Kampfhandlungen. Die Gefechte wären in einem solchen Fall durch ausschließlich NL Kräfte unter Führung des I. (NL) Korps vorgesehen, während die 3. (GE) PzDiv dem I. (GE) Korps zurückunterstellt werden würde. Der EDP-66 enthielt die letzte Planung gemäß der Strategie der Massive Retaliation, in der Nuklearschläge die Verzögerung bzw. zeitlich begrenzte Verteidigung an Ilmenau, Aue, Seeve und Hunte sowie die Verteidigung bzw. Gegenangriffe an der Weser bestimmten.[80] Um im Angriffsfalle verzugslos TNW[81] anfordern und einsetzen zu können, waren die Zielplanungen bereits zu Friedenszeiten auf der Basis des Geländes und vermuteter gegnerischer Absichten erstellt worden.

2.3.3 In der Zeit der Flexible Response

Die Umstellung auf die Strategie der Flexible Response und deren Umsetzung verband mehrere operative Aspekte. Dazu gehörte die Absicht, zunächst eine konventionelle Verzögerung mit anschließender Verteidigung zu führen: Die Verzögerung sollte grenznah am Westufer der Elbe aufgenommen werden. Dies entsprach deutschen Forderungen, die bereits 1963 in der NATO beschlossen, aber noch nicht umgesetzt worden waren.[82] Es kam darauf an, die Operationen zunächst in der Dimensionierung zu beginnen, die der des Gegners entsprach. Griff er überall konventionell an, würde insgesamt konventionell verteidigt werden. Griff er regional einen Abschnitt der NATO-Verteidigung[83] an, würde dort regional verteidigt. Setzte er von Anfang an TNW (oder auch C-Waffen) ein, würde dies zur Vorbedachten Eskalation führen. Diese Strategie bedeutete, dass die konventionellen Fähigkeiten bedrohungsgerecht erweitert werden mussten, ohne auf TNW zu verzichten. Gleichzeitig sollten konventionelle und nukleare Potentiale im Verbund einen Gegner vom Kriegsgebrauch abschrecken. Darüber hinaus sollten im Krisenfalle zunächst Dialoge und diplomatische Aktivitäten zu einer Stabilisierung beitragen.

Das bedeutete, dass das I. (NL) Korps zusammen mit dem I. (GE) Korps seine Verteidigungsplanung anpassen musste. Erhöhte Anforderungen waren: schnelle Mobilmachung in den NL, zügige Verlegung der DEU-NL Deckungskräfte an die Elbe und Verteidigung weiter ostwärts als bisher. Mit Einführung der Flexible Response konnte noch weniger als bisher eine schnelle Freigabe von TNW aus den USA und von der NATO erwartet werden. Stattdessen war eine bewegliche konventionelle Gefechtsführung, das „Manoevre", gefordert, gestützt auf bewegliche Truppenführung, Modernität der Ausrüstung und Durchhaltefähigkeit. Die Erfordernisse wurden von der politischen Führung in den NL verstanden und akzeptiert. Die Umsetzung zog sich über die 1970er Jahre aus finanziellen und rüstungstechnischen Gründen hin.[84]



Der erstmals von Vorgaben der Flexiblen Response geprägte Operationsplan 01-1-LK vom 01.04.1969 sah in einer Krise die Übernahme des unveränderten ca. 30 km breiten Korpsstreifens durch die 3.(GE) PzDiv und Vorbereitung der Verzögerung ab dem Elbufer vor. Das I. (NL) Korps verlegte zunächst mit der präsenten 4. (NL) Div, gefolgt von der 1. (NL) Div und mobilgemachten 5. (NL) Div. Wenn möglich, würde das I. (NL) Korps die Führung des Korps-Gefechtsstreifens vor Beginn der erwarteten Kampfhandlungen übernehmen. Die unterstellten Teile der 3.(GE) PzDiv würden in einem solchen Fall an das I. (GE) Korps zurückunterstellt. Während nach Angriffsbeginn die 4. (NL) Div zwischen Ilmenau und Aller über 30 Std zu verzögern und danach den Raum Lauenburg-Scharnebeck-Bienenbüttel zu verteidigen hatte, bezog die 1. (NL) Div eine Verteidigungsstellung dahinter an der Aller.

Der relativ schmale Korpsgefechtsstreifen Elbufer-Lauenburg-Bienenbüttel erlaubte es, zwei Divisionen, die 4. (NL) Div vorn und die aufmarschierte 1.(NL) dahinter einzusetzen und somit eine tief gestaffelte Verteidigung zu generieren. Die nachhaltige Verteidigung durch die 4. (NL) Div sollte der 1. (NL) Div helfen, innerhalb von vier Tagen aufzumarschieren, mögliche gegnerische Durchbrüche aufzufangen sowie anschließend über die 4. (NL) Div hinweg einen Ge-

genangriff bis zur Elbe zu führen. Die „abgekämpfte“ 4. (NL) Div würde durch den Gegenangriff der 1. (NL) Div abgelöst und zur neuen Korpsreserve. Der überschlagene Gegenangriff sollte durch atomares Feuer unterstützt werden.[85]

Scheiterte ein Gegenangriff, bestand die Vorstellung, mit der „abgekämpften“ 4. (NL) Div durchbrechende gegnerische Kräfte erneut ostwärts der Weser aufzufangen und dort den Einsatz der NORTHAG Reserve, der 7. (GE) PzDiv, zu ermöglichen. Ein Einsatz der westlich der Weser eingesetzten 5. (NL) Div war aufgrund ihres Gefechtswertes in dieser Zeit nicht vorgesehen. Falls die Lage im Sektor des I. (GE) Korps stabil geblieben wäre, hätte alternativ die 3. (GE) PzDiv auf Anforderung eingesetzt werden können. Weitere Reserven standen der NORTHAG in dieser Zeit nicht zur Verfügung. Für den Fall, dass die 7. (GE) PzDiv und die 3. (GE) PzDiv schon andernorts gebunden wären, wäre eventuell eine operative Notlage eingetreten, die wahrscheinlich einen NATO-Nuklearschlag nach sich gezogen hätte.

Dieser Operationsplan spiegelt die NL-Absicht wider, gegen eine Bedrohungsentwicklung in ihrem Gefechtsstreifen tiefgestaffelt und beweglich zu agieren. Zum anderen war die Planung sowohl in der NATO-KS als auch in den NL von der Auffassung geprägt, dass Anfang der 1970er Jahre ohne konventionelle Modernisierung sowie Vorbereitung nuklearer Waffeneinsätze der Raum südlich Hamburg kaum erfolgreich zu verteidigen gewesen wäre. Zugleich hätten die damals erwarteten Feindkräfte, die in Stärke von sechs Divisionen in Erster Operativer Staffel und vier weiteren in Zweiter Operativer Staffel angenommen wurden, zugleich den deutschen Korpssektor und damit den Zusammenhalt der NORTHAG-Verteidigung bedroht.

In den Folgejahren wurden die Planungen der NORTHAG hinsichtlich des Gewinnes von Reserven aus den Korps, Intensivierung vorbereitender konventioneller Sperrplanungen gemäß Central Region Barrier Agreement (CRBA)[86] und Abstimmung der Nuklearpläne vervollkommnet. Das bedeutete, dass die niederländische Operationsplanung ab 1970 in Detailplänen für Verzögerung, Verteidigung und Gegenangriff einschließlich des Haltens entlang des Elbe-Seiten-Kanals optimiert wurde. In der sicherheitspolitischen Diskussion in den Niederlanden wurden immer wieder auf politischer wie militärischer Ebene Zweifel an der wirksamen Verteidigung der Norddeutschen Tiefebene laut. Dennoch gab es keine Alternativen. Die Idee, eine weitere NL-Brigade dauerhaft in Norddeutschland zu stationieren, konnte aus finanziellen Gründen nicht realisiert werden. Ungeachtet dessen unterstützen die NL-Regierungen

die Planungen zur Modernisierung, die schließlich Anfang der 1980er Jahre verwirklicht werden konnten.[87]

Gemäß Planungsvorgaben durch die NORTHAG wurde 1973/74 der NL-Verteidigungsraum von ursprünglich 20 km auf 60 Km Breite erweitert. Grund war die „Verschlankung" des britischen Korpssektors weiter südlich wegen Kräftereduzierungen und die daraus resultierende Verschiebung der Grenzen der nördlich gelegenen Korps. Damit ergab sich eine neue Grenze zwischen I. (NL) Korps und I. (GE) Korps entlang der Linie Ülzen-Munster-Soltau-Verden-Bassum. Die Verzögerung sollte von der Elbe bis zum Elbe-Seiten-Kanal geführt werden, der sich zu dieser Zeit noch im Bau befand.[88] Bei veränderter Raumordnung wurde im neuen südlichen Teil des NL-Verteidigungsraumes mit der sowjetischen 2. GPA gerechnet und dort der Schwerpunkt der NL-Verteidigung festgelegt. Das bedeutete eine neue Operationsplanung, deren Grundmuster bis zum Ende des Kalten Krieges Bestand hatte. Erhalten blieb der Deckungsauftrag für die 3. (GE) PzDiv mit PzBrig 8, PzBrig 41 und weiteren Gefechtsverbänden, da ein Überraschungsangriff über die Elbe nicht ausgeschlossen werden konnte. Die Planung umfasste eine Verzögerung von mindestens 24 Std bis zu einer Aufnahmelinie ostwärts des Elbe-Seiten-Kanals. Bei einer Krise mit längerer Warnzeit war vorgesehen, die 3. (GE) PzDiv vor Kriegsbeginn durch NL Kräfte abzulösen. Die Planung konzentrierte sich auf eine kurze Warnzeit mit Ablösung der 3. (GE) PzDiv ostwärts des Elbe-Seiten-Kanals während eines schon begonnenen Gefechtes.

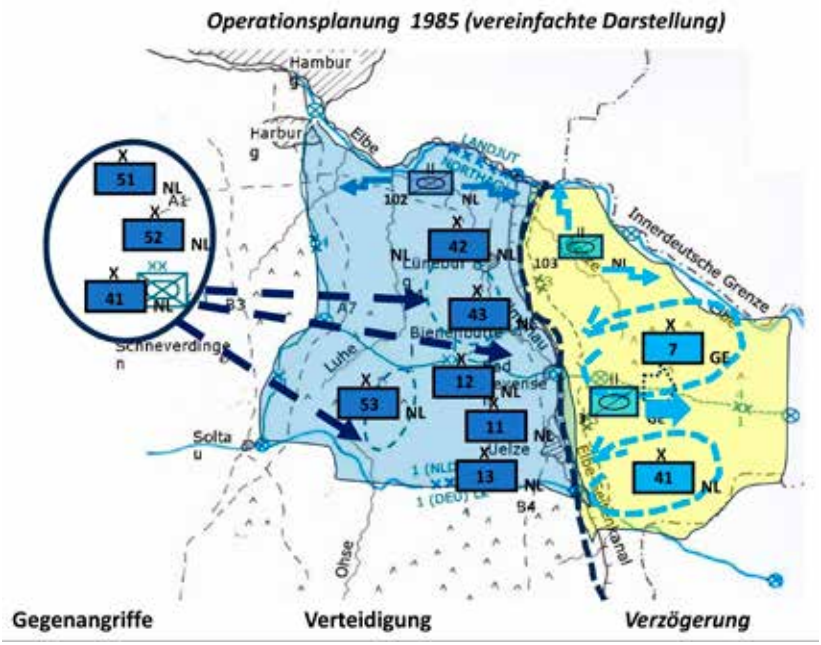
Die neue Planung von 1973 sah die Verteidigung entlang des Elbe-Seiten-Kanals durch zwei Divisionen nicht mehr hinter-, sondern nebeneinander vor. Dabei waren die 1. (NL) Div nördlich und die 4. (NL) Div südlich Lüneburg, hier der Schwerpunkt, vorgesehen. Vom Kanal aus sollte ein bewegliches Gefecht entlang von Phasenlinien an den Ufern der Flüsse Fuhse, Ilmenau und Aue geführt werden. Während die 1. und 4. (NL) Div überwiegend aus präsenten, mobilen Kräften bestanden, wurden die mobilmachungsabhängige 5. (NL) Division und 101. (NL) Infanteriebrigade in den Raum südlich Seedorf verlegt, um durchbrechende Feindkräfte im Rückwärtigen Korpsgebiet aufzufangen und die Weser-Aller-Übergänge gegen Luftlandungen zu sichern. Für den Fall eines gepanzerten Durchbruchs über die Bundesautobahn A 7 (Linie Alpha) war von der NORTHAG der Gegenangriff der 3. (GE) PzDiv vorgesehen. Ein Einsatz von TNW mit Zielen vor dem Elbe-Seiten-Kanal und an den Flanken war vorgeplant.[89] In der Folge wurden bis 1979 keine neuen GDP herausgegeben, sondern der 1974er Plan mit sieben Änderungen bis 1976 fortgeschrieben.

Ab 1975 wurden Contingency Pläne (COP) für den Einsatz des III. (US) Korps in Norddeutschland der Reihe „Craggy Fortress“ erstellt. Hierzu gehörte ein Gegenschlag des US Korps in den NL-Korpssektor und der trinationale DEU-NL-US Gegenangriff „Credible Genius“. Derartige Operationen konnten erst ausgeführt werden, wenn die Masse des III. (US) Korps in die Zentralregion verlegt hätte. Vorbereitet wurde dies durch Vorausstationierung einer US Brigade nach Garlstedt und Aufbau von Materiallagern für drei Divisionen und Korpstruppen in den Niederlanden, Belgien und Deutschland sowie weitere Optimierungen in der Aufmarschplanung.[90] Zwischen Kriegsbeginn und Verfügbarkeit des III. (US) Korps klaffte dennoch eine zeitliche Lücke, welche die NORTHAG nur mit ihrer originären Reserve, der 7. (GE) PzDiv, oder durch Rückgriff auf ungebundene Reserven anderer Korps in Brigade- oder Divisionsstärke schliessen konnte. Deshalb wurde die Planung für TNW als besondere Anlage in den NL-GDP fortgeschrieben und an die sich aus der konventionellen Operationsführung ergebenden Änderungen angepasst.[91]

Von 1979 bis 1986 bestimmte eine Modernisierung des I. (NL) Korps die Planungen. Unverändert blieb die Verzögerung unter Führung der 3.(GE) PzDiv mit PzBrig 7 und PzAufklBtl 3 im Nordteil sowie der PzBrig 41 mit NL AufklBtl 103 im Südteil des „Dannenberger Zipfels“. Mit moderner Ausstattung wie Kampfpanzer Leopard I und II, Schützenpanzer YPR/EWS bzw. Marder und Feuerunterstützung mit MLRS sollte die Verzögerung nicht unter 24 Std liegen. Die PzBrig 8 bildete eine Aufnahmelinie ostwärts des Elbe-Seiten-Kanals, um die Verzögerungskräfte aufzunehmen. Bei einer ausreichend langen Warnzeit sollten die 1. und 4. (NL) Div mit Verzögerungskräften die 3. (GE) PzDiv vor Kriegsbeginn ablösen.

Mit der nun mechanisierten 5. (NL) Div stand dem I. (NL) Korps erstmals eine beweglich einsetzbare Korpsreserve für Gegenangriffe zur Verfügung. Die Einsatzräume von 1. (NL) und 4. (NL) Div wurden aufgrund deren Fähigkeitsprofile getauscht: die 4. (NL) Div übernahm den nördlichen Sektor bis zum Nordrand Bienenbüttel. Die kampfkräftigere 1. (NL) Div wechselte in den Schwerpunkt nach Süden. In beiden Divsionen waren zwei Brigaden vorn und im Schwerpunkt eine PzBrig als Divsionsreserve dahinter eingesetzt. Absicht war, die Kampfverbände beider Divsionen in einer durch Mobilität bestimmten Verteidigung im Einklang mit der Feuer- und Sperrplanung einzusetzen. In der 4. (NL) Div erfolgte als Besonderheit der Einsatz mit Kampfgruppen aus gemischten Kompanien von Panzern und Panzerinfanterie. Das bewegliche Gefecht hatte zwischen Elbe-Seiten-Kanal und einer Linie „Alpha“ entlang

der BAB A 7 zu erfolgen. Das Schlüsselgelände des I. (NL) Korps lag zwischen Soltau und Verden (Aller). Die bisherigen Gegenangriffsoptionen von NORTHAG-Reserven wie der 7. (GE) PzDiv und dem 3. (US) Korps wurden detaillierter ausgearbeitet.



Bei der NORTHAG-Planuntersuchung „Mixed Grill“ 1984 wurde ein neues Konzept vorgestellt, bei dem die divisionsstarken Reserven von NL, DEU und UK Corps unter Führungsvorbehalt der Heeresgruppe gestellt wurden, um mit diesen Kräften gegen WVO-Durchbruchskräfte wie z.B. den Operativen Manövergruppen (OMG)[92] im gesamten NORTHAG-Bereich wirksam reagieren zu können. Gegenschlagsoptionen wurden geplant, darunter solche mit bis zu zwei Divisionen in den I. (NL) Korps Sektor hinein.[93]

Das Konzept der NORTHAG sah zwei Schlachten vor: einer ersten, die unter Führung der Korps zwischen Vorderen Rand der Verteidigung und Rückwärtigen Divsionsgrenzen durchzuführen war und einer zweiten, die von der NORTHAG / TWOATAF gegen weiter durchbrechende Kräfte oder gegen Divisi-

onen der Zweiten Operativen Staffel gerichtet waren. Damit sollte die gesamte Erste Strategische Staffel aufgehalten werden. Die Zweite Strategische Staffel der WVO (zwei bis drei mobilmachungsabhängige sowjetische Fronten) sollte durch Air Interdiction (Abriegelung aus der Luft) in der Tiefe abgenutzt und ggf. durch konventionelle Präzisionswaffen oder ggf. selektive TNW-Einsätze geschwächt werden. Das Gefecht sollte solange wie möglich ohne nukleare Eskalation konventionell geführt werden. Die nukleare NL-Planung blieb für eventuelle, operative Krisenlagen bestehen. Die Schwelle zur Eskalation war angehoben. Dieses Konzept war nicht nur Thema in den Korpsstäben, sondern zwischen NORTHAG, AFCENT und den betroffenen Verteidigungsministerien. Der zuständige Oberbefehlshaber der Zentralregion (AFCENT) stimmte 1984 dem NORTHAG GDP aufgrund der Führungsvorbehalte über die Korpsreserven nicht zu. Erst sein Nachfolger billigte die Planungen.[94]

Während der selben Planübung „Mixed Grill 1984" kritisierte der Befehlshaber der NORTHAG im Gespräch mit dem damaligen Kommandierenden General des I. (NL) Korps, dass dieser zu viele Kräfte vorn entlang des Elbe-Seiten-Kanals eingesetzt hätte, statt mehr Reserven in der Tiefe für „wirkungsvolle" Gegenschläge bereitzuhalten.[95] Der NL-Kräfteeinsatz berücksichtigte, den Zusammen-halt mit dem I. (GE) Korps zu wahren und bei einer beweglichen Verteidigung nicht zu viel Raum aufzugeben. Dies entsprach den deutschen Interessen, da bis in die 1980er Jahre im I. (GE) Korps die Sorge vorherrschte, dass seine Nachbarn im Norden wie im Süden bei ihrer beweglichen Verteidigung zu viel Raum aufgeben würden und damit das Korps von Nord und Süd umfasst werden könnte.[96]

Der letzte GDP des I. (NL) Korps von 1988 (mit Änderungen bis 1991) berücksichtigte die erhebliche materielle Modernisierung wie die Einführung Raketenartilleriesysteme Lance und MLRS. Die Absprachen mit dem I. (GE) Korps wurden weiter optimiert. Das Abspracheprotokoll als Anlage zum GDP enthielt mehr als 50 Seiten. Für den Aufmarsch hatte das I. (NL) Korps die höchste Priorität erhalten. Gelang ein vollständiger Aufmarsch vor Kriegsbeginn, so war vorgesehen, mit NL-Kräften zunächst die Verzögerung von der ELBE bis zum Elbe-Seiten-Kanal durchzuführen und die 3. (GE) PzDiv als Reserve für die NORTAHG / I. (GE) Korps verfügbar zu machen. Mehrere Gegenangriffe der 3. (GE) PzDiv mit Bezeichnungen wie Thor, Wotan und Odin waren vorgeplant. Darüber hinaus bestand nach Einsatzbereitschaft des III. (US) Korps die Möglichkeit, Schläge gegen die Operativen Folgestaffeln zu führen. Unabhängig davon existierten bis zur Außerkraftsetzung der Pla-

nungen in 1991 weiterhin nukleare Feuerpläne. TNW wären ab der Mitte der 1980er Jahre im Sektor des I. (NL) Korps nur noch durch Luftfahrzeuge verbracht bzw. mit dem Raketensystem Lance verschossen worden.

2.3.4 Teilfazit: Einsatzpläne 1949 – 1991

Die Entwicklung einer glaubwürdigen Abschreckung bestimmte Häufigkeit und Wandel in den NL-Operationsplänen von 1949 bis 1991, um zugleich die Chancen der für lange Zeit unzulänglichen Kräfte zu verbessern. War ursprünglich eine Landesverteidigung an IJssel und Rhein vorgesehen, so wurden Verzögerung bzw. Verteidigung im Laufe der Zeit bis an die IDG verlegt. Während Verteidigungsplanungen schon früher im neutralen NL-Heer eine Rolle spielten, so waren nach dem Zweiten Weltkrieg die Veränderungen im operativen Denken enorm. Zum einen musste im multinationalen Rahmen in Anlehnung an Nachbarn geplant und koordiniert werden, zum anderen gab eine internationale Kommandostruktur, das HQ NORTHAG, die Grundzüge einer auf TNW ausgerichteten Operationsführung vor. Die Alimentation des I. (NL) Korps mit Personal, Material und finanziellen Ressourcen blieb eine nationale Verantwortung, der nach Einschätzung der NATO die Niederlande erst spät in den 1980iger Jahren angemessen nachkamen. Hierzu gehörte, dass das NL Mobilmachungssystem optimiert wurde, so dass verzugsarm aufmarschiert werden konnte.

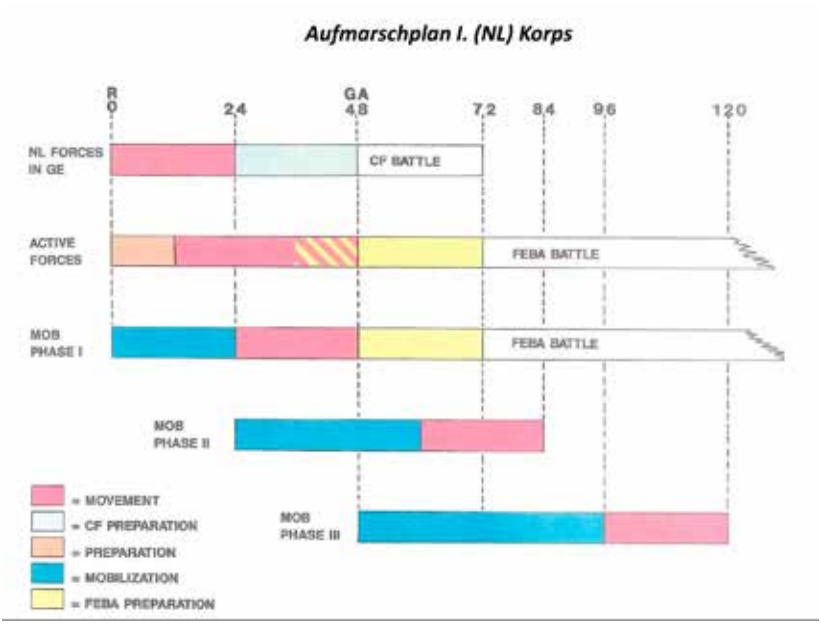
Überblick über die Opläne von 1949 bis 1991

Zeitraum	Bezeichnung	Charakteristika
1949 – 1952	Abigeil/Leeuw	Bilateraler NL-UK Plan, Bau einer Vtg-Linie an der Ijssel
1952 – 1958	Oplan 01 (1-LK)	Vz ab Dortmund-Ems-Kanal, Vtg des Ijssel-Rhein Abschnittes
1958 – 1963	Oplan 01 - 58	NL Kr an der IDG, Vz bis Dortmund-Ems-Kanal, Vtg entlang Ijssel
1963 – 1966	Oplan 01 - 63	Vz ab Ilmenau, Vtg an der Aue, „Überraschungsverteidigung"
1966 - 1969	EDP 66 – 1-LK	Vz ab Elbe, Vtg an Sewe und Aue
1969 - 1973	Oplan 01 – 1-LK	Vz ab Elbe, Vtg Aller/Weser mit 2 Div hintereinander
1973 - 1976	Oplan 01 – 1-LK	Vz ab Elbe bis ESK, Vtg mit 2 Div nebeneinander
1976 - 1979	Oplan 01 - 1-LK	Vz ab Elbe, Aufnahme von Teilen 3 (GE) PzDiv ostw. ESK
1979 - 1985	Oplan 01 - 1-LK	Mechanisierte 5. (NL) Div: Vz von der IDG, dann Reserve 1-LK
1985 - 1988	Oplan 01 - 1-LK	Führungsvorbehalt der NORTHAG über 5.(NL)Div
1988 - 1991	Oplan 01 - 1-LK	Austausch Verantwortungsbereiche von 1.(NL) und 4.(NL) Div

Mit dem Verteidigungsauftrag auf deutschem Boden wuchsen die Herausforderungen für Mobilmachung und Aufmarsch. Die Improvisation, den NL-Aufmarsch durch Teile des I. (GE) Korps zu decken, wurde zur Daueraufgabe. Dabei ist herauszustellen, dass das I. (GE) Korps, das im Frieden der größte deutsche und NATO-Korpsverband war, in Krise und Krieg zeitweise auf

zwei Divisionen für Verzögerung und Verteidigung schrumpfte, während zwei weitere Divisionen grundsätzlich außerhalb des Korps eingesetzt würden. Die einzige größere Reserve des I. (GE) Korps war die 3. (GE) PzDiv, die bei kritischer kurzer Warnzeit den Aufmarsch des I. (NL) Korps zu decken hatte. Die immer präziser und detaillierteren Abspracheunterlagen sind ein Beleg für ein erfolgreiches Bemühen, den Zusammenhang der Verteidigung in der NORTHAG von Anfang zu erhalten und zu gewährleisten. Daraus entwickelte sich eine bilaterale operative Kooperation, welche die Zusammenarbeit auf einem sensiblen Sektor festigte und zur Tradition der heutigen DEU-NL Zusammenarbeit gehört.

Im Rahmen ihrer Planungen zeigten sich die Niederländer über die Zeit einfallsreich. Obwohl sie zunächst mit überalterten Ausrüstungshilfen aus den USA und UK, dann mit Eigenlösungen und erst ab den 1980er Jahren mit hochmodernen Gefechtsfahrzeugen und Artilleriesystem ausgestattet wurden, wurden die taktischen Verbände entsprechend ihrer jeweiligen Fähigkeiten zweckmäßig eingeplant. Die Verteidigung beweglich (mit Manoevre) zu führen, war ab dem Moment bestimmend, als die Mechanisierung der jeweiligen Divisionen vollzogen war. Dem britischen Befehlshaber der NORTHAG war diese Beweglichkeit mit der Masse der Kräfte auf engem Raum zwischen Elbe-Seiten-Kanal und BAB A 7 nicht gut genug. Er wollte mehr Kräfte als Reserven in der Tiefe, um entsprechende Gegenschläge führen zu können.



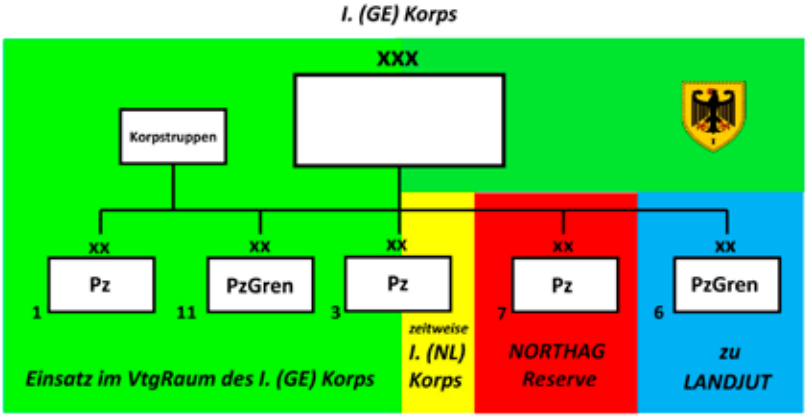
Die Aufmarschplanung von 1979 zeigt, dass bei kurzer Warnzeit sämtliche aktiven Verbände und die ersten mobilgemachten Kräfte beim Angriff im Einsatzraum gewesen wären. Letzte Teile hätten nach 120 Std = 5 Tagen zur Verfügung gestanden. Es ist davon auszugehen, dass die Verzögerung mit zwei Brigaden und weiteren gepanzerten Truppen den Gegner entsprechend verlangsamt hätten.

Für die Einschätzung der Planungen blieben zwei sicherheitspolitische Unwägbarkeiten, welche nicht kompensiert werden konnten: Zum einen war das der Zeitpunkt, ob und wann das NL-Parlament bzw. die Regierung den Aufmarsch zur Vorneverteidigung beschließen und die Mobilmachung ausrufen würde. Zum anderen war es die Entscheidung des US-Präsidenten, den Einsatz von TNW in Europa im Kriegsfalle freizugeben. Solange die verfügbaren konventionellen Fähigkeiten als unterlegen bewertet wurden, solange spielte die taktische Nuklearplanung im I. (NL) Korps eine unverzichtbare Rolle. Die Effektivität der NL-Operationsplanung hing damit wie bei allen vergleichbaren NATO-Formationen von zeitgerechten einzelstaatlichen und bündnisgemeinsamen Entscheidungen ab. Es kam darauf an, den vermutlichen Angriffszeitpunkt anhand von Indikatoren bzw. Aufklärungsergebnissen treffend zu prognostizieren. Spätestens 48 Stunden vor diesem Zeitpunkt (in NL: R-Zeit) sollte national wie bündnisgemeinsam die Entscheidung zum Aufmarsch getroffen worden sein.

Betrachtet man die heute bekannte gegnerische Planung, so hätten Teile von zwei polnischen Armeen erst etwa 2 - 3 Tage nach Kriegsbeginn gestaffelt über die Elbe gegen das I. (NL) und I. (GE) Korps angegriffen. Damit wäre in der Norddeutschen Tiefebene mehr Zeit geblieben, eine wirksame Verzögerung und Verteidigung aufzubauen. Der Gegner wäre beim Überwinden der Elbe aufgehalten bzw. sein Angriffstempo verringert worden. In Unkenntnis dieser WVO-Planungen gingen die NL von einer kritischen Bedrohung aus und bauten sicherheitshalber während der Massive Retaliation auf nukleare Feuerfelder/ Zielpunkte und später auf nukleare Schläge an den Flanken bzw. in der Tiefe.[97] Es erscheint wie eine Ironie der Geschichte, dass der polnische Generalstab 1983 eine Planuntersuchung durchführte, die zum Ergebnis kam, dass die Polnische Küstenfront durch die geplanten Offensiven sowohl nach Dänemark als auch in die Norddeutsche Tiefebene überfordert werden würde.[98] Damit hatten die militärisch Verantwortlichen in Polen wie in den Niederlanden bis in die 1980er Jahre Zweifel an der Durchführbarkeit ihres jeweiligen Auftrages, obwohl sie an ihren jeweiligen Planungen wegen ihrer Bündnisverpflichtungen festhielten bzw. festhalten mussten.

3. DEU-NL Operative Zusammenarbeit

Um die negativen Auswirkungen des zeitintensiven Aufmarsches erst bis an die Weser, dann bis an die Elbe zu mildern, blieb nur das I. (GE) Korps übrig, um mit Kräften zu unterstützen, die eigentlich für andere Aufgaben vorgesehen waren. Nachdem mit der Vorwärts-Stationierung der 41. PzBrig das politisch Leistbare erreicht worden war, entwickelte sich sehr schnell eine bilaterale Kooperation auf „Augenhöhe". Von 1963 an wurden die Planungen beider Korps aufeinander abgestimmt. Abspracheergebnisse wurden in englisch-sprachigen Memoranden festgehalten und den jeweiligen EDP bzw. GDP hinzugefügt. Obwohl die Operationsplanung im Detail geheim war, wurde in Weißbüchern öffentlich, dass nicht nur Seite an Seite in den jeweiligen Korps-„Boxen" verteidigt werden sollte, sondern die Nachbarkorps und die NORTHAG mit ihren Reserven im jeweils kritischen Sektor unterstützen würden.



Aufteilung der Divisionen des I. (GE) Korps im Verteidigungsfall

Eine Besonderheit war, dass die 3. (GE) PzDiv im Dannenberger Zipfel u.a. mit unterstellter 41. PzBrig das Verzögerungsgefecht führen würde. Die ständigen Anpassungen an die EDP/GDP taten ein Übriges, dass die Planungsverantwortlichen im HQ NORTHAG, im Stab des I. (NL) und I. (GE) Korps, der 3. (GE) PzDiv und des zuständigen Wehrbereichskommandos II ein- oder mehrmals jährlich zu Abstimmungen und Planungsanpassungen zusammenkamen. Nicht alle Probleme wie Sicherstellung des Zusammenhangs der Verteidigung in der NORTHAG und Fragen der zeitgerechten Evakuierung der Bevölkerung konnten allerdings zufriedenstellend gelöst werden.[99]

Deutsch-Niederländische Planungen zur Deckung des Aufmarsches des 1-LK

Oplan	Kräfte zur Vz	Führung durch... je nach Warnzeit kurz/lang
Oplan 1963	NL PzBrig 41 – NL PzBrig 13 – GE PzGrenBrig 7	3. (GE) PzDiv
Oplan 1966	NL PzBrig 13 – GE PzBrig 8 – *	3. (GE) PzDiv
Oplan 1969	GE PzGrenBrig 7 – NL PzBrig 41 – *	3.(GE) PzDiv *oder längere Warnzeit:* 4. (NL) Div
Oplan 1973/74	GE PzGrenBrig 7 – NL PzBrig 41 ** - Aufnahme durch GE PzBrig 8 + 9	3 (GE) PzDiv *oder längere Warnzeit:* Ablös d. drei NL Brig
Oplan 1979	GE PzGrenBrig 7 – NL PzBrig 41 ** - Aufnahme durch GE PzBrig 8 , 9 Res	3. (GE) PzDiv *oder längere Warnzeit:* 5. (NL) Div
Oplan 1985	GE PzGrenBrig 7 – NL PzBrig 41 ** - Aufnahme durch GE PzBrig 8 , 9 Res	3. (GE) PzDiv *oder längere Warnzeit:* 5. (NL) Div
Oplan 1988/91	GE PzGrenBrig 7 - NL PzBrig 41 ** - Aufnahme durch GE PzBrig 8	3. (GE) PzDiv *oder längere Warnzeit:* 5 (NL) Div

* 41. (NL) Brig mit 103 (NL) Panzeraufklärungsbataillon (PzAufklBtl)

** mit 103 (NL) PzAufklBtl und (GE) PzAufklBtl 3

Die operative Zusammenarbeit war bei den periodisch wiederkehrenden Stabsrahmen-Übungen wie WINTEX-CIMEX, ABLE ARCHER und CRESTED

EAGLE durch Informationsaustausche, Verbindungs-offiziere, Steuerung des Aufmarsches, gemeinsame Planungen zum Einsatz von Reserven gekennzeichnet. Diese unmittelbare, operative Kooperation wurde ergänzt durch DEU-NL (General-) Stabsgespräche auf Ebene der beiden Ministerien, wobei es dabei weniger um operative als um rüstungsspezifische Fragen ging. Zwischen der Offizierschule des Heeres (OSH) und der Königlichen Militärakademie (KMA), der Führungsakademie (FüAK) und der NL Höheren Kriegsschule (HKS) fanden einmal jährlich einwöchige Austausche statt, bei denen zuweilen taktische und operative Aspekte diskutiert und Geländebesprechungen durchgeführt wurden. Wissenstransfer vollzog sich auch dadurch, dass im Zwei-Jahres-Rhythmus je ein deutscher oder niederländischer Stabsoffizier ganzzeitig an dem jeweiligen Verwendungslehrgang Generalstabsdienst der anderen Armee teilnahm. Auf dieser Basis entwickelte sich ein Vertrauensverhältnis, das die heutige, deutlich umfangreiche DEU-NL-Kooperation bestimmt.[100]

Zusammenfassung

Die Vorneverteidigung in der Zentralregion erschien lange Zeit in den Augen der NL-Öffentlichkeit und der verantwortlichen Politiker bzw. militärischen Führung als eine Herausforderung, die immer wieder Zweifel an einer erfolgversprechenden Auftragserfüllung in der „Norddeutschen Tiefebene" nährte. Gerade deshalb unterstützten die unterschiedlichen NL-Regierungen aus Eigeninteresse und Bündnissolidarität die Vorneverteidigung in Deutschland. Nicht zuletzt sollte der potentielle Gegner im Kriegsfalle vom niederländischen Staatsgebiet zumindest für eine gewisse Zeit ferngehalten werden.

Die Unterhaltung eines teilweise mobilmachungsabhängigen Korps mit mehreren Divisionen zum Schutz eines kleinen Staates wie die Niederlanden war nur begrenzt finanziell leistbar, insbesondere da für die NL-Seestreitkräfte und NL-Luftwaffenanteile in der NATO weitere erhebliche Ressourcen gebraucht wurden.

Deshalb stützte sich die Verteidigungsplanung des I. (NL) Korps auf Einsatzoptionen für TNW. Sie bestimmten Verzögerung, Verteidigung und Gegenangriff. Während der Zeit der Strategie der Massive Retalliation sollten Nuklearschläge Voraussetzungen für Operationen der quantitativ unterlegenen konventionellen Kräfte schaffen. Im Rahmen der Strategie der Flexible Response galt der selektive Einsatz von TNW als Eskalationsoption, falls die konventionelle Verteidigung versagen sollte.

Durch die Konzipierung von zwei Schlachten ab Mitte der 1980iger Jahre, nämlich erst auf Korps- und dann auf NORTHAG-Ebene, sollte die nukleare Schwelle weiter angehoben werden. Die Voraussetzungen für das I. (NL) Korps, den Gegner ebenbürdig konventionell aufzuhalten, wurden durch die Modernisierung der NL Landstreitkräfte ab 1980 geschaffen. Neue Konzepte wie FOFA ab 1982 sollten das Heranführen weiterer Strategischer Staffeln aus der Tiefe wirksamer als bisher verhindern und damit die Erfolgsperspektive am Vorderen Rand der Verteidigung erhöhen helfen. Obwohl sich der mit FOFA verbundene Fähigkeitszuwachs im Kalten Krieg nicht mehr im I. (NL) Korps materialisierte, so trug das Konzept insgesamt zur Stärkung einer glaubwürdigen Abschreckung bei.

Die zugesagte deutsche Sicherung des NL-Aufmarsches bildete eine garantierte Grundlage, auf der das I. (NL) Korps Mobilmachung, Aufmarsch und Anfangsoperationen entwickeln und verbessern konnte. Die Frage, wie erfolgreich die Verteidigungsplanung für das I. (NL) Korps gewesen wäre, muss unbeantwortet bleiben: Ein Krieg fand nicht statt. Was aus den NL-Planungen abgeleitet werden kann, ist, dass sie zur Abschreckung bzw. Kriegsverhinderung und schließlich zum Ende des Kalten Krieges beigetragen haben. Ein weiterer Gewinn ist, dass die dabei entstandene bilaterale Kooperation heute zur Tradition im Deutsch-Niederländischen Korps gehört und unvermindert fortgesetzt wird.

Die Frage, wie erfolgreich die Verteidigungsplanung für das I. (NL) Korps gewesen wäre, muss unbeantwortet bleiben: Ein Krieg fand nicht statt. Was aus den NL-Planungen abgeleitet werden kann, ist, dass sie zur Abschreckung bzw. Kriegsverhinderung und schließlich zum Ende des Kalten Krieges beigetragen haben. Ein weiterer Gewinn ist, dass die dabei entstandene bilaterale Kooperation heute zur Tradition im Deutsch-Niederländischen Korps gehört und unvermindert fortgesetzt wird.

Zwar lässt die Realisierung des neuen Strategischen Konzeptes der NATO von 2022 Erinnerungen an einstige Planungen wach werden, dennoch lässt sich das Denken in GDP-Kategorien nur sehr eingeschränkt auf heutige Planungen übertragen. Ungeachtet dessen sollte es von militärgeschichtlichen Interesse bleiben, wie u.a. die NL-Landstreitkräfte und Bundeswehr ihren Beitrag zur Bündnisverteidigung im Kalten Krieg gestalteten und welchen Herausforderungen sie dabei ausgesetzt waren. Die Rahmenbedingungen und Grundlagen heutiger operativer Planungen unterscheiden sich deutlich nach Raum, Zeit und Kräften von denen der Vergangenheit. Ungeachtet dessen sind auch heute NL-Kräfte im Rahmen von NATO-Kontingenten zur Abschreckung sowie für die Erhaltung von Stabilität und Bündnissolidarität in Osteuropa vorgesehen.

Zum Autor: Friedrich K. Jeschonnek, Oberst a.D., 22. Verwendungslehrgang GenSt (H), über 40 Jahre Berufssoldat in Kommandeurs- und Stabsverwendungen im In- und Ausland, Einsatzerfahrungen, seit 1987 Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft, Redakteur Hardthöhenkurier

Anmerkungen

1 Vgl.: zum neuen Strategischen Konzept der NATO: NATO 2022, Strategic Concept, Brussels 2022, www.nato.int/strategic-concept/#StrategicConcept, eingesehen 22.06.2022; Claudia Major/Coran Swistek, Die NATO nach dem Gipfel von Madrid, Berlin, SWP-Aktuell, Nr.49, Juli 2022.

2 Vgl: Karsten Oltmanns, 1 German/Netherlands Korps, Two Nations … one Mission, in : NATO, the Alliance on its way to the future, Report 1/1999, , S.77; Peter Rohmann, Das Deutsch-Niederländische Korps – ein neues Korps in neuer Zeit, in: Een unieke Samenwerking het Duits-Nederlands Legerkorps - eine einzigartige Zusammenarbeit, das Deutsch-Niederländische Koops, hrsg. P. H. Kamphuis/ P. Klein/ A. Rosendahl Huber, Den Haag 1996, S. 211.

3 Es gibt nur wenige deutschsprachige Arbeiten über Struktur und Einsatzplanung der NL Landstreitkräfte: Vgl.: Gert Bolik: NATO-Planungen für die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland im Kalten Krieg, 2. Aufl., Berlin 2023, S. 66-81; Albert E. Kersten, die Außen- und Bündnispolitik der Niederlande 1940-1955, in: Nationale Außen- und Bündnispolitik der NATO-Mitgliedstaaten, Reihe Forschung und Probleme des Atlantischen Bündnisses bis 1956, Band 2, hrsg von Norbert Wiggershaus / Winfried Heinemann, München 2000, S. 153-175; Fritz Wiener: Die Armeen der NATO-Staaten, Taschenbuch der Landstreitkräfte, Band 1, München 19744, S.166-173; Paul Hartmann: Das Königlich Niederländische Heer auf dem Weg in die Zweite Jugend, in: Een unieke Samenwerking, (Anm.2), S. 155-156.

4 Die umfänglichste Arbeit, in welcher Strukturentwicklung und Operationsplanung von 1945-1990 militär-historisch in einem Längsschnitt in niederländischer Sprache dargestellt werden, ist die von: J. Hoffenaar/B. Schoenmaker: Met de blik naar het Osten, de Koninklijke Landmacht 1945-1990, (Mit Blick nach dem Osten, die Königlichen Landstreitkräfte 1945-1990), Den Haag 1994, dort weitere Quellenhinweise. Die Regierungspolitik zur Streitkräfte- bzw. Heeresentwicklung anlaysiert (in Englisch) Jan Willem Honig: Defense Policy in the North Atlantic Alliance, the Case of the Netherlands, Westport/London 1993; dazu: Daan Sanders/Jan Hoffenaar: Going Nuclear, but how? The Netherlands Army and Tactical Nuclear Warfare in Europe, 1953-1968, International Journal of Military History and Historiography 42. (2022), S. 378-412; Daan Sanders: Pogingen flexibel te reageren? Tactische Kernwapens in de Koninklijke Landmacht 1969-1989, (Versuche, flexibel zu reagieren? Taktische Kernwaffen in den Königlichen

Landstreitkräften 1969-1989) in: Militaire Spectator, 191 (2022), 5, S.248-265.

5 Vgl.: Honig, Defence Policy in the North Atlantic Alliance, (Anm. 4), S.11.

6 Vgl.: Anthony H. Cordesman, NATO's Central Regions Forces, London 1988, S.114-132. Eine erste Raumaufteilung in der Zentralregion orientierte sich an den alliierten Besatzungszonen.

7 Vgl.: Gerd Bolik/Heiner Möllers, Anmerkungen zu NATO-Verteidigungsplanungen (1960-1990) VI. Teil: Krieg in der Ukraine, Portal Militärgeschichte, 2022, S. 36, DOI.org/10.15500/akm.09.05.2022, https://www.portal-militärgeschichte.de/bolik_moellers_black_box , eingesehen am 25.01.2023.

8 Derartige Bewertungen erfolgten ab 1952 durch die Standing Group (SG), dem späteren Military Committee (MC). Vgl: NATO Archiv, Ressource Standing Group, SGM-54-5-52 vom 17.03.1952 Force Goals for 1952, (dann in der MC 70 fortgeschrieben). Dort waren die originäre NL-Streitkräfteplanung nach Großverbänden und Luftwaffenfähigkeiten erfasst. Eine beigefügte Stellungnahme der NL bestätigte die Streitkräfteziele und verwies auf die länger dauernde Realisierung. Derartige Stellungnahmen durch die NL Regierung erfolgten periodisch auf die NATO-Auswertungen und Kritiken. Vgl.: Honig, Defense Policy, (Anm.4), S.141-145.

9 Vgl.: Cordesman, NATO Central Region Forces, (Anm.6), S. 115-124; Honig, Defence Policy in the North Atlantic Alliance, (Anm.4), S. 228, 234, 236-237.

10 Eines der wesentlichen Mittel, die zur Steuerung von militärischen Maßnahmen in einer Krise zur Verfügung stand, war das NATO-Alert-System. Es regelte die Verfahren für Konsultationen, Entscheidungsfindung, Auslösung und Durchführung von Maßnahmen zur Erhöhung der Einsatzbereitschaft, Mobilmachung, Aufmarsch und Anfangsoperationen. Einzelheiten sind im NATO Dokument MC 67/3 geregelt. Es bildete zugleich die Grundlage für die Alarmanweisungen in der NATO-KS und Alarmpläne in den Nationen. Vgl.: Gerd Bolik, NATO-Planungen, (Anm. 3), S.11; zur Implementierung in den NL: Hoffenaar, Met de blik naar het Oosten, (Anm.4), S. 115.

11 Bei gespannten internationalen Beziehungen war die niedrigste Stufe Military Vigilance (MV), ein Voralarm, bestehend aus Vorbereitungs- und Vorsorgemaßnahmen wie die Erhöhung der Führungsbereitschaft. In der Stufe Simple Alert (SA) konnten erste Maßnahmen zur Erreichung der Verteidigungsbereitschaft veranlasst werden. Reinforced Alert (RA) umfasste Mobilmachung, Teilaufmärsche und Herstellen der Verteidigungs-bereitschaft. Bei der höchsten Stufe, General Alert (GA), erfolgte die Genehmigung zum Einsatz von Streitkräften. SA, RA und GA bilden des formale Alarmsystem. Ergänzend gab eine zweistufige Sonderform für Überraschungsangriffe (Counter Surprise System). Vgl. Ebenda, S. 11-12; NATO Archiv, Dokument IPT 152/80,19.03.1959, NATO Alerting System.

12 Entscheidungen über den Einsatz der Streitkräfte trafen in den Niederlanden bei-

de parlamentarischen Kammern auf Antrag der Regierung vor bzw. spätestens zu Konsultationen im NATO-Rat. Die Entscheidung der Regierung zu Mobilmachung und Aufmarsch musste von beiden Kammern der niederländischen Volksvertretung gebilligt und von König oder Königin verkündet werden. Damit bestand wie in anderen parlamentarischen Demokratien das Risiko, dass sich zeitkritische parlamentarische Entscheidungen zuungunsten einer Bündnisverteidigung verzögerten. Vgl.: Peter E. Volten: The Dutch Contribution to NATO in : NATO – Warsaw Pact Force Mobilization, hrsg. Jeffrey Simon, Washington 1988, S.427-445.

13 Vgl.: Honig, Defence Policy in the North Atlantic Alliance, (Anm.4), S.131-225.

14 Vgl.: Shaun R. Gregory, Nuclear Command and Control in NATO, Houndsmills/London 1996, S.149-191.

15 Vgl.: NL-Staatsarchiv, Staf 1e Legerkorps,13148 invnr 193, Oplan 1/1979, Januar 1979.

16 Mangels Einblick in die geheime Planung der WVO konnte im Betrachtungszeitraum von der NATO nur das angenommen werden, was durch Übungen bzw. Spione aufgeklärt worden war bzw. was der Raum bzw. die Region für Angriffe hergab. Vgl.: Jaroslaw Palka, Polskie Wojska Operacyjne w układzie Warszawskim (Polnische Operative Truppen im Warschauer Pakt), Warszawa 2022, S.82-187; Friedrich K. Jeschonnek, Der Operationsplan für die polnischen Streitkräfte von 1964, in: MGZ 83/1 (2024) S. 87-130.

17 Vgl. Siegfried Lautsch, Kriegsschauplatz Deutschland, Erfahrungen und Erkenntnisse eines NVA-Offiziers, Potsdam 2013, S.133-138.

18 Vgl. Militärstrategie, hrsg. Wassilij Sokolowski, 3. verb. Auflage, Köln 1959, S. 268-270, S.273-297; vgl. zur Bedrohung der NL: Jan Hoffenaar, „Hannibal ante portas", the soviet Military Threat and the Build-up of the Dutch Armed Forces 1948 – 1958, in: Journal of Military History 66 (January 2002), S.163-191, insb. S. 171.

19 NATO Strategy Documents 1949-1969, hrsg. G. W. Pedlow, Brussels 1999, https://www.nato.int/archives/ strategy.htm, eingesehen am 18.03.2024.

20 Tactical Nuclear Weapons (TNW, Taktische Nuklearwaffen) sind Atomwaffen mit 1,5 bis 15 Kt Wirkung für den Einsatz auf dem Gefechtsfeld, zum Vergleich: die Nagasaki-Bombe hatte 21 Kt. Ihre Verbringung ins Ziel konnte durch Luftfahrzeuge, Geschütze, Raketen oder in Form von Kernladungen erfolgen. TNW dienten sowohl der Abschreckung als auch der Kriegführung. Sie waren seit Ende der 1950er Jahre Teile der Einsatzplanung in der WVO wie in der NATO. Vgl. Ernst Lutz, Lexikon zur Sicherheitspolitik, München 1980, S. 254; Bolik, NATO-Planungen, (Anm.10), S.14-18.

21 Vgl.: Daan Sanders, Taktische kernwapens in de Nederlandse landmacht 1953-

1968, in: Militaire Spectator, 189 (7/8), 2020, S. 344-359; Daniel Charles, Nuclear Planning in NATO, Pitfalls of First Use, Cambridge 1987, S.14; 17.

22 Vgl.: Ebenda, S. 9-22; zur Massive Retalliation: NATO Strategy Documents, (Anm. 19), Dokument 14/2.

23 Ursachen und Gründe für den Strategiewechsel siehe: Jane Stromseth, the Origins of Flexible Response, NATO's Debate over Strategy in the 1960ies, Oxford 1988, S. 11-25, 175-194.

24 Vgl.: NATO Strategy Documents, (Anm.19), Dokument MC 14/3.

25 Vgl.: Jan Hoffenaar, the Dutch Contribution to the Defence of the Central Sector, in: Blueprints for Battle – Planning for War in Central Europe, 1948 – 1968, hrsg. Jan Hoffenaar/Dieter Krüger, Lexington 2012, S.217-237.

26 Vgl.: Drijvende Stuwe voor de landsverdediging, hrsg. B.B. Beekmans/C. Schildt, Utrecht 1997; Bolik, Nato-Planungen, (Anm.10), S. 67.

27 Vgl.: Hoffenaar, the Dutch Contribution, (Anm.25), Seite 221-224.

28 Vgl.: Frank Uekötter, der Deutsche Kanal, eine Mythologie der alten Bundesrepublik, Stuttgart 2020, S. 151-155.

29 Vgl.: Bolik, NATO-Planungen, (Anm.10), S.69; Hoffenaar, Met de blik naar het Oosten, (Anm.4.) S.170.

30 Vgl.: Lautsch, Schlachtfeld Deutschland, (Anm.17), S.136; zum Schutz der Weser-Übergänge im Rückwärtigen Korpsgebiet waren zunächst die 5. (NL) Divisiion, ab Ende der 1970ige Jahre die 101. Infanteriebrigade vorgesehen.

31 Vgl.: Hoffenaar, The Dutch Contribution, (Anm. 25), S.226-231; Bolik, NATO-Planungen, (Anm.3), S.66.

32 Vgl.: Hoffenaar, Met de blik naar het Oosten, (Anm.4), S.166.

33 Vgl.: Ebenda, S.169; W. Klinkert, Kazerneruil Budel (Kaserne Budel), in: Militaire Spectator, 167 (1998) 1, S.16-25.

34 GE-NL Koordinationsvereinbarung 1979: NL-Staatsarchiv, 13148 invnr 193, Oplan 1/1979 - Bijl O, Coordinating Agreement met 1 (GE)Corps.

35 Vgl.: z.B. BAMA, BH 7-1/1473, Anlage T, Blatt 279-313.

36 Vgl.: Hoffenaar, Hannibal ante portas, (Anm. 18), S.173-174.

37 Vgl.: Ebenda, S.171-183.

38 Vgl.: Ebenda, S. 181-183.

39 Vgl: Hoffenaar, Met de blik naar het oosten, (Anm.4), S.146-152.

40 Die Landcent – Division war das Ergebnis der Lehrübung 58 des I. (GE) Korps und wurde als Organisationsmodell in der NATO empfohlen. Vgl.: Ebenda, S.152-156; Ulrich de Maizière, In der Pflicht, Lebensbericht, 2. Aufl., Herford/Bonn 1989, S.218.

41 Vgl.: 25 Jahre I. Korps, hrsg. Korpskommando I. Korps, Osnabrück 1982, S.140.

42 Vgl.: Ebenda, S. 129-142.

43 Vgl.: Hoffenaar, The Dutch Contribution, (Anm.25), S.226-230.
44 Vgl.: Hoffenaar, Met de blik naar het oosten, (Anm.4), s.174.
45 Die Personelle Mobilmachung erfolgte ab den 1970iger Jahren nach dem RIM-System (Rechtsstreekse Instroming in Mobilisable eenheden, Direkte Einberufung in Mobilmachungseinheiten). Es werden in der Stufe I die Reservisten aus Kampfverbänden in gleichartige Bataillone nach Ende der Wehrpflicht für 18 Monate beordert. Danach gehören sie zur Stufe II zur Auffüllung weiter teilaktiver bzw. gekaderten Verbände. Verbände der Stufe I konnten innerhalb von 24 Std mobilgemacht sein. Die der Stufe II innerhalb von 48 Std. Das RIM-Verfahren wurde in den sog. „Donnerslag"-Übungen erprobt und zeigte, dass das Personal wenige Stunden nach Aufruf in den Einheiten verfügbar war. RIM war in der NATO ein anerkannt bewährtes System. Vgl: 200 Jaar Koninklijke Landmacht 1814-2014, hrsg Ben Schoenmaker, Amsterdam 2014, S.187; Honig, Defence Policy, (Anm. 4), S.129; BAMA BH 8-1/437, Blatt 286-287; J.G. Roos, Rapid Mobilization for War, in; NATO's Sixteen Nations, Special 1/1983, S.64-66.
46 Vgl.: Hoffenaar, Met de blik naar het Oosten, (Anm. 4), S. 313-324.
47 Maldeployment war die Bezeichnung für das Erfordernis des I. (NL) Korps, über 400 km bei einem drohenden Angriff an der IDG aus den Niederlanden aufmarschieren zu müssen. Vgl.: J. Hoffenaar, Duits-Nederlandse militaire samenwerking in de Koude Oorlog, in: Militaire Spectator, 174 (2005) 12, S. 547.
48 Vgl.: 200 jaar koninklijke Landmacht 1814-2014, (Anm.45). S.13-156.
49 Beistandsartikel im NATO-Vertrag, https//www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm? eingesehen am 31.03.2024.
50 Vgl.: Hoffenaar, Hannibal ante portas, (Anm. 18), S.172.
51 Helmut R. Hammerich, Halten am VRV oder Verteidigung in der Tiefe? Die unterschiedliche Umsetzung der NATO-Operationsplanungen durch die Bündnispartner, in: Sonderfall Bundeswehr? Streitkräfte in nationalen Perspektiven, Hrsg Heiner Möllers/Rudolf J. Schlaffer, Reihe Sicherheitspolitik und Streitkräfte, Band 12, München 2014, S. 95.
52 Vgl.: Sanders, Tactische kernwapens, (Anm.21), S.344-359; Sanders, Pogingen flexibel, (Anm.4), S.248-265.
53 Ministerie van Oorlog, Gevechtshandleiding VS-2-1386, Den Haag 1957.
54 In der WVO gab eine sowjetische Militärwissenschaft Grundsätze und Normen für Handlungen großer Truppenkörper wie Armeen und Fronten vor. Vgl.: Lautsch, Schlachtfeld Deutschland, (Anm. 17), S. 5-14; zur NATO: Ian Hope, the Great War legacy for NATO, NATO Defence College Policy Brief, No 4, Rom November 2018, S.4.
55 Vgl.: NATO – MAS, NATO Land Force Tactical Doctrine, Allied Tactical Publication 35 (ATP 35), STANAG 2868, Brüssel 1975.

56 Vgl.: NATO – MAS, NATO Tactical Air Doctrine, ATP 33, Brüssel 1975 und NATO Air Support Offensive Operations ATP 27, Brüssel 1975.

57 Vgl.: Friedrich Jeschonnek, die Planung von Operationen in der Northern Army Group (NORTHAG) im Wandel, in: Clausewitz Jahrbuch, hrsg Clausewitz Gesellschaft, 16. Band, Hamburg 2020, S.58-86.

58 NATO-Archiv, Summary of Emergency Defence Plan (SHAPE EDP 1-52), 01.01.1952.

59 Vgl.: Sanders, Tactische Kernwapens, (Anm. 21), S.344-359; Ders., Pogingen flexibel, (Anm.4), S.248-265.

60 Vgl.: NATO-Archiv, MC 133, dated 20. May 1969, Procedures for Approval and Promulgation of Operational Planning Documents, Enclosure 1.

61 Vgl.: NATO-Standardization Office (NSO), STANAG 2014 (first edition 1959); vgl.: Friedrich Jeschonnek, Vom Instrument der Kriegführung zum Mittel von Abschreckung und Kriegsverhinderung, in Clausewitz Jahrbuch 2023-2024, hrsg. Clausewitz-Gesellschaft, Hamburg 2023, S. 214-245, insb.231-233.

62 Vgl.: Hammerich, Halten am VRV oder in der Tiefe, (Anm.51), S.96.

63 Vgl.: Sanders, Going nuclear, but how? (Anm.4), S.406-409.

64 Vgl.: Hoffenaar, Met de blik naar het oosten, (Anm.4), S.378-380.

65 Vgl.: P.H. de Vries/P.L.M. Everis, Offensief optreden, maar hoe? (Offensives Handeln, aber wie?) Deel 3. Eigen optreden Legerkorps (Eigene Absichten des Heereskorps), in: Militaire Spectator, 157 (1988) 10, S.497ff. Deel 4.Eigen optreden divisie (eigene Absichten der Division), in: Militaire Spectator, 158 (1989) 2, S. 76-87; Ton de Munnik, Beweging in de Verdediging, (Bewegliche Verteidigung) deel 2 (Teil 2), in: Infanterie, 21 (2016) 4. S.17-25.

66 BAMA, BH 7-1/1373 und 7-1/1374, GDP I. (GE) Korps, Anlage F.

67 Vgl.: Hoffenaar, the Dutch Contribution to the Defence, (Anm.25), S.219-223.

68 Vgl.: Hans Hoster, das Hauptquartier in Mönchengladbach, Der unbekannte Stadtteil JHQ, Mönchengladbach 2004, S.32.

69 Vgl.: Jan Hoffenaar, „To defend or not to defend" Drawing the line in the Netherlands, in: War Plans and Alliances in the Cold War, hrsg. Vojtech Mastny/Sven G. Holtsmark/Andreas Wenger, London/New York 2006, S.266-285.

70 Vgl.: Hoffenaar, The Dutch Contribution to the Defence, (Anm.25), S.219-223.

71 Vgl.: Hoffenaar, Met de blik,(Anm.4), S. 115-130.

72 Vgl.: Ebenda.

73 Vgl.: Sanders, Tactische Kernwapens, (Anm.21), S.346.

74 Vgl.: Ebenda,347-351.

75 Vgl.: BAMA, BH 1/3; Hoffenaar, The Dutch Contribution to the Defence, (Anm.25), S.226-228.

76 Die 121. Leichte Brigade bestand auch 3 Aufklärungsbataillonen, 3 Komman-

dokompanien und einer Infanterie-kompanie. Sie wurde mit Verlegung der 41. Brigade nach Seedorf aufgelöst. Aufgelöst wurde die nicht-aktive 3. (NL) Div um 1963. Vgl. Hoffenaar, Met de blik naar het Oosten, (Anm.4), S.166.

77 Vgl.: Sanders, Taktische Kernwapens, (Anm.21), S.351.

78 Vgl.: Hoffenaar, Met de blik naar het Osten, (Anm. 4), S. 149-151.

79 Vgl.: Sanders, Tactische Kernwapens, (Anm. 21), S.352.

80 Vgl.: Ebenda, S.351-355.

81 Die NL hatten das gesamte Spektrum TNW in ihrer Planung berücksichtigt: Jagdbomber-Einsätze, Kurzstreckenraketen wie Honest John/Lance, Nukleare 8-Inch-Haubitzen M 110 und Kernladungen (ADM). In den 1980er Jahren wurden die Einsatzmittel auf Luftfahrzeuge und Artilleriesysteme beschränkt.

82 Vgl.: Hoffenaar, Met de blik naar het Oosten, (Anm.4.), S.169 – 174; Helmut H. Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss. Das Heer der Bundeswehr zwischen Wehrmacht und US Army 1950-1970, in: Helmut H. Hammerich u.a., das Heer der Bundeswehr 1950-1970, Konzeption, Organisation, Ausbildung, Reihe Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, Band 3, München 2006, S.131-154.

83 Vgl.: Pedlow, NATO Strategy Documents, (Anm. 19), dort Dokumente MC 14/3 und MC 48/3.

84 Vgl.: Hoffenaar, Met de blik naar het Oosten, (Anm.4), S.230-240.; Hammerich, Halten am VRV oder Vertei-digung in der Tiefe? (Anm.58), S.85-89.

85 Vgl.: Sanders, Taktische Kernwapens, (Anm.21), S.355-356.

86 CRBA, Central Region Barrier Agreement, ist ein NATO-Abkommen zur Verteidigungsvorbereitung in der Zentralregion vom 31.08.1979. Es sah Sperrvorbereitungen an der Verkehrsinfrastruktur unter Berücksichtigung beweglicher Operationen vor. Vgl.: https.//www.geschichtsspuren.de/artikel/verkehrsgeschichte/135-sperren-wallmeister.html; eingesehen am 30.03.2024.

87 Vgl.: Hoffenaar, Met de blik naar het Oosten, (Anm. 4), S.287-361.

88 BAMA, BH 7-1/886, Meldung I.(GE) Korps über den Ausbau des Elbe-Seiten-Kanals v. 01.07.71; Uekötter, der Deutsche Kanal, (Anm.28).

89 Vgl.: Sanders, Pogingen flexibel te reagieren? (Anm. 4), S. 252.

90 Parallel wurde das deutsche Wartime Host Nation (WHNS) - Konzept mit 7 Unterstützungskommandos in den 1980iger Jahren aufgebaut. Das Ukdo 7 war zur Unterstützung des 3. (US) Corps vorgesehen. Vgl. BAMA, BH 36/68.

91 Vgl.: Sanders, Pogingen flexibel te reagieren? (Anm 4), S.263-265.

92 Eine OMG, Operative Manövergruppe (NATO-Bezeichnung), war Teil des sowjetischen Angriffs- und Durch-bruchskonzeptes, mit einem schlagkräftigen, hochbeweglichen Großverband durch die gegnerische Verteidigung bis in Rückwärtige Räume durchzubrechen. Das Konzept wurde in den 1930er Jahren

entwickelt und in den 1980er Jahren dem Stand der Waffentechnik und Taktik angepasst. Vgl.: John G. Hines, The Principle of Mass in Soviet Tactics today, in Military Review, 72 (1982) 8, S.13-23.

93 Vgl.: Hoffenaar, Met de blik naar het Oosten. (Anm. 4), S.381-385; Hammerich, Halten am VRV oder Verteidigung in der Tiefe? (Anm.58), S.94, S.96,103-104.

94 Vgl.: Jeschonnek, Planung von Operationen in der Northern Army Group (NORTHAG) im Wandel, (Anm.56), S.78-79.

95 NL-Nationalarchiv, Inventar Nr. 2.13.148, Staf 1e Legerkorps, EXNR 3, Gespreksnotitie voor onderhoud C-1LK mit BLS op 14. Dec 1984 (Gesprächsnotiz über Unterredung des Kommandierenden Generals 1-LK mit dem Befehlshaber der NL-Landstreitkräfte zur Einsatzplanung, der Auffassung COMNORTHAG über Kräfteeinsätze und Planung eines NL-Gegenschlages).

96 Vgl.: Hammerich, Halten am VRV oder Verteidigung in der Tiefe, (Anm.58), S. 110-112.

97 Sanders, Tactische Kernwapens, (Anm. 21), S. 358, Ders. Pogingen flexibel te reagieren? (Anm.4), S. 264-265.

98 Vgl.: Jaroslaw Palka, Gra Wojenna "Marzec 83" czyli kryzys w Ludowym Wojsku Polskim w latach osiemdziesiątych, (Das Kriegsspiel „März 83" oder die Krise in der Polnischen Volksarmee in den achtziger Jahren), in: Dzieje Najnowsze, Rocznik 53 (2021), 2, S. 161-186, https://orcid.org/0000-0003-3559-0277.

99 Vgl.: Sanders, Going Nuclear, but how? (Anm.4), S. 404-405.

100 Vgl.: Hoffenaar, Duits-Nederlands militaire samenwerking in de Koude Oorlog, (Anm. 47), S. 543-554.

Geopolitik und Schwarzes Meer

Eine maritime Herausforderung

Klaus Olshausen
Viktor Toyka

Vorwort

Dieser Beitrag ist eine Niederschrift und Fortschreibung eines Vortrages beim Regionalkreis West der Clausewitz Gesellschaft am 14. Dezember 2023. Ausgangspunkt war die Entscheidung Russlands, aus dem Getreideabkommen auszusteigen und so seinen Weg zu einem „mare clausum" voranzutreiben. Wo angezeigt, wurden einige aktualisierende Informationen bis März 2025 aufgenommen. Ehe wir uns dem Geschehen seit der russischen Invasion der Ukraine zuwenden, sind zuvor einige Informationen zum Schwarzen Meer, zur Geschichte großer Reiche und zu den heutigen Anrainerstaaten hilfreich.

Zum Meer

Das Schwarze Meer (türkisch Karadeniz) ist ein zwischen Südosteuropa, Osteuropa und Vorderasien gelegenes Binnenmeer. Es ist über den Bosporus und die Dardanellen mit dem östlichen Mittelmeer verbunden. Es ist bis 2212 m tief und hat (ohne das Asowsche Meer) eine Fläche von etwa 436.400 km² (zum Vergleich: Deutschland hat eine Fläche von 357.592 km²). Sein Rauminhalt beträgt 547.000 km³, die durchschnittliche Wassertiefe 1.253 Meter.

Während der letzten Eiszeit war das Schwarze Meer ein großer Süßwassersee und durch den damals trocken gefallenen Bosporus vom Mittelmeer getrennt. Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass sich vor etwa 8.000 Jahren vermutlich aus dem Mittelmeer kommende mächtige Salzwasserfluten in das damals tiefer gelegene Binnengewässer ergossen.[1] Beeindruckend ist der damit einher gehende Wechsel von einem Süßwassersee in ein stark geschichtetes salziges Meer, in dem heute mit Ausnahme der obersten 150 Meter lebensfeindliche Verhältnisse herrschen. Unterhalb dieser Zone gibt es keinen gelösten Sauerstoff mehr, weil der Abbau abgestorbener organischer Materie im Laufe der vergangenen Jahrtausende sämtliche Vorräte aufzehrte. Höheres Leben ist in den tiefer liegenden Schichten nicht möglich.

Die Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres sind im Uhrzeigersinn: Ukraine, Russland, Georgien, Türkei, Bulgarien und Rumänien. Die Türkei hat eine Küstenlinie am Schwarzen Meer von 1700 km, die kürzeste Küstenlinie hat Rumänien mit 256 km. Die Ukraine hat mit 1756 km die längste Küste aller Anrainerstaaten, durch die völkerrechtswidrige Annexion der Halbinsel Krim durch Russland ist sie zum großen Teil ihrem Zugriff entzogen.

Ein Blick auf frühere Kolonisation und Großreiche

Griechen

In der archaischen Periode der griechischen Antike von ca. 800 bis ca. 600 v. Chr. erfolgte nicht nur rund um das Mittelmeer, sondern auch an den Küsten des Schwarzen Meeres die Gründung zahlreicher griechischer Pflanzstädte – selbständige Gemeinwesen, keine Kolonien im modernen Sinne. Damit verbreiteten die Griechen Sprache, Kultur und Polis-Ordnung. Bei der Kolonisation hervorgetan hat sich von den kleinasiatisch-ionischen Städten vor allem Milet (ab spätestens dem 7. Jahrhundert v. Chr.) mit etwa 70 Kolonien im Schwarzmeergebiet, darunter Apollonia Pontike, Sinope, Trapezous (Trabzon), Odessos (Warna) und Olbia. Die Folgewirkungen der großen Kolonisation waren von großer Tragweite und Vielfalt. Sie erstreckten sich auf die genannten Räume und die zugehörigen Völker; sie beeinflussten aber auch die Entwicklung auf dem griechischen Festland und begründeten nach Ansicht der älteren Forschung unter allen Hellenen ein Bewusstsein der Zusammengehörigkeit.

Perser

Das Perserreich erreichte unter Daeiros I. und Xerxes I. seine größte Ausdehnung. Zwischen 522 und 465 v. Chr. kontrollierte es nicht nur die Südküste des Schwarzen Meeres, sondern auch die thrakische Küste und die weitere Küste bis zu beiden Seiten der Enge von Kertsch. In einer Reihe von Kriegen zwischen Griechen und Persern ging es oft um das griechische Festland, die Inseln der Ägäis und die Westküste Kleinasiens.

Alexander der Große

Es war schließlich Alexander der Große, der mit seinen raumgreifenden Feldzügen und den Schlachten von Issos im Südwesten Kleinasiens und in der Ebene von Gaugamal östlich des Tigris bei Arbil das Perserreich als Einheit zerschlug.

Auch das Alexander-Reich erstreckte sich in den Raum des Schwarzes Meeres, doch lag dort nicht sein Schwerpunkt. Das nördliche Diadochenreich der Antigoniden beherrschte mit Thrazien und Kleinasien wichtige Küsten des Meeres, bis es mit der Eroberung durch Rom 148 v. Chr. zur römischen Provinz wurde.

Römisches Reich und Osmanisches Reich

Das Römische Reich setzte am Schwarzen Meer seine Ausdehnung fort. Zwischen etwa 100 bis 200 n. Chr., in der Zeit der Kaiser von Trajan bis Septimius Severus, kontrollierte es alle Küsten, ausgenommen zwischen dem Regnum Bospori im Nordosten und der kaiserlichen Provinz Cappadocia im Süden. Das Oströmische, danach das Byzantinische Reich behielten Einfluss neben den Seldschuken, und schließlich, ab dem 15. Jahrhundert, die Osmanen. Sie dominierten das Schwarze Meer bis Russen und Slawen der Balkanländer sie dann ab dem 16. Jahrhundert zurückdrängten.

Wirtschaft und Ressourcen

Das Schwarze Meer ist für seine Anrainer Nahrungsquelle, Wirtschaftsraum, Verkehrsweg, Machtbasis und – seit Russlands Krieg und brutaler Invasion der Ukraine – Kriegsschauplatz. Bis zur Auflösung des Warschauer Paktes und der Implosion der UdSSR war es im Wesentlichen unter politischer, ökonomischer und militärischer Kontrolle der Sowjetunion. Die ausschließlichen Wirtschaftszonen waren weitgehend zwischen der Türkei und der Sowjetunion aufgeteilt. Mit dem Ende der UdSSR starteten die Anrainer, Staaten des Donauraumes und im Kaukasus ab 1992 eine „Organisation der ökonomischen Zusammenarbeit des Schwarzen Meeres“ (BSEC). Ihre vielfältigen Aktivitäten sind nach Auffassung der Ukraine seit 2014 von Russland zur Geisel genommen worden, zumal dieses ja auch illegal Aktivitäten in der Wirtschaftszone der Ukraine durchführt. Aus der Internetseite der BSEC geht nicht hervor, wie sich die Mitgliedstaaten der Organisation zur Aggression Russlands seit 2014 und dann seit der Invasion 2022 verhalten. Seit die Ukraine ihre Getreidelieferungen wieder weitgehend ungestört durch den Bosporus und auf anderen Wegen über das Schwarze Meer durchführen kann, weil Russland trotz Aufkündigung des Getreideabkommens die Drohungen gegen diese Lieferungen nicht ausführt, ist auch eine mögliche globale Ernährungskrise abgewendet .

Russland hat der Ukraine bisher 80 Prozent ihrer exportfähigen Wirtschaftsleistung genommen.

Das Schwarze Meer birgt wichtige Ressourcen, zu denen auch große Gasvorkommen westlich der Krim, nördlich des Bosporus, vor der anatolischen und der georgischen Küste zählen. Doch ist kaum zu erwarten, dass während der russischen Aggression umfangreiche wirtschaftliche Aktivitäten weitergeführt oder begonnen werden. Sollte es Russland gelingen, die Ostukraine vollständig zu erobern, würde Kiew ca. zwei Drittel seiner Bodenschätze verlieren. Russland hat die Ukraine vom Schwarzen Meer abgeschnitten und kontrolliert mittlerweile rund 63% der ukrainischen Kohle, elf Prozent des Öls, 20% des Erdgases, 42% der Metalle und 33% der Seltenen Erden. Die Ostukraine ist eines der mineralienreichsten Gebiete in Europa. Neben den riesigen Kohlevorkommen gibt es dort Titan- und Eisenerzvorkommen, die zu den größten Reserven der Welt zählen. Hinzu kommen Lithiumfelder und Gasvorkommen.

Übersicht über ausschließliche Wirtschaftszonen im Schwarzen Meer

Russland hat der Ukraine bisher 80 Prozent ihrer exportfähigen Wirtschaftsleistung genommen.

Geopolitische Ringe des Krieges

Bevor wir den Blick auf die maritimen Gegebenheiten, Ereignisse und Folgerungen richten, seien vorab einige Erläuterungen zum größeren geopolitischen Umfeld dieses Krieges und Konfliktes multipler Interessen gerichtet. Seit der „voll umfänglichen Invasion" Putins kennzeichnen besonders dynamische komplexe Entwicklungen auf unterschiedlichen Handlungsebenen und in verschiedenen Handlungsrahmen das Geschehen im geopolitischen Raum. Krise und Krieg werden in allen Phasen, nicht nur dort, wo es um Anwendung kriegerischer Gewalt geht, durch die „lebendige Reaktion" bestimmt, d.h. durch die Wechselwirkung von Handeln und Gegen-Handeln, und dies bei zahlreichen staatlichen, nichtstaatlichen und übernationalen Akteuren, die auf geografisch, funktional und institutionell verschiedenen Handlungsebenen tätig werden. Dabei wird offensichtlich, dass dies bei einem Bündel von teilweise gemeinsam, zum Teil unabhängig voneinander und zum Teil gegeneinander Handelnden hohe Anforderungen an die eigene Urteilsfähigkeit und Aktion stellt.

Die Ukraine mit dem gesamten Kriegsschauplatz, der das Schwarze Meer einschließt, bildet das Kerngebiet des brutalen Konflikts. Darum herum reihen sich geographisch und geopolitisch verschiedene Kreise :

- die direkten Nachbarstaaten,
- weitere regionale Mächte, dabei institutionell die EU, die OSZE, die NATO sowie die GUS,
- daran schließen sich im internationalen Rahmen die Vereinten Nationen (VN), v.a. mit dem Sicherheitsrat (VNSR), die EU, die OSZE, die NATO an,
- aber dann auch und insbesondere die Großmächte, v.a. die Vereinigten Staaten, Russland und China, aber auch einige Mittelmächte, darunter Deutschland.

Dieser Konflikt und die Aggression werden noch komplexer und komplizierter dadurch, dass der Aggressor Russland in allen drei Ringen Handlungsoptionen hat und diese zielstrebig nutzt, und weil Mitgliedstaaten sowohl der EU als auch der NATO Nachbarstaaten der Ukraine oder Russlands sind. Geometrisch gesprochen bedeutet dies, dass zwei wesentliche Ellipsen (EU und Russland) quer zu den konzentrischen Kreisen in allen Ringen unterschiedlich erfolgreich wirksam werden.

Die geopolitischen Ringe im Ukraine-Konflikt werden noch komplexer dadurch, dass der Aggressor Russland in allen drei Ringen Handlungsoptionen hat und diese zielstrebig nutzt

Nach der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 hat die Russische Föderation den Zugriff auf erhebliche Teile der Schwarzmeerküste verloren, zumal auch Georgiens Küste aus ihrem Staatsgebiet ausgeschieden war. Dies wollte und musste Putin bei geeigneter Gelegenheit korrigieren. Ein drastisches Beispiel für die

Bedeutung der Meere ist die Übernahme und Annexion der Krim 2014 als erster gewaltsamer Schritt, (auch) die maritime Landkarte des Schwarzen Meeres zugunsten Russlands zu korrigieren. Wenngleich von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt, führte diese Annexion de facto zu einer Verdopplung der maritimen Ansprüche Russlands im Schwarzen Meer durch die Erweiterung seiner „Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) auf Kosten der Ukraine und der damit verbundenen Fischerei- und Rohstoffausbeutungsrechte. Die russische Invasion seit Februar 2022 mit den Eroberungen im Süden und Osten der Ukraine hat das Machtgleichgewicht in der Region und im Schwarzen Meer verschoben.

Die russische Invasion seit Februar 2022 mit den Eroberungen im Süden und Osten der Ukraine hat das Machtgleichgewicht in der Region und im Schwarzen Meer verschoben.

Neben dem Aggressionskrieg auf dem Land und in der Luft und dem bewundernswerten Abwehrkampf der Ukraine richten wir den Blick nachfolgend auf die direkte und indirekte Einsatzführung im Schwarzen Meer und an seinen Küsten.

Die russische Schwarzmeerflotte ist zwar die kleinste der russischen Flotten, dennoch stellt Russland die größte Flotte im Schwarzen Meer. Die ukrainische Flotte war weitgehend veraltet, verfügte nur über wenig leistungsfähiges Schiffsmaterial und war chronisch unterfinanziert. Auch die NATO-Staaten Bulgarien und Rumänien haben keine starken Schwarzmeerflotten. Die Türkei investierte in den letzten Jahren verstärkt in den Aufbau und die Modernisierung der eigenen Flotte, der Fokus ihrer Aktivitäten lag allerdings vor allem auf der Ägäis und dem Mittelmeer.

Russlands Geschichte im Schwarzen Meer

Seit 240 Jahren sind das zaristische Russland, später die Sowjetunion, danach die Russische Föderation und das Osmanische Reich, später die Türkische Republik durch einen tiefsitzenden Interessenkonflikt in und um das Schwarze Meer miteinander verbunden. Beide wollten vorherrschende Macht im Schwarzen Meer sein und ihre Vasallenstaaten oder diejenigen, die sie in dieser Position halten wollten, auch von See her notfalls militärisch kontrollieren können – das Osmanische Reich bis zum Ersten Balkankrieg 1912/1913 und Russland letztlich bis zum heutigen Tag. Schon seit dem 19. Jahrhundert war es stets erklärtes Ziel Russlands, den Zugriff auf Bosporus und Dardanellen zu erreichen,

während es andererseits stets Ziel der Türkei war und bleibt, dies nicht zuzulassen, sondern die Souveränität über die Meerengen zu behalten.

Dabei war seit der offiziellen Gründung der Schwarzmeerflotte und der Bestimmung Sewastopols zu ihrem Hauptstützpunkt durch Fürst Potemkin im Mai 1783 (bis heute ihr offizieller „Geburtstag") die Marine der Hohen Pforte bis zum Ersten Weltkrieg nicht in der Lage, sich gegen die Schwarzmeerflotte erfolgreich zu behaupten. Gefechte oder Seeschlachten wurden stets verloren, selbst im Krimkrieg 1853 bis 1856, den Russland letztlich verlor, gelang der Schwarzmeerflotte 1853 in der Schlacht von Sinope die Vernichtung des gesamten türkischen Flottenverbandes.

Erst die jungtürkische Regierung unternahm vor dem Ersten Weltkrieg ernsthafte Anstrengungen, dem angelaufenen Neubauprogramm für die durch die Revolution 1905 geschwächte russische Schwarzmeerflotte ein ambitioniertes, gleichwertiges Rüstungsprogramm entgegenzusetzen – ein modernes Großlinienschiff wurde in Großbritannien in Auftrag gegeben und bereits bezahlt, eine zweite gleichwertige Einheit, die ein südamerikanischer Staat bestellt, aber nicht bezahlt hatte, wurde angekauft. Beide Einheiten waren im August 1914 fertiggestellt und zur Übernahme durch angereiste türkische Besatzungen bereit. Ihre Auslieferung hätte das Kräfteverhältnis im Schwarzen Meer in dieser kritischen Zeit erstmals zumindest für einige Jahre zugunsten der Türkei verändert. Die Beschlagnahme beider Schiffe für die Royal Navy (die diese Schiffe angesichts der bereits großen numerischen Überlegenheit bei Großkampfschiffen gegenüber der deutschen Kaiserlichen Marine nicht benötigte) ohne Kostenerstattung und die Internierung der türkischen Besatzungen dürften wohl die teuersten Fehler des damaligen Ersten Lords der britischen Admiralty, Winston Churchill, gewesen sein: Sie bereiteten das Feld für die deutschfreundliche Partei in Istanbul, die dann nach der Übergabe des deutschen Schlachtkreuzers GOEBEN und des Leichten Kreuzers BRESLAU als „Ersatz" für die von England „gestohlenen" Schiffe den Kriegseintritt der Türkei auf der Seite der Mittelmächte durchsetzen konnte.

Während des Ersten Weltkriegs erlebte Russland zum ersten Mal, dass die Vorhaben der Schwarzmeerflotte durch das Handeln eines Nicht-Anliegers, des Deutschen Reiches, durchkreuzt wurden. Revolution, Friedensvertrag mit Deutschland, kurzfristige Unabhängigkeit der Ukraine und letztlich das Eingreifen der Westmächte in Folge des Bürgerkriegs führten zur Auflösung fast der gesamten Schwarzmeerflotte, sieht man von einigen kleineren und mitt-

leren Einheiten, damals teilweise noch in Bau, ab. Dass die Türkei durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg stark geschwächt war, konnte die junge Sowjetunion daher militärisch nicht ausnutzen. Obwohl sie in der internationalen Politik aufgrund der Revolution und ihrer Folgen als Paria galt, gehörte sie immerhin als Nachfolgerin des zaristischen Russlands de facto zu den Siegern im Ersten Weltkrieg. Sie konnte es daher auch als eigenen Erfolg verbuchen, dass Bosporus und Dardanellen im Friedensvertrag von Lausanne 1925 zunächst internationalisiert wurden und sie dem alten Ziel einen Schritt näher gekommen zu sein schien.

Elf Jahre später, 1936, hatte es die Türkei Atatürks allerdings geschafft, in dem Meerengen-Abkommen oder der „Konvention von Montreux" die volle Souveränität über Dardanellen und Bosporus zurück zu erhalten. Die Sowjetunion gehörte zu den Signatarstaaten. Das Abkommen, das bis heute in Kraft ist, enthält eine Fülle von Regelungen für die Passage von Handels- und Kriegsschiffen, die sicherstellten, dass ein maritimes Kräftemessen im Schwarzen Meer auf die erstarkte Sowjetunion und die Türkei beschränkt bleiben und damit das Schwarze Meer militärpolitisch auf ein quasi-Binnenmeer unter sowjetischer Dominanz reduziert werden würde: dem bereits geplanten gewaltigen Rüstungsprogramm für die Schwarzmeerflotte, das auch den Bau von Schlachtschiffen in Nikolaev vorsah, würde die militärisch schwache Türkei nichts entgegenzusetzen haben, und Nicht-Anlieger durften durch den Bosporus nur für höchstens 21 Tage ins Schwarze Meer einfahren – maximal mit Schiffen von der Größe Schwerer Kreuzer. Bei einem Krieg in der Region sollte die Türkei die Passage von Schiffen der Kriegsparteien verbieten dürfen oder, politisch ausgedrückt: wohl eher verbieten sollen, was sich angesichts der beabsichtigten Dominanz der Schwarzmeerflotte nur gegen Andere richten sollte.

Diese Regelungen sind seit 1936 auch im Zweiten Weltkrieg und während des Kalten Krieges penibel angewendet worden. Nach der Vereinnahmung Rumäniens und Bulgariens in den sowjetischen Machtbereich hat dies dazu geführt, dass eine maritime Präsenz der NATO im Schwarzen Meer auf Teile der schwachen türkischen Seestreitkräfte – die ja auch noch eine zweite strategische Aufgabenstellung in der Ägäis gegen den NATO-Verbündeten Griechenland zu erfüllen hatten – und nur sehr seltene Besuche einzelner Einheiten anderer NATO-Staaten, jeweils für unter 21 Tage, beschränkt blieb; das Schwarze Meer wurde so praktisch ein sowjetisch dominiertes Binnenmeer. Der NATO-Beitritt der Türkei 1952 hat dies zwar politisch und strategisch beeinflusst, an der militärischen Lage aber änderte sich dadurch nichts. Die Sowjetunion

hingegen konnte im Rahmen der Konvention große Einheiten bis zur Größe von Kreuzern aus dem Schwarzen Meer durch den Bosporus ins Mittelmeer entsenden und dort als Eskadra eine jeweils zeitlich befristete Präsenz gegen die im Mittelmeer bis in die 1990er Jahre operierende Flugzeugträgergruppe der 6. US-Flotte aufbauen. Die strategische wie politische Bedeutung dieser Regelung lässt sich am besten verdeutlichen, wenn man sich vor Augen führt, was eine vergleichbare Reglung während des Kalten Krieges für die Ostsee bedeutet hätte: Den vereinigten Ostseeflotten der Sowjetunion, Polens und der DDR hätte an Präsenzkräften dauerhaft (neben der fast zu vernachlässigenden dänischen) nur die deutsche NATO-Marine gegenübergestanden, die dabei noch leistungsfähiger war als die damalige türkische. Und mit guten Gründen unternahm damals die NATO viele Anstrengungen, um zu demonstrieren, dass die Ostsee eben kein sowjetisches „Meer des Friedens" (wie das Schwarze Meer) sein sollte und jemals sein würde. Für das Schwarze Meer wurde das in der damaligen geopolitischen Großlage, die Mitteleuropa und die Nordflanke im ständigen Blickfeld der NATO sah und das Schwarze Meer eher als „Wurmfortsatz" der weichen Südflanke vernachlässigte, offenkundig als unveränderbares Faktum akzeptiert.

Seit der Auflösung der Sowjetunion hat sich die militärische Situation im Schwarzen Meer vordergründig zwar zunächst zu Ungunsten Russlands geändert – einerseits durch den generellen dramatischen Verfall des Klarstands der Flotte und der russischen maritimen Rüstung, durch die Konzentration der russischen maritimen Rüstung auf strategische Vorhaben, durch den Verlust der ukrainischen Werften in Nikolaev, durch die Abgabe von Schiffsmaterial aus der Schwarzmeerflotte an die Ukraine im Zuge des Abkommens von 1997 zur Aufteilung der Flotte und des Stützpunktes Sewastopol zwischen beiden Staaten und nicht zuletzt durch den NATO-Beitritt Rumäniens und Bulgariens 2004, die ihre allerdings moderaten Seestreitkräfte in das Bündnis einbrachten. Das in den letzten Jahren zu beobachtende Modernisierungsprogramm der russischen Marine hat sich allerdings auch auf die Schwarzmeerflotte ausgewirkt und ihr den Zulauf moderner Uboote, Fregatten und Korvetten beschert, deren Hauptwaffensysteme Flugkörper großer Reichweite (SS-N-30) zur Bekämpfung von Landzielen sind.

Was sich allerdings nicht geändert hat ist die ausgeprägte Gelassenheit, mit der die NATO bis auf den heutigen Tag, auch während des Krieges Russlands gegen die Ukraine, die Lage im Schwarzen Meer und Russlands Ansprüche betrachtet, dieses Meer weiterhin als ein russisch dominiertes Binnenmeer an-

zusehen. Am deutlichsten wird dies, wenn wir den Blick auf den 11. September 2023 und das Übungsgeschehen der NATO werfen: An diesem Tag begann im Schwarzen Meer, vor dem Donaudelta, die NATO-Übung „Sea Breeze 23.3", die von der rumänischen Marine geführt wurde und bis zum 15. September dauerte. An ihr nahmen einige Schiffe und Boote der Türkei, Bulgariens und Rumäniens teil. An Land war auch Personal der französischen, britischen und amerikanischen Marine beteiligt. Mit schwimmenden Einheiten war jedoch keine einzige Marine eines NATO-Staates beteiligt, der nicht Schwarzmeer-Anlieger ist. Natürlich mag der Umfang der Übungsbeteiligung auch politische Überlegungen im Bündnis reflektieren, was die „Beteiligung" bzw. „Nicht-Beteiligung" der NATO am russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine betrifft – dass damit aber ein eindeutiges Signal eben an Russland gesendet wird, was die Aufrechterhaltung des Russland bevorzugenden status-quo im Schwarzen Meer angeht, ist auch sicher.

Am selben Tag begann in der Ostsee die NATO-Übung „Northern Coast 23", die von der deutschen Marine geführt wurde und bis zum 23. September 2023 dauerte. An der Übung waren 30 Schiffe und Uboote aus BEL, CAN, DAN, FIN, FRA, GBR, GER, ITA, LAT, LIT, NDL, POL, SWE und den USA beteiligt, darunter 2 große Landungsschiffe aus GBR und USA. Auch unter Respektierung der Montreux-Regeln hätten zwei dieser Einheiten an der Übung im Schwarzen Meer teilnehmen können.

„Northern Coast 23" setzte im Übrigen eine Übungspraxis der NATO fort, mit der seit über 50 Jahren, auch zu Hochzeiten des Kalten Krieges, regelmäßig deutlich sichtbare Kontingente von Nicht-Ostsee-NATO-Marinen dort übten und demonstrierten, dass die Ostsee eben nicht wie das Schwarze Meer ein sowjetisch dominiertes Binnenmeer war und jemals sein würde.

Der Seekrieg Russland gegen Ukraine bis März 2025

Ein Seekrieg im klassischen Sinn zwischen Russland und der Ukraine hat in diesem Krieg eigentlich nicht stattgefunden – von einigen, allerdings wichtigen Einzelaspekten abgesehen.

Zunächst verfügte die ukrainische Marine nicht über ein Kräftedispositiv, welches sie in die Lage versetzt hätte, mit Seestreitkräften sinnvolle Operationen gegen die Schwarzmeerflotte unter der hohen Bedrohung durch die russischen Luftstreitkräfte durchzuführen. Ihre einzige höherwertige Einheit, die Fregatte

HETMAN SAGAIDATSCHNY der sowjetischen KRIVAK-Klasse aus den Jahren 1992/93 war in keinem guten Zustand und versenkte sich im März 2022 im Hafen von Mykolajiw, um nicht in russische Hand zu fallen. Die übrigen Einheiten, kleinere Patrouillenboote, wurden entweder versenkt oder, z.B. in Mariupol, von Russland erbeutet. Danach hätte Russland – und das war wohl auch die Annahme ihrer Führung – von einer ungefährdeten Seeherrschaft in und vor den ukrainischen Küstengewässern und auf der Hohen See vor der Ukraine ausgehen können.

Zu Beginn des Krieges hatte die Schwarzmeerflotte zwei Aufgaben, nämlich den Vormarsch der Landstreitkräfte entlang der Küste durch Truppen- und Versorgungstransporte zu unterstützen und eine Bedrohung Odessas durch amphibische Kräfte aufzubauen, diese zu erhalten und nach Möglichkeit und bei Bedarf eine amphibische Kampflandung vorzunehmen. Ziel beider Aufgaben war die Einnahme der gesamten Küste bis und einschließlich von Odessa mit seinem Hafen. Die Besetzung der Schlangeninsel am 24. Februar 2022 sollte diese Maßnahme vorbereiten. Schließlich sollte, das ist zu vermuten, der FK-Kreuzer MOSKVA mit seiner Luftverteidigungskomponente den vorgeschobenen, seeseitigen Abschluss der Luftverteidigung der Krim und speziell Sewastopols bilden. Die ukrainischen Kräfte hatten demgegenüber den Auftrag, jede amphibische Anlandung zu verhindern. Dazu setzten sie von Anfang an Minenfelder vor den eigenen Küsten ein. Sie verfügten außerdem über den Seeziel-Flugkörper Rk 360 NEPTUN, eine ukrainische Weiterentwicklung aus dem russischen SS-N-25 mit einer effektiven Reichweite von etwa 170 Seemeilen sowie über türkische Drohnen des Typs BAYRAKTAR TB 2.

Schon der März 2022 zeigte der Schwarzmeerflotte allerdings, dass sich die Realität nicht nur an Land, sondern auch auf See anders entwickelte als erwartet – als in dem Hafen einer besetzten ukrainischen Hafenstadt ein zur Versorgung russischer Truppen eingesetztes Tanklandungsschiff der ROPUCHA-Klasse, vor Kriegsbeginn aus der Baltischen Flotte zugeführt, durch eine ukrainische Drohne schwer beschädigt wurde. Dann kam der 24. April 2022: In vermeintlich sicherer Entfernung vor der ukrainischen Küste operierte das Flaggschiff der Schwarzmeerflotte, der 12 500 ts große FK-Kreuzer Moskwa, wohl um deutlich zu machen, wie sehr das Schwarze Meer ein russisches Meer geworden war. Dass die ukrainische Armee kurz vor Kriegsbeginn das erste Regiment mit dem Seeziel-Flugkörper NEPTUN aufgestellt hatte, war der Schwarzmeerflotte entweder entgangen oder wurde nicht ernst genommen. Beide anfliegenden Flugkörper wurden entweder nicht rechtzeitig aufgefasst

oder konnten nicht erfolgreich bekämpft werden – und die Besatzung war nicht in der Lage, ihr Schiff zu retten. Der Verlust der MOSKVA war psychologisch wie militärisch eine verheerende Niederlage, machte er doch deutlich, dass sich russische Einheiten ab Korvettengröße nicht mehr sicher vor der ukrainischen Küste bewegen konnten . Nach einem erfolgreichen ukrainischen Drohnenangriff auf eine der beiden modernen russischen Fregatten und später auf das zweite Landungsschiff im Marinestützpunkt Sewastopol wurde außerdem deutlich, dass die russischen Einheiten auch im Stützpunkt selbst nicht mehr sicher waren. Dies ist auch wieder bei dem erfolgreichen Drohnen- und Flugkörper-Angriff der Ukraine auf Sewastopol am 13. September 2023 bestätigt worden, in dessen Verlauf die wichtigste Reparaturwerft der Schwarzmeerflotte schwer getroffen wurde. Die an den Werftanlagen verursachten Schäden könnten sich langfristig als schwerwiegendste Folgen für Russland erweisen. Umfangreiche, aufwändige Sicherungsmaßnahmen im und vor dem Stützpunkt Sewastopol und die Verlegung der Uboote der Schwarzmeerflotte in den weiter entfernten Stützpunkt Novorossisk machten dann alsbald deutlich, dass für die Führung mittlerweile der Schutz ihrer Hochwerteinheiten oberste Priorität hatte. Seeherrschaft sieht anders aus. Nach dem verheerenden FK-Angriff auf die Reparaturwerften von Kerch am 4. November 2023 ist dann klar geworden, dass die sehr akute Bedrohung russischer Stützpunkte und von Einheiten der Schwarzmeerflotte deutlich über Sewastopol hinaus Wirkung entfaltete. Der am 25. Dezember 2023 durchgeführte FK- Angriff der Ukrainer auf den Krimhafen Feodosia hat dann endgültig gezeigt, dass russische Einheiten in Krimhäfen nicht mehr sicher sind. Die modernen, kampfkräftigen Einheiten der Schwarzmeerflotte wurden mittlerweile ihrer Aufgabe und ihres Wertes als Seekriegsmittel

Der Lenkwaffenkreuzer Moskwa (im Bild in der Bucht von Sewastopol), am 14. April 2022 nach ukrainischem Angriff im Schwarzen Meer gesunken. Der Verlust des Flaggschiffs der Schwarzmeerflotte war psychologisch wie militärisch eine verheerende Niederlage, machte er doch deutlich, dass sich russische Einheiten ab Korvettengröße nicht mehr sicher vor der ukrainischen Küste bewegen konnten

völlig beraubt, sie zählen nur noch als Träger der Startröhren für Flugkörper zum Beschuss von Landzielen in der Ukraine – ein trauriges konzeptionelles Ende einer Flotte! Der Angriff ukrainischer Flugkörper schließlich auf das Hauptquartier der Schwarzmeerflotte in Sewastopol im Jahr 2023, der schwere Schäden am Hauptgebäude verursachte und offensichtlich zu hohen Personalverlusten unter der Führung, einschließlich des Befehlshabers, führte, fügte dieser kontinuierlichen Abwertung der Flotte noch die öffentliche Blamage hinzu.

Spätestens von diesem Zeitpunkt an setzte sich wohl bei der russischen Führung endgültig die Erkenntnis durch, dass die Krim und der bisherige Hauptstützpunkt Sewastopol nicht länger ein wertvolles Asset, sondern eine schwere Belastung geworden waren. Anders lässt sich die mittlerweile bekannt gegebene Entscheidung nicht verstehen, im russisch kontrollierten Abchasien – auf georgischem Staatsgebiet – einen neuen Flottenstützpunkt, mehr als 600 km von der Krim entfernt, zu bauen. Denn die schweren Verluste der Schwarzmeerflotte, auf deren weitere Schilderung nachfolgend nur noch knapp eingegangen werden soll, gingen weiter. So wurden u.a. bei einem FK-Angriff auf den Hafen von Sewastopol am 23. März 2023 drei Landungsschiffe der ROPUCHA-Klasse beschädigt – ein Beleg dafür, dass die Ukraine sehr gut verstanden hat, dass angesichts der zunehmenden Gefährdung der russischen Nachschubrouten auf Straßen große Teile der Versorgung seiner Truppen in der Südukraine mittlerweile über Landungsschiffe erfolgen – die damit wichtige Ziele für die Ukraine geworden sind.

Die modernen, kampfkräftigen Einheiten der Schwarzmeerflotte wurden mittlerweile ihrer Aufgabe und ihres Wertes als Seekriegsmittel völlig beraubt … ein trauriges konzeptionelles Ende einer Flotte!

Auf See ist die paradoxe Situation entstanden, dass in dem Zeitraum, in dem die personelle und materielle Überlegenheit der russischen Landstreitkräfte sich zunehmend an den Fronten zu ihren Gunsten ausgewirkt hat, die russischen Seestreitkräfte von den Ukrainern in die Passivität und Bedeutungslosigkeit zurückgedrängt worden sind. Das Jahr 2024 hat darüber hinaus der russischen Führung auch die Erkenntnis vermittelt, dass selbst ihre schwimmenden Kampfeinheiten im Kaspischen Meer – die Kaspi-Flottille mit ca. acht Fregatten und Korvetten, die Seeziel- und Landziel-FK tragen – nicht mehr vor ukrainischer Waffenwirkung sicher sein können. Anfang November 2024 wurden durch einen Langstreckenangriff mit Flugkörpern von Trägermitteln aus

und von Drohnen im Stützpunkt Kaspisk, der gute 1000 km von der Frontlinie entfernt liegt, zwei Fregatten und eine Korvette schwer beschädigt.

Festzuhalten ist, dass sich – wie im Landkrieg – auch die Erscheinungsformen des Seekriegs im Schwarzen Meer durch neue Waffen, wie z.B. Drohnen, und Taktiken drastisch verändert haben. Sie haben demjenigen, der sich darauf nicht oder am langsamsten eingestellt hat, gravierende Verluste zugefügt, seine Handlungsfreiheit dramatisch beschnitten und die Verwundbarkeit der Stützpunkte des eigentlich Stärkeren offenbart. Nach der Versenkung der IVANOVETS haben russische Quellen zudem deutlich werden lassen, dass das Schiff – in Hauptaufgabe Träger von Seeziel-Flugkörpern – in eingeschränktem Seeraum mit seinen zwar leistungsfähigen, aber wenigen Maschinenwaffen einfach nicht in der Lage gewesen war, einen angreifenden Drohnenschwarm erfolgreich auf Distanz zu halten. Hier könnte generell die Frage gestellt werden, wie denn die beobachtenden Marinen anderer Länder mit diesen Erkenntnissen in Bezug auf ihre eigenen Fähigkeiten umgehen? In der deutschen Marine ist jedenfalls schnell die Erkenntnis gereift, sich intensiv mit den neuen, innovativen Formen des Seekrieges durch autonome Systeme über Wasser, auf dem Wasser und unter Wasser auseinandersetzen zu müssen. Entsprechende Forschungsvorhaben sind angestoßen worden und werden mit hohem Aufwand und Zeitdruck vorangetrieben.

Im Zustand der praktischen Abstinenz der russischen Schwarzmeerflotte aus Seegebieten, in denen sie ukrainischer Waffenwirkung ausgesetzt sein könnte – bzw. des Quasi-Rückzugs in gesicherte oder entfernte Stützpunkte – hat sie im August 2022 einen zunächst bemerkenswerten Eskalationsschritt unternommen, der viel mehr Anlass zu öffentlicher Diskussion weltweit hätte bieten sollen als dies offensichtlich der Fall war: Sie hat am 13. August durch ein Patrouillenboot im hoheitsfreien Raum der Hohen See des Schwarzen Meeres, also außerhalb der russischen oder ukrainischen Hoheitsgewässer, ein Handelsschiff einer Nation, die nicht an diesem Krieg beteiligt ist, mit Waffengewalt zum Stoppen gezwungen und durch ein militärisches Boarding-Team besetzt und untersucht, bevor ihm die Weiterfahrt erlaubt wurde. Eine Erlaubnis des Flaggenstaates Palau wurde nicht vorher eingeholt, wie das das Seerecht z.B. vorsieht, wenn bei Verdacht von Piraterie ein Handelsschiff, das nicht kooperativ ist, von einem Kriegsschiff, das zum Schutz der Freiheit der Hohen See, z.B. vor Piraterie eingesetzt ist, so kontrolliert werden soll. Dies war hier nicht der Fall. Russland hat vielmehr wohl damit drohen wollen, dass es im Schwarzen Meer auch Drittstaaten gegenüber bereit ist, gegenüber deren Handelsschiffen

militärische Gewalt auszuüben. Die Reaktion auf sein völkerrechtswidriges Verhalten war zwar öffentlich eher verhalten, ist von Russland aber sicher mit Interesse beobachtet worden. Ausgerechnet die türkische Regierung, – die Türkei als Eignerland zugleich stärkstes NATO-Mitglied im Schwarzen Meer –hat nach tagelangem Schweigen öffentlich eher als Pflichtübung darauf hingewiesen, dass dieses Vorgehen nicht rechtens war und sie davon ausgehe, dass sich solche Vorfälle nicht wiederholen würden. Ob Russland bewusst den kleinen Inselstaat Palau für diesen Test ausgesucht hat, ist nicht bekannt. Dabei wäre der Vorfall durchaus geeignet gewesen, seitens der Türkei wie auch der anderen Anliegerstaaten zumindest die Drohung in den Raum zu stellen, dass man Handelsschiffe unter der eigenen Flagge auch durch eigene Kriegsschiffe auf der Hohen See begleiten lassen könne oder würde, wenn Russland weiter Anlass böte zu befürchten, dass es die Rechte von Drittstaaten auf der Hohen See gezielt verletzt. Dies setzte allerdings den entsprechenden politischen Willen voraus, der bei der Türkei nicht erkennbar ist und bei Bulgarien und Rumänien nicht glaubwürdig und überzeugend wirken würde. In diesem Zusammenhang interessant ist allerdings, dass dieses Vorgehen Russlands bislang kein zweites Mal zu beobachten war.

Im Gegenteil – bis Anfang Dezember 2023 ist es der Ukraine gelungen, trotz Auslaufens des Getreideabkommens über den von ihr eingerichteten sogenannten „Humanitären Korridor“ über 200 Handelsschiffe mit über 7 Millionen Tonnen Ladung, vornehmlich Getreide, aus ihren Häfen nach Rumänien fahren zu lassen, ohne dass Russland auf See dagegen militärische Mittel eingesetzt hat. Und der Warenexport aus der Ukraine über diesen küstennahen Seeweg geht bis jetzt ungehindert weiter und dürfte den vorherigen Umfang deutlich überschritten haben. Allerdings haben Rumänien wie auch Bulgarien und die Türkei bereits mehrfach bis ins Frühjahr 2024 von Minen-Entdeckungen oder -Funden auf der Hohen See bzw. in Nähe ihrer Küsten berichtet, ohne dass diese Schäden verursacht hätten. Abgesehen davon, dass der Krieg als Ganzes völkerrechtswidrig ist, wäre jede Verminung der Hohen See oder gar der Hoheitsgewässer der Anrainer völkerrechtswidrig. Ein nachweisbarer Fund russischer Minen innerhalb der Hoheitsgewässer von NATO-Mitgliedern wäre darüber hinaus eine eindeutige kriegerische Handlung gegen NATO-Staaten. Das Risiko, dass einmal entdeckte Minen nicht gesprengt werden – was in der Regel getan wird, um die eigenen Minentaucher nicht zu gefährden – sondern entschärft und als Beweis für ihre russische Herkunft genutzt werden könnten, wäre allerdings als hoch einzuschätzen. Vielleicht erklärt dies, dass größere Verminungen durch Russland offenkundig bislang nicht stattgefunden haben.

Die zunehmend erkannte Minengefährdung durch russische Maßnahmen hat jedoch mittlerweile zu einer weiteren Konsequenz geführt. Am 10. Januar 2024 unterzeichneten die Türkei, Bulgarien und Rumänien ein „Memorandum of Understanding" zur Erstellung eines Joint Plan für eine „Black Sea Mine Counter Measures Group to clear mines floating in the Black Sea as a result of the Ukraine war". Interessant dabei ist die militärpolitische „Begleitmusik" – bei der anschließenden Pressekonferenz erklärte Rumänien, dass auch NATO Standing Maritime Groups an dieser Aufgabe teilnehmen würden, was der türkische Vertreter sogleich mit dem Hinweis berichtigte, dass an dieser Gruppe - vorerst – nur Kräfte der Schwarzmeer-Anlieger beteiligt werden würden. Dies zeigt, dass die Türkei trotz dieses Krieges offensichtlich sehr bemüht ist, innerhalb der NATO ihre vorherrschende Stellung im Schwarzen Meer zu wahren. Zu Beginn der Minenabwehroperation am 1. Juli 2024 haben dann in der Tat nur Einheiten der rumänischen, bulgarischen und türkischen Marine mit dieser gemeinsamen Minenabwehr-Operation begonnen.

Ausführungen zum Minenkrieg sollten allerdings den Blick auch auf eine Variante der offensiven Minenkriegführung lenken, die vor diesem Krieg nicht bekannt war, das Minenlegen mit Überwasserdrohnen. Auch hier haben die ukrainischen Streitkräfte völlig neue Wege beschritten. Soweit bekannt wurde, haben sie erstmals im Herbst 2023 mit sehr schnellen Überwasserdrohnen nicht russische Einheiten direkt angegriffen, sondern haben einen Liegeplatz einer FK-Korvette der DERGACH-Klasse in einer Bucht der Krim vermint und diese Einheit durch Minentreffer beschädigt.

Ein interessanter, ganz neuer Aspekt der Seekriegführung im Schwarzen Meer soll hier auch nicht unerwähnt bleiben: Crowd-Funding als Finanzierungssystem für wirtschaftliche Start-Ups als Grundlage für asymmetrische Kriegführung. Die erfolgreiche Einführung und der Einsatz von See-Drohnen durch die Ukraine ist durch diese Finanzierung ermöglicht worden. Im Sommer 2022 lud ein ukrainischer Unternehmer in den USA dazu ein, sich durch ein solches Funding an der Produktion von 100 See-Drohnen zu beteiligen; bei 250.000 Dollar Kosten für eine Drohne wurden dazu 25 Mio. $ benötigt. Der Betrag war schnell eingesammelt, so dass die Produktion zugig beginnen konnte. Die Ergebnisse sind bekannt.

Zu den Entwicklungen und Ereignissen, die hier nur kurz angerissen werden konnten, darf natürlich bei aller Genugtuung und Anerkennung für die Leistungen der ukrainischen Streitkräfte in diesem Seekrieg eine Frage nicht feh-

len: nämlich die, ob die deutsche oder eine der anderen NATO-Marinen in ihrem aktuellen Zustand in der Lage wären, gegenüber einem ähnlich innovativen Gegner wie der Ukraine dem Schicksal der russischen Schwarzmeerflotte zu entgehen?

Erkenntnisse und Vorschläge

Was lehren uns die Vorgänge um den russischen Angriffskrieg für die internationale Ordnung im Schwarzen Meer – neben der, dass das heutige Russland den unwiderlegbaren Beweis geliefert hat, sich auf keinen Fall durch Verträge oder Völkerrecht gebunden zu fühlen, wenn diese dem eigenen Vorgehen Schranken auferlegen könnten?

In erster Linie ist deutlich geworden, dass es keinen vernünftigen rechtlichen oder politischen Grund mehr geben kann, die Konvention von Montreux mit ihren Zugangsbeschränkungen in das Schwarze Meer, die einseitig der Sicherung militärischer Dominanz der Sowjetunion als Preis für die Wiederherstellung türkischer Souveränität über Dardanellen und Bosporus diente, weiter aufrecht zu erhalten. Im Zuge der auf das Kriegsende folgenden Verhandlungen sollte sie außer Kraft gesetzt werden, selbst wenn dies voraussichtlich auch auf den Widerstand der Türkei stoßen sollte, die gerne ihre Machtposition auf internationaler Bühne als Hüterin dieser Wasserstraßen hervorhebt. Neben dem russischen Verhalten gibt es aber auch eindeutige sachliche Gründe, die diese Konvention als für die internationale Rechtsordnung schädlich erweisen, sondern auch nachweisen, dass neuere völkerrechtliche Regelungen sie überflüssig gemacht haben.

Nach jahrelangen Verhandlungen wurde 1982 die UNITED NATIONS CONVENTION OF THE LAW OF THE SEAS III oder UNCLOS III verabschiedet. Über 150 VN-Mitglieder haben sie ratifiziert, sie ist verbindliches Völkerrecht geworden auch für Staaten, die sie nicht ratifiziert haben – wie z.B. die USA. Alle Fragen zur Passage von Handelsschiffen durch Wasserstraßen und Territorialgewässer, zur Kontrolle und Schadensverhütung sind umfassend geregelt. Auch die Rechte von Kriegsschiffen zum Durchfahren der Hoheitsgewässer anderer Staaten, ohne deren Genehmigung, sind im Art. 19 definiert wie auch die Verbote aller Maßnahmen wie Übungen, Waffeneinsatz, Sammeln von Informationen, Verschleierung der Position, Starten und Landen von Flugzeugen auf solchen Kriegsschiffen, die Pflicht von Ubooten zum Fahren über Wasser und zum Setzen ihrer Flaggen und vieles andere, wie auch die

Rechte der Hoheitsstaaten beim Verstoß gegen diese Regeln. Die USA beziehen sich stets auf UNCLOS III, wenn ihre Kriegsschiffe im Südchinesischen Meer oder in der Taiwanstraße ohne Anmeldung durch Gewässer fahren, die von der VR China als Hoheitsgewässer beansprucht werden. Neben diplomatischen Protesten respektiert die Volksrepublik – bislang – diese Regeln. Auch ohne die „Convention von Montreux" wäre nach den Regeln von UNCLOS III allen Sicherheitserfordernissen der Türkei, aber auch dem Recht auf freies Befahren des Schwarzen Meeres auch durch Kriegsschiffe von Nicht-Schwarzmeer-Anliegern Rechnung getragen. Und auch dem Erfordernis, dem Machtanspruch Russlands im Schwarzen Meer einen Riegel vorzuschieben, wäre nachhaltig – und erforderlich wie verdient – Rechnung getragen. Demgegenüber wäre eine Berücksichtigung türkischer Befindlichkeiten als „Wächter der Konvention" eindeutig nachrangig.

Die Aufhebung der Konvention von Montreux sollte aber nur ein erster Schritt sein. Vielmehr sollte das Schwarze Meer wegen seiner geostrategischen, aber auch zunehmend wirtschaftlichen Bedeutung für ganz Europa aus dem Status eines Binnenmeeres unter Kontrolle letztlich zweier Anlieger, in dem diese je nach wirtschaftlichen und politischem Interessen bestimmen, herausgelöst und auch anderen europäische Staaten oder Bündnispartner Europas die Möglichkeit eröffnet werden, Präsenz zu zeigen, ihre Interessen zu vertreten und Einfluss auszuüben. Als zweiter Schritt sollte dort, analog zu der Entwicklung im Mittelmeer, die NATO einen stärkeren, sichtbaren maritimen Fußabdruck entwickeln. Angesichts der zunehmenden Präsenz sowjetischer Seestreitkräfte im Mittelmeer hatte die NATO 1969 beschlossen, dort mehrfach im Jahr für 4 bis 8 Wochen einen maritimen multinationalen Einsatzverband aufzustellen, der operativ dem NATO-Kommando NAVSOUTH unterstellt war und von diesem eingesetzt wurde – die NAVOCFORMED, „NAVAL ON CALL FORCE MEDITERRANEAN". Die deutsche Marine beteiligte sich ab Anfang der 80er Jahre jeweils mit einem Zerstörer – als Kommandant führte ich die Zerstörer HESSEN und BAYERN in zwei aufeinander folgenden Jahren in diesem Verband. Regelmäßig nahm auch eine Einheit der USN und der RN an der Aktivierung teil. Am 30. April 1992 wurde diese ON CALL FORCE umgewandelt in eine STANDING FORCE, die „STANDING NAVAL FORCE MEDITERRANEAN", die von dann an analog zur „STANDING NAVAL FORCE ATLANTIC", die 1968 erstmals aufgestellt worden war, durchgehend als multinationaler Einsatzverband unter NATO-Kommando operierte. Beide Verbände wurden zwar 2006 in STANDING MARITIME GROUP 1 bzw. 2 umbenannt, an ihrem Charakter hat das nichts geändert. Das Bündnis sollte

also in einem ersten Schritt eine NAVAL ON CALL FORCE BLACKSEA aufstellen und auch für diese eine multinationale Beteiligung einplanen, die deutlich über die Schwarzmeeranrainer hinausgeht. Zunächst sollte eine Aktivierung ein- bis zweimal jährlich für einige Wochen erfolgen, bevor über eine Intensivierung beraten werden könnte.

Dritter Schritt schließlich sollte die Aufstellung eines BLACK SEA MARITIME COMPONENT COMMAND mit internationaler Beteiligung sein – eines Pendant zum BALTIC MARITIME COMPONENT COMMAND, dessen Kern von der Deutschen Marine in Rostock aufgestellt worden ist. Den Kern könnte in diesem Fall die Türkische Marine bilden.

Durch die hier entwickelten drei Schritte könnte die NATO überzeugend deutlich machen, dass sie nicht länger bereit ist, den Schwarzmeerraum weiterhin sich selbst bzw. Russland – und den Launen der Türkei – zu überlassen.

Zusammenfassung und Ausblick

Die geopolitische Entwicklung nicht nur rund um das Schwarze Meer bleibt entscheidend davon abhängig, ob es kurz-, mittel- oder (inzwischen) langfristig gelingen kann, dass die Ukraine mit deutlich erhöhter Unterstützung auf allen Gebieten Russlands völkerrechtswidrige Besetzung ukrainischer Landesteile zurückweisen kann.

Das Szenario nach internationalem Recht bleibt also die Wiederherstellung der Küstenlinien der Anrainer zum Zeitpunkt der Auflösung der UdSSR. Das verlangt aber von allen Staaten der EU wie der NATO und deren Partnern, dass sie die artikulierten Ziele in der Deklaration von Washington und den Anspruch, den die EU-Kommissionspräsidentin bei ihrer Bewerbungsrede am 18. Juli 2024 formuliert hat, endlich mit so vielen militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Mitteln und Maßnahmen zu unterstützen, dass die resignative Erzählung vom Stellungs- oder Abnutzungskrieg überwunden werden kann und nicht hingenommen wird. Die Verwirklichung dieses Szenarios ist aufgrund der Diskrepanz zwischen großen Worten und notwendigen Taten eher als unwahrscheinlich zu beurteilen.

Nach seinem Amtsantritt am 20. Januar 2025 hat Präsident Donald Trump mit seinen Vorstellungen und Aktivitäten, diesen Krieg (koste es, was es wolle – , in jedem Fall für die Ukraine) zu beenden, absehbar eine Rückkehr zur regel-

basierten Ordnung der Charta von Paris verbaut, denn er hat Putin für eine Beendigung des Krieges schon vor ernsthaften Verhandlungen wichtige Zugeständnisse gemacht. Das führt zu einem Szenario, bei dem Russland faktisch behält, was es schon hat. Damit erhält Russland absehbar ein starkes Übergewicht im Schwarzen Meer und der Region, sofern NATO und EU ihre Aufmerksamkeit und Anstrengung weiterhin nicht bündeln und ein ökonomisches und militärisches Gegengewicht schaffen. Bei der sehr unterschiedlichen, möglicherweise rasch abnehmenden Unterstützung der Bevölkerung in den NATO- und EU-Staaten können Regierungen versucht sein, den von Trump forcierten Waffenstillstand mit territorialen Gewinnen des Aggressors hinzunehmen. Die mittel- und langfristige Zuspitzung der Lage in der Ukraine und Russlands anhaltendes revisionistisches Vorgehen sind wahrscheinlich. Deshalb benötigt ein solches Szenario – oft mit dem „Ende des Tötens" emotional befürwortet – ein starkes Sanktionsregime, militärische Entschlussfreude bei Verstößen und auch politische Einwirkung auf China und andere Unterstützer Putins zur Absicherung von Vereinbarungen.

Ein besonders schwieriges Szenario, auch für das Schwarze Meer, kann eintreten, wenn mangelnde Unterstützung des „Westens" verbunden mit personellen Schwächen der ukrainischen Truppen es Russland ermöglicht, nicht nur im Osten bis an den Dnipro oder weiter voranzukommen, sondern auch die bisher gescheiterte Operation, das Gebiet von Odessa einzunehmen, noch einmal zu wagen. Damit hätte Russland die ehemalige Küstenlinie im Westen des Schwarzen Meeres wiederhergestellt. Der Zugriff auf die „Ausschließliche Wirtschaftszone" würde noch einmal erweitert und alle Ressourcen großer Teile der Ukraine stünden der illegalen Nutzung Russlands zur Verfügung. Für die Ukrainer hieße das zu entscheiden, ob und wie sie einen irregulären Krieg in ihrem Land gegen die russischen Besatzer vorbereiten und erfolgreich durchführen können.

Es bleibt unverzichtbar, dass die NATO- und EU- Anrainer des Schwarzen Meeres ihre sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und militärischen Vorhaben abgestimmt mit EU und NATO konzentriert zum Einsatz bringen.

Leider sind die Chancen geschwunden, dass das erste Szenario, das die VN-Resolution vom 23. Februar 2023 gefordert hat, Wirklichkeit wird. Zu viel Selbstabschreckung, zu viele andere Interessen und fehlende Überzeugung, dass es auch um die eigene Freiheit geht, sind – schon vor Trump –, warum das „Wiederherstellen der internationalen Ordnung" nicht um den Preis eigener Zumutungen zielstrebig durchgesetzt wird.

Unabhängig davon, welches Szenario sich einstellen mag, bleibt es unverzichtbar, dass die NATO- und EU-Anrainer des Schwarzen Meeres ihre sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und militärischen Vorhaben abgestimmt mit EU und NATO konzentriert zum Einsatz bringen.

Natürlich böte das erste Szenario die Möglichkeiten, auch maritimen russischen Einfluss im Schwarzen Meer ähnlich deutlich einzuhegen, wie es der NATO und der EU im Ostseeraum jetzt möglich ist, nachdem Finnland und Schweden als Folge von Putins Aggression Mitglied der NATO geworden sind.

Die Vorschläge und Forderungen des Lancaster Reports zur „Black Sea Region" vom Oktober 2023 sind natürlich auch in allen Szenarios möglichst umfassend umzusetzen. Im Szenario drei kommt es vor allem darauf an zu verhindern, dass das Schwarze Meer zu einer russisch-türkischen Domäne werden kann. Dafür gilt es, auch Amerika als wichtigen Partner dabei zu haben. Andererseits sollte das sicherheitspolitische und ökonomische Einwirken Chinas begrenzt und einer militärischen Unterstützung russischer Aggression durch das Land entgegengetreten werden.

Wer wieviel aus oder über das Schwarze Meer schöpft, bleibt auch im vierten Jahr der russischen Aggression eine entscheidende Frage der Freiheit der Meere, des Zugriffs auf Ressourcen und des Zugangs zu maritimen Transportwegen.

Nachwort

Nach den Ereignissen im Weißen Haus mit der Folge der Aussetzung der Waffenlieferungen und des Austausches der Nachrichtendienste sah sich die Regierung der Ukraine veranlasst, Forderungen für bedingungslose Feuerpausen im Schwarzen Meer und auf russische Energieanlagen zuzustimmen. Nur so konnte sie erreichen, dass die US-Administration Lieferungen von Militärgerät und den Austausch nachrichtendienstlicher Informationen wieder erlaubte. Dass Putin eine Feuerpause im Schwarzen Meer in Erwägung zog, liegt auch daran, dass er seit über einem Jahr zu keiner offensiven maritimen Aktion vor allem im westlichen Schwarzen Meer in der Lage ist. Selbst in dieser Lage will er aber nur zustimmen, wenn Sanktionen gegen Russland aufgehoben werden. So bleibt es

Dass Putin eine Feuerpause im Schwarzen Meer in Erwägung zog, liegt auch daran, dass er seit über einem Jahr zu keiner offensiven maritimen Aktion vor allem im westlichen Schwarzen Meer in der Lage ist.

auch im Schwarzen Meer ohne klare Regelung, zumal keine wirksame Überprüfung vereinbart wurde. Dieselbe Unklarheit besteht auch bei der irgendwie vereinbarten Feuerpause von Angriffen auf Energieanlagen beider Seiten. Als Zwischenfazit kann gelten, dass Putin eigentlich an keinem dieser Vorhaben interessiert ist, aber bei Trump nicht als der Verweigerer erscheinen will und darf, um keinen Meinungsumschwung des US-Präsidenten gegen ihn zu riskieren.

Am 27. März hat Putin bei einem Aufenthalt in Murmansk seine wirkliche Einschätzung zum Krieg gegen die Ukraine zu Protokoll gegeben: Er wisse gar nicht, ob es eine friedliche Lösung brauche, denn die Ukraine stehe doch unmittelbar vor einer Niederlage. Dann könne er seine weitreichenden Ziele durchsetzen. Das stellt den „Westen" und seine Partner vor die Entscheidung, entweder mit massiver Unterstützung der Ukraine diese Niederlage zu verhindern oder weiter mit halbherzigen Maßnahmen der Niederlage der Ukraine Vorschub zu leisten.

Zu den Autoren:
Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft.

Flottillenadmiral a.D. Viktor Toyka wirkte nach seiner Zurruhesetzung 2006 sieben Jahre als Geschäftsführer für die Clausewitz-Gesellschaft. Er ist in Vorträgen und schriftlichen Arbeiten u.a. für die Clausewitz-Gesellschaft und die Deutsche Gesellschaft für Schiffahrts- und Marinegeschichte tätig.

Anmerkungen

1 https://www.mpi-bremen.de/Sintflut.html, Bohrkerne aus dem Schwarzen Meer belegen Überschwemmung vor über 100 000 Jahren

Der größte Fehler der deutschen Außenpolitik

Drei neue Bücher über Russlandblindheit, Ostpolitik und den Krieg in der Ukraine

Gerhard Gnauck

Wissen über den Osten Europas ist wieder gefragt, mehr denn je seit der Zeit von Solidarność, Perestrojka und Mauerfall. Bücher darüber haben Konjunktur. Ganz gleich, ob man die Region nun Osteuropa, Ostmitteleuropa, Mittelosteuropa, Zentraleuropa, Mitteleuropa oder den „zweiten Lungenflügel Europas" nennt. Über Deutschlands „Ostpolitik" – dieser Terminus hat, wie so viele Begriffe, eine längere Geschichte – wird derzeit besonders heftig debattiert. Hat das Wort „Ostpolitik" überhaupt noch Sinn?

In dieser Diskussion können einige, seit 2022 erschienene Bücher behilflich sein. Hier sollen drei von ihnen vorgestellt werden, die nach publizistischem Echo und verkaufter Auflage als erfolgreich gelten können und die bisherige Ost- und Russlandpolitik kritisch betrachten. Zumindest auf dem Buchmarkt scheinen Werke dieser Tendenz die Debatte zu dominieren: Auf dem Feld des Papiers ist Angriff schließlich leichter als Verteidigung. Die Bücher haben wichtige Anstöße gegeben für eine Revision - auf gut deutsch: eine Neubetrachtung und Überprüfung – der deutschen Außenpolitik seit 1989/1991, ja sogar seit 1970.

Die Bücher haben wichtige Anstöße gegeben für eine Revision - eine Neubetrachtung und Überprüfung – der deutschen Außenpolitik seit 1989/1991, ja sogar seit 1970.

Bingener/Wehner: Die Moskau-Connection

Das erste in einer Reihe wichtiger Bücher war jenes der FAZ-Redakteure Reinhard Bingener und Markus Wehner: „Die Moskau-Connection. Das Schröder-Netzwerk und Deutschlands Weg in die Abhängigkeit" (Verlag C.H. Beck, München). Die Autoren berücksichtigen die Zeit bis Herbst 2022, eher oberflächlich also auch die ersten Monate von Russlands Ukraine-Krieg; erschienen ist das Buch im Frühjahr 2023. Bingener und Wehner führen längere Linien im Brennpunkt des Kriegsausbruchs zusammen. Um einige Kapitelüberschriften zu zitieren: „Gerhard Schröder und die Entstehung seines Netzwerks"; „Entspannungspolitik. Die Ausbeutung eines sozialdemokratischen

Mythos"; „Wiedervereinigung, Liberalisierung, Energiewende"; „Der Gashahn im Kreml". Die Russlandpolitik der Jahre 1998 – 2013 wird als „Illusion einer Partnerschaft" betitelt, jene der Zeit bis 2021 als „Toxische Beziehung". Über dem letzten Kapitel steht ein Zitat der Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, vom März 2022: „Er hat uns alle getäuscht". Mit „er" ist Wladimir Putin gemeint.

Die zwei Journalisten breiten die Fülle ihres Wissens aus, das sie sich in vielen Jahren erworben haben: Bingener seit 2014 als Landeskorrespondent für Niedersachen und Sachsen-Anhalt, der promovierte Osteuropa-Historiker Wehner 1999 bis 2004, also zu Beginn von Putins Präsidentschaft, als Moskau-Korrespondent und danach in Berlin. Die Autoren zeichnen zunächst die Entstehung der Netzwerke nach, in denen schon früh, in Schröders Zeit in Hannover und als Ministerpräsident in Niedersachsen, heute bekannte Namen auftauchen. Sie werden uns in späteren Kapiteln, wenn es um große Energiegeschäfte, Russland und das östliche Europa geht, wieder begegnen: vor allem Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier, beide zeitweise Außenminister, und der zeitweilige SPD-Politiker, Abgeordnete, russische Honorarkonsul und Wahlkampfmanager Schröders, Heino Wiese.

Wie konnte es dazu kommen, dass der Anteil des sowjetischen und dann russischen Erdgases an der Versorgung Deutschlands über Jahrzehnte kontinuierlich anstieg?

Der Weg in die Abhängigkeit also: Wie konnte es dazu kommen, dass der der Anteil sowjetischen und dann russischen Erdgases an der Versorgung Deutschlands über Jahrzehnte kontinuierlich anstieg? Erstens, weil sich trotz wachsenden Verbrauchs gerade im deutschen Hauptförderland Niedersachsen immer mehr Kommunalpolitiker (von den Grünen, der SPD, auch der CDU) gegen mehr Förderung zu Lande – Fracking war damals noch kaum ein Thema - und in der Nordsee stellten. Zweitens, weil sich aufgrund der Abhängigkeit der DDR von sowjetischem Erdgas und Deutschlands Wiedervereinigung dem Lieferanten Sowjetunion und später Russland ganz neue Chancen boten, sofern er die Lage mit der Rivalität zwischen den Konzernen BASF und Ruhrgas berücksichtigte.

Wie Bingener und Wehner schreiben, bot „der Umbruch in Osteuropa (…) der BASF eine neue Chance, unter Umgehung der Ruhrgas direkt an Gas zu kommen. Und im Kreml hat man großes Interesse daran, auf dem wichtigen deutschen Markt künftig zwei Abnehmer gegeneinander ausspielen zu

können, womöglich sogar bald selbst Gas zu verkaufen. Im Herbst 1990 wird ein Vertrag zwischen der BASF-Tochter Wintershall und Gazprom unterzeichnet. Kurz darauf kommt es zum erbittert ausgetragenen «Gaskrieg» zwischen der Ruhrgas und BASF/Wintershall, in dessen Verlauf zeitweilig sogar die Versorgungssicherheit der neuen Bundesländer auf dem Spiel steht." Ruhrgas wollte norwegisches Gas heranschaffen, was viel Zeit gekostet hätte. Auf dem Höhepunkt des Gaskriegs 1994 droht das Gemeinschaftsunternehmen von Wintershall und Gazprom mit Rückendeckung der russischen Regierung, „seine Lieferungen an die ostdeutsche VNG abzubrechen", wie die Autoren schreiben. Der Konflikt wird am Ende beigelegt: „Die beiden deutschen Konzerne einigen sich auf eine Abgrenzung ihrer Interessensphären durch einen Demarkationsvertrag und schließen jeweils langfristige Lieferverträge mit der russischen Seite ab." Gazprom erreicht in dieser Zeit noch ein weiteres Ziel: Gemeinsam mit Wintershall gründet die Firma den Gashändler «Wingas». Weiter heißt es: „Die BASF hat damit zugelassen, was die Ruhrgas AG stets verhindert hatte: Die russische Seite tritt seither nicht mehr nur als Exporteur von Gas auf, sondern erhält auch Zugriff auf den Vertrieb in Deutschland." So bleibt die Frage der Versorgungssicherheit, die für einen wichtigen Teil Deutschlands erstmals in der Berliner Blockade 1948/49 gefährdet war, auch nach 1989 als potenzielles Problem erhalten.

Im weiteren Verlauf wuchs der deutsche Gasbedarf; hinzu kamen in den 1990er Jahren die europäischen und nationalen Bemühungen um eine Liberalisierung der Energiemärkte. Die Abhängigkeit von staatlichen Gaskonzernen im Ausland (Russland, Norwegen) habe sich durch die Liberalisierung noch erhöht, während „die geopolitische Dimension sowie der Aspekt Versorgungssicherheit vernachlässigt" wurden, schreiben die Autoren. In Moskau bemerkte man hingegen sehr rasch, dass die Regulierung des europäischen Gasmarktes Lücken bot. Eigentlich müsste eine Liberalisierung zur klareren Trennung von Gasproduzent, Pipeline-Betreiber, Gasspeicher-Eigentümer und Vertriebsgesellschaft führen sowie zu einer sinkenden Marktmacht einzelner Akteure. Für die Ruhrgas AG als ehemals einflussreichsten deutschen Player traf das auch zu. Nicht aber für die russische Gazprom. Dem vom Kreml gelenkten Konzern gelingt es im Lauf der Jahre, sich in allen Facetten des deutschen Gasgeschäfts festzusetzen. Bingener/Wehner weiter: „Nicht nur, dass Gazprom zum mit Abstand wichtigsten Lieferanten von Erdgas aufsteigt. Durch den Bau neuer Pipelines weitet das Unternehmen auch seine Kontrolle über die Infrastruktur aus. Am Ende wird Gazprom, der größte Gaslieferant

Deutschlands, zugleich zum Eigentümer des größten deutschen Gasspeichers in Rehden sowie weiterer Speicher.

Die klimaschädlichen Ressourcen Steinkohle und insbesondere Braunkohle sind inzwischen verpönt. Hinzu kommt, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima im Frühjahr 2011 eine kühne Wende vollzieht und die Abkehr von der Atomkraft einleitet. Die Politik stellt fortan noch stärker die Erneuerbaren Energien ins Schaufenster, ohne die Nutzung der Windkraft und der Photovoltaik entschlossen genug auszubauen. Der heimliche Gewinner im Energiemix ist das günstige Erdgas. Der Gaswirtschaft gelingt es, sich zeitweilig als „grün" zu präsentieren, was gerade in Deutschland wichtig erscheint.

Gute Zeiten für ein Projekt wie Nord Stream! Schwierige Zeiten für all jene, gerade zwischen Deutschland und Russland, die dadurch Nachteile befürchten. Immerhin ist die Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion zunächst nicht nur der größte Abnehmer russischen Erdgases, über ihr Territorium werden großenteils auch die russischen Gasexporte in den Westen abgewickelt – zunächst ein wichtiger Vorteil. Die Pipeline-Projekte unter Umgehung der Ukraine verfolgen daher auch das Ziel, das Kräfteverhältnis zugunsten Moskaus zu verschieben. Der vermutlich erste Kritiker von Rang, der um das Jahr 2003 herum versucht, Bundeskanzler Gerhard Schröder hinter verschlossenen Türen auf drohendes Unheil hinzuweisen, kommt aus Polen. Es ist Schröders zeitweiliger sozialdemokratischer Partei- und Duzfreund Aleksander Kwaśniewski, Staatspräsident Polens von 1995 bis 2005. Er stößt damit beim Kanzler auf Unverständnis.[1] Anderen Kritikern sollte es bald ähnlich ergehen. Dabei hatte Russland nach 1989 mehrfach den Gashahn als Druckmittel gegen Nachbarländer eingesetzt, zum Beispiel 1990 gegen das noch sowjetisch beherrschte Litauen. Als sich die Ukraine nach der «Orangen Revolution» im Herbst 2004 nach Westen orientierte, erhöhte Moskau die Gaspreise für Kiew und eskalierte den Streit bis hin zu mehrfachen Lieferunterbrechungen, die 2006 und 2009 jeweils im kalten Januar beginnen. Da die Ukraine daraufhin, so die Autoren, Erdgas von den Transitmengen abzweigte, schlug der Lieferstopp weiter nach Westen bis in die EU durch.

Doch die Regierungen in Berlin glauben „in Verkennung der ideologischen Entwicklung von Putin und seinem Umfeld" noch weitere Jahre an die Version vom „treuen Lieferanten", der selbst in dunkelsten Stunden des Kalten Krieges seine Vertragspflichten eingehalten habe, schreiben Bingener/Wehner. In

die gleiche Schublade gehört die Überzeugung, dass es sich bei den maßgeblich von Gerhard Schröder lobbyierten Pipeline-Projekten Nord Stream 1 und Nord Stream 2 um ein jeweils «rein privatwirtschaftliches Projekt» handelt und nicht um ein Kreml-Vorhaben mit dem geopolitischen Hintersinn.

Doch bald transportiert die Opal-Leitung Erdgas aus Lubmin, wo Nord Stream endet, ins deutsch-tschechische Grenzgebiet. Dort enden die alten Pipelines über die Ukraine. Deutschland nimmt Opal, hinter der maßgeblich Wintershall und Gazprom stehen, von den EU-Vorschriften zum Netzzugang Dritter aus, wodurch Gazprom trotz seiner bereits starken Stellung auf dem Markt noch mehr Erdgas durch die Röhre pumpen kann. Der russische Konzern darf die Liberalisierung des Gasmarkts ausnutzen, wo sie ihm nutzt, erhält aber eine Ausnahme von dieser Liberalisierung, wo sie ihm hinderlich ist. Unter Verweis auf eine Gefahr für die Versorgungssicherheit klagt dann Polen gegen die Ausnahmeregel für Opal und setzt sich im Sommer 2021 gegen den erbitterten Widerstand Deutschlands vor dem Europäischen Gerichtshof damit auch durch.

Das Ende vom Liede? Die lange Zeit geltende 30-Prozent-Regel - kein Gaslieferant sollte mehr als 30 Prozent der Importe stellen – wird auf den Müll geworden. Bingener/Wehner beklagen das „nahezu völlige Aussparen solcher strategischen und sicherheitspolitischen Erwägungen". Im Jahr 2020 liegt der russische Anteil an den deutschen Gasimporten laut einer Studie des Kieler IfW-Instituts bei 55 Prozent. Mehr noch: Damals war Russland größter Lieferant nicht nur bei Erdgas, sondern auch bei Erdöl und bei Festbrennstoffen, und all das sowohl für Deutschland als auch für die EU als Ganzes.

Es ist die Leistung dieses Buches, dass sie diese Geschichte zusammenbringt mit der gleichzeitigen Entwicklung in Russland. 1994 wurde am Bergbau-Institut in St. Petersburg eine Doktorarbeit vorgelegt: «Strategische Planung bei der Nutzung der Rohstoffbasis einer Region in Zeiten der Entstehung von Marktmechanismen (St. Petersburg und Leningrader Gebiet)». Der Autor, Wladimir Putin, maß schon damals dem Export von Erdgas und Erdöl eine wichtige Rolle bei, um außenpolitische Ziele Russlands durchzusetzen. Dafür allerdings müsse der Energiesektor so weit wie möglich unter staatliche Kontrolle kommen. Jahre später sollte Putin, 1998/99 Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB, dann Ministerpräsident, vom 1. Januar 2000 an Staatspräsident, diese Pläne in die Tat umsetzen.

1994 hatte der Politiker auf einer Tagung der deutschen Körber-Stiftung in St. Petersburg gesagt, Russland habe „im Interesse der allgemeinen Sicherheit und des Friedens in Europa freiwillig riesige Territorien an die ehemaligen Republiken der Sowjetunion Abgegeben“ und könne die dort lebenden Millionen Russen „allein schon im Interesse der Sicherheit in Europa“ nicht ihrem Schicksal überlassen. «Ich denke dabei nicht nur an die Krim oder an Nordkasachstan, sondern beispielsweise auch an das Kaliningrader Gebiet», also die Exklave, die durch das unabhängig gewordene Litauen vom russischen „Mutterland“ abgetrennt ist. Die Autoren sehen darin ein Anzeichen dafür, dass Putin schon damals die Idee der «Russischen Welt» (russkij mir) im Kopf hat. Wo Russen leben oder lebten, ist Russland, und der russische Staat ist gefordert, einzugreifen, wenn ihre Interessen bedroht sind. Das begründet ein Interventionsrecht Russlands. Bingener/Wehner bilanzieren: „Dieser imperiale Gedanke, vermischt mit völkischem Gedankengut, wird zur Leitidee seiner Herrschaft. Putin sieht sich schon bald in historischer Mission unterwegs, als der neue Zar, als neuer Peter der Große.“

Warum aber konnten sich „Deutschland und andere europäische Staaten so lange Illusionen über das Machtsystem Wladimir Putins hingeben, obwohl dessen Brutalität und aggressiver Charakter offen zutage traten“? Das bezeichnen die Autoren als ihre Kernfrage. Als Antworten nennen sie – nicht allein auf Deutschland gemünzt - „ein nur wenig ausgeprägtes geostrategisches Denken, das politische, ökonomische, militärische und nachrichtendienstliche Aspekte zusammenführt. Man hätte erkennen müssen, dass die Entwicklungen in Russland in einem inneren Zusammenhang stehen. Dazu gehören die Aufrüstung der Streitkräfte, die imperiale Ideologie im Umfeld Putins, die zunehmende Indoktrination der Bevölkerung, die Ausschaltung von Opposition und freier Presse und nicht zuletzt das Vordringen des Staatskonzerns Gazprom bis tief in die europäische Energieversorgung. Zur Strategie des Kremls zählte es, vermeintlich harmlose Vorposten im Ausland zu schaffen. Das Spektrum reicht im Falle Deutschlands von regimefreundlichen Plattformen wie dem Deutsch-Russischen Forum oder dem Petersburger Dialog über das Trikotsponsoring bei Schalke 04 bis zur Vergabe von Honorarkonsul- und Ehrendoktortiteln.“

Die Beispiele werden in diesem Buch jeweils beschrieben; es ist eine manchmal schockierende, manchmal freilich auch amüsante Lektüre. Etwa hundert Deutsche bekommen einen wichtigen russischen Orden; 2004 hätte Putin um ein Haar – auf Betreiben des SPD-Politikers Henning Voscherau – die Eh-

rendoktorwürde der Universität Hamburg bekommen. Erst nach Protesten zahlreicher Professoren wurde die Zeremonie abgeblasen. Ein anderer Fall: das vom Historiker Gregor Schöllgen von der Universität Erlangen-Nürnberg 2015 vorgelegte, wohlwollend geschriebene Buch über Gerhard Schröder. „Als Schöllgen mit seiner Arbeit an der Schröder-Biografie beginnt, treffen bei dem von ihm geleiteten Zentrum für Angewandte Geschichte Spenden ein. Das Geld stammt von der eng mit Gazprom verbündeten Wintershall, wie die Recherchen für dieses Buch ergeben", schreiben Bingener und Wehner und resümieren: „ein Dreiecksgeschäft, wie man es bei Schröder öfters beobachtet".

Auch die „Anwerbung von Ex-Politikern wie Gerhard Schröder", von der im Buch zu lesen ist, sei in diesem Kontext zu betrachten. Schröder war „nicht der einzige europäische Politiker auf der Payroll Putins, sondern lediglich der prominenteste in einem systematisch geschaffenen Netzwerk von Unterstützern". Neben biografischen Parallelen seien Schröders „bemerkenswert ungetrübtes Verhältnis zu Autokraten" sowie der „latente Antiamerikanismus" seit seinen jungen Jahren (nicht erst während der „berechtigten Ablehnung des zweiten Irakkriegs") wichtige Anhaltspunkte gewesen. Letztlich habe auch die Vermittlung von russischen Adoptivkindern an das Ehepaar Schröder zu einer Vertiefung der emotionalen Bindung an Putin beigetragen.

Es waren viele Gründe, die bei der deutschen „Russlandblindheit", wie ich sie hier nennen möchte, eine Rolle spielten: ein Mangel an (geo-)strategischem Denken, aber auch mangelndes Interesse an Ostmitteleuropa und den unter anderem von dort kommenden Warnungen vor der Lage in Russland; eine Verharmlosung der russischen Entwicklung, geleitet von politischen (Antiamerikanismus), wirtschaftlichen oder sentimentalen Gesichtspunkten. „Man erging sich in den hochgradig moralisierten Hülsen von «Frieden» und «Abrüstung» und verschloss die Augen vor der Aufrüstung und massiven Gewaltanwendung durch Putins Regime." Auch spotten die Autoren über die „fortwährende Beschwörung von Willy Brandt und Egon Bahr" durch deutsche Außenpolitiker und mahnen dringend „eine konsequente Historisierung dieses Erbes" – also zumindest eine kritische Analyse – an.

Haben die Handelnden auch unmittelbar, zum Beispiel finanziell, von ihren Entscheidungen profitiert? „Bei Politikern wie Frank-Walter Steinmeier, Manuela Schwesig oder Stephan Weil haben sich keine Anhaltspunkte dafür gefunden, dass bei ihnen eigene pekuniäre Interessen eine Rolle spielten. Bei Schröder selbst, bei Heino Wiese und bei Sigmar Gabriel ergibt sich in der

Gesamtschau hingegen ein anderer Eindruck." Wobei nicht auszuschließen sei, dass auch diese Personen ihr Handeln zugleich als Beitrag zur Völkerverständigung verstanden.

Dennoch kommen die Autoren insgesamt zu dem Schluss, „insbesondere die Sozialdemokraten Schröder, Steinmeier und Gabriel" hätten die von Anfang an erkennbare und noch anschwellende Aggressivität Russlands gegenüber dem Westen und Deutschland „verkannt, verharmlost, streckenweise sogar negiert". Warnzeichen habe es seit etwa 2000 genug gegeben. Doch die alte Brandt'sche Ostpolitik habe weitergewirkt; jene Politik, schreiben die Autoren zu Recht, sei eben „bis heute der erbittert verteidigte Mythos der SPD. Ohne diesen Mythos, den die Partei seit Jahrzehnten pflegt, ist ihre verfehlte Russlandpolitik der letzten zwei Jahrzehnte nicht zu verstehen."

Doch die alte Brandt'sche Ostpolitik habe weitergewirkt; „bis heute der erbittert verteidigte Mythos der SPD.

Was in diesem Buch weitgehend fehlt, ist allerdings ein ähnlich kritischer Blick auf jene Parteien, die Schröders Energiepolitik und zum Teil auch Russlandpolitik nach 2005 bis 2021 weitergeführt haben: die CDU/CSU und ihre Vorsitzende. Auch sie hätten die „Warnzeichen" hinsichtlich der Verschlimmerung der Lage in Russland stärker berücksichtigen sollen. Die Autoren schreiben dazu: „Selbst wenn man zugesteht, dass auch Kanzlerin Merkel darauf nicht hinreichend reagiert hat, so ist ebenso klar, dass die CDU-Politikerin die Sanktionen gegen Russland nicht nur gegenüber einigen EU-Staaten mühsam durchsetzen musste, sondern zudem innenpolitisch gegen SPD-Politiker aus Schröders Umfeld, die ihr beständig in den Rücken fielen. Deren Äußerungen sandten an Wladimir Putin ein Zeichen der Schwäche, schürten Zweifel an der Standfestigkeit und Verankerung der Mittelmacht Deutschland im westlichen Lager und dürften im Kreml die Hoffnung bestärkt haben, dass weitergehende russische Aggressionen mehr oder weniger folgenlos bleiben."

Auch die Taten oder Unterlassungen der Bundesregierung wirkten in dieser Richtung, auf zwei zentralen Feldern: Für die „unzureichende Ausstattung der Bundeswehr" seien CDU/CSU-Verteidigungsminister verantwortlich. Entscheidend für die Ukraine wiederum war, dass zwar „durch Vermittlung des Minsker Abkommens (…) ein Zeitfenster erkauft (wurde), die Ukraine wehrfähig zu machen". Das hebt Merkel bis heute als ihr Verdienst hervor, und die Autoren stimmen ihr zu – aber: „Allerdings hat Deutschland zu dieser Wehrfähigkeit selbst wenig beigetragen."

Dieses Buch wolle erklären, wie Deutschland in die erwähnte Abhängigkeit von Russland geriet und warum die deutsche Politik „mit so großer Naivität auf das Herrschaftssystem Putins blickte", schreiben die FAZ-Korrespondenten. Ihr abschließendes Urteil: „Die Autoren halten beides zusammengenommen für den größten Fehler der deutschen Außenpolitik seit Gründung der Bundesrepublik." Leicht optimistisch schreiben Bingener/Wehner, dass „in den deutschen Medien (…) in den vergangenen 20 Jahren kein Mangel an fundierter Berichterstattung zur deutschen Russland- und Energiepolitik" geherrscht habe. Fast sämtliche Probleme seien klar und frühzeitig benannt worden. Putin habe eben keineswegs „alle" täuschen können.

Scianna: Sonderzug nach Moskau

Anderthalb Jahre nach der „Moskau-Connection", im Herbst 2024, erschien ein ebenfalls breit rezipiertes Buch, das noch etwas weiter zurückgreift: Bastian Matteo Sciannas „Sonderzug nach Moskau. Geschichte der deutschen Russlandpolitik nach 1990" (ebenfalls Verlag C.H. Beck, München)[2]. In diesem Buch geht es nicht nur um Energie und um „Netzwerke", sondern mindestens ebenso viel um Diplomatie, Partei- und Koalitionspolitik; nicht nur die Sozialdemokraten stehen im Mittelpunkt, sondern ebenso stark Helmut Kohl und Angela Merkel, außerdem ist der EU- und überhaupt der internationale Kontext stärker berücksichtigt. Es wirkt auf den ersten Blick, auch wegen der 3.900 Fußnoten, kleinteiliger geschrieben. Doch es liest sich ähnlich gut wie das zuvor beschriebene, auch wenn der Autor – vielleicht weil er als Ausländer in Deutschland lehrt und weil er Wissenschaftler, Historiker ist – bei Urteilen über (deutsche) Politiker und ihre Fehlleistungen etwas zurückhaltender ist. Manches beschreibt er mit feiner Ironie, oft überlässt er es dem Leser, ein abschließendes Urteil über einen Vorgang zu fällen. Wie die Autoren Bingener/Wehner endet auch Scianna im Wesentlichen mit dem Beginn von Putins „großem Krieg" von 2022.

Vorweg sei gesagt: Es würde schwerfallen, Punkte zu benennen, bei denen die Autoren der beiden Werke zu deutlich abweichenden Ergebnissen oder Urteilen kommen. Scianna endet nicht wuchtig mit der Aussage, den „größten Fehler" der gesamten bundesdeutschen Außenpolitik identifiziert zu haben. Er betrachtet kurz die Frage, ob es seit Februar 2022 wirklich eine Zeitenwende gegeben habe (Bilanz: Sie „war oft eher Wunsch als Wirklichkeit"). Einerseits habe die Bundesregierung „die entschlossene Antwort, die viele westliche Partner erwarteten", geliefert, andererseits „diente Deutschland weiterhin als Prügelknabe, und die substanzielle deutsche Hilfe [für die Ukraine, G. G.]

wurde oft kleingeredet". Abschließend spricht er die leise Warnung aus, auch nach der bisherigen, mutmaßlichen „Neuausrichtung" in der SPD sei „die deutsche Russland- und Sicherheitspolitik der kommenden Jahre (…) auf keinen Fall in Stein gemeißelt". Der Autor konnte noch nicht ahnen, dass die SPD-geführte „Ampel"-Koalition aus Gründen, die nur zum Teil mit dem Krieg zu tun hatten, vorzeitig auseinanderbrechen würde.

Die Motive deutscher Russlandpolitik benennt er klar: Kohl fürchtete demnach eine „Balkanisierung" der Sowjetunion; die Kriege im ehemaligen Jugoslawien dauerten ja zunächst, den Kosovokrieg nicht mitgerechnet, bis 1995 an. Kohl habe den Osten Europas stabilisieren und Deutschlands Randlage durch Integration weiterer Staaten in die gemeinsamen Strukturen überwinden wollen. Diese Haltung sieht Scianna wohl zu Recht als realistisch an. Weiteres Motiv sei für ihn die Aussöhnung der Völker gewesen, zugleich habe er sich bemüht, die deutsche Russlandpolitik europäisch einzubinden.

Schröders Russlandpolitik – Scianna sieht keinen Anlass, sie zu rechtfertigen. Er kritisiert vielmehr, im Zuge des unheilvollen Irakkriegs von 2003 und Schröders Schulterschluss mit Russland und Frankreich habe der Kanzler immer wieder gaullistisch von einem „deutschen Weg" und sogar von einer angestrebten „Multipolarität" der Welt gesprochen (wobei manche vermuteten, Schröder verwechsele womöglich Multipolarität und Multilateralität). Er habe gegenüber Russland eine „Utopie der Verflechtung" verfolgt. Putin wiederum habe statt „Wandel durch Handel" vielmehr „Handel ohne Wandel" angestrebt und damit in Schröder einen verständnisvollen Partner gefunden. Unter Schröder habe Deutschland in der Tat einen deutschen Sonderweg verfolgt. „Verflechtung ohne Rückversicherung" nennt der Autor diese Strategie: ohne eine gleichzeitig gepflegte Kapazität der Abschreckung.

Schließlich Angela Merkel. Scianna neigt offenbar zu der Auffassung, dass der Kanzlerin heute mit der scharfen Kritik an ihrer Russlandpolitik Unrecht getan werde. Sie, die den Osten Europas inclusive der Sowjetunion besser kannte als jeder ihrer hier behandelten Vorgänger und Nachfolger, habe allerdings mit ihrer Großen Koalition „die Utopie der Verflechtung (…) alternativlos weiterverfolgt, ohne sich auf russische Sonderwege vorzubereiten. Es begann weder eine Eindämmungs- noch eine erweiterte Abschreckungspolitik. Man wollte Russland einbinden und ging deshalb immer wieder auf den Kreml zu – eine bewusste Risikoabwägung, die auch deutschen (Wirtschafts-)Interessen und der innenpolitischen Stimmung geschuldet war." Immer wieder baut der Au-

tor Umfragewerte der jeweiligen Zeit ein und untermauert damit seine These, Merkels Politik sei den Erwartungen großer Teile der deutschen Bevölkerung entgegengekommen. Er beschreibt die Kanzlerin treffend als Meisterin des Doppeldeutigen, als Politikerin, die sich gern erst spät festlegte.

Klarer Unterschied zu Schröder jedoch: Für Merkel war Russland allenfalls „strategischer Partner" (eine Formulierung, die laut Scianna vom Auswärtigen Amt unter Steinmeier durchgeboxt wurde), die USA dagegen Deutschland durch viel mehr, nämlich durch gemeinsame Werte verbunden. Der Autor verweist darauf, dass Merkel „nie durchregieren" konnte, sondern mehr als Kohl oder Schröder „stets die Koalitionsarithmetik beachten" musste. „Doch die alte Ostpolitik gab es spätestens seit den 2000er Jahren nicht mehr, da die mittel- und osteuropäischen Staaten als Mitglieder der EU an der Formulierung der europäischen – und damit indirekt auch der deutschen – Russlandpolitik aktiv mitwirkten und vielfach zu den schärfsten Kritikern Russlands zählten."

Klarer Unterschied zu Schröder jedoch: Für Merkel war Russland allenfalls „strategischer Partner", die USA dagegen Deutschland durch viel mehr, nämlich durch gemeinsame Werte verbunden.

Dobbert/Thiele: Nord Stream

Schließlich das Buch von Steffen Dobbert und Ulrich Thiele: „Nord Stream. Wie Deutschland Putins Krieg bezahlt" (Verlag Klett-Cotta: Stuttgart 2024). Die Autoren sind seit Jahren hauptberuflich Journalisten, ersterer zuletzt bei „Zeit online". Dobbert, 1982 in Wismar geboren, wurde nach eigener Aussage von den Wochen während des „Euro-Majdan" 2014 (als ein Protestdemonstrant vor seinen Augen auf der Straße erschossen wurde) und dem nachfolgenden Donbass-Krieg geprägt. Thiele, Jahrgang 1990, war beim Magazin „Cicero" und seit 2023 beim Business Insider, wo er wichtige Recherchen zum Thema Nord Stream 2 publizieren konnte. Natürlich bauen die Autoren unter anderem auf Bingener/Wehner auf, wie sie auch in den Fußnoten anzeigen. Aber sie haben zum Thema Nord Stream auch Neues ermittelt. Sie führen die Stränge der parallelen Entwicklung in Deutschland, in Russland und in der Ukraine von 2014 bis zur Sprengung der Pipelines im September 2022 zusammen, großenteils in chronologischer Abfolge und wie in einem Tagebuch.

Ihre Urteile sind, verglichen mit den zwei zuvor besprochenen Büchern, wohl die schärfsten. Als „strategische Korruption" bezeichnen sie das, was deut-

sche Amtsträger und ihre in Gazproms oder Russlands Interessen handelnden Gesprächs- oder Geschäftspartner getan haben. Im Zentrum ihrer Darstellung steht nicht Niedersachsen, sondern Mecklenburg-Vorpommern, wo ein Untersuchungsausschuss die Vorgänge rund um die erwähnte Landesstiftung aufklären soll. Die Stiftung sollte vorgeblich dem Klima- und Umweltschutz dienen, tatsächlich aber der Umgehung amerikanischer Sanktionen gegen Nord Stream 2.

Immer wieder kommt es zu merkwürdigen Vorgängen: So war Mecklenburg-Vorpommerns Regierung bereit, ökologische Standards zu senken und bei der Sicherheitsüberprüfung der Pipelinerohre die von Nord Stream gewünschte billigere Methode zuzulassen. Bedenken der Bundeswehr, die eine Meeresfläche in der Ostsee für ihre Schießübungen nutzt und technische Daten über die geplante Pipeline zur Prüfung der Gefahrenlage anfordert, werden vom Tisch gewischt, stattdessen fordert die Firma Nord Stream 2 ihrerseits von der Bundeswehr detailliert Auskunft über ihre Übungen, die Waffensysteme und die Merkmale der eingesetzten Munition und findet dabei auch noch die Unterstützung seitens deutscher Behörden. Das zuständige Bergamt Stralsund gibt Daten, die es von der Bundeswehr als Verschlusssache bekam, an Nord Stream weiter und veröffentlicht sie schließlich sogar im Internet. Flankiert wurde der Einsatz für Nord Stream und Nord Stream 2 vom Auftauchen ehemaliger Stasi-Agenten, allen voran Matthias Warnig, die sich russischen Interessen heute ähnlich verbunden fühlen wie damals sowjetischen.

Als „strategische Korruption" bezeichnen sie das, was deutsche Amtsträger und ihre in Gazproms oder Russlands Interessen handelnden Gesprächs- oder Geschäftspartner getan haben.

Für den ganzen Vorgang Nord Stream 2 hatten deutsche Behörden eine starre Sprachregelung – jeder Journalist, der das Thema berührte, kann davon ein Liedchen singen. Die Autoren führen sie auf den damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier zurück. »Sprachregelung zu Nord Stream II« habe die Überschrift des entsprechenden, vertraulich zu behandelnden Dokuments gelautet. Es beinhaltete Vorgaben, wie man sich öffentlich äußern solle, etwa in Interviews. »Der Bau von Nord Stream 2 ist eine rein unternehmerische Entscheidung von Gazprom, Shell, E.ON, OMV, BASF/Wintershall und Engie«, schreibt Steinmeiers Behörde. »Die Bundesregierung verhält sich dazu neutral."

„Strategische Korruption“ also, wobei das Adjektiv anzeigen könnte, dass dabei nicht unbedingt in jedem Fall Geld geflossen ist, aber zugleich, gut orchestriert, langfristige „zwischenstaatliche“ Ziele verfolgt wurden. Diese waren laut den Autoren „deutsche Abhängigkeit von russischem Gas, Spaltung der EU und Re-Kolonialisierung der Ukraine“ (an anderer Stelle sprechen Dobbert/Thiele, leider zu Recht, auch vom Ziel einer „Ent-Ukrainisierung“ der Ukraine). Beim ersten Punkt haben die Nord Stream-Akteure zweifellos einen sehr großen Erfolg erzielt, bei Punkt zwei einen mittelgroßen: Die Projekte schufen Spannungen zwischen vielen EU-Ländern sowie zwischen Bundesregierung und EU-Institutionen. Beim dritten mussten am Ende doch die Waffen nachhelfen – das Ende der Geschichte ist beim Schreiben dieser Zeilen noch nicht abzusehen.

Eine direkte Schuld Deutschlands am Ausbruch des großen Krieges 2022, wie sie gelegentlich in der Publizistik auftaucht, behaupten Dobbert und Thiele, wie auch die anderen Autoren, nicht.

Eine direkte Schuld Deutschlands am Ausbruch des großen Krieges 2022, wie sie gelegentlich in der Publizistik auftaucht, behaupten Dobbert und Thiele, wie auch die anderen Autoren, nicht. Allenfalls eine Art Mitverantwortung für diese Katastrophe: „Für Erdgas aus Russland überwiesen deutsche Unternehmen seit Beginn des [kleinen] Krieges in der Ukraine im Jahr 2014 mehr als 104 Milliarden Euro. Für Öl und Kohle kamen erhebliche Summen dazu. Geld, das der Kreml wiederum zur Finanzierung des [großen] Krieges nutzen konnte. Bis zu einem Drittel der russischen Militärausgaben waren so pro Kriegsjahr gedeckt.“

Dann aber folgt eine historische Spitze, und hier kommt der einstige „Führer und Reichskanzler“ ins Spiel. Wir lesen ein schwärmerisches Zitat von Adolf Hitler aus dem Jahre 1941: »Die Schönheit der Krym, uns erschlossen durch eine Autobahn: der deutsche Süden«. Die Ukraine, in der nach einer vorsichtigen Schätzung seriöser Historiker etwa acht Millionen Menschen durch Weltkrieg, Besatzung und Holocaust starben, sollte Deutschland außerdem langfristig mit Arbeitskräften und Rohstoffen versorgen. Schließlich ein Zeitsprung ins Jahr 2018: Einige Wochen nachdem die Bundeskanzlerin Präsident Putin in Deutschland empfangen hat, landet eine ukrainische Delegation in Berlin. Sie will darstellen, wo sie die Ziele Putins sieht, und davor warnen.

Die Delegation, vor allem Vertreter des Kiewer Gaskonzerns Naftohas, wird im Bundeskanzleramt von Abteilungsleiter Lars-Hendrik Röller und seinen

Mitarbeitern empfangen. Die Einwände der Ukrainer gegen die weit gediehene Leitung Nord Stream 2 tragen im Rückblick prophetische Züge: Der Kreml setze Rohstoffe als Waffe ein, sagen sie. Die Kanzleramtsmitarbeiter verstecken sich hinter der Sprachregelung der Regierung, wonach die Pipeline nur eine privatwirtschaftliche Angelegenheit sei. Darauf die Gäste: Mit Nord Stream 2 werde eine große Invasion Russlands in der Ukraine sehr wahrscheinlich. Sehr viele, vermutlich Millionen Kriegsflüchtlinge werde es dann geben, die auch nach Deutschland kommen würden. „Die Vertreter der Bundeskanzlerin antworten sinngemäß: Ja, wir wissen, was wir mit ihnen machen werden." Die Gastgeber sagen weiter, bisher seien sie von geringeren Zahlen ausgegangen, sie müssten das nachrechnen. „Die Naftogaz-Vertreter sind fassungslos." Offenbar habe das Kanzleramt einen großen Angriff längst in die »Nord-Stream-2-Rechnung« eingepreist. Bei einem Termin mit Mitarbeitern des Außen- und Wirtschaftsministeriums hören sie ähnliche Aussagen.

Zu Recht stellen die Autoren eine Aussage Merkels, in der Demokratie sei Politik nie machtlos gegenüber Unternehmen, ihrer „gescheiterte(n) Osteuropa-Politik" gegenüber: dem „Fakt, dass die mächtigste Frau Europas im Gegensatz dazu Gazprom agieren ließ und sogar unterstützte". Damit stellen sie letztlich die Frage, wer in Deutschland in dieser Frage die oberste Entscheidungsgewalt in Händen hielt: die demokratisch legitimierte politische Führung oder ein (noch dazu ausländisches) staatliches Unternehmen.

Dobbert und Thiele haben auch das (vorläufige?) Ende von Nord Stream präzise nachgezeichnet: die Ende August 2022 von Moskau verkündete Einstellung der Gaslieferungen durch Nord Stream 1, die spätere Sprengung von drei der vier Rohre von Nord Stream 1 und 2 am 26. September 2022 und in diesem Zusammenhang die Hinweise auf die Ausfahrt und Rückkehr der Yacht „Andromeda". Ferner die Abwicklung des Gasprom-Firmengeflechts in Deutschland. Das letzte Datum in diesem tagebuchartig gegliederten, aber dennoch tiefschürfenden Buch ist der 14. August 2024. Die Autoren beteiligen sich allerdings nicht an Spekulationen über den Anschlag auf die Pipelines: „Egal, wer für die Sprengung von drei der vier Offshore-Röhren verantwortlich ist: Das Thema Nord Stream wird Deutschland noch auf Jahre außenpolitisch, vor allem in der EU, schaden. Und da der Umstieg auf erneuerbare Energien jahrelang verschleppt wurde, wird die gasverwöhnte Wirtschaft der Bundesrepublik noch lange schwächeln." Über den Zusammenhang zwischen Millionen Flüchtlingen und Hunderttausenden Toten „im schlimmsten Krieg auf dem europäischen Kontinent seit 1945" und den laufenden oder ausgeblie-

benen Geschäften deutscher Unternehmen „wird zu diskutieren sein" – ein leserfreundlicher offener Schluss.

Der größte Leidtragende der hier skizzierten deutschen und europäischen Entwicklungen, nämlich die Ukraine, ist beim Schreiben dieses Textes etwas an den Rand des Blickfelds geraten. Dabei ist dieses Land beziehungsweise Volk, lange genug „Objekt" der Machtpolitik der Stärkeren, über mehr als drei Jahre, für viele unerwartet, als „Subjekt" aufgetreten, hat dem Aggressor bewaffneten Widerstand geleistet, international Hilfe eingeworben, Bündnisse geschmiedet und sich nebenbei – diese Prognose sei hier erlaubt – trotz oder wegen des schrecklichen Leids auch als Nation konsolidiert. Daher sei hier noch auf ein paar weitere, neue und hilfreiche Bücher verwiesen. Das ist zunächst jenes von Professor Yaroslav Hrytsak; er ist an der Ukrainischen Katholischen Universität (UCU) in Lwiw (Lemberg) tätig und wohl der im Ausland bekannteste Historiker seines Landes. Hrytsak hat kürzlich eine Geschichte der Ukraine – bzw. jetzt die deutsche Ausgabe – vorgelegt. Sie reicht von den Siedlungen der alten Griechen an der nördlichen Schwarzmeerküste, die natürlich keine Ukrainer waren, bis in die erste Zeit des Krieges von 2022. Der Autor schreitet nicht nur chronologisch voran, er hat auch mehrmals ein „Intermezzo" eingebaut, in dem er jeweils eine „kurze Geschichte von…" behandelt, zum Beispiel die Rolle von Boden und Landwirtschaft in dieser „Kornkammer Europas", den Faktor der Gewalt (-herrschaft) im 20. Jahrhundert, die Bedeutung des Liedguts und der Sprache.[3]

Deutschlands Ostpolitik auf dem Prüfstand

Professor Martin Schulze Wessel, Osteuropa-Historiker an der Ludwig-Maximilians-Universität München, hat sein neuestes Buch zeitlich enger, doch geographisch weiter gefasst. Er beginnt mit dem Jahr 1700, also der prägenden Zeit Peters des Großen. Er behandelt Russland, die Ukraine und Polen, die – seit 1991 – bevölkerungsreichsten Länder des östlichen Europas, in der Zusammenschau. Das Buch erklärt die Verbindung von Außenpolitik, imperialer Herrschaft und jeweiliger Identität und zeichnet nach, wie und warum Russland nach einem Zwischenspiel, für das die Namen Gorbatschow und Jelzin stehen können, unter Putin wieder auf den imperialen Pfad zurückgekehrt ist. Noch für das Jahr 2025 hat der Autor ein weiteres Buch angekündigt, das die jüngste Geschichte von Deutschen und Ukrainern in ihrer Wechselbeziehung behandeln soll; dies mit besonderer Berücksichtigung der drei Kriege, die beide Völker auf verschiedene Weise betroffen haben: die beiden Weltkriege und

Putins Ukraine-Feldzug. Schulze Wessel hat 2024 gemeinsam mit Hrytsak das Mykola-Haievoi-Zentrum für moderne Geschichte ins Leben gerufen, ein an die erwähnten Hochschulen in München bzw. Lemberg angekoppeltes, deutsch-ukrainisch besetztes und von der Bundesregierung gefördertes Forschungszentrum.[4]

Das Buch erklärt die Verbindung von Außenpolitik, imperialer Herrschaft und jeweiliger Identität und zeichnet nach, wie und warum Russland nach einem Zwischenspiel, für das die Namen Gorbatschow und Jelzin stehen können, unter Putin wieder auf den imperialen Pfad zurückgekehrt ist.

Schließlich das Buch „Frieden verhandeln im Krieg", das laut Untertitel unter anderem die „Kunst des Verhandelns" untersucht. Die Völkerrechtlerin Cindy Wittke, Völkerrechtlerin am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg, hat es zusammen mit der Journalistin Mandy Ganske-Zapf geschrieben. Es blickt zurück auf Russlands sich wandelnde Rolle in verschiedenen Regionalkonflikten („Vom Vermittler zum Architekten der Verunsicherung") und geht den Fragen nach, wann Kriege „reif" sind für einen Friedensschluss und ob und wie ein „gerechter Frieden" erreicht werden kann.[5]

Heute kann kaum noch ein Zweifel daran bestehen, dass Kernstücke deutscher Außenpolitik nach 1945 neu beleuchtet und kritisch hinterfragt werden sollten. Das galt schon für die Brandtsche („Neue") Ostpolitik der Zeit nach 1970, für die der britische Historiker und spätere Träger des Karlspreises, Timothy Garton Ash, dies schon vor Jahrzehnten gefordert hat, etwa in seinem 1993 auf Deutsch erschienenen Buch „Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent". Schon damals und auch schon vor 1989 hat er auf das „Dilemma der [bundesdeutschen] Ostpolitik" hingewiesen, die gerade in den achtziger Jahren immer mehr auf Stabilisierung und „Sättigung" der Regime des Ostblocks gesetzt und dabei die Bestrebungen der Völker des Ostens aus dem Blick verloren hatte – bis die friedlichen Revolutionen den Ostblock als Zwangskonstruktion in Trümmer legten. Kritisch hinterfragt werden muss auch die deutsche Ost- und Russlandpolitik der Zeit nach 1989 – und das nicht nur dort, wo parteipolitische (insbesondere bezüglich der SPD) oder personelle (betreffend etwa den von Putin 2016[6] hochgelobten Egon Bahr) Kontinuitäten sichtbar werden. Wissenschaftler und Journalisten können dazu wichtige Beiträge leisten. Ob auch der zu Nord Stream 2 eingesetzte Untersuchungsausschuss im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern oder eines Tages auch ein von den Grünen geforderter Ausschuss im Bundestag dazu beitragen kann, wird die Zukunft zeigen.

Zum Autor: Dr. Gerhard Gnauck, Jg. 1964, ist Osteuropa-Historiker und Mitarbeiter am Mykola-Haievoi-Zentrum (MHZ), einem von der LMU München und der UCU Lemberg (Lwiw) gegründeten deutsch-ukrainischen Forschungszentrum. Von 1999 bis 2024 war er Warschauer Korrespondent erst der „Welt", dann der „FAZ", jeweils für Polen, die Ukraine und das Baltikum.

Anmerkungen

1 Gespräch des Autors dieser Zeilen mit Andrzej Byrt, zeitweise polnischer Botschafter in Berlin. Dieses Detail steht nicht im besprochenen Buch.

2 Der Titel lässt an einen berühmten Schlager von Udo Lindenberg aus dem Jahre 1983 denken: „Sonderzug nach Pankow", ein Lied, in dem der „kleine Udo", ein „Jodeltalent", den DDR-„Oberindianer" Erich Honecker in Pankow (Ost-Berlin) erfrischend respektlos anspricht und um die Genehmigung bittet, dort mit einem Konzert aufzutreten.

3 Hrytsak, Yaroslav: Ukraine. Biographie einer bedrängten Nation. Aus dem Englischen von Karlheinz Dürr und Norbert Juraschitz. C.H. Beck: München 2024.

4 Schulze Wessel, Martin: Der Fluch des Imperiums. Die Ukraine, Polen und der Irrweg in der russischen Geschichte. C.H. Beck: München 2023.

5 Wittke, Cindy, mit Ganske-Zapf, Mandy: Frieden verhandeln im Krieg. Russlands Krieg, Chancen auf Frieden und die Kunst des Verhandelns. Quadriga: Köln 2024.

6 Blome, Nikolaus/Diekmann, Kai: Jetzt spricht Putin! Interview mit dem russischen Präsidenten, Bild-Zeitung, 11. 1. 2016.

Künstliche Intelligenz und autonome Systeme: Konsequenzen und Herausforderungen für Sicherheitspolitik und Strategie

Kurt Herrmann

1. Einleitende Bemerkungen

Wir leben nicht nur in einer Zeit tiefgreifender Umbrüche der Internationalen Ordnung. Technologische Innovationen mit hoher Entwicklungsdynamik, häufig auch mit disruptivem Charakter, durchdringen heute nahezu alle Lebensbereiche. Damit hat sich zugleich auch die Palette militärisch nutzbarer Technologien rasant erweitert. Vor allem neuartige Werkstoffe, hochintegrierte Halbleiterelemente für Sensorik zur Datenerfassung, -speicherung und -verarbeitung, breitbandige Übertragungskanäle und erweiterte Nanotechnologie für diverse Disziplinen liefern immer wieder beeindruckende Beispiele. Die breiten Felder der Digitalisierung und Satellitentechnik haben den gesamten Sicherheitsbereich bereits revolutioniert.

Im Krieg Aserbaidschan gegen Armenien und im Krieg Russlands gegen die Ukraine sind vor allem unbemannte Waffensysteme in der Luft, zu Land und auf See zu einem dominierenden Faktor in der Kriegsführung geworden. Nicht minder von Bedeutung sind leistungsfähige Kommunikations- und Informationssysteme für die Erfassung, Analyse und Bewertung hinreichend umfassender und zuverlässiger Lagebilder sowie für die reaktionsschnelle, flexible Planung und Führung von präzisen Operationen.

Insbesondere leistungsfähige automatisierte und zunehmend auch autonome Führungs- und Waffensysteme beweisen bereits heute ihre herausragenden Fähigkeiten. Sie verfügen zudem über erhebliches zusätzliches Entwicklungspotenzial, so dass weitere, derzeit vermutlich noch ungeahnte Fähigkeitssteigerungen zu erwarten sind. Künstliche Intelligenz (KI) ist bei diesen Systemen eine Schlüsseltechnologie. Häufig kursiert in diesem Zusammenhang das Wort von der dritten waffentechnischen Revolution, nach der Erfindung des Schießpulvers und der Nuklearwaffe.

Aus der zuvor nur grob skizzierten Entwicklung resultieren erhebliche Konsequenzen und Herausforderungen für die Sicherheitspolitik und Strategie. Es sind damit zugleich wichtige Fragen zu ethischen, völkerrechtlichen, soziologischen, personellen und wirtschaftlichen Aspekten und Problemen verbunden.

In den Medien wird das hier betrachtete Thema häufig mit einem eher emotional reißerischen Grundton behandelt. Während die einen die künftig erwartbaren Waffensysteme fast schon euphorisch als Wundermittel betrachten, befürchten die Anderen ein massiv wachsendes, unheimlich drohendes „Damoklesschwert". Mit den nachfolgenden Ausführungen soll versucht werden, ein wenig zur Aufhellung und Versachlichung der Thematik beizutragen.

2. Begriffliche Einordnung

2.1 Künstliche Intelligenz

Der Begriff „Künstliche Intelligenz", abgekürzt KI (engl.: „Artificial Intelligence", AI), wurde bereits 1956 von John McCarthy geprägt[1]. KI ist ein Teilgebiet der Informatik. Mit KI versucht man, in Maschinen Fähigkeiten zu implementieren, mittels der sie angemessen und vorausschauend auch auf unstrukturierte Eingaben oder Daten agieren können. Dazu gehört – sehr vereinfacht gesagt – die Fähigkeit, Informationen, Signale oder Eingaben unterschiedlichster Art zu erfassen, zu speichern, zu analysieren und darauf in einer Weise zu reagieren, die man grundsätzlich von einem intelligenten menschlichen Wesen erwarten würde.

Um die Intelligenz[2] heutiger Systeme besser einzuschätzen, kann man in erster Näherung Intelligenzstufen einführen, wie sie nachfolgend aufgelistet sind.

1. Intelligenz des korrekten Schlussfolgerns (Deduktion)
2. Intelligenz des Lernens (Induktion)
3. Intelligenz der Kognition (Verknüpfung von Deduktion und Induktion)
4. Intelligenz der bewussten Wahrnehmung
5. Selbstwahrnehmung
6. Intelligenz des Fühlens
7. Intelligenz des Wollens
8. Selbstreferenzielle Intelligenz (des Menschen)

Die drei ersten Stufen haben die besondere Eigenschaft, dass sie vollständig mathematisierbar sind. Man kann sie daher auch als rationale Intelligenz bezeichnen. Etliche Experten sind der Auffassung, dass ab Stufe 4, der Wahrnehmung, eine technische Realisierung auf absehbare Zeit nicht möglich sein wird.[3]

Die Verarbeitung von Informationen oder Daten durch KI erfolgt nicht nur nach fest vorgegeben, deterministischen Algorithmen, sondern vor allem auch nach Regeln, die sich in den Maschinen aufgrund eines Lernprozesses weiterentwickeln und ständig verfeinern.

Sehr häufig wird zwischen schwacher und starker KI unterschieden[4].

Schwache KI ist auf konkrete Anwendungsprobleme spezialisiert und simuliert Intelligenz vornehmlich mit spezifischen Algorithmen. Die Systeme sind zum Selbstlernen fähig. Beispiele schwacher KI findet man in Experten- und Navigationssystemen, in der Sprach- sowie Zeichenerkennung und in Suchprogrammen.

Starke KI ist hingegen die Form der KI, die im Grunde vergleichbare intellektuelle Fertigkeiten wie der Mensch hat oder ihn darin sogar übertrifft. Obwohl es keine allseits befriedigende Definition gibt, scheinen die meisten KI-Forscher sich darauf einigen zu können, dass eine wirkliche Intelligenz die folgenden Fähigkeiten – im Grunde die vorhin gezeigten Stufen (4) bis (8) – beherrschen muss: Logisches Denken, Treffen von Entscheidungen bei Unsicherheit, Planen, Lernen und Kommunikation in natürlicher Sprache. Etliches dabei ist heute zwar noch Zukunftsmusik, allerdings auch zunehmend wahrscheinlich für eine künftige Realisierung.

Inzwischen hat sich eine Reihe relativ selbständiger Teildisziplinen von KI[5] herausgebildet. Einige sind nachfolgend aufgelistet:

- Suchmaschinen
- Maschinelle Übersetzung von Texten
- Texterkennung und Textgenerierung
- Data-Mining und Text Mining, also Methoden zur Extraktion von Kerninformationen aus nicht- oder nur schwach strukturierten Texten
- Optische Zeichenerkennung und Bilderkennung
- Spracherkennung, die Sprachsteuerung ermöglicht
- Gesichtserkennung und Computer-Vision-Systeme
- Erzeugung von Deepfakes[6]
- Simulation von interaktivem Verhalten
- Wissensbasiertes System bzw. spezielle Expertensysteme
- Selbstfahrende Fahrzeuge oder Drohnen (zu Wasser / in der Luft)
- Intelligenter Persönlicher Assistent (digitaler Sprachassistent)

- Humanoide Roboter;
- Antwort- oder Dialogautomaten (Bots/social Bots)
- Autonome Waffensysteme.

Die letztgenannten Systeme werden bei den nachfolgenden Betrachtungen im Mittelpunkt stehen. Deshalb sollen zunächst noch einige Grundlagen in Erinnerung gerufen werden.

2.2 Automatisierung und Autonomie

Der Begriff „**Automatisierung**“[7] steht für einen vorher festgelegten, selbstständigen, ablauftechnischen Vorgang. Automatisierte Systeme führen lediglich zuvor programmierte Befehle in vorhersehbarer Weise aus. Auf unvorhersehbare Ereignisse können sie nicht selbständig reagieren. Im militärischen Bereich gibt es heute ein breites Spektrum automatisierter Systeme, wie z.B. Kampfmittel-Beseitigungssysteme, Marschflugkörper, Drohnen und Luftverteidigungssysteme vielfältiger Art. Sie finden in der Regel dort Anwendung, wo große Datenmengen zeitkritisch zu erfassen und zu bearbeiten sind, um reaktionsschnell auf vorhersehbare oder erwartete Gefährdungen und Bedrohungen reagieren zu können.

„**Autonomie**“ hingegen, also „Selbstbestimmung“, bedeutet Selbständigkeit. Autonomie kann als die Fähigkeit eines Systems verstanden werden, in einer realen Umgebung, ohne jegliche Form externer Kontrolle zu handeln, sobald es aktiviert wurde.

KI gilt inzwischen als wesentliche Grundlage und Kernelement für automatisierte und autonome Systeme. Bereits heute existiert ein breites Spektrum KI-gestützter autonomer Systeme im militärischen Bereich. Am scharfen Ende des Einsatzspektrums autonomer Systeme befinden sich die Waffensysteme. Ein Waffensystem wird als autonom bezeichnet, wenn es ohne menschliche Steuerung oder detaillierte Programmierung für bestimmte Szenarien ein vorgegebenes Ziel selbstständig und an die Situation angepasst erreichen kann. „Autonome Waffensysteme“ (AWS) können nach der Aktivierung ohne weitere menschliche Einwirkung Ziele erfassen, auswählen und bekämpfen. Die häufig zitierten „Killerroboter“ sind lediglich eine spektakuläre Variante letaler autonomer Waffensysteme (lethal autonomous weapon systems, LAWS)[8].

2.3 Kategorien Autonomer Waffensysteme

Die Autonomie von Waffensystemen kann grob in drei Stufen kategorisiert werde[9] :

- **Semi-autonome** Waffensysteme (Human **in** the loop)
- **Überwachte autonome** Waffensysteme (Human **on** the loop)
- **Komplett autonome** Waffensysteme (Human **out of** the loop).

Beispiele für semi-autonome Waffensysteme sind „Fire and Forget"-Raketen, die nach Abschuss durch einen Menschen selbstständig ein zuvor bestimmtes Ziel angreifen. Das erlaubt z.B. Piloten, mehrere Ziele gleichzeitig oder kurz hintereinander anzugreifen.

Überwachte autonome Waffensysteme erfassen – einmal von einem Menschen aktiviert – selbständig Ziele und greifen diese auch ohne externe Steuerung an. Sie verbleiben dabei allerdings unter konstanter menschlicher Überwachung. Solche Systeme waren traditionell eher defensiv ausgerichtet und kommen überall dort zum Einsatz, wo die menschliche Reaktionszeit mit der Geschwindigkeit des Gefechts nicht mithalten kann.

Die NATO und die USA haben sich zwar für die Entwicklung und den Einsatz von autonomen Systemen ausgesprochen, wollen aber (nach bisherigen Bekundungen) über überwachte autonome Waffensysteme nicht hinausgehen. Menschen sollen die Kontrolle über die Systeme behalten und ggf. den autonomen Ablauf des Angriffs abbrechen können.

Die NATO und die USA haben sich zwar für die Entwicklung und den Einsatz von autonomen Systemen ausgesprochen, wollen aber (nach bisherigen Bekundungen) über überwachte autonome Waffensysteme nicht hinausgehen. Menschen sollen die Kontrolle über die Systeme behalten und ggf. den autonomen Ablauf des Angriffs abbrechen können. Doch auch dafür benötigt es zuverlässige KI-Systeme[10].

Komplett autonome Waffensysteme handeln vollständig autonom. Es gibt keine direkte Eingriffs- oder Abbruchsmöglichkeit mehr. Es wird sogar erwartet, dass künftige autonome Systeme oder Robotergenerationen die Fähigkeit erhalten werden, durch „Erfahrung" zu lernen und so ihre Funktionsweise selbständig anzupassen und ggf. zu erweitern.

Komplett autonome Waffensysteme betreibt offiziell bisher kein Militär. Diese komplett autonome Kriegsmaschinerie ist (noch) nur eine Dystopie[11] der KI-gestützten Kriegsführung. Dass entsprechende Kriegsgeräte noch nicht eingesetzt werden, hat technisch betrachtet vorwiegend einen Grund: Die benötigte KI-Technologie, deren Zuverlässigkeit überprüft werden kann, existiert noch nicht oder zumindest noch nicht in hinreichender Form. Der „Machine-Learning-Boom" der letzten Dekade hat zwar unzählige Fortschritte in der KI-Forschung hervorgebracht, aber aktuelle KI-Systeme sind (noch) nicht für den professionellen militärischen Einsatz als zertifizierte, komplett autonome Systeme geeignet.[12]

Die existierenden KI-Systeme verstehen keinen Kontext, kommen nicht hinreichend mit sich ändernden Umständen zurecht, sind anfällig für Angriffe und schon gar nicht dafür geeignet, ethische Entscheidungen über Leben und Tod zu treffen.

Moderne KI-Systeme versprechen in der Theorie zwar Präzision, Verlässlichkeit und eine hohe Reaktionsgeschwindigkeit. Doch in der Praxis scheitern sie noch häufig an der Komplexität der echten Welt. Die existierenden KI-Systeme verstehen keinen Kontext, kommen nicht hinreichend mit sich ändernden Umständen zurecht, sind anfällig für Angriffe und schon gar nicht dafür geeignet, ethische Entscheidungen über Leben und Tod zu treffen.

Der aktuelle Stand der Technik autonomer Systeme wird vor allem durch verfügbare Rechnerleistung zur schnellen Verarbeitung großer, auch unstrukturierter Datenmengen bestimmt. Hinzu kommen die Fähigkeiten zur umfassenden, auch neuronalen Vernetzung von Sensorik-, Analyse-, Führungs- und Effektor-Systemen. Hier bestehen weiterhin erhebliche Defizite, aber auch noch ausschöpfbare Entwicklungspotentiale.

In Wirklichkeit sind die Übergänge zwischen den drei vorhin genannten Kategorien fließend und nicht immer trennscharf voneinander abzugrenzen[13].

Der Roboterwissenschaftler Noel Sharkey schlägt ein um zwei Kategorien erweitertes, ein Fünf-Stufen-Modell vor. Die Zielauswahl und die Entscheidung für einen Angriff werden in diesem Modell getrennt betrachtet.

1. Der Mensch erwägt selbst die Zielauswahl, bevor er das Ziel angreift
2. Ein Computerprogramm stellt eine Liste mit Zielen zur Verfügung, der Mensch wählt anschließend das Ziel aus, das er dann selbst angreift

3. Das Programm wählt das Ziel aus, der Mensch muss diese Auswahl vor dem Angriff aber aktiv bestätigen
4. Das Programm wählt das Ziel aus, der Mensch hat eine bestimmte Zeit zur Verfügung, um gegen diese Wahl sein Veto einzulegen (Mensch kann AWS überstimmen)
5. Das Programm wählt das Ziel aus und greift es ohne weitere menschliche Einflussnahme an. Diese Fähigkeit charakterisiert komplett autonome Systeme.

Aber auch in dieser etwas detaillierteren Kategorisierung sind die Stufen durch die in Wirklichkeit fließenden Übergänge nicht immer trennscharf voneinander abzugrenzen.

Es sind Szenarien denkbar und sogar wahrscheinlich, in denen Menschen (Soldaten) zwar formal „in the loop" bleiben, wichtige Aspekte des Entscheidungsprozesses aber an eine Maschine delegiert sind, zum Beispiel die Zielauswahl wie auf Sharkeys Stufe (3).

Selbst wenn die Entscheidung zum eigentlichen Waffeneinsatz beim Menschen verbleibt, so muss davon ausgegangen werden, dass sich in Stresssituationen und unter Zeitdruck die handelnde Person im Zweifel auf die Auswahl der Maschine verlässt („automation bias"[14]). In einem solchen Fall ist menschliche Kontrolle – obwohl technisch möglich – in Wahrheit nur noch scheinbar gegeben.

3. Beispiele autonomer Waffensysteme

Es existiert bereits heute eine breite Palette von genutzten oder in der Entwicklung befindlichen autonomen Waffensystemen. Eine Vorstellung ist hier nur schlaglichtartig möglich. Einige konkrete Beispiele sind in Anlage 1 am Schluss des Beitrags aufgelistet.

3.1 Beispiele für semiautonome Waffensysteme

Diese Systeme, die mit Menschen kooperieren, sollen eigenständig fliegen, fahren, tauchen, Informationen sammeln, festgelegte Ziele selbstständig angreifen oder Versorgungsaufgaben im Einsatz erfüllen. Aber ihre Aufgaben, Ziele und Freigaben bekommen sie immer von einem Menschen. Besonders bekannte Beispiele sind Drohnen, also unbemannte Waffensysteme in der

Luft, zu Land oder auf See. Sie können allein, im Verband oder Schwarm oder auch als „Begleiter“ bemannter Systeme eingesetzt werden.

Nicht nur die USA, Russland und China stellen diese Waffensysteme her und setzen sie ein. In den jüngsten und aktuellen Konflikten, wie Aserbaidschan-Armenien, Russland-Ukraine, Israel-Hamas/Hisbollah, Huthi-Rebellen gegen Schiffe im Bab el Mandeb, etc., haben luftgestützte Drohnen eine beherrschende Bedeutung gewonnen. Vor allem relativ kostengünstige Drohnen aus iranischer und türkischer Produktion, inzwischen jedoch auch von Firmen sowie Kleinunternehmen in Russland, der Ukraine, China, Israel und weiteren Ländern – nicht zuletzt von solchen in der Europäischen Union – finden massenweise Verwendung.

Das Fähigkeitsprofil verschiedener luftgestützter Drohnenklassen[15] erstreckt sich von der Aufklärung in Echtzeit über lang andauernde Gefechtsfeldüberwachung bis zum präzisen Angriff auf Einzelpersonen, Truppenansammlungen oder mobile gepanzerte Fahrzeuge bzw. auf hoher See befindliche Schiffe. Durch dieses Fähigkeitsspektrum sind Drohnen inzwischen weit mehr als unbemannte Luftfahrzeuge zum festen Bestandteil der Waffenarsenale vieler Staaten, aber auch terroristischer Akteure geworden.

Als vergleichsweise günstige Massenprodukte mit präziser Waffenwirkung verändern luftgestützte Drohnen auf nahezu radikale Art und Weise das bisherige Bild konventioneller Kriege. Im Kampf erreichen sie Ziele, die mit herkömmlichen Mitteln, wie Artillerie oder Bomben, kaum zu bekämpfen sind. Bislang gut geschützte Unterstände oder Gebäude sind somit keine Räume erhöhter Sicherheit mehr.

Diesen Vorteilen im offensiven Kampf stehen andererseits erhebliche Schwierigkeiten in der Abwehr im Einsatz befindlicher Drohnen gegenüber. Sie besitzen eine sehr geringe Radarsignatur, können für ihre Annäherung bestens Geländesignaturen ausnutzen und lassen sich mit Hilfe künstlicher Intelligenz massenhaft simultan im Gefecht zur Wirkung bringen. Dadurch stellen Drohnen die bisher bewährten Luftverteidigungsmittel zu Land wie auch zur See vor derzeit nur schwer lösbare Herausforderungen.

Im russischen Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine zeigt sich zudem, welche zentrale Rolle die Aufklärung per Drohnen und die Kommunikation zwischen Drohnen-Operator, Artillerie und Infanterie spielt[16]. Ange-

sichts der mittels Aufklärungsdrohnen gewonnenen Präzision spricht man sogar vom „Gläsernen Gefechtsfeld“[17].

Unbemannte Waffensysteme für den Bodeneinsatz kommen bevorzugt dort zur Anwendung, wo man Soldaten aufgrund der Kampfintensität nicht unverhältnismäßiger Gefährdung aussetzen möchte. Markante Beispiele sind Kampfmittel-Beseitigungssysteme und sogenannte Kampfhunde (im Bild)

Auch im Wasser haben sich Drohnen als besonders leistungsfähige Waffensysteme fest etabliert, wie zum Beispiel Drohnenboote beweisen, die von der Ukraine gegen die russische Marine eingesetzt werden.

Unbemannte Waffensysteme für den Bodeneinsatz kommen bevorzugt dort zur Anwendung, wo man Soldaten aufgrund der Kampfintensität nicht unverhältnismäßiger Gefährdung aussetzen möchte. Markante Beispiele sind Kampfmittel-Beseitigungssysteme und sogenannte Kampfhunde .

Jüngste Berichte geben insgesamt Zeugnis von der hohen Entwicklungsdynamik auf dem Gebiet der autonomen Systeme. Hier scheint u.a. Russland sehr schnell und massiv aufgeholt zu haben, nicht zuletzt mit Unterstützung des Iran, von China und westlicher Technologie, die unter Umgehung von Sanktionen beschafft wird.[18]

3.2 Beispiele für überwachte autonome Waffensysteme

Je höher der Gefährdungsgrad im Einsatz, umso stärker versucht man unbemannte Waffensysteme anstelle von Soldaten in den Kampf zu schicken. Die überwachten autonomen Systeme weisen demensprechend erweiterte Fähigkeiten gegenüber den semiautonomen Systemen auf. Bei diesen Systemen kann man bereits heute im Grunde nicht mehr auf die KI-Technologie verzichten.

Vor allem wenn zeitkritische Reaktionsfähigkeit verlangt ist, braucht es einen zunehmend hohen Autonomiegrad der eingesetzten Waffensysteme. In besonderer Weise gilt das für die Abwehr moderner ballistischer oder sehr schnell anfliegender Gleitflugkörper, wie z.B. Hyperschallwaffen.[19]

Etliche überwachte autonome Systeme, sowohl Luft-, als auch Land- und Seegestützt, befinden sich bereits im Einsatz bei Streitkräften weltweit. Prominente Vertreter solcher Waffensysteme[20] sind z.B.

- das AEGIS-Raketenabwehr-System für den Einsatz auf Kampfschiffen oder auch landgestützt,
- die landgestützten Raketenabwehrsysteme Patriot und IRIS-T oder
- das israelische mobile Raketenabwehrsystem Iron Dome zur Verteidigung gegen Kurzstreckenraketen.

Diese Systeme können selbständig Ziele suchen und identifizieren. Der letztendliche Einsatzbefehl oder die Waffenfreigabe erfolgt jedoch durch einen menschlichen Operateur.

Eine besonders bekannte Art ist die „Loitering Munition“[21], also „herumlungernde Munition“. Hierbei handelt es sich um mit Sprengköpfen beladene Flugdrohnen. Sie verfügen über autonome Fähigkeiten und werden von einem Menschen programmiert, bestimmte Ziele anzugreifen. Dieser Angriff kann vom Menschen abgebrochen werden. Die Systeme können z.B. Truppen Luftunterstützung geben, ohne bemannte Kampfflugzeuge oder -Helikopter in Gefahr zu bringen. Die Systeme sind insbesondere für sogenannte „chirurgisch-präzise Einsätze“ geeignet.

Der Luft-Luft-Lenkflugkörper IRIS-T, im Rahmen eines europäischen Kooperationsprogramms unter der industriellen Führung von Diehl Defence produziert, dient der Bekämpfung von Flugzielen

3.3 Beispiele für komplett autonome Waffensysteme

Obwohl bisher keine Nation offiziell komplett autonome Waffensysteme[22] betreibt, so gibt es doch deutliche Hinweise auf Entwicklungen in diese Richtung.

Einige der modernen Drohnen verwischen bereits heute die Grenze zwischen überwachten und komplett autonomen Waffensystemen und sind seit mindestens einer Dekade im Einsatz. Zu den verbreiteten Systemen gehören etwa die israelische Harop, die amerikanische Switchblade , die russische Lanzet oder die iranische Shahed. Die Wirkung der beiden letztgenannten Systeme, die inzwischen in unterschiedlichen Versionen existieren, ist im Bergkarabach-Konflikt und im Ukrainekrieg sehr deutlich geworden.

In Russlands Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine spielt seit geraumer Zeit auch die verbesserte Kamikaze-Drohne Lanzet eine nicht mehr zu unterschätzende Rolle. Sie soll inzwischen deutlich über 40 km Reichweite besitzen, rund drei Stunden in der Luft bleiben, dabei Sprengköpfe von drei bis fünf Kilogramm Gewicht tragen können und Angriffe mit hoher Präzision gewährleisten.

Das bewährte Patriot Raketenabwehrsystem ist fester Bestandteil der Bundeswehrausstattung

Ebenfalls im russischen Einsatz ist die kampfwertgesteigerte iranische Drohne des Typs Shahed-136, die Russland „Geran-2“[23] nennt. Sie hat eine Reichweite von fast 1500 Kilometern und kann größere Sprengköpfe tragen.

Insbesondere autonome Drohnenschwärme[24], die miteinander kommunizieren und ihre Ziele mittels künstlicher Intelligenz erkennen, gelten derzeit als der nächste Schritt im militärischen Drohnenwettrüsten.

Die anhaltend dynamische Entwicklung der Systeme zeigt zunehmend deutlich, dass bereits heute keine klare Trennung zwischen überwachten oder komplett autonomen Systemen mehr möglich ist.

4. Strategisch-operative Aspekte

Autonome Systeme besitzen ein Fähigkeitspotential, das erhebliche neue oder erweiterte strategische und operationelle Möglichkeiten bietet. Von etlichen Experten wird ihnen eine Schlüsselfähigkeit zugeschrieben, die in der Zukunft entscheidend sein könnte, Kriege zu führen und zu gewinnen. Ohne Zweifel revolutionieren sie die Art und Weise, wie Kriege geführt werden[25].

Autonome Systeme besitzen ein Fähigkeitspotential, das erhebliche neue oder erweiterte strategische und operationelle Möglichkeiten bietet. Von etlichen Experten wird ihnen eine Schlüsselfähigkeit zugeschrieben, die in der Zukunft entscheidend sein könnte, Kriege zu führen und zu gewinnen. Ohne Zweifel revolutionieren sie die Art und Weise, wie Kriege geführt werden.

Solange ein Gegner die entsprechenden Systeme nicht besitzt oder nicht in vergleichbarem Maße nutzen kann, können die qualitativen Fähigkeiten oder Vorteile eigener Systeme durchaus quantitatives Übergewicht ausgleichen.

Der Einsatz von autonomen Systemen im „Informationskrieg“ im Cyber- und Informationsraum, vor allem von KI in sogenannten „Sozialen Netzwerken“, Bots oder Schadsoftware, kann sehr schnell, grenzüberschreitend und massiv ganze Staaten durch Propaganda, Desinformation, Erpressung und Sabotage destabilisieren[26].

Autonome Waffensysteme können in besonders zeitkritischen und intensiven Bedrohungsszenarien, in denen menschliche Reaktionsfähigkeit überfordert ist oder in denen hohe menschliche Verluste zu befürchten sind, den entscheidenden Vorteil bringen. Ihre besonderen Einsatzmerkmale sind Geschwindigkeit/Schnelligkeit, Präzision/Zielgenauigkeit und Reaktionsvermögen. Sie sind zudem resistenter gegen Störsender.

Aus operationeller Sicht sind solche Systeme, wenn sie offensiv eingesetzt werden, im Prinzip geeignet, die Effizienz militärischer Einsätze drastisch zu steigern. Für den defensiven Einsatz könnten sie die Gefährdung eigener Kräfte in einem riskanten Umfeld durch ihre spezifische Reaktionsfähigkeit und Intelligenz wirksam senken.

Drohnenangriffe können z.B. präziser als Bombenangriffe mit bemannten Flugzeugen durchgeführt werden. Man kann durch längere Verweil- und Beobachtungsdauer im Zielgebiet „chirurgisch präziser“ vorgehen. Die vor allem unter Verwendung kostengünstiger dual-use Technologie massenweise produzierten Drohnen eignen sich insbesondere auch für Täuschungs- und Sättigungsmanöver in Operationen.

Autonome Waffensysteme und insbesondere sogenannte „Kampfroboter“ haben gegenüber Soldaten aus Fleisch und Blut weitere entscheidende Vorteile: Diese Systeme werden nicht müde, sie sind billiger und desertieren nicht. Vor allem können autonome Systeme den Schutz der eigenen Soldaten enorm steigern. Wenn sie anstelle von Soldaten in den direkten Kampf geschickt werden, vermeidet das eigene menschliche Verluste in hochriskanter Umgebung.

Außerdem, wenn unbemannte autonome Systeme in intensiven, höchst brisanten Gefechtsszenarien eingesetzt werden, dann lassen sich durch längere Zielbeobachtung und stress-/emotionsfreie Reaktion dieser Systeme auch exzessive Gewalt und Kollateralschäden besser mindern oder sogar weitgehend vermeiden. Autonome Waffensysteme können somit dann im Grunde sogar „humaner“ als herkömmliche, bemannte Systeme agieren, weil sie keine Wut-

oder Rachegelüste verspüren und weil weniger Menschenleben geopfert werden müssen.[27]

Andererseits bestehen durchaus auch Risiken oder Probleme mit autonomen Waffensystemen[28]. Ein Verlust an menschlicher Kontrolle in Kriegen kann beim Einsatz autonomer Systeme nicht ausgeschlossen werden. Zu befürchten ist eine nahezu nicht kalkulierbare „Verantwortungslücke" bei einem „man out of the loop" Szenario, also beim Einsatz komplett autonomer Waffensysteme.

Zugleich wird von Kritikern autonomer Systeme auch die grundsätzliche Gefahr einer Absenkung der Hemmschwelle bei Gewaltanwendung gesehen. Befürchtet wird, dass z.B. der Einsatz von Kampfrobotern zu einer Dehumanisierung von Konflikten führen und Kriege noch unmenschlicher machen könnte.[29]

Technologische/technische Risiken[30] bestehen zudem bei nicht auszuschließenden Softwareproblemen und vor allem bei der Anwendung von „starker KI", also selbst lernender, nicht-deterministischer Software.

Nicht auszuschließen ist, dass durch Verwendung kostengünstiger und relativ leicht verfügbarer Dual-use Technologie die Proliferationsrisiken[31] wachsen. Autonome Waffen in den Händen von Diktatoren oder verbrecherischen Regimes könnten die Gefahr steigern, dass diese zunehmend komplexe Operationen durchführen und dabei auch massive Völkerrechtsverletzungen noch eher in Kauf nehmen, weil sie keine direkten Rückwirkungen auf eigene Truppen befürchten müssen.

Angesichts der Entwicklungsdynamik der Dual-Use Technologie KI ist nicht zuletzt eine ständige Bedrohungsanpassung bzw. Fähigkeits-Weiterentwicklung zwingend geboten. Dabei ist ebenfalls eine destabilisierende Wirkung vorstellbar. So könnten das operative Geschehen und die Entscheidungsprozesse derart beschleunigt werden, dass Menschen kognitiv und hinsichtlich ihres Reaktionsvermögens an ihre Grenzen kämen. Demzufolge könnte in einer Krise eine zusätzliche Eskalationsspirale automatisiert und möglicherweise ungewollt in Gang gesetzt werden. Für ein solches Szenario wurde der Begriff „flash war" geprägt[32].

5. Herausforderungen an Führungs- und Einsatzverantwortung

Die zunehmende Autonomie von Waffensystemen stellt neue Herausforderungen an menschliche Entscheidungen in der Anwendung militärischer Gewalt. Die Möglichkeiten und Grenzen menschlicher Führungs- und Einsatzverantwortung sind hinsichtlich der beeindruckenden Zunahme militärischer Fähigkeiten durch KI und autonome Systeme ständig neu zu bewerten. Vor allem ist eine klare Differenzierung von Kontrolle erforderlich hinsichtlich: „Men in the loop" oder „men on the loop" vs. „men out of the loop". Menschliche Kontrolle besteht grundsätzlich aus zwei Elementen: Situationsverständnis und Eingriffsmöglichkeit[33].

Die langwierige Debatte in Deutschland über den Einsatz bewaffneter Drohnen oder „Intelligenter Drohnenschwärme"[34] hat in besonderer Weise die modernen Rüstungsentwicklungen in den Fokus breiter Gesellschaftskreise gerückt. Es stellt sich die grundsätzliche Frage, ob die Funktion und Wirkungsweise starker Künstlicher Intelligenz auf der Basis neuronaler Netze künftig wirklich noch hinreichend abgeschätzt oder kontrolliert werden können. Forderungen konzentrieren sich dabei immer stärker auf Transparenz und somit auf die Verwendung von „Open Source Software" sowie auf Verfahren zum Nachweis der Funktionsfähigkeit und Zuverlässigkeit[35].

In der Diskussion über Führungs- und Einsatzverantwortung werden häufig die Begriffe „meaningful human control" oder „appropriate level of human judgement" verwendet. Es geht letztlich um ein differenziertes Bild menschlicher Kontrolle, die in allen „Lebens-Phasen" eines autonomen Systems – also vom Entstehungsgang bis zum scharfen Einsatz – eine hinreichende Qualität haben muss.[36]

6. Implikationen von Autonomen Waffensystemen für Stabilität und Sicherheit

Mit wachsender Autonomie unbemannter Systeme steigt die Geschwindigkeit ihrer Aktionen im Einsatz, während die Vorhersagbarkeit des Verhaltens der Maschinen sinkt, da dieses sich zum Beispiel auf lernende, nicht deterministische Algorithmen stützt. Fehleinschätzungen der Roboter bzw. der robotischen Waffensysteme könnten darum im Einsatz kaum korrigiert werden, was in krisenhaften Situationen zu einer nicht mehr steuerbaren Eskalation des Konfliktes führen könnte. Zusätzlich führt das hochtechnologische Aufrüsten

zu einer Rüstungsspirale mit wachsender Dynamik. Dabei gilt es im Blick zu behalten, dass gerade technologische Überlegenheit für einige Staaten zum Kern ihrer Militärdoktrin gehört.[37]

Vor dem o.a. Hintergrund lassen sich die Implikationen von autonomen Waffensystemen für die internationale Stabilität und Sicherheit grob in drei Dimensionen unterteilen[38]:

1. Gefahr von unkontrollierter Verbreitung mit den Triggern von Rüstungswettläufen, was zur Erzeugung oder Verschärfung von Krisen beitragen könnte.
2. Gefahr, dass die Hemmschwelle zum Einsatz von Waffengewalt sinken könnte und somit Krisen schneller eskalieren könnten.
3. Gefahr, dass die neuartigen Fähigkeiten von autonomen Waffensystemen einen militärischen Erstschlag ermöglichen könnten, der einen Kontrahenten seiner Fähigkeit zum Zurückschlagen beraubt. Das könnte letztere zu Präventivschlägen verleiten. Besonders brisant erscheint das im Zusammenhang mit Nuklearmächten.

Daraus erwachsen unmittelbare Folgen für sicherheitspolitische Betrachtungen, die im nachfolgenden Abschnitt behandelt werden.

7. Sicherheitspolitische Aspekte

Menschliche Kontrolle ist das zentrale Element, das ferngesteuerte, unbemannte Waffensysteme herkömmlicher Art von letalen autonomen Waffensystemen (LAWS) unterscheidet. Während ein recht breiter Konsens besteht, dass der Mensch auch weiterhin eine maßgebliche Rolle bei der Entscheidung über eine Tötung mit militärischen Mitteln haben muss, gibt es nach wie vor Unklarheit darüber, wie dieses Prinzip der menschlichen Kontrolle bei LAWS konkret ausgestaltet, sprich operationalisiert werden kann. Dies ist ein wesentlicher Grund, warum die internationalen Verhandlungen über LAWS stocken.[39]

Verhandlungen einer Gruppe von Regierungsexperten über Rüstungskontrolle und das Ächten autonomer Roboter und Drohnen bei den Vereinten Nationen in Genf mussten 2018 ergebnislos abgebrochen werden.

Die ausbleibende Verständigung über ein Regelwerk hat insbesondere auch Folgen für internationale Rüstungsprojekte wie z.B. das Future Combat Air

System (FCAS), für die Vergabe von Geldern aus dem Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) und für die entsprechende Zusammenarbeit in der NATO.[40]

Von vielen Seiten wird weiterhin die Forderung erhoben, dass auch bei autonomen Waffensystemen stets eine wirkungsvolle, zuverlässige menschliche Kontrolle bis zur Auslösung der Waffenwirkung gewährleistet sein sollte.[41] Es mehren sich zudem die Stimmen, die ein generelles Verbot letaler vollautomatisierter bzw. autonomer Waffensysteme oder zumindest die Ächtung des Einsatzes solcher Systeme verlangen und für die Durchsetzung des Verbots wirksame Verifikationsregime fordern.[42]

Die Bundesregierung hatte 2018 im Koalitionsvertrag[43] zu autonomen Waffensystemen festgelegt, für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge in internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime einzutreten und sich für eine völkerrechtliche Ächtung vollautomatisierter Waffensysteme einzusetzen.

Das Bild zeigt die Strike-Drohne HX-2 des Unternehmens Helsing im Schwarm. Die Drohne ist in der Lage, Artillerie, gepanzerte und andere militärische Ziele auf bis zu 100 km Reichweite zu bekämpfen.
Copyright © 2025 Helsing

Im Koalitionsvertrag der nachfolgenden Bundesregierung[44] wurde diese Position im Grunde unterstrichen. Allerdings sollte, unter verbindlichen und transparenten Auflagen und unter Berücksichtigung des Völkerrechts sowie von ethischen und sicherheitspolitischen Aspekten, die Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr in dieser Legislaturperiode ermöglicht werden. Der Leitgedanke dabei war, dass die Drohnen nur zum Schutz der eigenen Soldatinnen und Soldaten, nicht jedoch etwa zu offensiven Kampfhandlungen eingesetzt werden dürften.

Das Verteidigungsministerium hat dem Bundestag endlich Mitte Dezember 2024 die Grundsätze für den Einsatz bewaffneter Drohnen übermittelt. Fakt ist, dass die Bundeswehr bisher im Bereich bewaffneter Drohnen fast blank dasteht. Die Einsicht, dass bewaffnete Drohnen künftig in sehr starkem Maß ein Kriegsbild bestimmen werden, kommt zumindest in unserem

Land sehr spät. Es ist zudem unverkennbar, dass Deutschland gerade auch bei luftgestützten Drohnen im Grunde noch über keine adäquaten offensiven Waffenwirkungs- oder defensiven Verteidigungsfähigkeiten verfügt. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 9. April 2025 ist nunmehr die geplante Einführung „unbemannter (auch kampffähiger) Systeme" in die Streitkräfte erwähnt[45]. Jüngsten Presseberichten zufolge hat das Bundesverteidigungsministerium inzwischen beschlossen, moderne Kampfdrohnen für die Bundeswehr zu beschaffen. Mit dem geplanten Erwerb kleiner Stückzahlen verschiedener Modelle, die mit Sprengsätzen ausgestattet sind und Künstliche Intelligenz zur Zielerfassung nutzen, will die Bundeswehr zunächst praktische Erfahrungen sammeln.[46]

In dem im Jahr 2022 verabschiedeten „Strategischen Konzept der NATO"[47] wird die strategische Bedeutung der neuen und disruptiven Technologien anerkannt. Zugleich wird die Absicht unterstrichen, entsprechende Innovationen zu fördern und diesbezügliche Investitionen zu erhöhen, um den militärischen Vorsprung zu wahren.

Bereits 2021 wurden in der NATO-Strategie zu KI[48] Leitprinzipien für autonome Waffensysteme definiert: Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht, Erklärbarkeit und Nachverfolgbarkeit, Verlässlichkeit und Regierbarkeit, Vermeidung von jeglicher Form der Voreingenommenheit.

8. Der NATO Autonomy Implementation Plan

Im **NATO „Autonomy Implementation Plan"** (vom Herbst 2022)[49] sind u.a. detaillierte Feststellungen und Forderungen für die Implementierung von autonomen Systemen zur Stärkung der Abschreckung und Verteidigung sowie zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit enthalten. Darin wird insbesondere bekräftigt, dass der Einsatz eigener autonomer Systeme auf den Normen und Werten des Bündnisses sowie dem Engagement für das Völkerrecht basieren muss. Die Implementierung KI-gestützter autonomer Systeme hat dementsprechend im Einklang mit den bereits erwähnten NATO-Grundsätzen für den verantwortungsvollen Einsatz (PRU[50]) von KI in der Verteidigung zu erfolgen. Diese Grundsätze bieten eine gemeinsame Basis zur Gewährleistung von Vertrauenswürdigkeit und Interoperabilität.

In Bezug auf neue KI-gestützte autonome Technologien wird die NATO auch die Leitprinzipien zur Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventionel-

ler Waffen beachten, wie sie z.B. im VN-Waffenübereinkommen (CCW[51]) festgelegt sind. Schon 2020 hat die NATO eine Arbeitsgruppe zur Kontrolle intelligenter Systeme (Human Systems Integration for Meaningful Human Control over AI-based Systems) ins Leben gerufen[52].

Insgesamt hat das westliche Bündnis einen tragfähigen Rahmen für den Einsatz von LAWS geschaffen. Allerdings wird es auch künftig erforderlich sein, abhängig von der dynamischen technologischen Entwicklung, weitere Konkretisierungen und Präzisierungen vorzunehmen.

9. Rechtliche und ethisch-moralische Aspekte

Diese nachfolgende Abhandlung beschränkt sich zunächst lediglich auf einige allgemeine Anmerkungen zu den rechtlichen Aspekten:

Letale autonome Waffensysteme, LAWS, unterliegen – wie alle anderen Waffensysteme – den geltenden Normen des humanitären Völkerrechts (HVR), wie es in Artikel 36 des Zusatzprotokolls I der Genfer Konvention niedergelegt ist.[53] Ob der Einsatz völkerrechtlich zulässig sein könnte, muss bereits im Vorfeld, und zwar bei der Entwicklung, Beschaffung und Einführung geprüft und festgestellt werden. Dabei sind vor allem drei Prinzipien in Betracht zu ziehen:

In der ethischen Debatte stellt sich vor allem die grundsätzliche Frage, ob die autonome Anwendung militärischer Gewalt moralisch zulässig ist.

- Das Unterscheidungsgebot, dass sich Kampfhandlungen nur gegen militärische Ziele richten dürfen.
- Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit bzw. Vermeidung exzessiver Gewalt und Begrenzung von Kollateralschäden.
- Das Vorsorgeprinzip, das den Angreifer verpflichtet, dasjenige Mittel zu wählen, das der Zivilbevölkerung bzw. zivilen Objekten den geringsten Schaden zufügt.

In der ethischen Debatte stellt sich vor allem die grundsätzliche Frage, ob die autonome Anwendung militärischer Gewalt moralisch zulässig ist. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)[54] betont, dass menschliche Kontrolle eine Voraussetzung für die Umsetzung des humanitären Völkerrechts ist. Notwendige Elemente dieser Kontrolle seinen eine gewisse zeitliche und räumliche Nähe zwischen letzter menschlicher Entscheidung und Waf-

fenwirkung. Zudem müssten die Aktionen des Waffensystems für den Nutzer vorhersehbar sein.

Einen Roboter zu bestrafen, ist wenig sinnvoll – und eine Maschine handelt ja nicht mit Vorsatz. Eventuell muss befürchtet werden, dass man dann auch die menschlichen Kommandeure oder Bediener nicht zur Verantwortung ziehen kann, weil ihnen falsche Aktionen der Maschinen nur in Ausnahmefällen persönlich angelastet werden könnten. Zudem gilt es, den „Eigenschutzvorrang" ebenfalls im Auge zu behalten.[55]

Mit Blick auf ethisch-moralische Aspekte wird immer wieder auch die Forderung erhoben, unbemannte Waffensysteme mit einem „Ethik Modul" auszustatten. Das soll gewährleisten, dass entsprechende Waffensysteme im Einsatz situationsgerecht legale und ethisch vertretbare Entscheidungen treffen. Ziel dabei ist es, Kriterien zu finden, unter denen die Anwendung militärischer Gewalt als Mittel der Konfliktlösung im äußersten Fall gerechtfertigt ist. Wie schwierig die Realisierung bereits im zivilen Raum ist, das zeigen Berichte über Probleme beim autonomen Fahren, die u.a. bei einem tödlichen Unfall mit einem autonom fahrenden PKW von UBER in Kalifornien offenbar wurden. Eine zentrale Verpflichtung besteht unabdingbar: Der Mensch darf nicht zum Objekt „degradiert" werden.[56]

Eine zentrale Verpflichtung besteht unabdingbar: Der Mensch darf nicht zum Objekt „degradiert" werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist der Entwicklungsstand autonomer Systeme noch nicht in allen Bereichen hinreichend ausgereift, um eine verlässliche Zertifizierung gerade auch hinsichtlich ethischer und rechtlicher Forderungen zu gewährleisten.[57] Bei der heute verfügbaren KI zeigen sich noch etliche Lücken in der notwendigen Transparenz. Für eine Zertifizierung braucht es unbedingt eine erklärbare KI. Es sind vor allem im Bereich der abwägenden Entscheidungsunterstützung immer wieder Äquivalenztests durchzuführen, die die entsprechenden KI-Fähigkeiten vor dem Hintergrund der völkerrechtlichen Anforderungen zu validieren vermögen.[58]

10. Möglichkeiten und Grenzen von Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung oder Abrüstung

Die Technologie von Künstlicher Intelligenz und autonomen Systemen besitzt weitgehend „dual-use“ Charakter. Die Technologietreiber finden sich sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich. Gerade die Massenanwendung im zivilen Bereich bewirkt zudem eine spürbare Kostensenkung und damit auch eine ungebremst dynamische Entwicklung und Verbreitung. Somit stellt sich die Proliferationsproblematik in besonderer Schärfe. Autonome Systeme können sich im Grunde relativ leicht Rüstungskontroll- oder Abrüstungsregimen entziehen. Das wird besonders in hybriden Szenarien begünstigt. All das zusammen droht im militärischen Bereich einen gefährlichen Rüstungswettlauf anzuheizen.

Langjährige Bemühungen um präventive Rüstungskontrolle – auch Nichtverbreitung und Exportkontrolle – einer „Expertengruppe Abrüstung“ in Genf, die ihr Mandat aus der Konvention über bestimmte konventionelle Waffen (Convention on Certain Conventional Weapons, CCW) bezog, sind wie bereits erwähnt gescheitert.[59] Grundlegende Probleme gab es bereits beim Bemühen, eine einheitliche Definition von autonomen (letalen) (Waffen-) Systemen zu erreichen.

Widerstände wesentlicher Nationen bestehen auch gegen eine Ächtung von letalen autonomen (Waffen-)Systemen. Einige Staaten befürchten, dabei die Offenheit gegenüber technologischen Innovationen zu verlieren.[60]

Letztlich stellt sich die grundsätzliche Frage, wie eine mögliche Regulierung oder gar ein Verbot von LAWS verifiziert werden könnte. Im Gegensatz zur klassischen Rüstungskontrolle, bei der es um relativ leicht zu überprüfende Quantitäten geht, manifestiert sich der „Autonomiegrad“ eines Waffensystems vor allem im sehr schwierig zu überprüfenden Software-Code und nicht in der physischen Hardware.

11. Fazit und Ausblick

Keine Armee der Welt kann es sich künftig leisten, sich nicht mit dem Thema KI zu befassen.[61] Dass Drohnen längst zum Sinnbild und zur Schlüsseltechnologie für den Krieg der Zukunft geworden sind, brachte der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Carsten Breuer, im Mai 2024 bei einer Tagung zu Unbemannten Systemen zum Ausdruck.[62]

Die sicherheitspolitischen und militärstrategischen Aspekte sowie auch die völkerrechtlichen und ethisch-moralischen Implikationen von KI-basierten autonomen Systemen stehen allerdings nach wie vor im Kreuzfeuer von Diskussionen. Der Fokus richtet sich dabei insbesondere auf die Möglichkeiten, Chancen und Risiken der autonomen Waffensysteme. Diese „disruptive Technologie" markiert wahrlich einen technologischen Quantensprung in der Rüstungstechnik, eigentlich eine „dritte waffentechnische Revolution"; häufig sogar fast euphorisch als „Wundermittel" bezeichnet.

Die dual-use Technologie von Künstlicher Intelligenz und autonomen Systemen erlebt nach wie vor eine ungebremste Entwicklungsdynamik. Die damit verbundenen Risiken und Gefahren wirken allerdings auch stark emotionalisierend. Begriffe wie „Killerroboter" verstärken dystopische Ängste und verleiten bisweilen zu wenig sachlich geführten Diskussionen.

Eine Ächtung der vorhandenen oder künftig zu erwartenden Systeme erscheint weitgehend illusorisch, zumal die „Dual Use Technologie" in überaus starkem Maße von dem zivilen Massenmarkt vorangetrieben wird und rasant breitere Verwendung für militärische Fähigkeiten und Anwendungen findet.

Immer wieder geht es um das Bemühen, zuverlässige Kontrolle, hinreichende Beherrschung der Technologie und angemessene Verantwortung für den Einsatz autonomer Waffensysteme zu gewährleisten. Dies wird eine wichtige und immer wieder schwierige Daueraufgabe bleiben.

Die sicherheitspolitischen, völkerrechtlichen und ethisch-moralischen Herausforderungen autonomer Waffensysteme sind ohne Zweifel enorm. Das breite Spektrum der Implikationen bietet weiterhin viel Stoff für intensive Diskussionen.

Soldatische Ethik und Einsatzrecht im Kontext militärisch genutzter KI, vor allem auch im Zusammenhang mit autonomen Waffensystemen, muss den jeweiligen „Rules of Engagement" (ROE) genügen. Diese bedürfen in der Regel einer politischen Billigung.

Angesichts der aktuellen Entwicklung der globalen und regionalen sicherheitspolitischen Lage müssen Deutschland und Europa künftig unbedingt in der Lage sein, Angriffe mit KI-unterstützten Waffensystemen abzuwehren. Da mittlerweile eine große Anzahl von Staaten und auch bewaffneten Gruppen über autonome Waffensysteme verfügen oder sich zumindest Zugang dazu

verschaffen können, müssen entsprechende defensive und offensive Fähigkeiten künftig auch ein hinreichender Bestandteil des Fähigkeitsspektrums der Bundeswehr werden. Nach jahrelangen politischen Diskussionen zeichnet sich infolge des Regierungswechsels vom Mai 2025 nunmehr eine Beschaffung entsprechender Systeme ab.

Angesichts der aktuellen Entwicklung der globalen und regionalen sicherheitspolitischen Lage müssen Deutschland und Europa künftig unbedingt in der Lage sein, Angriffe mit KI-unterstützten Waffensystemen abzuwehren.

Die Algorithmik und die Effizienz von KI-Systemen werden maßgeblich von Daten und somit ebenfalls von praktischen Erfahrungen bestimmt. Deshalb kommt vor allem auch den Nutzern dieser Systeme im Militär selbst eine entscheidende Rolle zu. Sie müssen gewährleisten, dass die Fähigkeiten und Qualitäten der Systeme vor allem durch die Sammlung weiterer Daten und deren Bereitstellung für das „Nachtrainieren" der Systeme verbessert werden.

Auf jeden Fall gilt es, rasch pragmatische politische Rahmenbedingungen zu schaffen und bedarfsgerecht anzupassen, um das unberechenbare „Damoklesschwert" KI-gestützter LAWS zu einem kontrollierbaren Mittel der militärischen Gewaltanwendung umzuwandeln, Diese Mittel sind im Grund bereits heute unverzichtbar und werden es künftig sehr wahrscheinlich in noch weitaus stärkerem Maße sein. Deshalb wird es insbesondere für notwendig erachtet, die Diskussion über Beschaffung und Einsatzgrundsätze der autonomen Systeme mit Sachlichkeit und mit strategischem Weitblick zu führen. Dabei gilt es zugleich immer wieder, Möglichkeiten und Chancen zu bedenken für eine kontinuierliche Überprüfung und nachvollziehbare Weiterentwicklung der hier betrachteten Systeme, aber auch zu erforderlichen und vor allem realistischen Richtlinien für einen effizienten Einsatz.

Eine künftig effektive und glaubwürde Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit wird letztlich nur gewährleistet werden können, wenn autonome Waffensysteme in sachgerechte und wirkungsvolle strategische Konzepte[63] und darauf basierende Operationspläne eingebunden sind.

Zum Autor: Generalleutnant a.D. Dipl.-Inform. (univ.) Kurt Herrmann war national und international in Führungs- und Stabsfunktionen eingesetzt; in seiner letzten aktiven militärischen Verwendung als Direktor der NATO Communication and Information Systems Services Agency (NCSA). Von 2013 bis 2020 war er Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Anlage 1: Beispiele Autonomer Waffensysteme (AWS)

Eins. Dim.	**WaSys-Bezeichung**	**Hersteller**	**Nutzer: Land / SK**	**Spezifikation** SA = Semi-autonome Systeme ÜA = Überwachte autonome Systeme KA = Komplett autonome Systeme
Luft	XQ-58A-Drohne (Skyborg-Progr.)	Kratos, USA	US Air Force	SA
Luft	MQ-25A-Drohne (Stingray: Tank-Flz	USA	US Navy	SA
Luft	Loyal-Wingman Drohne	Boeing, USA	US Air Force	SA
Luft	S-70 Okhotnik-Drohne	RUS	RUS Lw	SA
Luft	FH-97A Drohne	CHV	Chin. Lw	SA
Luft	RQ-4, Global Hawk, Drohne	Northrop Grumman, USA	US Air Force	SA; Langstrecken Aufklärungen
Luft	AEGIS Rak. Abw.	USA	US Navy und Army	ÜA
Luft	Patriot Rak. Abw.	Raytheon	US und NATO SKe	ÜA
Luft	IRIS-T	MBDA, DEU	DEU Lw und NATO SKe	ÜA
Luft	Iron Dome	ISR (USA)	ISR und künftig DEU	ÜA
Luft	Predator, Drohne RQ-1A/B	Northrop-Grumman, USA	US Air Force	ÜA; 24 h Einsatzdauer
Luft	Reaper, Drohne MQ-9 (WE)	Northrop-Grumman, USA	US Air Force	ÜA; 24 h Einsatzdauer
Luft	Taranis Drohne	BAE, GBN	UK Air Force	ÜA, intercontinental
Luft	X-47B, Drohne	Northrop Grumman, USA	US Navy;	SA → ÜA

Luft	Phalanx CIWS	USA	US Air Force, Army u. Navy	ÜA; FK-Abwehr im Nahbereich
Luft	IAI Harpy, Drohne	ISR	ISR Army	ÜA; Bekämpf. Radarstellungen
Luft	Brimstone, Rakete	GBN	UK Army	ÜA; insbes. Panzerabwehr
Luft	Loitering Munition: Switchblade AGM-136 Tacit Rainbow Fire Shadow Harop, Drohne Delilah Low-Cost Autonomous Attack System (LOCAAS) KUB-BLA	 US Aerovironment Northrop Grumman MBDA ISR ISR Mil,Ind. US Air Force RUS ZALA Aero	 US Air Force u. Army US Air Force u. Army Brit. Army ISR Air Force, TUR, IND, ASB ISR Air Force US Air Force RUS Lu/LSK	 ÜA → KA ÜA → KA ÜA → KA ÜA → KA SA → ÜA ÜA ÜA → KA
uft	Lanzet, Kamikaze-Drohne	RUS	RUS Lw	KA
Luft	Shahed, Drohne Shahed-136 (Geran)	IRAN	div. SKe	KA; bis 1.500 km Reichweite
Luft	Bayraktar TB2, Kampf- und Aufkl. Drohne	Baykar, TUR	div. SKe	KA; 150 km Rw; 27 h
Luft	Kinshal AS-24, Hyperschallraketen:L-B-FK NATO-Code: AS-24 Killjoy	RUS	Lw	ÜA; 500-2000 km Reichweite
Luft	Avangard, Stratosphären Gleitflugkörper	RUS	Strategische Raketen-Trp	ÜA; Angeblich Mach 20-27
Luft	Hypersonic Attack Cruise Missile, HACM	Raytheon Techn. USA	US LuSK	ÜA; Langstrecke
Luft	Hyperschall-Gleitflug-Gefechtskopf für IRBMs DF-ZF, DF-17	CHV	US LuSK / Raketentruppen	ÜA; Langstrecke

Luft	Gleitflugkörper: Storm Shadow Scalp-EG Taurus KEPD-350 Neptun R-360; Seeziel-FK	 GBN/FRA DEU/ SWE UKR	 Lw Lw Lw	Langstrecken ÜA ÜA ÜA
Luft	Brimstone,	GBN MBDA	Royal Air Force und Brit. Army	SA → ÜA
Land	Ripsaw M5 Kampfdrohne, Panzerbegleiter	USA	US Army	SA
Land	Uran-9-Panzer	RUS	RUS-Armee	SA
Land	UGV ATLAS CCV	BAE-Systems	Brit. und Austr. Arma	SA
Land	Roboterhund	Ghost Robotics	US Air Force	SA
Land	Talon und Taylon Swords, Roboter Sys	Foster Miller, USA	US Army	SA; Aufklärung u. Kampf
Land	SGR-A1, Roboter	Samsung, KOS	KOS Army	ÜA
Land	Gardium, selbstf. Patrouillen Auto	ISR	ISR Army	ÜA
See	Spartan Scout und Bluefin; Unmanned Surface od. Autonomous Under-water Vehicles	USA	US Navy	SA
See	Sea Hunter Zerstörer	USA	US Navy	SA
See	Orca U-Boot	Boeing, USA	US Navy	SA
See	Drohnenboote	Ukraine	UKR Navy	SA
See	Guardbot	USA	US Marines	ÜA; Unterst. Landung

Anmerkungen

1 A PROPOSAL FOR THE DARTMOUTH SUMMER RESEARCH PROJECT ON ARTIFICIAL INTELLIGENCE; J. McCarthy, Dartmouth College,M. L. Minsky, Harvard University, N. Rochester, I.B.M. Corporation,C.E. Shannon, Bell Telephone Laboratories, August 31, 1955; Vgl. auch Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik: Transparenz von KI-Systemen, Whitepaper vom 01.07.2024, Seite 7; https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/KI/Whitepaper-Transparenz-KI-Systeme.pdf?__blob=publicationFile&v=3

2 Intelligenzstufen zur Einschätzung heutiger KI-Systeme, siehe Ralf Otte: Warum wir nicht vollautonom fahren werden, Seite 1,in FAZ Net vom 27.11.2023

3 Ebda.

4 Siehe DataScientest vom 15. Juli 2024: Starke KI vs. schwache KI, was sind die Unterschiede; https://datascientest.com/de/starke-ki-vs-schwache-ki

5 Vgl. KI-Spektrum vom 3. Januar 2024: Teilgebiete der KI: Ein detaillierter Überblick; https://kispektrum.de/ki-news/teilgebiete-der-ki-ein-detaillierter-ueberblick/

6 Bundesregierung vom 26. Oktober 2023; Umgang mit Desinformation, Experteninterview mit Oberstleutnant i.G. Aldo Kleemann zum Thema „Was ist eigentlich ein Deep Fake? https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/umgang-mit-desinformation/was-sind-deep-fakes-2230226

7 Zu Automatisierung und Autonomie siehe Ulrike Esther Franke in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ vom 26.08.2016: Automatisierte und autonome Systeme in der Militär- und Waffentechnik

8 Siehe auch Sophie-Claire Wieneke in National Geographic vom 31. Januar 2024: Killer-Roboter? Die Bedeutung von Künstlicher Intelligenz im militärischen Einsatz; https://www.nationalgeographic.de/wissenschaft/2024/01/killer-roboter-die-bedeutung-von-kuenstlicher-intelligenz-im-militaerischen-einsatz

9 Friedrich Ebert Stiftung (FES), Robin Geiss, Studie vom Juni 2015 zum Thema: Die völkerrechtliche Dimension autonomer Waffensysteme, Seite 7 ff; https://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/11444-20150619.pdf

10 Fraunhofer-Institut für Produktionstechnik und Automatisierung IPA, White Paper vom 19. April 2021 zum Thema „KI fit machen für sicherheitskritische Anwendungen“; https://www.ipa.fraunhofer.de/de/presse/presseinformationen/ki-fit-machen-fuer-sicherheitskritische-anwendungen.html

11 Gegenteil von Utopie. Dystopie ist eine fiktive Vision einer Welt, die schlechter ist als die Welt, in der wir leben.

12 The Decoder; KI und Gesellschaft vom 9. Januar 2023: KI im Krieg: Wie Künstliche Intelligenz das Schlachtfeld verändert; Absatz „Der Stand bei autonomen Kriegsmaschinen“; https://the-decoder.de/kuenstliche-intelligenz-im-krieg/

13 Wissenschaft und Frieden; Ausgabe 2028/4, Noel Sharkey: Menschliche Steuerung von Waffensystemen; https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/menschliche-steuerung-von-waffensystemen/ Siehe auch FES, Robin Geiss, Studie vom Juni 2015 (s.o.), Seite 8

14 Deloitte, Research vom 20. Januar 2023: Automation Bias: What Happens when Trust Goes too Far?; https://www.deloitte.com/uk/en/services/consulting/research/automation-bias.html

15 Bundesministerium der Verteidigung vom 05.02.2021; Drohnenarten: HALE (High Altitude Long Endurance), MALE (Medium Altitude Long Endurance), AUS (Unmanned Aerial System); https://www.bmvg.de/de/themen/hale-male-uas-diese-unterschiedlichen-drohnenarten-gibt-es-5026012

16 Roger Näbig: „Der unsichtbare Feind; Drohnen als Schlüsselelement des Ukraine-Konflikts"; Europäische Sicherheit und Technik, Dezember 2024, S. 83f.

17 Europäische Sicherheit und Technik vom 30.Oktober 2023, Interview mit Vizeadmiral Dr. Thomas Daum, Inspekteur CIR: „Das gläserne Gefechtsfeld ist Realität geworden"; https://esut.de/2023/10/fachbeitraege/44749/das-glaeserne-gefechtsfeld-ist-realitaet-geworden/

18 Z.B. FAZ - Politik vom 28.11. 2023, Robert Putzbach und Friedrich Schmidt: Putin setzt auf „Mopeds" und „Lanzetten"

19 Heise online vom 21.03.2022, Alexander Stirn: Was hinter der Entwicklung der Hyperschallwaffen steckt; https://www.heise.de/hintergrund/Militaer-Hype-um-Hyperschallwaffen-4699237.html

20 Beispiele überwachter autonomer Waffensysteme: Siehe auch Anhang, Anlage 1

21 Brookings vom 4. August 2021, Kelsey Atherton: Loitering munitions preview the autonomous future of warfare; https://www.brookings.edu/articles/loitering-munitions-preview-the-autonomous-future-of-warfare/

22 Siehe auch Anhang, Anlage 1

23 Army Technology vom 26. April 2023: Shahed-136 Kamikaze UAV, Iran

24 Beispiel in Merkur.de vom 23.07.2024, Karsten-Dirk Hinzmann: Für massiven Schwarm-Einsatz: Ukraine arbeitet rasant an KI-gesteuerten Drohnen; https://www.merkur.de/politik/bundeswehr-ukraine-krieg-putin-selenskyj-drohnen-kuenstliche-intelligenz-ki-93201252.html

25 The Decoder; KI und Gesellschaft vom 9. Januar 2023: KI im Krieg: Wie Künstliche Intelligenz das Schlachtfeld verändert (s.o.)

26 Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr. 24/2017: „Informationskriege: Eine Herausforderung für die Bundeswehr", von Carolin Busch und Nadine Düe; https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2017_24.pdf

27 Ulrike Esther Franke in „Aus Politik und Zeitgeschichte" vom 26.08.2016: Automatisierte und autonome Systeme in der Militär- und Waffentechnik (s.o.)

28 Siehe auch Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode, Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss) gem. § 56 a der GO, TA/Autonome Waffensysteme, Drucksache 19/23672, vom 21.10.2020, Seite 14 ff; https://dserver.bundestag.de/btd/19/236/1923672.pdf

29 Siehe auch Stiftung Wissenschaft und Politik – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, SWP-Aktuell 2021/A 31, 14.04.2021, Anja Dahlmann, Elisabeth Hoffberger-Pippan,Lydia Wachs: Autonome Waffensysteme und menschliche Kontrolle – Konsens über das Konzept, Unklarheit über die Operationalisierung; https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2021A31_AutonomeWaffensysteme.pdf

30 Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung Drucksache 19/23672, vom 21.10.2020 (s.o.), Seite 88 ff

31 Ebda, Seite 117 ff

32 European Council on Foreign Relations, Commentary, 22. November 2028, Ulrike Franke: "Flash Wars: Where could an autonomous weapons revolution lead us?"; https://ecfr.eu/article/Flash_Wars_Where_could_an_autonomous_weapons_revolution_lead_us/

33 SWP-Aktuell 2021/A 31, 14.04.2021, Anja Dahlmann, Elisabeth Hoffberger-Pippan,Lydia Wachs: Autonome Waffensysteme und menschliche Kontrolle – Konsens über das Konzept, Unklarheit über die Operationalisierung (s.o.)

34 Bundeswehr, Aktuelle Meldung vom 31.05.2024, Timo Kather: Drohnen: „Wir müssen uns auf ein extrem breites Bedrohungsspektrum einstellen"; https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/kriegsfuehrungdrohnen-das-plant-bundeswehr-5788388

35 Fraunhofer-Institut für Produktionstechnik und Automatisierung IPA, Thomas Bauernhansl, Marco Huber, Werner Kraus: White Paper: Zuverlässige KI; https://publica-rest.fraunhofer.de/server/api/core/bitstreams/5d5f3bef-6891-4b35-bc91-456b6085f2a2/content

36 Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Anja Dahlmann/Marcel Dickow: Präventive Regulierung autonomer Waffensysteme - Handlungsbedarf für Deutschland auf verschiedenen Ebenen, SWP-Studie 1, Januar 2019, Berlin; https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2019S01_dkw_dnn.pdf

37 SWP-Studie 1 vom Januar 2019 (s.o.), Seite 16

38 Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung Drucksache 19/23672, vom 21.10.2020 (s.o.), Seite 83 ff

39 SWP-Aktuell, NR. 36 JUNI 2022: „Das Scheitern der VN-Expertengespräche zu Autonomen Waffensystemen - Alternative Formate rücken in den Fokus", Elisabeth Hoffberger-Pippan/Vanessa Vohs/Paula Köhler; https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A36_Expertengespraeche_Autonome-

Waffensysteme.pdf

40 Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung Drucksache 19/23672, vom 21.10.2020 (s.o.), Seite 117 ff

41 Impulspapier des Arbeitskreises KI & Verteidigung, Juni 2023: Beitrag zu Grundlagen und Grenzen Künstlicher Intelligenz (KI) beim Einsatz in Verteidigungstechnologien, Seite 15 ff; https://www.bdsv.eu

42 Deutscher Bundestag, Drucksache 20/11452, 20. Wahlperiode, 15.05.2024, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ali Al-Dailami, Żaklin Nastić, Dr. Sahra Wagenknecht, weiterer Abgeordneter und der Gruppe BSW– Drucksache 20/10988 –Zur internationalen Ächtung autonomer Waffensysteme; https://dserver.bundestag.de/btd/20/114/2011452.pdf

43 Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland - Ein neuer Zusammenhalt für unser Land, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 19. Legislaturperiode, Seite 149; https://www.bundestag.de/resource/blob/543200/9f9f21a92a618c77aa330f00ed21e308/kw49_koalition_koalitionsvertrag.pdf

44 MEHR FORTSCHRITT WAGEN BÜNDNIS FÜR FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND NACHHALTIGKEIT, KOALITIONSVERTRAG 2021—2025, Seite 113 und 118; https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

45 Koalitionsvertrag vom 9.4.2025, Kapitel 5. Abschnitt 5.1. „Außen- und Verteidigungspolitik“, S. 131

46 Vgl. Bundeswehr News vom 29. April 2025: Militärische Drohnentechnologie: Welche Systeme in Deutschland zum Einsatz kommen.

47 Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO, Strategisches Konzept der NATO 2022 vom 29.06.2022, Absatz Nr. 24; https://nato.diplo.de/nato-de/01-NATOStatements/-/2539668

48 NATO, 22. Oktober 2021, Summary of the NATO Artificial Intelligence Strategy; https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_187617.htm

49 NATO vom 13. Oktober 2022: Summary of NATO’s Autonomy Implementation Plan; https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_208376.htm

50 Principle for Responsible Use (PRU)

51 Convention on Certain Conventional Weapons (CCW; siehe auch International Committee of the Red Cross, Geneva, Switzerland. June 2005; https://www.icrc.org/sites/default/files/external/doc/en/assets/files/other/icrc_002_0811.pdf

52 UniBw München vom 12. Februar 2020: Neue NATO Arbeitsgruppe zur Kontrollierbarkeit intelligenter Systeme Siehe auch NATO vom 13. Oktober 2022: NATO’s Data and Artificial Intelligence Review Board Summary of the establishment of the Board; https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_208374.htm

53 Protocol Additional to the Geneva Conventions of 12 August 1949, and Relating to the Protection of Victims of International Armed Conflicts (Protocol I), 8 June 1977; "Jede Hohe Vertragspartei ist verpflichtet, bei der Prüfung, Entwicklung, Beschaffung oder Einführung neuer Waffen oder neuer Mittel oder Methoden der Kriegführung festzustellen, ob ihre Verwendung stets oder unter bestimmten Umständen durch dieses Protokoll oder durch eine andere auf die Hohe Vertragspartei anwendbare Regel des Völkerrechts verboten wäre." https://www.drk.de/fileadmin/user_upload/PDFs/Das_DRK/Materialien/Allgemein/DRK_Zusatzprotokoll_01_Genfer_Abkommen.pdf

54 ICRC POSITION ON AUTONOMOUS WEAPON SYSTEMS, Geneva, 12 May 2021; https://www.icrc.org/sites/default/files/document_new/file_list/icrc_position_on_autonomous_weapon_systems.pdf

55 Im Sinne des Eigenschutzvorrangs kann autonome Verteidigung grundsätzlich legitim sein. Das Konzept der „Verantwortbarkeit" beinhaltet deshalb nicht nur das Gebot der Beachtung menschlicher Würde, als obersten Grundsatz jeglichen kriegerischen Handels, sondern erweitert es um den Aspekt des gebotenen Selbstschutzes des für die Wirkung der Waffe verantwortlichen Akteurs. Sauer, Frank 2019: Mensch, Maschine, Krieg [Man, Machine, War], in: zur Sache bw Nr. 35, 25-29

56 Matthias Herdegen, in: Theodor Maunz/Günter Dürig (Hg.): Grundgesetz, 53. Auflage 2009, Art. 1 Abs. 1 Rn. 33

57 Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung Drucksache 19/23672, vom 21.10.2020 (s.o.), Seite 42 (Abbildung 3.2, Erklärbare KI); Vgl. auch Blog des Fraunhofer-Instituts für Experimentelles Software Engineering vom 22. August 2024: Wie Normen und Standards die Zukunft von Künstlicher Intelligenz und Autonomen Systemen prägen; https://www.iese.fraunhofer.de/blog/ki-normen-und-standardisierung/

58 Universität Stuttgart: Validierung Autonomer Systeme; https://www.ias.uni-stuttgart.de/dokumente/2021_Validierung_Autonomer_Systeme.pdf

59 Diese „Group of Governmental Experts (GGE)" hatte seit 2017 versucht, ein entsprechendes Übereinkommen über autonome Waffensysteme (AWS) zu erreichen. Letzten Berichten zufolge soll nun ein Ausschuss der VN in New York einen neuen Versuch zur Ausarbeitung von Rüstungskontroll-Vereinbarungen unternehmen. Siehe ebenfalls oben: SWP-Aktuell, NR. 36 JUNI 2022: „Das Scheitern der VN-Expertengespräche zu Autonomen Waffensystemen - Alternative Formate rücken in den Fokus", Elisabeth Hoffberger-Pippan/Vanessa Vohs/Paula Köhler; Siehe zudem: Resolution adopted by the General Assembly on 22 December 2023 [on the report of the First Committee (A/78/409, para. 89)]78/241. Lethal autonomous weapons systems

60 Ebda, Seite 2: Eine weitere „Verwerfungslinie“ zeichnet sich ab durch den zunehmenden Rüstungswettlauf zwischen den USA, Russland und China, insbesondere auf dem Gebiet neuer Technologien.

61 Handelsblatt online vom 16.10.2023, Specht, Frank: KI bei der Bundeswehr – Verbände wollen Tabuthema „entdämonisieren“; https://www.handelsblatt.com/technik/ki/ruestung-ki-bei-der-bundeswehr-verbaende-wollen-tabuthema-entdaemonisieren/29448216.html

62 Vgl. o.a. Endnote 33

63 Als Elemente der Strategie im Sinne von Clausewitz; siehe Carl von Clausewitz: Vom Kriege, Drittes Buch, Kapitel II, Seite 147, Elemente der Strategie, vollständig letzte Fassung von 1832, http://www.rabaka-publishing.de/

Staatliche Resilienz und umfassende Landesverteidigung

Das Beispiel Österreichs

Lukas Bachmann

Die sicherheitspolitische Ordnung Europas ist durch eine Vielzahl von Krisen, Konflikten und Kriegen inner- und außerhalb seiner Grenzen bedroht. Dies erfordert neue Strategien zum Aufbau einer europäischen Resilienz sowie zur kollektiven Gewährleistung der Souveränität der Nationalstaaten.

Geostrategische Rahmenbedingungen

Die strategische Sicherheitslage der Europäischen Union (EU) und ihrer Mitgliedsstaaten hat sich seit dem russischen Angriff auf die Ukraine grundlegend geändert. Europa umgibt ein Ring von Krisen, Konflikten und Kriegen. Wie beispielsweise an der südlichen Gegenküste wo sich nicht nur innerstaatliche Konflikte in Nordafrika auf die vitalen Interessen Europas auswirken, sondern auch die dadurch hervorgerufenen Verwerfungen wie Flüchtlingsströme und der Kampf um die Nutzung der dortigen Ressourcen. Auch die regionale Zuspitzung in der Levante, wo seit dem Überfall der Hamas auf Israel die regionalen Konflikt-Konstellationen immer komplexer und vielschichtiger geworden sind und die nach wie vor die Möglichkeit einer überregionalen Ausweitung in sich bergen. Der oben erwähnte russische Angriff auf die Ukraine bildet dabei nicht den Schlussstein. Denn vor allem die derzeitige Unsicherheit in den transatlantischen Beziehungen tut ihres dazu die Volatilität zu verstärken. Dies war während der Vorstaffelung zu den Wahlen in Grönland, bei den „russisch-amerikanischen Verhandlungen zur Ukraine“ oder in der Zollpolitik spürbar. Es lässt sich feststellen, dass sich der Bedrohungsring um Europa zunehmend schließt. Der Ring, als Sinnbild für die Bedrohungen welche sich gegen Europa richten, ist dabei nicht fest, sondern er ist porös und ermöglicht das Diffundieren von Bedrohungen. Diese Verletzlichkeit von innen und außen zeigt dabei den Zustand der gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur. Es ist nach wie vor so, dass sich die Partikularinteressen der einzelnen Nationen an der Nähe zu den einzelnen Krisen, Konflikten und Kriegen zum eigenen

Die strategische Sicherheitslage der Europäischen Union (EU) und ihrer Mitgliedsstaaten hat sich seit dem russischen Angriff auf die Ukraine grundlegend geändert. Europa umgibt ein Ring von Krisen, Konflikten und Kriegen.

Staatsgebiet orientieren und nicht an gesamteuropäischen Interessen. Auch die geopolitische Willkür von Großmächten erlebt eine Renaissance, es scheint, als hätte der „New Deal" nur wenige Vertragspartner aber eine nachhaltige Auswirkung auf viele.

Krisen, Konflikte und Kriege und ihre Wirkung

Für die EU, aber vor allem für ihre Mitgliedsstaaten, bedeutet das, dass zum Schutz ihrer vitalen Interessen, ein authentisches Abschreckungs- und Interventionspotential aufzubauen ist und aufrechterhalten werden muss. Sollte das nicht gelingen, verschwindet die EU und ihre Mitgliedsstaaten in der Bedeutungslosigkeit und es geht die Fähigkeit zur Behauptung der eigenen Souveränität endgültig verloren.

Wesentlich ist, dass in hybriden Konflikten eine möglichst hohe Bindung militärischer Kräfte erreicht wird, um, sollten es der Wille, eine Gelegenheit oder die Fähigkeiten zulassen bzw. erfordern, möglichst wenige Kräfte im konventionellen Gefecht schlagen zu müssen.

Hierbei ist der Zusammenhang zwischen Krisen, Konflikten und Kriegen klar hervorzustellen, es gilt sich sowohl gegen hybride als auch konventionelle Bedrohungen zu wappnen.

Dabei ist ein hybrider Konflikt *„eine Art der Konfliktaustragung zur Erreichung strategischer Interessen, wobei der Aggressor mehrere oder alle seine Instrumente der Macht* [Diplomatie, Information, Militär und Wirtschaft. Anm. d. Verf.]*, über die er als Staat oder staatenähnlicher Akteur verfügt, zum Einsatz bringt. Diese unterschiedlichen Instrumente werden dabei langfristig aufeinander abgestimmt und teilweise verdeckt zum Einsatz gebracht, der offene, bewaffnete Konflikt wird vermieden. Dabei kann der Aggressor die Bedrohungen und Krisen, welchen der betroffene Staat oder staatenähnliche Akteur ausgesetzt ist, zur Erreichung seiner Ziele ausnutzen oder diese sogar herbeiführen."*[1]

Wesentlich ist, dass in hybriden Konflikten eine möglichst hohe Bindung militärischer Kräfte erreicht wird, um, sollten es der Wille, eine Gelegenheit oder die Fähigkeiten zulassen bzw. erfordern, möglichst wenige Kräfte im konventionellen Gefecht schlagen zu müssen.

Bedeutung gesamtstaatlicher Resilienz

Wenn es demzufolge das Ziel eines Feindes ist durch verdeckte Maßnahmen eine hohe Kräftebindung zu erzeugen, ist es wesentlich, dass eine gesamtstaat-

liche Resilienz aufgebaut wird. Diese muss es ermöglichen, dass die Streitkräfte sich auf ihre ureigene Aufgabe konzentrieren und vorbereiten können. Leistungsfähige Streitkräfte sind deshalb so bedeutend, da ein authentisches Abschreckungspotential die Kriegswahrscheinlichkeit reduziert. Der österreichische General und Erdenker der Raumverteidigung, als Verteidigungskonzept zur militärischen Landesverteidigung Österreichs ab den 1970er-jahren, beschreibt dies so:

„Dies bedeutet als erste vordringliche Aufgabe die Vorbereitung des Einsatzes aller militärischer Mittel zum primären Zweck, durch glaubhafte Beherrschung der politisch/militärischen Krise in der strategischen Umwelt den Frieden in Freiheit zu erhalten. Erst in zweiter Linie, bei Versagen der Wirkung dieser auf die Erhaltung des Friedens ausgerichtete Anstrengung, wird es einer militärischen Verteidigung obliegen, die Souveränität des Landes zu erhalten, um auf ihrer Basis Grenzen zu verteidigen oder verlorene Gebiete zurückzugewinnen."[2]

Die Herausforderung besteht nun darin, dass sich durch die Friedensdividende der letzten Jahrzehnte das Abschreckungspotential stark reduziert hat, was in einer werte-basierten internationalen Ordnung durchaus probat scheint, aber spätestens mit dem „New Deal" starke Einschränkungen der europäischen Staaten im internationalen Kontext hervorruft. Aber nicht nur das militärische Abschreckungspotential auch die staatliche Eigenständigkeit, im Sinne einer gesamtheitlichen Unabhängigkeit, zumindest innerhalb der Europäischen Union, ist einer erhöhten Vernetzung gewichen. Die Sicherstellung und Behauptung dieser vitalen Interessen ist allerdings die zweite Voraussetzung für die Abschreckung und in der Folge Abwehr möglicher Gegner. Daher wäre die Wiederherstellung der Resilienz, zur Gewährleistung der staatlichen Existenz und zum weitgehenden Erhalt der Lebensgrundlagen der Bevölkerung in Krisen, Konflikten und Kriegen, zentral. Nachstehende Gedankengänge sollen die Problematik der Wiedererlangung der staatlichen Resilienz verdeutlichen.

Nachstehende Gedankengänge sollen die Problematik der Wiedererlangung der staatlichen Resilienz verdeutlichen.

Der hohe Grad an Arbeitsteilung und die weitgehende Aufteilung der Industrien erzeugen einen hohen Vernetzungs-/Abhängigkeitsgrad. Die daraus resultierende Vulnerabilität (z.B. Lieferketten) kann entweder durch eine weitere Erhöhung der Verflechtung (Diversifizierung) oder durch eine Entflechtung (Autarkie) begegnet werden. Hierbei sind alle Instrumente der Macht zu be-

urteilen. Dies betrifft unter anderem auch die Bereitstellung der Lebensmittel und die Beantwortung der Frage, ob die Bevölkerung durch die Ressourcen auf dem eigenen Staatsgebiet oder im europäischen Verbund ernährt werden kann.

Besonders die Schnittstellen zwischen den Instrumenten der Macht müssen pragmatisch auf eine gemeinsame Zielerreichung ausgerichtet werden. Aktionen und Reaktionen müssen kurze gesamtstaatliche Vorlaufzeiten haben und, angepasst auf eine mögliche feindliche Vorgehensweise, institutionalisiert werden. Dies gilt sowohl für die politische Willensbildung als auch für die darauf basierende innerstaatliche Umsetzung. Dabei muss auch klargestellt werden, dass die Reziprozität alle Akteure aneinanderbindet und sie dazu zwingt, wenn es erfolgsversprechend sein soll, gemeinsam zu handeln. Die Erhöhung des abgestimmten Vorgehens und damit der staatlichen Synchronisation ist dabei essenziell.

Die eigene Bevölkerung muss derart sensibilisiert sein, dass sie die Realitäten akzeptieren, darauf basierend im eigenen Bereich resilient und im gesamtstaatlichen Sinn unterstützend tätig werden kann. Dabei muss das eigene Vorgehen über einen nachvollziehbaren und legitimen Narrativ verfügen. Weiters muss die Bevölkerung über die Risiken der Propaganda möglicher Konflikt-/Kriegsparteien in Kenntnis gesetzt werden. Der Deutungshoheit im Informationsumfeld kommt besondere Bedeutung zu.

Dabei muss die Resilienz des Systems ausreichend dafür sein, die staatliche Souveränität nachhaltig aufrechtzuerhalten. Mindestens muss jedoch das System so gestaltet sein, dass die politische Willensbildung und die vitalen Interessen und Ströme vor gegnerischem Einfluss geschützt sind.

Durch eine detaillierte Analyse der Umfeldbedingungen muss stets eine Beurteilung der Konkurrenzsituation in Bezug auf vitale Ströme und Interessen gewährleistet sein. Darauf basierend müssen die Ziele konkurrierender Akteure eruiert und eine gesteigerte Aufmerksamkeit auf Indikatoren gelegt werden, die eine stärkere Ambition zur Willensdurchsetzung in diese oder jene Richtung anzeigen. Zusätzlich wird die Komplexität durch die zunehmende Involviertheit nichtstaatlicher Akteure in das Konfliktgeschehen erhöht. Diese sind mittlerweile ebenfalls häufig in der Lage, das Portfolio hybrider Bedrohungen auszunutzen.

Dabei muss die Resilienz des Systems ausreichend dafür sein, die staatliche Souveränität nachhaltig aufrechtzuerhalten. Mindestens muss jedoch das System so gestaltet sein, dass die politische Willensbildung und die vitalen Inter-

essen und Ströme vor gegnerischem Einfluss geschützt sind. Dies gilt sowohl nach innen als auch nach außen. Dabei muss, basierend auf einer detaillierten Analyse eigener Schwachstellen, die Möglichkeit zur Vulneranz, im Sinne der Feststellung von General Spannocchi, aufgebaut, nach außen kommuniziert und auch authentisch projiziert werden können.

Ein Ansatz zur Herstellung der staatlichen Resilienz zum Zwecke einer Kriegsprävention/ -vorbereitung ist die umfassende Landesverteidigung österreichischer Prägung.

Umfassende Landesverteidigung (ULV)

In Österreich hat sich zum Zwecke der andauernden Behauptung der Souveränität das Konzept der umfassenden Landesverteidigung (ULV) etabliert.

Die ULV wurde 1975, in Folge der Interventionen der Sowjetunion und des Warschauer Paktes in Ungarn (1956) und der Tschechoslowakei (1968), im Artikel 9a des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) verankert. Sie besteht aus der militärischen, zivilen, wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung, um die Sicherheit im inneren und Unabhängigkeit nach außen zu gewährleisten und erhebt den Anspruch einer gesamtstaatlichen Zielsetzung. Absicht ist es, die Bevölkerung und die verfassungsmäßigen Einrichtungen vor Bedrohungen zu schützen. Die militärische Landesverteidigung wird vom Bundesheer getragen, während die zivile Landesverteidigung Maßnahmen zur eigenverantwortlichen Vorbereitung und zum Schutz der Bevölkerung in Krisen- und Katastrophenfällen beinhaltet. Die wirtschaftliche Landesverteidigung beinhaltet Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Basis im Kriegsfall und soll darüber hinaus die Gewährleistung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung sicherstellen. Die geistige Landesverteidigung fördert das, zur Umsetzung der umfassenden Landesverteidigung notwendige, Bewusstsein für die Notwendigkeit der Verteidigung demokratischer Werte. Darüber hinaus wurde im parlamentarischen Diskurs der 1970er-Jahre auch über die ausschließlich politische Landesverteidigung diskutiert. Diese hätte die außenpolitische Komponente in die ULV einbeziehen sollen, gelangte aber nie in Verwirklichung. Die ULV soll die Resilienz Österreichs stärken und wird durch den Landesverteidigungsplan konkretisiert, dieser wurde letztmalig im Jahr 1985 veröffentlicht und seitdem nicht mehr aktualisiert.

Ein Kern der ULV ist dabei, dass das Bundesheer (gem. Art. 79 B-VG), nach den Grundsätzen eines Milizsystems einzurichten ist. Dies soll sowohl gewährleisten, dass die Verteidigungsfähigkeit mit einem dementsprechenden personellen Mengengerüst unterfüttert, aber auch, dass die Identifikation der Bevölkerung mit seinem Heer gegeben ist. Da vor allem bei kleineren Ländern die Verteidigungsfähigkeit gesamtstaatlich getragen werden muss, um ein authentischens Abschreckungspotential aufzubauen.

Aufgabe des Bundesheeres im Rahmen der ULV ist es als bewaffnete Macht, auf die Anlassfälle Krisen-, Neutralitäts- und Verteidigungsfall vorbereitet zu sein. Als Krisenfall ist hier der Einsatz des Bundesheeres bei niedriger Intensität im Angesicht internationaler Spannungen zu sehen. Neutralitätsfall bedeutet den Einsatz des Bundesheeres zur Verhinderung des Übergreifens eines Konflikts und zum Schutz des Staatsgebietes bei einer kriegerischen Auseinandersetzung in der unmittelbaren Nachbarschaft Österreichs. Er kann auch zur Vorbereitung und Mobilmachung dienen. Der Verteidigungsfall tritt bei einem direkten Angriff auf Österreich ein. Dabei würde die Neutralität automatisch erlöschen.

Nach innen geteilt nach außen geeint – Umfassende Unionsverteidigung

Die ULV könnte dabei als Vorbild, auf Grund des sinkenden Vertrauens in die Beständigkeit sicherheitspolitischer Bündnisse, für eine vertiefte Verteidigungskooperation auf europäischer Ebene dienen. Hierbei wäre zuerst ein Konsens zur politischen Unionsverteidigung herbeizuführen, die ein geschlossenes Auftreten nach außen, als Voraussetzung für jedwede weitere Umsetzung schafft. Dabei ist die Abfolge der Umsetzung analog der clausewitzschen Folgerung zum Verhältnis zwischen Politik und Krieg zu sehen, um die Intensität der gemeinsamen Anstrengungen antizipieren zu können.

„Ist nun das Ziel des kriegerischen Aktes ein Äquivalent für den politischen Zweck, so wird er im Allgemeinen mit diesem heruntergehen, und zwar umso mehr, je mehr dieser Zweck vorherrscht; und so erklärt es sich, wie ohne inneren Widerspruch es Kriege mit allen Graden von Wichtigkeit und Energie geben kann, von dem Vernichtungskrieg hinab bis zur bloßen bewaffneten Beobachtung.“[3]

Daher muss auch zuerst eine Einigung zur politischen Unionsverteidigung herbeigeführt werden, um anschließend, basierend auf ihrer inhaltlichen Determination, eine Zwecksetzung und somit die Art und den Umfang für die militä-

rische abzuleiten. Anher wäre in den Bereichen der geistigen- und wirtschaftlichen Unionsverteidigung die Grundlagen für ein akkordiertes Zusammenwirken der nationalstaatlichen Verteidigungssysteme zu schaffen. Der Grundpfeiler dieser umfassenden Unionsverteidigung müsste eine starke Resilienz und Verteidigungsbereitschaft der einzelnen Mitgliedsstaaten, unbeschadet des verteidigungs- und sicherheitspolitischen Charakters dieser, sein. Die Wiederbelebung der Anstrengungen nach dem Vorbild der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), wie in den 1950er Jahren, ist unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht erfolgversprechend. Hierbei vor allem, weil die Aufgabe der militärischen Autorität einer Abgabe der nationalstaatlichen Souveränität bedeuten würde und auch weil bereits jetzt, wie eingangs beschrieben, eine gesamteuropäische Konsensfindung zur Abwehr von Bedrohungen unwahrscheinlich erscheint. Auch fehlt schlicht die Zeit eine politische Einigung abzuwarten. Wichtiger ist es die Fähigkeiten der europäischen Streitkräfte evolutionär auf den notwendigen Stand zu treiben, um den mittelfristigen Bedrohungsszenarien adäquat begegnen zu können, als zu versuchen sehr risikoreich revolutionär neues und unausgegorenes zu erzwingen.

Der Grundpfeiler dieser umfassenden Unionsverteidigung müsste eine starke Resilienz und Verteidigungsbereitschaft der einzelnen Mitgliedsstaaten, unbeschadet des verteidigungs- und sicherheitspolitischen Charakters dieser, sein.

Zusammenfassung

Die sicherheitspolitische Lage Europas hat sich seit dem russischen Angriff auf die Ukraine dramatisch verändert. Europa sieht sich zunehmend von einem „Ring aus Krisen, Konflikten und Kriegen“ umgeben. Dabei sind die Herausforderungen vielfältig – angefangen bei instabilen Nachbarregionen wie Nordafrika und dem Nahen Osten bis hin zu geopolitischen Spannungen im transatlantischen Verhältnis und deren innereuropäischen Auswirkungen. Für ein rein nationalstaatliches Vorgehen sind diese Herausforderungen überbordend, eine europäische Sichtweise und ein gemeinsames politisches Vorgehen wäre, zum Aufbau eines glaubwürdigen Abschreckungspotenzials durch die Mitgliedsstaaten der EU, zu finden. Zentral sind dabei zwei Punkte: Erstens die Herstellung einer gemeinsamen europäischen Sichtweise auf politischer Ebene und zweitens die Sicherstellung einer nationalstaatlichen und wo erforderlich einer synchronisierten europäischen Resilienz. Dies dient dazu militärische Kapazitäten zur Verteidigung freizuspielen.

Beispielgebend könnte hierbei die umfassende Landesverteidigung (ULV) österreichischer Prägung sein – ein Konzept, das militärische, zivile, wirtschaftliche und geistige Landesverteidigung verbindet. Ziel ist die Verteidigung der staatlichen Souveränität durch abgestimmtes, gesamtstaatliches Handeln.

Die ULV könnte als Modell für eine europäische Unionsverteidigung dienen. Den Verteidigungsüberlegungen wäre jedoch eine politische Einigung voranzustellen, wie von Clausewitz angedeutet: Die Maßnahmen zur Verteidigung können erst von einem politischen Zweck abgeleitet werden. Eine Neuauflage der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) wäre dabei abzulehnen, da eine Abgabe nationaler Souveränität und fehlender europäischer Konsens als problematisch anzusehen ist.

Stattdessen wäre ein evolutionärer, pragmatischer Aufbau europäischer Verteidigungsfähigkeiten vorzusehen, denn die politische Konsensfindung abzuwarten wird die Zeit nicht erlauben.

Zum Autor: Oberstleutnant des Generalstabsdienstes Mag. (FH) Lukas Bachmann, PhD; Leiter des Referats Streitkräfteentwicklung in der Generalstabsabteilung im österreichischen Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) und Autor des Buches „hybride Bedrohungen ein Resilienztest der österreichischen Wehrverfassung“.

Anmerkungen

1 Österreichisches Bundesheer: Trends und Konfliktbild 2030, online: http://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/trends_konfliktbild.pdf [24.04.25].
2 Spannocchi Emil: Verteidigung ohne Selbstzerstörung, Wien: Hanser, 1976. S. 67.
3 Clausewitz, Carl v. (2008): Vom Kriege, Hamburg: Nikol Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. S. 38.

Gedanken zum Bedarf der Schweizer Armee an militärischer Zusammenarbeit und zur Interoperabilität[1]

Claude Meier

Am 29. August 2024 hat die vor einem Jahr vom Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) eingesetzte Studienkommission Sicherheitspolitik ihre Arbeit abgeschlossen und legte einen Bericht mit über 100 Empfehlungen in sieben Bereichen zur künftigen sicherheitspolitischen Ausrichtung der Schweiz vorgelegt. So soll unser Land die Zusammenarbeit mit der NATO und der EU über das bisherige Mass hinaus intensivieren. Es geht darum, diese Zusammenarbeit auf eine gemeinsame Verteidigungsfähigkeit mit diesen Akteuren auszurichten, die auch die Kriegstüchtigkeit der Armee stärkt, damit die Schweiz sicherheitspolitisch weder ein militärisches Vakuum auf dem europäischen Kontinent bildet noch zum blinden Passagier des transatlantischen Bündnisses wird.

Eine überzeugende Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, dass die internationale Kooperation zur Stärkung der Sicherheit aller beiträgt. Jede Kooperation, die die Schweiz in der ordentlichen Lage oder, um eine andere Terminologie zu verwenden, in Friedenszeiten eingeht, stärkt die eigene Verteidigungsfähigkeit und verbessert gleichzeitig die Interoperabilität der Armee.

Was aber bedeutet Interoperabilität in der Praxis?

Interoperabilität

Grundsätzlich definiert die NATO Interoperabilität als „die Fähigkeit, bei der Erfüllung zugewiesener Aufgaben synergetisch zusammenzuarbeiten". Es handelt sich also um die Fähigkeit, durch die Kompatibilität von Organisationen, Doktrinen, (Einsatz-)Verfahren, Ausrüstung und ihren jeweiligen Beziehungen gemeinsam zu operieren, um taktische, operative und strategische Ziele zu erreichen. Mit anderen Worten: Interoperabilität trägt dazu bei, dass alle Teile einer militärischen Operation ineinandergreifen und reibungslos funktionieren.[2] Interoperabilität ist von entscheidender Bedeutung für jede militärische Zusammenarbeit; sie ist sogar ihr Grundstein. In diesem Zusammenhang ist es interessant zu erwähnen, dass die NATO seit ihrer Gründung im Jahr 1949 stets bestrebt war, die Fähigkeit ihrer Streitkräfte zur Zusammenarbeit zu verbessern und damit ihre operative Effizienz zu steigern. Dieses Streben nach

Interoperabilität beschränkt sich nicht nur auf Verbündete, sondern erstreckt sich auch auf gleichgesinnte Partner mit ähnlichen Interessen und Ansichten wie das Bündnis.[3]

Für die Schweizer Armee lässt sich daraus ableiten, dass ein minimaler oder ausreichender Grad an Interoperabilität günstige Voraussetzungen schafft, um gegebenenfalls mit Partnerarmeen kooperieren zu können und sicherzustellen, dass einer politisch gewünschten und strategisch notwendigen Zusammenarbeit keine technischen, organisatorischen oder prozeduralen Hindernisse im Wege stehen. Wie der Bundesrat im Zusatzbericht zum Sicherheitspolitischen Bericht 2021 zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine festhält, geht der Bedarf an Interoperabilität über friedensfördernde Einsätze hinaus und umfasst auch die Abwehr eines bewaffneten Angriffs.[4] In einem solchen Szenario muss die Schweiz zunächst in der Lage sein, sich alleine zu verteidigen und den Eintritt in eine Koalition mit einem oder mehreren potenziellen Verbündeten, mit denen die Verteidigung gemeinsam erfolgen könnte, so lange wie möglich hinauszuzögern, sich aber diese Option für den Fall einer existenziellen Bedrohung der nationalen Sicherheit offen zu halten. Sollte die Schweiz eines Tages militärisch angegriffen werden, entfallen die Verpflichtungen aus dem Neutralitätsstatus, und sie befindet sich dann in der Situation eines klassischen kriegführenden Staates, der das Recht hat, mit wem auch immer militärische Zweckbündnisse einzugehen.[5] Dies setzt allerdings voraus, dass die jeweiligen Streitkräfte in der Lage sind, gemeinsam zu operieren. Es geht also darum, dass die Schweizer Armee bereits in Friedenszeiten in der Lage ist, wenn es die Lage erfordert, mit anderen Streitkräften zu kommunizieren und zu operieren, dass sie sich gegenseitig wirksam unterstützen können und dass auch die gemeinsame Nutzung ihrer jeweiligen Infrastrukturen und Stützpunkte möglich ist.

Zu diesem Zweck hat die NATO mehrere Initiativen ins Leben gerufen, die darauf abzielen, eine ausreichende Fähigkeit zur militärischen Zusammenarbeit in vier Dimensionen zu entwickeln: auf technischer Ebene (einschliesslich Material, Ausrüstung, Waffen und Systeme sowie Logistik), auf prozeduraler Ebene (einschliesslich Militärdoktrin und Einsatzverfahren), auf persönlicher und kultureller Ebene (einschliesslich Terminologie, Ausbildung und Training) und auf informationstechnischer Ebene (als Querschnittsbereich).[6]

Für die NATO soll die Interoperabilität dazu beitragen, gewisse Doppelspurigkeiten abzubauen, Ressourcen zu bündeln und Synergien zwischen allen Bündnisstaaten und, wo immer möglich, auch mit Partnerstaaten zu schaffen. Denn

der gemeinsame Einsatz von Streitkräften unterschiedlicher Herkunft ist für das Bündnis von besonderer Bedeutung. Durch die Stärkung der Verbindungen zur Rüstungsindustrie bzw. zur sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis (STIB) und durch die weitestgehende Verwendung offener Standards will die NATO die Interoperabilität zu einem Faktor machen, der die Stärke der Streitkräfte vervielfacht, während gleichzeitig bestimmte Freiheiten ihrer Mitglieder respektiert werden. In gewisser Weise geht es um Zusammenarbeit in der Vielfalt. Interoperable Lösungen können nur durch die systematische Anwendung von Normen (Standardisierung), die Förderung der Ausbildung, des Trainings und der Teilnahme an Übungen auf allen Ebenen – auch und insbesondere im multinationalen Kontext –, die Förderung des Erfahrungsaustausches und die systematische Analyse von Demonstrationen, Evaluierungen und Tests erreicht werden. Darüber hinaus wird Interoperabilität auch durch den Faktor Mensch gestärkt, indem der Austausch zwischen den Angehörigen der verschiedenen Armeen auf allen Ebenen, vom Soldaten, dem Unteroffizierskorps, den unteren Offizieren bis hin zu den höheren Stabsoffizieren und den Stäben, gepflegt wird.

Für die Schweiz soll die Interoperabilität die operationelle Effizienz und die Verteidigungsfähigkeit erhöhen. Denn im Konfliktfall hätte die Schweiz nach einer zeitlich nicht definierten Anfangsphase und einer ersten Phase der autonomen Verteidigung aus rechtlicher Sicht auch die Möglichkeit, sich gemeinsam mit einem oder mehreren potenziellen Verbündeten zu verteidigen. Es geht also einerseits darum, für eine gewisse Zeit autonom und robust handeln zu können, andererseits aber auch darum, im Bedarfsfall kooperieren zu können. Mit anderen Worten: Wenn die Armee die Fähigkeit erhält, mit anderen Streitkräften zusammenzuarbeiten, erhält die Schweiz eine weitere Möglichkeit, um die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Eine Verteidigung, die ausschliesslich auf autonomen Fähigkeiten beruht, ist heute unrealistisch. Eine angemessene Interoperabilität soll der politischen Führung die grösstmögliche Handlungsfreiheit verschaffen, um im Falle einer Aggression, wenn nötig und wenn es die Lage erfordert, über echte militärische Kooperationsoptionen zu verfügen. Denn im Falle eines bewaffneten Angriffs durch einen Drittstaat gelten die mit der Neutralität verbundenen rechtlichen Verpflichtungen nicht oder nicht mehr. In einem solchen Fall und in Überein-

Was gemeinhin als „day zero interoperability" bezeichnet wird, bedeutet nichts anderes, als dass man vom ersten Tag einer gemeinsamen militärischen Aktion an mit allen seinen potenziellen Partnern reibungslos zusammenarbeitet. Dies ist eine Frage der operationellen Effektivität.

stimmung mit der Charta der Vereinten Nationen ist der neutrale Staat, der Gegenstand eines bewaffneten Angriffs ist, von den mit der Neutralität verbundenen Verpflichtungen entbunden, und er hat wie jeder andere Staat das Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung. Es steht ihm dann frei, welche Massnahmen er zu seiner Verteidigung ergreifen will, auch in Zusammenarbeit mit anderen Staaten, um sich gegenseitig zu unterstützen, zu verstärken oder sogar eine gemeinsame Verteidigung zu gewährleisten.[7] Für eine effektive militärische Zusammenarbeit sind jedoch gemeinsame Ausbildungen und Trainings im Vorfeld jedoch unerlässlich und Voraussetzung. Es geht also darum, das reibungslose Funktionieren einer solchen Zusammenarbeit von Anfang an sicherzustellen. Was gemeinhin als „day zero interoperability" bezeichnet wird, bedeutet nichts anderes, als dass man vom ersten Tag einer gemeinsamen militärischen Aktion an mit allen seinen potenziellen Partnern reibungslos zusammenarbeitet. Dies ist eine Frage der operationellen Effektivität.

Konkret geht es vor allem um eine ausreichende technische Kompatibilität (einschliesslich Material, Ausrüstung, Waffen und Systeme sowie Logistik), die Harmonisierung von (Einsatz-)Verfahren (einschliesslich bestimmter doktrineller Elemente und Verfahren für die Planung und Durchführung militärischer Aktionen) und die Stärkung des gegenseitigen Verständnisses (einschliesslich Sprache, Terminologie und Ausbildung). Die Streitkräfte der Bündnisstaaten haben durch jahrzehntelange gemeinsame oder koordinierte Streitkräfteplanung und -entwicklung, Operationsführung, Ausbildung, Training und gemeinsame Übungen einen hohen Grad an Interoperabilität erreicht. Sie haben diese Interoperabilität auch im Einsatz unter Beweis gestellt und in gemeinsamen militärischen Operationen auf dem Balkan, in Afghanistan, im Mittelmeerraum, in Libyen und anderswo weiter ausgebaut. Die aus diesen Erfahrungen gezogenen Lehren haben es auch den Partnerländern ermöglicht, nicht nur ihre Interoperabilität mit dem Bündnis, sondern auch ihre Verteidigungsfähigkeit weiterzuentwickeln und zu verbessern. Dies gilt insbesondere für Finnland und Schweden, deren Beitritt zur NATO dadurch erheblich erleichtert wurde.[8]

Was die Interoperabilität von Systemen und Ausrüstung betrifft, so muss diese den Standardisierungsanforderungen des Bündnisses entsprechen und gleichzeitig erschwingliche Beschaffungs- und Betriebskosten ermöglichen. Interoperabilität erfordert nicht notwendigerweise eine gemeinsame militärische Ausrüstung. Entscheidend ist, dass die Systeme in gemeinsamen Einrichtungen und Anlagen eingesetzt werden können, dass sie mit anderen Systemen inter-

agieren, vernetzt werden, kommunizieren und Daten und Dienste austauschen können. Daher sollten bei der Beschaffung oder Modernisierung von Ausrüstung immer auch die Anforderungen an die Interoperabilität berücksichtigt werden, indem versucht wird, diese mit etablierten Normen und Standards – insbesondere der NATO – kompatibel zu machen oder sogar an diese anzugleichen, um sie in multinationalen Einsätzen nutzen zu können.

Der Chef der Schweizer Armee, Korpskommandant Thomas Süssli, empfängt Admiral Rob Bauer, den Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses (Chairman of the NATO Military Committee's), 2023 zu Gesprächen in der Schweiz. (Quelle: VBS)

Der Erfolg militärischer Operationen hängt heute in hohem Masse vom reibungslosen Funktionieren und der Koordination der Kräfte und Mittel sowie von der wirksamen Zusammenarbeit zwischen den Teilstreitkräften und Dienststellen sowohl auf streitkräftegemeinsamer als auch auf multinationaler Ebene ab. In diesem Zusammenhang ist die Interoperabilität ein entscheidender Faktor, der als zentraler Hebel bei der Ausübung militärischer Gewalt anerkannt werden muss. Um dies zu erreichen, müssen Streitkräfte in der Lage sein, effektiv und effizient miteinander zu kommunizieren, zu operieren und sich gegenseitig zu unterstützen.

Effektive Kommunikationsfähigkeit bedeutet im Wesentlichen, drei Arten von Anforderungen zu erfüllen, die sich gegenseitig beeinflussen: zwischenmenschliche Beziehungen, (Einsatz-)Verfahren und Kommunikationsausrüstung. Die Fähigkeit, einander zu verstehen, setzt voraus, dass man die gleiche Sprache spricht, den jeweiligen kulturellen und militärischen Kontext kennt und die zugrunde liegenden Konzepte und die Terminologie in gleicher Weise versteht. Anerkannte Verfahren sind eine Grundvoraussetzung für die Zusammenarbeit. Schliesslich sind moderne und interoperable Koordinations-, Führungs-, Kontroll-, Kommunikations- und Informationssysteme unerlässlich, um die für die heutigen Militäroperationen erforderliche Einsatzgeschwindigkeit zu erreichen und aufrechtzuerhalten.

In der Lage zu sein, gemeinsame Operationen durchzuführen, bedeutet, dass streitkräfteübergreifende und multinationale Aktionen geplant, vorbereitet und durchgeführt werden können. Diese Fähigkeit, gemeinsam zu operieren,

hängt von einem gemeinsamen Verständnis der Fähigkeiten und der Grenzen aller beteiligten Streitkräfte ab, unabhängig davon, ob es sich um Kampf-, Kampfunterstützungs- oder Unterstützungskräfte handelt, sowie von den Gemeinsamkeiten und Unterschieden ihrer Doktrinen, Taktiken und (Einsatz-) Verfahren.

Die gegenseitige Unterstützung der Streitkräfte setzt koordinierte (Einsatz-) Verfahren, eine ausreichende Standardisierung der Ausrüstung und die Befähigung voraus, eigene Fähigkeiten zur Unterstützung anderer Streitkräfte oder Einheiten bereitzustellen.

Ausbildung, Training und Übungen

Alle oben genannten Aspekte der Interoperabilität würden in einem teilstreitkräfteübergreifenden und multinationalen Umfeld nicht funktionieren, wenn sie nicht regelmäßig in Ausbildung und Übungen praktiziert und erprobt würden. Dazu gehören harmonisierte Ausbildung und gemeinsames Training, aber auch die Organisation und Durchführung gemeinsamer Übungen, sowohl im Kleinen als auch im grossen Massstab. Obwohl sie selbst keine Interoperabilitätsziele darstellen, sind Ausbildung, Training und die Teilnahme an Übungen wesentliche Elemente, um Interoperabilitätsziele zu erreichen und sowohl die Verfügbarkeit als auch die operationelle Effizienz zu verbessern. Ausbildung, Training und die Durchführung gemeinsamer Übungen ermöglichen es, den Grad der Interoperabilität und damit die Einsatzbereitschaft und die operationelle Wirksamkeit in verschiedenen Bereichen zu überprüfen. Sie ermöglichen es auch, die Abschreckungs-, Handlungs- und Verteidigungsfähigkeit der Armee aufzuzeigen und gegebenenfalls zu verbessern. Ziel ist es, die Einsatzwirksamkeit der jeweiligen Streitkräfte im Vorfeld von Krisen und gemeinsamen militärischen Aktionen zu erhöhen, um einen möglichst hohen Bereitschaftsgrad zu erreichen. Dabei geht es um die Überprüfung der Einsatzbereitschaft, die Weiterentwicklung von Einsatzkonzepten, die Bewertung neuer Ausrüstung und Technologien, aber auch um die Verbesserung von Führung und Kontrolle. Diese Aktivitäten dienen unterschiedlichen Zielen, die von der technischen oder taktischen Ebene bis hin zur strategischen oder politischen Ebene reichen. Während militärische Übungen auf technischer und taktischer Ebene dazu dienen, operationelle Fähigkeiten zu entwickeln und zu beherrschen, können andere Arten von Übungen auch eher strategische Ziele verfolgen und versuchen, Botschaften oder Signale an die eigenen Truppen, die Bevölkerung oder fremde Staaten und an die Öffentlichkeit zu senden. Ein gutes Beispiel für

eine solche strategisch ausgerichtete Übung war STEADFAST DEFENDER 2024, die von Januar bis Mai von der NATO durchgeführt wurde und an der rund 90 000 Angehörige verschiedener Streitkräfte teilnahmen. Ziel war es, die Bereitschaft des Bündnisses für ein grosses Krisenszenario nach Artikel 5 zu demonstrieren und die konventionelle Abschreckung an der Ostflanke Europas zu stärken.[9]

Für den Wissens- und Erfahrungsaustausch nutzt die Schweizer Armee hauptsächlich die NATO-Partnerschaft für den Frieden und deren Instrumente (Übungen, Kurse, Arbeitsgruppen), in deren Rahmen jede Partnernation bilateral mit der Allianz frei festlegt, in welchen Bereichen es zusammenarbeiten will.[10] Auf diese Weise profitiert sie vom Know-how der Partner, von deren Kenntnissen über Militärdoktrin und Einsatzverfahren sowie über die materiellen, ausbildungstechnischen, personellen und organisatorischen Anforderungen an die Durchführung militärischer Operationen. Die Partnerschaft ist nicht nur für die Berufskomponente der Armee und jene Verbände wichtig, die in der Lage sein müssen, auf internationaler Ebene kurzfristig zu kooperieren – namentlich die Luftwaffe, die Spezialkräfte, das Kommando Cyber oder SWISSINT –, sondern auch für die anderen, namentlich das Heer und die Miliz. Darüber hinaus ist sie das zentrale Instrument zur Verbesserung der operationellen Effizienz, der Bereitschaft und der Verteidigungsfähigkeit und hat auch einen nicht zu vernachlässigenden Abschreckungswert. Während bei einigen militärischen Aktivitäten taktische und technische Ziele im Vordergrund stehen, ist es bei anderen das Erzielen einer strategischen oder kommunikativen Wirkung. Die Organisation und Durchführung von Übungen aller Art dient der Verbesserung der operationellen Fähigkeiten und der Erhöhung der Kampfbereitschaft der Verbände. Die Demonstration der eigenen Einsatzfähigkeit einer Armee und der Leistungsfähigkeit ihrer Angehörigen ermöglicht es, kohärente Signale hinsichtlich der Einsatzbereitschaft, des nationalen Zusammenhalts und des Verteidigungswillens auszusenden.

Die Demonstration der eigenen Einsatzfähigkeit einer Armee und der Leistungsfähigkeit ihrer Angehörigen ermöglicht es, kohärente Signale hinsichtlich der Einsatzbereitschaft, des nationalen Zusammenhalts und des Verteidigungswillens auszusenden.

In Bezug auf die Teilnahme an Übungen im internationalen Kontext und an Ausbildungen im Ausland ist daran zu erinnern und zu betonen, dass gewisse Auflagen im Zusammenhang mit dem schweizerischen Umfeld[11] die Trai-

ningsmöglichkeiten im gesamten Einsatzspektrum der Armee, d.h. sowohl für Aktionen mit hoher Intensität als auch für solche niedriger Intensität, stark einschränken. Eine ausreichende Verteidigungsfähigkeit setzt voraus, dass die Angehörigen der Armee auch auf Einsätze mit hoher Intensität vorbereitet sind.

Luftwaffe

Die internationale Ausbildungszusammenarbeit ist für die Luftwaffe bereits heute Realität und ein wesentliches Element zur Weiterentwicklung der eigenen Fähigkeiten.[12] Würde die Luftwaffe nur in der Schweiz trainieren, könnte sie ihr Potenzial aufgrund von Auflagen, insbesondere zur Reduktion der Lärmbelastung durch den militärischen Flugbetrieb, nicht voll ausschöpfen. Die Luftwaffe ist deshalb bestrebt, beispielsweise das fehlende Nachtflugtraining nach Möglichkeit durch Trainingskampagnen im Ausland zu kompensieren. Auch das Verbot von Überschall- und Tiefflügen im Luftkampf in der Schweiz führt dazu, dass solche Einsätze ins Ausland verlegt werden, wo oft Trainingsbedingungen herrschen, die in der Schweiz in Friedenszeiten nicht vorhanden sind. Diese beiden Beispiele zeigen deutlich, dass die Luftwaffe einerseits im Ausland trainieren können muss, weil sie sonst ihren Verteidigungsauftrag schlicht nicht erfüllen könnte, und dass andererseits die in den letzten 25 bis 30 Jahren entwickelte Interoperabilität bereits einen hohen Stand erreicht hat.

Die Ausbildungsmodule der Luftwaffe im Ausland lassen sich grundsätzlich in drei Kategorien einteilen. An erster Stelle stehen diejenigen, die der Sicherstellung der Grund- bzw. Einsatzbereitschaft der Luftwaffe dienen. Dazu gehören die regelmäßigen Nachtflugtrainingsmodule, die von 1998 bis 2015 auf der Ørland Air Base in Norwegen (NIGHTWAY[13]), 2017 und 2018 auf der Lossiemouth Air Base im Norden Schottlands (SCOTNIGHT[14]) und ab 2020 in Leeming in der Grafschaft North Yorkshire in Grossbritannien (YORKNIGHT[15]) stattgefunden haben. Solche Kampagnen decken rund die Hälfte des jährlichen Nacht- und Tiefflugtrainings der Schweizer Kampfpiloten ab. Durch das intensive Training werden nicht nur die Grundlagen des nächtlichen Luftpolizeidienstes geübt, sondern auch das Wissen und die Taktik für Nachteinsätze im Bereich der Luftverteidigung vertieft und gefestigt. Da Nachteinsätze in den heutigen Konflikten zunehmend an Bedeutung gewinnen, ist die Fähigkeit zu solchen Einsätzen ein wesentliches Element für die Entwicklung und den Erhalt einer ausreichenden Verteidigungsfähigkeit.

Die zweite Kategorie von Ausbildungsmodulen umfasst bilaterale Trainingskampagnen, vor allem mit den Nachbarländern der Schweiz. Dabei handelt es sich um Übungen, die in unregelmässigen Abständen durchgeführt werden, um die Zusammenarbeit mit Partnern bei komplexen gemeinsamen Luftkampftrainings zu verbessern oder um Luftkampftrainings mit unterschiedlichen Flugzeugtypen zu ermöglichen (DACT, Dissimilar Air Combat Training). Mit solchen Übungen können umfassende Luftverteidigungsszenarien trainiert werden, die in der Schweiz aufgrund der oben erwähnten Einschränkungen nicht durchführbar sind. Es ist denkbar, dass die Schweizer Kampfflugzeuge von einem Schweizer Stützpunkt aus an der Übung teilnehmen und nach deren Abschluss ohne Zwischenlandung im Ausland in die Schweiz zurückkehren. In anderen Fällen sind alle Teilnehmer für die gesamte Dauer der Übung auf einer gemeinsamen Basis stationiert – in der Schweiz oder im Ausland. Ziel dieser Übungen ist es, taktische Fähigkeiten zu entwickeln und den Erfahrungsaustausch zwischen den Besatzungen sowohl von Kampfflugzeugen als auch von Helikoptern zu fördern. Sie dienen auch dazu, die eigenen Fähigkeiten zu verbessern, von Partnern zu lernen und Leistungen zu vergleichen (Benchmarking), was auch eine abschreckende Wirkung hat. Beispiele dieser Kategorie sind die Übung EPERVIER[16], die seit vielen Jahren mit Frankreich durchgeführt wird, oder, in jüngerer Zeit, die Übung SIFEX[17], die vom 9. bis 20. September 2024 mit dem 51°Stormo vom Stützpunkt Istrana in Italien aus durchgeführt wurde.

Die letzte Kategorie umfasst multinationale Übungen. Sie dienen der Ausbildung von Piloten für grosse, komplexe Missionen in einem streitkräftegemeinsamen und internationalen Umfeld, in dem sie mit einer Vielzahl von Szenarien, auch solcher mit hoher Intensität, konfrontiert werden können. Aktuelle Beispiele sind die Übungen TLP[18] (Tactical Leadership Program zur Ausbildung von Missionsleitern), NTM[19] (NATO Tiger Meet), ACE (Arctic Challenge Exercise, gemeinsam mit Norwegen, Schweden und Finnland) oder HOT BLADE[20] (eine spezielle Übung für die fortgeschrittene Ausbildung von Helikopterpiloten und -besatzungen).

Die regelmässige Teilnahme an multinationalen Übungen und Ausbildungen der oben dargestellten dritten Kategorie ist eine wesentliche Voraussetzung für die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Armee. Aus diesen Übungen können wertvolle Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der Fähigkeiten der Armee gewonnen werden, die, sofern sie für die Schweiz von Interesse sind, in die Ausbildungs- und Beschaffungsüberlegungen einfliessen können. Dies war bei-

spielsweise bei der Einführung des Waffensystems F/A-18C/D HORNET der Fall, wo die operationellen Fähigkeiten der Schweizer Luftwaffe nicht im Alleingang, sondern in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern wesentlich schneller, effizienter und zielgerichteter entwickelt und gestärkt werden konnten. Durch die regelmässige Teilnahme an internationalen Übungen und Einsätzen konnte die Luftwaffe viele Erkenntnisse gewinnen, die für die Weiterentwicklung der Streitkräfte und die Aufrechterhaltung einer der aktuellen Sicherheitslage angepassten Bereitschaft und Verfügbarkeit von Bedeutung sind. Darüber hinaus hat sie wesentlich dazu beigetragen, ein international anerkanntes Ausbildungs- und Trainingsniveau im Bereich der Luftoperationen zu erreichen, das als solches auch eine gewisse dissuasive Wirkung für die Armee als Ganzes erzeugt. Um die operationellen Fähigkeiten der Luftwaffe weiterzuentwickeln und ihre Einsatzbereitschaft zu erhalten, ist es sinnvoll, die regelmässige Zusammenarbeit mit Partnerluftwaffen, insbesondere der NATO und der Partnerschaft für den Frieden, fortzusetzen. Damit kann die Verteidigungsfähigkeit der Armee rascher gestärkt und gleichzeitig die Handlungsfreiheit der politischen Führung sichergestellt werden.

Um die operationellen Fähigkeiten der Luftwaffe weiterzuentwickeln und ihre Einsatzbereitschaft zu erhalten, ist es sinnvoll, die regelmässige Zusammenarbeit mit Partnerluftwaffen, insbesondere der NATO und der Partnerschaft für den Frieden, fortzusetzen.

Heer

Für das Heer stellt sich die Problematik ähnlich wie bei der Luftwaffe. Unbestritten ist, dass die Schiess- und Übungsplätze in der Schweiz klein dimensioniert sind, was es dem Heer nicht – oder nur ungenügend – erlaubt, regelmässig das ganze Spektrum zu trainieren und damit genügend Manövererfahrung auf den Stufen Truppenkörper und Grosser Verband zu sammeln, die im Konfliktfall relevant wären (Bataillon, Brigade oder grösser). Die Schweiz verfügt über kein genügend grosses Gelände, um den Feuer- und Bewegungseinsatz mit mechanisierten Kampfverbänden ab Bataillonsgrösse zu trainieren. Auf dem Waffenplatz Bure, der immerhin der grösste der Schweiz ist, erreichen die mechanisierten Kräfte rasch eine räumliche Sättigung. Zudem sind die Möglichkeiten für Gefechtsübungen im urbanen Raum in der Schweiz beschränkt. Die bestehenden Anlagen in Walenstadt, St. Luzisteig und Nalé (auf dem Waffenplatz Bure) erlauben nur die Übung von maximal einer verstärkten Kompanie. Eine Erweiterung dieser Standorte wäre notwendig, doch angesichts der Kosten und des Zeitaufwands, die eine solche Einrichtung erfordern würde, ist ihre Machbarkeit fraglich.

In der Zwischenzeit wird die Schweizer Armee auf Übungsplätze im Ausland angewiesen sein, um Trainings in grösserem Umfang durchführen, taktische Erkenntnisse gewinnen und ihre Verteidigungsfähigkeit stärken zu können. Zu diesem Zweck führte das Heer 2025 mit der Übung TRIAS 25[21] auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig[22] in Österreich erstmals seit 2003 wieder ein Ausbildungsmodul im Ausland durch. Eine der grössten Herausforderungen bei der Planung besteht darin, dass die Armee nach geltendem Recht Milizangehörige nicht zu Wiederholungskursen im Ausland verpflichten kann. Daher wird die eingesetzte Truppe aus Freiwilligen bestehen. Der Truppenübungsplatz Allentsteig hat eine Fläche von 15 700 ha. Seine West-Ost-Länge beträgt knapp 22 km und seine Nord-Süd-Breite 13 km. Er ist der grösste Truppenübungsplatz Österreichs und in seinen Dimensionen nicht mit den Übungsplätzen in der Schweiz vergleichbar. Hier kann das Gefecht der verbundenen Waffen bis zur Grösse einer verstärkten mechanisierten Brigade geübt werden. Selbst das Gefechtsschiessen mit einem Verband dieser Größe ist möglich. Zudem können Einsätze im urbanen Raum bis auf Bataillonsebene trainiert werden.[23]

Auch für das Heer ist die internationale Zusammenarbeit zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee von besonderer Bedeutung.

Auch für das Heer ist die internationale Zusammenarbeit zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee von besonderer Bedeutung. Es geht darum, günstige Voraussetzungen zu schaffen, um die Verteidigung im Ernstfall üben zu können. Da Manöver dieser Grössenordnung in der Schweiz, insbesondere in überbautem Gebiet, nicht durchführbar sind, ist die Zusammenarbeit mit einem benachbarten Partnerstaat, der die notwendigen Voraussetzungen erfüllen kann und bereit ist, schweizerische Verbände auf seinem Territorium aufzunehmen, eine logische und naheliegende Lösung. Solche Übungen sind zwingend, damit die Schweizer Armee ihren verfassungsmässigen Hauptauftrag, die Landesverteidigung, korrekt erfüllen kann.

Spezialkräfte und Cyberabwehr

Bei den Spezialkräften und der Cyberabwehr sind die Anforderungen an die Interoperabilität und an die internationale Zusammenarbeit sehr ähnlich, wenn nicht sogar identisch. Damit es möglich ist, dass die Elitesoldaten der Armee – die Angehörigen des Armee-Aufklärungsdetachements 10 (AAD-10)[24] – im Ausland zur Rückführung von Schweizer Staatsangehörigen einge-

setzt werden können, wie dies im Sommer 2021 in Afghanistan oder im Februar 2022 in Kiew der Fall war, sind vorgängige, gemeinsame Trainings mit ähnlichen Diensten anderer Länder unerlässlich.[25] Auch um sicherzustellen, dass die Cyberspezialisten der Armee bei der Erkennung und der Abwehr von Angriffen auf dem neusten Stand bleiben, sind Alleingänge nicht mehr möglich. Die regelmässige Teilnahme an gemeinsamen Übungen wie LOCKED SHIELDS ist unumgänglich und sollte daher unbedingt fortgesetzt werden.[26]

Divisionär Peter Wanner, Militärischer Vertreter bei der NATO/EU in Brüssel, besucht 2023 die Schweizer Teilnehmenden der Cyber-Übung LOCKED SHIELDS in Tallinn (Quelle: VBS).

Höhere militärische Ausbildung an Militärschulen und Akademien im Ausland

Die Laufbahn jedes militärischen Kaders ist von den ersten Ausbildungsstufen an als kontinuierlicher und fortschreitender Entwicklungsprozess zu verstehen. So muss sich der militärische Führer auf jeder Stufe seiner Laufbahn auf die nächste Stufe vorbereiten. Die Verantwortung für die Durchführung der militärischen Ausbildung ist dreifach: die Ausbildung auf jeder Führungsstufe durch die Institution, die Ausbildung durch jeden Kommandanten und seinen Stab und die persönliche Weiterausbildung jedes Einzelnen.

Dies gilt auch für die Ausbildung im internationalen Bereich. Damit die politischen Behörden ihre Handlungsfreiheit bewahren können, ist es unerlässlich, dass die Armeeangehörigen – und insbesondere die Kader – in der Lage sind, gegebenenfalls gemeinsame Operationen zu planen und durchzuführen. Eine adäquate Weiterbildung der Kader im internationalen Umfeld und im Ausland ist daher relevant und ermöglicht es, einen ausreichenden Grad an Interoperabilität zu erreichen und zu erhalten. Bisher wurden unterschiedliche Ansätze verfolgt. Zum einen wird für ausgewählte Kader die Ausbildung in der Schweiz durch eine Ausbildung an einer hochrangigen militärischen Institution (z.B. an der École de Guerre[27] in Paris oder an der Führungsakademie in Hamburg) ergänzt, mit dem Ziel, die höheren Offiziere auf die Übernahme hoher Stabs- und Führungsverantwortung vorzubereiten. Diese Art des Auslandspraktikums ermöglicht es den entsandten Soldaten, die Arbeitsweise anderer Armeen kennen zu lernen und mit Soldaten in Kontakt zu treten, die bereits an Einsätzen teilgenommen haben. Dies ist sowohl für den Einzelnen als auch für das

System eine unschätzbare Bereicherung und ermöglicht wertvolle Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der Schweizer Armee. Zudem bieten diese Auslandspraktika die Möglichkeit, ein internationales Kontaktnetz aufzubauen, das für die weitere Karriere nützlich ist und von dem die Institution als Ganzes profitieren kann.

Eine adäquate Weiterbildung der Kader im internationalen Umfeld und im Ausland ist daher relevant und ermöglicht es, einen ausreichenden Grad an Interoperabilität zu erreichen und zu erhalten.

Schweizer Armeeangehörige haben in der Vergangenheit mehr oder weniger regelmässig an Stabsübungen auf internationaler Ebene teilgenommen. Dabei ging es darum, in zum Teil gross angelegten Übungen die Arbeitsweise anderer Armeen kennen zu lernen und sich in der Planung und Führung von Operationen weiterzubilden. Sehr positive Erfahrungen wurden unter anderem mit Schweden im Rahmen der Übungsserie VIKING[28] gemacht. Es ist jedoch wichtig, nicht nur Szenarien niedriger Intensität zu üben, sondern sich auch mit einsatznahen Szenarien hoher Intensität auseinanderzusetzen. Die in einem multinationalen Umfeld gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse hinsichtlich Stabsarbeit, Planung und Führung in realitätsnahen Einsatzszenarien ermöglichen ein besseres Verständnis für die zukünftigen Herausforderungen im Einsatzumfeld und auf dem Gefechtsfeld.

Merkmal der internationalen Beziehungen und Schlüsselelement der militärischen Zusammenarbeit ist der Grundsatz der Gegenseitigkeit. Alles ist eine Frage der Ausgewogenheit. Um die Vorteile der Zusammenarbeit nutzen zu können, muss ein Staat auch in der Lage sein, den Partnern attraktive Gegenleistungen anzubieten. So kann die Schweiz anderen Armeen Ausbildungskurse und -seminare anbieten, Ausbildungsinfrastrukturen zur Verfügung stellen und ihr spezifisches Fachwissen einbringen, wie zum Beispiel Panzer- und Helikoptersimulatoren oder Ausbildung im Hochgebirge.[29] In diesem Zusammenhang wurde für die Ausbildung der militärischen Kader die Höhere Kaderausbildung der Armee (HKA) von der NATO als militärisches Kaderausbildungszentrum akkreditiert, was bedeutet, dass die angebotenen Lehrgänge ein Qualitätssiegel erhalten, das ihnen bescheinigt, dass sie den NATO-Standards entsprechen.[30] Beispielsweise bietet die Berufsunteroffiziersschule der Armee (BUSA) Führungslehrgänge für Unteroffiziere aus Partnernationen an.[31]

Arbeitsgruppen und Ausschüsse der NATO

Im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden ermöglicht die Vertretung der Schweiz in Arbeitsgruppen und Ausschüssen der NATO der Armee, mit der raschen Entwicklung der doktrinellen Parameter und Einsatzverfahren Schritt zu halten. Zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit ist es unter anderem notwendig, das technische und taktische Wissen zur Operationsführung auf allen Führungsstufen auf dem neuesten Stand zu halten. Durch den Abgleich mit den Entwicklungen in den NATO-Publikationen können die Einsatzverfahren auf einfache Weise ständig aktualisiert werden. Zudem erhält die Armee einen guten Einblick in die Streitkräfteentwicklung der NATO und ist so in der Lage, relevante Elemente abzuleiten und in die eigene Streitkräfteplanung zu integrieren.

Verteidigungsattachés, Militärvertreter und Verbindungsoffiziere

Die Bereitschaft zum Informationsaustausch ist ein Zeichen von Vertrauen. Dieses kann nur durch dauerhafte, wiederholte und gegenseitige Kontakte aufgebaut und erhalten werden. Es gilt deshalb, ein starkes und verlässliches Netzwerk aufzubauen und zu pflegen, das den sicherheitspolitischen Bedürfnissen der Schweiz und ihrer Armee entspricht und ihre bilateralen und multilateralen Interessen vertritt und wahrt. Zu diesem Zweck verfügt die Armee über ein Netz von Vertretern, das Verteidigungsattachés, Verbindungsoffiziere und Militärberater umfasst.[32] Dieses Netz ist in die Schweizer Vertretungen in rund 60 Ländern sowie in die fünf multilateralen Organisationen UNO, OSZE, NATO, EU und Afrikanische Union integriert. Diese Vertreter stellen de facto ein diplomatisches Instrument für die Armee dar und fungieren als Vermittler vor Ort, durch die eine internationale militärische Zusammenarbeit initiiert, entwickelt und fortgesetzt werden kann. In Krisensituationen sind sie in der Lage, die Absichten ihrer Akkreditierungsländer zu erkunden, mögliche Folgen für die Schweiz abzuschätzen, die Interessen der Schweiz zu vertreten und auf gegenläufige Entwicklungen aufmerksam zu machen.[33] Mit anderen Worten: Diese Vertreterinnen und Vertreter sind die Augen, Ohren und der Mund der Schweizer Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Ausland. In der gegenwärtigen geopolitischen Lage ermöglichen sie es, den militärischen Kanal zu nutzen, um zur Vertrauensbildung beizutragen und die Berücksichtigung der Interessen der Schweiz in den verschiedenen multilateralen Organisationen sowie bei unseren Partnern zu fördern. Sie sind heute ein unverzichtbares Element der schweizerischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Schlussfolgerung

Bereits im Neutralitätsbericht von 1993 hat die Schweiz die Bedeutung der militärischen Zusammenarbeit und der Interoperabilität erkannt, die nach dem 24. Februar 2022 unbestreitbar an Bedeutung gewonnen haben. Die Friedensdividende ist aufgebraucht, die Sicherheitslage der letzten 30 Jahre ist vorbei und die aktuelle geopolitische Realität zwingt dazu, die Ausrichtung zu überdenken und die Bereiche der militärischen Zusammenarbeit zu präzisieren. Diese muss sich klar auf die Verteidigung konzentrieren. Sollte die Schweiz direkt von einem militärischen Konflikt betroffen sein, wäre die Neutralität hinfällig und es stünde dem Land frei, seine Verteidigung in Zusammenarbeit mit Partnern sicherzustellen. Das Bekenntnis zur frei gewählten Neutralität darf die Schweiz also nicht daran hindern, die notwendigen Vorkehrungen für ihre Verteidigung zu treffen, um neuen Bedrohungen begegnen zu können. Daraus ergibt sich für die Schweiz ein Interesse an der Zusammenarbeit und an der Entwicklung einer den möglichen Umständen angepassten Interoperabilität, aber auch die Bereitschaft, sicherheitspolitische Leistungen für ihre Nachbarn oder mögliche Partner zu erbringen. Wenn die Schweiz von den Erfahrungen anderer Armeen profitieren oder deren Einrichtungen nutzen will, muss sie bereit sein, eine Gegenleistung zu erbringen oder sogar eine gewisse Vorleistung zu erbringen. Dabei geht es nicht nur darum, mit ausländischen Truppen zu trainieren, um von deren Erfahrungen und Einsatzgrundsätzen zu lernen, sondern auch darum, von Armeen zu lernen, die zum Teil über reale Einsatzerfahrung verfügen. Andererseits geht es auch darum, sich mit anderen Armeen zu vergleichen und zu messen (Benchmarking) und damit ein kohärentes und glaubwürdiges politisches Signal nach innen und aussen zu senden: Die Schweiz verfügt über eine Armee, die ausgerüstet, ausgebildet und angemessen bereit ist.

Die Friedensdividende ist aufgebraucht, die Sicherheitslage der letzten 30 Jahre ist vorbei und die aktuelle geopolitische Realität zwingt dazu, die Ausrichtung zu überdenken und die Bereiche der militärischen Zusammenarbeit zu präzisieren.

Die Teilnahme an internationalen Übungen bieten der Schweizer Armee auch die Möglichkeit, die eigenen Fähigkeiten und Einsatzverfahren zu vergleichen und die Interoperabilität zu verbessern. Grundsätzlich ist jede Teilnahme an einer internationalen Übung oder Kooperationsaktivität, unabhängig von der Führungsstufe, eine Bereicherung und eine gute Gelegenheit, die Ausbildung zu diversifizieren und die Kenntnisse im Bereich der modernen militärischen

Operationsführung rasch zu vertiefen. Zudem bietet die internationale Zusammenarbeit Zugang zu Ausbildungsmöglichkeiten, die in der Schweiz nicht zur Verfügung stehen. Um Fortschritte zu erzielen, darf man nicht isoliert bleiben. Internationale Übungen und die Zusammenarbeit mit ausländischen Streitkräften sind dafür unabdingbar und damit Voraussetzung für eine überzeugende Verteidigungsfähigkeit.

In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik strebt die Schweiz eine grösstmögliche Autonomie an. Sie kann vieles, aber nicht alles autonom. Dementsprechend sind die internationale Zusammenarbeit bei der Ausbildung der Armee und die Entwicklung ihrer Interoperabilität mit potenziellen Verbündeten zu fördern, da dies die Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee stärkt und die Handlungsfreiheit der politischen Behörden bewahrt, falls dies die Umstände erfordern würden.

Zum Autor: Divisonär ausser Dienst Claude Meier ist Präsident des Centre d'Histoire et de Prospective Militaires (CHPM). Er war von 2021 bis 2024 höherer Stabsoffizier an den Genfer Zentren für Friedens- und Sicherheitspolitik sowie von 2016 bis 2020 Chef des Armeestabes. Zuvor arbeitete er als Berufsmilitärpilot.

Anmerkungen

1 Dieser Artikel ist eine Übersetzung des Artikels „Considérations sur le besoin de coopération militaire de
l'Armée suisse et sur l'interopérabilité", erschienen in stratos 2-24 (S. 101-113 | stratos 2-24 | Interna-tionale Kooperation und Interoperabilität), und ist eine ergänzte und erweiterte Version des Originalar-tikels „Gedanken zur Zusammenarbeitsfähigkeit", erschienen in STA Info-Flash (Zeitschrift der Schweizerischen Gesellschaft für Technik und Armee), Ausgabe 01/2023 (S. 19-21 | https://de.cdn-website.com/2fca16a778324c88b1aa3f377739f402/files/uploaded/Info-Flash_01_2023_(1).pdf).

2 NATO: Interoperability: connecting forces: https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_84112.htm (abgerufen am 30.09.2024).

3 Die NATO-Agenda 2030, die auf dem Brüsseler Gipfel 2021 verabschiedet wurde, besteht in der Stärkung der Zusammenarbeit, die das Bündnis auf globaler Ebene mit gleichgesinnten (like-minded) Partnern führt, um die regelbasierte internationale Ordnung zu verteidigen (https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_49188.htm?selectedLocale=fr (abgerufen am 30.09.2024).

4 https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2022/2357/fr (abgerufen am 30.09.2024).

5 Armeeneutralität und Aktivdienst in der Schweiz, Schweizerisches Bundesarchiv https://www.bar.admin.ch/bar/fr/home/recherche/conseils-de-recherche/themes/la-premiere-guerre-mondiale-en-suisse/neutralite-armee-et-service-actif-en-suisse.html (abgerufen am 30.09.2024).

6 https://www.nato.int/cps/fr/natohq/topics_84112.htm (abgerufen am 30.09.2024).

7 Charta der Vereinten Nationen, Kapitel 7, Art. 51 (https://www.un.org/fr/about-us/un-charter/chapter-7 | abgerufen am 30.09.2024).

8 https://www.nato.int/cps/fr/natohq/topics_84112.htm (abgerufen am 30.09.2024).

9 https://www.act.nato.int/article/steadfast-defender-2024-signals-alliance-unity-and-preparedness (abgerufen am 30.09.2024).

10 https://www.eda.admin.ch/eda/fr/dfae/politique-exterieure/organisations-internationales/otan.html (abgerufen am 30.09.2024).

11 Insbesondere für die Luftwaffe: Die geringe Anzahl und die Begrenztheit der Trainingsräumen, die vorgeschriebenen Höhen- und Geschwindigkeitsbegrenzungen, die Einschränkung der Flugdienstzeiten, insbesondere für das Nachtflugtraining, die Intensität des zivilen Flugverkehrs und die durch die dichte Bebauung bedingten Anforderungen an die Anzahl der Flugbewegungen auf Militärflugplätzen, die Massnahmen zur Reduzierung der Lärmbelastung der Bevölkerung erfordern. Beim Heer ist es vor allem die Grösse der Übungs- und Schiessplätze, die das Üben von Verbänden in Truppenkörper- oder Grossverbandstärke nicht zulässt.

12 Divisionär Peter Merz, Kommandant der Luftwaffe; „Für mich als Kommandant der Luftwaffe ist natürlich ‚mehr davon' immer besser", Interview in der ASMZ 08/2024, S. 10-12.

13 https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiques.msg-id-64456.html (abgerufen am 30.09.2024).

14 https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiques.msg-id-72844.html (abgerufen am 30.09.2024)..

15 https://www.eda.admin.ch/europa/fr/home/aktuell/medienmitteilungen.html/content/europa/fr/meta/news/2023/11/20/98712 (abgerufen am 30.09.2024)

16 Die letzten gemeinsamen Übungen mit französischen Elementen in der Schweiz fanden 2024 auf dem Luftwaffenstützpunkt Payerne statt. Zunächst im Juli bei einem Training mit zwei Hubschraubereinheiten der leichten französischen Heeresflieger (Aviation légère de l'Armée de terre – ALAT) und dann anfangs September bei einem Training mit Rafale-Flugzeugen der französischen Marineflieger. (https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiques.msg-id-101777.html und https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiques.msg-id-102281.html | alle abgerufen am 30.09.2024).

17 https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiques.msg-id-102386.html (abgerufen am 30.09.2024).

18 Das Tactical Leadership Programme (TLP) ist ein multinationales Programm der NATO, an dem 10 NATO-Mitgliedsstaaten beteiligt sind und das derzeit auf dem Luftwaffenstützpunkt Los Llanos in Albacete, Spanien, stationiert ist. Es handelt sich um eine autonome Organisation, die auf einem Memorandum of Understanding zwischen den Luftstreitkräften Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Frankreichs, Griechenlands, Italiens, der Niederlande, Spaniens, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten beruht. Auf der Grundlage ihrer Beiträge zum TLP haben diese Nationen das Recht, eine bestimmte Anzahl von Schülern und Teilnehmern zu jedem Kurs zu entsenden und können Einfluss auf die Inhalte der Aktivitäten des TLP nehmen. Andere Länder wie die Schweiz, die Türkei oder Polen sind eingeladen, sich punktuell zu beteiligen.
Hauptziel des TLP ist es, die Effizienz der teilnehmenden Luftstreitkräfte bei der Durchführung taktischer Missionen zu steigern und Einsatzkonzepte, -doktrinen und -verfahren zur Unterstützung des alliierten Oberbefehlshabers und der nationalen Streitkräfte zu entwickeln.
Im Laufe seiner 45-jährigen Geschichte in Deutschland, Belgien und nun auch in Spanien hat sich das TLP zum Kernstück der taktischen Ausbildung der NATO-Luftstreitkräfte entwickelt, um den taktischen Herausforderungen des Luftkrieges von heute und morgen gerecht zu werden.
Der Lehrplan des TLP umfasst akademische Kurse und Flugtraining, bei dem die Teilnehmer mit immer schwierigeren Flugszenarien konfrontiert werden. (https://www.tlp-info.org und https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiques.msg-id-99839.html | alle abgerufen am 30.09.2024)

19 Das NATO Tiger Meet ist eine Übung, bei der die Planung und Durchführung komplexer Luftoperationen auf taktischer Ebene trainiert wird. Sie wird von der NATO Tiger Association organisiert, die sich aus Einheiten verschiedener Luftstreitkräfte der North Atlantic Treaty Organization zusammensetzt. Ziel ist es, den Erfahrungsaustausch zu fördern und die Interoperabilität zu verbessern. Die Vereinigung steht allen Einheiten offen, die einen Tiger oder eine andere Raubkatze (Panther usw.) als Emblem führen, unabhängig davon, ob sie mit Flugzeugen oder Helikoptern ausgerüstet sind. Die Schweiz nimmt seit 2004 mit der Fliegerstaffel 11 teil, die seit 1981 Mitglied ist.
(https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiques.msg-id-101224.html , https://www.natotigers.org und https://www.nato.int/cps/en/natohq/declassified_228171.htm?selectedLocale=en | alle abgerufen am 30.09.2024)

20 Die Übungsserie HOT BLADE, eine spezielle Übung für Hubschrauberbesatzungen, die im Rahmen des Hubschrauberübungsprogramms der Europäischen

Verteidigungsagentur durchgeführt wurde, wird Ende 2023 an das Multinational Helicopter Training Centre (MHTC), eine in Sintra, Portugal, stationierte Einheit, übergeben.
Die Übung dient der Ausbildung von Lufttransportmitteln (Hubschrauber und Flächenflugzeuge) und bietet europäischen Hubschrauberbesatzungen die Möglichkeit, an einer groß angelegten Übung in einem streitkräftegemeinsamen und internationalen Rahmen teilzunehmen. Sie bietet die Möglichkeit, Tag- und Nachteinsätze in einem realistischen und schwierigen taktischen Umfeld einschliesslich der elektronischen Kriegsführung zu trainieren und simuliert die Herausforderungen und dynamischen Bedingungen, mit denen sich die Teilnehmer in realen Situationen konfrontiert sein werden.
(https://eda.europa.eu/docs/default-source/brochures/v3-hot-blade-2023.pdf und https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiques.msg-id-101041.html | alle abgerufen am 30.09.2024)

21 Mit dem Ziel, die Verteidigungsfähigkeit des Heeres zu stärken, die Zusammenarbeit mit Streitkräften aus anderen Operationsräumen zu erproben und die Interoperabilität von Stäben und Truppen zu erhöhen, wird die Übung TRIAS in drei Stufen entwickelt. Zunächst auf Kompanieebene durchgeführt, wird sie in den folgenden Jahren auf die Ebene des Bataillons und schliesslich des Grossen Verbands ausgeweitet. Parallel dazu erhält auch die Logistik Gelegenheit haben, ihre Konzepte zu überprüfen und zu optimieren. (https://www.vtg.admin.ch/fr/sexercer-pour-assurer-la-defense | abgerufen am 30.09.2024)

22 Allentsteig ist für die Schweizer Armee kein unbekannter Ort. So übten hier 1996 Rekruten der Mechanisierten Infanterieschule während rund drei Wochen mit einer österreichischen Panzergrenadierbrigade. Bei dieser Übung MOBILITY 96 ging es für die Schweiz vor allem darum, das Einsatzkonzept der mechanisierten Füsilierbataillone zu überprüfen und die Einsatzverfahren für die neu beschafften Radschützenpanzer Piranha zu verfeinern. Aus logistischer Sicht erforderte diese Aktion den Einsatz von zwei Zügen, die insgesamt 300 Soldaten mit 24 Radschützenpanzern, 24 Lastwagen und Truppentransportfahrzeugen sowie 16 Containern transportierten. (https://www.admin.ch/cp/f/1996May7.101642.5849@idz.bfi.admin.ch.html |abgerufen am 30.09.2024)

23 TÜPL [Truppenübungsplatz] Allentsteig – Trainingsplatz für Österreichs Sicherheit. (https://www.tuepl.at |abgerufen am 30.09.2024)

24 https://backend.vtg.admin.ch/fileservice/sdweb-docs-prod-vtgch-files/files/2024/05/17/bc6eecdb-0b22-4736-8def-33616bd4f093.pdf (abgerufen am 30.09.2024).

25 https://www.rts.ch/info/suisse/13456228-comment-les-forces-speciales-suisses-sont-intervenues-a-kaboul-et-kiev.html (abgerufen am 30.09.2024).

26 https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiques.msg-id-100765.html (abgerufen am 30.09.2024).
27 https://ecoledeguerre.paris (abgerufen am 30.09.2024).
28 https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiques.msg-id-22337.html (abgerufen am 30.09.2024).
29 https://www.vtg.admin.ch/fr/la-cooperation-internationale-de-larmee-suisse (abgerufen am 30.09.2024).
30 https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiques.msg-id-101817.html (abgerufen am 30.09.2024).
31 https://www.vtg.admin.ch/en/intermediate-leadership-course-2024-1 (abgerufen am 30.09.2024).
32 Eine sehr umfassende Darstellung der Schweizer Militärdiplomatie und der Arbeit der Verteidigungsattachés wurde in einem Sammelwerk von EBERHART Hans, MÄDER Markus A, RUSSI Bruno und STRITT Marc-Alain in „Im Einsatz für Sicherheit und Frieden - Der Verteidigungsattaché als Instrument der schweizerischen Militärdiplomatie“, Verlag Merker in Effingerhof, 2020, veröffentlicht.
33 https://www.vtg.admin.ch/fr/le-renforcement-de-la-cooperation-internationale-de-larmee-suisse-etait-le-theme-central-de-la-conference (abgerufen am 30.09.2024).

KAPITEL

III

MILITÄR UND GESELLSCHAFT – Demensionen des Soldatischen

Zeitenwende in der deutschen Veteranenkultur

Erster deutscher Veteranentag

Marcel Bohnert

„In früheren Zeiten verehrt, in der Berliner Republik lange ignoriert, finden Einsatzveteranen endlich mehr Aufmerksamkeit. Politik und Gesellschaft scheinen endlich zu verstehen, was es heißt, Soldat zu sein.“[1]
Prof. Dr. Sönke Neitzel

1. Einleitung: Neue deutsche Veteranen

Viele Jahre lang haben die Menschen in Deutschland den Veteranenbegriff vor allem mit Heimkehrenden aus Vietnam, dem Zweiten Weltkrieg oder historischen Automobilclubs assoziiert. Er wurde durch unsere Bevölkerung als antiquiert angesehen und weder mit der Bundeswehr noch mit ihren Auslandseinsätzen in Verbindung gebracht.[2] Eine ganze Generation junger Einsatzrückkehrer hat ihn inzwischen allerdings neu für sich erfunden.

Während des Kampfeinsatzes in Afghanistan waren Soldatinnen und Soldaten in einem asymmetrischen Bedrohungsumfeld extremen Strapazen, Gefechten und Anschlägen sowie Tod und Verwundung ausgesetzt. Das Engagement am Hindukusch gilt als die bislang härteste Bewährungsprobe für die Bundeswehr und war wesentlicher Impulsgeber für die Entstehung der neuen Veteranenkultur (Foto: Task Force Kunduz III).

Als deutsche Vorkommandos ihre Stiefel im November 1991 erstmals auf kambodschanischen Boden setzten, war noch nicht absehbar, dass sie damit eine knapp dreißig Jahre andauernde Phase des Engagements im Internationalen Krisen- und Konfliktmanagement einleiten würden. In den Folgejahren wandelte sich die Bundeswehr von einer auf heimatlichem Boden für die Landes- und Bündnisverteidigung trainierenden Armee in eine, die ihre Angehörigen kontinuierlich in gefährliche Missionen außerhalb des NATO-Bündnisgebietes schickte.

Insbesondere die zwei Jahrzehnte in Afghanistan waren dabei eine echte Zäsur: Zwischen 2001 und 2021 haben dort insgesamt mehr als 90.000 Bundeswehrangehörige gedient – in der International Security Assistance Force (ISAF), der Resolute Support Mission (RSM) oder zuletzt in einer Mili-

tärischen Evakuierungsoperation (MilEvakOp).[3] Obwohl sie am Hindukusch seit 2006 zunehmend in Kampfhandlungen und Anschläge verwickelt waren, bemühten sich die politische Leitung und Teile der militärischen Führung beharrlich, das Bild einer Stabilisierungsoperation aufrecht zu erhalten, in der Soldatinnen und Soldaten vor allem Brunnen bohrten und Schulen errichteten.[4] Auch in Bosnien, im Irak oder im Roten Meer waren Bundeswehrangehörige extremen Strapazen und besonderen Belastungen ausgesetzt, ohne dass dies die Öffentlichkeit besonders interessiert hätte.[5] Im Gegenteil: Die meisten Einsätze lagen weit außerhalb der Wahrnehmung und der Lebensrealität unserer Bevölkerung. Der Entstehung einer deutschen Veteranenkultur wurde damit wenig Raum gegeben.

Dieser Mangel an Wertschätzung und der Leidensdruck von Verwundeten und Traumatisierten haben dazu geführt, dass sich Betroffene zusammenschlossen und begonnen haben, auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Einher ging diese Entwicklung mit der Gründung von Veteranenvereinen, in denen sich junge Einsatzrückkehrende sowie deren Angehörige und Unterstützer zusammenschlossen. Die Ausprägungen dieser Bewegung zeigen sich inzwischen auf vielfältige Art und Weise.

2. Begriffliche Abgrenzungen

Um die Frage, wer genau hierzulande unter die Begriffe Veteranin oder Veteran gefasst werden soll, gab es eine jahrelange Kontroverse. Im Jahre 2012 wollte Verteidigungsminister Thomas de Maizière eine breite gesellschaftliche Diskussion zum Veteranenbegriff initiieren. Sein Vorstoß fand allerdings öffentlich nur wenig Beachtung und blieb ohne nennenswerte Ergebnisse.[6]

Die offizielle deutsche Veteranendefinition wurde durch die damalige Bundesministerin für Verteidigung Ursula von der Leyen zum Volkstrauertag 2018 verkündet. Gemäß dieser Festlegung ist „Veteranin oder Veteran der Bundeswehr […], wer als Soldatin oder Soldat der Bundeswehr im aktiven Dienst steht oder aus dem Dienstverhältnis ehrenhaft ausgeschieden ist, also den Dienstgrad nicht verloren hat.“[7] Damit wird auf ein integratives Begriffsverständnis gesetzt, das hierzulande knapp 10 Millionen Menschen zu Veteranen macht. Daraus wiederum ergeben sich Schwierigkeiten in der Identitätsbildung und bei der Abgrenzung zu nahestehenden Begriffen wie Soldat, Reservist oder Ehemaliger. In der Praxis bezeichnen sich viele Veteraninnen und Veteranen mit Auslandserfahrung als Einsatzveteranin oder Einsatzveteran. Die entspre-

chenden Spezifikationen wie Afghanistan-, Litauen- oder Kosovo-Veteran sind inzwischen ebenfalls gebräuchlich. Aktuell wird in der Bewegung darüber debattiert, ob ehemalige Angehörige der Nationalen Volksarmee (NVA) der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sowie die Ortskräfte aus den Auslandseinsätzen der Bundeswehr[8] offiziell unter die Begriffsdefinition gefasst werden sollten. Ein Veteranenabzeichen, das an der zivilen Kleidung getragen werden darf, kann durch aktive und ehemalige Bundeswehrangehörige unabhängig von ihrer Dienstzeit oder Einsatzerfahrung beim Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr beantragt werden.[9]

Unter dem Begriff »Veteranenkultur« lässt sich die Gesamtheit aller Maßnahmen und Aktionen verstehen, die von der Gemeinschaft der Veteraninnen und Veteranen oder aus dem Kreis ihrer Unterstützer mit dem Ziel ausgehen, eine eigene Identität zu entwickeln, das Bewusstsein der Gesellschaft zu fördern und als gesellschaftliche Gruppe anerkannt zu werden. Sie folgt in der Regel einem »bottom up«-Ansatz, bei dem versucht wird, durch Basisinitiativen Aufmerksamkeit und Handlungsdruck auf der gesellschaftspolitischen Ebene zu erzeugen.

»Veteranenpolitik« hingegen ist die Gesamtheit der politisch geschaffenen Rahmenbedingungen, die als günstige Voraussetzung für die Entwicklung einer Veteranenkultur betrachtet werden können.

»Veteranenpolitik« hingegen ist die Gesamtheit der politisch geschaffenen Rahmenbedingungen, die als günstige Voraussetzung für die Entwicklung einer Veteranenkultur betrachtet werden können. Eine funktionierende Veteranenpolitik spannt den Schirm über die Veteranenbewegung und definiert Grenzen, in denen sie ihre Ausgestaltung fördert. Dadurch wirkt sie »top down«, also von der strategisch-politischen Ebene auf die persönliche Situation und die allgemeine Wahrnehmung von Veteraninnen und Veteranen.

Innerhalb von Veteranenkultur und Veteranenpolitik lassen sich jeweils die Wirkungsfelder »Betreuung und Fürsorge« auf der einen, sowie »Anerkennung und Wertschätzung« auf der anderen Seite unterscheiden. Unter »Betreuung und Fürsorge« versteht man in diesem Kontext Maßnahmen, die sich primär auf die Hilfe bei Verwundungen, Traumatisierungen und den Beistand bei der Rehabilitation und Reintegration von Veteraninnen und Veteranen beziehen. Das schließt nicht nur gesundheitliche und wirtschaftliche Aspekte, sondern beispielsweise auch die Einbindung des sozialen Umfeldes und die Regelung von Verwaltungsangelegenheiten mit ein. Das Feld »Anerkennung und Wert-

schätzung« wirkt hingegen auf das Ziel einer positiven gesamtgesellschaftlichen Perzeption von Veteraninnen und Veteranen. Es umfasst den grundlegenden Respekt gegenüber dieser Gruppe sowie die Wahrnehmung und Würdigung von erbrachten militärischen Leistungen. Beide Wirkungsfelder sind interdependent und als zwei Seiten derselben Medaille zu betrachten.[10]

3. Veteranenkultur in Deutschland

Es gibt derzeit fünfundzwanzig Verbände, Organisationen, Projekte und Zusammenschlüsse, die sich auf nationaler Ebene wahrnehmbar für die Förderung der deutschen Veteranenkultur engagieren und denen es zunehmend gelingt, die Aufmerksamkeit von Bevölkerung, Politik und Medien auf sich zu ziehen:

- Angriff auf die Seele – Psychosoziale Hilfe für Angehörige der Bundeswehr e.V.,
- Angehörige von traumatisierten Einsatzveteranen und Einsatzkräften e.V.,
- Bund Deutscher EinsatzVeteranen e.V.,
- BundeswehrGrün e.V.,
- Charlie Delta Uniform e.V.,
- Combat Veteran e.V.,
- Deutsche Härtefallstiftung,
- Deutscher BundeswehrVerband e.V.,
- EHRfurcht e.V.,
- Förderverein zur Unterstützung der Arbeit mit Versehrten am Standort Warendorf e.V.,
- Gesichter des Lebens,
- Green Devils Military Brotherhood,
- Green Warriors Military Brotherhood,
- Heinz-Volland-Stiftung,
- Krieg im Kopf,
- Liberale Soldaten und Veteranen e.V.,
- Oberst Schöttler Versehrten-Stiftung,
- People in Uniform e.V.,
- Patenschaftsnetzwerk Ortskräfte e.V.,
- Recondo Vets Military Motorcycle Club Germany,
- Reservistenarbeitsgemeinschaft Military Brotherhood Germany,
- Soldaten- und Veteranen Stiftung,
- Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.,
- Veteranenkultur e.V. und
- Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

Hierbei zählen der Deutsche BundeswehrVerband, der Verband der Reservisten der Bundeswehr sowie der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zu den etablierten und mitgliederstarken Verbänden, die sich neben anderen Themenbereichen auch mit Veteraninnen und Veteranen befassen. Sie widmen sich in Arbeitsgruppen, Projekten oder Tagungen den besonderen Anliegen dieser Gruppe. Durch ihre gefestigten Netzwerk- und Lobbystrukturen sowie die Verfügbarkeit von finanziellen Mitteln konnten sie das Thema in den letzten Jahren flankierend vorantreiben.

Jüngere Vereine sind dem Thema teils ganz verschrieben. Zu ihnen zählen u.a. der 2010 gegründete Bund Deutscher EinsatzVeteranen, die 2014 gegründete Green Devils Military Brotherhood sowie der 2016 gegründete Verein Combat Veteran. Durch ihre Pionierarbeit haben sie maßgeblich dazu beigetragen, dass der Veteranenbegriff eine Erneuerung erfahren hat und inzwischen wieder salonfähig geworden ist. Parteinah haben sich ab 2021 die »Liberalen Soldaten und Veteranen« (FDP), »BundeswehrGrün« (Bündnis 90/Die Grünen) sowie »Charlie Delta Uniform« (CDU/CSU) gegründet, die sich dem verstärkten Austausch von Bundeswehr und Gesellschaft verschrieben haben.

An den politischen Rändern der Bewegung gab es inzwischen auch missbräuchliche Begriffsnutzungen. Beispiele hierfür sind Akteure wie der »Veteranenpool« [11] dessen Mitglieder nach eigenen Angaben das Volk bei Demonstrationen der sogenannten Querdenker vor der Polizei sichern möchten oder »Veteranen 5 nach 12«[12], die ihrer Aussage nach vor Impfungen gegen Corona schützen wollen, um Menschenleben zu retten. Auftritte und Aktionen beider Zusammenschlüsse ließen sie augenscheinlich über die demokratischen und verfassungsmäßigen Grenzen unseres Staates hinaus rücken. Diese Anomalien der Bewegung zeigen, dass einer adäquaten Veteranenpolitik nicht nur die Aufgabe zukommt, die Veteranenkultur in ihrer Vielfalt zu fördern, sondern sie in ihren äußeren Bereichen auch einzuhegen und zu kanalisieren.

Aus dem Kreis der Verbände, Organisationen, Projekte und Zusammenschlüsse sowie einiger zusätzlicher Unterstützerinnen und Unterstützer wurden in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren eine ganze Reihe von Veranstaltungen und Aktionen initiiert, um auf das Veteranenthema aufmerksam zu machen. Einige davon finden inzwischen turnusmäßig und mit steigendem öffentlichen Interesse statt. Dazu gehören Marschveranstaltungen wie die »K3-Märsche«, der »Marsch zum Gedenken« oder der »Marsch der Wertschätzung«. Auch andere Initiativen wie das »Good Friday Battle«- oder das einarmige Fitness-Workout

»The Focken« setzten auf gemeinschaftliche sportliche Aktivitäten. Der Rocker- und Motorradszene nahestehende Vereine veranstalten Stern-, Mahn- und Gedenkfahrten wie den jährlichen »Memorial Run Berlin«, der die Verbundenheit mit Einsätzkräften zeigen und verschiedene Veteranen-Generationen miteinander verbinden soll. Weitere Initiativen reichen bis in den künstlerischen Bereich hinein: Im Fotoprojekt »Gesichter des Lebens« werden seit 2021 Veteraninnen und Veteranen abgelichtet und in Ausstellungen sowie Buchbänden portraitiert. Musikalisch haben sich in Deutschland einige Künstler hervorgetan, deren Identität in der Bewegung fußt und die die Anliegen und Narrative von Veteraninnen und Veteranen aufnehmen. Ihre Stile variieren dabei: Als Beispiele lassen sich der Country-Musiker Jesse Cole oder die Deutschrap-Artists Pase, Wostok sowie Mazibora und dessen Projekt »Krieg im Kopf« nennen.[13]

Darüber hinaus ist inzwischen eine Vielzahl von Veteraninnen und Veteranen in den Sozialen Medien aktiv. Als Teil der soldatischen Online-Community, die auf Plattformen wie Instagram, Facebook, YouTube oder LinkedIn vorrangig unter den Hashtags[14] #Bundeswehr und #SocialMediaDivision agiert, finden sich eine Reihe von Accounts mit unterschiedlichen Reichweiten, die regelmäßig auf das Thema rekurrieren. Die Veteranenbewegung arbeitet dabei an der Etablierung gemeinsamer Hashtags, zu denen #DieUnsichtbarenVeteranen, #Veteranenkultur sowie #Veteranenpolitik zählen.

Alle exemplarisch aufgeführten Aktivitäten gehen zu großen Teilen auf private Ideen und Impulse zurück. Sie wurden weder politisch initiiert, noch werden sie bislang nennenswert politisch gefördert. Viele dieser Maßnahmen haben erkennbares Potenzial, sich auch weiterhin als fester Bestandteil der deutschen Veteranenkultur zu etablieren.

4. #GemeinsamStark: Schulterschluss der deutschen Veteranenbewegung

Alle Verbände, Organisationen, Projekte und Zusammenschlüsse der deutschen Veteranenbewegung fördern die Veteranenkultur aus unterschiedlichen Perspektiven, mit variierenden Schwerpunkten und auf verschiedenen Ebenen. Diese Vielzahl von Ansätzen bietet einen hohen Mehrwert für Betroffene und tut ihrer Wahrnehmung gut, auch wenn die daraus erwachsende Komplexität zu Konfusionen führen kann.

So wurden in den letzten Jahren gemäß der unterschiedlichen Agenden spezifische Anliegen formuliert und nach außen getragen. Kooperationen und ge-

meinsame Veranstaltungen ergaben sich dabei eher zufällig oder durch persönliche Bekanntschaften. Das hatte auch zur Folge, dass die Bewegung zuweilen als vielstimmig und inkonsistent wahrgenommen wurde und unzählige Forderungen ergebnislos verhallten. Anfang 2022 trafen sich dann erstmals Vertreterinnen und Vertreter der Veteranenbewegung auf Initiative des Deutschen BundeswehrVerbandes, um über einen abgestimmten Forderungskatalog zu beraten. Dabei fokussierten sie vorrangig auf das Wirkungsfeld »Anerkennung und Wertschätzung«, das als grundlegende Voraussetzung für weitere Verbesserungen im Bereich der »Betreuung und Fürsorge« betrachtet wurde.[15] Nach intensiven Verhandlungen konnten die gemeinsamen Anliegen bereits Ende 2022 auf einem Flyer zusammengefasst und im Bundesministerium der Verteidigung vorgestellt werden.[16]

Anfang 2022 trafen sich dann erstmals Vertreterinnen und Vertreter der Veteranenbewegung auf Initiative des Deutschen BundeswehrVerbandes, um über einen abgestimmten Forderungskatalog zu beraten.

Zu den Forderungen zählen:

- Prominente Schirmherrschaft,
- Veteranendatenbank,
- Bestpreis Veteranenarbeit,
- Veteranentag,
- Veteranenbeauftragte/r im Bundesministerium der Verteidigung,
- Verwundetenabzeichen,
- Bürokratieabbau,
- öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen,
- Stipendien/Forschungsaufträge,
- Gedenk-/Erinnerungskultur,
- Begegnungs-/Informationsstätten,
- Förderung öffentlicher Debatte,
- definitorische Ergänzung und
- Botschafter Veteranen.

Diese vierzehn auf dem sogenannten »Veteranenflyer« aufgeführten Forderungen wurden bewusst allgemein gehalten und schlagwortartig formuliert, so dass sie von allen unterstützenden Verbänden, Organisationen, Projekten und Zusammenschlüssen mitgetragen werden konnten. Die Schlagworte sind dabei weitgehend selbsterklärend. Zur konkreten Ausgestaltung und Umsetzung der einzelnen Positionen gibt es teils noch unterschiedliche Vorstellungen, die zwischen allen Akteuren weiterhin besprochen und verhandelt werden.

Der Kreis der Unterstützerinnen und Unterstützer des »Veteranenflyers« wird kontinuierlich erweitert. Aufnahmekriterien sind dabei die allgemeine inhaltliche Ausrichtung, das Engagement für Veteraninnen und Veteranen auf nationaler Ebene sowie die obligatorische Prüfung von Satzungen und Leitbildern auf ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bzw. eine Extremismusklausel.

Der 2022 vom Deutschen BundeswehrVerband initiierte »Veteranenflyer« fasst die wichtigsten Akteure und Forderungen der deutschen Veteranenbewegung zusammen. Inzwischen wurde der Kreis der Unterstützerinnen und Unterstützer bereits erweitert und es gelten mehrere Forderungen als erfüllt (Design: Sascha Eutebach/Deutscher BundeswehrVerband).

5. Neutarierung des Verhältnisses von Bundeswehr und Gesellschaft

Der Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 hat in der gesamten NATO eine Re-Fokussierung von Sicherheitspolitik und Streitkräften auf die Landes- und Bündnisverteidigung ausgelöst. Die Auswirkungen des Krieges beeinflussen unseren Alltag bereits jetzt – durch Flüchtlingsströme, Desinformationskampagnen, Sabotage und Cyberangriffe, eine wachsende Inflation sowie umfassende Investitionen in den Rüstungssektor. Für die deutsche Bevölkerung ist das – anders als während der Phase des Internationalen Krisenmanagements – nun auch unmittelbar spürbar. Die neue sicherheitspolitische Lage hat deshalb auch ein Umdenken im Umgang mit der Bundeswehr eingeleitet. Die Bedeutung eines wehrhaften Staates und der existenzielle Ernst des Soldatenberufes sind hierzulande plötzlich vielen Menschen wieder gegenwärtig. Trotz aller Tragik bietet diese Situation deshalb auch die Gelegenheit zu einer nachhaltigen Neutarierung des Verhältnisses von Bundeswehr und Gesellschaft. Und damit auch zu einem neuen Umgang mit Veteraninnen und Veteranen.[17]

Im September 2023 fanden die »Invictus Games« mit über 500 verwundeten und traumatisierten Athletinnen und Athleten erstmalig in Deutschland statt (Foto: Sarina Flachsmeier/ Deutscher BundeswehrVerband).

In der Praxis gibt es bereits erste spürbare Indikatoren für einen echten Wandel: Im September 2023 haben sich während der »Invictus Games« in Düsseldorf über 500 Athletinnen und Athleten aus 21 Nationen in zehn sportlichen Disziplinen miteinander gemessen – verwundete, traumatisierte, verletzte und erkrankte Soldatinnen und Soldaten sowie Angehörige von Blaulichtorganisationen.[18] Über 140.000 Besucherinnen und Besucher hatten bei hochsommerlichen Temperaturen eine emotionale Veranstaltung in einzigartiger Atmosphäre erleben dürfen. Die dadurch erzeugte gesellschaftliche Aufmerksamkeit und das Schicksal der Teilnehmenden haben die Belastungen und Risiken des militärischen Dienstes mehr im kollektiven Bewusstsein der Bevölkerung verankern können.

In diesem gesamtgesellschaftlichen Klima wurde schon wenige Monate nach den Invictus Games ein erster Meilenstein gesetzt: Mitte Januar 2024 eröffnete das erste deutsche Veteranenbüro in Berlin. Unter Anwesenheit von Politik und Medien wurde die Niederlassung im Herzen der Hauptstadt als auf drei Jahre

angelegtes Pilotprojekt vorgestellt. Das Büro ist als niedrigschwellige Anlaufstelle für Veteraninnen und Veteranen gedacht und soll einen ungezwungenen Austausch mit interessierten zivilen Besucherinnen und Besuchern ermöglichen. Zudem ermöglicht es weiterführende konzeptionelle Arbeit mit direktem Bezug zu Betroffenen. Damit wurde die Forderung des »Veteranenflyers« zur Schaffung von Begegnungs- und Informationsstätten in einem ersten wichtigen Schritt erfüllt.

Einen knappen Monat nach Eröffnung des Veteranenbüros, im Februar 2024, haben sich dann alle relevanten Akteure der Veteranenbewegung zum ersten nationalen Veteranenkongress in Berlin zusammengefunden, bei dem die neue Geschlossenheit verstetigt und nach außen sichtbar demonstriert wurde. Am ersten Tag wurde intern diskutiert und in Arbeitsgruppen das weitere gemeinsame Vorgehen abgestimmt. Als Schirmfrau des Kongresses war die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas anwesend und hat der Bewegung ihre weitere Unterstützung zugesagt. Am zweiten Tag wurden zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Medien und dem Bundesministerium der Verteidigung die gemeinsamen Forderungen und Vorschläge zur Umsetzung präsentiert.

Auf dem ersten nationalen Veteranenkongress im Februar 2024 in Berlin wurde die neue Geschlossenheit der Veteranenbewegung verstetigt und sichtbar nach außen demonstriert (Foto: Sarina Flachsmeier/Deutscher Bundeswehr-Verband).

Ende April 2024 wurde dann das wichtigste gemeinsame Anliegen, die Einführung eines jährlich wiederkehrenden Veteranentages, vom Bundestag beschlossen. Das Ziel schien zu Beginn des Zusammenwirkens der Akteure der Veteranenbewegung noch in weiter Ferne zu liegen, jedoch wurde das Thema im Wissen um die während der Invictus Games zu erwartenden Aufmerksamkeit auf vielen Ebenen massiv vorangetrieben. [19]Im Jahre 2023 griff eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten die Forderung des Veteranenflyers auf. In Federführung der Abgeordneten Johannes Arlt (SPD), Kerstin Vieregge (CDU/CSU), Merle Spellerberg (Bündnis 90/Die Grünen) und Christian Sauter (FDP) wurde ein fraktionsübergreifender Antrag mit dem Titel »Für eine umfassende Wertschätzung – Einen nationalen Veteranentag einführen und die Versorgung von Veteranen und deren Familien verbessern« erarbeitet. Flankierend äußersten sich sowohl der Bundeskanzler, als auch die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages und der

Bundesminister der Verteidigung unterstützend zur Idee eines Veteranentages.[20] Bei der finalen Abstimmung auf dem Veteranenkongress hatten sich die Bundespolitik und die Akteure der Veteranenbewegung auf zwei unverrückbare Kriterien für einen nationalen Veteranentag verständigt: Zum einen sollte der Termin immer auf ein Wochenende fallen, zum anderen sollte dabei zumindest potenziell gutes Wetter sein. Beide Maßgaben hatten das Ziel, über die Jahre einen Veteranentag mit Volksfestcharakter entstehen zu lassen.[21]

Nach zähem Ringen um Inhalte und den Termin wurde der Antrag für einen jährlichen Veteranentag am 15.06. schließlich mit „überwältigender Mehrheit" im Deutschen Bundestag beschlossen.

Nach zähem Ringen um Inhalte und den Termin wurde der Antrag für einen jährlichen Veteranentag am 15.06. schließlich mit „überwältigender Mehrheit"[22] im Deutschen Bundestag beschlossen. Den auf der Ehrentribüne anwesenden Veteraninnen und Veteranen wurde danach aus dem Bundestagsplenum fraktionsübergreifend mit Standing Ovations gratuliert.[23] Die Einführung des nationalen Veteranentages ist bislang der stärkste Beleg für den Erfolg des zielgerichteten Zusammenwirkens der Akteure in der Veteranenbewegung.

6. Ausblick: Eine Bewegung im Aufbruch

„Viele Veteraninnen und Veteranen haben im Auslandseinsatz Dinge erlebt, die sie nicht mehr ohne Schwierigkeiten an ihren Alltag in Deutschland anknüpfen lassen. Es ist an der Zeit, diesen Menschen einen würdigen Platz in der gesellschaftlichen Mitte zu gewähren, denn es ist die gesellschaftliche Mitte, die sie in diese Einsätze schickt."[24]

Johannes Clair, Bestsellerautor »Vier Tage im November«

In der Gesamtschau zeichnet sich in Deutschland derzeit das Bild einer Veteranenbewegung im Aufbruch. Der Beschluss des Deutschen Bundestages zur Einführung eines nationalen Veteranentages stellt ein historisches Momentum im Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft dar. Die Tragweite und die Bedeutung dieser Entscheidung können kaum hoch genug eingeschätzt werden. Wenn es gelingt, diesen Tag sukzessive mit Leben zu füllen, kann er sich im kulturellen Gedächtnis unseres Landes etablieren und Ausgangspunkt für einen Paradigmenwechsel im gesellschaftlichen Umgang mit aktiven und ehemaligen Bundeswehrangehörigen werden.[25]

Das erklärte Ziel der Bewegung ist es, einen Veteranentag zu schaffen, der in der Mitte der Gesellschaft stattfindet und an dem sich Sportvereine, Gewerkschaften, Unternehmen, Think Tanks, Kirchen oder Bildungseinrichtungen engagieren und mit aktiven und ehemaligen Bundeswehrangehörigen zusammenkommen. Neben symbolischen Veranstaltungen auf Bundesebene wird es nun politikseitig darauf ankommen, Anreize zu schaffen, mit denen es gelingt, politische und zivilgesellschaftliche Akteure aus den Bundesländern und in den Kommunen zu aktivieren.

Auch wenn der jährliche Veteranentag explizit »kein Tag von der Bundeswehr für die Bundeswehr« werden soll, wird gerade zu Beginn »Starthilfe« durch die Streitkräfte und die bundeswehrnahen Organisationen notwendig sein. Durch ihre flächendeckende Vernetzung können sie maßgeblich zum Gelingen eines solchen Tages beitragen. Dazu gilt es, regionale Strukturen wie Reservistenkameradschaften, Marinekameradschaften, Standortkameradschaften, Truppenkameradschaften, Kameradschaften Ehemaliger und Hinterbliebener, Patengemeinden, Landeskommandos sowie Kreis- und Bezirksverbindungskommandos einzubeziehen. Gerade Reservistendienstleistende und Heimatschutzkräfte sind in den (Garnisons-)Städten und Gemeinden oft hervorragend vernetzt. Die weit gefasste Veteranendefinition bietet hier tatsächlich einen Vorteil, da Einsatzveteranen sowie entlassene und pensionierte Soldatinnen und Soldaten gleichermaßen angesprochen, mobilisiert und generationenübergreifend zusammengeführt werden können. Die politischen Stiftungen[26] sowie die Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung können die Aufmerksamkeit begleitend mit expliziten Veranstaltungs- und Publikationsangeboten zu Veteranenthemen fördern. Zudem wird es hoffentlich gelingen, viele prominente Botschafterinnen und Botschafter aus Sport, Film, Kunst und Kultur zu gewinnen, die sich öffentlichkeitswirksam für Veteraninnen und Veteranen einsetzen.

Dabei darf auch eine mittelfristige Zusammenlegung des Veteranentages mit dem »Tag der Bundeswehr« nicht kategorisch ausgeschlossen werden. Hier zeichnen sich teils schmerzhafte emotionale Prozesse ab, die aber im Sinne der gemeinsamen strategischen Ziele angegangen werden müssen.

Die Veteranenbewegung muss in ihren eigenen Strukturen darüber hinaus dafür werben, Aktionen und Veranstaltungen, die sich in den letzten Jahren bereits etabliert haben, zu bündeln und jährlich um den 15.06. herum zu konzentrieren. Dabei darf auch eine mittelfristige Zusammenlegung des Veteranentages mit dem »Tag der Bundeswehr« nicht kategorisch ausgeschlossen wer-

den.[27] Hier zeichnen sich teils schmerzhafte emotionale Prozesse ab, die aber im Sinne der gemeinsamen strategischen Ziele angegangen werden müssen.

Natürlich werden militärskeptische Akteure einen nationalen Veteranentag sowie das weitergehende Engagement für Veteraninnen und Veteranen immer als Ausdruck einer sich zunehmend militarisierenden Gesellschaft verstehen.[28] Es kommt daher in großen Teilen auf das Durchhaltevermögen und die mutige Bereitschaft der Politik an, ihrer Verantwortung für die Parlamentsarmee auch gegen mögliche Widerstände gerecht zu werden.

Dabei sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass auch die Gesellschaft von einer Anerkennung und Wertschätzung ihrer Veteraninnen und Veteranen profitieren kann: Sie sind in einer Zeit, in der der deutsche Staat insgesamt wehrhaft und verteidigungsfähig werden muss, wichtige Multiplikatoren der aktuellen Zeitenwende. Richtig eingebunden, können sie in einer sich zunehmend polarisierenden Gesellschaft echte Integrationsmotoren und Stabilitätsanker sein: Alle Veteraninnen und Veteranen haben einen Diensteid geleistet und sind damit ein wechselseitiges Treueverhältnis mit dem Staat eingegangen. Während ihrer Dienstzeit werden sie staatsbürgerlich, politisch und ethisch gut ausgebildet. Und sie waren bereit, ihr Leben in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen, teils über viele Monate in den gefährlichsten Krisen- und Konfliktregionen dieser Welt.

Es mag etwas pathetisch klingen, aber wenn es Politik und Veteranen jetzt gelingt, das aktuelle Momentum nutzen, werden sich zukünftige Soldatengenerationen noch an diese Zeit erinnern – als Ausgangspunkt für einen echten Wandel.

Wenn Soldatinnen und Soldaten zudem signalisiert wird, dass die Nation hinter ihnen steht und sie im Falle einer Verwundung oder Traumatisierung auffängt, werden sie daraus Kraft und Motivation für ihren Dienst schöpfen. Aus einem solchen Verhältnis dürfte ganz nebenbei auch ein starkes Signal für die Attraktivität der Truppe und den damit verbundenen Erfolg bei der Personalbindung und Nachwuchsgewinnung ausgehen.

Es mag etwas pathetisch klingen, aber wenn es Politik und Veteranen jetzt gelingt, das aktuelle Momentum nutzen, werden sich zukünftige Soldatengenerationen noch an diese Zeit erinnern – als Ausgangspunkt für einen echten Wandel.

Schlussbemerkung zum Nationalen Veteranentag 2025:

Nach Fertigstellung dieses Beitrages hat inzwischen der erste Nationale Veteranentag in Deutschland am 15. Juni 2025 stattgefunden. Bei der zentralen Veranstaltung am Bundestag in Berlin waren knapp 11.000 Besucherinnen und Besucher, die unter Anwesenheit der Bundestagspräsidentin Julia Klöckner, des Bundesministers der Verteidigung, Boris Pistorius, des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Henning Otte, des Generalinspekteurs der Bundeswehr, General Carsten Breuer und vieler weiterer politischer Prominenz eine würdige und familienfreundliche Veranstaltung erlebt haben. In der Fläche der Republik wurden knapp 150 weitere Events und Aktionen gezählt, was insgesamt als guter Startschuss für einen Tag, der sich im kulturellen Gedächtnis verankern soll, gewertet werden kann. Derzeit laufen auf allen Ebenen »Lessons Learned«-Prozesse, deren Ergebnisse auf dem Zweiten Nationalen Veteranenkongress am 10. und 11. September 2025 in Berlin zusammengeführt und in Richtung Politik und Medien kommuniziert werden sollen. Dabei ist es schon heute wichtig, sich keine Illusionen zu machen: Um den Veteranentag zu einem durch Bildungseinrichtungen, Sportvereine, Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmen getragenen jährlichen Ereignis zu machen, wird es eines weiteren Investments und noch einiger Jahre unverminderter Anstrengungen seitens der Politik, Bundeswehr und bundeswehrnaher Verbände bedürfen.

Zum Autor: Marcel Bohnert, Oberstleutnant i.G., Dipl.-Päd., M.A. ist stellvertretender Vorsitzender des Deutschen BundeswehrVerbandes. Er war in Auslandseinsätzen im Kosovo, in Afghanistan sowie im Irak und gilt als führender Experte für Veteranenpolitik. Er hat zahlreiche Bücher und Aufsätze verfasst und zuletzt den Band »Vom Schatten ins Licht. Zeitenwende in der deutschen Veteranenkultur« im Miles-Verlag veröffentlicht.

Anmerkungen

1 Egleder, Julia & Bohnert, Marcel (2023): Deutschlands Veteranen. (Über-)Leben nach dem Einsatz. Mittler: Hamburg, S. 8.

2 Vgl. Arlt, Johannes (2024): Rede zum Tagesordnungspunkt »Antrag der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP mit dem Titel „Für eine umfassende Wertschätzung – Einen nationalen Veteranentag einführen und die Versorgung von Veteranen und deren Familien verbessern“«. bundestag.de, 25.04.2024; Bulmahn, Thomas (2012): Wahrnehmung und Bewertung des Claims „Wir. Dienen. Deutschland.“, Image der Bundeswehr sowie Haltungen zum Umgang mit Veteranen. Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage 2012. Kurz-

bericht. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr: Strausberg, S. 34ff.; Bohnert, Marcel & Schreiber, Björn (Hrsg.)(2016): Die unsichtbaren Veteranen. Kriegsheimkehrer in der deutschen Gesellschaft. Miles: Berlin, S. 35f.

3 Wenige Wochen nach Abzug der internationalen Truppenkontingente und dem offiziellen Ende des Afghanistan-Einsatzes im Juni 2021 rettete die Bundeswehr im Rahmen einer elftägigen Evakuierungsoperation vom 16. bis 26.08.2021 noch über 5.000 Menschen mit einer Luftbrücke aus der afghanischen Hauptstadt Kabul.

4 Vgl. Neitzel, Sönke (2020): Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte. Propyläen: Berlin, S. 532ff.; Shea, Neil (2012): Ready for a fight. German soldiers´ Afghan Mission shifts from Reconstruction and Training to Engaging Enemy. Stars and Stripes, 09.01.2012, pp. 16-17; Bohnert, Marcel (2017): Innere Führung auf dem Prüfstand. Lehren aus dem Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, S. 94ff.; Hansen, Stefan, Bartscher, Michael & Rohschürmann, Michael (Hrsg.)(2023): 20 Jahre Einsatz in Afghanistan. Ein Paradigmenwechsel des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements der Bundesrepublik Deutschland. Nomos: Baden-Baden; Schroeder, Robin & Hansen, Stefan (Hrsg.)(2015): Stabilisierungseinsätze als gesamtstaatliche Aufgabe. Erfahrungen und Lehren aus dem deutschen Afghanistaneinsatz zwischen Staatsaufbau und Aufstandsbewältigung (COIN). Nomos: Baden-Baden; Brinkmann, Sascha, Hoppe, Joachim & Schröder, Wolfgang (Hrsg.)(2013): Feindkontakt. Gefechtsberichte aus Afghanistan. Mittler: Hamburg; Uzulis, André (2024): Der vergebliche Krieg. 20 Jahre Bundeswehr in Afghanistan. Miles: Berlin.

5 In der aktuellen Veteranenliteratur erhält man teils sehr persönliche Einblicke in die Intensität der Missionen in Afghanistan und anderen Einsatzgebieten: Gerstner, Christian (2023): Unter dem Schwert. 15 Jahre im Kommando Spezialkräfte. Miles: Berlin; Vockerodt, Hagen (2024): 1638 Tage im Krieg. Die Kehrseite der Einsatzmedaille. Miles: Berlin; Bohnert, Marcel & Neumann, Andy (2025): Deutsche Panzergrenadiere im Kampfeinsatz in Afghanistan. Miles: Berlin.

6 Vgl. u.a. Schreiber, Björn (2019): Der Veteranenbegriff – Definitionen und deren Bedeutung für das Traditionsverständnis, in: U. Hartmann & C.v. Rosen (Hrsg.): Jahrbuch Innere Führung 2019. Bundeswehr im Aufbruch. Hindernisse von den verteidigungspolitischen Vorstellungen der AfD bis zu den sicherheitspolitischen Meinungen in der Zivilgesellschaft. Miles: Berlin, S. 346ff.; Deutscher Bundestag (2017): Veteranenkonzepte in ausgewählten Ländern. Vergleichende Darstellung. Fachbereich Wissenschaftliche Dienste 2: Berlin, S. 5ff.; Deutscher Bundestag (2016): Kurzinformation. Der Begriff „Veteran“ im militärischen Kontext. Fachbereich Wissenschaftliche Dienste 2: Berlin, S. 1ff.; Weber, Christian (2017): Veteranenpolitik in Deutschland. Die neuen Bande der zivil-militärischen

Beziehungen? Nomos: Baden-Baden; Zentrum Innere Führung (Hrsg.)(2023): Handbuch Innere Führung. BAIUDBw: Bonn/Koblenz, S. 222ff.

7 Leyen, Ursula von der (2018): Tagesbefehl zum Veteranenbegriff. Bundesministerium der Verteidigung: Berlin, 26.11.2018.

8 Als Ortskräfte werden Einheimische bezeichnet, die in den jeweiligen Einsatzländern von der Bundeswehr oder deutschen Behörden engagiert wurden, um als Sprachmittler, Küchenhilfskräfte u.ä. zu arbeiten. Ausführliche Informationen: Düe, Nadine & Forster, Fabian (Hrsg.)(2018): Auch. Wir. Dienten. Deutschland. Über die Zusammenarbeit mit afghanischen Ortskräften während des ISAF-Einsatzes. Bundeszentrale für Politische Bildung: Berlin.

9 Derzeit lautet die Mail-Adresse zur Beantragung des Veteranenabzeichens: BAPersBwVIVeteranenabzeichen@bundeswehr.org [Stand: 01.05.2024].

10 Vgl. Bohnert, Marcel (2023): Neue Kriegsheimkehrer. Der Afghanistan-Einsatz als Treiber der deutschen Veteranenkultur, in: S. Hansen, M. Bartscher & M. Rohschürmann (Hrsg.): 20 Jahre Einsatz in Afghanistan. Ein Paradigmenwechsel des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements der Bundesrepublik Deutschland. Nomos: Baden-Baden, S. 441-459.

11 Webseite des »Veteranenpools«: www.veteranen-pool.net [letzter Abrufversuch: 08.11.2024].

12 Webseite von »Veteranen 5 nach 12«: www.veteranen-info-aufklaerung.org [letzter Abrufversuch: 08.11.2024].

13 Vgl. Egleder, Julia & Bohnert, Marcel (2023): Deutschlands Veteranen. (Über-) Leben nach dem Einsatz. Mittler: Hamburg, S. 274ff.

14 Hashtags sind mit einem Doppelkreuz (Raute) versehene Schlagworte, die der Auffindbarkeit von Inhalten in Sozialen Netzwerken dienen. Nutzerinnen und Nutzer fügen sie in Kommentare und Textzeilen ihrer Postings ein, um größere Reichweiten zu generieren und sich miteinander zu vernetzen.

15 Zur Bedeutung von gesellschaftlichen Aufnahmeritualen für die mentale Gesundheit heimkehrender Soldatinnen und Soldaten: Vgl. u.a. Junger, Sebastian (2016): Tribe. On Homecoming and Belonging. 4th Estate: London.

16 Der gemeinsame Forderungskatalog der wichtigsten Verbände, Organisationen, Projekte und Zusammenschlüsse der deutschen Veteranenbewegung (»Veteranenflyer«) kann aktuell abgerufen werden unter: www.BundeswehrVerband.de/Veteranen [Stand: 08.11.2024].

17 Dazu ausführlich in: Bohnert, Marcel (2024): Vom Schatten ins Licht. Zeitenwende in der deutschen Veteranenkultur. Miles: Berlin.

18 Die »Invictus Games« wurden 2014 durch Prinz Harry, Herzog von Sussex, als internationaler paralympischer Sportwettkampf für verwundete Soldatinnen und Soldaten ins Leben gerufen.

19 Vgl. u.a. Mössbauer, Carina (2023): Mehr Anerkennung für die Bundeswehr. Soldaten fordern Veteranentag! Bild.de, 07.08.2023; Bohnert, Marcel (2023): Es ist Zeit für einen Veteranentag! bundeswehr-journal.de, 06.09.2023; Krämer, Eva (2023): Veteranen sollen aufstehen – Afghanistan-Veteran veröffentlicht neuen Song. Bundeswehrverband.de, 03.11.2023; Gersemann, Katja (2023): Der DBwV macht sich weiter für eine echte Veteranenkultur stark. Die Bundeswehr, 2, S. 40; Bohnert, Marcel (2023): Ein Marsch, der ins Bewusstsein dringt. Die Bundeswehr, 8, S. 3; Strauß, Hagen (2023): Bundeswehrverband fordert Veteranentag für Soldaten. Rheinische Post, 04.09.2023, S. A3; Hemicker, Lorenz (2023): Portraits gegen die Beliebigkeit. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.12.2023, S. 6.

20 Vgl. u.a. Der Spiegel (2023): Anerkennung für Militärangehörige. Scholz spricht sich für Veteranentag aus. Spiegel Online, 10.11.2023; dpa (2023): Wehrbeauftragte will für jährlichen Veteranentag werben. Zeit Online, 09.09.2023; dpa (2023): Pistorius offen für Veteranentag. Zeit Online, 10.09.2023.

21 Vgl. Michel, Alexander (2024): Alle finden den Veteranentag für die Bundeswehr gut – aber schönes Wetter sollte schon sein! Südkurier, 21.03.2024.

22 Özoğuz, Aydan (2024): Feststellung des Beschlusses zum Tagesordnungspunkt »Antrag der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP mit dem Titel „Für eine umfassende Wertschätzung – Einen nationalen Veteranentag einführen und die Versorgung von Veteranen und deren Familien verbessern“«. bundestag.de, 25.04.2024; Für den Antrag gestimmt haben die Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP sowie AfD. Gegen den Antrag stimmte die Gruppe Die Linke.

23 Vgl. Hauck, Uli (2024): Bundestag beschließt nationalen Veteranentag am 15. Juni. BR24, 25.04.2024; Jungbluth, Frank (2024): Deutschland versöhnt sich mit der Truppe. BundeswehrVerband.de, 25.04.2024; Kaminski, Simon (2024): Anerkennung für deutsche Soldaten: Bundestag beschließt Veteranentag. Augsburger Allgemeine, 25.04.2024.

24 Vgl. Bohnert, Marcel & Schreiber, Björn (Hrsg.)(2016): Die unsichtbaren Veteranen. Kriegsheimkehrer in der deutschen Gesellschaft. Miles: Berlin, Testimonial Bucheinband.

25 Vgl. Kormbaki, Marina (2024): Land der Veteranen. Spiegel Online, 25.04.2024.

26 Politische Stiftungen sind den im Bundestag vertretenen Parteien nahestehende Organisationen. Das Bundesministerium des Innern und für Heimat fördert derzeit die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD-nah), die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU-nah), die Hanns-Seidel-Stiftung (CSU-nah), die Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP-nah), die Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Die Grünen-nah) sowie die Rosa-Luxemburg-Stiftung (Die Linke-nah). Die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung wird derzeit nicht gefördert, unter anderem, da ein staatlicher

Förderanspruch grundsätzlich erst ab der dritten Legislaturperiode der nahestehenden Partei im Bundestag besteht.

27 Der »Tag der Bundeswehr« ist ein Tag der offenen Tür, der seit 2015 jährlich Anfang Juni an verschiedenen Bundeswehr-Standorten durchgeführt wird. Zur Sorge der aktiven Truppe vor möglichen Mehrbelastungen durch einen Veteranentag: Vgl. Werner, Julian (2024): Brauchen wir einen Veteranentag? Pro und Contra. Loyal, Magazin für Sicherheitspolitik, 1, S. 7.

28 Vgl. u.a. Natour, Karim (2024): Orden fürs Morden. Deutsches Parlament beschließt nationalen Gedenktag für Bundeswehr-Veteranen am 15. Juni. Junge Welt, S. 1; Bartsch, Dietmar (2024): Rede zum Tagesordnungspunkt »Antrag der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP mit dem Titel „Für eine umfassende Wertschätzung – Einen nationalen Veteranentag einführen und die Versorgung von Veteranen und deren Familien verbessern“«. bundestag.de, 25.04.2024.

‚Modernisierung des Wehrdienstes' – jetzt!

Ein innovativer Gesetzesentwurf aus dem Verteidigungsministerium - August 2025

Dietrich Achim Kluge

Die Vorlage eines Gesetzesentwurfes zur Änderung wehrrechtlicher Vorschriften stößt im Regelfall auf wenig Interesse. Im Fall des in den ersten Tagen des August 2025 vorgestellten Referentenentwurfs eines Gesetzes zur Modernisierung des Wehrdienstes kann dagegen von einem der ersten – wenn nicht dem ersten – ernsthaften Versuch gesprochen werden, nach drei Jahren realen Krieges in Europa zivilgesellschaftliche Blockaden gegen den „Staatsbürger mit Uniform" aufzulösen.

Das „heikle P-Wort" (DER SPIEGEL, 15/2025) eines Pflichtdienstes zum Schutz der „deutschen Staatlichkeit", wie sie sich aus der Kommentierung des Grundgesetzes ergibt – herausgegeben von einem ehemaligen Bundespräsidenten und einem ehemaligen Verteidigungsminister – steht dabei im Kern der Argumentation. Eine medial vernetzte, reflexartig reagierende Allianz grundsätzlicher Pflicht-Gegner bedient sich dazu der Äußerungen allgegenwärtiger Bedenkenträger, auch aus der Bundeswehr.

Der insbesondere seit der Attraktivitäts-Agenda Ministerin von der Leyens stets und auch entgegen dem prognostizierten demographischen Zahlenwerk wiederholte Ruf nach einfach „noch mehr Attraktivität" verschleppt die Problematik, statt sie zu lösen. Daneben bleiben Versuche halbherzig, die, wie die Einführung der Grundbeorderung aller ausscheidenden Soldaten auf einen realen Dienstposten, immer wieder erst der freiwilligen Erprobung ausgesetzt werden, ohne dass konkrete Änderungen erfolgen.

Denn die Generierung eines ganz erheblich den vorhandenen Personalkörper – und seine ohnehin verstetigten Defizite – übersteigenden Verteidigungsumfangs bildet tatsächlich den alternativlosen Nukleus des Verfassungsgebots zur Verteidigung ab. Die Nichterfüllung oder auch nur die fahrlässige Verweigerung einer Erfüllung dieser Grundlage zur Verteidigung der Staatlichkeit kann als Verstoß gegen den Gedanken der Verfassung gewertet werden, der den (Fort-) Bestand des Staates garantiert.

Hinzu tritt eine nicht nur durch neuartige hybride Szenare, sondern auch logistische Erfordernisse begründete Phase notwendiger zivil-militärischer Vorbereitungen vor einer Verkündung des Spannungs- und Verteidigungsfalls, die zu regeln ist. Wenn im Irak-Krieg 2011 über die Hälfte des amerikanischen Personals nicht mehr originär dem Militär entstammte, zeigt es die Dimension, die strategisches Handeln erfordert.

Bereits die 2003 verfügte Zerschlagung der gewachsenen und bis 2011 überwiegend noch aus der Wehrpflicht zumindest rudimentär weiter generierten Reserve hat den Verteidigungsauftrag existentiell berührt: einen nicht beliebig je nach der Tagespolitik reduzierbaren Nukleus, dessen Rekonstitution regelmäßig etwa 10 Jahre erfordert.

Insoweit hat das Sediment der inneren Distanz – oft auch innerhalb der Streitkräfte und im Ministerium – zur Reserve mit all ihren Defiziten und Eigenständigkeiten eine zweifelhafte Lageentwicklung beschleunigt: Eine Neue Reserve generiert sich nicht mehr nur aus ehemaligen Soldaten, aus Wehrpflichtigen, die Erfahrung, Fähigkeiten und Systemkenntnisse in aktiven Truppenteilen und in Szenaren erworben haben, die den zukünftig erforderlichen ähnlicher waren als die Missionen der letzten Zeit.

Wenn die Zahl der Meldungen zu den Streitkräften angesichts des Krieges faktisch wächst, zeigt das eine gesellschaftliche Bereitschaft, die Politik nicht ignorieren kann: Polemos Pater Panton – der Krieg als (umstrittener) Vater aller Dinge, schafft Fakten.

Dieser Beitrag soll die Debatte um Wehrdienst auf ihre Grundlagen zurückführen.

Übersicht:

1. Modernisierung des Wehrdienstes, Gesetzesentwurf und Gesetzesbegründung (Auszug)
2. Aussetzung der Wehrpflicht 2011, Gesetzesentwurf und Gesetzesbegründung (Auszug)

Essay: Ministerielle Folgerungen und Folgen für die Personalgenerierung

3. Verfassungsgebot Verteidigung, Kommentierung Grundgesetz (Auszug)

„Erstens das demokratische Selbstverständnis, wonach Bürger ihre wohlerworbenen Rechte und ihre staatliche Verfassung selber verteidigen dürfen, sollen und müssen…die Wehrpflicht ein Kind der Demokratie (Theodor Heuss)

…die Vorstellung, dass zum Bürgersein auch Bürgerpflichten gehören. Die Aufforderung, sich für das eigene Gemeinwesen aktiv zu engagieren, steckt auch in dem so beliebten Begriff der Zivilgesellschaft

Zweitens …die Vorstellung, dass zum Bürgersein auch Bürgerpflichten gehören. Die Aufforderung, sich für das eigene Gemeinwesen aktiv zu engagieren, steckt auch in dem so beliebten Begriff der Zivilgesellschaft".

(Ute Frevert in: ZEIT, Die Deutschen und ihre Soldaten, 2018)

1. Modernisierung des Wehrdienstes

Das Bundesministerium der Verteidigung hat aktuell einen Gesetzesentwurf zur Modernisierung des Wehrdienstes vorgelegt, der Zwangsmaßnahmen zum Aufwuchs der Streitkräfte vorsieht. Dieses Vorhaben kann in letzter Konsequenz als Ausdruck einer dramatisch unzureichenden Personallage für die Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung verstanden werden.

Der Gesetzesentwurf durchläuft eine Partizipationsphase in der Verbändebeteiligung. Mit deutlicher Kritik an Folgen der Wehrpflicht-Aussetzung 2011 wird nicht gespart. Bereits die auszugsweise wiedergegebene Gesetzesbegründung zeigt die Brisanz:

1.1 Gesetzesbegründung (Auszug)

A. Problem und Ziel

Angesichts der massiven Verschärfung der Bedrohungslage in Europa infolge des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wird die Bundeswehr noch konsequenter auf die Landes- und Bündnisverteidigung ausgerichtet. Dieser Kernauftrag ist strukturbestimmend (…)

Diesen veränderten Anforderungen werden unsere Streitkräfte nur gerecht, wenn sie über einsatzbereite, kaltstartfähige und durchhaltefähige Einheiten, Verbände und Großverbände verfügen. Dies bedingt neben einer Optimierung der materiellen Ausstattung auch eine erhebliche Verbesserung der personellen Aufwuchs- und Durchhaltefähigkeit im Spannungs- oder Verteidigungsfall. Der deutsche Beitrag zur Bündnisverteidigung und die Aufgaben der unmit-

telbaren Landesverteidigung im Rahmen der nationalen und NATO-Verteidigungsplanung erfordern einen deutlich höheren Friedensumfang an aktiven Soldatinnen und Soldaten. Angesichts dieser Herausforderungen bedarf es neuer Ansätze, um in größerem Maße als bisher den für eine glaubhafte Abschreckung erforderlichen Personalumfang zu gewinnen. Im Falle der Landes- und Bündnisverteidigung ist insgesamt von einem notwendigen Verteidigungsumfang von 460 000 Soldatinnen und Soldaten einschließlich der Reserve auszugehen. Der für den Verteidigungsbeitrag erforderliche Personalumfang ist im Frieden zu erheblichen Teilen nicht aktiv, muss jedoch schnell aus einer stabilen und einsatzbereiten Reserve aufwachsen können. Eine qualitativ wie quantitativ starke Reserve ist unverzichtbar (…)

Mit der Aussetzung der verpflichtenden Einberufung zum Grundwehrdienst durch das Wehrrechtsänderungsgesetz 2011 vom 28. April 2011 (BGBl. I S. 678) sind auch die Strukturen für eine Wehrerfassung, Musterung und Einberufung zum Grundwehrdienst (insbesondere die 52 Kreiswehrersatzämter) weggefallen, obwohl die auf Artikel 12a des Grundgesetzes (GG) und dem Wehrpflichtgesetz (WPflG) beruhende Wehrpflicht für deutsche Männer als potenzielle Verpflichtung weiterbesteht. Dies hat zur Folge, dass heute kein umfassendes Lagebild hinsichtlich der jeweils der Wehrpflicht unterfallenden Geburtsjahrgänge und deren Bereitschaft sowie ihrer Fähigkeiten für einen Wehrdienst vorliegt (…)

Mit der Schaffung entsprechender gesetzlicher Rahmenbedingungen ist auch eine Grundlage dafür gegeben, schon jetzt die notwendigen militärischen und administrativen Strukturen zu etablieren, die im Falle einer verpflichtenden Heranziehung erforderlich sind.

B. Lösung

Um die genannten Ziele zu erreichen, werden mit diesem Entwurf die gesetzlichen Grundlagen für einen neuen attraktiven Wehrdienst geschaffen; hierzu werden das WPflG und das Soldatengesetz (SG) geändert. Der Neue Wehrdienst basiert zunächst auf Freiwilligkeit, enthält mit der für Männer verpflichtenden Bereitschaftserklärung und der Wiedereinführung der Musterung von vornherein aber auch verpflichtende Elemente. Zudem wird der Bundesregierung die Möglichkeit eingeräumt, mit Zustimmung des Deutschen Bundestages die verpflichtende Heranziehung von Wehrpflichtigen zu veranlassen, wenn die verteidigungspolitische Lage dies erfordert und attraktivitätssteigernde Maßnahmen zur Erhöhung freiwilliger Bewerbungen nicht rechtzeitig

wirksam werden. Der Neue Wehrdienst soll durch eine deutlich gesteigerte Attraktivität, Wertschätzung und einen sinnhaften, anspruchsvollen Dienst die Bereitschaft zum Wehrdienst dauerhaft und signifikant steigern. Dazu gehört auch, den Anteil von Frauen und von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Bundeswehr zu erhöhen. Hierfür bietet die hier vorgesehene Lösung den gesetzlichen Rahmen. Notwendig ist darüber hinaus eine modernisierte Wehrerfassung, um effektiver und zielgerichtet das Potenzial der Wehrpflichtigen sowie der jetzigen und künftigen Reservistinnen und Reservisten zu erfassen. So wird die im WPflG verankerte Erfassung unabhängig vom Spannungs- oder Verteidigungsfall reaktiviert und gleichzeitig an das aktuelle Melderecht und die damit verbundenen IT-gestützten Verfahren angepasst (…)

Darüber hinaus wird nicht wehrpflichtigen Personen die Möglichkeit einer freiwilligen Teilnahme an der vorgesehenen Befragung eingeräumt. Mit der Wiedereinführung der Musterung soll ein konkreteres Lagebild ermöglicht werden, wie viele Wehrpflichtige wirklich für einen Wehrdienst zur Verfügung stehen. Dies ermöglicht auch einen Zeitgewinn, wenn die verpflichtende Heranziehung zum Grundwehrdienst aktiviert werden muss, weil dann bereits Musterungsdaten zur Verfügung stehen und nicht erst in dieser Situation erhoben werden müssen. Da die entsprechenden Strukturen erst aufgebaut werden müssen, ist jedoch vorgesehen, verpflichtende Musterungen beginnend erst ab dem 1. Juli 2027 durchzuführen (…)

Das gezielte Ansprechen der jüngeren Jahrgänge, die in beruflicher, persönlicher oder familiärer Hinsicht oft noch nicht nachhaltig etabliert sind, erscheint dabei zunächst auch erfolgversprechender als das Ansprechen älterer Jahrgänge, die sich häufiger bereits in einer beruflich und familiär verfestigten Lebenssituation befinden, aus der heraus sich eine Entscheidung für den Wehrdienst nur noch schwer treffen lässt (…)

Rechtlich wird der Neue Wehrdienst nicht durch die Einführung einer neuen Wehrdienstform geregelt, sondern vielmehr durch die Aufgabe des bisherigen freiwilligen Wehrdienstes als besonderes staatsbürgerliches Engagement (FWDL) nach den bisherigen §§ 58b ff. SG. Alle befristet dienenden Soldatinnen und Soldaten werden künftig in das Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Sol daten auf Zeit (SaZ) berufen (…)

Für freiwillig dienende Soldatinnen und Soldaten gibt es künftig nur zwei Statusgruppen (SaZ und BS), die im Falle einer Aktivierung der Wehrpflicht noch

um die auf Grund der Wehrpflicht dienenden Soldaten ergänzt würde (…)

Ein Element des Entwurfs ist zudem die Möglichkeit, die Verpflichtung zum Grundwehrdienst unter bestimmten strengen Voraussetzungen wieder aufleben lassen zu können. Durch das Wehrrechtsänderungsgesetz 2011 war festgelegt worden, dass die §§ 3 bis 53 WPflG – und damit alle unmittelbar aus der Wehrpflicht folgenden Verpflichtungen – aus schließlich im Spannungs- oder Verteidigungsfall Geltung erlangen. Dies wird der aktuellen Bedrohungslage und dem gegebenenfalls bestehenden Erfordernis eines schnellen Personalaufwuchses der Streitkräfte nicht mehr gerecht. Vielmehr bedarf es einer Rechtsgrundlage, nach der Wehrpflichtige auch außerhalb des Spannungs- oder Verteidigungsfalls zur Ableistung des Grundwehrdienstes einberufen werden können, wenn die verteidigungspolitische Lage einen schnellen Aufwuchs der Streitkräfte zwingend erfordert, der auf freiwilliger Grundlage nicht erreichbar ist. Der formalen Feststellung des Spannungs- oder Verteidigungsfalls kann auch je nach sicherheitspolitischer Lage eine eskalatorische Wirkung zu kommen, die politisch nicht gewollt sein mag. Der Gesetzentwurf sieht hierzu vor, dass die Bundesregierung unter den genannten Voraussetzungen durch Rechtsverordnung die Einberufung zum Grundwehrdienst anordnen kann. Diese Rechtsverordnung setzt die Zustimmung des Bundestages voraus, da die Entscheidung über die verpflichtende Heranziehung wegen der damit verbundenen Grundrechtsrelevanz einer parlamentarischen Beteiligung bedarf und nicht allein der Exekutive überlassen werden kann (…)

C. Alternativen

Keine.

1.2. Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Wehrdienstes – Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WDModG) Stand 30.07.2025

Änderung des Wehrpflichtgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. August 2011

(…) § 2a Verordnungsermächtigung
Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundestages bedarf, anzuordnen, dass ungediente Wehrpflichtige zum Grundwehrdienst nach § 5 einberufen werden, wenn die verteidigungspolitische Lage einen schnellen Aufwuchs der Streitkräfte zwingend erfordert, der auf freiwilliger Grundlage nicht erreichbar ist. Die Dauer des Grundwehr-

dienstes ist in der Rechtsverordnung in Monaten festzulegen. Sie beträgt mindestens sechs und höchstens zwölf Monate. Die Rechtsverordnung bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrates. (Hervorhebung d. Verf.)

§ 4 wird wie folgt geändert:
Absatz 1 wird durch den folgenden Absatz 1 ersetzt:
„(1) Der nach Maßgabe dieses Gesetzes zu leistende Wehrdienst umfasst
1. den Grundwehrdienst (§ 5)
2. die Wehrübungen (§ 6)
3. die freiwillige Verlängerung des Grundwehrdienstes (§ 6a) und
4. den unbefristeten Wehrdienst im Spannungs– und Verteidigungsfall."
(…)

„§15 Erfassung
(1) Das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr darf zum Zweck der Wehrerfassung die Daten Wehrpflichtiger nach den §§34, 34a, 38 und 39 des Bundesmeldegesetzes verarbeiten" (…)

„§ 6a Freiwillige Verlängerung des Grundwehrdienstes
(1) Wehrpflichtige können ihren Grundwehrdienst freiwillig um mindestens einen, längstens fünf Monate verlängern."

2. Aussetzung der Wehrpflicht 2011

2.1 Begriffsdefinition Wehrpflicht

Die Wehrpflicht ist in Artikel 12a Absatz 1 GG geregelt: „Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband einberufen werden".

Sie wurde 1956 in der Bundesrepublik und 1962, unmittelbar nach dem Mauerbau, in der damaligen DDR eingeführt. Dort erstreckte sie sich im ‚Ernstfall' auch auf Frauen.

„Aussetzung der Wehrpflicht" ist ein politischer Begriff und kein Rechtsbegriff. Faktisch bezieht sich die Aussetzung lediglich auf „die verpflichtende Einberufung zur Ableistung des Grundwehrdienstes" (vgl. BMVg, Recht).

2.2 Politische Entwicklung seit 2010

Bundesminister zu Guttenberg hat noch 2010 die Bedeutung der Wehrpflicht für „moderne leistungsfähige Streitkräfte…als Instrument unserer gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge“ Deutschlands hervorgehoben:

„Die allgemeine Wehrpflicht als Ausdruck des wehrhaften Staates hat sich in Deutschland als die für unser Land beste und geeignetste Wehrform erwiesen. Sie berücksichtigt nicht nur unsere geschichtlichen Erfahrungen und entspricht unserem Demokratieverständnis, sondern ist auch Ausdruck der Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwesen. Darüber hinaus ist die Wehrpflichtarmee eine moderne und professionelle und die ‚intelligentere Armee‘ (zu Guttenberg)“.

Darüber hinaus ist die Wehrpflichtarmee eine moderne und professionelle und die ‚intelligentere Armee‘ (zu Guttenberg)

Die Allgemeine Wehrpflicht ist 2010 ebenfalls Bestandteil des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und FDP. Gleichwohl wird sie mit Wirkung vom 01.07. 2011 faktisch beendet.

Vorhergehend war der Planungsstand zum Modell W6 (März 2010):

„Laut Auskunft der federführenden Ministerien ist beabsichtigt, dass Grundwehrdienstleistende, die jährlich zu acht Terminen einberufen werden könnten, ein integraler Bestandteil der Streitkräfte bleiben. Nach einer zweimonatigen Basisausbildung – in bestimmten Bereichen könne diese um einen Monat verlängert werden – würden die Grundwehrdienstleistenden (GWDL) bis zu vier Monate auf einem Funktionsdienstposten eingesetzt, bei dem ihre zivilberuflichen Qualifikationen stärker berücksichtigt werden sollen. Die Einberufungsquote soll auf 50.000 Grundwehrdienstleistende erhöht werden, wodurch die Ausschöpfungsquote auf 90 Prozent ansteigt. Die durch die reduzierte Wehrpflichtzeit kürzere Verfügbarkeit müsse durch die länger Dienenden, die sog. Freiwillig Zusätzlichen Wehrdienst Leistenden (FWDL) ausgeglichen werden, die zu einem Großteil aus den GWDLern rekrutiert werden.“ (Kastner, Vorsitzende VgA, 2010)

2.3 Rechtliche Grundlagen der Aussetzung

Grundlage sind das Gesetz zur Änderung wehrrechtlicher Vorschriften (Wehrrechts-Änderungsgesetz) vom 28.04.2011, Gesetzentwurf BT-Drucksache 17/4821 (BGBl I 2011 Nr. 19 S. 678), und Folgeregelungen des Wehrpflichtgesetzes, des Soldatengesetzes, des Wehrsoldgesetzes, des Arbeitsplatzschutzgesetzes, des Unterhaltssicherungsgesetzes, des Soldatenversorgungsgesetzes sowie weiterer Vorschriften.

„Mit dem Gesetz zur Änderung wehrrechtlicher Vorschriften im Jahr 2011 wurde die Wehrpflicht bei einer deutlich geringeren Gesamtstärke der Streitkräfte (180.000 Soldaten, davon 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten) „ausgesetzt". Der – politische – Begriff „aussetzen" suggeriert eine lediglich vorübergehende, provisorische Maßnahme. Unstreitig dürfte diese Entscheidung aber Ausdruck des politischen Gestaltungsspielraums des einfachen Gesetzgebers sein, weil dem Grundgesetz gerade keine Verpflichtung auf das Modell der Wehrpflicht zu entnehmen ist."

Bei dieser gesetzgeberischen Entscheidung ist aber zu berücksichtigen, dass die Wehrpflicht als solche in Ansehung Art. 12a GG weiter fortbesteht; sie ist lediglich suspendiert, also weder außer Kraft noch außer Vollzug gesetzt.

„Bei dieser gesetzgeberischen Entscheidung ist aber zu berücksichtigen, dass die Wehrpflicht als solche in Ansehung Art. 12a GG weiter fortbesteht; sie ist lediglich suspendiert, also weder außer Kraft noch außer Vollzug gesetzt. Der Gesetzgeber hat sich vielmehr dafür entschieden, die Pflicht zum Wehrdienst nach § 2 WPflG auf den Spannungs- und Verteidigungsfall (Art. 80a, 115a GG) zu beschränken."
(Dürig/Herzog/Scholz, Grundgesetz Kommentar, Art. 12a Rn. 18, 19; C.H. Beck, München 2024)

2.4 Gesetzesbegründung zur Aussetzung 2011

„Mit der Änderung des Wehrpflichtgesetzes wird die Aussetzung der Wehrpflicht unter Fortentwicklung des freiwilligen Wehrdienstes nach dem Wehrpflichtgesetz realisiert. Darüber hinaus wird das (Wehr-)Übungsrecht vereinheitlicht.

Die allgemeine Wehrpflicht stellt einen erheblichen Grundrechtseingriff dar. Ihre konkrete Ausgestaltung und Durchführung ist deshalb auf ihre weitere Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit hin regelmäßig zu überprüfen. Als

Ergebnis einer auf den verfassungsrechtlichen Auftrag der Bundeswehr bezogenen umfassenden Abwägung der Grundrechte der jungen Männer, sicherheits- und gesellschaftspolitischer Gesichtspunkte sowie wirtschafts- und allgemeinpolitischer Aspekte soll die Bundeswehr neuausgerichtet und die gesetzliche Verpflichtung zur Wehrdienstleistung nach dem Wehrpflichtgesetz außerhalb des Spannungs- und Verteidigungsfalls ausgesetzt werden.

2.5 Parlamentarische Begründung für die Aussetzung 2011

Insbesondere die dauerhaft veränderte sicherheits- und verteidigungspolitische Lage kann den Grundrechtseingriff durch gesetzliche Pflichtdienste nicht mehr rechtfertigen.

Mit der Aussetzung der Pflichtdienste wird die Wehrpflicht nicht abgeschafft. Vielmehr sollen die Pflichtdienste künftig nach der im Grundgesetz geregelten Feststellung des Spannungs- oder Verteidigungsfalles wiederaufleben. Diese auflösende Bedingung garantiert die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zum Schutz der Bundesrepublik Deutschland und ihrer verfassungsmäßigen Ordnung. Solange ein militärischer Angriff im größeren Rahmen gegen die Bundesrepublik Deutschland oder ihre Bündnispartner nicht ausgeschlossen werden kann, kann auf eine zumindest konzeptionelle Rekonstitutionsfähigkeit nicht verzichtet werden.“ (BT-Drucksache 17/4821)

Solange ein militärischer Angriff im größeren Rahmen gegen die Bundesrepublik Deutschland oder ihre Bündnispartner nicht ausgeschlossen werden kann, kann auf eine zumindest konzeptionelle Rekonstitutionsfähigkeit nicht verzichtet werden.

Im Ergebnis stehen in Deutschland nach der ‚Aussetzung‘ der Wehrpflicht 2011weder ad-hoc verfügbare Umfänge als militärische Personalverstärkung zur Verfügung, noch wird das quantitativ erforderliche ebenso wie auch das wissensorientiert qualitative High-Value-Potential der Staatsbürger für den aktuell nicht mehr so „unwahrscheinlichen Fall“ (VPR 2003) der Verteidigung Deutschlands überhaupt irgendwie erreicht.

2.6 Ministerielle Folgerungen und Folgen für die Personalgenerierung: Trendwende Personal durch ‚Attraktivitäts-Agendae‘ am Markt - eine Chimäre?

Wurde durch fehlende Weichenstellungen vor 10 Jahren ein Jahrzehnt versäumt? Das letzte Weißbuch zeigt Defizite in der Strategischen Vorausschau

auf Reserve und Verteidigungsumfang: Die oft apostrophierte `Flughöhe` des WEISSBUCHS 2016 als Dachdokument hätte ein abstrakter Hinweis auf Rekonstitution nicht behindert. Vielfach waren nach der Eskalation des Ukrainekonflikts und den beim 2014 NATO Wales Summit aufgestellten Forderungen an Deutschland eindeutige Überlegungen zu einem Paradigmenwechsel und militärstrategische Maßnahmen erwartet worden.

Die Behauptung einer friedfertig „dauerhaft veränderten sicherheitspolitischen Lage", die die Parlamentarische Begründung der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 noch bestimmte, konnte 2016 ernstzunehmend nicht mehr aufrechterhalten werden. Das politische Berlin durchzog indes weiterhin das libertäre Idealbild uneingeschränkter ‚zivilgesellschaftlicher' Freiwilligkeit gegenüber Erfordernissen staatlichen Handelns.

Begriffe wie „Logistik-Drehscheibe" oder „Transitland Deutschland" belebten zwar neu den sicherheitspolitischen Diskurs; auch wurde das offensichtliche Scheitern der - die übrigen Streitkräfte lähmenden - AFGHANISTAN-Mission bereits deutlich. Bestimmend wirkte aber medial befeuerte Kritik an der Bundeswehr selbst wegen „Mobbing, Rohheitsdelikten und Sexueller Gewalt" sowie (Rechts-)Radikalismus.

Entgegen mancher Meinung erfolgt in dem WEISSBUCH 2016 dann keine Priorisierung der Landes- und Bündnisverteidigung, geschweige denn eine Abkehr vom System, in einem großen Topf der Ziele lediglich ‚Priorisierungen' vorzunehmen. Der Schritt zur erforderlichen strategischen Eindeutigkeit wurde erst später in den konzeptionellen Folgedokumenten vorgenommen.

So spiegelt das WEISSBUCH 2016 als sicherheits- und verteidigungspolitisches Dachdokument der Bundesregierung – abgestimmt zwischen AA, BMVg und BMZ – die Vorrangstellung des Verteidigungsauftrags gegenüber besonders Internationalen Krisenmissionen (IKM) nicht eindeutig wider. In dem Kapitel

„Herausforderungen für die deutsche Sicherheitspolitik" (WB 2016 2.2, S. 34-45) folgen in der Aufzählung der Herausforderungen die „zwischenstaatlichen Konflikte" erst auf Rang drei und in überwiegender Beschränkung auf „hybride" Vorstufen:

- Transnationaler Terrorismus
- Herausforderungen aus dem Cyber- und Informationsraum

- *Zwischenstaatliche Konflikte:*
  „Hybride Bedrohungen verlangen nach hybrider Analysefähigkeit sowie entsprechender Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit.
  Dies hat maßgebliche Auswirkungen auf den Charakter und unser Verständnis von Landes- und Bündnisverteidigung im 21. Jahrhundert."
- Weltweite Aufrüstung und Fragile Staatlichkeit und schlechte Regierungsführung
- Proliferation
- Gefährdung der Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien und der Sicherheit der Rohstoff- und Energieversorgung
- Klimawandel
- Unkontrollierte und irreguläre Migration („Radikalisierungspotential…in rasch wachsenden Gesellschaften", S. 44)
- Pandemien und Seuchen

Maßstab der Verteidigungspolitischen Richtlinien 2003 war: „Im zurückliegenden Jahrzehnt hat sich das Einsatzspektrum der Bundeswehr grundlegend verändert…"

Notwendig bleibt vielmehr eine Befähigung, die es erlaubt, die Landesverteidigung gegen einen Angriff mit konventionellen Streitkräften innerhalb eines überschaubaren längeren Zeitrahmens wieder aufzubauen. Dies erfordert die Beibehaltung der Wehrpflicht.

Unterhalb der Ebene der Weißbücher (1994, 2006, 2016) als Dachdokumente sind Verteidigungspolitische Richtlinien (VPR) Anweisung politisch gewollter Umsetzung: „Ausschließlich für die herkömmliche Landesverteidigung gegen einen konventionellen Angreifer dienende Fähigkeiten werden angesichts des neuen internationalen Umfelds nicht mehr benötigt. Sie können zudem angesichts der knappen, zur Schwerpunktbildung zwingenden Ressourcenlage nicht mehr erbracht werden, ohne dass sich dies nachteilig auf die künftig erforderlichen Fähigkeiten auswirkt.

Notwendig bleibt vielmehr eine Befähigung, die es erlaubt, die Landesverteidigung gegen einen Angriff mit konventionellen Streitkräften innerhalb eines überschaubaren längeren Zeitrahmens wieder aufzubauen. Dies erfordert die Beibehaltung der Wehrpflicht.

Darüber hinaus müssen die Streitkräfte – eingebettet in gesamtstaatliches Handeln – zu einem angemessenen Beitrag zur Verhinderung, Abwehr und Bewältigung von terroristischen Anschlägen und zum Schutz Deutschlands

vor asymmetrischen Angriffen von außen im Rahmen der geltenden Gesetze befähigt sein.

Auch hierfür ist die Beibehaltung der Wehrpflicht unerlässlich." (VPR 2003, 62)

‚Trendwende Personal' und ministerielle Phraseologie: Marktwirtschaftlich dominierte Personalgenerierung für das Verfassungsgebot der Verteidigung.

„Onboarding & Inprocessing" („wie ‚Abspringer' noch vor Dienstantritt [können] …minimiert werden", BMVg)

Die Rekonstitution des Verteidigungsumfangs in funktionsfähiger Reservestruktur und der erforderlichen Dimension bedarf einer weiten strategischen Vorausschau. Für eine strukturierte Rekonstitution und den erforderlichen Aufwuchs des Personals in diesem Planungshorizont wird faktisch ein Zeitrahmen von 10 Jahren angesetzt.

Das WEISSBUCH 2016 hätte diese Rahmenbedingungen für 2025 setzen können. Denn der Ministerin lagen sowohl die Forderungen des 2014 NATO Wales Summit nach dem ersten Ukraine-Krieg, wodurch Deutschland als ‚Logistikdrehscheibe' und ‚Transitland' verpflichtet ist, als genauso die demographischen Prognosen mit dem Zahlenwerk für das qualifizierte Absolventenaufkommen in Deutschland für 2025 vor.

Demographische Prognose (2016) für das Jahr 2025: bereits rein statistisch 11 v.H. weniger Bewerber für die Personalgenerierung der Bundeswehr.

Spätestens über den 7-Jahres-Planungshorizont im Jahr 2025 hinaus spricht die Demographieentwicklung mit einer Absenkung der Schulabsolventen-Zahlen um 11 Prozent - von rund 850.000 in 2015 auf rund 750.000 in 2025 - eindeutig dafür, dass Bewerberzahlen signifikant einbrechen und die Verteidigungsfähigkeit gefährdet ist. Von 856.000 Schulabgängern hatten 103.000 keine deutsche Staatsbürgerschaft und 30.000 gesundheitliche Einschränkungen (2016). Weil von den Verbleibenden 615.000 „kein Interesse am Soldatenberuf" zeigten, verblieb als Potential 108.000. Die Absolventen und Abgänger allgemeinbildender Schulen lagen 2005 knapp über 950.000, 2015 knapp unter 850.000 und werden 2025 vorausberechnet knapp über 750.000 liegen (Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz).

Damit war 2016 offenkundig, dass der Bundeswehr 2025 bereits statistisch 11 v.H. weniger Bewerber zur Generierung als Soldaten zur Verfügung stehen werden.

Militärischer Paradigmenwechsel:

„Ende des Dornröschenschlafs" (2017)

Den intern erkannten Handlungsbedarf verdeutlicht die Weisungslage

- „Streichen des Begriffs ‚Priorisiertes Fähigkeitsprofil', setzen des Begriffs ‚Fähigkeitsprofil der Bundeswehr'
- Alle Aufgaben werden gleichrangig (erstmalig!), aber nicht gleichzeitig erfüllt
- Die Bundeswehr richtet sich nicht mehr an den wahrscheinlichen Aufgaben aus
- Das Handlungs- und Leistungsvermögen der Bundeswehr für LV/BV… wird zum ‚strukturbestimmenden' Planungsparameter
- LV/BV – zusammen mit der nationalen Krisenvorsorge und der Basis Inland – bestimmt die Grundaufstellung der Bw, aus der heraus mit einem Single Set of Forces alle weiteren Aufgaben erfüllt werden."

Strategische Überlegungen zur Wehrpflicht und der Reserve vor 10 Jahren

Ein direkter Bezug zur Wiedereinsetzung der Wehrpflicht zur Landesverteidigung unter Berücksichtigung des Zeitfaktors und das Beispiel eines – eben nicht real vorgehaltenen - erforderlichen Kräftedispositivs geht aus Überlegungen der Planungsabteilung hervor:

„Aufwuchs und Mobilmachung der Bundeswehr sind (zur Landesverteidigung) auszulösen, wobei deren Wirkung nur bei rechtzeitiger Vorwarnzeit entstehen kann.

Gerade unter den Bedingungen einer hybriden Kriegsführung muss davon ausgegangen werden, dass die zur Verfügung stehende Reaktionszeit nicht ausreicht, um beispielsweise die Wehrerfassung aufzunehmen, die Wehrpflicht wieder einzusetzen und Wehrpflichtige einzuberufen, auszubilden und in die Bundeswehr zu integrieren.

Hieraus ergeben sich drei wesentliche Forderungen:

Zum einen müssen Reservistenverbände aufgestellt bzw. dazu befähigt werden, sehr schnell aktiviert und integriert zu werden, um beispielsweise Unterstützungs- und Schutzaufgaben mit nur sehr geringer Vorbereitungszeit zu übernehmen“ (…)
(Heutiger Charakter Landes- und Bündnisverteidigung / Gedankensammlung, BMVg Plg I 1)

Das Verteidigungsgebot des Grundgesetzes ist originär und steht nicht zur Disposition

Die Wehrpflicht hat über 50 Jahre die Bundeswehr und gleichermaßen Deutschland als wehrhafte Demokratie entscheidend geprägt. Sie bildet die einzige tatsächlich auch langfristig belastbare Grundlage für den Verfassungsauftrag Verteidigung. Vergleichbar Langzeiterfahrungen liegen über eine ‚Freiwilligenarmee‘ nicht vor.

3 Verfassungsgebot Verteidigung

3.1 Abgrenzung der Verteidigung zu Auslandseinsätzen

Verteidigungsbegriff und Streitkräfteeinsatz im Ausland

„Die Bundeswehr wäre kein Parlamentsheer, wenn aus dem Anwendungsbereich des wehrverfassungsrechtlichen Parlamentsvorbehalts gerade die allein national verantworteten Streitkräfteeinsätze im Ausland ausgeklammert wären […]“ (BVerfGE 140, 160 (188). Zur Begründung führt das BVerfG an, dass diesen Einsätzen kein Prozess konsensualer Willensbildung innerhalb eines Bündnissystems vorausgehe, in welches sich Deutschland bereits mit Zustimmung des Gesetzgebers eingeordnet hat (BVerfGE 140, 160 (188 f.) = NVwZ 2015, 1593 (1595 Rn. 69)). Dies gelte unabhängig von der in dem vorliegenden Organstreitverfahren nicht zu klärenden Frage nach der Ermächtigungsgrundlage solcher Einsätze (BVerfGE 140, 160 (189).

Dieser Befund bedeutet nun nicht, dass der Verteidigungsbegriff mit jeder völkerrechtlich erlaubten Gewaltanwendung gleichzusetzen ist. Dies gilt namentlich für solche Einsätze von Streitkräften auf der Grundlage eines Mandats des Sicherheitsrates nach Kapitel VII der UN-Charta, die nicht unter den Begriff der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung iSd Art. 51 UN-Charta subsumiert werden können (zB sog „Blauhelmeinsätze“). Gegenstand des Art.

87a ist allein die Abwehr von Angriffen im vordefinierten Sinne, nicht aber die Gewährleistung des friedlichen Zusammenlebens der Staatengemeinschaft insgesamt, für die nach Maßgabe der Rechtsprechung des BVerfG auf Art. 24 Abs. 2 abzuheben ist (BVerfGE 123, 267 (344 f.); Sachs/Kokott Rn. 31; Friauf/Höfling/Grzeszick Rn. 26; Sodan/Schmahl Rn. 7 f.; Umbach/Clemens/Hillgruber Rn. 30a–d; aus: Dürig/Herzog/Scholz, Grundgesetz Kommentar, Art. 87a Rn. 116 ff., 81; zu Art. 24 Abs. 2 Rn. 19; C.H. Beck, München 2024)

Für ein erweitertes Verständnis des Verteidigungsbegriffs im vorgenannten (abgelehnten) Sinne könnte auf die Präambel und Art. 1 Abs. 2 abgehoben werden (s. krit. Umbach/Clemens/Hillgruber Rn. 30b–d). Dann aber wäre der Begriff der Verteidigung iSd Art. 87a konturlos, dh lediglich als Gegensatz zum völkerrechtlich verbotenen Angriffskrieg zu verstehen. Er würde mithin insbes. gegenüber Art. 26 seine eigenständige begrenzende Funktion verlieren (Sachs/Kokott Rn. 30 mwN; Friauf/Höfling/Grzeszick Rn. 24).

Militärische Interventionen in anderen Staaten, um dort Menschen vor drohenden oder bereits eingetretenen Menschenrechtsverletzungen zu schützen (sog humanitäre Intervention), finden daher allenfalls eine verfassungsrechtliche Grundlage in Art. 24 Abs. 2, nicht aber in Art. 87a (MKS/Müller-Franken Rn. 55; Friauf/Höfling/Grzeszick Rn. 27; Umbach/Clemens/Hillgruber Rn. 30d ff.)“
(Zitiert aus: Dürig/Herzog/Scholz, Grundgesetz Kommentar, Art. 87a Rn. 4; C.H. Beck, München 2024)

3.2 Der Rahmen der Bündnisverteidigung

Das Verhältnis von Selbst- und Bündnisverteidigung

„In der Zeit des Kalten Krieges fielen Selbst- und Bündnisverteidigung faktisch und begrifflich zusammen. Dieser Umstand hat den Verteidigungsbegriff nach dem Ende des Kalten Krieges unsicher werden lassen. Die neuartigen Aktionsfelder, in denen die NATO operierte, ließen sich mit einem auf Landesverteidigung verengten Verteidigungsbegriff nicht bewältigen. Um die Bündnisfähigkeit Deutschlands nicht in Frage zu stellen, wurden die Einsätze der Streitkräfte teils als bloße von Art. 87a Abs. 2 GG nicht erfasste Verwendungen qualifiziert, teils als durch Art. 24 Abs. 2 GG gerechtfertigt gehalten.

Das Bundesverfassungsgericht hat den gordischen Knoten geschickt dadurch durchschlagen, als es den Streit um die Auslegung des Art. 87a GG neutralisierte: „Die mannigfachen Meinungsverschiedenheiten darüber, wie in diesem

Zusammenhang die Begriffe der ‚Verteidigung' und des ‚Einsatzes' auszulegen sind, und ob Art. 87a Abs. 2 GG als eine Vorschrift zu verstehen ist, die nur den Einsatz der Streitkräfte ‚nach innen' regeln will, bedürfen in den vorliegenden Verfahren keiner Entscheidung. Denn wie immer dies zu beantworten sein mag, jedenfalls wird durch Art. 87a GG der Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit, dem die Bundesrepublik Deutschland gemäß Art. 24 Abs. 2 GG beigetreten ist, nicht ausgeschlossen."

(Art. 24 Abs. 2 GG: Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; …)

Ein Einsatz deutscher Streitkräfte im Rahmen und nach den Regeln eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit muss auch mit dem Verteidigungsauftrag für die deutschen Streitkräfte im Einklang stehen und insbesondere dessen Restriktion auf „Verteidigung" respektieren

„Das bundesverfassungsgerichtliche „Nicht-Ausgeschlossen-Sein" ist freilich nicht das Gleiche wie ein „Im-Einklang-Stehen-Mit". Zwar steht Art. 87a GG der Bündnisverpflichtung aus Art. 24 Abs. 2 GG nicht entgegen. Umgekehrt gilt allerdings auch: durch Art. 24 Abs. 2 GG werden die wehrverfassungsrechtlichen Normen des Grundgesetzes nicht derogiert.

Ein Einsatz deutscher Streitkräfte im Rahmen und nach den Regeln eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit muss auch mit dem Verteidigungsauftrag für die deutschen Streitkräfte im Einklang stehen und insbesondere dessen Restriktion auf „Verteidigung" respektieren. Wenn das Bundesverfassungsgericht den Einsatz deutscher Streitkräfte „im Rahmen und nach den Regeln eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit" nach Art. 24 Abs. 2 GG für zulässig hält, heißt dies nicht, dass dadurch der „Rahmen und die Regeln des Grundgesetzes" keine normative Relevanz mehr hätten. Dass dies nicht gemeint sein kann, zeigt schon der vom Bundesverfassungsgericht im Streitkräfteurteil aus der Taufe gehobene Parlamentsvorbehalt: dieser findet seine Grundlage nicht „im Rahmen und in den Regeln des kollektiven Sicherheitssystems", sondern – jedenfalls nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts – im Grundgesetz. Was für den Parlamentsvorbehalt gilt, muss in gleicher Weise auch für den verfassungsrechtlichen Verteidigungsauftrag der deutschen Streitkräfte gelten: nicht jedes politische Ziel darf verteidigt werden, sondern nur die Bundesrepublik Deutschland in den verschiedenen Dimensionen ihrer Staatlichkeit."

Art. 87a GG

„Daraus folgt: die verfassungsrechtliche Funktionsbeschränkung der Streitkräfte „zur Verteidigung" wird auch im Falle von Bündniseinsätzen nicht aufgehoben. Ein multilateraler Einsatz deutscher Streitkräfte ist im Kontext von Systemen kollektiver Sicherheit verfassungsrechtlich nur zulässig, wenn er es auch unilateral wäre. Insoweit steht Art. 87a GG einem Übergang auf eine de facto und de iure von der Verteidigungsaufgabe dispensierende und verfassungsrechtlich ungebundene Befehls- und Kommandogewalt auf internationale Organisationen oder Systeme kollektiver Sicherheit entgegen. Im Klartext: ein nach Art. 26 Abs. 2 GG verbotener Angriffskrieg wird nicht dadurch erlaubt, dass er im Auftrag und mit einem Mandat von UNO oder NATO erfolgte. Und sollten nach deutschem Verfassungsrecht kriegerische Aktionen wegen zu beachtender Grundrechts- und Menschenwürdepositionen von Zivilpersonen unzulässig sein, so werden sie auch nicht dadurch in verfassungskonforme überführt, weil der Einsatz in einem multilateralen Kontext erfolgt.

Die vielbeschworene Offenheit des Grundgesetzes für die internationale Zusammenarbeit und Integration ist kein Blankett zum Abstreifen verfassungsrechtlicher Bindungen. Im Ergebnis markiert der Verteidigungsbegriff des Art. 87a GG mithin die äußerste Grenze eines zulässigen Einsatzes der Bundeswehr im Innern wie nach Außen, unilateral wie multilateral.
(Zitiert aus: Dürig/Herzog/Scholz, Grundgesetz Kommentar, Art. 87a Rn. 79-81; C.H. Beck, München 2024)

3.3 Der zentrale Bezug zur deutschen Staatlichkeit

Gegenstand der Verteidigung ist der deutsche Staat

„Gegenstand der Verteidigung ist der deutsche Staat, d. i. die auf gegenseitige Solidarität gründende, der Menschenwürde und den Grundrechten verpflichtete, demokratisch und rechtsstaatlich verfasste Gemeinschaft. Von hier aus erfährt der Verteidigungsauftrag und die Dimensionen des Schutzobjekts „Staat" konkreten Inhalt und Begrenzung.

Gegenstand der Verteidigung ist der deutsche Staat

Exemplarisch belegt der Amtseid der Bundeswehrsoldaten – „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen" – den Schutzauftrag der Streitkräfte. Der Verteidigungsbegriff ist daher territorial

oder gegenständlich, d.h. vom Verteidigungsobjekt „Staat“ her, zu bestimmen, nicht hingegen losgelöst davon „funktional“ zu interpretieren.

Keine Funktionalisierung in der Interpretation des Verteidigungsbegriffs

„Eine funktionale Interpretation verkennt den Verteidigungsbegriff: statt den Streitkräfteeinsatz zu begrenzen, wirkte ein funktionaler Verteidigungsbegriff entgrenzend, den Begriff „Verteidigung“ konterkarierend und ihn in sein Gegenteil verkehrend. Eine Funktionalisierung ließe die konstitutive Begrenzung des Einsatzzwecks leerlaufen. Dann nämlich könnte alles Mögliche überall in der Welt verteidigt werden: beliebige politische Interessen, Frieden und Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte, das Ökosystem und das Weltklima, die „Wahrung des Weltfriedens“ etc. Der Begriff „Verteidigung“ mutierte zu einem Blankett staatsrechtlich ungebundener Militäreinsätze: eine Sinnverkehrung des Begriffs „Verteidigung“, der freisetzte, was er verhindern sollte. Es liefe in der letzten Konsequenz auf eine nationale Reaktivierung des völkerrechtlich verbotenen „ius ad bellum“ im Namen eines „bellum iustum“ hinaus. Die deutschen Streitkräfte könnten ein verfassungsunmittelbares Mandat zur „Weltpolizei“ in Anspruch nehmen, um die Welt an „deutschem Wesen“ erneut genesen zu lassen. Der grundlegende dogmatische Irrtum dieser Auffassung liegt in der Abkopplung des Verteidigungsauftrags von der staatlichen Gemeinschaft als Quelle, Inhaberin und Garanten der Wehrhoheit und der aufgestellten Streitkräfte. Mit der Abstrahierung und Universalisierung der Zwecke muss der Verteidigungsbegriff notwendig konturenlos und beliebig instrumentalisierbar werden.

In der Konsequenz wäre noch der letzte und totale Angriffskrieg zur Verteidigung des Weltfriedens „Verteidigung“ i.S.d. Art. 87a GG. Gerade dies aber steht der Zweckbindung der Streitkräfte unüberwindbar entgegen: nur „zur Verteidigung“ des deutschen Staates soll das militärische Potential der Streitkräfte zum Einsatz kommen dürfen. Eine Verwendung der deutschen Streitkräfte als „Weltpolizei“ ist de constitutione lata nicht vorgesehen. Daher sperrt sich der Verteidigungsbegriff prinzipiell sowohl gegen jede Funktionalisierung wie „völkerrechtsunmittelbare“ Auslegung.“

Keine internationale Instrumentalisierung

„Die Aufgabe der Streitkräfte, Gefahren (nur) für den „Bestand oder die freiheitliche Grundordnung des Bundes“ abzuwehren, immunisiert die Bundeswehr im Übrigen vor der Gefahr einer internationalen Instrumentalisierung als

„Weltpolizei". So wie die Polizei im Innern nur die öffentliche, grundsätzlich aber nicht die private Sicherheit der Bürger wahrt, schützt die Bundeswehr im Rahmen des Verteidigungsauftrags als „Generalklausel nach außen" die legitimen Rechte und Interessen der Bundesrepublik und ihrer Bürger („Verteidigung"), nicht aber politische und sonstige Interessen, die keinen Bezug zur deutschen Staatlichkeit, also zu „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland" haben.
(Zitiert aus: Dürig/Herzog/Scholz, Grundgesetz Kommentar, Art. 87a Rn. 85-87; C.H. Beck, München 2024)

Der Kampf muß aus den Hilfsquellen des Landes gespeist und von der moralischen Kraft des ganzen Volkes getragen werden.

(...) Der Kampf muß aus den Hilfsquellen des Landes gespeist und von der moralischen Kraft des ganzen Volkes getragen werden. Hierfür sind – auch im zivilen Bereich – Abwehrbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit erforderlich. Die militärische Verteidigung ist von der zivilen Verteidigung nicht zu trennen."
(HDv 100/1 Truppenführung (TF), Einführung, Bonn Oktober 1962)

Der Aufsatz gibt die persönliche Meinung des Verfassers wieder.

Zum Autor: Dipl.Ing. (TU) Dietrich Achim Kluge studierte Politikwissenschaft, Philosophie und Architektur. Er war als Fallschirmjäger Zeitsoldat und später beordert als Bataillons-Kommandeur und als stellvertretender Kommandeur einer Luftlandebrigade. Zuletzt bei BMVg Abteilung Politik in dem Referat ‚Strategische Grundlagen und Politische Analysen' eingesetzt, war er zugleich Sprecher der Kommandeure der Reserve der Bundeswehr und Vizepräsident im Reservistenverband.

Paulus van Husen
Ein deutscher Jurist und Reserveoffizier im Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Michael Vollert

Einführung

Das gescheiterte Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944, tragischer Höhepunkt des Widerstandes gegen das NS-Regime, jährte sich 2024 zum achtzigsten Mal. Zu diesem wichtigen Ereignis der neueren deutschen Geschichte liegen in unüberschaubarer Fülle Forschungsergebnisse, Monografien, die Lebensbeschreibungen wichtiger Akteure sowie weitere Publikationen vor, in denen Paulus van Husen mehrfach genannt wird.[1] Zu Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Henning von Tresckow, Julius Leber oder Carl-Friedrich Goerdeler gibt es umfangreiches Schrifttum, allein zu Stauffenberg mindestens acht Biografien. Erforscht und veröffentlicht ist jedoch noch keineswegs alles.

Eine wichtige Ergänzung des Schrifttums zum deutschen Widerstand sind die in den 1960er Jahren entstandenen und über vierzig Jahre nach seinem Tod erschienenen Lebenserinnerungen von Paulus van Husen, der eine Veröffentlichung erst wollte, »wenn sie niemandem mehr schadet«, was auch immer das heißt. Herausgeber war Professor Karl-Josef Hummel. Das Buch fand jedoch keine große Resonanz. Im Jahre 2019 hat der Kölner Psychiater und Theologe Manfred Lütz die Aufzeichnungen seines Großonkels Paulus van Husen in einer von 977 auf 370 Seiten verkürzten Fassung noch einmal veröffentlicht und damit einen wichtigen Beitrag zur Historiografie des deutschen Widerstandes geleistet. Die Rolle Husens nach dem geplanten Umsturz ergibt sich aus dem Titel des Buches: »Als der Wagen nicht kam«. Am 20. Juli 1944 sollte er mit einem Fahrzeug abgeholt werden, um das ihm zugedachte Amt des Staatssekretärs im Innenministerium in der neu zu bildenden Regierung zu übernehmen. Als der Wagen nicht kam, wurde ihm klar, dass das Attentat gescheitert war.

Paulus van Husen (1891-1971)

Seine Beteiligung am Widerstand, die Ereignisse vor und nach dem 20. Juli 1944 waren für ihn die »hohe Zeit eines ereignisreichen Lebens«.

Herkunft, Studium und Erster Weltkrieg

Geboren wurde Paulus van Husen am 24. Februar 1891 als Sohn eines Arztes in einem Dorf in Westfalen; er wuchs dort in großbürgerlichen Verhältnissen auf. Nach dem Abitur am traditionsreichen humanistischen Gymnasium Paulinum in Münster begann er 1909 in Oxford sein Jurastudium, das er nach einem Semester in München fortsetzte. Daran schloss sich ein weiteres Auslandsemester in Genf an. Im Juni 1912 konnte er an der Universität Münster mit der 1. Juristischen Staatsprüfung das Studium nach nur sechs Semestern beenden. Die weitere Ausbildung erfolgte unweit von Münster am Amtsgericht Warendorf, unterbrochen durch den Wehrdienst als Einjährig-Freiwilliger beim Husaren-Regiment Nr. 8 in Neuhaus-Paderborn.

Die Kavallerie war nicht länger eine Domäne des Adels. Auch vermögende Bürgerliche wie Husen konnten dort Reserveoffizier werden. Sein Pferd, den Sattel und die Uniform musste er, wie alle Einjährig-Freiwilligen, selbst bezahlen. Er wohnte nicht in der Kaserne, sondern in einem nahe gelegenen Dorfgasthof. In dem Jahr seines Wehrdienstes hatte er daher Auslagen in Höhe von 10.000 Mark, das war das Zweifache des Jahresgehalts eines Amtsrichters.

Gustav Noske (1868-1946)

Ab Oktober 1913 konnte er seine Ausbildung am Amtsgericht Warendorf fortsetzen. Sechs Monate später wechselte er zum Landratsamt in Lüdinghausen. Bei der Mobilmachung 1914 wurde er zu seinem Husaren-Regiment einberufen, bei dem er bis zum Ende des Ersten Weltkriegs blieb. Im Dezember 1914 wurde Husen zum Leutnant ernannt und mit dem Eisernen Kreuz Zweiter Klasse ausgezeichnet. Nach der Feuertaufe in Belgien wurde sein Regiment in Frankreich eingesetzt, auf den Schlachtfeldern von Verdun erlebte er im Februar 1916 das Grauen des Krieges in seiner härtesten Form. Dort wurde ihm und seinen Kameraden bewusst, dass Deutschland den Krieg nicht mehr gewinnen kann. Dafür machte er, im Gegensatz zur der nach 1918 verbreiteten öffentlichen Meinung, General Erich Ludendorff verantwortlich. Im Januar 1918 wurde seine Truppe nach Osten verlegt, im Oktober ging es bis zum Waffenstillstand wieder zurück an die zusammenbrechende Westfront.

Bei Kriegsende wurde Husen nicht entlassen, sondern im Dezember 1918 mit seinem Regiment der Garde-Kavallerie-Schützen-Division zur Bekämpfung der revolutionären Unruhen in Berlin zugeteilt. Wie in Friedenszeiten paradierte diese Division am 10. Dezember am Brandenburger Tor vor Gustav Noske, nach der Revolution im November 1918 vom Rat der Volksbeauftragten zum Kriegsminister ernannt .

Husen sollte ihm nach dem 20. Juli 1944 im Gefängnis Lehrter Straße in Berlin als Häftling wieder begegnen. Da er Weihnachten 1918 entlassen wurde, war er weder an der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts durch einen Soldaten seines Regiments noch am Einsatz der Division während des Kapp-Putsches im März 1919 beteiligt.

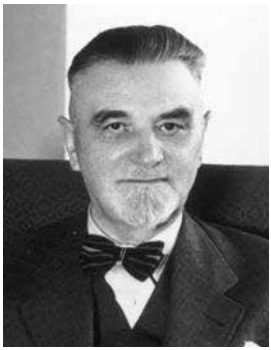
Nach mehr als vier Jahren als Soldat an der Front und dem Einsatz bei den Unruhen in Berlin begann für ihn mit der Fortsetzung seiner Ausbildung am Landratsamt Lüdinghausen ein neuer Lebensabschnitt. Dort wurde er sogleich Stellvertreter des Amtsleiters, seine im Krieg als Reserveoffizier erworbene Führungserfahrung war ihm beim Umgang mit den revolutionären Kräften eine große Hilfe. Erste Aufgabe war, das Übergreifen der Unruhen aus dem nahegelegenen Ruhrgebiet auf den Kreis Lüdinghausen zu verhindern. Der von der Regierung als Staatskommissar eingesetzte Carl Severing[2] lud Husen und andere Landräte zu einer Besprechung nach Bielefeld. Dabei konnten die kriegerischen Auseinandersetzungen mit der roten Ruhrarmee beendet werden.

Schlesien[3]

Nach dem 2. Juristischen Staatsexamen und der Promotion wurde Husen zum Regierungspräsidium im schlesischen Oppeln versetzt. Da bisher nur evangelische Beamte im überwiegend katholischen Schlesien tätig waren, suchte man jetzt dafür geeignete Katholiken, die möglichst auch der Zentrumspartei nahestehen sollten wie Paulus van Husen. Er wurde Stellvertretender Landrat in der Kleinstadt Rybnik mit einem erheblichen Anteil polnisch sprechender Bevölkerung. Dort begegnete er erstmalig Dr. Hans Lukaschek (1885 – 1960), zu dieser Zeit Landrat in einem Nachbarkreis, später Oberpräsident der Provinz Schlesien und ab 1940 mit Husen im Kreisauer Kreis .

Aus der Begegnung mit dem nur wenig Älteren entstand eine lebenslange Freundschaft, die bis in die Nachkriegszeit andauerte, als Lukaschek im ersten

Kabinett Adenauer Vertriebenenminister war. In die Amtszeit von Husen und Lukaschek fiel 1921 die Abstimmung im Grenzgebiet, in der über den Verbleib beim Deutschen Reich oder Polen entschieden wurde Um das ihm 1923 angetragene Amt eines Generalbevollmächtigten des Prinzen Hohenlohe zur Verwaltung von dessen umfänglichem Vermögen zu übernehmen, musste Husen sich beurlauben lassen. Für diese Tätigkeit erhielt er ein sehr großzügiges Gehalt, eine Wohnung im Schloss und einen Dienstwagen mit Fahrer. Da seine Eltern in der Inflationszeit ihr Vermögen zum großen Teil verloren hatten, konnte er sie jetzt unterstützen.


Hans Lukaschek (1885-1960)

Das Amt des Generalbevollmächtigten konnte er beibehalten, als er 1922 Nachfolger von Lukaschek in der »Gemischten Kommission« mit Sitz im seit 1922 polnischen Kattowitz wurde. Unter dem ehemaligen Schweizer Bundespräsidenten Calonder als Vorsitzendem mit polnischen und deutschen Vertretern sollte diese Kommission im Auftrag des Völkerbundes die Grenz- und Minderheitenprobleme in der Region regeln. Zur Kontrolle waren dort italienische, französische und britische Truppen stationiert, zu denen Husen dank seiner Erfahrungen als Offizier im Ersten Weltkrieg sofort Zugang fand. Während seiner Tätigkeit in der Gemischten Kommission hatte er den Status eines Diplomaten. Als Teilnehmer an Beratungen des Völkerbundes in Genf und Den Haag konnte er auf dem internationalen Parkett Erfahrungen sammeln.

Richter am Oberverwaltungsgericht in Berlin[4]

Der Machtwechsel im Deutschen Reich am 30. Januar 1933 wirkte sich auch in Schlesien aus. Zahlreiche preußische Beamte wurden entlassen und durch Nazis ersetzt. Sein Freund Hans Lukaschek musste das Amt des Oberpräsidenten der Provinz niederlegen, die zahlreichen Juden im deutsch-polnischen Grenzgebiet wurden trotz des für sie geltenden Minderheitenschutzes schon bald verfolgt. Auch Paulus van Husen wurde im Januar 1934 durch die NS-Regierung von seinem Amt in der Gemischten Kommission abberufen. Er hatte jedoch eine Zusage für die Wiederverwendung im Staatsdienst. Mit der Ernennung zum Richter am Preußischen Oberverwaltungsgericht (OVG)[5], ab 1941 Reichsverwaltungsgericht in Berlin, endete nach vierzehn Jahren für den Westfalen Husen seine Zeit in Schlesien, ein neuer Berufs- und Lebensabschnitt in der beginnenden NS-Herrschaft begann. Dabei ist ihm die Mit-

schuld zahlreicher Beamter in den Berliner Ministerien an der immer brutaleren Verfolgung der Juden nicht entgangen.

Jetzt hatte er noch ein privat-persönliches Problem zu lösen, denn der unverheiratete Husen musste seine verwitwete und nahezu mittellose Schwester Maria und deren sechs unmündige Kinder bei sich aufnehmen, die bis 1942 in seinem Hause blieben. Eine andere Schwester Luise führte ihm den Haushalt. Mit diesen ihm anvertrauten Angehörigen zog er nach einiger Zeit in ein Haus in Grunewald, das auch mehr Schutz vor der Beobachtung durch misstrauische Parteigenossen bot.

In Berlin erlebte er im beruflichen und privaten Umfeld das Eindringen der NSDAP in alle Lebensbereiche. Zunächst gab es beim OVG außer dem Vizepräsidenten, der auch SS-Standartenführer war, kaum Nazis. Das änderte sich jedoch, als jüngere Richter und Beamte, die Parteimitglieder und vielfach auch Angehörige der SS waren, zum OVG versetzt wurden. Dem Druck, in die NSDAP einzutreten, widerstand er. Direkten Einfluss auf die von Paulus van Husen formulierten Urteile gab es jedoch nicht, er wurde aber dreimal einem anderen Senat zugeteilt. In den Nationalsozialistischen Juristenbund wurde er automatisch überführt, da er zuvor Mitglied des (politisch neutralen) Vereins höherer Beamter war, als dieser vom NS-Juristenbund übernommen wurde. Das Personal des OVG musste in jedem Jahr an den Feiern zum 1. Mai teilnehmen und sich die Reden führender Nazis auf dem Tempelhofer Feld anhören. Danach wurde das Horst-Wessel-Lied gesungen.

Husen erlebte in der Zeit bis zum Kriegsbeginn das Leid der wenigen in Berlin verbliebenen Juden. 1939 konnte er einer jüdischen Familie die Flucht in die Schweiz ermöglichen. Über die politische Lage informierte er sich durch einige ausländische Zeitungen, zu denen er aufgrund seiner früheren Tätigkeit Zugang hatte. Auch hörte er heimlich den britischen Rundfunk.

Wieder Soldat, der Kreisauer Kreis[6]

Seine Tätigkeit beim OVG endete im April 1940 mit seiner Einberufung zur Wehrmacht. Dagegen wehrte er sich nicht, weil er glaubte, als Soldat dem Zugriff des NS-Staates entzogen zu sein. Auf den Dienstgrad Rittmeister der Reserve legte er als Kavallerist des Ersten Weltkriegs besonderen Wert. Seine Dienststelle war die Standortstaffel des Oberkommandos der Wehrmacht-Wehrmachtsführungsstab (OKW), eines der Machtzentren des Dritten Rei-

ches, wo er keine militärischen, sondern juristische Aufgaben hatte. Da bis zum Kriegsende die Weimarer Reichsverfassung nicht aufgehoben worden war, übernahm das OKW anstelle des Kriegsministeriums dessen ministerielle Aufgaben. An der Prüfung und Mitzeichnung von Gesetzesvorschlägen anderer Ministerien und gesetzesgleichen Führererlassen war Husen maßgeblich beteiligt. In einigen Fällen konnte er die Beschlagnahme kirchlicher Liegenschaften wie Krankenhäuser oder Klöster durch die Wehrmacht verhindern.

Sitz der Standortstaffel war Berlin, Husen musste jedoch mehrfach zum Vortrag beim OKW nach Rastenburg oder Berchtesgaden fahren. Dort begegnete er wiederholt dem Spitzenpersonal des NS-Regimes und der Wehrmacht, Goebbels, Heydrich, Göring, Jodl, Keitel oder Warlimont und konnte sich ein Urteil über diese zumeist mittelmäßigen Persönlichkeiten bilden.[7] Dabei erlebte er auch die von Hitler mit Absicht im Unklaren belassenen Befehls- und Unterstellungsverhältnisse in der Spitze der Wehrmacht, die bis zum Kriegsende nicht bereinigt wurden. Die 1946 gegen Jodl und Keitel in Nürnberg verhängten Todesurteile hielt er jedoch nicht für gerechtfertigt. Während einer dieser Dienstreisen traf er auch zufällig den späteren Attentäter Stauffenberg, der ihn nachhaltig beeindruckte. Bei einem seiner Besuche im OKW wurde er Zeuge des Versuches von Göring, sich beschlagnahmte Güter und Wälder unrechtmäßig anzueignen. Der Chef des OKW, Generalfeldmarschall Keitel, widersetzte sich dieser Forderung nicht, weil er es mit Göring nicht verderben wollte. Im OKW sowie bei Dienstreisen nach Paris, Belgrad und anderen Orten blieb ihm die sich immer weiter verschlechternde Lage an den Fronten nicht verborgen.

Helmuth James Graf von Moltke von der Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises vor dem Volksgerichtshof. Paulus van Husen war am Wirken des Kreisauer Kreises nachweislich beteiligt.

Kurz vor dem 20. Juli 1944 wurde Husen an einer Auseinandersetzung zwischen der SS und dem Heer um einen Truppenübungsplatz in Polen dienstlich befasst. Dabei stellte er fest, dass die SS diesen Platz neben einem bereits bestehenden Vernichtungslager für Juden beanspruchte. Bei diesem an sich unbedeutenden Kompetenzstreit wurde für ihn erschreckend deutlich, dass Juden von der SS und in Kenntnis der Wehrmacht systematisch ermordet wurden.[8]

In seinem privaten Umfeld und über das OKW entstanden Kontakte zu den sich formierenden Widerstandsgruppen. Dies gilt besonders für den Kreisauer Kreis, der sich nicht nur auf dem Gut des Grafen Helmuth James Graf von Moltke in Schlesien, sondern auch in Berlin in Husens Haus traf.[9]

Aus seiner Zeit in Schlesien kannte er von den Kreisauern bereits Lukaschek und Moltke, mit denen er und andere Mitverschwörer aus verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Lagern Pläne für die Neuordnung eines demokratischen Deutschlands nach dem Ende der NS-Herrschaft erarbeiteten. Dabei war man sich keineswegs immer einig. Über die ethischen Probleme des dazu unvermeidbaren Tyrannenmordes bestand zwischen Katholiken und Protestanten jedoch weitgehend Einvernehmen.[10] Wichtigstes Ziel des Kreises war, nach der absehbaren Niederlage Deutschlands eine handlungsfähige Regierung für Gespräche mit den Siegermächten zu bilden. Da die Alliierten sich in Teheran (1943) und später in Jalta (1945) auf die bedingungslose Kapitulation Deutschlands verständigt hatten, muss bezweifelt werden, ob es zu solchen Verhandlungen gekommen wäre.

In seinen Lebenserinnerungen berichtet Husen, dass er nie wieder Gespräche auf so hohem Niveau wie im Kreisauer Kreis erlebt habe. Unter dem Eindruck der menschenverachtenden Verbrechen des NS-Regimes sollte im Nachkriegsdeutschland die Würde des Menschen besonders geschützt werden, was bei den Treffen eingehend diskutiert. wurde. Es ist davon auszugehen, dass der Jurist Husen sich auf der Grundlage seines christlichen Menschenbildes daran beteiligt hat. Das Konzept des Artikels 1 (1) des Grundgesetzes »Die Würde des Menschen ist unantastbar« ist im Kreisauer Kreis entstanden.[11] In seiner Dissertation hat Frank Schindler 1996 die Beteiligung Husens an der Arbeit des Kreisauer Kreises untersucht. Etwa 26 Mal nahm er an Sitzungen der Verschwörer in Berlin, nicht jedoch in Kreisau teil. Obwohl die dort entstandenen Pläne für die Neuordnung Deutschlands nach dem Kriegsende teilweise verloren gegangen sind, ist seine Mitarbeit daran nachweisbar, besonders für die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit, der Bestrafung der NS-Verbrecher durch deutsche Gerichte sowie des Minderheitenschutzes.[12] Bei Letzterem konnte er seine Erfahrungen in der Gemischten Kommission in Schlesien nutzen. Nach 1945 beteiligte sich Husen an den damals aktuellen Diskussionen bei der Entstehung des Grundgesetzes über Bildung, Erziehung und Bekenntnisschule. Dabei berief er sich auf die keineswegs einvernehmlichen Pläne der Kreisauer zu diesen Fragen.

Bei Dienstreisen nach Münster traf er dreimal den dortigen Bischof Clemens August Graf von Galen, der bereits 1941 in Predigten die Übergriffe des NS-Staates auf die katholische Kirche, besonders das menschenverachtende Euthanasie-Programm der Nazis kritisiert hatte. Husen konnte den Bischof über die Arbeit des Kreisauer Kreises informieren. Mit den Worten: »Ich bete, dass der Kopf drauf bleibt« verabschiedet ihn der Bischof bei seinem letzten Besuch.

Mit der Verhaftung Moltkes im Januar 1944 endete die Arbeit der Kreisauer. Husen konnte noch die meisten der für die Nachkriegszeit erarbeiteten Dokumente vernichten, jedoch nicht alle, die daher nach 1945 veröffentlicht wurden.[13] Weitere Dokumente verblieben in Kreisau und wurden von der Gräfin Freya von Moltke bei ihrer Flucht mitgenommen. Husen befürchtete, ebenfalls verhaftet zu werden, besonders, wenn einer der Mitverschwörer ihn nach Folter durch die Gestapo verraten würde. Dazu kam es jedoch nicht, aber sein gesamtes Leben wurde in den kommenden Wochen von dieser Furcht und der Überwachung durch die Gestapo bestimmt. Der Informationsaustausch der Kreisauer erfolgte über das Telefonnetz der Wehrmacht, was von der Gestapo nicht abgehört werden konnte.

Die Nachricht vom Scheitern des Attentats erreichte ihn am Nachmittag des 20. Juli 1944 während einer unaufschiebbaren Zahnbehandlung. Jetzt erwartete auch er seine baldige Verhaftung, weil »der Wagen nicht kam«, wie es in dem Untertitel seiner Biografie heißt. Als praktizierender Katholik ging er zur Beichte, da er jederzeit mit seiner Festnahme und Hinrichtung rechnete.

Verhaftung, Verurteilung und Befreiung[14]

Nach zehn Jahren als Soldat in beiden Weltkriegen wurde er am 16. August 1944 aus der Wehrmacht entlassen, ein erstes und deutliches Anzeichen dafür, dass der NS-Staat ihn loswerden wollte. Pflichtgemäß meldet er sich bei seinem früheren Arbeitgeber, dem Reichsverwaltungsgericht, wie das OVG jetzt hieß, das wegen der Bombenangriffe von Berlin nach Torgau verlegt worden war. Am 12. Oktober wurde er – nicht unerwartet – verhaftet. Zur Vermeidung eines Suizides wurden ihm Gürtel und Schuhbänder, nicht jedoch der Rosenkranz abgenommen. Dies war der Beginn einer langen Leidenszeit. Mit Handschellen gefesselt, die nur zum Essen abgenommen wurden, landete er auf dem Umweg über andere Haftanstalten im KZ Ravensbrück. Dort waren die Haftbedingen im Winter 1944/45 besonders belastend. Es herrschte

Sprechverbot, und bei mehreren Verhören wurde er geschlagen, dabei verlor er zwei Zähne.

Am 6. Januar 1945 wurde er in das Berliner Gefängnis Lehrter Straße verlegt, in dem bereits zahlreiche andere Angehörige des Widerstandes inhaftiert waren, die dort Folter, die Bombenangriffe der Alliierten sowie die erbärmlichen Haftbedingungen erdulden mussten. Nachdem seine Schwester Luise herausgefunden hatte, wo er sich befand, brachte sie ihm Wäsche und Lebensmittel, was in den chaotischen letzten Kriegsmonaten nicht einfach war, zumal er kein Gehalt mehr erhielt und seine Bankkonten gesperrt waren. Husen wurde Zeuge, wie zahlreiche Mithäftlinge abgeholt und anschließend zur Hinrichtungsstätte Plötzensee gebracht wurden. Halt fand er in seinem Glauben, der Anstaltspfarrer brachte ihm regelmäßig heimlich die Kommunion.

Nachdem der Präsident des Volksgerichtshofes Roland Freisler im Februar 1945 bei einem Bombenangriff ums Leben gekommen war, verzögerten sich die Prozesse gegen die Angehörigen des Widerstandes. Gegen Husen wurde erst am 19. April unter dem Vorsitz von Freislers Vertreter verhandelt, dabei wurde er zu drei Jahren Zuchthaus wegen Hochverrats verurteilt, das letzte Urteil des Volksgerichtshofes. Danach wurde er wieder in das Gefängnis Lehrter Straße verlegt. SS und Gestapo versuchten, die Gefangenen als unliebsame Zeugen ihrer Verbrechen vor dem Einmarsch der Russen umzubringen und führten sie dazu im Fußmarsch nach Plötzensee. Bei diesem Marsch, an dem Husen teilnehmen musste, erschoss die Gestapo zahlreiche Häftlinge. Die inzwischen dort eingetroffenen Russen liquidierten das Wachpersonal der Lehrter Straße und übernahmen die überlebenden Gefangenen. Seine Leidenszeit war damit jedoch noch nicht beendet. Er wurde mehrfach von den Russen verhört, dabei wurde ihm ein Arm gebrochen. Nur mühsam konnte er die ihn verhörenden sowjetischen Offiziere davon überzeugen, dass er kein Nazi, sondern ein Verfolgter des NS-Regimes war. Er konnte sich trotz des gebrochenen Armes schließlich durch das teilweise besetzte Berlin durchschlagen. Bei seiner Ankunft in seinem völlig verdreckten und teilweise demolierten Wohnhaus in Grunewald waren dort bereits sowjetische Soldaten auf der Suche nach Frauen und Schnaps. Er konnte seine Schwester und eine weitere Frau bis zum Abzug der Russen verstecken. Erst am 4. Mai kam er zur Behandlung des gebrochenen Armes in ein Krankenhaus.

Mitarbeit am Wiederaufbau, Gerichtspräsident in Münster[15]

Nach dem Ende des Dritten Reiches war Paulus van Husen einer der wenigen Unbelasteten in Justiz, Politik und Verwaltung. Er war bereit, sich am Wiederaufbau des Landes aktiv zu beteiligen. Mit einigen früheren Zentrumspolitikern gründete er im Sommer 1945 in Berlin die CDU als überkonfessionelle Partei, etwa gleichzeitig wie Adenauer in Westdeutschland. Am 20. Juli 1946, dem Jahrestag des gescheiterten Attentats, organsierte er ein Seelenamt für die Opfer des Umsturzes, dem eine Gedenkstunde vor dem Gefängnis in der Lehrter Straße folgte. In den Jahren danach veranstaltete der Berliner Senat offizielle Feiern in der Bendler-Straße, zum Bedauern von Husen ohne jeglichen religiösen Bezug. Die US-Militärregierung wollte ihn 1946 für den Aufbau der Verwaltung in der amerikanischen Besatzungszone gewinnen, dazu kam es jedoch nicht.

1948 wurde ein Obergericht für die britische und amerikanische Besatzungszone in Köln mit Lukaschek als Präsident und Husen als Vizepräsident gegründet, aus dem später das Bundesverfassungsgericht hervorgehen sollte. Dies war für ihn der Beginn einer erfolgreichen Karriere als Jurist in der jungen Bundesrepublik. Nach wenigen Monaten in Köln wurde er 1949, inzwischen 58 Jahre alt, zum Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts, zugleich Verfassungsgerichtshof für Nordrhein-Westfalen (NRW), ernannt. Sitz dieses Gerichts war Münster. Er kehrte in die westfälische Heimat zurück, wo er 1912 als Referendar seine Laufbahn begonnen hatte. An seiner Amtseinführung nahm auch der frühere sozialdemokratische Innenminister in Preußen, Carl Severing, teil, der 1945 mit ihm im Gefängnis Lehrter Straße in Berlin war.

Wie überall in der Justiz und Verwaltung musste er über die Wiedereinstellung ehemaliger Mitglieder der NSDAP entscheiden. Sofern diese nur einfache Parteimitglieder waren, stimmte er der Einstellung zu. Schon vorher hatte er so genannte „Persilscheine“[16] ausgestellt, da er sich in der Haft geschworen hatte, keine Rache zu üben. Seine Zeit als Gerichtspräsident in Münster war keineswegs frei von Konflikten über Rechts- und Organisationsfragen mit den verschiedenen Ministerpräsidenten und Justizministern des Landes NRW.

Wenige Monate nach seiner Ernennung zum Präsidenten des OVG fragte der umstrittene Chef des Bundeskanzleramtes, Hans Globke, im Auftrag Adenauers an, ob er das Amt des Staatssekretärs in dem noch aufzubauenden Auswärtigen Amt übernehmen wolle. Husen lehnte dieses Angebot wegen seiner

fehlenden Erfahrungen in Diplomatie und internationalem Recht ab, obwohl Globke und Adenauer ihn drängten. Dabei kam es zu einer persönlichen Begegnung mit Adenauer in dessen Haus in Rhöndorf bei Bonn. Auch die Chance, statt im eher provinziellen Münster in einem internationalen Umfeld zu arbeiten, reizte ihn nicht. Die Ernennung zum Staatssekretär scheiterte auch an beamtenrechtlichen Vorschriften. Dies war nicht das einzige Angebot für einen weiteren Karriereschritt: 1951 wurde er zum Richter am Bundesverfassungsgericht, später für das Amt des Botschafters beim Heiligen Stuhl in Rom vorgeschlagen. Dafür setzte sich besonders der Kölner Kardinal Frings ein. 1957 bewarb er sich selbst vergeblich um das neu geschaffene Amt des Wehrbeauftragten.[17] Ein Jahr später sollte er Präsident des Bundesverfassungsgerichts werden, Husen lehnte jedes Mal ab. An der Verfassung des Landes NRW arbeitete er jedoch mit. Auch bei der Beratung wichtiger Bundes- und Landesgesetze wurde er aufgrund seines herausragenden Rufes als Jurist wiederholt zugezogen, so etwa 1950 beim Bundesverwaltungsgerichtsgesetz. In einigen Fachzeitschriften veröffentlichte er Beiträge zu juristischen Fachthemen

1959 wurde er pensioniert und lebte danach zurückgezogen in Münster, am 1. August 1971 ist er dort verstorben. An den Diskussionen über politische oder juristische Fragen beteiligte er sich im Ruhestand nicht mehr, schrieb jedoch die hier besprochenen Lebenserinnerungen. Wesentliche Orientierungspunkte im Leben und Handeln Husens waren und blieben immer sein unerschütterlicher Glaube und sein Gottvertrauen.

Ein deutscher Patriot

Wie aus den hier vorgestellten Lebenserinnerungen von Paulus van Husen hervorgeht, war er ein wichtiger Zeitzeuge und kritischer Beobachter des 20. Jahrhunderts. Obwohl sozialisiert in der Oberschicht des Kaiserreiches, in der obrigkeitshörigen preußischen Verwaltung und im Militär war er stets ein überzeugter Demokrat. Schon im Kreisauer Kreis hatte er am Aufbau eines demokratischen Rechtstaates nach dem Ende des Krieges mitgearbeitet. Seine Beteiligung am Widerstand gegen das NS-Regime musste er mit Haft und Verurteilung zu einer Zuchthausstrafe bezahlen. Ein Zufall bewahrte ihn vor der Hinrichtung.

Nach 1945 erhielt er mehrere Angebote, Spitzenstellungen in Politik und Justiz zu übernehmen, die er ausschlug. Er gab sich mit dem Amt des OVG-Präsidenten in Münster zufrieden, vielleicht, weil der Politikbetrieb in der frühen

Bundesrepublik seinen an sich selbst gestellten Ansprüchen nicht genügte. Die CDU der Ära Adenauer war ihm zu restaurativ, was seine Zurückhaltung bei der ihm angetragenen Übernahme politischer Ämter erklären könnte. Auch seine tiefe Religiosität und sein Gottvertrauen als Katholik passten möglicherweise nicht mehr in die säkulare und materialistische Welt des 20. Jahrhunderts. Der Herausgeber seiner Autobiografie, Manfred Lütz, zweifelt, ob Husen die Neuerungen des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962 – 1965) voll mitgetragen hat.[18] Auch mit der immer häufigeren Mischehe zwischen Katholiken und Andersgläubigen konnte er sich nicht anfreunden. Seine Forderungen an die Politik und den Gesetzgeber hatten vermutlich noch ihre Wurzeln in der Zentrumspartei, Husens ursprünglicher politischen Heimat. Ob diese Vermutung richtig ist, muss offen bleiben. Leitlinie seines Lebens war: Gloria Dei suprema Lex (Die Ehre Gottes ist das höchste Gesetz).

Wie ist Paulus van Husen in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts zu verorten? Historische Bedeutung gewann er durch seine Mitarbeit im Kreisauer Kreis. Dort spielten jedoch vor allem Moltke, Adam von Trott zu Solz, York von Wartenburg, die Sozialdemokraten Adolf Reichwein, Julius Leber, die Protestanten Eugen Gerstenmaier und Hartmut Poelchau sowie Katholiken, wie die Jesuiten-Patres Augustin Roesch und Alfred Delp und andere eine herausragende Rolle. Von den Dokumenten aus dem Kreisauer Kreis für die Rechtsordnung der Nachkriegszeit ist keines von Husen allein überliefert, seine Beteiligung daran ist jedoch anzunehmen, wie dargestellt. Günter Brakelmann rechnet Husen dennoch zum engeren Kreis von Kreisau, nicht zur zweiten Reihe.[19]

Paulus van Husen-Schule, Legde, Nordrhein-Westfalen

Nach 1945 hatte er als Präsident des OVG und des Verfassungsgerichtshofes für NRW sowie durch die Mitarbeit an einzelnen Bundes- und Landesgesetzen, besonders aber an der Verfassung seines Bundeslandes, in der Justiz eine herausragende und anerkannte Spitzenstellung, nicht jedoch in der Politik der frühen Bundesrepublik.

Die von Manfred Lütz überarbeitete Autobiografie von Paulus van Husen ist eine lebendig geschriebene, detailgenaue Schilderung einer kantigen Persönlichkeit sowie der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus der Sicht eines gläubigen Katholiken. Zahlreiche Persönlichkeiten dieser Epoche werden von ihm kritisch, aber zutreffend beschrieben. Der Versuch einiger Münsteraner Bürger, eine Straße nach ihm zu benenn, ist bisher gescheitert. Seit einigen Jahren trägt jedoch eine Gesamtschule in der westfälischen Kleinstadt Legden seinen Namen .

Ob Lehrkräfte, Schüler und Schülerinnen heute die Bedeutung des Namensgebers erkennen und würdigen, muss an dieser Stelle offen bleiben. Oder steht Husen für eine längst vergangene Wirklichkeit? Was von ihm ist heute noch aktuell?

Umso mehr ist anzuerkennen, dass Manfred Lütz 48 Jahre nach dem Tod seines Großonkels dessen Lebenserinnerungen in einer gekürzten, überarbeiteten und so besser lesbaren Ausgabe im Jahre 2019 noch einmal veröffentlicht hat.

Zum Autor: Oberst a. D. Dr. Michael P. Vollert war 35 Jahre Berufsoffizier der Bundeswehr im Truppen- und Generalstabsdienst. Nach Wechsel in die Wirtschaft war er acht Jahre Abteilungsleiter in einem Kölner Industrieunternehmen. Im Ruhestand Studium der Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Promotion 2008. Dr. Vollert ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Quellen und Literatur (Auswahl)

Günter Brakelmann: Der Kreisauer Kreis, Münster 2003.

Ders.: Helmuth James Graf von Moltke. Eine Biografie, München 2007.

Karl-Josef Hummel: Paulus van Husen, Erinnerungen eines Juristen, Paderborn u. a. 2010.

Manfred Lütz: Paulus van Husen. Als der Wagen nicht kam. Eine wahre Geschichte aus dem Widerstand. Freiburg i. B. 2019.

Gerhard Ringshausen und Rüdiger von Voss: Die Ordnung des Staates und die Freiheit des Menschen, Bonn 2000.

Frank Schindler: Paulus van Husen. Verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bei-

träge zu den Plänen der Kreisauer für den Neuaufbau Deutschlands. Diss. Paderborn u. a. 1996.

Michael Stürmer: https://www.deutschlandfunk.de/paulus-van-husen-ein-vergessener-widerstaendler-katholik-100html

Bernhard Stüer: Deutsches Verwaltungsblatt 18-2029 (Rezension des Buches von Manfred Lütz über Paulus van Husen)

Wikipedia, Stichwort Paulus van Husen, aufgerufen am 11. März 2024.

Anmerkungen:

1 So in den Veröffentlichungen der zu diesem Thema maßgeblichen Autoren Peter Steinbach, Johannes Tuchel und anderen sowie der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

2 Carl Severing (1885-1952), Preußischer Innenminister, 1930-32 Reichsinnenminister, 1932 abgesetzt, 1947-1949 MdL in NRW.

3 Lütz, Husen, S. 67ff.

4 Lütz, Husen, S. 121ff.

5 Er hatte die Ernennung zum Ministerialrat erwartet. Das Gehalt eines Richters am OVG war nur etwa halb so hoch, er nahm das Amt dennoch an, weil ein Richter unabhängiger war und ist als ein weisungsgebundener Beamter.

6 Lütz, Husen, S.150ff.

7 Ebd., S. 167, 168.

8 Lütz, Husen, S. 190ff.

9 Zur Rolle Husens im Kreisauer Kreis siehe die Biografie Moltkes von Günter Brakelmann.

10 Einzelheiten zum Kreisauer Kreis werden im Hinblick auf die umfangreiche Literatur zu diesem Thema hier nicht weiter ausgeführt. Siehe hierzu Ger van Roon: Neuordnung im Widerstand, München 1967 sowie zahlreiche weitere Veröffentlichungen, besonders die Biografien der Kreisauer.

11 In den von Moltke verfassten Grundsätzen für die Neuordnung vom Sommer 1943 wird die ›unverletzliche Würde der menschlichen Person‹ als Grundlage der zu erstrebenden Rechts- und Friedensordnung nach dem Ende der NS-Herrschaft genannt. Zitiert nach Ringshausen/Voss, Seite 333.

12 Schindler, Seite 59 und 74ff. Zur Beteiligung Husens siehe Schindler, Seite 48ff.

13 Eine Übersicht über diese Verfassungsentwürfe und andere Dokument des Kreisauer Kreise findet sich bei Ringshausen/Voss: Die Ordnung des Staates und die Freiheit des Menschen.

14 Lütz, Husen S. 246ff.
15 Lütz, Husen S. 303ff.
16 „Persilschein“ war nach 1945 ein entlastendes Dokument, mit dem ehemalige Nazis ihre Mitgliedschaft in der NSDAP oder deren Politik verharmlosen wollten.
17 Für das Amt des Wehrbeauftragten waren zunächst Erfahrungen als Soldat vorgeschrieben. Heute können auch Ungediente oder ehemalige Kriegsdienstverweiger dieses Amt übernehmen.
18 Lütz, Husen, S. 20.
19 Brakelmann, S. 86ff.

Blotz, Josef D: Denkmäler für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Topographie einer deutschen Erinnerungslandschaft am Beispiel des 20. Juli 1944.

Verlag De Gruyter Oldenbourg, München 2024, 322 Seiten, 39,95 €. ISBN (PDF) 978-3-11-138074-2, ISBN (EPUB) 978-3-11-138115-2, ISSN 21-3222.

Michael P. Vollert

Das gescheiterte Attentat auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 jährt sich 2024 zum achtzigsten Mal. Zu diesem wichtigen Ereignis der neueren deutschen Geschichte liegen heute Forschungsergebnisse und andere Veröffentlichungen in großer Fülle vor – auch zur Rezeption des Widerstandes gegen das NS-Regime nach 1945. Ergänzend zu dem kaum noch überschaubaren Schrifttum und den jährlichen Gedenkfeiern gibt es in Deutschland, in einigen Fällen auch im Ausland, zahlreiche »Denkmäler für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus«, so der Titel des hier vorzustellenden Buches von Josef D. Blotz. Darin wird beschrieben, wie der Widerstand sichtbar gemacht wird. An 300 Orten im Bundesgebiet wurden im öffentlichen und privaten Raum, in Schulen, Kirchen und Kasernen rund 1.130 Denkmäler, Gedenktafeln und anderen sichtbaren Formen der Erinnerung an Persönlichkeiten oder Ereignissen im Zusammenhang mit dem Widerstand errichtet, zumeist dort, wo es einen regionalen Bezug dazu gibt.

Blotz untersucht die Vielfalt dieser Denkmäler und anderer Erinnerungsstätten, ihre Entstehungsgeschichte sowie deren sich im Laufe der Zeit ändernde Wahrnehmung. Die in seinem Buch erfassten Denkmäler sind räumlich im Bundesgebiet sehr ungleichmäßig verteilt. Besonders viele befinden sich in Berlin, weil dort ein Schwerpunkt des Widerstandes war. Seit 1952 fanden die ersten Gedenkveranstaltungen im Bendlerblock statt. Ein Großteil der Denkmäler befindet sich in Bayern und Baden-Württemberg, im Norden und Westen der

Bundesrepublik deutlich weniger. In seinem Buch untersucht Blotz auch die Gründe für dieses regionale Ungleichgewicht.

Da Kenntnis und Bedeutung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus heute vielfach in Vergessenheit geraten, können und sollen die in dem Buch beschriebenen Denkmäler auch Lernprozesse, insbesondere bei Jugendlichen unterstützen. Außer den von Blotz beschriebenen Denkmälern gibt es noch andere Formen der Erinnerung: Filme, Fernsehsendungen, Briefmarken, Symposien oder zwei IC-Züge der Deutschen Bahn.

Das Buch leistet einen wichtigen Betrag zur Erinnerungskultur für einen wichtigen Abschnitt der neueren deutschen Geschichte. Der Verfasser untersucht auch die mit diesen Denkmälern verbundenen städtebaulichen und kunstgeschichtlichen Aspekte, wobei viele dieser Denkmäler nicht als Kunstwerk, sondern zumeist als bescheidene Erinnerungs- und Mahnobjekte konzipiert sind, wie zum Beispiel die dem Widerstand gewidmeten Stolpersteine. Mit dem Buch erwirbt der Verfasser auch ein Stück Deutungshoheit über den bis heute noch zum Teil umstrittenen Widerstand gegen das NS-Regime.

Generalmajor a. D. Josef D. Blotz hat seine Arbeit zwei Jahre nach dem Eintritt in den Ruhestand abgeschlossen, als Dissertation vorgelegt und wurde damit zum Dr. phil. promoviert. Dabei ist ein gut lesbares, reich bebildertes und materialreiches Buch entstanden. Die für die Darstellung der Erinnerungslandschaft erforderlichen Tabellen und Graphiken sind anschaulich und übersichtlich. Der als Datenbasis für Folgeuntersuchungen angelegte Katalog ist online verfügbar.

Dem Verfasser und seinem Buch sind zu wünschen, dass damit die Erinnerung an den deutschen Widerstand auch im Bewusstsein der jüngeren Generation angemessene Anerkennung und Verbreitung findet .

Rezensent: Dr. Michael Vollert

CLAUSEWITZ

VOM

KRIEGE

Raymond Aron

Clausewitz

Den Krieg denken

Propyläen

KAPITEL

IV

LITERATUR ZU CLAUSEWITZ

Editionsprojekt: Clausewitz-Gesamtausgabe. Die überlieferten Schriften von Carl und Marie von Clausewitz in historisch-kritischer Edition

Christian Th. Müller

Carl von Clausewitz (1780-1831) ist nicht nur neben Sunzi der weltweit wahrscheinlich bekannteste Theoretiker des Krieges. Als einer der preußischen Militärreformer um Gerhard von Scharnhorst gehört er auch zu den traditionsstiftenden Persönlichkeiten der Bundeswehr und ist Namenspatron gleich mehrerer Bundeswehreinrichtungen.

Sein Verdienst besteht vor allem darin, das Wesen des Krieges und der komplex in ihm wirkenden Elemente mit einer bis dahin unerreichten begrifflichen Klarheit und Systematik herausgearbeitet zu haben. Die Komplexität seiner Theorie und der Umfang seiner hinterlassenen Schriften begünstigte aber gleichzeitig, dass die Geschichte der Clausewitz-Rezeption lange Zeit vor allem eine Geschichte der Verkürzungen und Fehldeutungen war. So vergingen nach Einschätzung Werner Hahlwegs fast 120 Jahre, bis die Clausewitz-Forschung ein einigermaßen umfassendes und adäquates Verständnis seines hinterlassenen Werkes „Vom Kriege“ entwickelt hatte.[1]

Die Komplexität seiner Theorie und der Umfang seiner hinterlassenen Schriften begünstigte aber gleichzeitig, dass die Geschichte der Clausewitz-Rezeption lange Zeit vor allem eine Geschichte der Verkürzungen und Fehldeutungen war.

Bis dahin hatte sich jedoch bereits ein in mehrfacher Hinsicht verkürztes, ja verzerrtes Clausewitz-Bild herausgebildet, welches bis heute mannigfach reproduziert wurde und wird. Neben der Reduzierung seiner Überlegungen auf den Vernichtungsgedanken, aus der nach 1918 dann vor allem in Großbritannien der Vorwurf erwuchs, Clausewitz sei der Apostel des Vernichtungskrieges und als solcher gleichsam der geistige Urheber des Grauens der beiden Weltkriege, betrifft dies vor allem seine Politikbegriffe sowie die „wunderliche Dreifaltigkeit“. Besonders publikumswirksam waren und sind in dieser Hinsicht die Werke von Basil Henry Liddell Hart, John Keegan und Martin van Creveld, wobei letzterer – wie bereits Erich Ludendorff nach dem Ersten Weltkrieg – die Auffassung vertrat, dass Clausewitz‘ Überlegungen zum Thema Krieg überholt und für die aktuelle Praxis nicht mehr relevant seien.[2]

Wenn Clausewitz' theoretisches Hauptwerk bereits nur selektiv rezipiert wurde, so gilt dies umso mehr für seine zahlreichen anderen Texte. Hier sind neben den frühen Theorieversuchen und unmittelbaren Vorarbeiten zu „Vom Kriege" vor allem seine kriegsgeschichtlichen Studien zu 130 Feldzügen, die Texte zum Kleinen Krieg, die militär-politischen Aufsätze sowie die zahlreich überlieferten Briefe zu nennen. Diese sind selbst ausgewiesenen Clausewitz-Forschern nur zum Teil bekannt und wurden daher bislang auch nicht systematisch in die Analyse einbezogen. In der Folge machte die internationale Clausewitz-Forschung seit den grundlegenden Arbeiten von Werner Hahlweg, Raymond Aron, Peter Paret und Panajotis Kondylis in den letzten vier Jahrzehnten nur noch recht überschaubare Fortschritte.[3]

Dieser Befund resultiert wesentlich aus der bis heute unzureichenden Aufbereitung seiner hinterlassenen Schriften und den sich daraus ergebenden Zugangsbarrieren. Für ein umfassendes Verständnis seines Lebens und Werkes fehlt eine historisch-kritische Gesamtausgabe aller von ihm und seiner Frau Marie (1779-1836) überlieferten Texte.

Stattdessen bietet sich ein höchst unübersichtliches Bild. Während das theoretische Hauptwerk „Vom Kriege" und einige wenige Feldzugsstudien in immer neuen Ausgaben auf den Buchmarkt gelangen, sind die weniger bekannten Texte entweder gänzlich ungedruckt geblieben oder ihre Veröffentlichung liegt Jahrzehnte oder inzwischen sogar Jahrhunderte zurück, so dass sie heute nur noch eingeschränkt erhältlich sind.

Im Einzelnen ergibt sich daraus die folgende Lage. Die sieben historiographischen Bände der „Hinterlassenen Werke" sind seit Ende des 19. Jahrhunderts nicht erneut aufgelegt worden.[4] Von Clausewitz' darüber hinaus zahlreich hinterlassenen Aufsätzen, Studien, Kapitelentwürfen und Briefen ist ein beträchtlicher Teil zwar zwischenzeitlich veröffentlicht worden.[5] Kennzeichnend ist jedoch, dass die edierten Texte inhaltlich weitgehend unkommentiert und vom Kontext des Gesamtwerkes isoliert präsentiert werden. In den Editionen von Hans Rothfels und Walther Malmsten Schering wurden die Texte überdies willkürlich gekürzt. Das betrifft auch die vorliegenden Briefeditionen, welche den Großteil des heute noch erhaltenen Clausewitzschen Briefwechsels gar nicht wiedergeben.[6]

Dem höchst unübersichtlichen Bild der derzeit vorliegenden Teil-Editionen entspricht auch die Zersplitterung des Clausewitz-Nachlasses. Während ein

Teil seit Ende des Zweiten Weltkrieges verschollen ist, befinden sich die noch überlieferten Teile verstreut in den Beständen der Universitäts- und Landesbibliothek Münster[7], der Staatsbibliothek und vor allem des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz Berlin, welches 2012 mit dem Familienarchiv von Buttlar-Venedien zahlreiche unveröffentlichte und bislang verloren geglaubte Clausewitz-Dokumente, vor allem den Briefwechsel zwischen Carl und Marie von Clausewitz, übernehmen konnte, sowie dem in der Wehrtechnischen Studiensammlung in Koblenz aufbewahrten Nachlass von Werner Hahlweg. Weitere Archive und Bibliotheken bewahren Einzeldokumente auf.[8]

Eine Clausewitz-Gesamtausgabe ist in der Vergangenheit immer wieder angeregt, aber bislang nicht ins Werk gesetzt worden. Die in den nächsten Jahren anstehenden Clausewitz-Jubiläen, der 250. Geburtstag am 1. Juli 2030 und der 200. Todestag am 16. November 2031, sollten daher zum Anlass genommen werden, dieses längst überfällige Projekt endlich zu realisieren.

Eine Clausewitz-Gesamtausgabe ist in der Vergangenheit immer wieder angeregt, aber bislang nicht ins Werk gesetzt worden.[9] Die in den nächsten Jahren anstehenden Clausewitz-Jubiläen, der 250. Geburtstag am 1. Juli 2030 und der 200. Todestag am 16. November 2031, sollten daher zum Anlass genommen werden, dieses längst überfällige Projekt endlich zu realisieren.

Ziel des Projektes ist die umfassende Erschließung, Erläuterung und systematische inhaltliche Verknüpfung der gesamten überlieferten Clausewitz-Schriften in einer online frei zugänglichen digitalen Edition. Für Bibliotheken und Forschungseinrichtungen sowie zur Sicherstellung einer langfristigen Überlieferung der Edition ist außerdem eine Printausgabe nebst digitaler Edition auf Datenträger anzustreben.

Deren Umfang wird sich auf etwa 9.000 Druckseiten bzw. 20 Bände zu je 450 Seiten nebst einem Registerband belaufen.[10] Dies ergibt sich aus der etwa gleichen Zahl der handschriftlichen Manuskriptseiten sowie der Druckseiten der heranzuziehenden Erstausgaben, welche mit 1.600 Zeichen pro Seite einen relativ kleinen Satzspiegel haben. Einschließlich der Einleitungs- und Kommentartexte ergibt das für die gesamte Edition wieder einen Umfang von 9.000 Druckseiten zu 2.400 Zeichen inklusive Leerzeichen.

Die 20 Textbände verteilen sich auf sieben thematische Komplexe:

1. Theoretische Schriften zum großen Krieg und zur Kriegstheorie in 4 Bänden mit insgesamt 2.000 Seiten.
2. Die Schriften zu Kleinem Krieg und Volkskrieg in 2 Bänden mit 800 Seiten.
3. Kriegsgeschichtliche Studien in 8 Bänden mit 3.600 Seiten.
4. Politische und strategische Betrachtungen in 1 Band mit 450 Seiten.
5. Arbeiten zur Militärverfassung und Landwehr 0,5 Bände mit 200 Seiten.
6. „Private Schriften" verschiedener Art 0,5 Bände mit 120 Seiten.
7. Briefwechsel zwischen Carl und Marie von Clausewitz sowie mit verschiedenen Zeitgenossen in 4 Bänden mit 2.000 Seiten.

Die Clausewitz-Gesamtausgabe soll dabei die Anforderungen an eine historisch-kritische Edition erfüllen. „Historisch" heißt hier, dass die Entstehung der Texte als historischer Prozess unter den spezifischen historischen Rahmenbedingungen betrachtet wird.[11] Aufgrund der Lücken im Clausewitz-Nachlass und des weitgehenden Fehlens von Notizen und Textentwürfen ist die Genese der einzelnen Texte heute zwar nicht mehr rekonstruierbar, wohl aber die Entwicklung des Gesamtwerkes bzw. des Clausewitzschen Denkens und der auf beide wirkenden Einflüsse. Von besonderem Interesse ist dabei natürlich die Entwicklung seiner Kriegstheorie, wie sie sich beginnend mit ersten theoretischen Überlegungen während der Berliner Studienzeit über die „Strategie von 1804" und die 1812 verfassten „Grundsätze des Kriegführens" bis zu seinem theoretischen Hauptwerk „Vom Kriege" gestaltete. Letzteres trägt, wie seine theoretischen Überlegungen insgesamt, als „work in progress"[12] (Hew Strachan) ausgesprochenen Prozesscharakter.

Clausewitz hat seine eigenen theoretischen Positionen vor dem Hintergrund seiner praktischen Kriegserfahrungen und seiner historischen Studien immer wieder kritisch reflektiert und in verschiedenen Punkten auch modifiziert. Im Ergebnis führt dies dazu, dass die in verschiedenen Phasen der Theoriebildung und meist auch für unterschiedliche Kontexte getroffenen Aussagen zueinander in Spannung oder gar offenkundigem Widerspruch stehen können. Allerdings bedeutet dies nicht, dass die neueren Aussagen deshalb zwangsläufig einen höheren Wahrheitsgrad als die älteren besitzen würden.

Dementsprechend kann es nicht darum gehen, festzustellen, welcher seiner Texte nun den „wahren" oder „letztgültigen" Clausewitz wiedergibt. Statt-

dessen sind die Texte als gleichberechtigte Elemente eines letztlich ergebnisoffenen Entwicklungsprozesses zu betrachten.[13] Besonders ist daher anhand der vergleichenden Analyse von theoretischen Schriften, Briefen und kriegsgeschichtlichen Arbeiten zu untersuchen, wie Clausewitz seine theoretischen Positionen vor dem Hintergrund seiner praktischen Kriegserfahrungen und historischen Studien immer wieder kritisch reflektiert und modifiziert hat.

Für die Edition bedeutet „kritisch" in erster Linie textkritisch. Insbesondere für das Werk „Vom Kriege" ist damit der Textvergleich zwischen den überlieferten Manuskripten und dem Erstdruck verbunden. Die Textkritik schließt auch das Korrigieren bzw. Kennzeichnen von Fehlern im zu edierenden Text ein. Offensichtliche Fehler wie Buchstabendreher oder sinnfreie Wortdoppelungen werden korrigiert. Nicht eindeutige Fehler werden – wie auch etwaige inhaltliche Fehler – durch Kommentar gekennzeichnet. Generell werden die Texte aber in der gleichen Schreibweise wie im handschriftlichen Original oder – falls dieses nicht mehr vorliegt – der gedruckten Erstausgabe wiedergegeben. Modernisierende Eingriffe in Orthographie und Interpunktion, die immer das Risiko einer Veränderung der Textaussage in sich bergen, unterbleiben. Stattdessen besteht die grundsätzliche Möglichkeit, die online-Ausgabe um eine Lesefassung der edierten Texte in aktueller Rechtschreibung zu ergänzen.[14]

Grundlegend für die Gesamtausgabe ist die Maxime, dass das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile.

Grundlegend für die Gesamtausgabe ist die Maxime, dass das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile. Dementsprechend erwächst der eigentliche Wert der Edition erst aus der systematischen Erschließung und wechselseitigen Vernetzung der Texte. Dazu werden den edierten Texten einleitende und erläuternde Aufsätze vorangestellt, während möglicherweise erklärungsbedürftige Begriffe, Personen, Ereignisse o.ä. durch Kommentare im Fußnotenapparat erläutert werden. Außerdem sollen Querverweise zwischen den verschiedenen Texten und Textgattungen, mehrere Register sowie die Möglichkeit der Volltextsuche es erleichtern, auch durch unmittelbaren Textvergleich die Entwicklung von Begriffen oder theoretischen Konzepten nachzuvollziehen.

Der Begriff der Friktion kann hier als einfaches Beispiel dienen. Clausewitz verwendet ihn zuerst im Brief an seine Verlobte Marie von Brühl vom 29. September 1806, greift ihn 1812 in seinen für den Kronprinzen geschriebenen „Grundsätzen des Kriegführens" wieder auf, bevor er ihn in „Vom Kriege" zum „Gesamtbegriff einer allgemeinen Friktion" erweitert. Dementsprechend

würden die eingefügten Querverweise jeweils auf die beiden anderen Texte und ihre Platzierung in der Edition verweisen.

Einleitende Aufsätze, Kommentare und Querverweise sollen es dem Lesepublikum auf diese Weise erleichtern, die von Clausewitz hinterlassenen Texte in ihrem Entstehungszusammenhang zu denken. So lassen sich die bei der Entwicklung seiner Kriegstheorie und vor allem der Entstehung seines theoretischen Hauptwerkes „Vom Kriege" wirkenden Einflussfaktoren – etwa Ereignisse, Persönlichkeiten, eigene historische Studien ebenso wie die Werke anderer Autoren – in einer völlig neuen Qualität verdeutlichen. Zugleich ermöglicht die umfassende Einbeziehung seiner Briefwechsel und nichtmilitärischen Schriften ein neues, umfassendes Bild von Clausewitz als Persönlichkeit, welches ihn nicht nur als politischen und strategischen Denker, sondern auch als Mensch und vielseitig interessierten Zeitgenossen zeigt. Dies gilt auch für seine Ehefrau Marie von Clausewitz, die als intellektuelle Partnerin und Herausgeberin seiner „Hinterlassenen Werke" einen prägenden Einfluss auf das Clausewitzsche Werk hatte. Schließlich eröffnet die vollständige digitale Edition die Möglichkeit, durch systematischen Textvergleich mit den Mitteln der Digital Humanities die Entstehungszeit einer ganzen Reihe bislang undatierter Texte näher zu bestimmen.

Die logische Fortsetzung des Projektes wäre daher auch die Übersetzung der gesamten Edition ins Englische zur Erstellung einer zweisprachigen Ausgabe in Deutsch und Englisch.

Die geplante Gesamtausgabe wäre aber nicht allein für die deutsche und internationale Clausewitz-Forschung eine höchst wertvolle Ressource. Gleichzeitig wäre sie auch von hohem Wert bei der Erforschung der Napoleonischen Kriege sowie der preußischen Reform- und anschließenden Restaurationszeit. Schließlich bietet Clausewitz' auf dem Grundsatz der ganzheitlichen kritischen Betrachtung beruhende Theorie auch für die Analyse heutiger kriegerischer Auseinandersetzungen und Sicherheitsprobleme ein Instrument mit beträchtlichem Erkenntnispotential.

Insgesamt stellt die Clausewitz-Gesamtausgabe aber nicht nur ein wichtiges Forschungsdesiderat, sondern auch ein höchst prestigeträchtiges Projekt dar, welches bei der internationalen Scientific Community mit Sicherheit große Aufmerksamkeit erregen wird. Die logische Fortsetzung des Projektes wäre daher auch die Übersetzung der gesamten Edition ins Englische zur Erstellung einer zweisprachigen Ausgabe in Deutsch und Englisch.

Für die Realisierung der deutschsprachigen Edition wird bei einem Personalansatz von zwei vollen Stellenäquivalenten (TVL 13) für die Texterstellung ein Zeitrahmen von 12 Jahren im Zeitraum 2025 bis 2037 veranschlagt. In diese Zeit fällt gleich ein Reihe von Jahrestagen mit Bezug auf Carl und Marie von Clausewitz bzw. das Clausewitzsche Werk.[15] Für die Überführung der Texte in die geplante digitale Edition werden temporär außerdem IT-Kapazitäten benötigt. Insgesamt würden sich die Kosten für das Projekt auf gut zwei Millionen Euro belaufen.

Allerdings gestaltet sich die Sicherstellung der Projektfinanzierung bislang überaus schwierig. Die üblichen Wege der Wissenschaftsfinanzierung bleiben hier verschlossen. So wurde ein Vorantrag bei der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften mit der Begründung abgelehnt, dass ein Großteil der Clausewitzschen Schriften ja bereits in irgendeiner Form publiziert worden sei, während seitens der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Aufnahme in das Langzeitprogramm vorausgesetzt wird, dass die Antragsteller für die Gesamtdauer des Projektes bereits über eine anderweitig finanzierte unbefristete Stelle verfügen. Bei den im Bereich Wissenschaftsförderung engagierten Stiftungen werden Editionsprojekte nur noch in Ausnahmefällen und dann auch nur in sehr begrenztem Umfang finanziert. Zuletzt endete im Oktober 2024 ein im Bundesministerium der Verteidigung durchgeführter Prüfauftrag zur teilweisen oder vollständigen Übernahme der Projektkosten mit abschlägigem Bescheid und dem lapidaren Hinweis, dass man die Beantragung von Drittmitteln an anderer Stelle empfehle. Daher werden aktuell die Möglichkeiten eines internationalen Kooperationsprojektes und der Finanzierung durch privates Sponsoring ausgelotet. Sachdienliche Hinweise sind hier sehr willkommen.

Die Projektanbindung wird voraussichtlich am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr oder der Universität Potsdam gegebenenfalls in Kooperation mit anderen Institutionen erfolgen.

Kooperationsbeziehungen bestehen derzeit mit der Forschungsgemeinschaft Clausewitz Burg e.V. und der ULB Münster. Von der Clausewitz-Gesellschaft e.V. liegt eine Unterstützungszusage vor. Die Website der Clausewitz-Gesellschaft wäre auch ein geeigneter Ort für die Platzierung der online-Edition.

Zum Autor: Christian Th. Müller, geb. 1970, ist außerplanmäßiger Professor für Neuere Geschichte am Historischen Institut der Universität Potsdam. Zahlreiche Publikationen zur deutschen und europäischen Militärgeschichte sowie zur Geschichte des Kalten Krieges. Ausführliche Angaben zu Vita, Forschungsschwerpunkten und Publikationen unter: https://www.uni-potsdam.de/de/hi-militaergeschichte/weitere/christian-th-mueller/standard-titel.

2021 erschien sein Buch: Clausewitz verstehen. Wirken, Werk und Wirkung, Brill | Ferdinand Schöningh: Paderborn 2021.

Anmerkungen

1 Werner Hahlweg, Das Clausewitzbild einst und jetzt. In: Vom Kriege. Hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz. Vollständige Ausgabe im Urtext, drei Teile in einem Band. Hrsg. von Werner Hahlweg, Bonn 1980 , S. 154.

2 Vgl. Basil Henry Liddell Hart, Strategie, Wiesbaden 1955. John Keegan, Die Kultur des Krieges, Reinbek bei Hamburg 1997. Martin van Creveld, Die Zukunft des Krieges, München 1998. Erich Ludendorff, Der totale Krieg, München 1935.

3 Raymond Aron, Clausewitz, den Krieg denken, Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1980. Peter Paret, Clausewitz und der Staat. Der Mensch, seine Theorien und seine Zeit, Bonn 1993. Panajotis Kondylis, Theorie des Krieges. Clausewitz – Marx – Engels – Lenin, Stuttgart 1988. Zu den Arbeiten Werner Hahlwegs vgl. die Fußnoten 1 und 5.

4 Carl von Clausewitz, Hinterlassene Werke des Generals Carl von Clausewitz über Krieg und Kriegführung, Berlin 1832-1837, 10 Bde., Bde. 4-10. Die Bände 1-3 umfassen das Werk „Vom Kriege".

5 Carl von Clausewitz. Politische Schriften und Briefe. Hrsg. von Hans Rothfels, München 1922. Carl von Clausewitz. Geist und Tat. Das Vermächtnis des Soldaten und Denkers Carl von Clausewitz in Auswahl aus seinen Werken, Briefen und unveröffentlichten Schriften. Hrsg. und eingeleitet von Walther Malmsten Schering, Stuttgart 1941. Carl von Clausewitz. Schriften, Aufsätze, Studien, Briefe. Dokumente aus dem Clausewitz-, Scharnhorst- und Gneisenau-Nachlaß sowie aus öffentlichen und privaten Sammlungen. Hrsg. von Werner Hahlweg, Göttingen 1966. Carl von Clausewitz. Verstreute kleine Schriften. Hrsg. von Werner Hahlweg, Osnabrück 1979. Clausewitz in Perspektive. Materialien zu Carl von Clausewitz „Vom Kriege". Hrsg. von Günter Dill, Frankfurt/M, Berlin, Wien 1980. Carl von Clausewitz. Schriften, Aufsätze, Studien, Briefe. Dokumente aus dem Clausewitz-, Scharnhorst- und Gneisenau-Nachlaß sowie aus öffentlichen und privaten Sammlungen. Hrsg. von Werner Hahlweg, Göttingen 1990.

6 Karl Schwartz, Leben des Generals Carl von Clausewitz und der Frau Marie von

Clausewitz geb. Gräfin von Brühl: mit Briefen, Aufsätzen, Tagebüchern und anderen Schriftstücken, 2 Bde., Berlin 1878. Karl und Marie von Clausewitz: ein Lebensbild in Briefen und Tagebuchblättern, Hrsg. von Karl Linnebach, Berlin 1925. Carl von Clausewitz, Ausgewählte Briefe an Marie von Clausewitz und Gneisenau, ausgewählt und eingeleitet von Gerhard Thiele, Berlin 1953.

7 Diese Bestände sind bereits als Digitalisate verfügbar.

8 Generell ist anzumerken, dass sämtliche infrage kommenden Clausewitztexte nach Erlöschen des Urheberrechts gemäß § 64 UrhG gemeinfrei sind und dementsprechend für wissenschaftliche Zwecke genutzt werden können.

9 Zuletzt hat der namhafte britische Historiker Sir Hew Strachan in seiner Michael Howard Lecture am 18. November 2020 auf dieses Desiderat hingewiesen: https://www.kcl.ac.uk/news/2020-sir-michael-howard-lecture-delivered-to-audience-of-500 09:40 und 58:45.

10 Vgl. Übersicht der Texte in Datei „Clausewitz Schriften Tabelle 2023_Sort_ergFerb2025“ Stand Februar 2025.

11 Siegfried Scheibe, Kleine Schriften zur Editionswissenschaft, Berlin 1997 (=Berliner Beiträge zur Editionswissenschaft, Band 1), S. 11.

12 Hew Strachan, Carl von Clausewitz's OOn war. A biography, London 2008, S. 193.

13 Scheibe, Editionswissenschaft, S. 13f und 51.

14 Bodo Plachta, Editionswissenschaft. Eine Einführung in Methode und Praxis der Edition neuerer Texte, Stuttgart 1997, S. 14, 17 und 92.

15 3. Juni 2029 Marie von Clausewitz' 250. Geburtstag, 1. Juli 2030 Carl von Clausewitz' 250. Geburtstag, 16. November 2031 Carl von Clausewitz 200. Todestag, 2032 200. Jahrestag der Veröffentlichung des 1. Bandes der Hinterlassenen Werke (Vom Kriege 1. Teil), 28. Januar 2036 Marie von Clausewitz' 200. Todestag, 2037 200. Jahrestag der Veröffentlichung des 10. Bandes der Hinterlassenen Werke.

Carl von Clausewitz und der kleine Krieg des Korps Wallmoden im Herbstfeldzug 1813

Lucas Lebrenz

Einleitung

Die Befreiungskriege besitzen wie nur wenige andere Feldzüge, in erster Linie seien hier die Reichseinigungskriege genannt, eine derartig entscheidende Rolle für das Nationalbewusstsein der Deutschen. Mit ihrer Hilfe konnte die französische Vorherrschaft über Deutschland und sogar Europa abgeschüttelt werden. Dabei ist es nicht verwunderlich, dass sich die Militärgeschichte lange auf die Beschreibung und Analyse der großen Kampfhandlungen dieser Feldzüge, durchgeführt von schlagkräftigen Armeen mit dem Potenzial von Massenheeren, fokussiert hat. Dabei konnten sich große Heerführer wie Gebhardt Leberecht von Blücher und sein Stabschef August Neidhardt von Gneisenau sowie der als Oberkommandierende der Alliierten eingesetzte österreichische Feldmarschall Karl Philipp zu Schwarzenberg einen Namen machen. Die Operationen dieser Truppenkörper und der Verlauf der großen Schlachten der Jahre 1813 bis 1815 sind demnach bestens erforscht und mehrfach publizistisch öffentlich bekannt gemacht worden. Weniger intensiv gestaltet sich aber die Beschäftigung mit dem Phänomen des sogenannten Kleinen Krieges abseits des Hauptkriegsschauplatzes im Königreich Sachsen und den daran unmittelbar angrenzenden Gebieten. Umso ironischer wirkt es, dass auf eben solch einem Nebenkriegsschauplatz der wohl bedeutendste preußische Militärtheoretiker seinen Dienst leistete: Carl von Clausewitz diente im Herbstfeldzug des Jahres 1813, als Friedrich Wilhelm von Bülow zwei Mal Berlin verteidigte und Blücher die Franzosen immer weiter nach Leipzig trieb, seit dem 14. August 1813 als Stabschef im Korps des Generalleutnants Ludwig von Wallmoden-Gimborn. Dieses war in Mecklenburg aufgestellt und band durch Aktionen des Kleinen Krieges die französischen Truppen in Norddeutschland. Hierbei ergab sich für den damaligen Oberstleutnant Clausewitz die Möglichkeit, direkte Erfahrungen in der Führung des Kleinen Krieges zu sammeln, was bisher jedoch nur spärlich in den Blickwinkel der modernen Forschung geraten ist.

Gerade der Begriff „Kleiner Krieg“ bietet dabei eine Besonderheit, da er zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine Bedeutungserweiterung erhielt. So traten im Zuge der Befreiungskriege neben die im 18. Jahrhundert etablierte Form des

sogenannten Parteigängerkrieges mit seinen Streifkorps-Zügen auch Aspekte eines Volkskrieges mit seiner umfassenderen Volksbewaffnung. Gerade das Phänomen des Volkskrieges an sich ist aber in den Untersuchungen zu den Befreiungskriegen bereits auf vielfältige Art und Weise untersucht worden, da mit der erstmaligen Durchführung der Volksbewaffnung in Preußen und anderen Gebieten die dafür notwendigen Voraussetzungen erfüllt wurden und er somit zu den spezifischen Elementen der Befreiungskriege zählt. Im Gegensatz dazu bildete aber im Herbstfeldzug des Jahres 1813 der klassische Parteigängerkrieg die vorherrschende Form des Kleinen Krieges in den militärischen Operationen des Korps Wallmoden, der in neuerer Zeit jedoch noch wenig betrachtet wurde. Aufgrund dieser Besonderheit soll die vorliegende Untersuchung das Verhältnis von Theorie und Praxis in Bezug auf Clausewitz Konzept des Kleinen Krieges und den Operationen des Korps Wallmoden im Herbst 1813 aufzeigen. Die vorliegende Untersuchung geht dabei der Frage nach, inwieweit sich Wechselwirkungen zwischen Clausewitz theoretischen Überlegungen zum Kleinen Krieg und seinen Erfahrungen im Korps Wallmoden während des Herbstfeldzuges 1813 aufzeigen lassen. Dabei liegt der Fokus aber weniger auf der Einbindung von Elementen des Kleinen Krieges in Form der Tirailleur-Taktik in die Kampfweise der Linieninfanterie. Von besonderer Relevanz ist die Fragestellung nicht zuletzt dadurch, dass Clausewitz besonders seit der letzten Jahrtausendwende auch wieder als Denker des Kleinen Krieges verstärkt in das öffentliche Bewusstsein und Interesse gerückt ist.

Zur Beantwortung der Fragestellung wird ein chronologischer Aufbau gewählt. Zuerst soll Clausewitz theoretisches Verständnis des Kleinen Krieges bis 1813 dargestellt werden. Dafür kann besonders auf seine Gedanken, die er in seinen auf der Kriegsschule 1810 und 1811 gehaltenen Vorlesungen über den kleinen Krieg[1] und seine Ausführungen in der „Bekenntnisdenkschrift von 1812“[2] eingegangen werden. Anschließend werden die von Clausewitz im Wesentlichen verantworteten militärischen Operationen des Korps Wallmoden im Herbst 1813 beschrieben, um daraufhin den Niederschlag dieser Erfahrungen in Clausewitz Hauptwerk „Vom Kriege“[3] aufzuzeigen. Zum Abschuss werden die gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst. Als zeitlicher Rahmen wird für die Darstellung des Verlaufes des sogenannten Herbstfeldzugs beim Korps Wallmoden das Auslaufen des Waffenstillstandes von Pläswitz am 10. August 1813 und die Vereinigung des Korps Wallmoden mit den Haupttruppen der Nordarmee unter dem Kommando des schwedischen Kronprinzen Karl (XIV.) Johann Ende November 1813 gesetzt.

Die Literatur- und Quellenlage gestaltet sich für diese Untersuchung sehr diffus. Zu Carl von Clausewitz und seinen theoretischen Überlegungen liegt nicht nur eine große Auswahl an Forschungsliteratur[4] vor, sondern auch seine Schriften sind in umfangreichen Quelleneditionen publiziert und somit für die Forschung leicht zugänglich. Seiner ansonsten in den Biographien eher nur kurz erwähnten Tätigkeit als Stabschef im Korps Wallmoden hat Donald J. Stoker zwar größere Aufmerksamkeit geschenkt,[5] er beschreibt dabei aber vor allem die militärischen Operationen des Korps Wallmoden in Verbindung mit den Vorgängen auf dem Hauptkriegsschauplatz in Sachsen und schmückt dies nur leicht mit kleineren Zitaten aus Clausewitz Briefwechsel aus. Deshalb muss sich für die Darstellung der militärischen Operationen des Korps Wallmoden im Herbst 1813 auch auf klassische Werke zur Operationsgeschichte der Befreiungskriege bezogen werden. Jedoch tritt das Korps Wallmoden in den als Standardwerken zu klassifizierenden Publikationen der Kriegsgeschichtsschreibung um 1910 eher nur am Rande auf.[6] Einen Gegensatz dazu bildet lediglich Barthold von Quistorp mit seiner 1894 erschienenen Geschichte der Nordarmee im Jahre 1813.[7] Erfreulicherweise ist in diesem Zusammenhang daher auch die Tatsache, dass Carl von Clausewitz den Feldzug des Korps Wallmoden selbst in einer eigenen militärhistorischen Untersuchung analysiert hat.[8]

Clausewitz theoretische Überlegungen zum Kleinen Krieg bis 1813

Der Begriff des Kleinen Krieges ist sehr vielschichtig. Im Allgemeinen wird darunter alles das verstanden, was nicht zu den Unternehmungen der großen Heere gerechnet werden kann. Dazu können sowohl kleine Kommando-Unternehmen wie auch Guerilla-Aktionen und schließlich der großflächig auftretende Volkskrieg zählen. Geführt wird dieser Kleine Krieg von sogenannten Parteigängern, im Englischen und Französischen „partisan“ genannt. Damit wurden seit dem 18. Jahrhundert die Anführer selbstständig operierender Truppenteile, bestehend aus regulären oder irregulären Soldaten, bezeichnet. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts verschob sich aber die Bedeutung der Begriffe „partisan“ und des von ihm geführten Kleinen Krieges – nach dem Vorbild des Spanischen Aufstandes gegen Napoleon I. ab 1808 auch „guerilla“ genannt – hin zu dem bis heute prägenden Verständnis von der Kriegführung irregulärer Kämpfer und bewaffneter Zivilisten. Hierbei sind die Über-

Die ersten praktischen Berührungspunkte mit den Erscheinungsformen des Kleinen Krieges bildeten für den damals 13 bzw. 14 Jahre jungen Fähnrich Carl von Clausewitz die Gefechte während des Ersten Koalitionskrieges in den Jahren 1793/94

gänge zum Begriff des „Volkskrieges“ fließend.[9] Genau dieser Begriffswandel lässt sich auch in Clausewitz Verständnis des Kleinen Krieges nachzeichnen.

Die ersten praktischen Berührungspunkte mit den Erscheinungsformen des Kleinen Krieges bildeten für den damals 13 bzw. 14 Jahre jungen Fähnrich Carl von Clausewitz die Gefechte während des Ersten Koalitionskrieges in den Jahren 1793/94, als er unter anderem mit seinem Infanterieregiment Nr. 34 „Prinz Ferdinand“ auch an der Belagerung von Mainz teilnahm und dabei Zeuge von nächtlichen Überfällen französischer Jäger-Abteilungen auf die Belagerungstruppen wurde. Jedoch erhielt er erst nach der Niederlage Preußens gegen Napoleon I. im Vierten Koalitionskrieg 1806/07 und seiner Einsetzung als Lehrer an der von Gerhard von Scharnhorst gegründeten Allgemeinen Kriegsschule in Berlin ab Oktober 1810 die Möglichkeit, sich intensiver mit der Theorie des Kleinen Krieges zu beschäftigen. In den Wintersemestern 1810/11 und 1811/12 hielt er dort Vorlesungen über den Kleinen Krieg, deren Überlieferung es uns heute ermöglicht, ein tieferes Verständnis seiner Überlegungen zu erhalten. Er nutzte zu Lehrzwecken auch stets historische Beispiele und betrieb im Zuge dessen vor 1812 auch in der Mark Brandenburg Terrainstudien zur Durchführbarkeit des Kleinen bzw. Volkskrieges.[10]

Preußen waren nach seinem gescheiterten Kriegszug gegen Frankreich 1806/07 einschneidende militärische Beschränkungen auferlegt worden. Das Heer wurde auf 42.000 Mann begrenzt und die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht verboten. Daher schlussfolgerte der Militärhistoriker Werner Hahlweg, wenn auch heute mit einigen Einschränkungen zu bewerten, dass in den Augen der um eine Reform des preußischen Heeres bemühten Offiziere „eine etwa erfolgreiche künftige Befreiung von der napoleonischen Herrschaft nur durch den Volks- oder revolutionären Krieg in Verbindung mit der Unterstützung durch eine auswärtige Macht erlangt werden konnte. Volks- oder revolutionärer Krieg aber – das lag in der Natur der Sache – konnte der Organisations- und der Kampfesform nach nur k l e i n e r Krieg sein.“[11]

Clausewitz verstand zunächst „unter kleinem Krieg den Gebrauch kleiner Truppenabtheilungen im Felde. Gefechte von 20, 50, 100 oder 3, 400 Mann gehören, wenn sie nicht Theil eines größern Gefechtes sind, in den kleinen Krieg.“[12] Demnach seien trotz der Einfachheit dieser eher technischen Definition „alle kriegerischen Handlungen, die mit kleinen Truppenabtheilungen geschehen, […] Gegenstände des kleinen Kriegs.“[13] Der Kleine Krieg beschreibe dabei zudem vor allem die Handlungen von leichten Truppen. Dies würde

unter anderem Maßnahmen zur Aufklärung der feindlichen und Sicherung der eigenen im Feld stehenden Truppen in Form des Vorpostendienstes und durch Patrouillen beinhalten. Außerdem sollten die leichten Truppen mit dem Einsatz von Kurieren zwischen den einzelnen Truppenkörpern für die übergeordnete Führung essenzielle Kommunikationslinien unterhalten und zur Sicherung von Transporten und strategisch wichtigen Orten und Plätzen wie zum Beispiel Nachschubposten und Flussübergängen durch sogenannte Schutzgefechten gegen herannahende Gegner Verwendung finden. Sie konnten aber auch für Angriffe auf solche strategisch wichtigen Elemente der gegnerischen Seite eingesetzt werden. Dafür würden sie bevorzugt handstreichartige Überfälle auf feste Plätze nutzen oder Hinterhalte für feindliche Marschkolonnen legen. Je nach dem verwendeten Mittel entsprechend des zu erreichenden Zweckes könnte demnach auch eine Unterscheidung zum großen Krieg vorgenommen werden.[14]

Bei diesen militärischen Operationen könnten sich die damit beauftragten Truppenabteilungen aufgrund ihrer geringen Größe mehrerer Vorteile bedienen, die ebenso wie die im Anschluss beschriebenen Nachteile als charakteristisch für den Kleinen Krieg gelten würden. So sei ein spontanes Agieren ohne aufwendige Vorarbeiten möglich. Des Weiteren wäre auch überall die Versorgung in den meisten Fällen problemlos sicherzustellen und die Einheiten würden auch von der höheren Wahrscheinlichkeit zur Geheimhaltung ihres Vorgehens profitieren. Außerdem ermögliche die geringe Größe ein noch schnelleres Vorgehen, wie beispielsweise auch beim Stellungswechsel während Kampfhandlungen. Im Gegensatz dazu hätten kleinere Einheiten aber auch bestimmte Nachteile zu erdulden, indem unter anderem ein Teilen der Kräfte aufgrund der geringen Größe meist nicht sinnvoll wäre. Auch der intensive Ausbau von verschanzten Stellungen brächte keine große Steigerung der Verteidigungsfähigkeit mit sich, da diese durch den Gegner zu leicht zu umgehen seien. Darüber hinaus hätten kleine Einheiten keine große Möglichkeit zur eigenständigen Gefechtsführung, weshalb sie stets auf Unterstützung angewiesen seien oder rechtzeitig zum Rückzug übergehen müssten. Dieser wäre aber wiederum leicht durchführbar.[15]

Die Hauptaufgabe der im Kleinen Krieg eingesetzten Einheiten lag laut Clausewitz sowieso nicht in der Führung von Gefechten in Form von Angriff und Verteidigung, sondern in der Aufklärung der feindlichen Bewegungen und Stellungen. Der Kleine Krieg diene damit zur Unterstützung der Handlungen im großen Krieg, sei also quasi als dessen Mittel anzusehen. Demnach sei

der Kleine Krieg auch eher der Sphäre der Taktik zuzuordnen. Dies zeige sich auch bei den Trägern dieser Kampfform, bei denen es sich um reguläre Soldaten handele, die in der direkten Umgebung von größeren Truppenkörpern eingesetzt waren.[16] Dennoch wird sich noch am Beispiel des im Herbst 1813 geführten Feldzuges des Korps Wallmoden zeigen, dass der Kleine Krieg auch durchaus einige strategische Elemente in sich tragen kann.

Die Anforderungen des Kleinen Krieges würden außerdem eine andere Geisteshaltung bei den diese Form des Krieges ausübenden Soldaten bedingen. So seien zum Beispiel Jäger und Husaren in ihren Handlungen wesentlich selbstständiger und unternehmungslustiger als die einfachen Soldaten der Linieninfanterie, würden dafür aber die Gefahr der Kampfhandlungen ernster nehmen als ihre Kameraden und sich daher weniger durch stoische Standfestigkeit – eine durchaus wichtige Eigenschaft in entscheidenden Phasen von Gefechten und Schlachten – als vielmehr durch schnelleres Deckung- oder Reißaus nehmen auszeichnen. Dies liege an ihren häufigeren Feindberührungen, wodurch die im Kleinen Krieg eingesetzten Truppen eher den richtigen Moment zum Rückzug erkennen müssten, um nicht während einer Kampagne vollständig aufgerieben zu werden. Aus den größeren Räumen, in denen der Kleine Krieg geführt werde, ergäben sich auch vielfältige Möglichkeiten zur Operationsführung.[17] Clausewitz bemerkte dazu folgendes: „Dieses freie Spiel des Geistes, welches im kleinen Krieg statt findet, diese geschikte Verbindung von Kühnheit und Vorsicht (ich möchte sagen diese glükliche Composition von Verwegenheit und Furcht) ist es, was den kleinen Krieg so vorzüglich interessant macht.“[18]

Als eine für den Einsatz im Kleinen Krieg besonders geeignete Einheit sah Clausewitz daher das aus ausgewählten berittenen Soldaten bestehende Streifkorps, von ihm Detachement genannt, an. Diese Verbände sollten Kuriere und deren Nachrichten abfangen, Befehlshaber gefangen nehmen, Kontributionen eintreiben und die Versorgungslinien des Gegners unterbrechen. Dafür könnten sie unter anderem Magazine und Brücken zerstören sowie Straßenverbindungen unpassierbar machen, wobei Clausewitz auch bereits den Einsatz von Minen erwähnte.[19]

Ähnlich wie sein Lehrer Scharnhorst schlug Clausewitz also vor 1812 noch deutlich gemäßigtere Töne in Bezug auf den Kleinen Krieg an. Noch spielte er nicht mit dem radikaleren Gedanken einer auch in Preußen zur Überwindung der napoleonischen Vorherrschaft möglichen Volksbewaffnung, wie Gneisenau dies bereits tat.[20] Dies sollte sich durch die Entwicklungen des Jahres 1812 al-

lerdings ändern. Die latenten Spannungen zwischen den beiden europäischen Kaiserreichen Frankreich und Russland hatten sich durch das Ausscheiden Russlands aus der gegen Großbritannien gerichteten Kontinentalsperre verschärft. Napoleon I. bereitete daher einen Feldzug gegen den Zaren vor. Der preußische König Friedrich Wilhelm III. musste sich dem französischen Druck beugen und schließlich am 24. Februar 1812 ein Bündnis mit Napoleon I. gegen Russland schließen. Demnach sollte sich Preußen mit einem 21.000 Mann starken Hilfskorps am Russlandfeldzug dieses Jahres beteiligen. Carl von Clausewitz war wie viele andere preußische Offiziere auch von der Entscheidung seines Königs schockiert und wechselte deswegen im Frühjahr 1812 in russische Dienste, da er der Meinung war, dass nur im Kampf gegen Napoleon I. die Freiheit Preußens zurückgewonnen werden konnte. Zuvor verfasste er bereits im Februar seine „Bekenntnisdenkschrift", in der er dann eine neue Form des Kleinen Krieges postulierte.[21]

Seine beiden Auslegungen des Kleinen Krieges sind dabei durch unterschiedliche Umstände bedingt. Waren seine Überlegungen in den Vorlesungen noch auf Methoden zur Störung des Gegners vornehmlich durch Aktionen hinter den feindlichen Linien ausgelegt orientierten sich nun die Vorstellungen in der Bekenntnisdenkschrift eher an der Befreiung eines Staates von der Vorherrschaft einer fremden Macht. Die Methoden des Kleinen Krieges, wie Clausewitz sie rein technisch in seinen Vorlesungen behandelte, sollten also nun explizit für offensive Zwecke benutzt werden, wobei der Krieg – wie in Frankreich bereits gezeigt – zu einer Sache des Volkes werden sollte. Zur reinen militärischen Betrachtungsebene der Vorlesungen trat in der Bekenntnisdenkschrift also auch noch die politische. So versuchte Clausewitz zu begründen, dass selbst in Preußen trotz seiner ihm von Napoleon I. auferlegten militärischen Beschränkungen mit Hilfe einer allgemeinen Volksbewaffnung ein patriotischer Befreiungskampf zur Abschüttelung der französischen Fremdherrschaft entflammt werden konnte. Die aufkommende deutsche Nationalbewegung sollte die ideelle Grundlage dieses „Volkskrieges" bilden, indem die in der Bevölkerung immer stärker vorhandene Abneigung – zum Teil sogar bis zum „Franzosenhass" gesteigert – genutzt werde. Deshalb würden auch die beteiligten Kombattanten weniger für Sold als viel eher aufgrund ihrer Vaterlandsliebe kämpfen. Für den Volkskrieg könnten dementsprechend Miliz-

Die Methoden des Kleinen Krieges, wie Clausewitz sie rein technisch in seinen Vorlesungen behandelte, sollten also nun explizit für offensive Zwecke benutzt werden, wobei der Krieg – wie in Frankreich bereits gezeigt – zu einer Sache des Volkes werden sollte.

ähnliche Verbände wie Landwehr oder Landsturm aus der Gesamtheit der wehrfähigen Männer aufgestellt werden, die einen Großteil der feindlichen Streitkräfte durch eine dem spanischen Vorbild nachempfundene Guerilla-Kriegsführung binden würden. Aus diesem schier unerschöpflichen Pool könnten dann ständig neue Kämpfer rekrutiert werden, die dem Feind mit grausamen Methoden zermürben sollten und zudem durch die Anerkennung des Kombattanten-Status vor harten Vergeltungsmaßnahmen geschützt wären. Dadurch würde der Gegner dazu genötigt werden, immer mehr Truppen auf diesem Kriegsschauplatz einzusetzen, bis er schließlich aufgrund von Überbeanspruchung aufgebe.[22]

Diese Überlegungen finden sich dann im Frühjahr 1813 teilweise in den preußischen Verordnungen zum aufzustellenden Landsturm wieder. Dieser sollte als letzte Reserve mit Mitteln der Guerilla-Kriegführung den französischen Truppen, sollten sie Preußen erneut besetzen, solange zusetzen, bis sie sich zum Rückzug genötigt sähen. Dabei sollten jedoch größere Kampfhandlungen vermieden werden. Diese Form der „preußischen Guerilla" trat jedoch aufgrund der Abwehrsiege in den Schlachten bei Luckau am 4. Juni, Großbeeren am 23. August in Verbindung mit der sogenannten „Kolbenschlacht" bei Hagelberg vier Tage später und Dennewitz am 6. September 1813 so gut wie gar nicht in Erscheinung. Zudem trafen diese Überlegungen als Teil der Gedanken zur allgemeinen Volksbewaffnung bei den eher reaktionären Kräften am preußischen Hof auf Ablehnung, weshalb sie auch auf eine Zurückdrängung dieser Entwicklungen pochten. Aus diesem Grund führten in den Befreiungskriegen vor allem reguläre Truppen oder Freiwilligenverbände den Kleinen Krieg.[23]

Inwieweit der auch 1813 noch in russischen Diensten stehende Oberstleutnant Carl von Clausewitz seine theoretischen Überlegungen zum Kleinen Krieg während seines Militärdienstes als Stabschef des Korps Wallmoden im Herbstfeldzug 1813 praktisch anwenden konnte, soll im folgenden Kapitel durch die Darstellung der entsprechenden militärischen Operationen beleuchtet werden.

Die militärischen Operationen des Korps Wallmoden im Herbst 1813

Nach dem für Napoleons Grande Armée vernichtenden Russlandfeldzug 1812 sahen patriotische Kräfte in Preußen im Frühjahr des folgenden Jahres die Zeit zur Niederwerfung der französischen Vorherrschaft gekommen. Mit Einführung der zunächst auf die Dauer des Krieges begrenzten allgemeinen Wehrpflicht sowie der Errichtung von freiwilligen Jäger-Detachements, Land-

wehr- und Landsturmverbänden sollte das Volk für den Kampf gegen den französischen Kaiser mobilisiert werden. Die preußischen Verbände trieben in Verbindung mit der vorrückenden russischen Armee die neu aufgestellten französischen Truppen und ihre Verbündeten bis zur Elbe zurück, ehe sie von Napoleon I. in den Schlachten bei Großgörschen am 2. Mai und Bautzen am 20. und 21. Mai geschlagen wurden.[24]

Da es im vorindustriellen Zeitalter, unter anderem auch durch logistische Probleme bedingt, aber nur unter extremen Anstrengungen möglich war, Massenheere für einen längeren Zeitraum zum Schlagen einer entscheidenden Schlacht in der Größe der Völkerschlacht bei Leipzig etwa zusammenzuziehen, wurden die Feldzüge der Befreiungskriege auch durch Elemente des Kleinen Krieges entschieden. So agierten alliierte Streifkorps westlich der Elbe und störten die französischen Nachschub- und Verbindungslinien. Russische Einheiten unter Friedrich Karl von Tettenborn besetzten im März bereits Hamburg und mehrere zusammengefasste alliierte Detachements lieferten sich am 2. April 1813 mit den Franzosen bei Lüneburg das erste größere Gefecht der Befreiungskriege. Nachdem seit Mitte April 1813 sämtliche in Norddeutschland operierenden Streifkorps unter den Befehl des seinerzeit in russischen Diensten stehenden Generalleutnants und als erfahrenen „Parteigänger“ einzuschätzenden Ludwig von Wallmoden-Gimborn standen, mussten sie sich jedoch vor den herannahenden, überlegenen französischen Truppen wieder zurückziehen.[25]

Währenddessen zogen sich die vereinigten russischen und preußischen Hauptkräfte ebenfalls infolge der in Sachsen erlittenen Niederlagen nach Schlesien zurück. Deshalb wurde am 4. Juni 1813 im schlesischen Pläswitz ein Waffenstillstand ausgehandelt, der schließlich bis zum 10. August 1813 andauern sollte. Beide Seiten nutzen diese Zeit zur weiteren Aufrüstung. Zudem traten Großbritannien, Österreich und Schweden auf Seiten Russlands und Preußens in den Krieg ein. Aufgrund dessen wurde auf alliierter Seite ein Kriegsplan entworfen, der ein gezieltes Operieren der verbündeten Heere zur Niederwerfung des Gegners ermöglichen sollte. Demnach wurden drei Armeen gebildet: zum ersten die aus Österreichern, Russen und Preußen bestehende Haupt- bzw. Böhmische Armee unter Schwarzenberg, die aus Böhmen kommend Richtung Dresden vorstoßen sollte; zum zweiten die aus Russen und Preußen zusammengesetzte Schlesische Armee unter Blücher, die von Schlesien aus nach Westen ins Königreich Sachsen einfallen sollte und zum dritten die unter dem Kommando des ehemaligen französischen Marschalls Jean Baptiste Bernadotte, mittlerweile als schwedischer Kronprinz unter dem Namen Karl Johann

auftretend, stehende Nordarmee. Diese setzte sich aus zwei preußischen sowie jeweils einem russischen und schwedischen Armeekorps zusammen, die in der Mark Brandenburg zum Schutz der preußischen Hauptstadt Berlin vor einer erneuten französischen Besetzung Stellung bezogen hatten. Die einzelnen Armeen sollten den Gegner nur bei zahlenmäßiger Überlegenheit angreifen.[26]

Zur Nordarmee gehörte ferner auch noch lose das ca. 30.000 Mann starke Korps des Generalleutnants von Wallmoden-Gimborn, welches jedoch so gut wie keine logistische Versorgung in seinem rückwärtigen Raum hatte und nur unzureichend mit Artillerie versorgt war. Es war in der Gegend zwischen Wismar und Boitzenburg an der Elbe verteilt und sollte in enger Abstimmung mit der Nordarmee die zahlenmäßig überlegenen Truppen des französischen Marschalls Louis-Nicolas Davout um Hamburg binden, um so deren Eingreifen auf dem Hauptkriegsschauplatz in Sachsen zu verhindern. Dafür war es aus überwiegend leichten und zumeist nicht kampferprobten Truppen zusammengesetzt. Ihm unterstanden vor allem Freiwilligen-Verbände wie das Freikorps des preußischen Majors Ludwig Adolf Wilhelm von Lützow, das nach seinem mehr oder weniger erfolgreichen, selbstständigen Agieren als Streifkorps hinter den feindlichen Linien im Frühjahr am 17. Juni 1813 bei Kitzen von französischen und württembergischen Truppen überfallen und zersprengt worden war, und das Ausländer-Jäger-Bataillon von Reiche. Dazu kamen noch Freiwillige aus Hannover und einigen Hansestädten. Auch gehörten dem Korps noch mehrere Kosaken-Abteilungen und Einheiten der Kings German Legion und der regulären britischen Armee, darunter eine halbe Raketen-Batterie, ein Dessauer Infanterie-Bataillon sowie schwedische und mecklenburgische Truppen an. Den Kern des Korps Wallmoden bildeten aber die Einheiten der Deutsch-Russischen Legion. Diese bestanden vornehmlich aus ehemaligen deutschen Soldaten in Napoleons I. Diensten, die während des Russlandfeldzugs 1812 übergelaufen waren. Für ihre Besoldung und Ausrüstung hatte Großbritannien die Verantwortung übernommen.[27]

Aufgrund der Zusammensetzung dieses Korps bot sich für seine Kriegführung vor allem die Form des Kleinen Krieges an, der sich erwartungsgemäß vornämlich im Rücken der feindlichen Kräfte abspielen sollte.

Aufgrund der Zusammensetzung dieses Korps bot sich für seine Kriegführung vor allem die Form des Kleinen Krieges an, der sich erwartungsgemäß vornämlich im Rücken der feindlichen Kräfte abspielen sollte. Aufgrund der geographischen Gegebenheiten bot sich dafür eine Umgehung der Einheiten

Marschall Davouts mittels eines Elbübergangs bei Dömitz an, um anschließend auf dem linken Elbeufer die französischen Verbindungswege zwischen Hamburg und Magdeburg zu stören und evtl. sogar weiter in Richtung Nordwesten vorzustoßen. Dadurch konnten weitere Teile des französischen Einflussgebietes von den Sabotageaktionen alliierter Streifkorps, wie sie Clausewitz in seinen Vorlesungen beschrieb, erfasst werden, um so die Streitkräfte Napoleons I. noch weiter zu schwächen.

Nach dem Auslaufen des Waffenstillstandes von Pläswitz ließ Marschall Davout sein Korps, das auch durch dänische Truppen unterstützt wurde, unter ständigen kleineren Gefechten bis Schwerin vorrücken, stoppte diesen Vormarsch dann aber Ende August 1813 und bezog eine durch Wasserläufe und Seen bestimmte, strategisch beinahe unangreifbare Position. Ein Grund dafür darf bereits in der erfolgreichen Kleinkriegführung des Korps Wallmoden gesehen werden: Die alliierten Patrouillen konnten nämlich einen Befehl Napoleons I. an Marschall Davout abfangen, wonach dieser unerbittlich gegen die schwächeren Truppen des Generalleutnants von Wallmoden-Gimborn vorgehen sollte. Da Marschall Davout diesen Befehl aber nie erhielt und aufgrund seiner zu geringen Kavalleriekräfte keine angemessene Aufklärung des Feindes leisten konnte, verharrte er in seiner Position bei Schwerin. Dort bedrängten ihn insbesondere Kosaken und Kavallerie-Einheiten des Lützowschen Freikorps stetig durch Überfälle und täuschten ihn über die Stärke des Korps Wallmoden derart, sodass er sich schließlich am 3. September 1813 nach Eintreffen der Nachricht von der französischen Niederlage in der Schlacht bei Großbeeren auf die Linie zwischen Ratzeburg und Lauenburg zurückziehen musste, da er ansonsten eine Umfassung seiner Truppen fürchtete, und dort in der Folgezeit eine sehr defensive Haltung einnahm. Marschall Davout befürchtete zu diesem Zeitpunkt, durch die nun wahrscheinlich vorrückenden Alliierten von Hamburg abgeschnitten zu werden und trat daher den Rückzug an. Das Korps Wallmoden verfolgte ihn unter ständigen Kämpfen, blieb dann aber am 5. September 1813 aufgrund der sumpfigen Umgebung im Gebiet der Stecknitz, die ein großflächiges Agieren unmöglich machte, stehen. Es beunruhigte den Gegner nur durch kleinere Angriffe, um in erster Linie seine genaue Stärke und Position zu ermitteln.[28]

Gleichzeitig wollte Generalleutnant von Wallmoden-Gimborn die französischen Stellungen am linken Ufer der unteren Elbe zerschlagen. Sein Ziel war anschließend die Festsetzung im Gebiet zwischen Dömitz und Dannenberg, um von dort aus die bei Hamburg stehenden Franzosen auf ihrem möglichen Weg

elbaufwärts Richtung Magdeburg und von dort aus weiter nach Berlin zu blockieren. Nachdem ein Vortrupp die Stärke des Feindes aufgeklärt hatte, überquerte dafür quasi in Form eines Kommandounternehmens ein Detachement, bestehend aus dem hannoverschen Freiwilligenverband der Kielmansegg'schen Jäger, einer Kompanie der Hanseatischen Legion und zwei leichten Geschützen, vom Amt Neuhaus aus am Abend des 24. August 1813 die Elbe und eroberte überfallartig die französischen Stellungen bei Dannenberg. Durch diese klassische Methode des Kleinen Krieges sahen sich die dort stationierten Franzosen zum Rückzug bis Bleckede gezwungen, wodurch das Korps Wallmoden nun einen festen Stützpunkt auf dem linken Elbeufer unter seiner Kontrolle hatte. Dieser wurde als Ausgangspunkt für Streifzüge weit ins feindliche Hinterland genutzt, bei denen weitere Briefe der französischen Militärführung und Nachschubkolonnen abgefangen sowie neue Rekruten für die Truppen des Korps Wallmoden gewonnen wurden.[29]

Zur Sicherung dieses Brückenkopfes wurde Anfang September 1813 zwischen der Festung Dömitz und Dannenberg eine Brücke über die Elbe errichtet. Anschließend rückten leichte Truppen, vor allem Husaren- und Jäger-Abteilungen, über den Fluss und begannen mit der Beobachtung der Franzosen bei Hamburg. Insbesondere die Elbübergänge bei Harburg und nahe Winsen an der Luhe lagen dabei im Fokus der alliierten Truppen. Zudem konnten durch die Gefangennahme feindlicher Kuriere und Offiziere die französische Befehlskette unterbrochen und wichtige Informationen über die Planungen der Franzosen gewonnen werden. So erfuhr Generalleutnant von Wallmoden-Gimborn, dass die 50. französische Division unter General Marc Nicolas Louis Pécheux den Auftrag zur Säuberung des linken Elbeufers von alliierten Streifkorps erhalten hatte. Diese rückte bei Zollenspieker über die Elbe – was Kosaken beobachtet und gemeldet hatten – und wollte daraufhin bis Dömitz vorstoßen, um die dortige Brücke zu zerstören. Durch diese Aktion sollten die französischen Verbindungslinien zwischen Hamburg und Magdeburg erneuert werden. Dementsprechend marschierte Generalleutnant von Wallmoden-Gimborn mit dem Großteil seiner Truppen bei Dömitz über die Elbe, um sich der 3.000 Mann starken Division Pécheux entgegenzustellen. Marschall Davouts Truppen sollten nur durch 9.500 Mann Schweden, Hanseaten und einen Teil des Lützowschen Freikorps, die mehrere kleine Angriffe durchführten und den Anschein einer größeren Heeresmacht zu erwecken hatten, weiterhin östlich von Hamburg gebunden werden. Auch hier sollte also durch Aktivitäten des Kleinen Krieges das Vorgehen der Haupttruppen unterstützt werden.[30]

In der Nacht vom 14. auf den 15. September 1813 überquerte Generalleutnant von Wallmoden-Gimborn mit seinen 12.300 Mann bei Dömitz die Elbe und rückte bis Dannenberg vor, wo tagsüber biwakiert wurde. Die Kosaken-Einheiten wurden unterdessen in die Umgebung bis Bleckede und Uelzen zur Aufklärung entsandt. Sie wurden jedoch von der vorrückenden Division Pécheux zurückgeworfen, sodass sich am 16. September 1813 die Schlacht an der Göhrde zwischen dieser und den Truppen des Korps Wallmoden entwickelte. Im Zuge dieser Schlacht wurde die Division Pécheux geschlagen und auf ihrem Rückzug durch nachsetzende Artillerie und Kavallerie stark bedrängt. Pécheux musste mit ungefähr der Hälfte seiner Truppen über Bleckede, Lüneburg, Winsen und Zollenspieker zum Hauptquartier Marschall Davouts in Zarrenthin zurückmarschieren. Da der bei Boitzenburg an der Elbe zurückgelassene Teil des Lützowschen Freikorps zeitgleich einen Angriff Marschall Davouts abwehren konnte, rückte Generalleutnant von Wallmoden-Gimborn mit seinen Truppen am 19. September 1813 ohne Eile bei Dömitz über die Elbe zurück und bezog wieder seine Ausgangspositionen im Raum Hagenow. Lediglich leichte Kavallerie in Form von Husaren und Kosaken unter Tettenborn blieb westlich der unteren Elbe zurück und durchschnitt weiterhin Marschall Davouts Verbindungslinien mit der französischen Hauptarmee, während es bis Mitte Oktober 1813 zu keinen größeren Kampfhandlungen zwischen den Korps Wallmoden und Davout mehr kam. Beide Seiten belauerten sich eher in ihren Stellungen und führten maximal einen Vorposten-Krieg, um vornehmlich die Stärke und Stellungen der gegnerischen Truppen aufzuklären. Dies entsprach auch den Vorstellungen des schwedischen Kronprinzen, der weniger gegen die in Deutschland stehenden französischen Truppen als vielmehr gegen Dänemark vorgehen wollte, um dadurch in den Besitz von Norwegen zu gelangen.31

Für Generalleutnant von Wallmoden-Gimborn eröffnete sich dabei auch gar keine erfolgversprechende Gelegenheit zum größeren offensiven Agieren, da im Falle einer Niederlage seiner zahlenmäßig unterlegenen Truppen seit dem Elbübergang der Nordarmee im Gefolge der Schlesischen Armee Anfang Oktober 1813 keine Möglichkeit mehr zur Unterstützung durch jene bestand. Daher musste er auf die Form des Kleinen bzw. Vorposten-Krieges setzen, um die Truppen Davouts auf dem Nebenkriegsschauplatz in Mecklenburg zu binden. Als ein Beispiel dafür kann der Überfall an der Kogeler Windmühle vom 18. Oktober 1813 gelten, bei dem Einheiten des Lützowschen Freikorps eine kleine französische Kavallerie-Abteilung überraschten. Durch die dabei gefangen ge-

nommenen Soldaten konnten Informationen über die weiteren Planungen des Marschalls Davout gewonnen werden.[32]

Zudem entsandten Generalleutnant von Wallmoden-Gimborn und sein inzwischen zum Oberst beförderter Stabschef Clausewitz Anfang Oktober 1813 ein etwa 2.000 Mann starkes Streifkorps über die Elbe, welches die französischen Nachschub- und Verbindungslinien unterbrechen sollte. Zudem erhofften sie sich durch das Auftreten alliierter Truppen unter der Bevölkerung den Ausbruch eines Volksaufstandes gegen die französische Fremdherrschaft. Im Zusammenspiel mit dem sich bewaffnenden Volk, das den Alliierten gegenüber als freundlich eingestellt angesehen wurde, sollte der napoleonische Einflussbereich destabilisiert werden. Die theoretischen Grundüberlegungen für diese Unternehmung hatte Gerhard von Scharnhorst bereits zu Beginn des Jahres 1813 aufgestellt. Demnach sollten drei alliierte Streifkorps durch Norddeutschland ziehen, um die französische Herrschaft in diesem Bereich zu destabilisieren. Nachdem sie mit Kassel die Hauptstadt des Königreiches Westphalen erreicht hätten, sollten dort eine anti-napoleonische Regierung eingesetzt und neue militärische Formationen – Linientruppen und Landsturm-Einheiten – aufgestellt werden. Der Zweck der alliierten Streifkorps war daher also die „Zerstörung der feindlichen Kriegsdepots zwischen Elbe und Rhein sowie überhaupt die Entziehung aller für die Bildung einer Armee notwendigen Mittel" sowie die „Verwendung solcher Mittel in unserem Interesse zur Bewaffnung der Bevölkerung gegen Frankreich, nach einem noch näher zu entwickelnden System."[33] Scharnhorst ging dabei von einem großen Ideologisierungsgrad der norddeutschen Bevölkerung aus, der durch Maßnahmen des Kleinen Krieges noch verstärkt bzw. zum Ausbruch einer Volkserhebung gegen die napoleonische Fremdherrschaft genutzt werden könnte.

Nachdem dieser Plan im Februar 1813 unter den alliierten Monarchen und Heerführern jedoch keine Zustimmung fand, streiften nun aber über ein halbes Jahr später wieder alliierte Detachements unter Tettenborn durch das heutige Niedersachsen. Entsprechend Scharnhorsts Überlegungen sollten sie also nicht nur die Bewegungen, Stellungen und Stärke der feindlichen Truppen aufklären, sondern auch zur Mobilisierung einer gegen Frankreich gerichteten Volkserhebung beitragen. Um diese in Gang zu setzen, mussten Sammelplätze eingerichtet und Kontakt zu ehemaligen Offizieren aufgenommen werden. Anschließend sollten die alliierten Truppen bei der Ausbildung der örtlichen Milizverbände mitwirken. Gleichzeitig waren französische Sympathisanten und Kollaborateure aufzuspüren und zu bestrafen. Neben 700 bis 800 Kosa-

ken wurden für dieses Unternehmen ausschließlich deutsche Truppen wie auch das Lützowsche Freikorps eingesetzt. Diese Einheiten zogen bis Hannover und Bremen, das am 15. Oktober 1813 eingenommen wurde, nachdem ein Scharfschütze des Lützowschen Freikorps den französischen Kommandanten auf den Wällen der Festung erschossen hatte. Daraufhin erbeuteten sie die französischen Kassen im Umland, was schließlich im Zusammenspiel mit der Fluchtbewegung vieler französischer Beamten nach Westen zum Zusammenbruch der napoleonischen Herrschaft in dieser Region führte. Für Marschall Davout war durch diese feindlichen Truppen in seinem Rücken keine Verbindung mit dem französischen Kernland mehr möglich, wodurch er in Hamburg, völlig isoliert von weiterer Unterstützung, ausharren musste.[34]

Nach der für die Alliierten siegreichen Völkerschlacht bei Leipzig vom 16. bis zum 19. Oktober 1813 und dem daran anschließenden Rückzug Napoleons I. in Richtung Rhein, wandte sich der schwedische Kronprinz Karl Johann mit dem Großteil der Nordarmee nach Norden und befreite Nordwestdeutschland von der französischen Fremdherrschaft. Anschließend wollte er die mit Napoleon I. verbündeten Dänen schlagen, um so Norwegen in Besitz nehmen zu können. Am 26. November 1813 überschritt er daher die Elbe bei Boitzenburg und vereinigte sich mit dem Korps Wallmoden. Dadurch wurde Marschall Davout dazu genötigt, sich schließlich im stark befestigten Hamburg zu verschanzen, weil er keine Rückzugmöglichkeit nach Holland mehr hatte und zudem dem Befehl Napoleons I. zur Verteidigung Hamburgs Folge leisten wollte. Während das Korps Davout in Hamburg von russischen Truppen eingeschlossen wurde, streiften die Kosaken unter dem Befehl Tettenborns bis an die Eider. Die Hauptkräfte des Korps Wallmoden rückten gegen die dänischen Stellungen bei Oldesloe vor und umgingen anschließend die Dänen unter Prinz Friedrich von Hessen. Da auch die anderen Korps der Nordarmee mit Ausnahme des mittlerweile in Holland operierenden Korps des preußischen Generals Friedrich Wilhelm von Bülow immer weiter in Holstein vorrückten, musste der dänische König Friedrich VI. am 14. Januar 1814 den Frieden von Kiel unterzeichnen und Norwegen an Schweden abtreten. Damit endete vorläufig der Kampfeinsatz des Korps Wallmoden im Befreiungskrieg gegen Napoleon I. Anschließend wurde es bis zur Eroberung von Paris am 31. März 1814 geteilt und zur Blockade von Harburg bzw. in Holland und Belgien eingesetzt.[35]

Die aufgezeigten Unternehmungen des Kleinen Krieges beim Korps Wallmoden im Herbst 1813 stellten in gewisser Weise eine Symbiose von Clausewitz zwischen 1810 und 1812 diesbezüglich schriftlich fixierten Überlegungen

dar. So versuchten er und Generalleutnant von Wallmoden-Gimborn, mittels der Methoden des Kleinen Krieges für ihre unterlegenen Truppen einen militärischen Vorteil zu erlangen, wobei dies stets zur Unterstützung der Unternehmungen der alliierten Hauptkräfte diente. Damit konnte schließlich das militärische Ziel in Form der Verhinderung eines Eingreifens der Truppen Marschall Davouts auf dem Hauptkriegsschauplatz in Sachsen erreicht werden. Darüber hinaus sollte der Kleine Krieg des Korps Wallmoden aber auch einen Volksaufstand zur Überwindung der Besatzungsherrschaft in den noch französisch kontrollierten Gebieten auslösen. Dieser wäre dann wahrscheinlich entsprechend Clausewitz Vorstellungen in der Bekenntnisdenkschrift von 1812 verlaufen. Demnach sollte der Kleine Krieg im Herbst 1813 also auch eine politische Aufgabe erfüllen und den napoleonischen Machtbereich von innen heraus destabilisieren.

Der Einfluss von Clausewitz Erfahrungen in der Führung des Kleinen Krieges 1813 auf seine weitere Theorieentwicklung

Geprägt durch diese Erfahrungen als Stabschef des Korps Wallmoden und den generellen Verlauf der Befreiungskriege zwischen 1813 und 1815 schwächte Clausewitz seine euphemistische Beurteilung des Kleinen Krieges als Ausdruck des offensiven Volkskrieges ab. Fortan verengte er seinen Blick nur noch auf die Volksbewaffnung als eine infolge der Wandlung des Militärwesens durch die Französische Revolution eröffnete Möglichkeit und betrachtete diese weniger als eigenständiges Element der Kriegführung, sondern dachte ihr vielmehr nur noch die Rolle als Mittel der Verteidigung im eigenen Land zu. Dadurch würde der Verteidiger eine enorme Unterstützung für seine eigenen Streitkräfte erhalten, was schließlich zur Überlegenheit der Defensive mit beitragen würde.[36] Dafür sollte der Volkskrieg, der damit allerdings seinen offensiven Charakter einbüßte, überall im ganzen Land verteilt wirken, ohne dass er dabei genauen Feldzugsplänen bedürfe. Entscheidender war laut Clausewitz vielmehr die Größe der Oberfläche des kriegerischen Kontaktes mit dem Gegner: „Je größer diese ist und der Kontakt, in welchem sie mit dem feindlichen Heere sich befindet, also je mehr dieses sich ausbreitet, um so größer ist die Wirkung der Volksbewaffnung. Sie zerstört wie eine still fortschwelende Glut die Grundfesten des feindlichen Heeres.“[37] Dabei sollten allerdings stets die Unternehmungen des Volkskrieges mit denen der regulären Armee in Verbindung gesetzt werden. Der Volkskrieg könne daher gar keine eigenständige Form des Krieges sein, was auch die kriegsgeschichtlichen Beispiele zwischen 1808 und 1812 gezeigt hätten.[38]

„Wirksam werde der Volkskrieg aber nur unter folgenden Voraussetzungen:

1. daß der Krieg im Innern des Landes geführt,
2. daß er nicht durch eine einzige Katastrophe entschieden werde;
3. daß das Kriegstheater eine beträchtliche Länderstrecke einnehme;
4. daß der Volkscharakter die Maßregel unterstütze;
5. daß das Land sehr durchschnitten und unzugänglich sei, entweder durch Gebirge oder durch Wälder und Sümpfe oder durch die Natur der Bodenkultur."[39]

Die Größe einer Bevölkerung spiele dabei keine Rolle, aber je wohlhabender diese sei, desto weniger kriegerisch würde sie sich zeigen. Auch die Siedlungsstruktur bedinge den Volkskrieg, indem eine eher dezentrale Besiedlung des Landes dazu führe, „daß das widerstehende Prinzip überall und nirgends vorhanden ist." So sollten die Angriffe der Miliz-Einheiten den Feind auch weniger an seiner Front treffen, als ihn vielmehr unvermittelt an seinen Rändern schwächen und schließlich in seinem Hinterland wirken. Durch diese Methode der Kriegführung, die sich wie ein Lauffeuer verbreiten würde, wären die gegnerischen Truppen zu jedem Zeitpunkt einem möglichen Angriff ausgesetzt. Dementsprechend sähen sie sich immer mehr zur Aufteilung gezwungen, um das Hinterland zu sichern, was wiederum als Ansporn für eine weitere Intensivierung des Volkskrieges wirke. Dazu müsse dieser aber wie eine Wolke agieren, um dem Gegner keinen festen Angriffspunkt für seine Zerschlagung zu bieten – zu bestimmten Momenten könnten sich aber Teile des bewaffneten Volkes enger mit regulären Armeeeinheiten zusammenschießen, um dem Gegner empfindliche Schläge an seinen Flügeln zu versetzen, was dessen Bedrohungsgefühl noch verstärke.[40]

Die Durchführung der Volksbewaffnung könnte durch die Entsendung einzelner Abteilungen des stehenden Heeres als Kristallisationskerne in die betreffenden Gebiete befördert werden, wobei jedoch das rechte Maß in Bezug auf die Größe dieser Truppen gefunden werden muss. Obwohl sich die bewaffneten Kräfte des Volkes sicher für einen hinhaltenden Widerstand an strategisch wichtigen Punkten eignen würden, sollten sie aber niemals bis zum Äußersten in einer Defensivstellung verharren, sondern sich zur Regenerierung der eigenen Kräfte rechtzeitig zerstreuen. Dennoch bilde der Volkskrieg auch nach einer wichtigen, verlorenen Schlacht eine effektive Methode, den Gegner zu schwächen und zu einem vorteilhafteren Frieden zu zwingen.[41]

Ihre Ursache hat diese Verschiebung in Clausewitz theoretischem Verständnis des Kleinen Krieges vor allem in der – auch an den neuen, revolutionären Maßstäben des Napoleonischen Zeitalters gemessenen – letztlich nur mäßig erfolgreichen Führung des Kleinen Krieges beim Korps Wallmoden im Herbst 1813. Zwar konnten durch die ausgesendeten Streifkorps nach Art des klassischen Parteigängerkrieges des Ancien Régime die Nachschub- und Verbindungslinien im feindlichen Hinterland unterbrochen werden, aber Generalleutnant von Wallmoden-Gimborn sah sich zum Beispiel beim Anmarsch der zur Säuberung des linken Elbeufers von alliierten Truppen vorgehenden Division Pécheux genötigt, mit dem Großteil seines Korps über die Elbe zu setzen, da sich die einzelnen Detachements diesem überlegenen Verband nicht ebenbürtig hätten entgegenstellen können. Somit konnten die in Norddeutschland stehenden französischen Truppen erst durch den Einsatz einer Schlacht – ein klassisches Mittel des großen Krieges – daran gehindert werden, entlang der Elbe als Verbindungslinie mit Napoleons I. Hauptstreitkräften in Sachsen wieder Verbindung aufzunehmen. Auch die daran anschließende Wirksamkeit der bis nach Bremen und Hannover ausgesendeten Streifkorps lag nur daran, dass Marschall Davouts Einheiten weiterhin durch die Konzentration des Hauptteils des Korps Wallmoden östlich von Hamburg gebunden blieben. Der Kleine Krieg bildete demnach also keine völlig eigenständige strategische Dimension aus, sondern diente stets nur zur Unterstützung des großen Krieges. So können im Übrigen auch die Unternehmungen des Korps Wallmoden im größeren Kontext eingeschätzt werden: Es wurde durch seine Aktionen nur zur Unterstützung der Nordarmee benutzt und führte demnach als ganzes Korps den Kleinen Krieg für die Armee des schwedischen Kronprinzen. Die zahlenmäßige Unterlegenheit machte große eigenständige Offensiven eigentlich unmöglich, daher war der eigene Vormarsch auf breiter Front stets vom erfolgreichen Agieren der drei alliierten Armeen auf dem Hauptkriegsschauplatz abhängig.[42]

Darüber hinaus blieb der durch das Auftreten der alliierten Streifkorps nach der Denkweise des revolutionären Zeitalters erhoffte Volksaufstand in den französisch kontrollierten Gebieten Norddeutschlands aus. Dies kann vor allem auf den geringer als von den Alliierten eingeschätzt ausgeprägten Mobilisierungsgrad der nordwestdeutschen Bevölkerung zurückgeführt werden. Dort hatte die Erfahrung, Teil des napoleonischen Machtbereiches zu sein, zwar auch zu Unmut geführt, reichte aber – anders als im zwischen 1806 und 1808 besetzten Preußen – nicht dazu aus, unter den Einwohnern umfassendere Tendenzen zur gewaltsamen Abschüttelung der französischen Vorherrschaft entstehen zu lassen. Dafür fehlte die demütigende Erfahrung der Niederlage

eines sich bis dahin als durchaus ebenbürtig fühlenden Staates. Es bildeten sich zwar auch Freiwilligenverbände, die dann ins Korps Wallmoden eingegliedert wurden, aber eine weitergehende Volksbewaffnung wie in Spanien ab 1808 oder 1809 in Tirol konnte nicht verwirklicht werden. Zudem standen auch die regulären Truppen, die als Ausgangspunkt des Volksaufstandes dienen sollten, unter fremdem Kommando, sodass die Bevölkerung zumindest in der Führungsriege der nun zu ihrer Befreiung angetretenen Armeen keine wirklichen Identifikationsfiguren finden konnte. Aus diesem Grund muss Clausewitz zu der Einsicht gekommen sein, dass sich ein Volkskrieg eher nur im Rahmen der Verteidigung des eigenen Landes beim Einmarsch feindlicher Truppen und weniger zur eigenständigen Befreiung eines unterworfenen Gebietes im Rahmen eines Angriffes entfalten kann. Das heißt, dass es erst den Einmarsch einer feindlichen Streitmacht bedürfe, um die Einwohner dieses Landes zur Führung eines Volkskrieges zu mobilisieren, der dann stets in Verbindung mit den Unternehmungen der regulären Armee stehen müsse. Auch die in den deutschen Territorien stärker ausgeprägte Spielart des Absolutismus, welche die Untertanen strenger reguliert hatte, könnte eine Ursache für den fehlenden spontanen Volksaufstand gegen die napoleonische Fremdherrschaft gewesen sein. Darüber hinaus wurden die Maßnahmen zur patriotischen Mobilisierung der norddeutschen Bevölkerung durch reaktionäre Kräfte am preußischen Hof abgeschwächt.[43]

Als weiterer Grund für Clausewitz Umdenken darf zudem die veränderte politische Lage in Preußen nach 1815 gelten. Nachdem sich der Staat von der napoleonischen Vorherrschaft befreit hatte, konnten sich die konservativ-reaktionären Kräfte am Hof vollständig durchsetzen, während Reformer wie Gneisenau und Clausewitz zum Beispiel in das entfernte Koblenz abgeschoben wurden. Die konservativ-reaktionäre Hofpartei unterband jeden weiteren Reformvorstoß, da sie eine erweiterte Beteiligung des Volkes an den Staatsgeschäften ablehnte. Daher wollte sie auch die bis 1813 entwickelten Konzepte und Maßnahmen zur Volksbewaffnung weitgehend unwirksam machen.[44] Aus diesem Grund sah sich Clausewitz zur Entschärfung seiner Ansichten zum Volkskrieg genötigt und erklärte in seinem Hauptwerk „Vom Kriege“: „Der Volkskrieg ist im kultivierten Europa eine Erscheinung des neunzehnten Jahrhunderts. Er hat seine Anhänger und seine Widersacher, die letzteren entweder aus politischen Gründen, weil sie ihn für ein revolutionäres Mittel, einen für gesetzlich erklärten Zustand der Anarchie halten, der der gesellschaftlichen Ordnung nach innen ebenso gefährlich sei wie dem Feinde nach außen, oder aus militärischen Gründen, weil sie glauben, der Erfolg entspräche nicht der

aufgewendeten Kraft. Der erste Punkt berührt uns hier gar nicht, denn wir betrachten den Volkskrieg bloß als Kampfmittel, also in seiner Beziehung auf den Feind."[45] Hierin zeigt sich zudem seine immer konturierter werdende Vorstellung vom Krieg, wonach dieser lediglich als Mittel der Politik und weniger als Selbstzweck dienen würde.

Schlussbetrachtungen

Clausewitz Verständnis des Kleinen Krieges unterlag entsprechend den Veränderungen der zeitgenössischen militärischen Umstände einem Wandel. So war er in seinen 1810 und 1811 gehaltenen Vorlesungen zum Kleinen Krieg noch ganz dem aus dem 18. Jahrhundert stammenden Idealbild des Parteigängerkrieges verhaftet. Demnach würde der Kleine Krieg durch zahlenmäßig geringe, vornehmlich leichte Truppen zur Unterstützung der Kampfhandlungen des Hauptheeres geführt werden und bediene sich dabei vor allem überfallartiger Methoden. Revolutionäre Ideen wie die des Volkskrieges nach spanischem Vorbild finden sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht in seinen Überlegungen. Erst mit der im Zuge des im Frühjahr 1812 bevorstehenden Russlandfeldzuges immer virulenter erscheinenden Frage nach der nationalen Befreiung eines Staates mit eigeschränktem Handlungsspielraum von der napoleonischen Vorherrschaft wandelte sich auch sein Verständnis des Kleinen Krieges. In seiner Bekenntnisdenkschrift billigte er somit dem Kleinen Krieg nicht nur eine militärische Aufgabe in Form von Zermürbung des Gegners zu, sondern auch eine politische Funktion. Er stellte dabei also die Methoden des Kleinen Krieges als Instrument in einen größeren Zusammenhang, wodurch sie im Rahmen des Volkskrieges nun auch eine politische Bedeutung erhielten und zur Erreichung eines Ziels dienten. Demnach sollte sich das Volk bewaffnen, um zusätzliche militärische Kräfte zu generieren, und in Form einer volkskriegsartigen Guerilla-Kriegführung den feindlichen Truppen solange Verluste zufügen, bis diese sich schließlich zur Aufgabe gezwungen sehen würden. Auf diese Art und Weise gedachte Clausewitz, könne Preußen trotz harter militärischer Einschränkungen die französische Fremdherrschaft offensiv überwinden.

Die Möglichkeit dazu ergab sich dann im Frühjahr 1813, nachdem die Grande Armée Napoleons I. im Russlandfeldzug fast vollständig vernichtet worden war. Die verbündeten preußischen und russischen Armeen wurden von den neu aufgestellten Truppen Napoleons I. aus Sachsen zurückgedrängt. Im Laufe des deswegen abgeschlossenen Waffenstillstandes traten Österreich, Großbritannien und Schweden zur anti-napoleonischen Koalition, die daraufhin ihre Heere

neu ordnete und einen übergreifenden Kriegsplan ausarbeitete. Im Rahmen dieses Planes sollte das Korps Wallmoden ab Herbst 1813 die französischen Kräfte um Hamburg an der unteren Elbe binden. Da es zahlenmäßig jedoch unterlegen war, nutzten Generalleutnant von Wallmoden-Gimborn und sein Stabschef Clausewitz sehr erfolgreich die klassischen Methoden des Kleinen Krieges, wie sie dieser bereits in seinen Vorlesungen 1810/11 beschrieben hatte. Zur einzigen größeren Schlacht dieses Feldzuges kam es infolge einer französischen Säuberungsaktion gegen alliierte Streifkorps auf dem westlichen Elbeufer, als der Großteil des Korps Wallmoden die Division Pécheux in der Göhrde zurückwarf. Gleichzeitig trug die Kriegführung des Korps Wallmoden aber auch dem gewandelten Charakter der Napoleonischen Kriege in Form der größeren Einbeziehung des Volkes Rechnung, indem die Streifzüge einiger Abteilungen des Korps auf dem linken Elbeufer zur Entfachung eines bewaffneten Volksaufstandes gegen die napoleonische Fremdherrschaft führen sollten. Dieser sollte dann ganz im Sinne von Clausewitz Überlegungen aus der Bekenntnisdenkschrift von 1812 verlaufen, doch verfehlten die Streifzüge der alliierten Truppen ihre Wirkung und die erwartete gewaltsame Loslösung der norddeutschen Bevölkerung von der napoleonischen Fremdherrschaft blieb aus.

Aufgrund dieser Erfahrungen modifizierte Carl von Clausewitz später seine Überlegungen zum Kleinen Krieg und zum Volkskrieg in seinem Werk „Vom Kriege“. Nun sollte letzterer die Formen des ersten nur noch im Rahmen der Befreiung eines angegriffenen und besetzten Staates und nicht mehr offensiv nutzen. Nicht mehr die prinzipielle Bedrohung eines Staates durch einen übermächtigen Hegemon, sondern der tatsächliche Einfall fremder Streitkräfte in das eigene Staatsterritorium bildeten nunmehr den Hintergrund seiner theoretischen Überlegungen. Clausewitz muss dabei viel mehr die erfolgreichen Aktionen der russischen Partisanen im Feldzug 1812 als die gescheiterten Versuche zum Ausbruch einer bewaffneten Volkserhebung unter der norddeutschen Bevölkerung zum Vorbild gehabt haben. Des Weiteren musste er sich auch den in Preußen veränderten gesellschaftlichen Umständen nach der Überwindung der napoleonischen Vorherrschaft beugen, wonach die erstarkten konservativ-reaktionären Kräfte vor einer zu großen Einbindung des Volkes in die Angelegenheiten des Staates zurückschreckten.

Abschließend kann daher eingeschätzt werden, dass Clausewitz als Stabschef des Korps Wallmoden versuchte, seine bisherigen theoretischen Überlegungen zum Kleinen Krieg in die Kriegführung seines Korps während des Herbstfeldzuges 1813 einzubringen. Auf der Seite der rein militärischen Methoden ist

ihm dies erfolgreich gelungen: Marschall Davouts Kräfte wurden um Hamburg gebunden und konnten nicht entscheidend in die Hauptkampfhandlungen des Herbstes 1813 eingreifen. Auf der politischen Seite konnte er seine theoretischen Überlegungen jedoch nicht umsetzen. Der erhoffte Volksaufstand bleib aus, wenn auch das französische Regierungssystem in der Region zusammenbrach. Diese Erfahrungen nutzte er daraufhin entsprechend seiner analytischen Methode zur Modifizierung seiner Theorie des Krieges, die er in seinem Hauptwerk „Vom Kriege" anschließend darlegte. Er nutzte also stets die jeweiligen Umstände zur Anpassung bzw. Adaptierung seiner Theorie zum Kleinen Krieg.

Dies passt auch zu dem Schluss, den Martin Rink in seiner allgemeinen Analyse des Kleinen Krieg zwischen 1740 und 1815 zieht. Dieser „repräsentierte zwar umfassendere politische, wirtschaftliche, soziale und militärische Umwälzungen, war aber nicht deren Ursache."[46] So habe der Kleine Krieg stets auf die Unzulänglichkeiten in der Führung des großen Krieges reagiert und diese schonungslos ausgenutzt. Darüber hinaus folgte er, wie für den Krieg im Allgemeinen von Clausewitz beschrieben, stets den politischen Umständen. Aus diesem Grund musste sich auch das Erscheinungsbild des Kleinen Krieges entsprechend den neuen politischen Konstellationen um 1810 verändern.

Zum Autor: Lucas Lebrenz (Jg. 1999) studierte von 2017 bis 2023 Geschichte, Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Potsdam und arbeitet seit 2022 im Kreisarchiv Barnim in Eberswalde. Er promoviert derzeit zur Etablierung der städtischen Leistungsverwaltung in Brandenburg zwischen 1850 und 1914 am Beispiel der Städte Eberswalde, Freienwalde und Oranienburg.

Anmerkungen

1 Carl von Clausewitz: Meine Vorlesungen über den kleinen Krieg, gehalten auf der Kriegs-Schule 1810 und 1811. – Artillerie. Geschütze, in: Carl von Clausewitz. Schriften – Aufsätze – Studien – Briefe. Dokumente aus dem Clausewitz-, Scharnhorst- und Gneisenau-Nachlaß sowie aus öffentlichen und privaten Sammlungen, Bd. 1 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 45), hg. v. Werner Hahlweg, Göttingen 1966, S. 208–599 mit umfassenden quellenkritischen Bemerkungen. Peter Paret: Aufklärung und Preußische Reform: Clausewitz' Vorlesungen über den Kleinen Krieg, in: Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte, hg. v. Harald Bluhm, Karsten Fischer, Marcus Llanque, Berlin 2011, S. 205–212 bemerkt dazu allerdings, dass die darin

vorgetragenen Überlegungen noch voll und ganz der Konzeption des klassischen Parteigängerkrieges des Ancien Régime folgen und somit, anders als Hahlweg behauptet, eigentlich keine Elemente des revolutionären Krieges in sich tragen würden.

2 Carl von Clausewitz: Bekenntnisdenkschrift 1812, in: Carl von Clausewitz. Politische Schriften und Briefe, hg. v. Hans Rothfels, München 1922, S. 80–119.

3 In der vorliegenden Untersuchung wird sich auf folgende Ausgabe bezogen: Werner Hahlweg (Hg.): Vom Kriege. Hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz. Vollständige Ausgabe im Urtext. 3 Teile in einem Band. Mit erneut erweitert historisch-kritischen Würdigung von Werner Hahlweg, 19. Aufl. (Jubiläumsausgabe), Bonn 1991.

4 Jüngst Christian Th. Müller: Clausewitz verstehen. Wirken, Werk und Wirkung, Paderborn 2021. Zu Clausewitz Verständnis vom Kleinen Krieg siehe insbesondere das entsprechende Kapitel 10 „Kleiner Krieg und Volkskrieg" in: ebd., S. 187–208.

5 Donald J. Stoker: Clausewitz. His life and work, Oxford/New York 2014, S. 168–188. Ähnlich auch Wilhelm von Schramm: Clausewitz. Leben und Werk, Esslingen am Neckar 1976, S. 436–455.

6 Siehe zum Beispiel bei Rudolf Friederich: Die Befreiungskriege 1813–1815, Bd. 2: Der Herbstfeldzug 1813, Berlin 1912, S. 192–198, 243–245, 392–396, während sich bei Rudolf von Caemmerer: Die Befreiungskriege 1813–1815. Ein strategischer Überblick, Berlin 1907 so gut wie gar keine Erwähnung findet.
Dennoch sind diese Publikationen immer noch tiefgründiger und fundierter als etwa Carl von Plotho: Der Krieg in Deutschland und Frankreich in den Jahren 1813 und 1814. T. 2, Berlin 1817; Friedrich Richter: Geschichte des Deutschen Freiheitskrieges vom Jahre 1813 bis zum Jahre 1815, Bd. 1, 3. neubearb. Aufl., Berlin 1841 sowie Friedrich Förster: Geschichte der Befreiungs-Kriege 1813, 1814, 1815, Bd. 1. 3. Aufl., Berlin 1857.

7 Barthold von Quistorp: Geschichte der Nord-Armee im Jahre 1813, Bd. 2: Bis nach der Schlacht bei Leipzig ; Feldzug in Mecklenburg und Holstein, Berlin 1894, S. 324–480.

8 Carl von Clausewitz: Der Feldzug in Mecklenburg und Holstein im Jahre 1813, Berlin 1817.
Daneben existieren aber noch weitere Darstellungen von Zeitzeugen dieses Feldzuges. Als mehr oder weniger zuverlässig darf dabei die entweder von Ludwig von Wallmoden-Gimborn oder einer Person aus seinem engeren Umkreis stammende, anonyme Publikation o. V.: Der Feldzug des Corps des Generals Grafen Ludwig von Wallmoden-Gimborn an der Nieder-Elbe und in Belgien in den Jahren 1813 und 1814, Altenburg 1848 gelten. Dafür sind die Aussagen bei Karl August Varn-

hagen von Ense: Geschichte der Kriegszüge des Generals Tettenborn während der Jahre 1813 und 1814, Stuttgart/Tübingen 1814 aufgrund der hinlänglich bekannten Unzuverlässigkeit des Verfassers hingegen mit Vorsicht zu genießen, auch wenn dieser im persönlichen Gefolge seines Helden beim Feldzug 1813 dabei war. Darüber hinaus hat auch ein ehemaliger Leutnant des Lützowschen Freikorps als Veteran des Feldzuges des Korps Wallmoden denselben dargestellt: Christian Ludwig Enoch Zander: Geschichte des Kriegs an der Nieder-Elbe im Jahre 1813, Lüneburg 1839.

9 Vgl. Martin Rink: Der kleine Krieg. Entwicklungen und Trends asymmetrischer Gewalt 1740 bis 1815, in: MGZ 65 (2006), S. 355–388, hier S. 360 sowie Müller, Clausewitz verstehen (wie Anm. 4), S. 191. Zum Kleinen Krieg im 18. Jahrhundert siehe Martin Rink: Vom „Partheygänger" zum Partisanen. Die Konzeption des kleinen Krieges in Preußen 1740–1813 (Europäische Hochschulschriften. Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 851), Frankfurt am Main 1999, S. 79–146 und Johannes Kunisch: Der kleine Krieg. Studien zum Heerwesen des Absolutismus (Frankfurter Historische Abhandlungen 14), Wiesbaden 1973. Zum Bedeutungswandel des Partisanen-Begriffes siehe Rink, Vom „Partheygänger" zum Partisanen, S. 400–408.

10 Vgl. Müller, Clausewitz verstehen (wie Anm. 4), S. 26f. und 187 sowie Dietmar Schössler: Carl von Clausewitz, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 17–21. Bemerkenswert ist dabei die Verknüpfung, dass diese nächtlichen Überfälle nur mit den aufgrund ihrer Nationalbegeisterung kämpfenden Soldaten der Französischen Revolutionstruppen möglich gewesen seien, da die Soldaten des Ancien Regime solche Aktionen viel eher zur Desertion genutzt hätten. Zum Grundproblem der Desertion in den Armeen des Ancien Regime siehe Michael Sikora: Disziplin und Desertion. Strukturprobleme militärischer Organisation im 18. Jahrhundert (Historische Forschungen 57), Berlin 1996.

11 Clausewitz, Meine Vorlesungen über den kleinen Krieg (wie Anm. 1), S. 210. Siehe zur Nutzung des revolutionären Krieges in Preußen nach 1806/07 ausführlich Werner Hahlweg: Preußische Reformzeit und revolutionärer Krieg (Wehrwissenschaftliche Rundschau, Beiheft 18), Berlin/Frankfurt am Main 1962.

12 Clausewitz, Meine Vorlesungen über den kleinen Krieg (wie Anm. 1), S. 231.

13 Ebd., S. 233.

14 Vgl. Müller, Clausewitz verstehen (wie Anm. 4), S. 191 und 193.

15 Vgl. Clausewitz, Meine Vorlesungen über den kleinen Krieg (wie Anm. 1), S. 234 sowie Müller, Clausewitz verstehen (wie Anm. 4), S. 193.

16 Vgl. Clausewitz, Meine Vorlesungen über den kleinen Krieg (wie Anm. 1), S. 235–237 sowie Müller, Clausewitz verstehen (wie Anm. 4), S. 193f.

17 Vgl. Clausewitz, Meine Vorlesungen über den kleinen Krieg (wie Anm. 1), S. 237–

239 sowie Müller, Clausewitz verstehen (wie Anm. 4), S. 194f.

18 Clausewitz, Meine Vorlesungen über den kleinen Krieg (wie Anm. 1), S. 239.

19 Vgl. ebd., S. 435–443 sowie Müller, Clausewitz verstehen (wie Anm. 4), S. 195.

20 Vgl. ebd., S. 191. Zu Gneisenaus Vorstellungen siehe Gerhard Förster, Christa Gudzent (Hg.): August Wilhelm Anton Neidhardt von Gneisenau. Ausgewählte militärische Schriften, Berlin 1984, S. 117–124, 163–189 und 163–189. Zur generellen Situation in Preußen zwischen dem Frieden von Tilsit und den Befreiungskriegen siehe Rudolf Ibbeken: Preußen 1807–1813. Staat und Volk als Idee und in Wirklichkeit (Veröffentlichungen aus den Archiven Preussischer Kulturbesitz 5), Köln/Berlin 1970.

21 Vgl. Schössler, Carl von Clausewitz (wie Anm. 10), S. 143 sowie Thomas Stamm-Kuhlmann: König in Preußens großer Zeit. Friedrich Wilhelm III., der Melancholiker auf dem Thron, Berlin 1992, S. 329–338. Zum Russlandfeldzug 1812 siehe Adam Zamoyski (übers. von Ruth Keen und Erhard Stölting): 1812. Napoleons Feldzug in Russland, München 2012.

22 Vgl. Müller, Clausewitz verstehen (wie Anm. 4), S. 196f.; Rink, Vom „Partheygänger" zum Partisanen (wie Anm. 9), S. 219f. sowie Clausewitz, Bekenntnisdenkschrift 1812 (wie Anm. 2), S. 105, 108–110 und 118f. Siehe zur Politisierung des Kleinen Krieges infolge der Französischen Revolution Rink, Der kleine Krieg (wie Anm. 9), S. 372f. und zur Entwicklung der öffentlichen Meinung in Preußen Bernd von Münchow-Pohl: Zwischen Reform und Krieg. Untersuchungen zur Bewußtseinslage in Preußen 1809–1812, Göttingen 1987. Zur spanischen Guerilla siehe Rink, Vom „Partheygänger" zum Partisanen (wie Anm. 9), S. 271–277 und zum generellen Charakter des Volkskrieges um 1800 siehe Rainer Wohlfeil: Der Volkskrieg im Zeitalter Napoleons, in: Napoleon I. und das Militärwesen seiner Zeit, hg. v. Wolfgang von Groote, Klaus-Jürgen Müller, Freiburg i. Br. 1968, S. 105–123.

23 Zum preußischen Landsturm siehe Müller, Clausewitz verstehen (wie Anm. 4), S. 198–201; Rink, Vom „Partheygänger" zum Partisanen (wie Anm. 9), S. 315–336 und 371–375 sowie Ralf Pröve: Stadtgemeindlicher Republikanismus und die »Macht des Volkes«. Civile Ordnungsformationen und kommunale Leitbilder politischer Partizipation in den deutschen Staaten vom Ende des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 159), Göttingen 2000, S. 238–293. Als lokalgeschichtliche Untersuchung am Beispiel einer brandenburgischen Stadt siehe Lucas Lebrenz: Zwischen Besetzung und Selbstverwaltung. Eberswalde in der Franzosenzeit (1806–1815) (Barnimer Historische Forschungen 3), Berlin 2022, S. 129–134.

24 Zum Verlauf des Frühjahrsfeldzugs 1813 siehe allgemein Rudolf Friederich: Die Befreiungskriege 1813–1815, Bd. 1: Der Frühjahrsfeldzug 1813, Berlin 1911.

25 Vgl. Martin Rink: Der „Volkskrieg“ 1813. Zwischen großer Schlacht und Nebenkriegsschauplätzen, in: Völkerschlacht bei Leipzig. Verläufe, Folgen, Bedeutungen 1813–1913–2013 (Beiträge zur Militärgeschichte 77), hg. v. ders., Martin Hofbauer, Berlin 2017, S. 150. Zu den Unternehmungen der alliierten Streifkorps siehe Georg Cardinal von Widdern, Die Streifkorps im Deutschen Befreiungskriege 1813, Bd. 1: Bis zum Waffenstillstande, 2. Aufl., Berlin 1899.

26 Vgl. Friederich, Die Befreiungskriege 1813–1815, Bd. 2 (wie Anm. 6), S. 34–41 sowie Caemmerer, Die Befreiungskriege 1813–1815 (wie Anm. 6), S. 38–42.

27 Vgl. Clausewitz, Der Feldzug in Mecklenburg und Holstein im Jahre 1813 (wie Anm. 8), Berlin 1817, S. 13–18 sowie Quistorp, Geschichte der Nord-Armee im Jahre 1813, Bd. 2 (wie Anm. 7), S. 324–326. Die ausführliche Gliederung des Korps Wallmoden ist in ders.: Geschichte der Nord-Armee im Jahre 1813, Bd. 3: Beilagen, Skizzen und Pläne, Berlin 1894, S. 25–29 zu finden. Zum Lützowschen Freikorps siehe Fritz von Jagwitz: Geschichte des Lützowschen Freikorps, Berlin 1892, zur Deutsch-Russischen Legion siehe Gabriele Venzky: Die Russisch-Deutsche Legion in den Jahren 1811–1815, Wiesbaden 1966 und zur Kings German Legion siehe Bernhard Schwertfeger: Geschichte der Königlich Deutschen Legion 1803–1816, 2 Bde., Hannover/Leipzig 1907.

28 Vgl. Clausewitz, Der Feldzug in Mecklenburg und Holstein im Jahre 1813 (wie Anm. 8), S. 23 und 29f.; Quistorp, Geschichte der Nord-Armee im Jahre 1813, Bd. 2 (wie Anm. 7), S. 328–340 und 342–356 sowie Friederich, Die Befreiungskriege 1813–1815, Bd. 2 (wie Anm. 6), S. 195–197. Ausführlicher bei Friedrich Brasch: Der Feldzug des Marschalls Davoust in Mecklenburg im August 1813. In Hinsicht der strategischen Gesichtspunkte dargestellt, in: Archiv für Landeskunde in den Großherzogthümern Mecklenburg 12 (1862), S. 181–214 [ND: Pinneberg 2018]. Zur geographischen Beschreibung des Kriegsschauplatzes und zur genauen Aufstellung des Korps Wallmoden siehe Clausewitz, Der Feldzug in Mecklenburg und Holstein im Jahre 1813 (wie Anm. 8), S. 18–21. Zur Stellung der Truppen des Marschalls Davout zwischen Ratzeburg und Lauenburg siehe Quistorp, Geschichte der Nord-Armee im Jahre 1813, Bd. 2 (wie Anm. 7), S. 350–353.
Bei einer dieser Aktionen des Kleinen Krieges, einem Überfall auf eine französische Nachschubkolonne, fiel der berühmte Dichter Theodor Körner am 26. August 1813 bei Gadebusch.

29 Vgl. Clausewitz, Der Feldzug in Mecklenburg und Holstein im Jahre 1813 (wie Anm. 8), S. 30f. sowie Quistorp, Geschichte der Nord-Armee im Jahre 1813, Bd. 2 (wie Anm. 7), S. 341f. Zu den Kielmanseggschen Jägern siehe Baring: Die Geschichte des Kielmannseggschen Jäger-Corps, Hannover 1863 und zur Hanseatischen Legion siehe Philipp Boye: Feldzug der Hanseaten in den Jahren 1813 und 1814. Von einem Augenzeugen, Hamburg 1815.

30 Vgl. Clausewitz, Der Feldzug in Mecklenburg und Holstein im Jahre 1813 (wie Anm. 8), S. 35–38 sowie Quistorp, Geschichte der Nord-Armee im Jahre 1813, Bd. 2 (wie Anm. 7), S. 356–358. Generalleutnant von Wallmoden-Gimborn ließ gegen Marschall Davouts überlegene, aber wenig offensiv vorgehende Truppen auch nur einen so geringen Teil seines Korps zurück, da er ursprünglich die Nachricht erhalten hatte, dass General Pécheux mit ca. 10.000 Mann in Anmarsch sei.

31 Vgl. Clausewitz, Der Feldzug in Mecklenburg und Holstein im Jahre 1813 (wie Anm. 8), S. 38–55 sowie Quistorp, Geschichte der Nord-Armee im Jahre 1813, Bd. 2 (wie Anm. 7), S. 358–403. Zur Schlacht an der Göhrde siehe ausführlich Bernhard Schwertfeger: Das Treffen an der Göhrde am 16. September 1813, Berlin 1897 sowie Benno Bode: Die Schlacht bei der Göhrde 16. September 1813. Ein Heimatbuch und eine Festgabe, Hannover 1913.

32 Vgl. Quistorp, Geschichte der Nord-Armee im Jahre 1813, Bd. 2 (wie Anm. 7), S. 387 und 402. Clausewitz, Der Feldzug in Mecklenburg und Holstein im Jahre 1813 (wie Anm. 8), S. 58f. berichtet auch von weiteren Überfällen, bei denen französische Soldaten gefangen genommen werden konnten.

33 Gerhard von Scharnhorst: Plan eines Streifzuges nach Norddeutschland, in: Gerhard von Scharnhorst. Ausgewählte militärische Schriften, hg. v. Christa Gudzent, Hansjürgen Usczeck, Berlin 1986, S. 335–337, hier S. 335. Auch Generalleutnant von Wallmoden-Gimborn äußerte in einer in der ersten Oktoberhälfte angefertigten Denkschrift ähnliche Überlegungen, wonach mit einem Streifzug durch das Gebiet um Hannover neue Truppen in Form der Volksbewaffnung aufgestellt werden könnten; vgl. Quistorp, Geschichte der Nord-Armee im Jahre 1813, Bd. 2 (wie Anm. 7), S. 392.

34 Vgl. Clausewitz, Der Feldzug in Mecklenburg und Holstein im Jahre 1813 (wie Anm. 8), S. 55–58; Quistorp, Geschichte der Nord-Armee im Jahre 1813, Bd. 2 (wie Anm. 7), S. 403–407 sowie Rink, Vom „Partheygänger“ zum Partisanen (wie Anm. 9), S. 362–364.

Ähnliche Unternehmungen wurden auch ab Mitte September 1813 von weiteren alliierten Streifkorps durchgeführt, die damit vor allem das Königreich Westphalen weitgehend destabilisierten; vgl. ebd., S. 360–362. Siehe dazu ausführlich Georg Cardinal von Widdern: Die Streifkorps im Deutschen Befreiungskriege 1813, Bd. 2: Die Ereignisse vom Waffenstillstande bis zum Rückzug Napoleons hinter den Rhein, 2. Aufl., Berlin 1899.

Clausewitz hatte bereits im Jahr 1809 den Zug des preußischen Husarenmajors Ferdinand von Schill begrüßt, der zum Ausbruch eines preußisch-deutschen Aufstandes gegen Napoleons Vorherrschaft führen sollte; vgl. Schössler, Carl von Clausewitz (wie Anm. 10), S. 57.

35 Vgl. Clausewitz, Der Feldzug in Mecklenburg und Holstein im Jahre 1813 (wie

Anm. 8), S. 59–94; Quistorp, Geschichte der Nord-Armee im Jahre 1813, Bd. 2 (wie Anm. 7), S. 407–480 sowie Friederich, Die Befreiungskriege 1813–1815, Bd. 2 (wie Anm. 6), S. 392–395. Zur veränderten Gliederung des Korps Wallmoden seit dem 30. November 1813 siehe Quistorp, Geschichte der Nord-Armee im Jahre 1813, Bd. 3 (wie Anm. 27), S. 178–180.

36 Vgl. Müller, Clausewitz verstehen (wie Anm. 4), S. 201f. Zur Überlegenheit der Verteidigung gegenüben dem Angriff siehe Clausewitz, Vom Kriege (wie Anm. 3), (VI.1), S. 613–617.

37 Ebd., (VI.26), S. 800.

38 Vgl. ebd., S. 801 sowie Müller, Clausewitz verstehen (wie Anm. 4), S. 204.

39 Hier und im Folgenden Clausewitz, Vom Kriege (wie Anm. 3), (VI.26), S. 801.

40 Vgl. ebd., S. 801–803 sowie Müller, Clausewitz verstehen (wie Anm. 4), S. 204f.

41 Vgl. Clausewitz, Vom Kriege (wie Anm. 3), (VI.26), S. 803–806 sowie Müller, Clausewitz verstehen (wie Anm. 4), S. 205f.

42 Vgl. Stoker, Clausewitz (wie Anm. 5), S. 184.

43 So zumindest Rink, Der kleine Krieg (wie Anm. 9), S. 365. Zur französischen Besatzungszeit in Norddeutschland siehe Helmut Stubbe da Luz: „Franzosenzeit" in Norddeutschland (1803–1814). Napoleons Hanseatische Departements, Bremen 2003.

Dazu kommt auch noch die Tatsache, dass Clausewitz, der aufgrund seines engen Briefkontaktes mit Gneisenau stets auf dem aktuellen Stand über den Fortgang des Krieges auf dem Hauptkriegsschauplatz war, seine Aufgabe als Stabschef des Korps Wallmoden zwar sehr gewissenhaft ausführte, aber auch wusste, dass dieses nicht für die kriegsentscheidenden Schläge verantwortlich seien werde; vgl. Stoker, Clausewitz (wie Anm. 5), S. 184.

44 Siehe zur zentralen Figur der konservativ-reaktionären Partei am preußischen Hof zu dieser Zeit Hans Branig: Fürst Wittgenstein. Ein preußischer Staatsmann der Restaurationszeit (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz 17), Köln/Wien 1981.

45 Clausewitz, Vom Kriege (wie Anm. 3), (VI.26.) S. 799.

46 Rink, Der kleine Krieg (wie Anm. 9), S. 387.

Clausewitz, Jomini, Erzherzog Karl und der Krieg im Gebirge

Meinem ehemaligen Kdt, Herrn KKdt a.D. Simon Küchler, Kdt des Geb AK 3 gewidmet

Alois Camenzind

1. Einleitung

Sucht man bei Definitionen, was unter Gebirgskrieg zu verstehen ist, so trifft man z.B. auf die banale Formulierung «Als Gebirgskrieg werden diejenigen kriegerischen Auseinandersetzungen bezeichnet, die sich in Gebirgen abspielen».[1] Dass sich dahinter weit mehr als nur eine geografische Umschreibung verbirgt, liegt auf der Hand. Die Schwierigkeiten des Geländes in unwirtlichen, von Naturgefahren (Lawinen, Steinschlag usw.) bedrohten Gegenden, gepaart mit den jeweils vorhandenen metereologischen Verhältnissen (Kälte, Schnee, Ueberschwemmungen) und den besonderen Anforderungen an die Kommunikation und Versorgung, stellen erhöhte Ansprüche an die Führung sowie an die physische und psychsiche Leistungsfähigkeit der Truppe.

Das Gebirge erscheint für den Verteidiger vorteilhaft zu sein und bietet auch Chancen für den Klein- und Guerillakrieg oder gar für ein Reduit, wie die Schweiz im 2. Weltkrieg gezeigt hat. Ob und inwieweit dies zutrifft, werde ich in diesem Artikel näher beleuchten.

Historisch finden sich verschiedene Beispiele für die Kriegsführung im Gebirge oder zumindest für die Überquerung von Gebirgen. In der Antike sind es die legendäre Alpenüberquerung Hannibals mit seinen Elefanten, während des 2. Punischen Krieges (218 v. Christus) oder die Gebirgsüberquerung von 45'000 Legionären während des «Gallischen Krieges» (um 52 v. Christus). Im Mittelalter (während des 30jährigen Krieges) ist z.B. die Kriegsführung des Herzog Heinrich Rohan (1579-1638) in Graubünden, im Veltlin sowie im Südtirol (um 1634) von Interesse.

Besondere Bedeutung erlangte die Gebirgskriegsführung während des 2. Koalitionskrieges (1799-1801) und hier vor allem die in der Schweiz bestens bekannte Alpenüberquerung der Armee von General Alexander Wassiljewitsch Suworows. Mit der Überquerung und dem Angriff auf den Gotthard und den damit verbundenen Umgehungen am Lukmanier und Chrüzlipass sollte der

Zusammenschluss mit den Österreichern im Raume Schwyz-Einsiedeln zu einem Angriff in die Flanke bzw. in den Rücken der Franzosen unter General André Masséna genutzt werden. Damit wollte man die Armee von Masséna besiegen, der mit dem Gros seiner Truppen vom Alpenkamm bis in den Raum Zürichsee und an den Rhein bis Basel stand. Aus verschiedenen Gründen gelang dies aber nicht, sondern führte zu einem schmerzlichen Rückzug Suworows über verschiedene Alpenpässe.[2]

In der neueren Zeit ist es der Gebirgskrieg im 1. Weltkrieg in den österreichischen und italienischen Alpen aber auch die Kriegsführung im 2. Weltkrieg in den Alpen, während der Besetzung von Norwegen, in Jugoslawien oder im Kaukasus, die man besonders hervorheben muss. Vor allem im 2. Weltkrieg wurden dazu speziell ausgebildete Gebirgstruppen verwendet. In der Schweiz erfolgte während des 1. Und 2. Weltkrieges sukzessive die Bildung von Gebirgsbrigaden und Divisionen sowie die Formierung eines ganzen Gebirgsarmeekorps, das im Rahmen des Reduit eine besondere Bedeutung bekam.[3]

Im 21. Jahrhundert sind es die Kriege in Afghanistan, auf dem Balkan oder im Kaschmir, die uns zeigen, dass Gebirgskriege Tatsachen sind, deren Bedeutung nicht übersehen werden kann.

2. Allgemeines und Inhaltsübersicht

Wie erwähnt, finden wir einen bedeutenden Krieg der im Gebirge ausgefochten wurde im 2. Koalitionskrieg (1799 bis 1801). Interessant erscheint mir, dass sich verschiedene Autoren (Erzherzog Carl, Clausewitz und Jomini) ausführlich in ihren Publikationen damit befasst haben. Dabei wurden auch strategische sowie taktische Grundsätze formuliert und zu Papier gebracht. Deren Erkenntnisse zu studieren und zu analysieren lohnt sich. Dies m.E. deshalb, weil die dabei entwickelten Maximen auch heute noch von Bedeutung sind, auch wenn sich die Mittel und Möglichkeiten einer modernen Armee beim Einsatz im Gebirge wesentlich verändert haben.

Mit Erzherzog Karl steht uns dabei ein Armeekommandant zur Verfügung, der für den Einsatz von grösseren Verbänden im Gebirge verantwortlich war, während uns Clausewitz und Jomini ihre Erfahrungen vor allem aufgrund ihrer Tätigkeit in Stäben während verschiedenen Feldzügen in der napoleonischen Zeit und der ausführlichen Analyse von historischen Kriegsereignissen näher bringen.

Inhaltlich gehe ich nach der Einleitung (1.) und der Inhaltsübersicht (2.) unter (3.) kurz auf die einzelnen Protagonisten und ihre wichtigsten Publikationen zum Thema Gebirgskrieg ein. Danach komme ich unter (4.) auf deren Verständnis und Erkenntnissse zur Gebirgskriegsführug zu sprechen, bevor ich zum Schluss unter (5.) Gemeinsamkeiten und Unterschiede der genannten Autoren präsentieren werde.

3. Drei Militärs in der Zeit Napoleons und Ihre Erkenntnisse zum Gebirgskrieg

3.1 Erzherzog Karl (1771 bis 1847)

Erzherzog Karl kam als 3. Sohn des Grossherzogs der Toskana und späteren Kaisers Leopold II. im Jahre 1771 zur Welt. Aufgrund seiner eher schwächlichen Konstitution schien er für das Kriegshandwerk wenig geeignet. Er entwickelte sich im Laufe seines Lebens aber zu einem hervorragenden Heerführer und Generalissimus. Im 2. Koalitionskrieg (1799-1801) errang er bedeutende Siege über die Franzosen unter Jourdan im Süddeutschen Raum bei Osterrach (21.2.1799) und Stockach (25.3.1799) und besiegte in der 1. Schlacht bei Zürich (am 5. Juni 1799) auch Masséna. In seinem späteren Leben war er als kaiserlicher Hofkriegsrat, Oberbefehlshaber und Heeresreformer tätig und kann wohl als einer der namhaftesten Gegner Napoleons erwähnt werden, dem er am 21./22. Mai 1809 seine erste Niederlage in der Schlacht bei Aspern beim Donauübergang beibrachte.

Trotz wiederholten Auseinandersetzungen mit dem österreichischen Hof und seinem Bruder Kaiser Franz erkannte er die strategische Bedeutung des Gebirgslandes Schweiz mit seinen Alpenübergängen «als Drehscheibe aller militärischen Massnahmen in Mitteleuropa».[4]

Er setzte sich deshalb intensiv für eine Vereinheitlichung der komplexen Kommandoordnung mit den im Tirol operierenden österreichischen Verbänden von Bellgarde, den von Italien in die Schweiz abkommandierten Truppen Suworows sowie dem Verband Korsakows ein, welche die Armee von Erzherzog Karl, der nördlich von Zürich und dem Zürichsee stand, ablösen sollten.[5]

Publizistisch befasste sich Erzherzog Karl in einer Zeit, in der man sich wissenschaftlich mit der Kriegsführung nur rudimentär beschäftigte, in verschiedenen Schriften und Aufsätzen intensiver mit der Kriegskunst und einzelnen

Operationsplänen der französischen Revolutionskriege wie z.B. die Feldzüge von 1794, 1996, und 1797. Zeugnis hiervon finden sich in die «Ausgewählten militärischen Schriften» die vom k.k. Generalmajor Johann Baptist von Waldstätten zusammenfassend dargestellt werden. [6] Interessant erscheint mir, dass er in seinen Publikationen zu teilweise ähnlichen Schlüssen kam, wie Clausewitz, dessen Hauptwerk allerdings noch nicht erschienen war. Bemerkenswert ist zudem, dass auch die Kriegsführung im Gebirge nicht zu kurz kam.[7]

3.2 Carl von Clausewitz (1780 -18319

Clausewitz im Rahmen einer Publikation der Clausewitz-Gesellschaft näher vorzustellen, hiesse wohl Wasser in den Rhein tragen. Ich konzentriere mich hier deshalb auf einige Angaben, wo und in welchem Zusammenhang er sich mit der Kriegsführung im Gebirge befasst hat.

Erste Quellen findet man in einer Publikation, die Clausewitz als junger Offizier im Alter von 24-29 Jahren im Jahre 1804 und 1805 niedergeschrieben hat.[8] In seinem kleinen Werk «Strategie» bringt er uns in der Ausgabe von 1804 in den Ziffer 14 (Gebirgsverteidigung), Ziffer 16 (Über Gebirgskrieg), Ziffer 25 (Verteidigung eines Landes hinter Gebirgen) sowie in einem Nachtrag von 1809 in Ziffer 31 (Über Gebirgskrieg) konkrete Erkenntnisse über den Kampf im Gebirge näher, die ich unter Ziffer 4.2 summarisch beleuchten werde.

In seinem Hauptwerk «Vom Kriege» setzt sich Clausewitz vor allem im Zweiten Teil, im Fünften Buch im Rahmen der Verteidigung im Kapitel 15[9] mit der Gebirgsverteidigung und dann im Dritten Teil (Skizzen zum siebten Buch) im Kapitel 11, Angriff eines Gebirges[10] ausführlich mit der Kriegsführung im Gebirge auseinander.

Nicht zu kurz kommt der Gebirgskrieg bei Clausewitz aber auch im Rahmen seiner Vorlesungen über den kleinen Krieg, die er auf der Kriegsschule in Berlin gehalten hat und die mit verschiedenen konkreten Beispielen dokumentiert und illustriert wurden. Verweisen kann man hier zum Beispiel auf seine Ausführungen im Rahmen seiner Vorlesungen gehalten im November 1807, März 1808 bis Frühjahr 1812, wo er sich u.a. zum taktischen Verhalten in Gebirgsdefileen äussert.[11] An praktischen Beispielen und zur Illustration wird der Gebirgskrieg im Jahre 1799 herangezogen und z.B. auf die Frage der Verteidigung im Engadin eingegangen.

Ausführliches Zeugnis vom Krieg im Gebirge finden sich im ganzen Werk von Clausewitz «Die Feldzüge von 1799 in Italien und der Schweiz». Als Beispiel seien hier u.a. das Gefecht im Unterengadin bei Nauders am 25. März 1799[12] angeführt, wo der erfahrene französische Gebirgsgeneral Le Courbe mit Teilen der Verbände von Loison die Österreicher mit klugen Umgehungen und Angriffen im Gebirge besiegen konnte. Beeindruckend ist, dass das Ganze teilweise im Hochgebirge gar unter Verwendung von «Steigeisen» erfolgte. Daneben setzte er sich auch intensiv mit dem ganzen Feldzug des russischen Generals Suworow auseinander,[13] der sich im Rahmen des 2. Koalitionskrieges während rund 4 Wochen in der Schweiz aufgehalten hat und dabei mit seiner Armee unter grossen Strapazen und Verlusten eine Reihe von Alpenpässen überquert und den Franzosen unter Masséna und Lecourbe intensive Kämpfe geliefert hat.[14]

3.3 Antoine-Henri Jomini (1779-1869)

Antoine-Henri Jomini, geboren in Payerne/Waadtland, erhielt eine Ausbildung als Handels- und Bankfachmann. Seine Leidenschaft galt aber zeitlebens dem Militär, wo er zuerst in der Schweiz in verschiedenen Funktionen für die helvetische Republik tätig war. In französischen Diensten diente er zuerst unter Feldmarschall Ney. Später war er im Umfeld von Napoleon tätig. Er hat auch aktiv an verschiedenen Feldzügen (so u.a. am Russlandfeldzug 1812) teilgenommen. Nachdem ihm die ersehnte Beförderung zum Divisionsgeneral verwehrt wurde, wechselt er in die Dienste von Zar Alexander, wo er als Generalleutnant an verschiedenen Schlachten teilnahm und auch massgebliche Beiträge bei der Gründung der Militärakademie in Petersburg, als Berater des Zaren, in der Ausbildung der Armee und des künftigen Zaren leistete. Für die Schweiz konnte er im Rahmen des Wiener Kongresses, Dank dem Einfluss von Zar Alexander, wertvolle Zugeständnisse erreichen.[15]

Jomini zählt wohl neben Clausewitz zu einem der profiliertesten Militärtheoretikern der damaligen Zeit. Er befasste sich in seinen Publikationen und dort insbesondere im «Précis de l'art de guerre» auch mit dem Krieg im Gebirge (Art. 28).[16] Eine ausführliche Auseinandersetzungen mit dem Krieg im Gebirge im Rahmen des 2. Koalitionskrieges findet sich dann in seinem umfassenden Werk «Histoire critique et militaire des campagenes de la Révolution, Paris / Brussels 1806).[17]

4. Verständnis und Erkenntnisse der Gebirgskriegsführung bei den drei Protagonisten

4.1 Erzherzog Carl

Wesentliche Erkenntnisse von Erzherzog Karl über die Kriegsführung im Allgemeinen findet man in der Publikation «Grundsätze der höheren Kriegskunst für die Generäle der österreichischen Armee». Obwohl hier keine eigenen Kapitel über den Gebirgskrieg eingefügt sind, wie das bei Clausewitz und Jomini der Fall ist, wird der Kampf im Gebirge in die allgemeinen strategischen Überlegungen bzw. in die Kriegsführung im Allgemeinen miteinbezogen.

Erzherzog Karl bringt dies in den Vorbemerkungen zu seiner ersten Publikation wie folgt zum Ausdruck: «... insbesondere möchte aufmerksam gemacht werden, wie beinahe in allen Abschnitten auf das Gebirge Rücksicht genommen wird, daher wohl die Ereignisse des sehr merkwürden Feldzugs 1799 bei Gebirgskrieg und Flussvertheidigung beachtet und verwerthet wurden.»[18].

Allgemein hat der Grundsatz der Kräftekonzentration bei ihm einen hohen Stellenwert. **Beim Offensivkrieg verlangt** er jedoch im gebirgigen Gelände «Viel mehr Klugheit im Vordringen, eine genaue Kenntniss des Terrains und aller Hülfsmittel, welche der Feind anwenden kann,» weil man «… nur durch genaue Untersuchung der Gegend, Versicherung des Rückens und der Flanken, durch ausgeschickte Detachements und nur durch Erschöpfug aller Vorsichten der Gefahr vorbeugen kann, durch eine unerwartete Bewegung des Feindes überfallen oder durch Chikanen, wozu ihm das Terrain Gelegenheit genug darbietet, zur Untätigkeit, wo nicht gar zu einem Rückzuge gezwungen zu werden».[19]

Beim Defensivkrieg differenziert er zwischen Gebirgen, die a) nur über einen Hauptpass verfügen, b) solchen, die mehrere Achsen und Eingänge aufweisen, die zusammenkommen und c) Gebirgen, in welche Strassen führen, die parallel laufen und die gar nicht oder bloss im innersten des Landes zusammenkommen.[20] Für jede dieser Varianten werden dann konkrete, taktische Handlungsanweisungen formuliert, wie die Konzentration der Kräfte am besten erfolgen soll.

Im Zusammenhang mit **den Grundzügen der Strategie** unterscheidet er zwischen strategischen Punkten und strategischen Linien. Was die strategischen

Punkte betrifft, so hält er für das Gebirge fest, dass **der strategische Punkt** dort zu finden sei, «wo sich die Kommunikationen durch die natürliche Beschaffenheit des Terrains, wie z.B. durch schiffbare Flüsse oder im Gebirge durch zusammenlaufende Thäler vereinigen. Bei mehrern parallel laufenden Kommunikationen kann der strategische Punkt nur dort sein, wo sie am engsten beisammen sind und durch ein transversale Linie mit einander verbunden werden.».[21]

Er fordert deshalb eine Konzentration der Kräfte im direkten oder erweiterten Umfeld eines solchen strategischen Punktes. Als negatives Beispiel erwähnt er wie Clausewitz[22] die Situation im Frühjahr 1799 bei dem «mehr als 60'000 Oesterreicher im Tirol und Voralberg aufgestellt, doch in allen den Pässen vertheilt, welche das Land mit der Schweiz, dann mit der Lombardei verbinden; daher wurde es auch zweien französischen Divisionen möglich, bis gegen Glurns und im dem Inn-Thale bis über Finstermünz vorzudringen und Alles zu überwältigen was sich ihnen entgegenstellte.»[23]

In allen Fällen empfiehlt er die Konzentration der Armee dort, wo der Angriff für den Gegner von der Natur des Geländes am schwierigsten ist.[24] Allenfalls sind die Pässe nur mit leichten Truppen zu besetzen und das Gros dort aufzustellen, wo verschiedene Angriffsachsen zusammenkommen. Die Avantgarde sei am Ausgang des Gebirges zu plazieren, damit die Aufklärung über die Operationen des Feindes sichergestellt werden kann.[25] Bei parallelen Achsen, die in ein Gebirge führen, ist den Verbindungen und Rochademöglichkeiten die nötige Beachtung zu schenken.[26]

Letztlich erachtet er einen Angriff und nicht nur eine reine Defensive «als das Vorzüglichste, besonders wo man den Vortheil vor dem Feind hat, dass man Terrain und Gegner besser kennt».[27]

Als erfahrener Truppenführer bringt der Erzherzog neben der «Steigerung der eigenen Kraft» wie er es nennt, und der Ueberlegenheit durch Konzentration der Mittel auf den entscheidenden Punkt aber auch die enorme Bedeutung der moralischen Komponente der Kriegsführung ins Spiel.[28] Er formuliert dies in seinem Werk wie folgt:

«Die Kraft selbst zerfällt in die physische und moralische. Erstere geht von den Menschen, Pferden, Kriegsmaschinen, natürlichen oder künstlichen Schutzwehren aus. Die moralische liegt in dem Gehorsam, dem Muthe, der Ausbil-

dung des Soldaten und seiner Vorsteher, dann in des Feldherrn Fähigkeit, sowie in dem Zutrauen, das er seinen Untergebenen einflösst.»[29]

Neben dem sind die in seinem Werk präsentierten Beispiele und Ausführungen insbesondere auch zur Vorsorge, die m.E. im Gebirge eine besondere Bedeutung hat, sowie die Erhaltung der moralischen Kraft (Ökonomie der Kräfte) erwähnens- und lesenswert.

4.2 Carl von Clausewitz

Carl von Clausewitz geht in seinen Ausführungen zum Gebirgskrieg wie Erzherzog Karl zuerst von der taktischen Seite aus und weist schon in seiner Publikation «Strategie»[30] aus dem Jahre 1804 darauf hin, dass das Gebirge einer guten Verteidigung eher hinderlich ist, was man auf den ersten Blick wohl so nicht erwarten würde.

Zuerst wendet er sich aber gegen das Kordon- oder Postensystem, mit dem man zumindest in der Vergangenheit glaubte, durch Besetzung einer grossen Anzahl von Übergängen den Aufbau einer sicheren Verteidigung im Gebirge sicherstellen zu können.[31]

«Ein Gebirgsland, ladet dazu besonders ein, denn es bietet sich eine solche Menge von Posten dar, deren einer immer schöner wie der andere zu sein scheint, dass man schon deshalb nicht weiss, wo man aufhören soll.»[32] Dabei wird nicht verkannt, dass «… ein kleiner Posten bei einer guten Auswahl seiner Aufstellung im Gebirge eine ungewöhnliche Stärke bekommt.».[33]

Die Begründung gegen das Kordon- oder Postensystem liegt dabei in der Verzettelung der Kräfte. Hinzu kommen die schlechten Kommunikations- bzw. Verschiebungsmöglichkeiten im Gebirge für die Unterstützung einer Kette von Posten mit vorhandenen Reserveverbänden.

Weshalb und wann das Gebirge bei der Verteidigung eher hinderlich sein kann, bringt er wie folgt zum Ausdruck:

«Nach meiner Meinung (die der bisherigen sehr entgegengesetzt ist) ist eine gebirgige Gegend einer guten Verteidigung hinderlich, wenn von dem Kriege im grossen (d.i. mit grossen Armeen, ein anderes sind Insurrektionern) und nicht von kleinen Detachementen die Rede ist, hieraus folgt von selbst, dass sie dem

Angriffe günstig sei. Aus beidem folgt aber nicht, dass, wenn eine defensive Armee das Gebirge vermeidet, die offensive es suchen müsse. Eine offensive Armee hat immer offensive Zwecke, aber sie befindet sich deswegen nicht immer in dem Zustand des Angriffs. Der Angriff besteht in kurzen Momenten, in der Zwischenzeit treten für die offensive Armee wie für die defensive die Bedingungen der Verteidigung ein und mit ihr die Nachteile des gebirgigen Terrains.».[34]

In seinem Hauptwerk «Vom Kriege» unterstreicht er diese Auffassung und unterscheidet in seiner Beurteilung zwischen dem relativen (zeitlich beschränkten) und dem absoluten (d.h dauerhaften) Widerstand, mit dem der entscheidende Sieg für eine ganze Armee erreicht werden soll.[35] Er begründet dann, weshalb das Gebirge nur für den relativen Widerstand geeignet ist, und dies für die absolute Verteidigung nur in Ausnahmen der Fall ist. Dies deshalb, weil Bewegungen im Gebirge aufgrund der topografischen Gegebenheiten viel langsamer und beschwerlicher sind als in der Ebene, was ein Vorteil des Verteidigers darstellt, solange die Bewegung nur Sache des Angreifers ist. Dieser Vorteil höre aber dann auf, wenn der Verteidiger selber aktiv werden müsse und nicht mehr nur passiv verteidigen könne. Damit habe man es bei der absoluten Verteidigung zu tun. Davon ist dann auszugehen, wenn eine Armee, die dauerhaften Widerstand leisten muss «der zur Entscheidung, d.h. zum entscheidenden Sieg» führen soll, sich als Verteidiger wie der Angreifer selber aktiv Bewegen muss.[36] Im Falle der defensiven Schlacht im Gebirge, bei der sich der Verteidiger wie der Angreifer bewegen müssen, entfalle der Vorteil der rein passiven Verteidigung.

Mit anderen Worten ist das Gebirge für die absolute Verteidigung deshalb ungünstig, weil

1. die Wege im Gebirge aufgrund der Geländebeschaffenheit einer raschen Verschiebung im Allgemeinen und auch für den Einsatz von Reserven hinderlich ist, zudem
2. die Übersicht über die feindlichen Bewegungen bzw. die Aufklärung erschwert wird, und
3. überdies die Gefahr besteht, abgeschnitten zu werden und allenfalls vorhandene Rückzugsmöglichkeiten verhindert werden.[37]

Ausgehend von diesen taktischen Überlegungen wendet sich Clausewitz anschliessend «**dem strategischen Gebrauch**»[38] der taktischen Erkenntnisse zu. Er befasst sich dabei mit dem Gebirge als Schlachtfeld, dem Einfluss auf andere

Gegenden, die Wirkung als strategische Barriere sowie die Rücksicht, die es beim Unterhalt verdient.[39]

Zusammenfassend kommt er dabei zu folgendem Schluss:

«Wir behaupten und glauben erwiesen zu haben, dass das Gebirge sowohl in der Taktik wie in der Strategie der Verteidigung im Allgemeinen ungünstig sei, und verstehen dann unter Verteidigung die entscheidende, von deren Erfolg die Frage über den Besitz oder Verlust des Landes abhängt. Es raubt die Übersicht und hindert die Bewegung nach allen Richtungen; es zwingt zur Passivität und nötigt jedes Loch zu stopfen, woraus denn immer mehr oder weniger ein Kordonkrieg wird. Man soll also mit der Hauptmacht das Gebirge womöglich vermeiden und es seitwärts liegen lassen oder vor oder hinter sich nehmen.»[40]

«Hingegen glauben wir, dass für die untergeordneten Zwecke und Rollen im Gebirgsboden ein verstärkendes Prinzip liegt, und nach dem, was wir darüber gesagt haben, wird man es für keinen Widerspruch halten, wenn wir sagen, dass er ein wahrer Zufluchtsort des Schwachen ist, d.h. desjenigen, der eine absolute Entscheidung nicht mehr suchen darf.»[41]

Interessant ist sodann die praktische Frage, der man in den Erläuterungen von Clausewitz zu den Feldzügen von 1799 in Italien begegnet, welche Bedeutung z.B. dem Besitz des Gotthards im Rahmen der Aktivitäten des französischen Generals Le Courbe im Mai und Juni 1799 eingeräumt werden muss. Es mag zum Verständnis obiger Erkenntnisse beitragen.

«… Wir sind so dreist zu behaupten: einen sehr unbedeutenden, so anstössig dies auch dem Generalstabe aller Armeen sein mag.»[42]

Er begründet dies ausführlich im Rahmen der konkreten Situation in welcher Masséna gegenüber den Österreichern und sein Divisionskommandant Le Courbe damals im Frühjahr 1799 gestanden haben, auch wenn er in der Behauptung des Gebirges mit dem Gotthard einige Vorteile sieht. Er hielt aber dafür, dass es sinnvoll gewesen sei, sich nicht mehr auszudehnen als nötig, was denn auch in dieser Phase des Krieges geschehen ist. Le Courbe hat sich vom Gotthard zurückzog und mit dem Gros nördlich des Vierwaldstättersees Aufstellung genommen, «… ohne dass er sich dabei übler befunden hätte.»[43] wie Clausewitz ausführt.

Darauf hinzuweisen ist, dass diese Aussage nur für die konkrete Kriegssituation Geltung haben kann und z.B. nicht mit derjenigen verglichen werden sollte, in welcher sich die Schweizerarmee im 2. Weltkrieg befunden hat. Hier gilt vielmehr die Aussage von Clausewitz die vorne S. 9 zitiert wird, wonach das Gebirge als Zufluchtsort für den Schwachen von Bedeutung sein kann, was für die Schweizerarmee damals zutraf.

4.3 Antoine-Henri Jomini

Jomini konzentriert sich in seinem Werk «Précis de l'art de la guerre » vor allem auf die **Strategie**, wobei er sich u.a. gegen folgende Äusserungen von Clausewitz richtet: «Wir wollen uns nicht bei den örtlichen Kleinlichkeiten der als uneinnehmbar betrachteten Posten aufhalten, welche den romantischen Theil der Gefechtstaktik bilden,…»[44]

Jomini geht in seiner strategischen Betrachtung von Operationen im Gebirge von vier unterschiedlichen Gesichtspunkten aus, nämlich: a) wenn das Gebirge ein vollständiger Kriegsschauplatz darstellt, oder b) wenn dies nur teilweise der Fall ist; bzw. c) wenn das ganze Gelände gebirgig ist oder wenn dies d) nur für einen Teil zutrifft.[45]

Wen ein gebirgiges Land nur als Nebenkriegsschauplatz dient, so kann man, so die Auffassung von Jomini, sich mit einer Maskierung oder Vermummen begnügen, wie wenn man ein Festung belagern würde und die grossen Entscheidungen in den Thälern suchen.[46] Ist das Gebirge dagegen Hauptkriegsschauplatz, so werde die Sache schwieriger, weil die grossen strategischen Operationen aufgrund der beschränkten Achsen und des Geländes insgesamt viel schwieriger werden, zumal sich der Gegner auf die wichtigen strategischen Punkten konzentrieren kann und muss. Diese Punkten ergeben sich durch die Natur des Geländes bzw. der «Gabelung der Haupttäler oder am Zusammenfluss der Gewässer, welche durch die Thäler strömen»[47], wobei diese so klar gegeben seien, «… dass man blind sein müsste, um sie nicht zu erkennen».[48] Damit ist aber nicht gesagt, dass das Gebirge nur für den Angreifer Schwierigkeiten aufweist, so trifft dies ebenso für den Verteidiger zu, weil die strategische Verteidigung eine Zerstreuung der Kräfte erfordern könnte, wenn man alle Aus- und Eingänge ins Gebirge abdecken wollte und demnach der Verteidiger wie der Angreifer nicht nur rein passiv verteidigen darf und die Offensive und Bewegung der Kräfte ebenso bedeutungsvoll ist, was aber aufgrund des Geländes und der Kommunikationen ebenso anspruchsvoll ist. Damit bewegt er sich auf der Erkenntnisebene von Clausewitz.

Insgesamt empfiehlt er, ausgehend von der Basis, aus welcher man einen Kriegsschauplatz angreifen will, sich direkt auf die strategisch entscheidenden Punkte zu konzentrieren. Dies sind solche, «… deren Besitz (oder Verteidigung) entweder den gesamten Feldzug oder ein einzelnes Unternehmen beeinflussen.»[49]

Jomini erläutert seine Erkenntnisse aufgrund verschiedener praktischer Beispiele und nennt dabei vielfach Ereignisse, die im Rahmen des 2. Koalitionskrieges in der Schweiz und im Südtirol stattgefunden haben. Ich verweise deshalb gerne auf meine eigene Publikation über den Krieg in den Schweizer Alpen und den Feldzug Suworows in der Schweiz im Jahre 1799 bis 2001,[50] sowie eine Kurzfassung im Jahrbuch der Clausewitz-Gesellschaft im Jahrbuch 2019.[51] Ein guter Überblick dieser Zeit und der dabei erfolgten militärischen Operationen finden sich auch in den Ausführungen von Jomini, die er in seiner ausführlichen Beschreibung der Revolutionskriege ausgiebig beleuchtet hat.[52]

Zusammenfassend kommt Jomini zum Schluss, dass es sehr schwierig sei, feste Regeln für den Gebirgskrieg aufzustellen,[53] Dennoch hält er vorab fest, dass «Aprés de telles leçons [wie sie von ihm mit Beispielen aus dem 2. Koaltionskrieg aufgezeigt werden][54] oserais-je dire qu'une des principales règles de cette guerre est de ne pas se risquer dans les vallées, sans s'assurer des hauteurs!.».[55] Weiter «… dass ein heldenhafter und starker Wille, vor allem im Gebirgskrieg mehr als alle Lehren der Welt vermag».[56] und dass es beim Gebirgskrieg, «… mehr als irgendwo anders nöthig ist, auf die Verbindungen des Feindes zu wirken; endlich dass in diesen schwierigen Gegenden gute zeitweilige Basen und Vertheidigungslinien, errichtet in der Mitte der Knotenpunkte, und gedeckt von strategischen Reserven, nebst einer grossen Beweglichkeit und häufiger Rückkehr zum Angriffsverfahren das Mittel sein werden, das Land zu vertheidigen.»[57]

Abschliessend erfolgt der Hinweis, dass der Gebirgskrieg für die Verteidigung dann günstig ist, wenn es sich um einen nationalen Krieg handelt und die Bevölkerung vor Ort Wesentliches zur hartnäckigen Verteidigung beiträgt. Dies aber nur dann, wenn sie von einer disziplinierten Armee unterstützt wird.[58] Als Beispiele für den nationalen Krieg im Gebirge könnte man u.a. den Freiheitskampf von Andreas Hofer im Tirol zu Beginn des 19. Jahrhundert und der Reduit-Gedanke von General Guisan in der Schweiz im 2. Weltkrieg anführen.

Jomini richtet sich an verschiedenen Stellen in seinen Publikationen gegen Clausewitz, so z.B. im Zusammenhang mit der von Clausewitz aufgeworfenen Frage von Angriff und Verteidigung im Gebirge, wonach die Verteidigung im

Rahmen der Taktik günstig sei, nicht aber im Rahmen der strategischen Verteidigung.[59] Dazu folgende Aussage : «Der General Clausewitz, dessen Logik nicht immer die beste ist, behauptet im Gegentheil, dass der Verteidiger, da die Bewegung der schwierigste Theil im Gebirgskrieg ist, die geringst Bewegung vermeiden muss, auf das Risiko den Vortheil der örtlichen Verteidigung zu verlieren. Indessen endet er damit, selbst dazulegen dass die todte Vertheidigung früher oder später einem willenskräftigen Angriff unterliegen muss, was zu dem Beweise führt, dass der Entschluss zum Angriff in den Bergen nicht minder günstig wie in der Ebene ist.».[60]

Jean-Jacques Langendorf, weist in seinem Werk «Krieg führen: Antoin-Henri Jomini» mit m.E. überzeugender Argumentation darauf hin, dass Jomini in diesem Punkte das Denken von Clausewitz absolut verkennt, «weil er es nicht versteht, oder so tut, als ob er es nicht verstünde.»[61]

Clausewitz legt in seinem Werk - wie vorne dargelegt - vielmehr dar, dass die Verteidigung für die relativen Verteidigung (die nur eine kurze Zeit dauert) vorteilhaft ist, wogegen sie für die absolute (wenn das Gebirge für eine Hauptschlacht) Verwendung findet, deshalb hinderlich sei, weil damit die Beweglichkeit erheblich erschwert werde und der Verteidiger gegenüber dem Angreifer keine Vorteile mehr hat.[62]

5. Zusammenfassung

Versucht man die Erkenntnisse der drei Protagonisten zusammenzufassen so ist aus meiner Sicht folgendes festzuhalten:

Mit Bezug auf die Strategie unterscheidet **Erzherzog Karl** zwischen strategischen Punkten (heute spricht man von Schlüsselgelände) und Linien und fordert eine Konzentration der Kräfte auf die strategischen Punkte. Diese sind dort zu finden, wo sich die Kommunikation durch die natürliche Beschaffenheit des Geländes z.B. durch zusammenlaufende Thäler vereinigen. Pässe sind allenfalls nur mit leichten Truppen zu besetzen. Daneben verweist er auf die Offensive, weil man als Verteidiger den Vorteil der genauen Geländekenntnisse hat. Als erfahrener Armeekommandant sind für ihn auch die «moralischen» Komponenten (Mut, Gehorsam, Ausbildung) der Führung im Gebirge von wesentlicher Bedeutung.

Clausewitz geht, ausgehend von seinen taktischen Erkenntnissen im Bereich der **strategischen Kriegsführung** davon aus, dass die Kriegsführung im Gebirge sowohl für den Angreifer als auch für den Verteidiger ungünstig sei, weil der Gebirgskrieg schwierig für die Kommunikation sowie raschen Verschiebungen hinderlich ist, die Übersicht raubt, und auch für den Rückzug problematisch sein kann. Eine Kriegsführung im Gebirge empfiehlt sich deshalb mit Ausnahme des kleinen Krieges und wenn ein Land auf die Kriegsführung im Gebirge als Entscheidungskampf angewiesen ist, auch für den Verteidiger eher nicht.

Jomini unterscheidet zwischen der Gebirgskriegführung als Haupt- oder Nebenkriegsschauplatz. Allgemein geht er davon aus, dass es schwierig sei, feste Regeln für den Gebirgskampf aufzustellen. Er geht in **strategischer Hinsicht** wie Erzherzog Karl davon aus, dass sich sowohl Angreifer wie Verteidiger auf die strategischen Punkte konzentrieren müssen, die in der Praxis unschwer zu erkennen seien.

In **taktischer Hinsicht** sind die Rezepte bei allen Autoren, wenn auch in unterschiedlichem Masse gleich oder zumindest ähnlich. Zum einen ist es die Abkehr vom reinen Kordon oder Postensystem, wobei man aber den Übergängen dennoch die nötige Beachtung schenken müsse. Dann die Einwirkung auf wichtige Verbindungen, die richtige Platzierung von Reserven und die Bereitstellung von nötigen Versorgungsbasen. Daneben sprechen sich alle drei Autoren gegen eine rein passive Verteidigung aus, sondern unterstreichen die Bedeutung der Offensive auch in der Verteidigung.

Besonders hervorgehoben wird sodann beim Erzherzog und auch bei Jomini die moralische Komponente bei der Truppe und der Bevölkerung. Beide Autoren messen ihr insbesondere in der Gebirgskriegführung eine wesentliche, allenfalls entscheidende Bedeutung zu. Bei Clausewitz kommt dies im Rahmen seiner allgemeinen Ausführungen in seinem Hauptwerk «vom Kriege» allerdings auch nicht zu kurz.[63]

Summarische Übersicht:

	Erzherzog Karl	**Clausewitz**	**Jomini**
Strategie	Konzentration der Kräfte auf die strategisch wichtigen Punkte	Gebirgskriegführung sowohl für Angreifer wie Verteidiger ungünstig Unterscheidung von relativer (zeitlich beschränkter) und absolute (dauerhafter) Verteidigung	Konzentration der Kräfte auf die strategisch wichtigen Punkte
Taktik	Sicherstellung der Aufklärung Kommunikationen und Rochademöglichkeiten Beweglichkeit durch offensive Aktionen	Abkehr vom reinen Kordon oder Postensystem Gebirge für relative (zeitlich beschränkte) Verteidigung positiv. Besetzung von Thälern und Reservenbildung	Besetzung der Höhen erforderlich, aber vorallem Besetzung von Thälern Bedeutung der Offensive auch in der Verteidigung
Besonderes	Moralische Komponente Versorgung/Logistik	Moralische Komponente und Versorgung in den allgemeinen Ausführungen seines Hauptwerks vom Kriege	Moralische Komponente bei Truppe und Bevölkerung Versorgung/Logistik

Vergleicht man diese Erkenntnis mit der Gebirgskriegsführung in der neueren Zeit in Europa, so kann man zuerst einmal festhalten, dass die verschiedenen Länder nur mehr wenige Spezialverbände (Gebirgsbrigaden) unterhalten, die für den eigentlichen Einsatz im Gebirge besonders ausgebildet, bewaffnet und zusammengesetzt sind.[64]

Dies mag damit zusammenhängen, dass das Gebirge in Europa heute kaum mehr als Hauptkriegsschauplatz in Frage kommt. Unbestritten ist dagegen, dass insbesondere die Alpentransversalen weiterhin eine erhebliche Bedeutung für die Sicherstellung der zivilen und militärischen Versorgungswege (Bahn- und Strasse), die lebenswichtige Infrastruktur (Elektrizität, Gas- und Erdölleitungen usw.) aufweisen. Was ein Unterbruch für die Versorgungssicherheit nur schon des Gotthardbasistunnels für einige Zeit heisst, lässt sich am jüngsten Ereignis im August 2023 mit dem Radbruch eines Güterzuges im Tunnel eindrücklich aufzeigen.

In den einzelnen Reglementen der Schweizerarmee[65] [66] [67] sowie nach der NATO-Doktrin[68] wird für die Gebirgskriegsführung davon ausgegangen, dass es darum geht:

d) prioritär Schlüssgelände, wie Talausgänge, Verbindungsknoten, Tunnels, Pässe, Engenisse und wichtige Höhen in Besitz zu nehmen,
e) Dass im operativen Einsatz die beherrschenden Höhen von besonderer Bedeutung sind.
f) In der Verteidigung geht es darum, Stellungen entlang der Passstrassen und Passages obligés zu halten, die an Sprengobjekte mit Hindernissen und Verminungen angelehnt sind. Wogegen die Verteidigung nicht auf dem Pass selbst, sondern allenfalls von dominierenden Höhen aus erfolgen soll.[69]
g) Darauf hingewiesen wird daneben auf die Bereitstellung von Reserven, die Versorgung und die besondere Bedeutung der Lufttransport und von Luftkampfmitteln, sowie der Umgang mit den besonderen Witterungsverhältnissen, die Anpassungen an das Einsatzdispositiv für die Kriegsführung im Sonner und Winter erfordern.

Vergleicht man diese Erkenntnisse mit den strategischen und taktischen Grundsätzen, die schon vor rund 200 Jahren von Erzherzog Karl, Clausewitz oder Jomini zu Papier gebracht wurden, so kann man feststellen, dass sich strategisch und taktisch keine grundlegenden Abweichungen oder Neuerungen ergeben.

Natürlich führen die Mittel, die heute in der modernen Kriegsführung zum Einsatz gelangen (wie EKF, Aufklärung, Drohnen, Raketen, Marschflugkörper, Artillerie und die Luftwaffe) auch zu Anpassungen in der Kriegsführung im Gebirge. Dies aber weniger in strategischer und taktischer Hinsicht, weshalb die genannten Protagonisten und ihre Lehren weiterhin zum vertieften Studium empfohlen werden können.

Zum Autor: Alois Camenzind weist Studienabschlüsse in St. Gallen (lic.oec. HSG) und Zürich (lic.iur.) vor. Beruflich war er als Jurist und Rechtsanwalt tätig, u.a. als Land- und Gerichtsschreiber, Chef der kantonalen Steuerverwaltung Schwyz, Partner bei Revisuisse Price Waterhouse und in der Anwaltskanzlei Reichlin & Hess in Zug. Mehrjährige Erfahrung als Bankpräsident der Schwyzer Kantonalbank. Verfasser verschiedener Publikationen im Steuerrecht sowie über den Feldzug Suworows in der Schweiz und zusammen mit Prof. Fueglistaller, strategisches Denken von Clausewitz und dessen Anwendung bei KMU. Im Militär: Oberstlt. A.D., zuletzt als leitender Nachrichtenoffizier in der Gebirgsdivision 9 der Schweizer Arme.

Anmerkungen

1 Fuhrer in Gebirgskrieg und Gebirgstruppen, S. 3 mit Verweis auf Wikipedia.
2 Vergl. zum 2. Koalitionskrieg und zum Feldzug Suworows in der Schweiz, Camenzind Maultiere.
3 Vergl. die im Literaturverzeichnis angegebene Publikation «Unser Alpenkorps», S. 53 ff.
4 Hertenberger/Wiltscheck, Erzherzog Karl, S. 89.
5 Hertenberger/Wiltscheck, Erzherzog Karl, S. 89f.
6 Waldstätten, Erzherzog Karl, Ausgewählte militärische Schriften, Einleitung S. IV-VII.
7 Waldstätten, Erzherzog Karl, Ausgewählte militärische Schriften, Grundsätze der höheren Kriegskunst, S. 19 und 20.
8 Carl von Clausewitz, Strategie, S.7 ff.
9 Clausewitz vom Kriege, S. 707 ff.
10 Clausewitz vom Kriege, S. 893 ff.
11 Hahlweg, Clausewitz, S. 308 ff.
12 Clausewitz, Feldzug in der Schweiz 1799, Erster Theil, S. 103 ff.
13 Clausewitz, Feldzüge in der Schweiz 1799, Band 2, S. 609 ff.
14 Clausewitz, La Campagne en Italie et en Suisse S. 417 ff.
15 Zum Ganzen insbesondere die Biografie zu Jomini von Xavier de Courville.
16 Jomini, Précis de l'art de guerre, Article 28, S. 181 ff.

17 Jomini, Guerres de la Révolution, Tome Douzieme, Chapitre XCIV. S. 223 ff.
18 Erzherzog Karl, Militärische Schriften, (Grundsätze der höheren Kriegskunst, Vorbemerkung.) S. 15
19 Erzherzog Karl, Militärische Schriften, (Grundsäzte der höheren Kriegsskunst) S. 19.
20 Erzherzog Karl, Militärische Schriften, (Grundsätze der höheren Kriegskunst) S.20 und 21.
21 Erzherzog Karl, Militärische Schriften, (Grundsätze der höheren Kriegskunst) S.60.
22 Vergl. vorne unter Ziffer 3.2.
23 Erzherzog Karl, Militärische Schriften, (Grundsätze der höheren Kriegskunst) S. 90.
24 Erzherzog Karl, Militärische Schriften, (Grundsätze der höheren Kriegskunst) S. 20.
25 Erzherzog Karl, Militärische Schriften, (Grundsätze der höheren Kriegskunst) S.20.
26 Erzherzog Karl, Militärische Schriften, (Grundsätze der höheren Kriegskunst) S. 21.
27 Erzherzog Karl, Militärische Schriften, (Grundsätze der höheren Kriegskunst) S. 21.
28 Erzherzog Karl, Militärische Schriften, (Grundsätze der höheren Kriegskunst) S. 79 ff.
29 Erzherzog Karl, Militärische Schriften, (Grundsätze der höheren Kriegskunst) S. 79.
30 Clausewitz, Strategie, Rz 77, S. 48.
31 Clausewitz vom Kriege, S.708 ff.
32 Clausewitz vom Kriege, S. 709.
33 Clausewitz vom Kriege, S. 708.
34 Clausewitz, Strategie, Rz 77, S. 48.
35 Clausewitz vom Kriege, S. 711.
36 Clausewitz vom Kriege, S. 711.
37 Clausewitz vom Kriege, S. 714.
38 Clausewitz vom Kriege, S. 716 ff.
39 Clausewitz vom Kriege, S. 716 ff.
40 Clausewitz vom Kriege, S.722.
41 Clausewitz vom Kriege, S. 723.
42 Clausewitz, Feldzug in Italien und der Schweiz 1799, S 395.
43 Clausewitz, Feldzug in Italien und der Schweiz,1799, S.397
44 Jomini Abriss der Kriegskunst, S. 181 bzw.Jomini Précis de l'art de la guerre, S.

181.

45 Jomini Abriss der Kriegskunst, S. 181

46 Jomini Abriss der Kriegskunst, S. 182 und Langendorf, Jomini Krieg führen, S. 386.

47 Jomini Abriss der Kriegskunst, S. 183.

48 Jomini Abriss der Kriegskunst, S. 183.

49 Langendorf, Jomini Krieg führen, S. 385.

50 Camenzind, Maultiere machen Geschichte oder Suworows Krieg in den Schweizer Alpen im Jahre 1799.

51 Alois Camenzind, Clausewitz-Gesellschaft, Jahrbuch 2019, S.182 ff.

52 Jomini, Guerres de la révolution, Tom XII, 1799, 2. Periode, Chapitre XCIV., S.223ff.

53 Jomini, Précis de l'art de la guerre, S. 186.

54 Anmerkung des Autors.

55 Jomini, Précis de l'art de la guerre, S. 187.

56 Jomini Abriss der Kriegskunst, S. 185.

57 Jomini Abriss der Kriegskunst, S. 185.

58 Jomini Abriss der Kriegskunst, S. 186.

59 Jomini Abriss der Kriegskunst, S. 184 bzw. Jomini Précis de l'art de la guerre, S.186.

60 Jomini Abriss der Kriegskunst, S. 184 bzw. Jomini Précis de l'art de la guerrt, S. 186.

61 Langendorf, Jomini Krieg führen, S. 387 mit Verweisen auf das Précis von Jomini.

62 Langendorf, Jomini Krieg führen, S. 387 und vorne unter Ziffer 4.2 mit Verweisen auf das Werk von Clausewitz

63 Clausewitz, vom Kriege, S. 250 ff.

64 Kampf in Europa, Rz 14.1 S. 234.

65 TF 82, Rz 366 ff..

66 TF 95, Teil 4, Rz 4551 ff.,

67 TF 17, Kapitel 17, 7.6.4 Rz 7245 ff.

68 Kampf in Europa, Rz 14.2, S 235.

69 TF 95, Teil 4, Rz 4451.

Buchbesprechung: Die Renaissance des Carl von Clausewitz – Strategie für Entscheidungsträger im 21. Jahrhundert

Von Lennart Souchon

Matthias Kuster

Krieg ist trotz allen internationalen Sicherheitsarchitekturen, Völkerrechtsverträgen, Friedensbewegungen, Antikriegsfilmen und Friedensnobelpreisen von der Erde nicht verschwunden. Krieg gehört leider zur Konstante der Geschichte, weil er tief in der Natur des Menschen verwurzelt ist. Krieg ist wohl die komplexeste und anspruchsvollste menschliche Tätigkeit überhaupt. Ab 1991 wurde der Krieg im politischen Europa als Auslaufmodell der Geschichte taxiert. Dies zeigte sich auch in der Terminologie, welche viele sicherheitspolitische Berichte verwendeten. Durchwegs war von Krisen und Konflikten, nicht aber vom Krieg die Rede. Diese zugegebenermassen durchaus schöne Illusion platze mit der Angriff Russland auf die Ukraine in brutaler Weise. Der Krieg, von Carl von Clausewitz umschrieben als „Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen", rückte dieses überwunden geglaubte Phänomen wieder ins Zentrum des politischen Lebens und zwingt uns alle, sich damit vertieft auseinander zu setzen.

Zu Recht betitelt Prof. Souchon sein Werk als Renaissance des Carl von Clausewitz. Dieser analysierte und beschrieb das Phänomen Krieg in seinem epochalen Werk Vom Kriege in einzigartiger Breite und Tiefe, wie vor- und auch bis heute nach ihm keine und keiner mehr.

Prof. Dr. Souchon nahm den Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 und den furchtbaren Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 zum Anlass, sein bereits 2012 herausgegebenen Buch mit dem Titel Carl von Clausewitz – Strategie im 21. Jahrhundert als überarbeitete und aktualisierte Zweitauflage zu publizieren. Zu Recht betitelt Prof. Souchon sein Werk als Renaissance des Carl von Clausewitz. Dieser analysierte und beschrieb das Phänomen Krieg in seinem epochalen Werk Vom Kriege in einzigartiger Breite und Tiefe, wie vor- und auch bis heute nach ihm keine und keiner mehr.

Ein Feldherr oder Befehlshaber wird im 21. Jahrhundert Krieg nur dann erfolgreich führen, wenn er die grundlegenden Eigenschaften und Tendenzen des – äusserst komplexen Phänomens Krieg kennt und seine Entscheidungen – auch unter schwierigsten Bedingungen – auf diese Kenntnisse gründet. Ziel

des Buches ist nach den Worten von Prof. Souchon die Beseitigung des gravierenden Defizits im strategischen Denken mit Hilfe des Lehrgebäudes von Clausewitz.

Dem Autor gelingt es dabei wie bereits in der Erstauflage hervorragend, die wesentlichen Theorien von Carl von Clausewitz darzulegen und zu erläutern. Von besonderem Wert erweist sich dabei das Kapitel über die Kernbegriffe, welche Clausewitz verwendet, nämlich Politik, Strategie, Militärstrategie (bei Clausewitz mit Kriegsplan bezeichnet) sowie Krieg. Dies ist umso verdienstvoller, als sowohl der Umfang als auch die Sprache von Clausewitz viele potenzielle Leser abschrecken und - es sei auch offen gesagt - schlicht überfordern.

Der zentrale Begriff Krieg, für den bis heute keine befriedigende Definition formuliert werden konnte, ist bei Clausewitz Ausgangspunkt seiner Reflexionen. Als Wesensmerkmal weist Clausewitz auf dessen Chamäleon-Natur hin, das heisst, seine sich stets verändernde Erscheinung, von Prof. Souchon träfe als „mäandrische Veränderung" bezeichnet. Aufbauend auf dieser zentralen Erkenntnis entwickelt Clausewitz ein Gedankengebäude, das den Krieg auch in seiner heutigen Form fass- und begreifbar machen.

Über Prinzipien und Theoreme von Clausewitz existiert heute eine uferlose Sekundärliteratur. Demgegenüber setzt sich nur ein sehr kleines Segment der gegenwärtigen Literatur, darunter das vorliegende Werk, mit den tiefsinnigen Erkenntnissen von Carl von Clausewitz auseinander, um damit die Kriege des 21. Jahrhunderts zu verstehen. Zu erwähnen ist dabei auch das Buch von Harry Summers mit dem Titel On Strategy, in welchem Summers die Niederlage der USA in Vietnam basierend auf den Lehren und Erkenntnisses von Clausewitz analysiert.

Oftmals bezwecken die Autoren der heutigen Kriegsliteratur mit meist zufällig ausgewählten (und bisweilen geradezu grotesk verzerrten) Zitaten aus dem Werk Vom Kriege primär, vom herausragenden Ruf von Clausewitz mitzuprofitieren.

Zu Recht hält Prof. Souchon fest, dass grosse Strategen nicht geboren werden; ihr Wissen und Können sind vielmehr die Folge einer intensiven geistigen Auseinandersetzung mit der Theorie des Krieges in Verbindung mit praktischen Erfahrungen. So zeichnet sich das militärische Genie insbesondere durch umfassende Kenntnisse der Kriegsgeschichte und der Kriegstheorie aus. Napoleon

beispielsweise war äusserst belesen und führte einen Teil seiner Bibliothek sogar auf seinem Russlandfeldzug von 1812 mit.

Prof. Souchon kommt nicht überraschend zum Schluss, dass die Kriegserscheinungen des 21. Jahrhunderts nur mithilfe der Erkenntnisse von Clausewitz zu ergründen seien. Er wendet sich indessen in wohltuender Weise sowohl gegen eine glorifizierende Übernahme der Clausewitz-Aussagen als auch gegen deren unreflektierte Ablehnung.

In didaktischer Hinsicht zeichnet sich Prof. Souchons Werk durch einen geschickten Aufbau aus. Beginnend mit der Terminologie der zentralen Begriffe, nämlich Politik, Strategie, Militärstrategie und Krieg, beschreibt er das kriegerische Werden Europas, die Strategische Lage im 20. Jahrhundert, und die Zerstörung der europäischen Friedensordnung durch Russland sowie der Angriff der Hamas gegen Israel am 7. Oktober 2023.

Prof. Souchon kommt nicht überraschend zum Schluss, dass die Kriegserscheinungen des 21. Jahrhunderts nur mithilfe der Erkenntnisse von Clausewitz zu ergründen seien. Er wendet sich indessen in wohltuender Weise sowohl gegen eine glorifizierende Übernahme der Clausewitz-Aussagen als auch gegen deren unreflektierte Ablehnung.

Weiter beschreibt der Autor die Lage Preussens zu Beginn des 19. Jahrhunderts sowie das Leben und Wirken von Carl von Clausewitz in seiner Zeit und in seinem kriegerischen sowie philosophischen Umfeld. Hier wäre eine vertiefte Auseinandersetzung mit der napoleonischen Kriegsführung und dem Genie Napoleons wünschenswert gewesen, war doch Napoleon, den Clausewitz als Kriegsgott bezeichnete, zentrales Vorbild und überragende Inspirationsquelle für sein Werk Vom Kriege. Ebenso wäre gerade mit Blick auf das Erstarken von China ein kurzer Hinweis auf das Werk von Thukydides (Der peloponnesische Krieg) hilfreich gewesen.

Einen breiten Raum nehmen im Werk die Grundzüge der Clausewitzschen Theorien ein, nämlich die Wunderliche Dreifaltigkeit, Zweck-Ziel-Mittel-Relation, Friktionen, Wahrscheinlichkeiten und Zufälle, Moralische Grössen des Feldherrn und die kriegerischen Tugenden des Heeres. Unter dem Titel Einzelaspekte der Theorie befasst sich der Autor insbesondere mit dem Verhältnis der Politik zum Instrument des Krieges und dem Primat der Politik. Im Kapitel Krieg im 21. Jahrhundert befasst sich der Autor insbesondere mit dem Krieg Russlands in der Ukraine und der Hamas-Terroristen gegen Israel. Den überraschenden Kollaps des Assad-Regimes in Syrien im Dezember 2024 konnte der

Autor dagegen nicht mehr verarbeiten, weil dieses Ereignis erst nach der Durchlegung erfolgte. Weiter zeigt der Autor die Funktionsweise der kollektiven Sicherheitsstrategien der UNO, EU und der Nato und deren Grenzen auf. In letzten Teil präsentiert der Autor die Anwendung der Clausewitz-Theorie am Beispiel Afghanistankrieg, Irakkrieg 2003, Libanonkrieg 2006, dem iranischen Angriff auf die USS Vincennes 1988 im Golf von Hormuz, welches in der Folge versehentlich einen Airliner mit 290 Passagieren an Bord abschoss, sowie die Operation ANACONDA 2002 in Afghanistan, bei welcher ein irrtümlich als feindfrei beurteiltes Hochplateau für eine Landung alliierter Kampfverbände benutzt wurde, die nach der Landung unter massives und verlustreiches Feuer gerieten.

Prof. Souchon bietet dem interessierten Leser einen sehr hilfreichen Text zum Selbststudium der Strategie anhand der Theorie von Clausewitz.

Verdienstvoll ist der wiederholte Hinweis des Autors auf den unschätzbaren Wert des Werkes von Clausewitz auch für grosse Wirtschaftsunternehmen. Zu Recht weist er darauf hin, dass die Substanz der Strategietheorie von Clausewitz weit über den sicherheitspolitischen Bereich hinauseiche und auch für Auseinandersetzungen von Wirtschaftskonzernen im Kampf um Märkte oder gegen feindliche Übernahmen ebenso wie für die Entwicklung einer werteorientierten Managementkultur innerhalb grosser Unternehmen zutreffe. Er kommt damit zum gleichen Schluss wie Fredmund Malik, Titularprofessor für Betriebswirtschaftslehre mit besonderer Berücksichtigung der Unternehmungsführungslehre der Universität St. Gallen, der dazu schrieb: „Das Werk von Clausewitz gehört zum Besten, was wir an Literatur über das Management von Organisationen und über die obersten Führungsaufgaben haben."

Prof. Souchons Werk erleichtert diese Pilgerfahrt ganz erheblich.

Prof. Souchon bietet dem interessierten Leser einen sehr hilfreichen Text zum Selbststudium der Strategie anhand der Theorie von Clausewitz. Damit erweist sich sein Werk als einzigartig und damit als äusserst verdienstvoll für die Förderung und Vertiefung des strategischen Denkens, wofür dem Autor grössten Dank und Anerkennung gebührt.

Die Auseinandersetzung mit dem Phänomen Krieg ist und bleibt ein mühevolles Unterfangen, was sogar Clausewitz selber schreibt: „Wer, von inneren

Kräften angeregt, sich ein solches Werk vorsetzen will, der rüste sich zu dem frommen Unternehmen mit Kräften wie zu einer weiten Pilgerfahrt aus. Er opfere Zeit und scheue keine Anstrengung, er fürchte keine zeitliche Gewalt und Größe, er erhebe sich über eigene Eitelkeit und falsche Scham, um nach dem Ausdruck des französischen Kodex die Wahrheit zu sagen, nichts als die Wahrheit, die ganze Wahrheit."(2/6).

Prof. Souchons Werk erleichtert diese Pilgerfahrt ganz erheblich.

Lennart Souchon (*1942 in Berlin) ist ein deutscher Militärtheoretiker und Stratege sowie Elektroingenieur und ehemaliger Marineoffizier (Kapitän zur See a. D.). Er war von 1999 bis 2018 Leiter des Internationalen Clausewitz-Zentrums (ICZ) an der Führungsakademie der Bundeswehr und ist seit 2003 Honorarprofessor im Studiengang Internationale Politik an der Universität Potsdam. 2010 gründete er das Clausewitz Netzwerk für Strategische Studien (CNSS).

Lennart Souchon
Die Renaissance des Carl von Clausewitz
Untertitel: Strategie für Entscheidungsträger im 21. Jahrhundert
EAN: 9783813211382
ISBN: 978-3-8132-1138-2
Herausgeber: Mittler im Maximilian Verlag
Veröffentlichung: 31.10.2024
Anzahl Seiten: 224

Zum Autor: Matthias Kuster, Milizoffizier (Oberst i Gast), selbständiger Rechtsanwalt in Zürich, Mitglied des internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) in London und Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Sektion Schweiz. Der Autor vertritt seine persönliche Auffassung.

AUTOREN

Danksagung

Mit unserem Jahrbuch 2024 der Clausewitz Gesellschaft e.V. beendet eine Persönlichkeit ihre Mitwirkung an diesem Projekt, das ohne seine Ideen, Vorstellungen und unermüdlichen Einsatz nicht zu einem wichtigen Erkennungszeichen und substanziellen Beitrag der breiten sicherheits- und verteidigungspolitischen Themenpalette geworden wäre: Oberst a.D. Werner Baach, der seit 22. April 1998 aktives Mitglied unserer Clausewitz Gesellschaft ist.

Er hat von Anfang an beginnend unter den Präsidenten General a.D. Dr. Klaus Naumann und General a.D. Dr. Klaus Reinhardt seine soldatischen, aber v.a. seine journalistischen Fähigkeiten in den Dienst unserer Clausewitz Gesellschaft gestellt. Aus vielen eigenen Beiträgen und Artikeln von Mitgliedern, v.a. in der Zeitschrift Europäische Sicherheit (seit 2012 Europäische Sicherheit und Technik) entstand in den frühen 2000er Jahren das Projekt, diese vielen Aktivitäten und die Inhalte der zentralen Veranstaltungen einmal im Jahr zusammenzufassen und als Jahrbuch allen Mitgliedern und wichtigen Einrichtungen und Multiplikatoren im sicherheitspolitischen Umfeld zur Verfügung zu stellen. Dr. Klaus Reinhardt hebt im Editorial des ersten Jahrbuchs 2005 hervor, dass Oberst Baach „den geistigen Anstoß zu diesem Jahrbuch gegeben und mit sehr hohem persönlichem Aufwand dieses Vorhaben auch verwirklicht hat". Oberst Baach hat in den ersten Jahren nicht nur selbst die lesenswerten Zusammenfassungen unserer zentralen Veranstaltungen verfasst, sondern von Anfang an wesentliche Vorträge der Referenten und Arbeiten von Autoren aus dem Kreis unserer Mitglieder zusammengeführt. Schon im zweiten Jahr meiner Präsidentschaft konnte ich mein Erlebnis seiner Mitwirkung so zusammenfassen: „seine intensive gedankliche und unermüdliche praktische Arbeit für Konzept und Gestaltung und seine immer erlebbare engagierte Identifizierung mit diesem Werk haben dieses Jahrbuch (2007) erneut möglich gemacht". In den folgenden Jahren fanden zunehmend Themen auch außerhalb unserer zentralen

Veranstaltungen Eingang in unsere Jahrbücher. So konnte Generalleutnant a.D. Kurt Herrmann (seit 2013 Präsident) im Editorial des Jahrbuchs 2013 festhalten, dass Oberst Baach - seit 2009 gemeinsam mit Oberstleutnant a.D. Wolfgang Fett - „wiederum mit großem Einsatz unserem Jahrbuch Form und Inhalt verliehen und es zu einem lesenswerten, den sicherheitspolitischen Diskurs fördernden Kompendium reifen lassen". Die erfolgreiche Zusammenarbeit dieser beiden Offiziere und Journalisten dauerte mit vielen Erfolgen bei den Zusammenfassungen unserer Veranstaltungen und der Komposition unserer Jahrbücher bis 2020, als Oberstleutnant Hans Joachim Gemballa die Leitung des Teams übertragen wurde, beide aber weiter Stützen der Arbeit blieben.

Oberst Baach ist mir ein steter Begleiter gewesen auch in den Jahren nach meiner Präsidentschaft. Ich konnte ihm Vorschläge für Themen im Jahrbuch machen und er hat mich häufig angeregt, zu aktuellen Entwicklungen meine Auffassungen auch für unser Jahrbuch zu Papier zu bringen. Und so hat er auch andere Persönlichkeiten unserer Clausewitz Gesellschaft gewonnen und in die thematische Gestaltung einbezogen. Immer stand er bereit, den Präsidenten unserer Clausewitz Gesellschaft für die Gestaltung und die thematischen Schwerpunkte Vorschläge zu machen und auch zu anderen Vorschlägen seine Einschätzung beizutragen.

Wir alle wollen ihm ein herzliches und kameradschaftliches Dankeschön zurufen für seine über zwanzig Jahre erfolgreicher Mitwirkung in der Öffentlichkeitsarbeit für die Gesellschaft, für die unsere Jahrbücher ein wesentlicher Stützpfeiler waren und sind. Unseren Dank können wir am besten damit ausdrücken, dass wir unser Jahrbuch in Gestaltung und Thematik als erfolgreichen Pfeiler unserer sicherheitspolitischen Arbeit in die Zukunft tragen und wirken lassen.

AUTORENVERZEICHNIS

Lukas Bachmann, Oberst i.Gst., PhD, Mag. (FH)
Erhard Bühler, Dipl. Ing., General a.D.
Marcel Bohnert, Oberstleutnant i.G.
Alois Camenzind, lic.oec., lic.jur., Oberstleutnant a.D.
Oliver Corff, Dr.phil.
Gerhard Gnauck, Dr. phil.
Kurt Herrmann, Dipl.-Inform., Generalleutnant a.D.
Friedrich Jeschonnek, Oberst a.D.
Laurent Joachim, Dr. sc.pol., Oberstleutnant
Ulrich C. Kleyser, M.A., Oberst a.D.
Dietrich Achim Kluge, Dipl. Ing. (TU), Oberst d.R.
Martin Konertz, Brigadegeneral a.D.
Heike Krieger, Prof. Dr. jur. habil.
Matthias Kuster, lic.jur., LL.M., Oberst i.Gst.
Lucas Lebrenz, M.A.
Roland Lochte, Dr. sc.pol.
Mauro Mantovani, Dr. phil.
Claude Meier, Divisionär a.D.
Christian Müller, Prof. Dr. habil.
Klaus Naumann, Dr. h.c., General a.D.
Klaus Olshausen, Dr. phil., Generalleutnant
a.D.Manuela Christina Pietraß, Prof. Dr. phil. habil.
Viktor Toyka, Flotillenadmiral a.D.
Michael P. Vollert, Dr. phil., Oberst a.D.
Klaus Wittmann, Dr. phil., Brigadegeneral a.D.

Bildnachweis

https://www.clausewitz-gesellschaft.de/wp-content/uploads/2025/08/Jahrbuch_2024_2025_Bildnachweis.pdf

Seite	Quelle/Urheber
10	Copyright: Clausewitz-Gesellschaft e.V.
29	Sicherheitspolitik / BMVg
55	Operationsplan Deutschland / BMVg
91	picture alliance / NurPhoto | Maxym Marusenko
99	picture alliance / dpa | Kaiy Nietfeld
143	'Nike – der Sieg', Nike von Samothrake, 190 v. Chr., Paris, Kluge
146	‚ARMA' (Ausschnitt), nach Giovanni Stradano, 1597, Braunschweig, Kluge
169	picture alliance/dpa |Li Bingyu/XinHua
190	https://en.wikipedia.org/wiki/Rally_%27round_the_flag_effect#/media/File:George_W_Bush_approval_ratings_with_events.svg; https://www.pollingreport.com/BushJob.htm
269	picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Yousef Masoud
271	picture alliance / dpa | Bernd von Jutrczenka
275	picture alliance / dpa | Preston Keres
286	‚Stop', Kunstwettbewerb der Bundeswehr, 2006, Kluge
292	Bundeswehr/Marco Dorow
307	Quelle NATO Archiv, Public Domain
308	Copyright Autor
310	Grafik, Copyright Autor
311	Tabelle, Copyright Autor
313	Archiv Autor
315	Grafik, Copyright Autor
319	Grafik, Copyright Autor
325	NL National Archiv, dort erstellt Jeschonnek (wurde von Autor von Orginalkarte/Oleat abfotografiert)
329	Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr
331	Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Seite	Quelle/Urheber
334	Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr
338	Grafik, Copyright Autor
340	Tabelle, Copyright Autor
342	Archiv Autor
344	Grafik, Copyright Autor
344	Tabelle, Copyright Autor
358	Copyright: Autor
359	picture alliance/dpa | Infografik
366	picture alliance/dpa |Andrei Britschewski
402	picture alliance/dpa | Mohssen Assanimoghaddam
403	Copyright: Diehl Defence GmbH & Co. KG
404	Bundeswehr/Lars Koch
409	Copyright: Helsing GmbH
437	VBS
444	VBS
454	‚Am Anfang wäre das Wort', Kunstwettbewerb der Bundeswehr, 2008, Kluge
456	Task Force Kunduz III
463	Sascha Eutebach/ Deutscher BundeswehrVerband
464	Sarina Flachsmeier/ Deutscher BundeswehrVerband
465	Sarina Flachsmeier/ Deutscher BundeswehrVerband
494	
495	
497	
499	picture alliance / akg-images | akg-images; Mediennr. 454580464
505	
509	Verlag De Gruyter Oldenbourg / Autor
512	Literatur zu Clausewitz, o.J., 1980 (Aron)
576	‚Die Saporosher Kosaken (Ausschnitt)', Ilja Jefimowitsch Repin, um 1880, Kluge

Eine Publikation der
Clausewitz-Gesellschaft e.V.

ISBN: 978-3-9816962-9-5